Geschichte des europäischen Staatensyste... im Zeitalter ...

Adalbert Emil August Wahl



HANDBUCH

DER

MITTELALTERLICHEN UND NEUEREN GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN VON

G. v. BELOW UND F. MEINECKE
PROFESSOREN AN DER UNIVERSITÄT FREIBURG I. B.

ABTEILUNG II

POLITISCHE GESCHICHTE

A. WAHL

GESCHICHTE DES EUROPÄISCHEN STAATENSYSTEMS IM ZEITALTER DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION UND DER FREIHEITSKRIEGE (1789 – 1815)



MÜNCHEN UND BERLIN
DRUCK UND VERLAG VON R. OLDENBOURG
1912

GESCHICHTE

DES

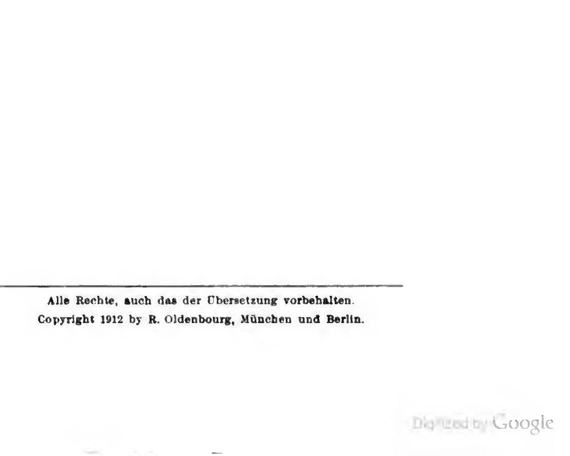
EUROPÄISCHEN STAATENSYSTEMS IM ZEITALTER DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION UND DER FREIHEITS-KRIEGE (1789–1815)

VON

ADALBERT WAHL



MÜNCHEN UND BERLIN
DRUCK UND VERLAG VON R. OLDENBOURG
1912



ERICH MARCKS

IN

HERZLICHER FREUNDSCHAFT UND VEREHRUNG
ALS EINE UNZULÄNGLICHE GABE DES DANKES

FÜR

VIELFÄLTIGE BEREICHERUNG

Vorwort.

Da der vorliegende Band einen Teil einer wohlbekannten Sammlung bildet, dürfte es unnötig sein, über die Zwecke, die mit seiner Abfassung verbunden wurden, nähere Angaben zu machen. Dagegen sei es dem Verfasser gestattet, mit wenigen Worten auf die Schwierigkeiten seines Unternehmens hinzuweisen. Zu der anerkannten Mißlichkeit des Versuches, kurz zu sein und doch nicht ungenau, kommt in dieser Hinsicht für den vorliegenden Zeitabschnitt vor allem der ungeheuerliche Umfang der nur zum Teil sehr wertvollen monographischen Literatur hinzu. Vollkommen unlösbar war naturgemäß auch das Problem, in Knappheit oder Breite der Darstellung den Wünschen und Bedürfnissen aller Leser gerecht zu werden: der eine wird sie zu sehr zusammengedrängt, der andere zu weitschweifig finden. In dieser Lage hat sich der Verfasser an zwei Hauptgedanken gehalten; er ist bestrebt gewesen, den ganzen Zeitabschnitt mit gleichmäßiger Breite darzustellen und hat der Versuchung widerstanden, den stofflich so viel erfreulicheren Zeiten Napoleons verhältnismäßig mehr Raum zu gewähren als denen der Revolution: zweitens hat er sich bemüht, das Buch auf den ihm im Verlagsvertrag zur Verfügung gestellten Umfang zu beschränken und ihn tatsächlich nur um ein Geringes überschritten.

Gegenüber den obengenannten Schwierigkeiten sind freilich auch Tatsachen vorhanden, welche die Arbeit des Verfassers wesentlich erleichterten. Es gibt kaum eine Epoche der neueren Geschichte, in der der Inhalt der Geschichte des europäischen Staatensystems so geschlossen wäre wie in der der Jahre von 1792 bis 1815. Derartige Einheitlichkeit begünstigt natürlich den Versuch, auf knappem Raum das Wesentliche zu sagen. Ferner liegen über diese Zeit, oder größere Teile von ihr, mehrere vortreffliche zusammenfassende Werke vor, welche für den Verfasser besonders auch deswegen von entscheidendem Werte waren, weil sie auch die Dispositionsprobleme in zum Teil meisterhafter Weise gelöst haben. Von diesen seien hier nur die bekannten

Bücher von Sybel, Häusser und Sorel und die vortreffliche Napoleonbiographie von Fournier genannt.

Entsprechend dem Hauptzweck des Unternehmens, der darin zu suchen ist, die Resultate der bisherigen Forschung zusammenzufassen, und nicht darin, neue Ansichten aufzustellen, hat sich der Verfasser im allgemeinen bemüht, seine eigenen Anschauungen in den Hintergrund zu drängen. Allerdings war dies selbstverständlich bei den zahlreichen noch unentschiedenen Streitfragen über die Geschichte dieses Zeitalters unmöglich. Doch hat der Verfasser bei allen wichtigeren unter diesen die, der seinen entgegenstehenden Ansichten in Kürze mitgeteilt. Die Napoleonauffassung, die in dem Buche zum Ausdruck gelangt, hat er anderwärts im Zusammenhang dargelegt.

Die innere Geschichte und die Geistesgeschichte des Zeitalters ist nur insoweit berührt oder gestreift worden, als sie von unmittelbarem, bedeutendem Einfluß auf die äußeren Schicksale der Staaten gewesen ist.

Das Register ist von Herrn cand. phil. R. Pregizer angefertigt worden, der sich dadurch den Dank der Benutzer des Buches, wie den seines Verfassers verdient hat.

Tübingen, 28. Januar 1912.

A. Wahl.

Inhaltsübersicht.

Allgemeine Literaturangaben.

Es konnte nicht die Absicht des vorliegenden Werkes sein, in irgendeiner Richtung Vollständigkeit in den Literaturangaben zu erstreben; dafür ist der Umfang der schriftstellerischen Tätigkeit über die Zeiten der Revolution und namentlich die Napoleons viel zu groß. Aber auch der Gedanke, Literatur in demselben relativen Maße zu bieten, wie etwa das vortreffliche Werk Immichs, an das sich der vorliegende Band anschließt, mußte aufgegeben werden, da auch sie einen allzugroßen Teil des bescheidenen verfügbaren Raumes verschlungen hätte. Der leitende Gedanke mußte vielmehr der sein, aus der unübersehbaren Literatur eine möglichst knappe Auswahl zu liefern, die aber dennoch genügen mußte, um dem Lernenden und dem Forschenden weiterzuhelfen. Erleichtert wurde dieser Entschluß dem Verfasser dadurch, daß für den vorliegenden Zeitabschnitt neben den allgemeinen Bibliographien Spezialbibliographien vorhanden oder der Vollendung nahe sind, mit denen zu konkurrieren es dem vorliegenden Werke auf alle Fälle unmöglich sein würde, und daß in nicht wenigen darstellenden Werken der letzten Jahre, wie z. B. in der Cambridge Modern History, ferner für die Zeiten Napoleons in Fourniers vortrefflicher Biographie, sich umfangreiche und außerordentlich nützliche Literaturzusammenstellungen finden.

Die Aufgabe, die nach dieser Generalidee dem Verfasser zufiel, ist schwierig, ja sie konnte überhaupt nicht so gelöst werden, daß sie auch nur die Mehrzahl der Leser überall befriedigen wird. Die Auswahl, die im folgenden geboten wird, mußte vielfach auf dem subjektiven Urteil des Verfassers beruhen. Freilich besteht glücklicherweise auf der andern Seite über den entscheidenden Wert sehr zahlreicher im folgenden genannter Bücher ein allgemeiner Konsens. Übrigens mußte manches Werk mehr wegen der Bedeutung des in ihm behandelten Gegenstandes, als der des Verfassers oder des geistigen Inhalts aufgenommen werden.

Gemäß dem Gedanken, mit den Literaturangaben möglichst sparsam zu sein, wurden allgemein bekannte Werke, welche neben

dem hier behandelten Zeitabschnitt noch andere umfassen, wie z. B. die Allgemeine Deutsche Biographie und Dahlmann-Waitz-Steindorff-Brandenburgs Quellenkunde, nicht aufgenommen. Zeitschriftenaufsätze wurden nur ausnahmsweise verzeichnet, und zwar nur dann, wenn sie erstens von erheblicher Bedeutung für die Forschung waren, und wenn zweitens ihre Resultate nicht nach ihrem Erscheinen von den Verfassern in selbständig veröffentlichten Werken verwertet worden sind. Die späteren Auflagen werden nur dann erwähnt, wenn sie erhebliche Erweiterungen und Verbesserungen enthalten. Werke, die schon einmal verzeichnet sind, werden in der Regel zu späteren Abschnitten nicht noch einmal genannt. Diejenigen Bücher, welche erhebliche Literaturzusammenstellungen enthalten, werden mit einem Asterisken . . (*) bezeichnet, der also nicht die Bedeutung eines Bädekersterns hat.

Die Literaturangaben finden sich einerseits in dem hier folgenden allgemeinen Abschnitt — und zwar sind hier nicht nur solche Werke verzeichnet, welche den ganzen Zeitraum von 1789 bis 1815, sondern auch solche, welche seine Anfänge und größere Teile von ihm behandeln — andererseits zu Beginn jedes Kapitels und jedes Paragraphen; schließlich werden einige Werke im Text oder in den Anmerkungen bei der Darstellung der wichtigsten Kontroversen erwähnt. Die Zuweisung der einzelnen Werke zu den einzelnen Kapiteln und Paragraphen konnte — wie jeder verstehen wird, der einmal eine größere Bibliothek geordnet hat — in überaus zahlreichen Fällen nicht eigentlich einwandfrei erfolgen. Es wurde dabei der Grundgedanke verfolgt, den hier unten folgenden allgemeinen Abschnitt möglichst zu entlasten, da notorisch allzu große Zusammenballungen von Büchertiteln abschreckend oder verwirrend wirken. Deswegen wurden Werke über die einzelnen handelnden Persönlichkeiten in der Regel erst zu demjenigen Kapitel oder Paragraphen verzeichnet, in denen von entscheidend wichtigen Handlungen dieser Persönlichkeiten zu berichten war: die allgemeine Napoleon-Literatur findet sich z. B. nicht in dem hier unten folgenden Abschnitt, sondern in der Bibliographie zu Kapitel I (1792 bis 1797). In der Aufzählung von Memoirenwerken ist äußerst zurückhaltend verfahren worden.

I. Bibliographien.

Neben den entsprechenden Partien der bekannten Bibliographien von Herre, Dahlmann-Waitz, Heyd, Masslow, Monod, Langlois, Gardiner und Mullinger, den Jahresberichten u. v. a. (vgl. das unten an zweiter Stelle zitierte Werk von Kircheisen, S. X ff.): P. Caron, Bibliographie des Travaux Publiés de 1866 à 1897 sur l'histoire de France depuis 1789. Tom. I fasc. 1—4, Paris 1907—1909 (wird fortgesetzt; Fasz. 5 und folgende sind für Dezember 1911 angekündigt). Daran schließen sich die entsprechenden Abschnitte des seit 1898 jährlich erscheinenden Berichtes: G. Brière, P. Caron und H. Maistre, Répertoire méthodique de l'histoire moderne et contemporaine de France. F. Kircheisen, Bibliographie Napoleons. Berlin und Leipzig 1902. F. Kircheisen, Bibliographie des Napoleonischen Zeitalters. I. Band. Berlin 1908. Band II war für 1909 angekündigt, ist

aber noch nicht erschienen. Das Werk, das die Zeit von 1795—1815 umfaßt, beruht auf einer Sammlung von Aufzeichnungen über 70 000 (!) Werke und Aufsätze. G. Davois, Bibliographie napoléonienne française jusqu'en 1908. Tome I (A—E), II (F—M). Paris 1909 ff. Das Werk soll mehrere Abteilungen und die begonnene alphabetische drei Bände umfassen. Der dritte Band ist für Oktober 1911 angekündigt. A. Lumbroso, Saggio di una bibliografia ragionata per servire alla storia dell' epoca Napoleonica. Lief. 1—5. Modena u. Rom 1894 ff. Die bisher erschienenen fünf Lieferungen des außerordentlich umfassend angelegten Werkes führen noch nicht einmal den Buchstaben B zu Ende. A. Lumbroso, Bibliographie Napoléonienne. Lief. 1. Mailand 1909.

II. Quellen.

G. F. v. Martens, Recueil des principaux traités d'alliance, de paix etc. conclus par les puissances de l'Europe .... depuis 1761 jusqu'à présent. 7 B. 1761 bis 1801. Suppléments 4 B. 1802—1808. 2. Auflage 1817 ff. (8 B. und 5 Suppl. fortgesetzt von C. v. Martens.) F. Murhard, Nouveaux Suppléments, 2 B. 1839—1842. Table Générale des ganzen Werkes in 2 B. 1875/6. Alles in Göttingen erschienen. C. v. Martens et F. de Cussy, Recueil Manuel et Pratique des Traités etc. 7. B. Leipzig 1846 ff. L. Neumann, Recueil des Traités conclus par l'Autriche depuis 1763. 6 B. Leipzig 1855 ff. F. W. v. Rohrscheidt, Preußens Staatsverträge. Berlin 1852. L. and E. Hertslet, .. Collection of the Treaties etc. subsisting between Great Britain and foreign powers. 16 B. London 1827 ff. de Clercq, Recueil des Traités de la France. 10 B. Paris 1864 ff. F. v. Martens, Recueil des Traités conclus par la Russie. 14 B. Petersburg 1874 ff. (nach Ländern geordnet). Entsprechende Sammlungen für die anderen Staaten finden sich verzeichnet bei Kircheisen, zweites Werk S. 15/6. Zu ergänzen durch Dahlmann-Waitz [7] Nr. 820 und Herre, Quellenkunde, Nr. 2061.

Berville et Barrière, Collection de Mémoires relatifs à la Révolution Française. 56 B. Paris 1820 ff. Sehr inhaltreiche Zusammenstellungen von Memoiren finden sich bei Fournier, Napoleon I, an einer ganzen Reihe von Stellen der literarischen Angaben; ferner in der Cambr. Mod. Hist. 8, 832; 9, 777, 790 ff., und bei Lavisse et Rambaud, Histoire Générale 9, 117. Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état, sur les causes, qui ont déterminé la politique des cabinets .... depuis 1792 jusqu'en 1815. 13 B. Paris 1828 ff. Lettres et Papiers du Chancelier Comte de Nesselrode (1760—1850) p. p. A. de Nesselrode, bisher 8 B. Paris 1904 ff. Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden 1783—1806, hgg. von B. Erdmannsdörffer und K. Obser. 5 B. Heidelberg 1888 ff. Journal and Correspondence of William Lord Auckland (W. Eden) ed. by the Bishop of Bath and Wells. 4 B. London 1861/2 (—1814). Political Memoranda of Francis first Duke of Leeds (—1796) ed. by O. Browning. London 1884. Manuscripts of J. B. Fortescue Esq. The Dropmore Papers. Historical Mss. Commission. 7 B. London 1892 ff. Diaries and Correspondence of James Harris, first Earl of Malmesbury ed. by his grandson. 4 B. London 1845. Letters of the first Earl of Malmesbury ed. by the Earl of Malmesbury. 2. B. London 1870. Memoirs and Correspondence of Viscount Castlereagh ed. by his brother Marquis of Londonderry. 12 B. in 4 Serien. London 1848 ff. Correspondance diplomatique du Baron de Staël-Holstein et du Baron de Brinkmann, p. p. Léouzon le Duc. Paris 1881. Correspondance inédite de Marie-Caroline, Reine de Naples et de Sicile, avec le marquis de Gallo, p. p. H. Weil et le marquis C. di Somma Circello. 2 B. Paris 1911. Archives du prince Woronzow, 40 B. Moskau 1870 ff. (französisch und russisch). Erzherzog Karl von Österreich, Ausgewählte militärische Schriften, hgg. von Frhrn. v. Waldstädten, Dresden 1885. Erzherzog Karl, Ausgewählte Schriften, hgg. von Malcher, 7 B. Leipzig 1893 ff. Mitteilungen des K. u. K. Kriegsarchivs, hgg. von der Direktion des K. u. K. Kriegsarchivs. 3 Serien. Wien 1881 ff. (Quellen und Darstellungen,

von denen ein sehr großer Teil den vorliegenden Zeitabschnitt behandelt.) Speeches of W. Pitt, ed. by W. S. Hathaway. 4 B. London 1806. Briefe von und an Gentz, hgg. von F. C. Wittichen. 2 B. München u. Berlin 1909 f. Zwei weitere Bände erscheinen demnächst. F. v. Gentz' Schriften, hgg. von G. Schlesier. 5 B. Mannheim 1838 ff. Dess. Mémoires et Lettres, hgg. von dems. ebd. 1841. Dess. Tagebücher, hgg. von Varnhagen v. Ense. Leipzig 1861. 2. Aufl. von L. Assing. 4 B. ebd. 1873 f. W. Cobbett, Parliamentary History of England. 36 B. London 1819 f. Davon kommen in Betracht B. 27—36. Das Werk führt bis 1803. Es wird fortgesetzt von Hansard, Parliamentary Debates. B. 1—31. London o. D., kommen in Betracht. Buchez et Roux, Histoire Parlementaire de la Révolution Française. 40 B. Paris 1834 ff. (umfaßt die ganze Zeit von 1789—1815). Archives Parlementaires, hgg. von Mavidal u. a. 2 Serien: I bis 1799. 76 B (reicht bis Oktober 1793). Paris 1867 ff. II seit 1800. B. 1—14 kommen i. Betr. Paris 1862 ff. Amtliche Sammlung der älteren eidgenössischen Abschiede 1245—1798. 8 B. (nur der achte von G. Meyer v. Knonau kommt in Betracht). Luzern etc. 1839 ff. Amtl. Sammlung der Akten aus der Zeit der helvetischen Republik. Hgg. von J. Strickler. 10 B. Bern etc. 1886 ff. Amtl. Sammlung der neueren eidgenössischen Abschiede. 2 B. (1803—1848). I von J. Kaiser, II von W. Fetscherin. Bern. I² 1886, II 1876. Ferner die Zeitungen, von denen die wichtigsten auf englischer Seite die Times, auf französischer Moniteur und Journal de l'Empire sind.

III. Darstellungen.

Th. Lindner, Weltgeschichte. B. VII. Stuttgart 1910*. Lavisse et Rambaud, Histoire Générale depuis le IVe siècle jusqu'à nos jours. Bd. 8 und 9. Paris 1896 f.*. Cambridge Modern History ed. by A. W. Ward, G. W. Prothero, Stanley Leathes, Bd. 8 u. 9. Cambridge 1904. 1906*. A. Lefèbvre, Histoire des cabinets de l'Europe pendant le Consulat et l'Empire. 3 B. Paris 1845 ff. Heerens Handbuch der Geschichte des europäischen Staatensystems. 3. Aufl. Göttingen 1819. J. H. Rose, The Revolutionary and Napoleonic Era 1789—1815. 2. Aufl. Cambridge 1895*. F. C. Schlosser, Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts und des neunzehnten bis zum Sturz des französischen Kaisertums. 7 B. Heidelberg 1836 ff. W. Oncken, Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege. 2 B. Berlin 1884, 1887 (Teil von Allg. Gesch. in Einzeldarstellungen). H. v. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800. 5 B. 4. Aufl. Stuttgart 1882 (ursprünglich 1853 ff.). Volksausgabe Stuttgart 1899. A. Sorel, L'Europe et la Révolution Française. 8 B. Paris 1885 ff. L. Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes. 4. B. Leipzig 1854 ff. 4. Aufl. (gleich der dritten) 1869. H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte. Bd. 1. Leipzig 1879 u. öft. K. Th. v. Heigel, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches. 2 B. Stuttgart 1899. 1911. A. Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire. 20 B. und Kartenband. Paris 1845—1862. H. Taine, Les origines de la France contemporaine. 6 B. Paris 1876 ff. u. oft (deutsche Übersetzung von Katscher. 6 B. Leipzig 1877 ff.). J. A. Fridericia, Revolutionen og Napoleon I 1789—1815. Kopenhagen 1903*. (Den nyeste Tids Historie I.) (Guter, knapper Überblick.) W. E. H. Lecky, History of England in the 18th century. 8 B. London 1878 ff. J. M. Lappenberg, A. Pauli, M. Brosch, Geschichte Englands (bis zum Abschlusse der Peelschen Reformen). 10 B. u. Registerband. Gotha 1834—1898. (B. 1 u. 2 von L., 3—5 von P., der Rest von B. B. 9 kommt in Frage.) H. Martin, Histoire de France depuis 1789. 8 B. Paris 1878 ff. u. öft. E. Herrmann, Geschichte des russischen Staates. 4 B. Hamburg 1846 ff. A. Rambaud, Histoire de Russie. Paris 1878. 5. Aufl. 1900 (D. Übers. v. Steineck, Berlin 1886). P. Orsi, L'Italia Moderna. Mailand 1901 (D. Übers. v. F. Götz, Leipzig 1902). C. Tivaroni, Storia

critica del risorgimento italiano. 9. B. Turin 1885 ff. (davon kommen die drei ersten Bände für den vorliegenden Zeitabschnitt in Betracht). C. Botta, Histoire de l'Italie de 1789 à 1814. 5 B. Paris 1824. H. Reuchlin, Geschichte Neapels während der letzten 70 Jahre. Nördlingen 1861. H. Baumgarten, Geschichte Spaniens zur Zeit der französischen Revolution. Berlin 1861. Ders., Geschichte Spaniens vom Ausbruch der französischen Revolution bis auf unsere Tage. 3 B. Leipzig 1865 ff. O. Martins, Historia de Portugal. 2 B. Lissabon 1882. E. Holm, Danmark-Norges Historie fra 1720—1814. 7 B. Kopenhagen 1891. R. N. Bain, Political History of Denmark, Norway and Sweden from 1513 to 1900. Cambridge 1905*. Bosch-Kemper, Staatkundige Geschiedenis van Nederland 1795—1814. Amsterdam 1867. K. Dändliker, Geschichte der Schweiz. 3. B. Zürich 1884 ff. Seitdem mehrere Auflagen. Bd. III kommt hier in Betracht. E. Schneider, Württembergische Geschichte. Stuttgart 1890. F. v. Weech, Badische Geschichte. Karlsruhe 1890. 2. Aufl. 1896. Drais, Geschichte von Baden unter Karl Friedrich 1818. A. Buchner, Geschichte von Bayern. 10 B. bis 1825. Regensburg 1820 ff. C. W. Böttiger, Geschichte des Kurstaates und Königreichs Sachsen. 2 B. Hamburg 1830 f. (Bd. II führt bis 1831). 2. Aufl. und Forts. von Th. Flathe. 3 B. Gotha 1867 ff. (Bd. III beginnt mit dem Jahre 1806). J. W. Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches in Europa. 7 B. Gotha 1840 ff. K. Mendelssohn-Bartholdy, Geschichte Griechenlands von der Eroberung Konstantinopels durch die Türken i. J. 1453 bis auf unsere Tage. 2 B. Leipzig 1870/1874 (nur Bd. I kommt in Frage). J. Lelewel, Histoire de Pologne. 2 B. 5. Aufl. Paris 1844. Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, hgg. von L. v. Ranke. 5 B. Leipzig 1877 ff. (Bd. I u. IV Darstellung; Bd. II u. III die Denkwürdigkeiten; Bd. V Aktenstücke; Bd. I u. IV erschienen in 2. Auflage als Bd. 46—48 von R.s Sämtlichen Werken 1879 ff. u. d. T. Hardenberg und die Geschichte des preußischen Staates 1793—1813.) Earl of Stanhope, Life and times of William Pitt. 4 B. London 1862. Lord Rosebery, Pitt, 1898. H. v. Zeißberg, Erzherzog Carl von Österreich. Bd. I, 1 u. I,2. Wien 1895 (führt bis 1795). L. Madelin, Fouché. 2 B. Paris 1901*. A. Frhr. v. Helfert, Königin Karolina von Neapel und Sizilien im Kampf gegen die französische Weltherrschaft 1790—1814. Wien 1878. Ders., Maria Karolina, Anklagen und Verteidigung etc. 1884. A. Bonnefons, Maria-Carolina, Reine des Deux-Siciles. Paris 1905*. P. Gaffarel, La Politique Coloniale en France de 1789 à 1830. Paris 1908.

Einleitung.

Die Zeiten des Zurücktretens Frankreichs 1789 (1787)—1792.

A. v. Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Österreichs während der französischen Revolution. 5 Bde. Wien 1873 ff. B. 3—5 von H. v. Zeißberg. Das Werk umfaßt die Zeit vom Januar 1790 bis September 1795. Ders., Vertrauliche Briefe des Frhrn. v. Thugut, 1790 bis 1801. 2 B. Wien 1872. Kaunitz, Philipp Cobenzl und Spielmann. Ihr Briefwechsel 1779—1792, hgg. v. H. Schlitter. Wien 1899. Correspondance secrète . . . de Mercy-Argenteau avec l'empereur Joseph II et Kaunitz p. p. J. Flammermont. 2 B. Paris 1889 ff. Lettres de Marie-Antoinette p. p. M. de la Rocheterie et le Marquis de Beaucourt. 2 B. Paris 1895/6. Le Comte de Fersen et la cour de France, Extraits des papiers, p. p. le baron de Klinckowström. 2 B. Paris 1877 f. Correspondance entre le comte de Mirabeau et le comte de Lamarck 1789—1791, p. p. A. de Bacourt. 3 B. Paris 1851. Svenska beskickningars berättelser . . . år 1793, hgg. von C. C. B. Taube. 2 B. Stockholm 1893. E. Herrmann, Diplomatische Korrespondenzen aus der Revolutionszeit 1791 bis 1797. Gotha 1866 (Ergänzungsband zu seiner Gesch. d. russ. Staates s. Allg. Bibliographie). Briefe und Denkschriften zur Vorgeschichte der belgischen Revolution, hgg. von H. Schlitter. Wien 1900. H. Schlitter, Die Regierung Josefs II. in den österreichischen Niederlanden. I. bis zur Abberufung des Grafen Murray (1787). Wien 1900. Correspondance Secrète de l'abbé de Salamon avec le cardinal de Zelada 1791/2, p. p. le vicomte de Richemont, Paris 1898. Joseph II. und Leopold von Toskana. Ihr Briefwechsel von 1781—1790, hgg. v. A. v. Arneth. 2 B. Wien 1872. Joseph II. und Katharina von Rußland. Ihr Briefwechsel, hgg. v. A. v. Arneth. Wien 1869. Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, Ihr Briefwechsel, hgg. v. A. Beer. Wien 1873. Leopold II., Franz II. und Katharina. Ihre Korrespondenz, hgg. v. A. Beer. Leipzig 1874. Documents relatifs à l'histoire du deuxième et troisième partage de la Pologne, p. p. B. Dembinski. B. I (1788—1791). Krakau 1902. M. Immich, Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660 bis 1789. München 1905*. (Teil von Handbuch der mittelalt. und neueren Geschichte.) J. Holland Rose, William Pitt and National Revival, London 1911. F. Salomon, William Pitt der Jüngere. I (bis Februar 1793). Leipzig 1906. K. Heidrich, Preußen im Kampfe gegen die französische Revolution bis zur zweiten Teilung Polens. Stuttgart 1908*. A. Brückner, Katharina die Zweite. Berlin 1883. A. Geffroy,

Gustave III et la cour de France. 2 B. Paris 1867. J. Flammermont, Négociations secrètes de Louis XVI et du baron de Breteuil avec la cour de Berlin, déc. 1791 — juill. 1792. Paris 1885. E. Daudet, Histoire de l'Émigration pendant la révolution française. 3 B. Paris 1904 ff. V. Kalinka, Der vierjährige Polnische Reichstag 1788—1791. Aus dem Polnischen übersetzte deutsche Originalausgabe. 2 B. Berlin 1896 ff. P. Wittichen, Die polnische Politik Preußens 1788—1790. Göttingen 1899. F. C. Wittichen, Preußen und England in der europäischen Politik 1785—1788. Heidelberg 1902. Ders., Preußen und die Revolutionen in Belgien und Lüttich 1789—1790. Göttingen 1905. R. Krauel, Graf Hertzberg als Minister Friedrich Wilhelms II. Berlin 1899.

§ 1. Der Zusammenbruch Frankreichs (bis 1792).

Vgl. die einschlägige Allgemeine Literatur, besonders die Werke von Sybel und Taine.

A. de Tocqueville, L'Ancien Régime et la Révolution. Paris 1856 u. oft. (deutsche Übers. vorhanden). A. Aulard, Histoire Politique de la Révolution Française 1789—1804. Paris 1901 u. öft.

Es liegt im Wesen des europäischen Gleichgewichts, daß sich sofort sehr erhebliche Folgen bemerkbar machen, wenn eine Macht, die bisher eine hervorragende Rolle in der europäischen Politik gespielt hatte, in merklicher Weise zurücktritt. Da treten plötzlich Pläne ans Licht, von denen man vorher in der Öffentlichkeit nichts wußte oder merkte. Der natürliche, immer vorhandene, aber oft verborgene Ehrgeiz der großen Staaten sucht die günstige Gelegenheit auszunutzen, bald in dieser, bald in jener Richtung, und die Folge ist häufig eine vielfältige Erschütterung und Verwirrung in der auswärtigen Politik. Derartige Zeiten führte der Zusammenbruch der französischen Monarchie und der damit eng verbundene der französischen Machtstellung in den Jahren 1787 bis 1792 herauf.

Die auswärtige Politik Ludwigs XVI. unter der Leitung des Grafen Vergennes († Februar 1787) war im ganzen erfolgreich gewesen. Nachdem es diesem klugen Staatsmann gelungen war, die französische Politik von der österreichischen zu emanzipieren, ohne doch das Bündnis mit Österreich preiszugeben, nachdem ferner die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung siegreich unterstützt und England gedemütigt worden war, konnte die auswärtige Stellung Frankreichs gegenüber der von 1774 als sehr erheblich gebessert gelten. Weiterhin suchte Vergennes der, abgesehen von dem Bündnisse mit Spanien drohenden Isolierung, welche durch die Hinwendung Österreichs zu der immer höher emporsteigenden Macht Rußlands herbeigeführt werden konnte, durch eine Annäherung an England (Edenvertrag vom September 1786) und Rußland (Handelsvertrag vom Januar 1787) vorzubeugen. Durch letzteren wurde in der Tat auf einige Zeit eine nahe Verbindung mit Rußland hergestellt. Vorsichtig begann schließlich Vergennes, durch Verbindung mit der statthalterfeindlichen Patriotenpartei in Holland den französischen Einfluß im Staate der Oranier auf Kosten des englischen, der dem Statthalter zugute kam, zu verstärken.

Allein diese für Frankreich günstige Lage konnte nach dem Tode Vergennes, und zum Teil gewiß auch infolge des Verlustes dieses trefflichen Diplomaten nicht aufrechterhalten werden. Gerade die zuletzt genannte niederländische Politik führte zu einer diplomatischen Katastrophe. Unter Vergennes' unfähigem Nachfolger Montmorin wurde das holländische Unternehmen in plumper und aggressiver Weise fortgeführt und England so wieder in Harnisch gebracht. Die Folge war, daß nicht nur die Verbindung mit den holländischen Patrioten nicht aufrechterhalten werden konnte, daß nicht nur der französische Einfluß in Holland ausgeschaltet wurde, sondern daß Frankreich noch dazu diesen Rückzug, nachdem es einige Zeit zum Krieg entschlossen schien, in einer schimpflichen und demütigenden Erklärung in aller Form eingestehen mußte (Oktober 1787).

Schon diese schwere Niederlage nun hing auf das engste mit den inneren Verhältnissen zusammen. Das Eingeständnis des in der damaligen Zeit für enorm geltenden Defizits vor der Notabelnversammlung, die vom Januar bis April 1787 tagte; das Zurückweichen vor dieser Versammlung, der es gelang, einen Minister zu stürzen; die Kämpfe mit den Parlamenten, welche sich an die gegen die Notabelnversammlung anschlossen und überaus viel dazu beitrugen, das Ansehen der Monarchie herabzusetzen — alle diese Dinge bedeuteten schon eine erhebliche Schwächung Frankreichs auch in seiner europäischen Stellung. Sehr viel bedenklicher noch aber wurde diese Erscheinung im weiteren Verlauf der Revolution.

Schon unmittelbar nach der soeben erwähnten diplomatischen Niederlage wurde, im November 1787, das Versprechen der Einberufung der Generalstände gegeben. Aber diese gewaltige Konzession führte weder zu einer Beruhigung der Gemüter, noch gelang es, der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden, mit welchen man zu kämpfen hatte. Reformen in der Armee, welche sich bei der erwähnten Gefahr eines Krieges mit England als dringend notwendig erwiesen, scheiterten, trotzdem sie zum Teil auf den trefflichsten und zukunftreichsten Gedanken beruhten und beschleunigten nur die Auflösung im Heere. Die großartige Verwaltungsreform des Sommers 1787 trug zwar mannigfache Frucht im einzelnen, vermochte aber auch ihrerseits nicht, der unruhigen Gährung der Geister ein Ziel zu setzen. Der Versuch, der Opposition der Parlamente im Mai 1788 durch eine tiefeingreifende Änderung ihrer Verfassung ein Ziel zu setzen, scheiterte völlig und führte zum Sturze des leitenden Ministers Loménie de Brienne. Sein Nachfolger Necker, dessen Grundsatz es war, sich nach den Wünschen der öffentlichen Meinung zu richten, beschleunigte die Einberufung der Generalstände. Unter ihm trat zu dem schon vorhandenen heftigen Zwist zwischen Krone und Volk, das bisher von den Privilegierten geführt worden war, ein neuer Streit zwischen dem dritten Stand und den zwei ersten Ständen hinzu. In diesem Streit ergriff Necker zunächst, wenn auch zögernd, für den dritten Stand Partei, was er vor allem dadurch bekundete, daß er diesem Stand eine ebenso starke Vertretung

in den Generalständen zugestand, wie den zwei ersten Ständen zusammen (27. Dezember 1788). Das geschah freilich noch, ohne zugleich die Gemeinsamkeit der Beratungen der drei Stände zu verfügen. Im weiteren Verlauf hielt Necker aber den Gedanken an das Bündnis mit dem dritten Stande nicht fest, sondern er versuchte bei der Eröffnung der Generalstände wieder unparteiisch zu sein. So hatte tatsächlich die Regierung überhaupt keinen Stand, ja nicht einmal eine Partei oder Gruppe für sich. Dementsprechend war der weitere Verlauf.

Der Streit zwischen den Ständen endigte sehr bald (20. Juni) mit der Vereinigung der drei Stände, d. h. der Unterwerfung der Mehrzahl des Klerus und eines Teils des Adels unter den Willen des dritten Standes. Bei diesem aber herrschte durchaus die Idee der Volkssouveränität vor und aus ihr, sowie aus dem Machtinstinkt und der Erregung der Massen und dem Ehrgeiz der revolutionären Führer ergab sich der weitere Verlauf der Revolution, soweit er uns hier angeht, d. h. soweit er die innere Festigkeit der Monarchie und des Staates betraf, ganz von selbst. Immerhin wurden einige schwächliche Versuche gemacht oder angebahnt, der revolutionären Entwicklung Einhalt zu tun. Gleich am 23. Juni trat der König der Vereinigung der Stände entgegen, indem er zugleich ein wertvolles Reformprogramm vorlegte. Allein der Versuch scheiterte an der Stärke der Überzeugungen der Nationalversammlung, zum Teil auch weil Necker in wenig loyaler Weise der eigenen Regierung in den Rücken gefallen war. Gerüchte über einen zweiten sogenannten »Reaktionsversuch«, die noch nicht völlig aufgeklärt sind, führten dazu, daß die königliche Familie am 6. Oktober 1789 in schimpflichem Aufzuge von Versailles nach Paris geschleppt wurde, wo der Monarch in noch ganz anderer Weise in der Gewalt der Nationalversammlung und des schon beinahe maßgebenden Pöbels der Hauptstadt war, als er es in seiner Residenz gewesen. Zu jenen schwächlichen Versuchen, der Revolution Einhalt zu gebieten, gehörte schließlich der bald nach den Oktoberereignissen auftauchende Plan einer Flucht des Königs aus Paris, über dessen spätere Ausführung unten zu berichten sein wird. Inzwischen hatte die gesetzgeberische Arbeit eingesetzt, welche die schon tatsächlich als Machtfaktor ausgeschaltete Monarchie nun auch rechtlich zur Ohnmacht herabdrückte, zugleich aber den Staat nahezu auflöste und seiner Aktionsfähigkeit auf Jahre hinaus beraubte. Charakteristisch ist vor allem, daß dem bis dahin dem Namen nach absoluten König nur ein suspensives Veto zugebilligt wurde (September 1789). Die an sich großartige Verwaltungsreform ward durch außerordentliche Übertreibungen verunziert, indem Departements und Gemeinden viel zu unabhängig von der Zentralgewalt gemacht wurden. Man sprach davon, daß Frankreich in 44 000 Republiken (nach der Zahl der Gemeinden) aufgelöst worden sei, und in der Tat gingen manche Departements und zahllose Gemeinden in den nächsten Jahren dauernd oder vorübergehend ihre eigenen Wege. Vor allem stockte die Steuerzahlung in bedenklichem Grade. Das führt zu einem weiteren Gedanken

hinüber. Durch diese Tatsache, ferner durch die unbedachte Vernichtung einer Reihe von Einnahmequellen wuchs die finanzielle Not, die schon vor der Revolution groß genug war, ins Ungemessene und nur durch die Einführung der Assignaten, die aber bald durch ihren Kurssturz eine außerordentliche Zahl von Einzelexistenzen wirtschaftlich vernichteten, gelang es überhaupt, die Revolution finanziell durchzuhalten. Immerhin war die eine der zwei Hauptquellen der eigentlichen Macht des Staates zerstört. Ebenso aber erging es der zweiten, der Armee. Durch gesetzgeberische Maßnahmen sowohl, als auch durch politische und agitatorische Bearbeitung wurde das französische Heer, das schon unmittelbar vor der Revolution, wenigstens teilweise, einer bedenklichen Disziplinlosigkeit verfallen war, einer nahezu vollständigen inneren Auflösung zugeführt. Vornehmlich durch die Zivilkonstitution des Klerus schließlich (November 1790) wurde die Kirche, welche zwar in den vorrevolutionären Kämpfen auf eine kurze Zeit sich den Gegnern der Monarchie zugesellt hatte, im übrigen aber jahrhundertelang die stärkste Stütze des Staates gewesen war, gespalten und die Quellen ihrer Macht und ihres Reichtums verschüttet.

Die Folge aller dieser inneren Konflikte und Zerstörungen, der Niederlagen der Monarchie und des Mangels an aufbauender Tätigkeit von seiten der siegreichen Revolution war die, daß Frankreich seine Aktionsfähigkeit in der auswärtigen Politik auf mehrere Jahre völlig einbüßte und demgemäß, seit 1787 und in verstärktem Maße seit 1789, sehr stark zurücktrat und in eine vielfach demütigende Lage geriet. Frankreich mußte von Ende 1787 an zusehen, wie Rußland und Österreich einen alten Bundesgenossen und Schützling, den Sultan, bedrängten, wie ferner die erstere Macht auf Kosten eines anderen französischen Schützlings, Schweden, Eroberungen plante. Das im Jahre 1790 ablaufende alte Bündnis mit Schweden wurde geopfert. Im März 1789 mußte die gedemütigte bourbonische Macht sich bereit finden, die erste polnische Teilung endlich formell anzuerkennen. Aber alle diese Zugeständnisse der tief erschütterten Macht waren, wie sich beinahe von selbst versteht, nutzlos. Der französische Botschafter bei der Zarin, Ségur, der eine Zeitlang eine wahre Intimität zwischen Paris und Petersburg herstellen zu können glaubte, konnte im Mai 1789 nur noch von den »Ruinen des französischen Einflusses« in Rußland reden. Ebenso war das Bündnis mit Österreich im Jahre 1789 ohne jede praktische Bedeutung geworden. In den ersten Jahren nach dem Ausbruch der eigentlichen Revolution kamen zu diesen Schlappen und Verlusten noch manche andere, von denen hier nur hervorgehoben sein mag, daß Frankreich 1790 in der unten darzustellenden Verwicklung zwischen Spanien und England, die erstere Macht, den einzigen noch vorhandenen brauchbaren Verbündeten, vollkommen im Stiche ließ. »Solange Frankreich in seiner gegenwärtigen, lächerlichen und erbärmlichen Lage bleibt«, schreibt ein englischer Politiker im November 1790[1]), »kann (in England) jedermann Minister sein.«

[1]) Auckland Papers II, S. 377.

§ 2. Die europäische Politik von 1789—1792.

L. v. Ranke, Ursprung und Beginn der Revolutionskriege 1791 und 1792. Leipzig 1875. 2. Aufl. 1879 (S. W. 45). Th. Ludwig, Die deutschen Reichsstände im Elsaß und der Ausbruch der Revolutionskriege. Straßburg 1898*. J. H. Clapham, The causes of the war of 1792. Cambridge 1899. H. Glagau, Die französische Legislative und der Ursprung der Revolutionskriege 1791 bis 1792. Berlin 1896.

a) Die Lage und die Ziele der wichtigsten europäischen Staaten um 1789.

Rußland war seit dem Regierungsantritt Katharinas II. (1762 bis 1796), zum großen Teil infolge der genialen Machtpolitik dieser Fürstin, in der europäischen Politik mächtig emporgestiegen. Der Ehrgeiz der Zarin hatte drei hauptsächliche Ziele: Eroberungen auf Kosten der Türkei, Polens und Schwedens. In den Zeiten, die wir betrachten, war sie damit beschäftigt, in der ersten und der dritten Richtung vorzugehen — zu letzterem Unternehmen allerdings durch einen schwedischen Angriff veranlaßt —, während die polnischen Pläne für den Moment ruhten: der König von Polen, Stanislaus II. Poniatowski (1763 bis 1795), war vielmehr im Bunde mit Rußland und Österreich bei dem kriegerischen Unternehmen der beiden Mächte gegen die Türkei beteiligt.

In einem merkwürdigen Zwiespalt zwischen innerer Zerrüttung und energischer Aktionspolitik nach außen befand sich Österreich. Neben dem schon mehrfach genannten gemeinsamen Unternehmen gegen die Türkei wurden die alten Ansprüche auf Bayern weiterhin im Auge behalten und verfolgt, trotzdem sie allenthalben Widerwillen hervorriefen. Dabei führten in dieser selben Zeit die großartigen, aber auf ungenügende Machtgrundlagen aufgebauten zentralistisch-absolutistischen Reformmaßregeln Josephs II. allenthalben zu heftiger Gärung. Vor allem kam es in Ungarn und in Belgien zu Empörungen, die von den alten ständischen Gewalten geleitet wurden. Gegen Ende des Jahres 1789 war der Abfall Belgiens von der österreichischen Herrschaft erfolgreich vollzogen. Trotzdem der Krieg gegen die Türkei damals noch fortgeführt wurde, war im Grunde die habsburgische Macht nicht viel aktionsfähiger als Frankreich zur selben Zeit.

In um so günstigerer Lage war Preußen. Friedrich Wilhelm II., unternehmungslustiger als sein großer Vorgänger es in den letzten Jahren gewesen, wenn auch ohne Ausdauer, und dynastischen Erwägungen zugänglicher, war im Jahre 1787 seiner Schwester und ihrem Gatten, dem durch die holländischen sogenannten Patrioten bedrängten oranischen Erbstatthalter, durch Entsendung eines Heeres beigesprungen, das in raschem Siegeslauf Holland besetzte. Es ergab sich daraus zunächst ein Zweibund mit England (2. Oktober 1787) zum Zweck der Neuordnung der holländischen Verhältnisse, aus dem bald

(13. Juni 1788) ein Dreibund zwischen England, Preußen und Holland wurde.* Schon dadurch wurde die Stellung Preußens sehr stark; bedeutend günstiger aber gestaltete sie sich noch infolge des oben erwähnten Zusammenbruchs des alten Gegners Österreich.

Damit sind die hauptsächlichsten Gegensätze des damaligen Europa berührt. Der bedeutendste dieser Gegensätze, der zwischen England und Frankreich, war nach der kurzen Annäherung des Jahres 1786 aus Anlaß der holländischen Wirren wieder akut geworden. Da er aber vorläufig (vgl. oben) zu einem vollkommenen diplomatischen Siege Englands geführt hatte, und Pitt bei dem erschöpften Zustand der britischen Finanzen nicht die Absicht hatte, einen Angriffskrieg gegen Frankreich zu beginnen, ruhte dieser Gegensatz zeitweilig, ohne deswegen aufzuhören, der wichtigste Gegensatz in der damaligen europäischen Politik zu sein. Akuter war in den damaligen Jahren indessen der Gegensatz zwischen England und Rußland. Dieser Gegensatz ging zurück auf das bedrohliche Emporsteigen der russischen Macht überhaupt, auf ihre Handelsaspirationen, vor allem in der Ostsee, und auf ihre Eroberungspläne auf Kosten Schwedens und der Türkei, deren Integrität England erhalten zu sehen wünschte. Stand so die eine der beiden Großmächte, welche sich mit Holland in dem genannten Dreibund vereint hatte, in lebhaftem Gegensatz zu einem der zwei gegen die Türkei verbündeten Kaiserhöfe, so wirkte bei der andern, Preußen, der alte Gegensatz gegen Österreich mächtig und damals noch ungeschwächt fort, ja er verdichtete sich zu einem förmlichen Plan, aus den Verlegenheiten des Wiener Kabinetts größere Vorteile zu ziehen. Dagegen hatte nun das mit Preußen verbündete England durchaus kein Interesse an einer Schädigung des alten habsburgischen Verbündeten, ebensowenig wie Preußen, trotz momentaner Abwendung von Rußland, an einer dauernden Schwächung dieser Macht. Aus dieser letzten Betrachtung ergibt sich ganz von selbst die Konsequenz, daß die wesentlichen Interessen der beiden im Dreibund vereinigten Großmächte im Grunde auseinanderliefen, daß also diese Europa von 1788 an in maßgebender Weise beeinflussende Allianz von Anfang an Keime des Verfalls in sich trug.

b) Zeiten englischer Vorherrschaft.
(1789 bis 1791.)

Fürs erste hatte England infolge der Demütigung Frankreichs, infolge der immer weiter gehenden Zerrüttung dieser alten Rivalin (vgl. § 1) und des Abschlusses des Dreibunds mit Preußen und Holland, in dem doch England weitaus die stärkste und am besten geleitete Macht war, infolge schließlich der Bindung der zwei Kaiserhöfe durch ihr türkisches Unternehmen, überdies Rußlands durch den Krieg mit Schweden und Österreichs durch die inneren Wirren, einige Jahre lang eine wahrhaft beherrschende Stellung in der europäischen Politik.

Man hat[1]) die Politik Pitts in der ganzen Zeit von 1786 bis 1793, d. h. bis zu seinem Eintritt in den Krieg gegen Frankreich, als eine Friedenspolitik aufgefaßt, die er zum Zwecke der Verwirklichung innerer Reformen und der Sanierung der Finanzen folgerichtig durchgeführt habe. Obgleich aber diesem Gesichtspunkt keineswegs alle Berechtigung abgeht, liegt in den soeben wiedergegebenen Sätzen doch eine starke Übertreibung. Mehrmals hat England in den genannten wenigen Jahren an die ultimo ratio appelliert (z. B. gegen Frankreich im Jahre 1787, vgl. oben), also den Gedanken an einen Krieg ins Auge gefaßt, um seinen maßgebenden Einfluß aufrechtzuerhalten und seinen Willen durchzusetzen. Das gilt nun auch durchaus von seinem Verhalten bei einer Verwicklung mit Spanien im Februar 1790.

Es handelte sich dabei um koloniale Verhältnisse. Nahe der Küste des heutigen Britisch Columbia liegt die langgestreckte Vancouverinsel, an deren Westküste ein schmaler, als Hafen sehr geeigneter Meeresarm, der Nootkasund, eine abermals vorgelagerte kleine Insel des Namens Nootka von der größeren trennt. Hier hatten die Engländer im Frühjahr 1788, um Pelzhandel zu treiben, eine Niederlassung gegründet; die Spanier beanspruchten aber, auf unsichere Rechtstitel aus alter und neuer Zeit (darunter die berühmte Bulle Alexanders VI.) gestützt, den größten Teil jener Küsten. Ihre Ansprüche machten sie im Mai 1789 in sehr energischer Form geltend, indem sie die englische Niederlassung zerstörten und zwei von den vorgefundenen englischen Schiffen, die Iphigenia und den Argonaut, unter Gefangensetzung der Mannschaft nach Mexiko führten. Kunde von diesen Vorgängen erhielt die englische Regierung erst ¾ Jahre später, und zwar von den Spaniern selbst. Am 10. Februar 1790 empfing sie ein Schreiben des spanischen Gesandten, in dem ein Teil des Geschehenen mitgeteilt war, und in dem Spanien in sehr dringlicher Weise England aufforderte, dafür zu sorgen, daß in Zukunft britische Untertanen sich nicht mehr auf spanischen Besitztümern niederließen. Pitt war, obgleich er den ganzen Sachverhalt noch nicht kannte, keinen Augenblick gesonnen, auf diese doppelte Herausforderung durch die Tat und durch das Schreiben versöhnlich zu antworten. Vielmehr erging am 26. Februar eine schroffe Erwiderung, welche sich auf den Standpunkt stellte, daß eine Genugtuung von seiten Spaniens jeder Diskussion der Frage vorausgehen müsse. Darauf begann Spanien zu rüsten. In seltsamer Verblendung meinte man, England sei in ungünstiger Lage und überhaupt nicht aktionsfähig (man dachte wohl vornehmlich an die schlechten Finanzen Großbritanniens), und die Kaiserhöfe, wie Frankreich würden die spanische Politik tatkräftig unterstützen. Der leitende Staatsmann, Florida Blanca, hoffte also, England werde nachgeben, ohne zu kämpfen. Allein daran dachte Pitt nicht. Die spanischen Rüstungen wurden

[1]) Die Auffassung findet sich vor allem vertreten in dem vorzüglichen Werke von Felix Salomon über Pitt, Bd. I, dem die folgende Darstellung im übrigen vielfach folgt.

vielmehr durch englische beantwortet. So hatte sich sehr bald das Fehlerhafte der spanischen Berechnung in einer Richtung gezeigt. Nicht viel besser stand es mit der zweiten leichtfertigen Hoffnung — der auf Unterstützung von seiten der andern genannten Mächte, von denen ja nur Frankreich ernstlich in Betracht kam. So war Spanien fürs erste geneigt, durch eine unzweifelhaft demütige Erklärung, welche Entschuldigungen und die Bereitwilligkeit zu Schadenersatz aussprach, den Frieden zu erhalten (Juli 1790). Damit aber waren die Besitzverhältnisse im Nootkasund noch keineswegs geregelt, vielmehr wurde über sie, nach Abschluß der Konvention von Reichenbach (vgl. unten) vom August an energisch weiterverhandelt. Pitt selbst skizzierte einen wiederum im ganzen schroffen Vertragsentwurf[1]), der — ein Punkt von prinzipieller Bedeutung — die bisherigen spanischen Rechtstitel, darunter die päpstliche Bulle von 1494, als gänzlich unzureichend bezeichnete und die Herausgabe Nootkas forderte, wenn nicht bessere Rechtstitel vorgebracht würden. Ungefähr um dieselbe Zeit erhielt Florida Blanca die Gewißheit, daß auf Frankreichs Hilfe nicht zu rechnen sei, welche überdies bei der revolutionären Zerrüttung der französischen Flotte wenig bedeutet hätte. Zwar hatte nach heftigen Debatten die Nationalversammlung defensive Rüstungen genehmigt, aber zugleich beschlossen, den »Familienpakt« zwischen Frankreich und Spanien in einen »Nationalpakt« zu verwandeln, aus dem alle offensiven Bestimmungen zu entfernen seien. Das bedeutete praktisch, daß auf Frankreich nicht zu rechnen war. Zugleich spielte man, wie zum Hohne, auf eine etwaige Rückgabe Louisianas von seiten Spaniens an. So verständigte sich Spanien am 28. Oktober 1790 nunmehr unter Brüskierung Frankreichs mit England direkt, wobei das Kabinett von S. James durchaus siegreich blieb[2]). Spanien mußte das Eroberte zurückgeben; die Engländer erhielten das Recht, in nicht tatsächlich besetzten Gebieten des Stillen Ozeans sich niederzulassen. Dagegen erhielt Spanien ein kleineres Zugeständnis, daß nämlich englische Schiffe sich zehn Seemeilen von allen von Spaniern besiedelten Küsten fernzuhalten hätten. Eine weitere Folge der Abmachung war eine Annäherung Spaniens an England und ein Abrücken von Frankreich. Das Ganze bedeutete einen außerordentlich glänzenden Erfolg der kriegsbereiten englischen Politik. Einen bedeutenden Erfolg Englands stellte aber auch die Konvention von Reichenbach dar, das Ende einer viel allgemeineren europäischen Verwickelung, deren Geschichte jetzt zu erzählen ist.

Trotz sehr ausgedehnter Rüstungen hatten die zwei Kaiserhöfe im Jahre 1788 gegen die Türkei nur sehr geringe Fortschritte gemacht. Nach anfänglichen schweren Schlappen wurde erst im Dezember des Jahres 1788 Oczakow erobert. Das Jahr 1789 brachte dann den Verbündeten eine Reihe von Triumphen, die zum Teil durch einen für

---

[1]) An Fitzherbert, 17. August 1790.

[2]) Bei ziemlich vager Fassung des Vertrags.

den türkischen Staat ungünstigen Regierungswechsel — auf Abd-ul-Hamid I. (1774 bis 1789) folgte Selim III. (1789 bis 1807) — bedingt waren. Der Herzog von Koburg und Suworow schlugen die Türken am Rimnikflusse aufs Haupt (September 1789), Loudon nahm Belgrad (Oktober), worauf noch eine ganze Anzahl fester Plätze durch die genannten Feldherren, sowie Potemkin erobert wurde. Die Gefahr einer Zerstückelung der Türkei und einer dauernden Verstärkung der russischen Stellung am Schwarzen Meere lag überaus nahe. Aber es war den Siegern zunächst nicht bestimmt, die Früchte ihrer Taten zu ernten. Außerordentlich erschwert wurde dem Wiener Kabinett seine Aufgabe durch die schon erwähnten inneren Wirren, beiden Kaiserhöfen aber durch eine Abschwenkung Polens, das mit Preußen Fühlung nahm und sich durch Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse von dem maßgebenden russischen Einfluß zu befreien suchte, der zum Teil auf der traditionellen polnischen Anarchie beruhte. Entscheidend aber für die Tatsache, daß die Kaiserhöfe der Früchte ihrer Siege gegen die Pforte ganz oder teilweise verlustig gingen, ward doch das Verhalten des Dreibunds zwischen England, Preußen und Holland, zu dessen Politik wir uns nun wenden.

Es ist schon einmal gesagt worden, daß diese in Europa maßgebende Allianz von Anfang an Keime des Verfalls in sich trug. Dachte man in Preußen daran, die glänzende Lage durch Gewinnung von polnischen Gebieten im Sinne des modifizierten und weiter modifizierbaren Hertzbergschen Planes[1]) auszunützen — der Hauptinhalt dieses Planes beruhte auf dem Gedanken, daß Polen Danzig, Thorn und andere Gebiete an Preußen abtreten sollte, seinerseits aber von Österreich durch Galizien zu entschädigen wäre, wogegen Österreich durch türkische Eroberungen auf seine Kosten kommen sollte — so hatte man in England kein Interesse daran, derartiges unter eigenem Risiko herbeizuführen. Diesem Grundgedanken wurde vor allem im Juni 1789 Preußen gegenüber deutlich Ausdruck gegeben. Hertzberg war nun für ein energisches Vorgehen ohne England; er wollte im August zwei Armeekorps in Schlesien aufstellen lassen, den Kaiserhöfen ein Ultimatum überreichen, in dem ihnen sein Zessionsplan[2]) vorgeschlagen wurde, und bei Ablehnung des Ultimatums mit den Waffen sich die gewünschten polnischen Gebiete aneignen. Bei diesem Projekt versagte sich nun aber dem Minister der König — im Grunde wohl, weil er vor dem Entschluß zurückschreckte — und wandte sich Gedanken zu, welche Österreich einen viel nachhaltigeren Schaden zufügen sollten als der Hertzbergsche Plan. Er wollte, im März 1790 gegen Österreich losschlagend, die aufständischen österreichischen Kronländer, Galizien und die Niederlande, unterstützen und letztere von Österreich losreißen

[1]) s. Immich S. 443, 444.

[2]) In modifizierter Form: Hertzberg wollte jetzt mehr, nämlich den größten Teil, oder ganz Großpolen, nebst Danzig; zweifellos hielt er daran fest, daß Polen durch Galizien von Österreich entschädigt würde, widrigenfalls er Krieg gegen Österreich führen wollte.

und selbständig machen. Auch wurde nun ein Vertrag mit der Pforte angebahnt, der im Januar 1790 zustande kam und später auch ratifiziert wurde, und der den Türken die Zurückerstattung aller ihrer Verluste in Aussicht stellte. Mit Polen kam ein Defensivbündnis zustande (29. März 1790).

Auch mit seinen neuen Vorschlägen hatte Preußen in London kein Glück (vornehmlich August 1789), vor allem, weil England besorgte, ein unabhängiges Belgien würde dem französischen Einfluß anheimfallen. Eine dritte Phase der preußischen Politik wurde dann durch das Gelingen der belgischen Revolution (Sieg gegen die kaiserlichen Truppen bei Turnhout 27. Oktober 1789) und das Losreißen des Landes von Österreich Ende 1789 herbeigeführt: nun wollte Friedrich Wilhelm England veranlassen, die Unabhängigkeit Belgiens, nachdem sie zur Tatsache geworden, anzuerkennen. Hierauf antwortete Pitt im Februar 1790 (Instruktion an den Berliner Gesandten Ewart vom 26. Februar 1790), daß eine Anerkennung der Unabhängigkeit Belgiens untunlich sei; sie würde von Österreich — das sich in Gemeinschaft mit Rußland England kürzlich genähert hatte — als Kriegserklärung betrachtet werden; auch könne und werde England an keinen offensiven Operationen Preußens teilnehmen. Trotzdem befriedigte diese Antwort in Berlin, da England gleichzeitig versprach, gemeinsam mit Preußen und Holland die Forderung der Einführung des Status quo der Türkei gegenüber den beiden Kaiserhöfen vorzuschlagen, ja für den Fall, daß daraus (wie man in Preußen erwartete und hoffte und auch wohl in England vermutete) der Krieg entstehen würde, Preußen im Verein mit Holland durch Demonstrationen — mehr nicht! — zu unterstützen.

Wenn Pitt Preußen endlich so weit entgegenkam, so lag das daran, daß England am Status quo in der Türkei im Interesse seines Handels an sich viel lag, es war aber auch ohne Zweifel mit darauf zurückzuführen, daß damals der Streit mit Spanien um den Nootkasund entbrannt war, und es ist gewiß kein Zufall, daß die oben erwähnte Instruktion an Ewart von demselben Tage ist wie die erste geharnischte Antwort an Spanien. Zu noch bedeutend größeren Zugeständnissen an den preußischen Standpunkt aber ließ sich das Kabinett von S. James veranlassen, als zeitweilig aus jenem Konflikt mit Spainen ein Krieg zu werden schien. Im Mai 1790 ging eine Instruktion an den britischen Botschafter in Berlin ab, wonach Pitt beim Friedens schluß, der im Prinzip auf Grund des Status quo zu erfolgen hätte, doch Preußen den Erwerb von Danzig und Thorn zugestehen wollte; freilich nicht bedingungslos, sondern unter Gewährung von Handelsvorteilen an England und Polen, welche verhindern sollten, daß die Abtretung eines der beiden Länder handelspolitisch schädige. War man in Preußen nun also endlich so weit, von dem Bundesgenossen dieses bedeutende Zugeständnis erhalten zu haben, so verstand man es dennoch nicht, aus der günstigen Lage den so eifrig erstrebten Vorteil zu ziehen. Unzweifelhaft hatte die Schwäche und Haltlosigkeit der maßgebenden

Persönlichkeiten und zuletzt vielleicht eine falsche Berechnung daran die Hauptschuld.

In Österreich war Kaiser Joseph im Februar gestorben. Sein Bruder Leopold, bisher Großherzog von Toskana, berühmt als ein Mann der Reform, der ihm in den Erblanden folgte und bald auch die Kaiserkrone erhielt (1790 bis 1792), war anders geartet. An menschlicher Größe mit jenem Feuergeist in keiner Weise zu vergleichen, war er kühler, taktisch geschickter, geduldiger, mehr geneigt, vorübergehend Niederlagen auf sich zu nehmen. So bedeutete sein Eintritt in die Regierung eine neue Sachlage — eine Tatsache, mit der die preußischen Staatsmänner nicht genügend rechneten. Der erste bedeutsame Schritt des neuen Königs von Ungarn war eine weitere Annäherung an England, bei der er sogar dem Wunsche, unter englischer Vermittelung Frieden zu schließen, Ausdruck gab. Unter starker Billigung Englands wandte er sich darauf im März 1790 an Preußen, das inzwischen begonnen hatte, mobil zu machen und sein Heer in Schlesien gegen Österreich aufzustellen. Zuerst wollte er den Status quo der Türkei nicht zugestehen, sondern er wünschte den Erwerb der sogenannten »Passarowitzer Länder«, d. h. der im Frieden von Passarowitz 1718 von der Türkei abgetretenen Länder (Banat, große Teile Serbiens mit Belgrad, Teile der Wallachei), die aber Österreich, abgesehen vom Banat, 1739 wieder an den Sultan hatte zurückgeben müssen; schließlich erklärte er sich aber auch bereit, auf den Status quo im eigentlichen Sinne einzugehen (Ende Mai). Österreich war in sehr fataler Lage. Das preußische Heer war mobil gemacht. Rußland hatte für den Fall des Krieges seine Hilfe versagt. Im weiteren Verlauf der ziemlich wirren Verhandlungen wurden von Hertzberg Vorschläge gemacht, wonach Österreich in der Tat einen Teil der Passarowitzer Länder (ohne Belgrad) erhalten und dafür auch nur einen Teil Galiziens an Polen abtreten sollte.

Der überraschende Abschluß dieser Verhandlungen wurde aber erst angebahnt, als vom 26. Juni 1790 an zwei österreichische Diplomaten, Reuß und Spielmann, im preußischen Hauptquartier in Reichenbach mit Vertretern Preußens konferierten. Drei Tage vorher, am 23., hatte der König von Preußen jenen schon genannten Vertrag mit der Türkei ratifiziert (s. o.), wonach die Pforte den Status quo erhalten sollte; hierdurch waren ihm also eigentlich schon in einer Richtung die Hände gebunden, was freilich — bei den seltsamen Verhältnissen an dieser Regierung — zunächst ohne Einfluß auf die Verhandlungen blieb. Hertzberg gestand den Österreichern nun auch noch Belgrad zu; der Kaiserstaat sollte nur einen Teil Galiziens hergeben, dagegen verlangte Preußen neben Danzig und Thorn noch andere polnische Gebiete, vor allem den Netzedistrikt. Auf diese Vorschläge antwortete das Wiener Kabinett am 7. Juli und erklärte zunächst, lieber den Status quo im eigentlichen Sinne annehmen zu wollen (d. h. auf alle türkischen Eroberungen zu verzichten), als auf die vorliegenden preußischen Vorschläge einzugehen. Doch kam man in dieser Antwort, die Friedrich

Wilhelm am 13. Juli erhielt, dem preußischen Standpunkt immerhin prinzipiell entgegen, indem jetzt von österreichischer Seite andere Abtretungsvorschläge gemacht wurden. Der natürliche Lauf der Dinge wäre nun gewesen, daß über diese österreichischen Zessionsvorschläge weiter verhandelt und gefeilscht worden wäre. Allein nun trat eine Wendung ein. An demselben 13. Juli 1790 trafen in Reichenbach die Gesandten der Seemächte ein — als Vertreter Englands Ewart — und sprachen sich eifrig für den Status quo im eigentlichen Sinne aus. In derselben Richtung wirkten Lucchesinis Vorstellungen, der aus Warschau herbeigerufen worden war und die Stimmung der Polen schilderte, die meist der Abtretung von Danzig und Thorn abgeneigt waren oder wenigstens ganz Galizien dafür haben wollten. Mit aus diesen Einflüssen auf den schwachen Monarchen heraus entstand die entscheidende Wendung der preußischen Politik vom 15. Juli 1790.

Die Alternative: Tausch oder Krieg ward aufgegeben zugunsten der andern Status quo stricte oder Krieg. Es wurde Österreich ein Ultimatum in diesem Sinne gestellt. Offen möchten wir dabei die Frage lassen, ob, wie vielfach angenommen wird, Hertzberg und der König, oder auch der eine von beiden, dieses Ultimatum mit der (falschen) Berechnung absandten, daß es doch nicht angenommen werden würde, und daß sich also daraus der erwünschte Krieg sicher ergeben würde. Wahrscheinlicher dürfte es doch sein, daß man auch mit der Annahme des Ultimatums gerechnet hat, und daß der König wenigstens auch sie, durch die er der edelmütige Schiedsrichter Europas zu werden und drei Kaisern den Frieden zu diktieren glaubte, als erfreulichen Ausgang empfand. Der mangelhafte Zustand der preußischen Rüstungen ist ferner wohl nicht ohne Einfluß geblieben.

Österreich nahm das Ultimatum im ganzen an und setzte damit allen preußischen Erwerbsplänen fürs erste ein Ziel. Am 24. Juli 1790 — am Tag darauf hatten die preußischen Truppen marschieren sollen — wurde die österreichische Antwort Hertzberg mitgeteilt. Leopold war bereit, auf Grund des Status quo Waffenstillstand, dann unter Vermittelung des Dreibunds Frieden mit der Türkei zu schließen. Er verzichtete auf alle Eroberungen, abgesehen von einigen Grenzregulierungen. Sollten diese erzielt werden, so sollte Preußen ein Äquivalent erhalten. Friedrich Wilhelm seinerseits ließ sich dazu herbei, im geheimen durch die Seemächte erklären zu lassen, er werde sich in die inneren Verhältnisse Österreichs nicht einmischen. Öffentlich aber verpflichtete er sich, in bezug auf Belgien nur im Einvernehmen mit den Seemächten vorzugehen. Dort sollte nach Erlaß einer Amnestie von seiten Leopolds die von ihm versprochene Verfassung eingeführt werden; das hieß mit anderen Worten, daß Österreich seine Niederlande zurückerhielt. Friedrich Wilhelm verpflichtete sich ferner, Leopold bei der bevorstehenden Kaiserwahl seine Stimme zu geben. Diese Abmachungen wurden in drei Aktenstücken niedergelegt (27. Juli).

Die Konvention von Reichenbach bedeutete eine schwere Demütigung Österreichs, das sich von anderen Mächten unter Drohungen einen unvorteilhaften Frieden diktieren ließ. Die zornigen Äußerungen des alten Kaunitz, die üble Laune Leopolds gegen England u. a. zeigen zur Genüge, wie sehr man diese Tatsache in Wien empfand. Auf der andern Seite wurde der Kaiserstaat um diesen hohen Preis aus einer sehr übeln Lage befreit und entledigte sich nicht nur der auswärtigen preußischen Gefahr, sondern erhielt auch die Aussicht auf Konsolidierung im Innern und die Niederwerfung der Revolutionen. Das Umgekehrte gilt von Preußen. Hatte Preußen einen äußeren, großen Erfolg »im Sinne des französischen Prestige« errungen, so war dieser mit einem Verlust an wahrem politischem Ansehen verbunden und überdies eine glänzende Situation ungenutzt vorübergegangen. Für die englische Politik aber bedeutete Reichenbach einen wahren, wenn auch noch nicht vollständigen Triumph. Von der Aussicht, durch den preußischen Genossen in Verwickelungen verstrickt zu werden, war das Inselreich einstweilen befreit, schwere Verluste der Türkei abgewandt; vor allem war Rußland isoliert und so die Gefahr, daß das vorwärtsdrängende Reich des Ostens weiteren Zugang zum Schwarzen Meere erhalte und seine Seemacht ausbaue, bedeutend vermindert und schließlich die Aussicht auf ein, nominell unabhängiges, in Wirklichkeit aber Frankreich anheimfallendes Belgien erheblich verringert; und das alles war erreicht, ohne noch den preußischen Genossen sich eigentlich entfremdet zu haben. So konnte England mit dem Ausgang der Reichenbacher Verhandlungen in hohem Grade zufrieden sein. Freilich waren dennoch auch in England Betrachtungen anzustellen, die weniger erfreulich ausfallen mußten. War Preußen nicht eigentlich entfremdet, so war begreiflicherweise seine Neigung für die Tripelallianz doch abgekühlt, aus der es keinen realen Gewinn gezogen hatte. Ferner bedurfte es noch einer weiteren Aktion Englands, um das isolierte Rußland nun auch seinerseits zum Verzicht auf seine türkischen Eroberungen zu veranlassen — der schwierigere Teil des Unternehmens, wie sich zeigen sollte.

Erschwert wurde diese Aufgabe besonders dadurch, daß am 14. August 1790 von Katharina II. auf Grund des Status quo ante bellum zu Werelä Frieden mit Schweden geschlossen worden war (wahrscheinlich nachdem die Zarin, aber ehe Gustav III. Kenntnis von den Reichenbacher Vorgängen erhalten hatte). Katharina hatte die feste Absicht, den Türken mindestens Oczakow am Dniepr, einen, wie man glaubte, wertvollen Hafen am Schwarzen Meere, nebst umliegendem Gebiete abzunehmen, und also nach Ansicht vieler einen erheblichen Schritt vorwärts in der Richtung auf Konstantinopel zu machen, und so gerade das zu erreichen, was Pitt ihr zu gewähren nicht geneigt war. Was den preußischen Bundesgenossen anlangte, so war er zwar damals vorübergehend sehr einig mit England in dem Wunsch nach Eindämmung der russischen Macht; er wollte in Petersburg gemeinsam mit England diplomatisch vorgehen und verlangte zur Unterstützung dieser Aktion eine britische

Flottendemonstration in der Ostsee; ja er hielt Teile der eigenen Armee auf dem Kriegsfuß. Auseinander gingen die Alliierten aber in bezug auf Polen. Preußen erhoffte noch immer den Gewinn von Danzig und Thorn; Pitt war bereit, ihn zuzugestehen, aber nur in Verbindung mit einem Handelsvertrag (s. o.), den Friedrich Wilhelm aber nach Reichenbach entschieden ablehnte. Eine weitere Schwierigkeit bot die Haltung der Polen dar, die wegen der Reichenbacher Abmachungen gegen England begreiflicherweise erbittert waren, da sie nichts von Galizien erhalten hatten, und nun »dafür auch nichts mehr verlieren« wollten. So beschloß denn der polnische Reichstag am 6. September 1790 die Unteilbarkeit und Unantastbarkeit des ganzen Gebietes. Trotz aller dieser Schwierigkeiten beschloß Pitt, unterstützt durch den Berliner Gesandten Ewart, aber gegen den Widerspruch anderer Häupter der englischen Diplomatie, vorwärts zu gehen (Januar 1791). Die große Aktion, die Rußland den Status quo aufzwingen sollte, wurde sowohl diplomatisch wie militärisch (»Russian Armament«) in großem Stile vorbereitet; eine größere Flotte sollte in die Ostsee, eine kleinere ins Schwarze Meer entsandt werden. Die Aufnahme des Planes bei den in Frage kommenden Mächten war befriedigend, außer in Holland, das sich weigerte, einen offensiven Krieg mitzumachen und in Polen, wo man von einer Abtretung von Thorn überhaupt nichts wissen wollte, während man über Danzig wenigstens weiter zu verhandeln bereit war. So gerüstet legte Pitt die Frage, ob ein Ultimatum an Rußland gestellt werden sollte (Friede mit der Pforte auf Grund des Status quo oder Krieg mit England und Preußen) dem Kabinett vor. Ferner stellte er einen Vertragsentwurf über die Zession Danzigs an Preußen zur Diskussion. Das Kabinett genehmigte das Projekt, ebenso, ungern, Georg III. Am 27. März 1791 wurden die Aktenstücke zunächst zur Begutachtung nach Berlin gesandt. Am 29. sollte das Parlament auf Grund einer königlichen Botschaft über diese Schritte und weitere Flottenrüstungen beraten. Hierbei hielten zwar die Oppositionsführer glänzende Reden, von denen vor allem die von Fox großen Eindruck machte, aber der Antrag der Regierung ging dennoch in beiden Häusern mit bedeutender Majorität durch. Trotzdem entschloß sich Pitt nach wenigen Tagen zum Rückzug: eine Wendung der englischen Politik von außerordentlicher Tragweite, die indessen noch nicht vollständig aufgeklärt ist.

Bekannt ist, daß im Kabinett selbst die Meinungen geteilt waren. Gewiß ist ferner, daß zu dem Rückzug Pitts die öffentliche Meinung viel beitrug. Es zeigte sich, daß weite Kreise im Lande, vor allem in der Industrie und die Vertreter des Ostseehandels, für die weit vorausschauende Machtpolitik Pitts Rußland gegenüber kein Verständnis hatten und mit ihren Abgeordneten nicht einig waren. Auch bearbeitete der russische Botschafter die öffentliche Meinung in diesem Sinne. Doch konnten diese Stimmungen erst in mäßigem Umfang bekannt sein, als der rasche Umschwung eintrat, und sie können ihn nicht vollgültig erklären. Das Problem muß als noch nicht gänzlich gelöst betrachtet werden. Vielleicht ist dabei an persönliche Motive des Ehrgeizes [1]) zu denken. Jedenfalls

[1]) Grenvilles — s. P. Wittichen, S. 74.

spielte die Opposition gegen Pitts Politik in den höchsten Regionen des Staates zuerst ihre entscheidende Rolle. Jüngst hat schließlich Holland Rose[1]) die Ansicht vertreten, daß gerade am 27. März eingetroffene Meldungen über neuerliche Schwankungen des Königs von Preußen und über die Geneigtheit der Zarin, auf mäßige Bedingungen einzugehen, Pitt in seinem großen Entschluß wankend gemacht hätten.

Schon zwei Tage nach der ersten Debatte des Parlaments, vier Tage nach Absendung des Ultimatums, am 31. März, oder genauer in den ersten Morgenstunden des 1. April 1791 wurde beschlossen, einstweilen den Vertrag mit Preußen nicht unterzeichnen und das Ultimatum an Rußland von Berlin aus nicht weitergehen zu lassen. Trotz dieses Umschwungs, der übrigens noch nicht unmittelbar ein endgültiges Aufgeben des russischen Kriegs bedeutete, blieb Pitt im Amte, während der Herzog von Leeds, Sekretär des Auswärtigen, seine Stelle an Lord Grenville abtrat. Es wurde nun weiter auf Grund des »modifizierten Status quo« mit der triumphierenden Zarin verhandelt und ihr schließlich das gewünschte Oczakow mit einem erheblichen Landstrich bis zum Dnjestr (auf dem dann zwischen der Mündung dieses Stromes und Oczakow 1792 Odessa gegründet wurde) bewilligt, unter der, nie ausgeführten, Bedingung, daß die Befestigungen von Oczakow geschleift würden.

Auf diese Weise also ging das Unternehmen der beiden Kaiserhöfe gegen die Türkei aus. Endgültige Form nahmen die genannten europäischen Abmachungen in den Friedensschlüssen zu Sistowa zwischen Österreich und der Türkei (4. August 1791) und zu Jassy zwischen Rußland und der Türkei (9. Januar 1792) an. Österreich erhielt die in Reichenbach zugestandene Grenzberichtigung, ohne daß Preußen sich um das ihm in Aussicht gestellte Äquivalent bemüht hätte, Rußland die mit Preußen und England verabredeten Bedingungen. Der Gedanke an Eroberungen auf Kosten der Türkei trat mit diesen Friedensschlüssen auf längere Zeit in den Hintergrund.

Der Rückzug Englands Rußland gegenüber hatte neben bedenklichen Folgen für die britische Politik (s. u.) doch auch ein erfreuliches Resultat: den polnischen Staatsstreich vom 3. Mai 1791. Auf die Nachricht hin, daß England nun den Status quo modifizieren zu lassen gedenke, wodurch sie sich unmittelbar bedroht fühlten, beschlossen die Polen endgültig, ihrem Staatswesen etwas mehr Festigkeit zu verleihen. Am 3. Mai 1791 überraschte König Stanislaus den Reichstag mit dem Hinweis auf die Gefahren, die Polen drohten, und mit Vorschlägen, wie ihnen zu begegnen sei. Er schlug zu diesem Zwecke eine Verfassungsänderung vor. Das Wahlkönigtum sollte beseitigt werden, und die Krone nach dem Tode des Königs an Kursachsen fallen und in diesem Hause erblich sein. Auch sonst wurde die Stellung des Königs verstärkt; er erhielt z. B. das Recht, Gesetze abzulehnen, die die künftigen zwei Kammern des Reichstags angenommen hätten; vor allem wurde das liberum veto beseitigt. Diese »Revolution« war für

[1]) W. Pitt and National Revival, S. 614 f.

die durch ihre anderen Verwickelungen nur vertagten polnischen Pläne Katharinas sehr ungünstig, während sie in Preußen (fürs erste) und naturgemäß in England freudig begrüßt wurde. Sonst aber hatte der Umfall Pitts Rußland gegenüber für das Land sehr bedenkliche Folgen, auch abgesehen von dem Verluste an Ansehen, den er mit sich brachte. Nachdem Friedrich Wilhelm sich über die wahre Tragweite des englischen Entschlusses klar geworden, war das Bündnis von 1788 de facto aufgelöst und England stand wieder fast ganz isoliert da. Preußen aber näherte sich, von England enttäuscht, immer mehr dem Wiener Kabinett und bald auch Rußland — zwei für die Geschichte der folgenden Jahre maßgebende Tatsachen.

c) Ursprung der Revolutionskriege 1791/92.

Schon erheblich vor der letzten großen Enttäuschung durch England, und ehe Pitt im März 1791 sein Ultimatum gegen Rußland vorbereitet hatte, entsandte Friedrich Wilhelm II. seinen vertrauten und einflußreichen Freund, den Obersten Bischoffwerder, auf eine Anregung der Österreicher hin nach Wien, um Fühlung mit der Hofburg zu gewinnen und in der Hoffnung, im Bunde mit ihr zu dem ersehnten Erwerb zu gelangen, der ihm im Bunde mit den Seemächten zu entgehen schien. Die Mission erfolgte in tiefem Geheimnis im Februar 1791. Nicht einmal Hertzberg, der dem Namen nach noch Minister war, wußte darum. Bischoffwerder hatte unter anderem folgendes vorzuschlagen: Preußen verlangte, daß Österreich ihm die Erbschaft von Ansbach-Bayreuth, ferner den Erwerb von Danzig und Thorn und beim Aussterben des Kurhauses Sachsen den Eintausch der Lausitze gestatte. Dafür war Preußen bereit, Österreich nach dem Tode des Kurfürsten Karl Theodor den Erwerb von Teilen von Bayern oder von anderen Gebieten zu bewilligen. Trotzdem dieses Abgehen von der traditionellen Politik Preußens der Hofburg ebenso erfreulich wie überraschend sein mußte, wurde das ganze preußische Projekt doch aus Rücksicht auf Rußland abgelehnt, freilich in sehr verbindlicher Form. Bei diesen Besprechungen war auch mehr nebenbei von der französischen Revolution die Rede gewesen. Auf die erste Mission Bischoffwerders folgte Ende Mai 1791 eine zweite. Am 11. Juni traf der Oberst, der am 28. Mai abgereist war, bei Leopold II. in Mailand ein. Dieses Mal fand er volle Zustimmung zu seinem Vorschlag einer persönlichen Begegnung mit Friedrich Wilhelm, die dieser angeregt hatte. Als Ort wurde Pillnitz in Kursachsen, als Zeit der laufende Sommer ausersehen. Auf dieser Zusammenkunft nun beabsichtigte Leopold notgedrungen, sich auch in erster Linie mit den inneren Angelegenheiten Frankreichs zu befassen, von wo immer wieder Hilferufe zu ihm drangen.

Die im § 1 geschilderten tiefgreifenden Änderungen der französischen Staatsverfassung und zwar vor allem diejenigen, welche die Verhältnisse der französischen Kirche in einschneidender Weise veränderten einerseits, und die, welche die königliche Macht vernichteten andererseits,

dazu die vielen Verstöße in der Form und mit dem Worte, welche sich die Männer der Revolution zuschulden kommen ließen, ebenso wie das mangelnde Rechtsgefühl, das sie allen Verbrechen der Masse und der Parteigenossen gegenüber zeigten, hatten bald das Königspaar innerlich vollständig und dauernd der Revolution entfremdet. Schon von dem Moment an, in dem Ludwig XVI. der Gefangene der Stadt Paris wurde (6. Oktober 1789), beginnen naturgemäß, wie man sagen muß, die Pläne, aus der Unfreiheit wieder herauszukommen und zugleich die Revolution in ruhigere Bahnen zu lenken. Mirabeau riet, der König müsse aus Paris wieder heraus. Draußen, auf treugebliebene Truppen gestützt, frei von der Herrschaft des Pöbels, könne er sich an die Spitze des »gesunden Teiles« des Volkes stellen. Dieser Gedanke wurde von der Königin ebenfalls ergriffen. Damit verband sie, zuerst wohl im Frühjahr 1790, den weiteren Plan, die auswärtigen Mächte, in erster Linie das verwandte Kaiserhaus, sollten dabei behilflich sein, ein allgemeiner Gedanke, der bald die besondere Form annahm, das Wiener Kabinett solle einen »bewaffneten Kongreß« Europas zustande bringen, der einen starken Druck auf die französische Revolution im Sinne der Mäßigung ausüben müsse. Dabei ist festzustellen, daß nicht an die Wiederherstellung des alten Frankreich gedacht wurde, sondern an eine konstitutionelle, aber starke Monarchie — die Königin galt mit Recht als das Haupt der »Monarchisten«, im Gegensatz zu den »Royalisten«, (d. h. den Absolutisten) —; daß das Königspaar in keiner Weise daran dachte, sich mit den reaktionären Plänen des ausgewanderten Adels, dessen Führer der jüngste Bruder des Königs, der Graf von Artois (der spätere Karl X.) war, irgendwie zu identifizieren, ja daß es ihm gegenüber eine noch lebhaftere Mißstimmung zeigte als gegenüber den Führern der Revolution; daß der oberste Satz des rechtliebenden Ludwigs XVI. blieb: »kein Bürgerkrieg« und schließlich, daß man sich der Illusion hingab, der Einfluß des Auslands werde auch ohne Einmarsch seiner Truppen erfolgreich geltend gemacht werden können. Festere Gestalt nahmen diese Pläne im Oktober 1790 an. Der schwedische Graf Fersen, einer der Getreuen der Königin, sollte die Flucht aus Paris nach dem Osten leiten; der Marschall Bouillé zuverlässige Truppen stellen; Breteuil in erster L nie die Verhandlungen mit dem Auslande leiten. Der König gab, wie es scheint, gegen Ende November 1790 seine Zustimmung, als ihm nämlich die Einführung der ihm verhaßten Zivilkonstitution des Klerus unvermeidlich schien. Als Zeitpunkt für die Flucht wurde das Frühjahr 1791 ins Auge gefaßt. Immer wieder hinausgeschoben wurde sie zuletzt durch die bekannt gewordenen Pläne der Emigranten beschleunigt, welche von Tag zu Tag rücksichtsloser gegen den König und immer gefährlicher wurden. Die Flucht hatte als Ziel die französische Grenzfestung Montmédy — nicht »das Ausland«, wie man immer wieder liest. Dort sollte ein Manifest an das französische Volk erlassen werden, durch das Ludwig XVI. alle gemäßigten Elemente zu gewinnen hoffte. Dabei sollte — denn man hatte bei diesen Hirngespinsten von Gefangenen, welche die Fühlung

mit der lebendigen Welt verloren hatten, die Machtfrage nicht ganz vergessen — der König sich auf zweierlei Faktoren stützen, einerseits auf treugebliebene französische Truppen unter dem Marschall Bouillé, die dieser unter dem Vorwand der österreichischen Truppenansammlungen (s. u.) in seiner Hand vereinigen sollte; andererseits auf den bewaffneten Kongreß der Mächte, der seine Truppen — in Wirklichkeit kamen im besten Falle nur österreichische in Betracht — an der Grenze aufstellen sollte. Durch sie hoffte man das französische Volk zu erschrecken; der König wollte dann der Vermittler zwischen dem drohenden Ausland und seinem Volke werden. Einen Krieg des Auslands gegen Frankreich wollte das Königspaar nicht. Im schlimmsten Falle sollten österreichische Truppen unter französischem Oberbefehl als Hilfstruppen — also ohne Krieg von seiten der österreichischen Regierung — mit eingreifen. Es liegt auf der Hand, daß dieser für das Jahrhundert so charakteristische, künstliche und weichliche Plan, an dem auch die Rechtlichkeit und Mäßigung inmitten so vieler Rechtsbrüche und Extravaganzen auffällt, doch nur wenig entstellt zu werden brauchte, um daraus zu machen, der König wolle ins Ausland fliehen und mit Hilfe dieses das Ancien Régime wieder einführen, an welchem Satze doch alles falsch war. Verschlimmert wurde die Lage durch einen aufgefangenen Brief des österreichischen Botschafters Mercy an die Königin vom 7. März 1791, in dem er dem Königspaar klar zu machen suchte, daß ohne erhebliche Landabtretungen die Unterstützung des Auslands nicht zu erhalten sein werde. Die Flucht des Königspaares wurde dann in Wirklichkeit unternommen, als für den bewaffneten Kongreß noch nicht die geringste Aussicht vorhanden war, und als höchstens einige österreichische Truppen in Betracht kamen, auf die sich der König neben den französischen stützen konnte. Die Flucht aus Paris gelang zwar am 20. Juni 1791, aber während der Graf von der Provence, der spätere Ludwig XVIII., glücklich nach Belgien entkam, wurde Ludwig XVI. mit seiner Gemahlin in Varennes festgehalten und nach Paris zurückgebracht. Schuld an dem Scheitern des Planes trug die zeitgemäße Schlaffheit in seiner Ausführung und zuletzt das übliche Versagen der Truppen. Nach diesem Ereignis war es den radikalen Elementen ein leichtes, auch die Gemäßigten zu überzeugen, daß der König den Landesfeind nach Frankreich führen wolle, und das Ansehen der Monarchie erlitt auch bei den Gemäßigten nicht wieder gut zu machenden Schaden.

Im Zusammenhang mit den genannten Fluchtplänen nun drangen fortwährende Hilfegesuche aus Frankreich, vor allem von der Königin, an den Kaiser, die nur noch dringlicher wurden, als der Fluchtplan gescheitert war. Es war für den Kaiser eine Unmöglichkeit, diese Hilferufe vollständig zu ignorieren. Es kam nun aber ein zweiter Umstand hinzu, welcher ihn nötigte, sich mit der französischen Revolution zu befassen. Die Konstituante hatte, als sie die Feudalverfassung abschaffte, auch die dahin gehörigen Rechte der deutschen Reichsfürsten im Elsaß ohne weiteres beseitigt, als ob es sich um französische Barone handelte.

Damit hatte sie unzweifelhaft in die Rechte fremder Staatswesen eingegriffen. Die Fürsten, deren Führer in dieser Sache der Bischof von Speier war, wandten sich um Hilfe an das Reich, das auch in der Tat mit Frankreich verhandeln wollte, während die Pariser Regierung lediglich mit den einzelnen Fürsten sich ins Einvernehmen zu setzen und ihnen nur freiwillig, wie ein Geschenk, Ersatz für ihre Verluste zu gewähren bereit war. Einen Brief Ludwigs XVI., der diesen Standpunkt vertrat, hatte Leopold dem Reichstag vorgelegt. Aber trotz dieser beiden Anlässe waren die Aussichten, daß eine Mission, wie die Breteuils (s. o.), bei Leopold auf guten Boden falle, von vornherein schlecht. Sehr friedensbedürftig, beschäftigt, wie er war, mit der glücklich fortschreitenden inneren Konsolidierung seiner Länder, war ihm der Gedanke an eine energische Aktionspolitik äußerst unsympathisch. So war denn die Aufnahme von Breteuils Mission und anderer ähnlicher Bemühungen für das Königspaar wenig ermutigend. Zwar ging Leopold gern auf den Wunsch ein, sich nicht mit den Emigranten einzulassen, sonst aber könne er, schrieb er an Marie-Antoinette am 14. März 1791, nichts unternehmen ohne Mitwirkung mehrerer der bedeutendsten Mächte Europas. Ähnlich drückte er sich Bischoffwerder gegenüber bei dessen zweiter Mission aus, indem er von einer »intervention collective« sprach. Damit hatte er eine Formel gefunden, an der er lange Zeit festhielt, und die auch andere Mächte benutzten, um die Mitwirkung im Sinne Marie-Antoinettes abzulehnen; denn das war, verhüllt oder unverhüllt, die Haltung der maßgebenden Kabinette mit Ausnahme Rußlands und Schwedens. Breteuils Mission war einstweilen im wesentlichen als gescheitert zu betrachten. Nicht eigentlich verschieden von dieser wurde die Haltung Leopolds nach der mißlungenen Flucht des Königspaares; wenn er sich auch in den Tagen, nachdem er die Nachricht erhalten, gegenüber der Revolution sehr viel energischer ausdrückte als vorher, wenn er auch am 5. Juli 1791 das Zirkular von Padua an England, Neapel, Preußen, Sardinien, Spanien und den Kurerzkanzler erließ, in dem er gemeinsame Maßregeln vorschlug, blieb er dennoch so vorsichtig, für alle Fälle des Handelns auch in den vertrautesten Äußerungen immer nur von dem notwendigen Verein der Mächte zu reden, auf den in Wirklichkeit keine Hoffnung bestand. Dabei kam natürlich besonders viel auf England an, auf dessen Hilfe aber überhaupt nicht zu hoffen war, da es den Interessen dieser Macht entgegengesetzt war, wenn Frankreich auch nur irgendwelche innere Festigkeit wieder erhielt, während man am Kaiserhof ein zwar aktionsfähiges, aber doch auch kein starkes Frankreich wünschte. Immerhin bedeutete das Zirkular von Padua, daß eine Aktion wenigstens in eventuelle Aussicht genommen wurde.

In diesem Stadium befanden sich die Dinge, als am 25. August 1791 der Kaiser und der König von Preußen als Gäste des Kurfürsten von Sachsen in Pillnitz eintrafen. Das erste politische Geschäft, das die Fürsten hier erledigten, war die Abweisung der Emigranten in der Person des Grafen von Artois. Dieser hatte zehn Punkte vorgelegt, unter denen

Proteste und Drohungen an die Nationalversammlung und die Revolution überhaupt, die Aufstellung von Truppen und die Ernennung des Grafen von der Provence zum Regenten Frankreichs die wichtigsten waren. Daß mit diesen Maßregeln den Interessen Ludwigs XVI. gedient werde, glaubten die Emigranten zweifellos selbst nicht. Der Kaiser wies den Grafen Punkt für Punkt ab. Sodann wurde die berühmt gewordene Pillnitzer Deklaration der beiden Herrscher von Österreich und Preußen vom 27. August 1791 redigiert. Hierin hieß es, daß die beiden Monarchen bereit sein würden, sofort gemeinsam einzuschreiten, um Ludwig XVI. die Freiheit zu verschaffen und eine gemäßigte Verfassung[1]) in Frankreich einzuführen, »dann und in dem Falle«, daß die Mächte, an die man sich um Hilfe wenden werde, im Verhältnis zu ihren Kräften zu jenem Zweck mitwirken würden. Das bedeutete in Wirklichkeit die Ablehnung jedes Eingreifens. Leopold erklärte ausdrücklich, daß er durch die Erklärung zu nichts verpflichtet sei, da ja ohne England, dessen Stellung (s. o.) bekannt war, nicht vorgegangen werden könne. Immerhin war hier von einer möglichen Aktion die Rede, was z. B. dem vorsichtigen alten Kaunitz schon viel zu weit ging. Sehr bald aber wurde Leopold noch erheblich zurückhaltender. In Paris war die Verfassung der Konstituante endlich fertiggestellt worden, wobei noch in letzter Stunde einige kleine Änderungen im monarchischen Sinne vorgenommen wurden, und Ludwig XVI. nahm sie am 13. September 1791 an. Nun erklärte Leopold eine Intervention geradezu für gegenstandslos, so daß selbst der alte Kaunitz seine Zufriedenheit darüber ausdrückte, daß der gute Ludwig XVI. »uns et Compagnie von der bösen Richtung abgebracht habe, in der wir begriffen waren.« Den Mächten, die inzwischen wenigstens einige Hoffnung auf ihre Mitwirkung gemacht hatten, Neapel, Preußen, Rußland, Schweden, Spanien, wurde diese Auffassung mitgeteilt und nur ins Auge gefaßt, in Paris insinuieren zu lassen, daß die Franzosen dem Monarchen gegenüber in ihrer Mäßigung verharren möchten, widrigenfalls eine gemeinsame Intervention dennoch eintreten könnte.

Bedeutete somit, wie seit Sybel feststeht, die Deklaration von Pillnitz, daß der Kaiser *nicht* geneigt sei, einzugreifen, ward ferner diese Haltung infolge der Annahme der Konstitution noch deutlicher, so war *es natürlich eine andere Frage*, wie Padua und Pillnitz auf die Franzosen wirken würden. In Frankreich hatten schon etwa seit den Ereignissen des 5. und 6. Oktober 1789 die Radikalen die hysterische Erregung des Volkes u. a. auch dadurch aufrechterhalten, daß sie mit einer fremden Intervention drohten, also ehe von einer solchen auch nur irgend die Rede sein konnte. Das Mittel blieb dauernd wirksam. Als die Nachrichten von der geplanten Flucht des Königspaares durchsickerten, werden die revolutionären Führer selbst angefangen haben, an eine Gefahr, die vom

[1]) Wörtlich: eine monarchische Regierung, welche den Rechten des Souveräns und den Interessen der Nation gleichmäßig angemessen sei.

Auslande drohe, zu glauben. Die verunglückte Flucht selbst wurde dann von der größten Bedeutung. Es folgten auf sie das Zirkular von Padua (Anfang Juli) und die Pillnitzer Erklärung (Ende August). Für die Massen des französischen Volkes wurde der in Wirklichkeit rein negative Sinn dieser Erklärung verdunkelt durch die Art ihrer Publikation durch die zwei Brüder des Königs, die mit der zweifellos klaren Voraussicht, dadurch die Lage des Königs zu verschlimmern, einen Brief vom 10. September 1791 veröffentlichten, in dem sie das Dokument von Pillnitz in ihrer Weise kommentierten. Sie erklärten u. a., alle Höfe seien bereit, mit Preußen und Österreich ihre Truppen (forces) zur Unterstützung des Königs von Frankreich zu verwenden; ferner protestierten sie im voraus gegen einen etwaigen Verfassungseid des Königs. Es kann kein Zweifel sein, daß die Masse des französischen Volkes und vielleicht auch zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung die Pillnitzer Erklärung als wahrhaft bedrohlich empfanden; ebenso sicher ist es aber auch, daß die Führer, denen ja die Gegensätze des Königs und der Emigranten und die Hoffnungslosigkeit des Konzerts der Mächte ebensogut bekannt waren, wie uns, sie richtig verstanden und sie nur absichtlich als trefflichen Agitationsstoff verwendeten. Durch die Annahme der Konstitution durch den König (13. Sept. 1791) wurde dann die Lage vorübergehend gebessert. Diese Annahme der Verfassung von 1791, mit welcher trotz der erwähnten kleinen Modifikationen eine geordnete Regierung des Landes unmöglich war, war nun aber von seiten des Königs insofern unehrlich, als er eine weitere Revision der Verfassung im monarchischen Sinne von vornherein ins Auge faßte. Er hoffte einerseits, daß der Versuch, mit der Verfassung zu regieren, seine Unmöglichkeit erweisen würde, und hielt andererseits an dem Plan einer Intervention der fremden Mächte — Bedrohung der Revolution durch einen bewaffneten Kongreß, »Vermittelung« des Königs — nach wie vor fest, einem Plan, der für den in Paris befindlichen König noch weniger ausführbar sein konnte, als wenn er sich glücklich an die Grenze gerettet hätte. Das Ausland aber, voran der Kaiser, wurde, wie schon erwähnt, durch die Annahme der Konstitution von seiten des Königs in ihrer Neigung, nicht einzugreifen, bestärkt. So war die Lage, als die erste, nach der Verfassung gewählte Nationalversammlung, die sogenannte Legislative, ihre Regierung antrat.

Sie umfaßte infolge eines Beschlusses der Konstituante, der auf einen Antrag Robespierres zurückging, lauter neue Männer. Von entscheidendem Einfluß in ihr wurde bald eine Parteigruppe, die ihren Namen Gironde von der Herkunft mehrerer ihrer Mitglieder erhielt, und die einen Teil der Jakobiner bildete. Nach ihrem vornehmsten Führer Brissot wurden die Angehörigen dieser Gruppe vielfach Jacobins Brissotins genannt. Neben Brissot spielten unter ihnen vornehmlich Roland, Vergniaud, Buzot nnd Louvet eine große Rolle. Keineswegs frei von Idealismus ließen sie dennoch vielfach ihre Überzeugungen vor taktischen Erwägungen und Motiven des Ehrgeizes

zurücktreten. Vor allem gilt das von ihrem Führer Brissot. Entscheidend für diesen wurde es, daß er im Gegensatz zu der Mehrzahl der Zeitgenossen als Journalist und Publizist sich von jeher gerade für die auswärtige Politik interessiert hatte. Im übrigen hatte ihn eine stürmische Vergangenheit in schlimme Schulen der Intrigue und politischen Unehrlichkeit, vor allem in die verdorbene Umgebung des Herzogs von Orléans, geführt. Nun gelang es ihm, eine welthistorische Rolle zu spielen. Das Programm seiner Partei wurde es, jede Beruhigung des Landes zu verhindern und »die Revolution zu Ende zu führen«. Zu dem Zwecke wurde zunächst jede mögliche Herausforderung und Reizung der Monarchie vorgenommen und bald auch eine äußerst feindselige Haltung dem Auslande gegenüber ergriffen. Ersterer Zweck wurde durch über die Wünsche Ludwigs XVI. weit hinausgehende, unerhört scharfe Maßregeln gegen die Emigranten (Oktober und November 1791), vor allem aber durch ein Dekret gegen den »eidverweigernden« Klerus[1]) (29. November) erreicht, das alle Geistlichen, die den Zivileid nicht geleistet, ihrer Pensionen, aber auch des Schutzes der Gesetze für verlustig erklärte, und so den ersten Schritt auf der Bahn schrecklicher Verfolgungen bilden sollte. In denselben Monaten, ja zum Teil in denselben Sitzungen, in denen über diese Maßregeln beratschlagt wurde, welche den inneren Frieden unmöglich machen sollten, ging man daran, auch den äußeren Frieden zu bedrohen. Wilde Reden gegen die Fürsten, welche die Emigranten beschützten, gegen die Fürsten überhaupt, entsprechende Botschaften an den König, in einer Zeit, in der keine auswärtige Macht an Eingreifen dachte, und in der die völlige Ungefährlichkeit der Emigranten mindestens den Führern in Paris absolut klar gewesen sein muß, beweisen mit Sicherheit, daß diese Partei den Krieg wollte und mit bewußter Absicht herbeizuführen trachtete. Dabei hatte sie zu energischen Gegnern die noch weiter links stehenden Jakobiner, voran Robespierre, welche mit falscher Berechnung meinten, ein Krieg werde die Monarchie nicht vernichten, sondern stärken, und zu matten Gegnern die verfassungstreuen Minister des Königs und bis zu einem gewissen Grade auch die Königin, die meist noch den Standpunkt vertrat: »keinen Bürgerkrieg, wenn irgend möglich auch keinen auswärtigen Krieg«, dessen unermeßliche Gefahren für die Monarchie selbst diese mutige Frau schrecken konnten: was sie wirklich wünschte, war jener bewaffnete Kongreß mit nachfolgender Vermittelung des Königs, ein Plan, der von nun an mehr und mehr als Verhinderung des drohenden Krieges erscheinen mußte. Beide Widerstände hat die Gironde niedergeworfen. Es erfolgte Anfang November 1791 ein höchst charakteristischer Ministerwechsel, der den kampfeslustigen, mit der Gironde liierten Grafen von Narbonne zum Kriegsminister machte, der allerdings wohl andere Endresultate mit dem Krieg erstrebte als Brissot. Einen großen Erfolg der Girondisten bedeutete es, als am 14. Dezember 1791 Ludwig XVI.

[1]) D. h. gegen denjenigen Teil des Klerus, der sich der Zivilkonstitution nicht unterworfen hatte.

erklärte, er habe den Kurfürsten von Trier wissen lassen, daß er ihn als Feind behandeln werde, wenn er nicht die in seinem Gebiet (gemeint war Coblenz) sich befindenden Scharen von Emigranten bis zum 15. Januar 1792 aufgelöst haben werde; der König fügte hinzu, daß an der Nordgrenze drei Armeen, zusammen 150 000 Mann, aufgestellt werden sollten. Um auch diplomatisch gerüstet zu sein, war die französische Regierung mit England und Preußen in Verbindung getreten.

Der Kaiser, weit entfernt, den Krieg zu wünschen, verhielt sich den Herausforderungen der Franzosen gegenüber außerordentlich gemäßigt. Er befahl dem Kurfürsten Clemens Wenzel, die Emigranten zu zerstreuen — was dieser unter Mitteilung an Frankreich auch auszuführen versprach —, kam also Frankreich sachlich durchaus entgegen. Dann fügte er allerdings hinzu, er werde einen Angriff auf das trierische Gebiet mit den Waffen zurückweisen; er erklärte ferner, daß im Falle eines französischen Angriffs auch ein Konzert anderer europäischer Mächte eingreifen würde. Diese Note ist vom 21. Dezember 1791. Sie muß als der französischen Herausforderung gegenüber höchst gemäßigt, fast als feige bezeichnet werden. Besonders beachtenswert ist, daß die Tätigkeit des — übrigens ja gar nicht bestehenden Konzerts — als eine durchaus defensive ausdrücklich dargestellt wird. Ähnliches gilt von einer weiteren kaiserlichen Note vom 5. Januar 1792. Inzwischen gingen die Dinge in Paris weiter ihren Gang. Die Reden in der Nationalversammlung wurden immer heftiger und leidenschaftlicher, so daß man schon gegen Ende Dezember in Wien der Ansicht war, es werde zum Kriege kommen. Eine entscheidende Sitzung fand am 15. Januar 1792 statt. An diesem Tag wurde ein Beschluß gefaßt, wonach jeder Franzose, welcher an Verhandlungen mit fremden Mächten über die Verfassung Frankreichs Teil nehme, für einen Vaterlandsverräter erklärt werden sollte. Das bedeutete die Vernichtung der Pläne der Königin, wonach Vorstellungen der Mächte das französische Volk zur Vernunft bringen sollten. Der Kongreß, von dem man, gegenüber der Politik der Gironde, sagen muß, daß er in immer wachsendem Grade den Frieden bedeutete, war unmöglich geworden. Schon wurden in der Nationalversammlung, in der die führenden Redner immer wieder die Heilsamkeit und Notwendigkeit des Krieges betonten, Stimmen laut, welche den Kaiser ohne weiteres als Feind behandelt wissen wollten. Am 25. Januar wurde ein Ultimatum beschlossen: der König solle nämlich den Kaiser auffordern, vor dem 1. März zu versichern, daß er auf alle Maßnahmen gegen Frankreich verzichte, und ihm widrigenfalls den Krieg erklären. Auf dieses, wie man sieht, über alle Maßen schroffe Vorgehen — der Kaiser hatte doch nur von Verteidigung gesprochen — erwiderte Leopold II., trotz momentaner Aufwallung, am 17. Februar 1792 wiederum mit derselben sehr weitgehenden Mäßigung. Er wies darauf hin, daß er Trier doch nur dann Hilfe bringen wolle, wenn es angegriffen werde und in der Tat vorher die Emigranten entwaffnet habe. Das Konzert habe nur noch eventuelle Bedeutung. Diesen entgegenkommenden Erklärungen wurde freilich eine herbe Kritik der Jakobiner hinzu-

gefügt. Inzwischen hatte der Kaiser begonnen, zu rüsten, und während Frankreich sich vergebens um die Bundesgenossenschaft Englands und Preußens bemühte, seinerseits dafür gesorgt, daß er im Kriegsfalle nicht allein stehe.

In Preußen, wo am Hofe der übliche rasche Wechsel der Anschauungen sich vollzog, auf dessen Einzelheiten hier einzugehen sich erübrigt, war man doch einem Unternehmen gegen Frankreich im allgemeinen nicht abgeneigt. Dabei spielten monarchische Prinzipienfragen wenigstens zeitweilig eine gewisse, wenn auch eine geringe Rolle, während die Hoffnung auf Gebietserwerb nach wie vor das entscheidende Motiv blieb. In diesem Sinne wurden Bündnisverhandlungen von Preußen mit Österreich geführt. Der Kaiserhof bestrebte sich dabei, Preußen nicht zu viel zuzugestehen. Vor allem gingen in bezug auf Polen die Wünsche der beiden Regierungen auseinander. Österreich wünschte, Polen in seinem gegenwärtigen Zustand weiter bestehen zu lassen, also Garantien für den Fall, daß Katharina II., wie vorauszusehen war, sich auf polnische Eroberungen werfen würde, sobald sie ihre Nachbarn in kriegerischen Unternehmungen im Westen begriffen sähe. Preußen dagegen erstrebte selbst nach wie vor polnische Erwerbungen. Das Bündnis kam am 7. Februar 1792 zustande. Es war ein Defensivbündnis. Für den Fall eines Angriffs sollte jede der beiden Mächte 20 000 Mann stellen. Ein Eingreifen mit stärkeren Kräften wurde jedoch von Anfang an ins Auge gefaßt. In einem der fünf geheimen Artikel war gesagt, man wolle Rußland veranlassen, nichts gegen die Aufrechterhaltung einer freien Verfassung in Polen zu unternehmen, — eine vage Fassung, in die Österreich schließlich eingewilligt hatte, obgleich sie zur Ausführung seiner Absichten völlig ungenügend war. Das Entscheidende für die späteren Verhandlungen wurde, um dies gleich hier zu sagen, daß Preußen mit höheren Streitkräften eingriff als den 20 000 Mann, zu denen es verpflichtet war, und daß es dafür dann »Entschädigungen« verlangte, die es im Bündnis vom 7. Februar 1792 sich doch nicht in aller Form hatte zusagen lassen wollen. Wenige Wochen schon nach dem Abschluß des Bündnisses nahm Preußen russische Andeutungen über eine weitere Teilung Polens günstig auf.

Trotzdem er so einen Bundesgenossen gewonnen hatte, war Kaiser Leopold, ebenso wie Kaunitz, einem kriegerischen Vorgehen gegen Frankreich nach wie vor abgeneigt. In dieser Lage befanden sich die Dinge, als Leopold am 1. März 1791 nach kurzer Krankheit starb. Sein Scheiden bedeutete aber keinen Systemwechsel. Denn sein Sohn und Nachfolger in den Erblanden und auch bald im Reiche, Franz II. (1792 bis 1806 und 1835), galt ganz mit Unrecht als weniger vorsichtig.

Bald gelang nun der einflußreichsten Partei in Frankreich ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege zum Kriege: das gemäßigte und mit Ausnahme des Grafen Narbonne friedlich gesinnte Ministerium wurde gestürzt, und ein eigentlich girondistisches trat, freilich nur auf kurze Zeit, an seine Stelle. Die bedeutendsten Persönlichkeiten im neuen

Ministerium waren der Minister des Innern Roland und der Minister des Auswärtigen General Dumouriez. Inmitten von erregenden Nachrichten, der Mitteilung der kaiserlichen Antwort vom 17. Februar, der des Todes des Kaisers (der bald die von der Ermordung Gustavs III. von Schweden, 16. März 1792, des einzigen wirklichen Feindes der Revolution, folgte), der des Sturzes des spanischen Ministers Florida Blanca und seiner Ersetzung durch Aranda, der als Freund der Revolution galt, schließlich der der Entlassung Narbonnes durch den König, erfolgten die entscheidenden Schritte. Je mehr die Girondisten in dem Thronwechsel in Stockholm (und auch z. T. dem in Wien) und in dem Ministerwechsel in Spanien der Revolution günstige Ereignisse sahen, desto eifriger waren sie auf die Herbeiführung des Krieges bedacht, woraus mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß sie in keiner Weise eine defensive Politik betrieben. Der Vorgänger Dumouriez', der bisherige Minister des Auswärtigen de Lessart, wurde wegen seines zu milden Auftretens Österreich gegenüber in Anklagezustand versetzt. Dumouriez vertrat energisch den Gedanken eines offensiven Kriegs und die Eroberung von Belgien und der Rhein- und Alpengrenze. Diesem kriegerischen Geist entsprechend wurden die Verhandlungen geführt. Es war auf eine weitere kaiserliche Note vom 18. März 1792 zu antworten, die inhaltlich an die des 17. Februar erinnert, freilich sehr viel schroffer im Tone ist; die wenigen Defensivmaßregeln, die der verstorbene Kaiser angeordnet hatte, wurden von seinem Nachfolger als gar nicht zu vergleichen mit den Rüstungen Frankreichs bezeichnet, und auf die Preisgabe des Konzertgedankens wenig Hoffnung gemacht; die Jakobiner wurden eine »blutdürstige (sanguinaire) und wahnwitzige Partei« genannt und von ihnen an die »Sanftmut und Vernunft der Nation«, an den »gesunden und größten Teil der Nation« appelliert. Damit wurde also noch immer die Wahnvorstellung beibehalten, ein Aufruf des Auslands könne der Jakobinerherrschaft ein Ende bereiten. Auf diese Note antwortete Dumouriez am 27., indem er bis zum 15. April kategorisch befriedigende Erklärungen verlangte und überdies hinzufügte, daß Frankreich weitere Rüstungen Österreichs als Kriegserklärung auffassen würde. An dem Ausbruch des Krieges konnte niemand mehr zweifeln. Die Hofburg weigerte sich ausdrücklich, auf die französischen Wünsche einzugehen. Abermalige Verhandlungen des französischen Ministeriums mit Preußen und mit England schlugen wiederum fehl, wodurch die Gironde indessen in ihrem Entschluß, den Krieg herbeizuführen, keineswegs irre wurde. Am 20. April 1792 beschloß die Legislative auf Antrag Ludwigs XVI. fast einstimmig die Kriegserklärung an den König von Ungarn und Böhmen. Damit hebt ein über 23 jähriges, nur auf wenige Jahre unterbrochenes Ringen an.

Es ist eine alte Kontroverse in der historischen Literatur, wer für den Ausbruch des Krieges verantwortlich ist. Ranke hat, wenn auch sehr viel vorsichtiger und weniger einseitig, als es zumeist dargestellt zu werden pflegt, im Revolutionskrieg u. a. auch einen Prinzipienkrieg gesehen. Dieser Gesichtspunkt ist

dann von Nachfolgern, die ihn vielfach mißverstanden, mit starker Einseitigkeit in den Vordergrund gestellt worden; es ist die Auffassung vertreten worden, daß die Ideen der Revolution sich mit dem alten Recht Europas hätten kriegerisch auseinandersetzen müssen, daß also die Frage nach den Handlungen der einzelnen Menschen in diesem Falle nur sekundäre Bedeutung habe. In Wirklichkeit dürfte schon Ranke die Wichtigkeit der monarchischen Prinzipien als Triebfeder der Entschließungen der Kabinette so hoch eingeschätzt haben, wie es nach dem heutigen Stand der Forschung, vor allem nach dem Werke Sorels, durchaus nicht mehr möglich ist. Ferner dürfte auch, wer, wie selbstverständlich, zugibt, daß jene neuen Ideen sich mit den alten auseinandersetzen mußten, kaum noch meinen, daß dieser Prozeß die Form eines Krieges annehmen mußte. Sybel hatte schon 1853 als erster nachdrücklich die Girondisten, und insbesondere Brissot, als eigentliche Urheber des Krieges hingestellt. Heutzutage pflegt man, vor allem in Frankreich, vielfach zu lesen, daß die Gironde einerseits, das Königspaar andererseits — natürlich mit verschiedenen Hintergedanken — den Krieg herbeigeführt hätten. Glagau versucht zu Ranke zurückzukehren, indem er außerdem der Hofburg einen viel größeren Anteil an dem Kriegsausbruch beimessen möchte, als es zu geschehen pflegte.

Gegenüber der letztgenannten Arbeit und einigen anderen ist es die erste Aufgabe, das Problem auf seinen einfachen Kern zurückzuführen. Die wichtigste Frage, die zu diesem Zweck zu stellen ist, ist die: hat es damals eine oder mehrere Instanzen gegeben, die konsequent den Krieg gewollt, vielleicht sogar um seiner selbst willen gewollt und dementsprechend gehandelt haben? Ihnen müßte man dann doch die Verantwortung dafür in erster Linie zuschreiben. Es kann nun gar kein Zweifel sein, daß es eine solche Instanz gibt, aber auch nur eine: die girondistische Partei. Alle ihre Reden, wie vor allem ihre diplomatischen Kundgebungen, die ja in keinem Falle dem Gegner die Möglichkeit eines ehrenvollen Zurückweichens offen lassen, beweisen den festen Willen zum Kriege und zwar sogar zum Kriege um seiner selbst willen. Selbst bei noch größerer Nachgiebigkeit der Wiener Regierung und bei größerer Kraft des konstitutionellen Ministeriums hätte sie es verstanden, den Krieg herbeizuführen. Was das Königspaar angeht, so kann sein Einfluß auf die Ereignisse in der damaligen Zeit gar nicht niedrig genug eingeschätzt werden. Fast möchte es deswegen für die Frage der Entstehung des Revolutionskrieges als gegenstandslos erscheinen, nach den Absichten und Motiven Ludwigs XVI. und Marie-Antoinettes überhaupt nur zu fragen. Gewiß haben die Hilferufe des Königspaares, wie oben dargelegt wurde, dazu beigetragen, den Kaiser zu seiner Beschäftigung mit den inneren Verhältnissen Frankreichs zu veranlassen: allein diese Beschäftigung war (s. o.) weit davon entfernt, zu kriegerischen Absichten zu führen und die ersten Rüstungen der Hofburg wurden durchaus nicht durch sie, sondern erst durch die wilden Drohungen der Legislative veranlaßt. Sicher ist es ferner, daß Ludwig XVI. und Marie-Antoinette bis in das Jahr 1792 hinein an ihrem »Konzert« festhielten, das gegenüber der Politik der Gironde eine Hoffnung auf Frieden barg, daß sie sich dann schließlich aber notgedrungen mit dem Gedanken an den Krieg aussöhnten, in der Stimmung etwa, daß ein Ende mit Schrecken besser sei als ein Schrecken ohne Ende. Die Hofburg hat den Krieg überhaupt nicht gewollt, sich schließlich dann aber, sehr wider Willen, dazu entschließen müssen, nachdem sie in ihren Kundgebungen bis an die Grenze dessen gegangen war, was eine ehrliebende Politik an sachlicher Nachgiebigkeit leisten kann. Dagegen machte sie durch ihren harten Tadel der Jakobiner — den sie aber nicht etwa in kriegerischer Absicht hinzuzufügen pflegte — diesen die Erreichung ihres Zweckes noch leichter. Daß sie sich in ihren Kundgebungen durchaus in Gegensatz zu dem neuen Rechte Frankreichs gesetzt, wird man deswegen doch nicht behaupten können. Ihr häufiger Appell an die Majorität des französischen Volkes entsprach doch eher diesem Recht. Ferner ist es unverkennbar, daß die Jakobiner die Verfassung von 1791 in der Tat mindestens dem Geiste nach täglich verletzten, also selbst den Bruch revolutionären Rechtes übten und ihn noch bedeutend auszudehnen beabsichtigten. Auch in der Einmischung

in die inneren Verhältnisse Frankreichs wird man nichts sehen dürfen, was den revolutionären Ideen unbedingt widersprach; denn die Revolution selbst hat eine derartige Einmischung in intensivster Weise geübt, gerade die Gironde hat sie viel lauter und eindringlicher verkündigt als das Wiener Kabinett, und schon mit der Kriegserklärung verband sich von dieser Seite der Gedanke der revolutionären Propaganda, die aber doch im wesentlichen nur als Eroberungsmittel gedacht war und die Auffassung des Krieges als eines Prinzipienkrieges nicht rechtfertigt. Beim König von Preußen spielten dagegen antirevolutionäre Erwägungen gelegentlich eine gewisse, aber nicht die entscheidende Rolle: vielmehr trat er in den Krieg ein hauptsächlich in der Hoffnung, die Schwäche Frankreichs ausnutzen und so endlich zu dem ersehnten Gewinn an Land gelangen zu können.

Nach alle dem wird man die alte Streitfrage im wesentlichen im Sinne Sybels beantworten.

Hauptteil.

Die kriegerische Auseinandersetzung Frankreichs mit Europa 1792—1815.

Der Hauptinhalt der Staatengeschichte der Jahre von 1792 bis 1815 ist eine gewaltige Auseinandersetzung zwischen dem revolutionären Frankreich und den wichtigsten Staaten des übrigen Europa. Von 1793 an übernimmt unter letzteren, und zwar in stets wachsendem Maße, England die Führung, sodaß in den späteren Zeiten des großen Konfliktes die Weltlage immer mehr die Form eines riesigen Zweikampfes zwischen England und seinen Verbündeten einerseits und Frankreich und den Seinen andererseits annimmt. Insofern bilden die Revolutionskriege durchaus die Fortsetzung der Kämpfe des 18. Jahrhunderts zwischen England und Frankreich und stellen zugleich den Höhepunkt und das Ende des neuzeitlichen hundertjährigen Krieges dar, der von 1688 bis 1815 tobte. Im ersten Jahre des Revolutionskrieges aber blieb England unbeteiligt.

Kapitel I.

Der erste Koalitionskrieg (1792—1797).

Recueil des actes du comité de salut public avec la correspondance officielle des représentants en mission et le registre du conseil exécutif provisoire. p. p. A. Aulard. 19 B. Paris 1889 ff. Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution von Hermann Hüffer. 3 B. Bonn 1868—1879 (B. I: Österreich und Preußen gegenüber der franz. Rev. bis zum Abschluß des Friedens von Campo Formio. B. II u. III: der Rastatter Kongreß und die zweite Koalition). Ergänzung des ersten Bandes: Die Politik der deutschen Mächte im Revolutionskriege, zugleich als Erwiderung auf H. v. Sybels Ergänzungsheft zur Geschichte der Revolutionszeit. Münster 1869. Das Sybelsche Ergänzungsheft: Österreich und Deutschland im Revolutionskriege. Düsseldorf 1868. W. Lang, Graf Reinhard, Bamberg 1896 (Ergänzungen zu dieser Biographie in Württemberg. Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, N. F. XVII). F. G.

Graf de Bray, Aus dem Leben eines Diplomaten alter Schule (1765—1832). Leipzig 1901. B. Mallet, Mallet du Pan and the French Revolution. London 1902. H. T. Colenbrander, De Bataafsche Republiek. Amsterdam 1908. Baron A. H. de Jomini, Histoire Critique et Militaire des guerres de la Révolution 1792—1801. 15 B. P. 1820 ff. A. Chuquet, Les guerres de la Révolution, bisher 11 B. in 4 Serien. Paris 1886 ff. (bis Sept. 1793). Ders., Dugommier. Paris 1904. Correspondance Générale de Carnot p. p. Etienne Charavay. 4 B. Paris 1892 ff. (führt einstweilen bis März 1795). Der größere Teil des 4. Bandes ist von Mautouchet bearbeitet. C. Rousset, Les volontaires 1791—1794. Paris 1882. P. Caron, La question des volontaires in Rev. d'Histoire Moderne et Contemporaine XIII (Januar 1909). Kriege gegen die französische Revolution . . . Bearbeitet in der kriegsgeschichtlichen Abt. des K. u. K. Kriegsarchivs, bisher 2 B. Wien 1905 (Feldzug von 1792 einschließlich). A. Rambaud, Les Français sur le Rhin. Paris 1880. J. Hashagen, Das Rheinland und die französische Herrschaft. Bonn 1908. E. J. de la Gravière, Guerres Maritimes sous la République et l'Empire. 2 B. Paris o. D. W. James, The Naval History of Great Britain. 6 B. Zahlreiche Aufl. London. A. T. Mahan, The Influence of Sea Power upon the French Revolution and Empire. 2 B. London o. D.

Napoleon. Correspondance de Napoléon I. p. p. ordre de l'empereur Napoléon III. 32 B. Paris 1858 ff. Die Zahl der vor und nach dieser offiziellen Publikation, welche kompromittierende Stücke wegließ, erfolgten Veröffentlichungen ist unübersehbar. Im folgenden kann nur eine Auswahl der wichtigsten dieser Veröffentlichungen erwähnt werden: Correspondance inédite officielle et confidentielle de Napoléon Bonaparte. 7 B. 1819 f. (veröffentlicht durch General Beauvais). Portefeuille de Buonaparte 1815 (bei Waterloo erbeutete Briefe). du Casse, Supplément à la Correspondance de Nap. I. Paris 1887. Lettres Inédites de Nap. I p. p. Lecestre. 2 B. Paris 1897. L. I. d. Nap. I p. p. L. de Brotonne. Paris 1898. (S. XII—XIV Aufzählung zahlreicher Publikationen von Napoleonbriefen, ebensowie S. IX ff. der folgenden Sammlung.) Dernières (!) Lettres Inédites de Nap. I p. p. le même. 2 B. Paris 1903. A. Fournier, Napoleon (s. u.) im Anhang zu allen 3 Bänden: I, 315 ff.; II, 350 ff.; III, 418 ff. A. Fournier, Zur Textkritik der Korrespondenz Napoleons I. Wien 1903 (urspr. Arch. f. österr. Gesch. 93, 1). du Casse, Mémoires du roi Joseph; ders.. les rois frères de Napoléon (s. u.); Hüffer, Ungedruckte Briefe Napoleons I a. d. J. 1796—1797 (Arch. f. österr. Gesch. B. 49). H. A. L. Fisher, Letters of Napoleon I (Engl. Hist. Rev. 1903). Lumbrosos Miscellanea Napoleonica 1899 enthalten Briefe Napoleons a. d. J. 1806, veröffentl. von F. Masson. Grouchy, Lettres, ordres et décrets, 1812 à 1814, non insérés dans la Correspondance. Paris 1897. Corresp. Inéd. de Nap. I avec Caulaincourt, 1808/9 p. p. A. Vandal (Rev. Bleue 1895). A. Vandal, Napoléon et Alexandre (s. u.) Bd. III, Anhang. Lettres de l'empereur Napoléon du 1. août au 18 oct. 1813 non insérées dans la correspondance. p. p. X . . . . Paris 1909. Vgl. du Casse in Rev. Historique B. 31, 32, 34. Driault, La politique orientale de Napoléon (s. u.) S. 10. Bd. 29—32 der Correspondance enthalten die auf St. Helena diktierten Memoiren Napoleons: Mémoires pour servir à l'histoire de France sous Napoléon, écrits à Ste. Hélène, urspr. erschienen in 8 B. Paris 1823. Über die übrigen Veröffentlichungen aus St. Helena vgl. Fournier III, 416. A. Schuermans, Itinéraire Général de Napoléon I. Paris 1908 (urspr. Rev. des Études Historiques 1906—1908). A. Fournier, Napoleon I. 3 B. 2. Aufl. Wien 1904—1906 (urspr. 1886 ff.)*. J. Holland Rose, The life of Napoleon I. 2 B. London 1902. (Deutsche Übers. von Schmidt. 2 B. Stuttgart 1906). Max Lenz, Napoleon. 2. Aufl. Bielefeld 1908. A. Chuquet, La Jeunesse de Napoléon. 3 B. Paris 1897 ff.

§ 1. Der Feldzug des Jahres 1792. Die zweite Teilung Polens.

A. Chuquet, La Campagne de l'Argonne 1792. Paris 1886. Goethes Campagne in Frankreich mit A. Doves Einleitung in Goethes S. W. Jubiläums-Ausgabe Bd. 28. Stuttgart o. D. La Mission de Talleyrand à Londres en 1792, correspondance inédite p. p. G. Pallain, Paris 1889.

Die beiderseitigen diplomatischen Rüstungen erwiesen sich bald als ungenügend. In großer Rührigkeit hatte zwar Frankreich in sehr verschiedenen Richtungen Bundesgenossen zu werben getrachtet: mit England, Preußen, Spanien, Sardinien, Braunschweig, Zweibrücken, ja mit der Pforte knüpfte die französische Regierung an, wo nur immer also sie entweder revolutionsfreundliche Tendenzen oder die Feindschaft gegen Österreich in Aktion umzusetzen hoffen konnte. Allein allenthalben vergebens! In Berlin, wo übrigens subalterne Anknüpfungen vorausgegangen waren, kam weder Ségur (Januar 1792) noch später Custine (im April) einen Schritt weiter. In Braunschweig war der letztere Offizier im Januar bei dem abenteuerlichen Versuch, den Herzog zum Generalissimus der französischen Armee zu gewinnen, ebenfalls gescheitert. In London verhandelte hauptsächlich Talleyrand, und zwar in zwei Missionen: vom Januar bis März 1792 und wieder im April und den folgenden Monaten[1]). Bei der ersteren Gelegenheit gewann der damalige diplomatische Neuling, trotzdem er sehr kühl aufgenommen wurde, einen günstigen Eindruck, oder er gab ihm wenigstens in seinen Meldungen Ausdruck. Er übermittelte seiner Regierung sogar die erstaunliche Ansicht, eine französische Eroberung Belgiens werde England nicht aus seiner Neutralität herausreißen. Er glaubte seinen unmittelbaren Zweck, die Neutralität, ja die Anbahnung einer Allianz, erreicht zu haben. In Wirklichkeit aber befand er sich hierbei in einer völligen Täuschung. Auch das zweite Mal erzielte er, außer von der Opposition äußerst kalt aufgenommen, durch die brutalen Pariser Drohungen und Beschimpfungen Englands und die offensichtlichen Pläne auf Belgien und Holland behindert, selbst über eine etwaige Neutralität nur ganz zweideutige Erklärungen des Kabinetts von S. James, während über eine Allianz nicht einmal verhandelt werden konnte.

Nicht glücklicher als Frankreich waren fürs erste die beiden Verbündeten, Österreich und Preußen, von denen letztere Macht unmittelbar nach der französischen Kriegserklärung an Österreich seinerseits sich zum Kampfe entschloß, bei dem Versuch, Bundesgenossen zu gewinnen. Das Reich versagte sich, außer dem Landgrafen von Hessen-Kassel, vollkommen. Ebenso aber auch das übrige Europa, soweit man überhaupt sich um seine Hilfe zu bemühen für gut befunden hatte: Spanien, Savoyen, Neapel. Der einzige Staat, mit dem fürs erste ein Bündnis gelang, war Rußland. Freilich stand es von vornherein fest, daß einstweilen kein aktives Eingreifen gegen Frankreich die Folge dieses Bündnisses

[1]) In letzterem Falle war Chauvelin der nominelle Träger der Gesandtschaft, deren Sekretär Reinhard war.

sein werde. Die Ereignisse der letzten Jahre hatten einen Umschwung herbeigeführt, der der brutal und konsequent fortschreitenden Eroberungspolitik der Zarin wieder einmal eine glänzende Aussicht auf Betätigung eröffnete, und zwar in derjenigen der drei Hauptrichtungen (s. o.), der sie eine Zeitlang nicht hatte nachgehen können: in der Richtung auf Polen. Um hier erobernd vorgehen zu können, hatte Katharina Preußen und Österreich zum aktiven Einschreiten gegen Frankreich ermutigt. Nun begann sie eiligst, die Früchte dieser Politik zu pflücken. Der Vertrag zwischen Preußen und Österreich vom 7. Februar (s. o. S. 30), dem erstere Macht absichtlich jene Fassung gegeben hatte, die sie nicht zum Schutze der Polen verpflichtete, konnte ihr nicht im Wege stehen. Hilferufe der liberum-veto-Partei in Polen, welche durch die Reform des 3. Mai 1791 in ihrem Treiben behindert wurde, boten den erwünschten Vorwand. So faßte denn die Zarin, kaum daß sie von dem Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Österreich überzeugt war, im ersten Drittel des April 1792, den Entschluß, Polen militärisch zu besetzen und führte ihn im Mai aus. Später schloß Katharina Bündnisse einerseits mit Österreich (14. Juli 1792), andererseits mit Preußen (7. August). In diesen versprach sie die Stellung von 12 000 Mann Hilfstruppen im Falle eines Angriffs und garantierte Polen in den Verhältnissen von 1773 — zwei Zusagen, von denen es von vornherein feststand, daß die Kaiserin sie nicht einhalten würde.

So waren denn die Verbündeten fürs erste auf ihre eigenen Leistungen allein angewiesen. Freilich griff nun Preußen mit weit stärkeren Streitkräften als den 20 000 Mann, zu denen es durch den Vertrag vom 7. Februar verpflichtet war, ein und baute auf eben diese Leistungen die Hoffnung auf Entschädigungen — auf das endliche Einheimsen des Landerwerbs, der bisher trotz der günstigen Lage nicht gelungen war. War dieses Bestreben vom Standpunkt der Machtpolitik aus vollständig begreiflich, so gilt dasselbe von dem österreichischen Plan, bei dieser scheinbar so günstigen Gelegenheit auf das alte Tauschprojekt — Belgien gegen Bayern — zurückzukommen. Verhängnisvoll ward es nur, daß nicht bindende, beiderseitige Abmachungen der Eröffnung des Feldzugs vorausgingen, und daß so das natürliche Mißtrauen zwischen den zwei Mächten, genährt durch die russische Politik, zum Hauptgrund für das Fehlschlagen des ganzen Unternehmens wurde. In den Mainzer Verhandlungen vom Juli 1792, bei denen es schon zu gereizten Auseinandersetzungen kam, wurde lediglich festgesetzt, daß Österreich seine Entschädigungen durch den genannten Tausch, Preußen die seinen in Polen suchen sollte. Österreich betonte ferner den Grundsatz der gleichmäßigen Entschädigung der beiden Mächte; nähere Abmachungen fehlten.

Der französische Kriegsplan, der dem Gehirn Dumouriez' entsprungen war, und der schon die Idee der sogenannten natürlichen Grenzen im Keime enthielt, bedeutete doch fürs erste praktisch nur das Folgende: indem am Rhein eine defensive Haltung eingenommen werden sollte, wurde nach Belgien hin eine mit revolutionärer Propaganda verbundene

Offensive gewagt. Dieses bei der Zerrüttung der französischen Armee überaus kühne Unternehmen ist zunächst gescheitert. Von den drei Kolonnen, die unmittelbar nach der Kriegserklärung Ende April 1792 in Belgien einmarschierten, wurden zwei, die Birons und die Dillons, in schimpflicher Weise nach Frankreich zurückgejagt und dabei von den eigenen Soldaten, die es für Verrat hielten, mit dem Feind in Berührung gebracht zu werden, der eine General, Biron, beschimpft und bedroht, der andere, Dillon, mit Hilfe der Bürger von Lille erschlagen. Damit war die Offensive gescheitert, und sie wurde trotz alles Tobens der Pariser Redner erst nach der so glücklichen Defensive wieder aufgenommen. Doch nicht hierin möchte die außerordentliche Bedeutung der beiden militärisch geringfügigen Ereignisse liegen, sondern in ihrer psychologischen Wirkung: sie zerstörten zum Heile Frankreichs die Vorstellung, daß »freie Männer« den »Tyrannenknechten« immer überlegen seien und riefen ernste Arbeit im Heerwesen hervor; sie trugen andererseits mächtig dazu bei, die Verbündeten in ihrer Unterschätzung Frankreichs zu bestärken, welche eine der Wurzeln ihrer Mißerfolge war.

Eine weitere Ursache dieser Mißerfolge war in der Person des Führers der Verbündeten zu suchen, des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig (1780 bis 1806), der, ein Vertreter der allzu gedankenschweren strategischen Ansichten der Zeit, überdies in seinem schon vorgerückten Alter (geb. 1735) schwer von Entschluß, langsam und vorsichtig geworden war. So eröffneten denn die Verbündeten den scheinbar so leichten Feldzug in Wirklichkeit unter sehr ungünstigen Auspizien: es fehlte das gegenseitige Vertrauen, es fehlte der energische Wille, möglichst rasch zu siegen, — denn gelang es nicht heute, so mußte es ja diesem Gegner gegenüber morgen gelingen —, es fehlte der Führer.

Trotz aller Vorsicht wurde der Herzog, vor allem auf Dringen Preußens, zu dem folgenden, auf offensiven Gedanken beruhenden Feldzugsplan gewonnen (Mai 1792): die Hauptmacht der Verbündeten marschiert durch Lothringen auf Paris; ein Teil der Österreicher verteidigt Belgien; die Emigranten operieren im Elsaß. Die Truppenzahl der Österreicher und der Emigranten bedeutete eine erste Enttäuschung. Mit ungeheurer Langsamkeit wurde dann an die Ausführung des Planes gegangen. Endlich am 25. Juli setzte sich das Heer der Verbündeten, Preußen, Österreicher und Hessen von Koblenz aus in Bewegung. In demselben Augenblick beging der Herzog auf dem politischen Gebiet einen beinahe unglaublichen Fehler. Er erließ zwei Manifeste (vom 25. und 27. Juli), von denen das wichtigere, auf dem allzu wenig abgeschwächten Entwurf eines Emigranten beruhend, von einer höchst unzeitgemäßen Schärfe gegen die Pariser Machthaber war. Es wurde darin unter furchtbaren Drohungen die Nationalversammlung, der Gemeinderat von Paris und die Nationalgarde für das Leben Ludwigs XVI. verantwortlich gemacht, ja im Falle von Vergehen gegen den König die vollständige Zerstörung der Hauptstadt und anderer Städte in Aussicht gestellt. Statt günstig zu wirken, beschleunigte dieser Aufruf begreiflicherweise nur das Verderben des Königs und verstärkte den Wider-

stand statt ihn zu lähmen. Zunächst freilich ging der ungeheuer langsame Vormarsch, der sich in drei Kolonnen vollzog, ungehindert vonstatten. Nachdem der Herzog in 20 Tagen von Koblenz moselaufwärts glücklich die Grenze erreicht hatte, stieß er bei Sedan zunächst auf das damals führerlose kleine Heer Lafayettes, das sofort zurückwich. Am 20. August kamen die Verbündeten vor dem befestigten Longwy an, das sich am 24. nach einer unbedeutenden Beschießung ergab. Wenige Tage darauf wurde das wichtigere Verdun erreicht, nach dessen Eroberung der Weg nach Paris offen zu stehen scheinen konnte. Und Verdun fiel in der Tat (2. September.) Zu diesem Zeitpunkt war es, daß der französische Oberführer Dumouriez den kühnen Entschluß faßte, unter Zusammenziehung von so vielen Truppen wie möglich, dem Feind entgegenzumarschieren und die Argonnenpässe zu besetzen. Dabei war an sich schon die Gefahr, umgangen zu werden, für ihn sehr groß; noch fataler wurde seine Lage, als einer der Pässe, genannt la Croix-aux-Bois, auf seinem linken Flügel ihm von Österreichern entrissen wurde (12. September). Indessen rettete er durch unermüdliche Anstrengungen seine scheinbar gänzlich demoralisierte Armee nach St. Menehould, wo er durch Vereinigung mit Kellermann (19. September) seine Truppenzahl auf über 50 000 Mann brachte. Es trat dann in den nächsten Tagen durch weiteres westliches und südliches Vordringen der Verbündeten bis Massiges (19. September nachmittags) die seltsame Lage ein, daß Dumouriez zwischen ihrem Heere und Deutschland stand. Am Abend des 19. und Morgen des 20. September wollten die Verbündeten, in der falschen, auf einer irrtümlichen Meldung beruhenden Meinung, Dumouriez wolle ihnen auf der Straße nach Châlons zum zweiten Male entwischen, diese westlich von St. Menehould besetzen; dabei stießen sie am Vormittag des 20. in Nebel und Sprühregen auf Kellermann, der bei Dampierre-Valmy, westlich vom Oberbefehlshaber, in einer starken Verteidigungsstellung mit 40 Kanonen stand. Gegen Mittag begann bei hellerem Wetter die Kanonade, bei der die Franzosen sich so gut hielten und der Herzog so wenig energisch angriff, daß ihre Stellung nicht genommen wurde. Es handelte sich um ein unentschiedenes, wenig blutiges Treffen; von den Preußen waren 184, von den Franzosen gegen 300 Mann gefallen. Es war nur ein paar Stunden gefochten worden; die gegenseitige Kanonade hatte 4 Stunden, das Feuer der Franzosen im ganzen 7 bis 8 Stunden gedauert. Und doch wurde dieses Treffen zum A n l a ß eines welthistorisch bedeutsamen Entschlusses! Denn statt den in äußerst bedenklicher Lage befindlichen Dumouriez an einem der nächsten Tage wieder anzugreifen, oder ihn zu umgehen, lagerte der Herzog nun zehn Tage lang untätig, um am 30. September 1792 den Rückzug anzutreten. Eine ganze Reihe von Ursachen für diesen verhängnisvollen Entschluß läßt sich angeben. Als seine Voraussetzung wird man die Art und Stimmung des Oberführers, der mit Unlust sich zu dem Marsche auf Paris entschlossen hatte, bezeichnen müssen, ferner jene Unterschätzung des Gegners, welche die irrtümliche Überzeugung hervorrief, daß er, wenn nicht jetzt, so doch im nächsten Jahre

sicher niedergeworfen werden könne. Weiterhin kamen zunächst militärisch-technische Erwägungen in Betracht. Die Armee hatte bei ihrem Vorrücken schon auf deutschem Gebiete unverhältnismäßig große Marschverluste gehabt. Diese steigerten sich in Frankreich infolge des ungewöhnlich schlechten Wetters und der aufgeweichten Wege außerordentlich; seit dem Einmarsch in die Champagne kamen Verpflegungsschwierigkeiten hinzu, die nach der Kanonade besonders ernst wurden. Krankheiten, voran die Ruhr, lichteten die Reihen der Kombattanten. Einige uneroberte Festungen, wie Sedan und Montmédy, hatte man im Rücken gelassen. Neben diesen militärischen spielten politische Ursachen eine große Rolle. In besonders starkem Maße waren in diesem Falle die Momente wirksam, welche so häufig den Erfolg von Koalitionskriegen verhindert haben. Das Bündnis zwischen Österreich und Preußen erschien in beiden Lagern, vor allem vielen Offizieren, als unnatürlich. Dadurch war der Grund gelegt für gegenseitiges Mißtrauen auch im einzelnen Falle. Ein weiteres Moment des Zwiespaltes war darin zu suchen, daß der eigentliche Kriegszweck für Preußen in Polen und für Österreich in Bayern lag[1]), und die völlige Niederwerfung Frankreichs, welche als beiden gemeinsames Ziel hätte einigend wirken können, war ja nicht die unerläßliche Vorbedingung für die Erreichung dieser eigentlichen Kriegszwecke, sondern der Feldzug an sich genügte, um den Anspruch auf Ersatz der Kosten zu erheben. Auch hatten vor allem die Österreicher von Anfang an den Kriegszug höchst lau betrieben. Dazu kam, daß die Erreichung des vorgeschützten Kriegszweckes, die Herstellung der Ordnung in Frankreich und die Stärkung der Monarchie durch die Ereignisse der letzten Wochen zur offenkundigen Unmöglichkeit geworden war.

Jedes der Unternehmen der Verbündeten nämlich hatte in Paris einen furchtbaren Widerhall gefunden. Auf die Manifeste des Herzogs hin hatte sich eine noch wildere Erregung in Paris erhoben als bisher, inmitten deren den radikalen Elementen am 10. August und den folgenden Tagen der Sturz der Monarchie und die Gefangensetzung des Königs gelang. Die schlimmen Nachrichten von Longwy führten dann zur Gefangensetzung von zahlreichen gemäßigten Elementen, der Vormarsch auf Verdun wurde zum Signal der Metzeleien in den Gefängnissen von Paris und andern großen Städten des Landes (in Paris 2./3. September). Die Septembermorde waren zugleich, wenigstens teilweise, ein ungeheuerliches Wahlmanöver, um vor den bevorstehenden Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung (Konvent) die gemäßigten Elemente zu erschrecken. Der Konvent trat am 20. September 1792 zusammen und schaffte am 21. die Monarchie ab.

Damit war unzweifelhaft eine neue Lage geschaffen und die Erreichung des angeblichen Hauptzweckes des Feldzuges — die Befestigung der Stellung der Monarchie in Frankreich — fast zur Unmöglich-

[1]) Nebenbei dachte man übrigens in Wien auch an Entschädigungen in Polen oder an solche auf Kosten Frankreichs im Elsaß.

keit geworden. Ja, war es nicht nahezu sicher, daß ein weiteres Vorgehen der Verbündeten sogar dem Leben des Königs und seiner Gemahlin ein Ziel setzen würde? Konnte so nicht einmal mehr die gegenseitige Vorspiegelung eines gemeinsamen Zieles die Verbündeten zusammenhalten, so kam ein weiteres Moment dazu, welches das Mißtrauen zwischen ihnen vergrößerte. Es fanden, mit einem Waffenstillstand verbunden, Verhandlungen zwischen Dumouriez und den Preußen statt, welche, ohne daß ein eigentlicher Grund dafür vorhanden gewesen wäre, den Verdacht der Österreicher erweckten. Dabei spielte ein Mann des Unheils, Lombard, damals Zivilsekretär des Königs von Preußen, zum erstenmal eine Rolle. Er war in die Gefangenschaft der Franzosen geraten und durch ihn knüpfte Dumouriez mit Preußen an. Bei den nun folgenden Verhandlungen ging Preußen von der, durch die Emigranten geweckten falschen Hoffnung aus, daß Dumouriez dafür zu gewinnen sein könnte, sich mit seinem Heere zugunsten der Monarchie gegen die radikalen Elemente in Paris zu wenden, der französische Oberführer dagegen von der ebenso falschen Voraussetzung, daß er den König von Preußen dazu überreden könne, im Bunde mit Frankreich die Österreicher zu verjagen. Vorteile von diesen Verhandlungen hatten übrigens ausschließlich die Franzosen, welche die nötige Zeit gewannen, um Verstärkungen herbeizuführen. Diesen Verhandlungen wurde schließlich durch ein weiteres drohendes Manifest ein Ziel gesetzt, das der preußische Diplomat Lucchesini verfaßt hatte, und das der Sicherheit Ludwigs XVI. dienen sollte. Am 28. September war dieses an Dumouriez gesandt worden, der es drucken ließ. Wenn der Herzog am 29. noch einmal mit den Franzosen anknüpfte, so war es, um den inzwischen beschlossenen Rückzug zu decken, der am 29. mit dem Troß, am 30. September mit der Armee begann. Dieser verhängnisvolle Rückzug wurde zu einem welthistorischen Ereignis ersten Ranges, da er Frankreich Zeit ließ, an die Organisation des Widerstandes Hand zu legen. Und jetzt folgten Ereignisse, welche bald einen völligen Umschwung in der Weltlage hervorriefen: das Zurücktreten Frankreichs in der auswärtigen Politik findet sein Ende; Frankreich steht erstaunlich bald wieder Furcht einflößend da und die nächste Folge davon ist, daß sein alter Gegner England sich sehr bald veranlaßt sieht, zu den Waffen zu greifen, woraus ein 22jähriges Ringen entsteht.

Die Ursachen, welche zur allgemeinen Überraschung diese plötzliche Aufwärtsbewegung in der Stellung Frankreichs hervorbrachten, waren zwiefacher Natur. Einerseits sind es diplomatische: die Allianz zwischen Österreich und Preußen fällt nach dem Ereignis von Valmy immer mehr auseinander, ohne freilich zunächst ihre Bedeutung ganz zu verlieren. Den Anlaß zu diesem weiteren Abrücken der Verbündeten voneinander bildete das stürmische Drängen Preußens auf Entschädigungen. Während man in der Hofburg geneigt war und nach dem Vordringen der Franzosen (s. u.) bald geneigt sein mußte, den Erfolg eines weiteren Feldzuges abzuwarten, ehe man die Entschädigungsfrage regelte, war Friedrich Wilhelm II. für eine sofortige Einziehung

des möglichen Gewinns. Das entscheidende Aktenstück für diese Politik ist die Note von Merle (in Luxemburg) vom 25. Oktober 1792, wo der König von Preußen auf dem Rückmarsch aus der Champagne damals sein Hauptquartier hatte. In dieser Note erklärte er energisch, den Feldzug des nächsten Jahres gegen Frankreich nur mit den 20000 Mann, zu deren Stellung er durch das Bündnis verpflichtet war, statt mit 70000 Mann mitmachen zu wollen, wenn ihm nicht eine sofortige Entschädigung in polnischem Land bewilligt werde. Über diesen Punkt wurde zunächst noch auf dem Rückmarsch, dann in Wien (im November und Dezember) zwischen dem preußischen Minister Grafen Haugwitz und dem österreichischen Grafen Philipp Cobenzl verhandelt. Leider wissen wir über den Ausgang der Wiener Verhandlungen nichts durchaus Sicheres, da die beiden Teilnehmer an ihnen nicht dasselbe über sie berichtet haben: Haugwitz hat erklärt, man habe schließlich in Wien mündlich den preußischen Erwerbungen zugestimmt, während die österreichischen Staatsmänner eine derartige Billigung auf das bestimmteste bestritten haben. Jedenfalls ging nun Preußen energisch vor. Es ward jetzt die zweite Teilung Polens mit Rußland allein unter völliger Verheimlichung vor Österreich verabredet, worin unter allen Umständen eine schwere Brüskierung des Bundesgenossen lag. Im Januar 1793 rückten preußische und russische Truppen in Polen ein; zu derselben Zeit wurde der Teilungstraktat (23. Januar) in Petersburg unterzeichnet. Hiernach erhielt Rußland den Rest von Littauen, Podolien und Wolhynien (etwa 4500 Quadratmeilen), Preußen die Palatinate Posen und Kalisch, die alsbald zu »Süd-Preußen« vereinigt wurden, ferner Danzig und Thorn (zusammen etwas über 1000 Quadratmeilen). Von Polen bestand fürderhin nur das sogenannte Klein-Polen, Warschau und einige ländliche Distrikte, ferner Teile Galiziens mit Krakau weiter. Die Stimmung Österreichs bei diesen Vorgängen läßt sich leicht erraten. Nicht nur, daß man sich in Wien von dem Bundesgenossen hintergangen fühlte; man fand sich auf das schwerste geschädigt: während man ihn im Besitz der ersehnten Entschädigung sah, war die Hofburg, trotzdem sie öfters den schönen Grundsatz der gleichmäßigen Entschädigung Österreichs und Preußens ausgesprochen (vgl. oben S. 37), weiter entfernt denn je, etwas zu erhalten. Belgien war inzwischen verloren (s. u.) und damit der Tausch gegen Bayern auf unbestimmte Zeit vertagt; ebensowenig konnte vor einem weiteren siegreichen Feldzug von Entschädigungen auf Kosten von Frankreich die Rede sein; schließlich hatte man den ebenfalls erwogenen Gewinn an polnischem Land sich entgehen lassen. Die Folge der starken Verstimmung war einerseits ein Ministerwechsel in Wien, der an Stelle von Ph. Cobenzl Thugut zum Leiter der auswärtigen Politik machte; andererseits erregte Beschwerden gegen Preußen, welche es dem König Friedrich Wilhelm II. erleichterten, dem naheliegenden Gedanken zu folgen, nun, nach Einheimsung seines Gewinnes, in der Kriegführung gegen Frankreich lau und sparsam zu werden. Der neue österreichische Minister Thugut, ein Emporkömmling und Streber zweifelhafter Ver-

gangenheit, der in Österreich und außerhalb fast allgemein äußerst unbeliebt war, hat, so viel man gegen ihn einwenden möchte und mag, doch das Verdienst, in die österreichische Politik Frankreich gegenüber Schwung und Ausdauer gebracht zu haben. Auf der andern Seite ist aber nicht zu verkennen, daß er sich über Gebühr und Vernunft von seiner starken Abneigung gegen Preußen leiten ließ und in dieser Richtung die für den Staatsmann unerläßliche Unbefangenheit völlig verlor. Die zweite polnische Teilung hat das Verhältnis der zwei Alliierten hoffnungslos zerrüttet. Damit ist das e i n e Moment genannt, welches unmittelbar eine bedeutende Machtsteigerung für Frankreich bedeutete.

Das a n d e r e waren höchst überraschende Erfolge mit den Waffen. Kaum von dem feindlichen Angriff befreit, gingen die französischen Heere alsbald zum Angriff über, und zwar in drei Richtungen: Zwei Führer, Montesquiou und Anselme, operierten gegen Savoyen und Nizza, die festländischen Besitzungen des Königs von Sardinien, gegen den ein Eroberungszug zum Zwecke der Erlangung der Alpengrenze von Anfang an geplant war. Der General Custine wandte sich gegen den Ober- und Mittelrhein, während Dumouriez die Eroberung Belgiens übernommen hatte. Mit den kriegerischen Operationen war von nun an regelmäßig eine mehr und mehr organisierte Propaganda auf das innigste verbunden, die, mit den Schlagworten der Revolution arbeitend, doch, fast vom ersten Augenblick an unehrlich, nur der französischen Herrschaft und Eroberung den Boden bereiten sollte. Ihr Programm wurde in eindrucksvoller Weise in einem Beschluß des Nationalkonvents vom 19. November 1792 zusammengefaßt, der allen Völkern, welche ihre Freiheit zu erringen trachteten, die Hilfe Frankreichs versprach. Während die Verbündeten durch Luxemburg zurückmarschierten, erzielte Custine seine ersten auffallenden Erfolge. Er wandte sich gegen Speier, das ohne jede ernste Gegenwehr schon am 30. September fiel; dann besetzte er Worms (4. Oktober). Sehr günstig wirkte das charakterlose Entgegenkommen der Bevölkerung von Mainz, wo vor allem Georg Forster, ferner Adam Lux und andere Politiker reinen Herzens aber unklaren Geistes tonangebend im Sinne der französischen Revolution gewirkt hatten. Jetzt rief man Custine herbei, der anfangs zögerte, aber auf Nachrichten von der vollkommenen Hilflosigkeit der kurfürstlichen Regierung und von der allgemeinen Flucht aller revolutionsfeindlicher Elemente am 19. Oktober vor Mainz erschien, das schon am 21. kapitulierte. Hier wurde alsbald eine provisorische Regierung der eroberten Städte eingerichtet. Von Mainz aus wurde am 26. von einem Unterführer mit einem kleinen Korps sogar Frankfurt genommen. Allein diese Eroberung konnte nicht behauptet werden. Am 2. Dezember wurde die Stadt den Franzosen von Preußen und Hessen ohne eigentliche Gegenwehr wieder entrissen. Zeigte sich so, auf wie schwachen Füßen die französischen Eroberungen vielfach standen, kühlte sich ferner der revolutionäre Eifer unter der Mehrzahl selbst der Mainzer bald ab, so bedeutete doch dieses siegreiche Vordringen am Rhein im ganzen einen bedeutenden und äußerst bedrohlichen Erfolg Frankreichs.

Ähnliches gilt auch von einem zweiten Kriegsschauplatz. Savoyen wurde vom 21. September an von dem General Montesquiou erobert. Auch hier kam die Bevölkerung in weitgehendem Maße den Ideen der französischen Revolution entgegen. Im November sprach der Konvent die Einverleibung Savoyens aus. Ein zweites Gebiet des Königs von Sardinien, Nizza, wurde Ende September durch den General Anselme besetzt; hier scheiterte freilich zunächst die Propaganda nach guten Anfängen infolge des wüsten Verhaltens der Franzosen. Von Savoyen und Nizza aus schweiften die Blicke der Franzosen bald weiter. Es wurde der naheliegende Gedanke wieder aufgegriffen, den noch kurz vor dem Sturze der Monarchie ein weitblickender königlicher Agent entwickelt hatte, die Deutschen in Italien zu besiegen. Diese alten offensiven Grundgedanken erhielten durch die Generale des Konvents nur eine etwas modische Umhüllung: redete man im alten Frankreich vom Erobern italienischer Staaten schlechthin, so war der Revolutionär darauf bedacht, diese Absicht durch die Phrasen von Freiheit und Befreiung leicht zu verhüllen und auch wirklich die eigentliche Eroberung durch eine energisch vorausgehende Propaganda vorzubereiten. Auch mit der Schweiz, wo die Stimmung seit der Ermordung der Schweizer durch die Bevölkerung von Paris am 10. August äußerst gereizt war, brachte der Feldzug nach Savoyen die Revolution in Berührung und schon zeigte sich bei Genfer Wirren das Bestreben der Pariser Regierung, in diesem Falle gegen den Willen des Generals Montesquiou, rücksichtslos sich in die Partei- und Verfassungskämpfe der Schweizer einzumischen und die der französischen Revolution verwandten Richtungen mit allen Mitteln der Gewalt und des Rechtsbruches zu fördern.

Finden wir also hier im Westen wie im Südwesten die Gedanken und Methoden, welche das Zeitalter der folgenden Kriege beherrschten, schon in den letzten Monaten des Jahres 1792 klar ergriffen und befolgt, so war noch zukunftsschwerer das Vorgehen auf dem dritten Kriegsschauplatz, im Norden, da es den Erfolg hatte, den furchtbarsten Gegner, dem Frankreich schließlich erliegen sollte, ins Feld zu führen. Auch gegen Belgien ging Frankreich, wie es schon im April geplant war, nach Valmy offensiv vor. Hier führte der dortige Sieger, Dumouriez, in überaus glänzender Weise. Nachdem auch hier die revolutionäre Propaganda längst gewirkt hatte und Drohungen vorausgegangen waren, welche die des Herzogs von Braunschweig noch hinter sich ließen, rückte Dumouriez Ende Oktober in Belgien ein. Die Österreicher traten ihm bei Jemappes entgegen, wurden aber (6. November 1792), hauptsächlich infolge des sehr bedeutenden zahlenmäßigen Übergewichts der Franzosen, geworfen. Die unverhältnismäßig große Folge dieser Niederlage war die Räumung ganz Belgiens durch die Österreicher und die fast mühelose Besetzung des Landes durch die Franzosen. Schon am 10. November wurde im Übermut des Sieges die den Abmachungen der europäischen Politik widersprechende Öffnung der Schelde ohne Bedenken verfügt. Auch auf die nördlichen Niederlande griff bald die Propa-

ganda über und erfüllte Holland mit Verfassungszwist, während das französische Heer das Land mit Eroberung bedrohte.

Diese überaus bedeutenden Erfolge der Franzosen, welche hauptsächlich auf der Überrumpelung der Gegner beruhten, blieben aber nicht ohne Rückschläge auf dem Gebiet der europäischen Politik, und Frankreich wurde auf etwa ein Jahr abermals an den Rand des Verderbens geführt.

§ 2. Das Jahr 1793.

C. J. Fox, Napoleon Bonaparte and the siege of Toulon. Washington 1902 (Heidelberger Dissert.). Ch. L. Chassin, La préparation de la guerre de Vendée. 3 B. Paris 1892. Ders., La Vendée patriote. 4 B. Paris 1893 ff.

Im Innern Frankreichs kam es bald nach dem Zusammentritt des Konvents zu einem wilden Kampf um Macht und Leben zunächst zwischen einzelnen Parteien, dann zwischen einzelnen Führern, wie Danton und Robespierre, und deren Anhängern. Der großartigste dieser Kämpfe war der erste, der zwischen der Gironde, die bis vor kurzem den entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Frankreichs ausgeübt, und der weiter links stehenden Gruppe der Jakobiner, der Bergpartei, geführt würde. Eine Episode in diesem Kampfe ist der Prozeß des Königs, durch den die Bergpartei die Girondisten um ihren Einfluß und ihre Macht zu bringen beabsichtigte, wie es ihr auch gelang, indem sie richtig rechnete, daß ein energisches Eintreten für den König der Gironde verderblich, dagegen Eifer für die Hinrichtung ihnen, nach ihrer ministeriellen Vergangenheit, unmöglich sein werde, und daß drittens eine unentschiedene Haltung, zu der jene tatsächlich griffen, ihren Einfluß aufs stärkste erschüttern werde. Entsprang so die Hinrichtung Ludwigs XVI. (21. Januar 1793) innerpolitischen Erwägungen, so war sie doch keineswegs ohne Bedeutung für die auswärtige Politik: sie bekundete den Willen, im Widerstand zu verharren, war eine Herausforderung an mehrere weitere Mächte und betonte vor allem den revolutionär-propagandistischen Charakter des Krieges — für den die Formel »Krieg den Palästen« gefunden worden war. Nur um einige Monate überlebte die girondistische Partei den König. Anfang Juni 1793 wurde ein großer Teil ihrer Führer auf einige Zeit gefangen gesetzt, der Rest zerstreute sich. Nach einem vergeblichen Versuch, durch eine großartige Erhebung in den Provinzen ihren Einfluß und ihr Leben zu retten, wurde die Mehrzahl der Führer im Oktober 1793 hingerichtet. Auf die Beseitigung der Gironde folgte die mehrerer Rivalen durch Robespierre, vor allem die Dantons im März 1794, nach welcher er bis zu seinem Sturz im Juli des Jahres nahezu unumschränkt gebot. Es war ein schwerer Irrtum der Frankreich bekämpfenden Mächte, aus allen diesen Erscheinungen auf eine dort herrschende »Anarchie« zu schließen. Vielmehr gelang gerade im Zusammenhang mit der Vernichtung der Gironde die Wiederunterwerfung der Departements und der Städte

unter die Zentralgewalt in Paris; es gelang ferner die Stärkung dieser Zentralgewalt in einem Grade, daß selten ein Staatswesen eine so unbeschränkte Leitung gehabt hat wie das Frankreich der Schreckenszeit. Zwar gelang das durch Mittel, welche den Idealen der ersten Zeit der Revolution durchaus nicht entsprachen, und unter den grauenhaftesten Begleiterscheinungen; das ändert aber nichts an der Tatsache, daß jetzt die Fehler der Konstituante wieder gutgemacht waren, welche lediglich dafür Sorge getragen hatte, den Staat aufzulösen.

Brachte also der Konvent mit seinen Ausschüssen und Kommissären und die mächtige Stadtverwaltung von Paris den Kräften Frankreichs wieder eine einheitliche Leitung, so würde es dagegen ein vergebliches Bemühen sein, wollte man im Konvent konsequent festgehaltene Prinzipien der auswärtigen Politik etwa von der Zeit seines Zusammentritts bis zum Sturze Robespierres suchen. Ganz abgesehen von den Schwankungen, die dadurch hervorgerufen wurden, daß die verschiedensten Personen abwechselnd den entscheidenden Einfluß hatten, wechselten auch dieselben Personen und Gruppen mehrfach je nach den Bedürfnissen der inneren Politik, nach den auswärtigen Konstellationen und je nach dem Grade der Leidenschaften des Augenblicks, auch ihre Ziele und Grundsätze. Da konnte man nüchterne Sätze hören, wie den, daß die Republik sich nicht in die Verhältnisse irgendeines anderen Landes einmischen wolle, da umgekehrt die Absicht verkünden, alle Throne Europas umzustoßen. In diesen verschiedenen Projekten, die damals zum Ausdruck kamen, findet sich auch die Mehrzahl der Gedanken, die später in die Tat umgesetzt wurden; so wurde z. B. den eroberten Gebieten gegenüber einerseits die Einverleibung empfohlen, andererseits ihre Selbständigkeit befürwortet, aber unter der Voraussetzung, daß sie nicht wieder zur Monarchie zurückkehren dürften, also dem französischen Einfluß gänzlich anheimfallen mußten — letzteres die Idee der Girondisten, in der neben französischem Machtinstinkt noch ein Rest von Kosmopolitismus steckte. Wir finden hier also schon die beiden Möglichkeiten erwogen, welche später der Reihe nach in die Wirklichkeit hinübergeführt wurden. Daß der uralte Gedanke der Rheingrenze, »von Genf bis zum Meere«, wie es einmal heißt, schon frühzeitig im Jahre 1792 auftauchte, ist schon gesagt worden; der der natürlichen Grenzen überhaupt, »Rhein, Alpen, Pyrenäen«, wurde besonders energisch von Carnot in einem Bericht vom 13. Februar 1793 vertreten. Eines aber fand sich doch, das sich bei allen Schwankungen in der auswärtigen Politik des Landes immer gleich blieb, nämlich die offensive Stimmung und der Wunsch, die Macht Frankreichs in irgendeiner Form zu erweitern.

Hatte Österreich bisher als Verbündeten außer der platonischen Genossin in Petersburg nur Preußen, dessen Unterstützung aber nach den geschilderten Vorgängen immer unsicherer wurde, und Hessen gefunden, so erschien im Jahre 1793 infolge des erfolgreichen französischen Vorgehens eine große Koalition gegen Frankreich im Felde. Zu den genannten Mächten traten das Reich, Holland, Spanien, vor

allem England hinzu. Und wie auf dem diplomatischen Gebiete, so ward auch im Felde das Jahr 1793, abgesehen von seinen letzten Wochen, für Frankreich eines der unglücklichsten des ganzen Zeitalters.

Gegen Ende des Jahres 1792 begann endlich das Reich notgedrungen Stellung zu nehmen; im März 1793 ward der Reichskrieg beschlossen, was freilich militärische Folgen zunächst nicht hatte.

Dagegen war es ein bis heute mächtig nachwirkendes welthistorisches Ereignis, daß England in die Koalition eintrat. Nach dem Aufgeben des Russian Armament (s. o.), und nachdem Pitt die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Grenville anvertraut hatte, war lange Zeit die englische Politik im Gegensatz zu der der vorangegangenen Jahre abwartend und äußerst vorsichtig. Bei der großen Schwäche und Zerrüttung des Hauptgegners Frankreich war die Weltlage für England trotz allem nicht unerfreulich. Diese Schwäche Frankreichs zu konservieren, ward ein Hauptgesichtspunkt der britischen Staatsmänner. Vor allem wurde es ängstlich vermieden, sich den Unternehmungen der Mächte gegen Frankreich anzuschließen. Ewart durfte den König von Preußen nicht nach Pillnitz begleiten. Auch die Garantie des Status quo in Belgien wagte man nicht zu übernehmen (Januar 1792). Dem Neutralitätssystem entsprechend, wurden ebenso Talleyrands Missionen äußerst kühl aufgenommen (vgl. oben), wie den Verbündeten unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß auf englische Unterstützung für sie nicht zu rechnen sei. Denn griff England auf französischer oder auf deutscher Seite ein, siegte Frankreich oder wurde es niedergeworfen, immer mußte eine innere Konsolidierung des Landes die wahrscheinliche Folge sein: und eben diese galt es im englischen Interesse zu vermeiden. An dieser Politik, die sich durch Klarheit und Konsequenz, wenn auch nicht durch einen heroischen Zug auszeichnet, hielt das Kabinett von S. James auch noch nach dem Ausbruch des Revolutionskrieges, ja bis zum Eintritt des großen und überraschenden Umschwungs in diesem fest. Schon die Nachrichten vom Rückzug nach der Kanonade von Valmy und von dem Vordringen der Franzosen am Rhein und in Savoyen berührten dann freilich unangenehm, und schon Mitte Oktober warf Pitt einmal den Gedanken an Krieg hin, freilich um ihn abzulehnen.

Ganz anders aber wurde die Lage in wenigen Wochen infolge der Eroberung Belgiens durch Dumouriez und die Öffnung der Schelde. Hier handelte es sich um alte Grundsätze der englischen Politik und um Lebensinteressen des britischen Volkes. Belgien durfte nicht dauernd französisch werden. Trotzdem ging Pitt, durch die schlechte wirtschaftliche Lage, irische Sorgen und auch die revolutionäre Propaganda in England über Gebühr eingeschüchtert, zunächst lange nicht so hochfahrend und energisch vor wie 1787 und in den folgenden Jahren. Er unterhandelte (3. Dezember 1792) mit Maret, einem Abgesandten des französischen auswärtigen Ministeriums; bei dieser Gelegenheit erklärte er zwar, bei einem Angriff auf Holland diesen Bundesgenossen unterstützen zu wollen; er verlangte ferner die Zurücknahme des Schelde-

dekrets sowie desjenigen vom 19. November 1792 (s. S. 43), noch nicht aber etwa die Räumung Belgiens. Auf Grund der Bewilligung dieser Forderungen wollte er in offizielle Verhandlungen mit Frankreich eintreten. In enger Fühlung mit der öffentlichen Meinung, wie er war, änderte er aber seine Haltung, als ein bedeutender Umschwung in den Stimmungen des englischen Volkes sich ungefähr zur Zeit des Zusammentritts des Parlamentes (Mitte Dezember 1792) stark bemerkbar machte. Im Parlament wie im Volke konnte er jetzt eine ausgesprochene Abneigung gegen die revolutionäre Propaganda beobachten. Bei vorläufigen Kriegsvorbereitungen fand die Regierung eine starke Majorität im Hause und energische Billigung im Lande. Am 31. Dezember 1792 sandte Pitt dementsprechende Forderungen nach Paris, die an seine alte Politik erinnerten: er verlangte von Frankreich Verzicht auf alle Eroberungen und Beschränkung auf sein bisheriges Gebiet. Für den Fall der Ablehnung drohte er mit einem europäischen Bündnis gegen Frankreich. Wie dereinst Napoleon, erleichterte man schon damals in Paris der englischen Regierung die Herbeiführung des Krieges durch Beschimpfungen und Drohungen, von denen die mit einer Landung in England die nachdrücklichste war. Zugleich sprach man davon, das Königreich durch revolutionäre Propaganda in England, Schottland und Irland zu schwächen, seine Machtstellung in Indien zu bedrohen und Portugal, ja Brasilien zu erobern, warf also Gedanken hin, wie sie z. T. wenigstens Napoleon später auszuführen versuchte. Seit dem 19. Januar 1793 bereitete sich dann die englische Regierung systematisch darauf vor, die zu erwartende Entrüstung des Volkes über die Hinrichtung Ludwigs XVI. im Sinne des Krieges auszunutzen. Nach der Ausführung des Königsmordes wurden dem französischen Geschäftsträger Chauvelin sofort seine Pässe zugestellt. Der Konvent hatte inzwischen in letzter Stunde vornehmlich wegen der üblen Lage seiner Truppen Verhandlungen eingeleitet. Die Nachricht von der Abfertigung Chauvelins führte aber zur sofortigen Kriegserklärung an England (1. Februar 1793). Zugleich wurde auch der Krieg gegen Englands Verbündeten, Holland, beschlossen und am 6. Februar 1793 der General Dumouriez angewiesen, die Offensive gegen die Generalstaaten zu ergreifen.

Kurz darauf trat Frankreich auch mit Spanien in den Krieg. In den Verhandlungen, die dazu führten, spielte der Königsmord eine noch größere Rolle als beim Ausbruch des Krieges mit England. In Spanien war als leitender Minister auf Aranda, der, innerlich zu Frankreich neigend, bei der Bedrohung des Landes durch eine französische Armee nicht die genügende Energie gezeigt hatte, schon im Herbst 1792 der spätere Friedensfürst Godoy gefolgt. Im übrigen war hier bei der nahen Verwandtschaft der Königshäuser und der Stimmung der spanischen Nation die Frage Krieg oder Frieden auf das engste mit der der Behandlung Ludwigs XVI. verknüpft und auch in Paris gab man sich keinen Illusionen darüber hin, daß die Hinrichtung des Königs den Krieg mit Spanien bedeute. Indessen verhandelte man im Oktober,

November und Dezember 1792 noch mit Spanien wegen gegenseitiger Abrüstung, wozu freilich Godoy zuletzt nur noch unter der Voraussetzung einer milden Behandlung Ludwigs XVI. bereit war. Der Vertreter Frankreichs in Spanien hatte Hoffnungen erweckt, daß eine spanische Verwendung zugunsten Ludwigs XVI. von Erfolg begleitet sein könnte. Je mehr sich dann aber diese Möglichkeit als illusorisch erwies, desto sicherer konnte der Bruch vorausgesehen werden. Nach der Hinrichtung des Königs hörte Godoy auf, den französischen Geschäftsträger zu empfangen. Am 14. Februar 1793 überreichte letzterer ein Ultimatum vom 2., das innerhalb von acht Tagen eine kategorische Erklärung über die spanischen Rüstungen verlangte. Darauf stellte das Ministerium dem Vertreter Frankreichs seine Pässe zu. Am 7. März 1793 wurde vom Konvent der Krieg erklärt.

Zu diesen zahlreichen Konflikten kamen Keime zu weiteren. Am 13. Januar 1793 wurde in Rom der eifrigste Agent der französischen Propaganda, Basseville, von der Bevölkerung ermordet. Die Folge war, daß in Paris von einem zunächst unausführbaren Plan, Rom einzunehmen, geredet wurde, und daß Vorschläge an Neapel ergingen, den Kirchenstaat aufzuteilen. Auch mit dem König von Sardinien wurde erfolglos angeknüpft. Ferner setzte sich die überaus rührige Diplomatie der jungen Republik mit der Türkei, mit Polen und Schweden in Verbindung.

Eine gleich große diplomatische Energie fand sich unter den Mächten des feindlichen Lagers nur bei England. Von dem Moment der Kriegserklärung an war es Pitts Sorge, eine große europäische Koalition zustande zu bringen. Er wandte sich an Österreich, Preußen, Rußland, Spanien, Neapel, Portugal, Sardinien und eine Reihe deutscher Kleinstaaten. Am schnellsten gelang die Anbahnung eines Bündnisses mit Spanien, wo in kürzester Zeit ein Vertragsprojekt fertiggestellt war, das zum Abschluß am 25. Mai 1793 führte. Hierin wurde gegenseitige Unterstützung, Garantie der beiderseitigen Gebiete, gemeinsamer Friedensschluß verabredet. Der Abschluß dagegen war ein früherer in Petersburg. Schon am 25. März 1793 wurde zwischen der englischen und russischen Regierung ein vorläufiger Vertrag vereinbart, der im allgemeinen gegenseitige Unterstützung versprach, ferner den Entschluß kundtat, erst dann Frieden zu schließen, wenn das von Frankreich eroberte Land wieder zurückgewonnen sei, und welcher schließlich Maßregeln gegen den französischen Handel, auch soweit er von Neutralen vermittelt wurde, ins Auge faßte. In letzterer Hinsicht nicht ohne Bedeutung, hatte dieser Vertrag doch, wie auch in England wohl kaum gehofft wurde, nicht die Kraft, Rußland zum tatsächlichen Eingreifen in den Krieg zu bewegen. Sardinien verbündete sich am 25. April 1793 mit England, das sich zu bedeutenden Subsidien verpflichtete und die Sendung einer Flotte ins Mittelmeer versprach; ferner sollte die Restitution von Nizza und Savoyen beim Frieden durchgesetzt werden. Der König von Sardinien seinerseits verpflichtete sich einstweilen nur zur Unterhaltung einer Armee von

50 000 Mann zur Verteidigung seiner Länder. Am 12. Juli 1793 kam ein Subsidien- und Handelsvertrag zwischen England und Neapel hinzu. Am 26. September 1793 erst kam der Form nach ein Bund mit dem alten Schützling Portugal zustande. Von deutschen Staaten lieferten Truppen Hannover, wie sich von selbst versteht, Braunschweig (Subsidienvertrag vom 4. März), Hessen-Kassel (10. April und 23. August), Baden (21. September) und Hessen-Darmstadt (5. Oktober). Besondere Bedeutung für die nächste Zukunft wohnte aber dem Bündnis mit den zwei schon seit dem Frühjahr 1792 gegen Frankreich kriegführenden deutschen Großmächten bei. Am 14. Juli wurde mit Preußen, am 30. August 1793 mit Österreich unter denselben Bedingungen wie mit Rußland ein Vertrag abgeschlossen. Es war aber von vornherein fraglich, ob der englische Einfluß den schweren, kaum latenten Konflikt beseitigen könne, der seit der zweiten Teilung Polens zwischen Preußen und Österreich ausgebrochen war. — Jedenfalls zeigte schon die bedeutende Energie, mit der Pitt so im Laufe des Jahres 1793 eine große Koalition zusammenbrachte, wo in Zukunft der größte und gefährlichste Gegner der jungen Republik zu suchen sei.

Lange ehe die Mehrzahl dieser Bündnisse abgeschlossen wurde, war der Feldzug des Jahres 1793 begonnen worden. Die Franzosen ergriffen noch einmal die Offensive, wenn auch nur in einer Richtung, nämlich nach Holland hinein. Daß der General Dumouriez trotz der fatalen Lage seiner Truppen den Befehl erhalten hatte, Holland zu erobern, ist schon gesagt worden. Er ging an die Ausführung, aber nun nicht mehr als zuverlässiger Diener der Republik, sondern den Gedanken an eine mit seinen Truppen durchzuführende monarchistische — nicht royalistische — Verfassungsänderung mit sich tragend, deren Vorbedingung freilich ein glänzender Sieg in Holland war. Er war dazu durch persönliche wie sachliche Erwägungen getrieben worden, u. a. auch durch den Abscheu, den der Anblick der französischen Kommissäre in Belgien in ihm hervorrief, die durch ihre Unterdrückungen und Erpressungen das Volk zur Verzweiflung treiben zu wollen und so sein Werk, die Eroberung Belgiens, in Frage zu stellen schienen. Mit seiner in jeder Hinsicht ungenügend ausgerüsteten Armee war er aber noch nicht weit in Holland vorgedrungen, als ein Befehl des Konvents vom Anfang März 1793 ihn erreichte, zur Rettung Belgiens zurückzukehren. Dort waren inzwischen die Österreicher unter dem Herzog von Koburg siegreich eingefallen und hatten auch Lüttich besetzt. In anderen Teilen des Landes hatte sich das Volk gegen die Härte und die Aussaugereien der Abgesandten des Konvents erhoben. Dumouriez befolgte den Befehl, hielt aber, trotzdem er ohne Ruhm aus Holland zurückkehrte, an seinen kontrerevolutionären Plänen fest. Er ergriff öffentlich für die unterdrückten Belgier gegen den Konvent Partei. Zugleich suchte er den in Holland vergeblich erhofften Waffenruhm bei einer Begegnung mit den Österreichern, die er herbeiführte; bei dieser aber wurde er bei Neerwinden aufs Haupt geschlagen (18. März 1793). Die Folge der Schlacht und der gänzlichen moralischen

Auflösung der Armee war, daß Dumouriez Belgien räumen mußte. Noch hatte er bisher keine hochverräterische Tat begangen; jetzt aber schritt er in seiner verzweifelten Lage zur Ausführung seiner Pläne. Er setzte sich mit dem Herzog von Koburg in Verbindung (23. März), dem er vorschlug, gemeinsam die konstitutionelle Monarchie in Frankreich unter Ludwig XVII. einzuführen. Die Österreicher stellten ihm daraufhin für die Zeit seines geplanten Unternehmens auf Paris Waffenruhe in Aussicht. Bei Verhandlungen mit Kommissären der Pariser Regierung ließ er schließlich am 1. April 1793 fünf von diesen, darunter den damaligen Kriegsminister Beurnonville, verhaften und den Österreichern ausliefern. Allein bei dem Versuch, sein Heer zu dem Staatsstreich mitzureißen, scheiterte er vollkommen, worauf er sich durch Flucht zu den Österreichern persönlich in Sicherheit brachte (5. April). So verlor die Republik fast zugleich mit ihrer größten Eroberung ihren tätigsten General. Am 28. Juli wurde von den Österreichern mit englischer Hilfe Valenciennes genommen.

Nicht besser erging es den französischen Heeren auf dem rheinischen Kriegsschauplatz, wo der Herzog von Braunschweig die preußischen Truppen, Wurmser die österreichischen befehligte. Allerdings verhinderten hier die obengenannten Umstände, vor allem das stürmische Drängen Thuguts, polnische oder irgendwelche andere Entschädigungen zu erlangen, ein wirklich energisches Zusammenwirken der Preußen und der Österreicher, durch das in wenigen Schlägen die hier wie in Belgien völlig zerrütteten französischen Truppen hätten vernichtet und Frankreich niedergeworfen werden können. Erst am 22. Juli fiel endlich Mainz. Mit ungeheurer Langsamkeit gingen die Verbündeten weiter vor und brachten endlich im September, Oktober und November 1793 den Franzosen bei Pirmasens, Weißenburg und Kaiserslautern erhebliche Niederlagen bei. An weiterem Vordringen hinderte die Verbündeten aber wieder die überaus prekäre diplomatische Lage der Koalition. — Den Spaniern schließlich war es gelungen, Roussillon zu besetzen.

Zu den soeben genannten, für Frankreich gefahrdrohenden Ereignissen kamen weitere. Zu den Niederlagen auf drei auswärtigen Kriegsschauplätzen gesellten sich solche im Inneren, zu dem auswärtigen Krieg der furchtbarste, blutigste Bürgerkrieg. Bei diesem waren unter den Gegnern der Regierung zwei Gruppen zu unterscheiden, die aus verschiedenen Ursachen, mit verschiedenen Zwecken und verschiedener Dauer, wenn auch vielfach gemeinsam und unlösbar verschmolzen, sich gegen die Regierung der Republik erhoben. Die eine Gruppe war im wesentlichen aus dem Adel, den Bauern und den Priestern des Westens Frankreichs, Bewohnern der Vendée und benachbarter Landschaften, in zweiter Linie solchen des Südens zusammengesetzt; sie griffen nun auf viele Jahre zu den Waffen und konnten selbst unter Napoleon nie dauernd beruhigt werden. Die Bauern des Westens, unter dem alten Regime die ärmsten des Königreichs, waren Royalisten, sie kämpften für die alte Dynastie und zugleich die alte

4*

Kirche, aufgestachelt, geführt und organisiert in erster Linie von ihren Priestern, dazu von einigen nicht emigrierten oder zurückgekehrten Edelleuten. Die Hinrichtung des Königs — daneben die neuen Aushebungsgesetze — wurden hier zum Signal, zur Tat zu schreiten. Ganz anders geartet war das andere Element der Empörung, welches, ein akutes Leiden, im Gegensatz zu jenem chronischen, Frankreich im Jahre 1793 an den Abgrund des Untergangs führte. Es handelte sich dabei um durchaus revolutionäre Gruppen, welche indessen der Bergpartei nicht zum Ende folgen, sondern auf der Bahn der Revolution haltmachen wollten. Ihre Erhebung hing mit der Entwicklung der Parteiverhältnisse, und zwar mit dem Untergang der Gironde auf das engste zusammen. In ihrem Todeskampf wandten sich die Girondisten an die Departements und Städte, in deren Behörden sie zu großen Teilen geboten, und zwar mit dem größten Erfolg. Dabei vermengten sich, um die große Bewegung des sogenannten »Föderalismus« hervorzurufen, persönliche, soziale, politische Elemente: persönliche — denn die Freunde der bedrohten Girondisten in den Departements erstrebten nun mit allen Mitteln deren Rettung; soziale — denn die Girondisten, im allgemeinen Angehörige und Vertreter des reichen oder wohlhabenden, bisher in der Revolution siegreichen Bürgerstandes, sahen sich bedroht von der Bergpartei, die die Führerin einer tieferen gesellschaftlichen Schicht war; politische schließlich — und diese sind es, die der Bewegung den Namen gegeben haben —, denn die Girondisten und die ihnen anhängenden Departements vertraten die Ideen von Ende 1789 und 1790, wonach das neue Frankreich durch einen freiwilligen Akt der »Föderation« geschaffen worden war und betonten als die Individualisten des 18. Jahrhunderts, die sie im Grunde waren, die Selbständigkeit der Departements, zugleich gegen die Hauptstadt und gegen den Konvent, während die Bergpartei unter dem Schlagworte des »einen unteilbaren Vaterlands« den staatlichen Zentralismus, d. h. praktisch die Allmacht der im Konvent und der Stadtverwaltung von Paris maßgebenden Persönlichkeiten über ganz Frankreich vertrat. Der Föderalismus war siegreich in etwa der Hälfte aller Departements, und zwar im Südosten, Süden, Südwesten, Westen und Nordwesten. Er verbündete sich vielfach, wenn auch keineswegs überall, mit dem Royalismus.

Zuerst im Bas-Anjou, in der La Vendée genannten Landschaft, ballten sich im März 1793 Bauernhaufen zu einer Armee zusammen, die sich bald die »katholische«, bald die »königliche« nannte. Ende des Monats umfaßten sie schon 20000, wenige Monate später 50000 Mann. Trotz der enormen Schwierigkeiten der Führung solcher Banden waren sie allenthalben siegreich, wozu freilich die außerordentliche Unfähigkeit der Gesinnungsgenerale, die der Konvent gegen Sie aussandte, gewiß das meiste beitrug. Die Führer der siegreichen Bauernhaufen wandten sich an die emigrierten Prinzen mit der Bitte um Hilfe — ein naheliegender Gedanke, der diese Fürsten, so sehr sie allen energischen Entschlüssen abgeneigt waren, dennoch zum Handeln zu veranlassen

schien. Sie baten ihrerseits um die notwendige englische Hilfe für die Expedition, wobei ihnen das Wiener Kabinett zur Seite stand. Schließlich zerschlugen sich aber diese Verhandlungen, da Österreich und England »Entschädigungen« durch französisches Land verlangten, die der Graf von der Provence mit seinem gesunden Urteil zu gewähren sich weigerte. Auch in den folgenden Jahren ist es trotz gelegentlicher Anläufe zu einer Unterstützung der Bauern durch die Prinzen nicht gekommen. Aber der Royalismus hielt sich auch ohne diese Führer: trotz aller späteren Erfolge und trotz der grausamsten Repressalien ist die Republik der royalistischen Empörung nie ganz Herr geworden. Weit größer noch freilich war im Jahre 1793 die im wesentlichen föderalistische Gefahr, die von Departements und großen Städten, vor allem der Normandie und des Südostens und Südens, drohte. Unter den Departements zeichneten sich damals die der Provence aus, welche im Juli 1793 ein richtiges Heer gegen die Pariser Regierung gen Norden entsandten, von Städten vornehmlich Lyon, Marseille, Toulon, wo die Anhänger der Bergpartei verjagt, eingekerkert und zum Teil hingerichtet wurden und eine gemäßigte Regierung die Herrschaft erhielt. Eine besondere Bedeutung erhielt der Abfall von Toulon (August 1793). Hier waren es mehr monarchistische, ja zum Teil royalistische Elemente, welche ans Ruder kamen, als föderalistische. Die Stadt schreckte nicht davor zurück, den Landesfeind zu Hilfe zu rufen. Man wandte sich an die im Mittelmeer kommandierenden Admirale Englands, Hood, und Spaniens, Langara. Diese verabredeten mit den neuen Behörden der Stadt eine Verfassungsänderung im monarchistischen Sinne zugunsten Ludwigs XVII. und segelten in den Hafen von Toulon ein; auf der dort stationierten starken französischen Flotte gewannen die royalistischen Elemente ebenfalls die Oberhand, so daß auch sie von der Sache der Republik abfiel.

So drangen denn in den Sommermonaten des Jahres 1793 die Hiobsposten in dichter Folge nach Paris, am zahlreichsten wohl im August, und erst im Spätjahr traten entscheidende Wendungen zugunsten der Republik ein. Die Folge der furchtbaren Gefahr war die Ein- und Durchführung der Schreckensherrschaft, die ohne die Kenntnis der auswärtigen Lage unverständlich bleiben müßte und deren Ende (Juli 1794) zum Teil in dem für Frankreich günstigen Umschwung der Dinge begründet war, die aber dennoch auch nach diesem Umschwung noch monatelang sogar in verstärkter Furchtbarkeit weiterbestand. Von dieser Seite gesehen, bedeutet die Schreckensherrschaft (vgl. oben S. 45f.) die Herstellung einer wirklich starken Regierung in Frankreich — der ersten seit Ludwig XIV. —, die es verstand, die Kräfte des Staates zusammenzufassen und mit allen Mitteln des Terrors den Bürger zu zwingen, die notwendigen Opfer an Gut und Blut zu bringen.

Zu jenem Umschwung der Dinge zugunsten der Republik hat mit am meisten einer der blutbeflecktesten Schreckensmänner beigetragen: Lazarus Carnot. Auf seine bedeutenden Leistungen als Reorgani-

sator der Armeen, auf die in seinem Sinne befohlene levée en masse[1]) (23. August 1793) kann hier nur hingewiesen werden. Unmittelbarer wirkte, daß, seit er das Beförderungswesen unter sich hatte, dieses in reinlicherer und intelligenterer Weise gehandhabt wurde; bei den Ernennungen wurde künftig zwar keineswegs von jakobinischer Gesinnung ganz abgesehen, doch entschied sie nicht mehr allein und Carnot hatte den notwendigen Blick für hervorragende militärische Begabung. So wurden Offiziere wie Hoche, Jourdan und Pichegru an die Spitze von Armeen gebracht und der Hauptmann Bonaparte verwandt und bald befördert.

Zuerst erfolgte der Umschwung gegen den auswärtigen Feind im Norden Frankreichs. Hier kommandierte seit Ende September Jourdan gegen die im Lande stehenden Österreicher; diese mußten nach der unentschiedenen Schlacht bei Wattignies (16. Oktober 1793) die Belagerung von Maubeuge aufheben und wurden allmählich aus Frankreich hinausgedrängt; nur einige feste Plätze, darunter Valenciennes, blieben einstweilen noch in ihrer Hand. Gegen den Feind im Osten wurde Pichegru zum Oberführer der »Rheinarmee« (2. Oktober), Hoche zu dem der »Moselarmee« (22. Oktober) ernannt. Dadurch erst ward wieder ein energischer Widerstand eingeleitet. Entscheidendes gelang hier freilich erst, als der weit begabtere der beiden Feldherren, Hoche (der übrigens im Laufe des Jahres als Unterführer manche Schlappe erlitten hatte), das Kommando über beide Armeen erhielt. Die Österreicher standen in festen Stellungen bei Weißenburg, die Preußen bei Kaiserslautern. Am 26. Dezember warf Hoche die Österreicher, die nur durch die heraneilenden Preußen gerettet wurden. Beide Verbündeten zogen eilig über den Rhein zurück. Da auch das Elsaß wieder erobert wurde, war Ende 1793 wieder fast der ganze Boden Frankreichs vom Feinde frei. Ebenso glänzend waren die Erfolge gegen den inneren Feind.

Die königliche oder katholische Armee, die bei Granville ans Meer vorzudringen beabsichtigte, wurde durch das Nichterscheinen der Prinzen enttäuscht und von dem Heer des Konvents zurückgeschlagen (Mitte November). Auf dem Rückmarsch in die Heimat wurde sie in einzelne Trupps aufgelöst und trotz gelegentlicher Siege allmählich aufgerieben; das letzte Treffen fand bei Stenay statt (23. Dezember 1793). Damit war im Westen, freilich nur vorläufig, die Gefahr beseitigt.

Im Süden war die von der Provence nordwärts marschierende Armee bis Avignon vorgedrungen, das aber schon im Juli von dem republikanischen General Carteaux wieder genommen wurde. Die Belagerung von Lyon, die Kellermann leitete, begann Anfang August und führte Ende September durch Aushungern, zuletzt durch Sturm zum Ziele. Car-

[1]) Vgl. Caron in der Revue d'Histoire Moderne etc., Januarheft 1909, wo überzeugend dargelegt wird, daß die levée zu keiner Zeit »spontane et générale« war. Im Jahre 1792 war sie spontane, aber keineswegs générale. Im August 1793 générale, aber nichts weniger als spontane.

teaux hatte inzwischen am 25. August Marseille erobert und war vor Toulon angekommen, bei dessen Belagerung sich der damalige Hauptmann Bonaparte, der noch vor Einnahme der Stadt zum Major befördert wurde, zum erstenmal auf militärischem Gebiet, und zwar als Führer der Artillerie, bedeutend auszeichnete. Nicht freilich, als ob er den einzig brauchbaren Eroberungsplan im ganzen erdacht hätte! Schon ehe er die tatsächliche Leitung der Artillerie erhielt, war man darüber einig, daß es gelte, die feindliche Flotte (s. oben) aus dem Hafen zu vertreiben. Allein Bonaparte erkannte einerseits, von welchem Punkte aus die Flotte durch Artilleriefeuer vertrieben werden könne, und trug andererseits durch unermüdliche Tätigkeit und Tapferkeit das meiste dazu bei, daß dieser Punkt erobert wurde. Nachdem dies gelungen war, folgten sich in der Tat der Abzug der Flotte und die Einnahme der Stadt (19. Dezember 1793) Schlag auf Schlag. Dabei erlitt freilich die Republik einen Verlust, der überhaupt nicht wieder ganz gut zu machen war: die französische Flotte im Hafen von Toulon wurde von den aussegelnden Engländern und Spaniern zum Teil mitgeführt, zum Teil in Brand gesteckt, letzteres freilich unvollkommen; immerhin gingen Frankreich damals von 56 Fahrzeugen aller Art nicht weniger als 38 verloren. Der Major Bonaparte wurde zur Belohnung seiner Verdienste zum Brigadegeneral befördert. So endigte also das kritische Jahr 1793 auch im Innern mit einer Fülle von Erfolgen für die Republik, die diese freilich in der Vendée wie in Lyon, in Marseille wie in Toulon zu den unmenschlichsten Grausamkeiten, zumeist ohne Not, aus Rachgier und jedweder Gemeinheit begangen, mißbrauchte.

§ 3. Die Ereignisse der Jahre 1794 und 1795 bis zum Baseler Frieden.

A. v. Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall. Ein Beitrag zur Geschichte des Reichsverfalls und des Baseler Friedens. 3 B. Wien 1864 ff. ders., Thugut, Clerfayt und Wurmser. Originaldokumente ... von Juli 1794 bis Februar 1797. Wien 1869. Papiers de Barthélemy, ambassadeur de France en Suisse 1792—1797 p. p. J. Kaulek. 6 B. Paris 1886 ff. Der 6. Band ist von A. Tausserat-Radel herausgegeben (1910); er führt das Werk bis zum Februar 1796. Tagebuch von G. H. Schmerz über den Baseler Frieden 1794/95, hgg. von O. Kohl. T. 1. Progr. Kreuznach 1906. (Auch Veröff. des Antiqu.-histor. Vereins zu Kreuznach XXII.) Kosciuszko, Biographie et recueil de documents p. p. le comité polonais de Rapperschwyl, 1894. F. v. Smitt, Suworow und Polens Untergang nach archivalischen Quellen. 2 B. Leipzig 1858.

Es ist oben dargelegt worden, daß neben den in dem Bündnis zwischen Preußen und Österreich an sich liegenden Elementen der Zwietracht vor allem die zweite polnische Teilung die Beziehungen zwischen den zwei deutschen Großmächten gestört hat. Während schon im Jahre 1793 die Kriegführung durch diese Verhältnisse lahmgelegt wurde (s. oben), zerfiel in dem nunmehr zu schildernden Zeitabschnitt

das Bündnis ganz. Im Laufe des Jahres 1793 hatte der neue Leiter der österreichischen Politik, Thugut, auf immer neue Weise versucht, dem Grundsatz der gleichmäßigen Entschädigung der zwei deutschen Mächte entsprechend, für Österreich einen Ersatz für den polnischen Gewinn Preußens herauszuschlagen. In Polen, in Frankreich, durch das alte Tauschprojekt, im Orient, in Italien suchte er vielgewandt die ersehnte Vergrößerung. Zeitweise war er für den Gedanken eingenommen, die Zustimmung Rußlands und Preußens zu dem bayerischen Tausch erst in der Zukunft auszunutzen, sich dagegen zunächst England, mit dem Vorschlag einer Entschädigung auf Kosten von dessen altem Gegner, Frankreich, zu nähern. Dafür sprach, daß die möglichst vollständige Niederwerfung und Schwächung Frankreichs der Wunsch des englischen Volkes und Kabinettes war, während England dem Tauschprojekt abgeneigt blieb, schon um Belgien im Besitz einer Großmacht zu erhalten und es nicht in den Händen eines schwachen, vermutlich dem französischen Einfluß ausgelieferten Fürsten zu sehen. Österreich hatte die zweite Teilung Polens noch nicht anerkannt; daraus schöpfte Thugut einen weiteren Gedanken. Während der Graf Mercy d'Argenteau in dem genannten Sinne im Frühjahr 1793 mit England verhandelte, wurde durch L. Cobenzl in Rußland polnisches Land gefordert, vornehmlich Krakau, ein Vorschlag, der das Ende Polens bedeutete. Indessen hielt Rußland einstweilen an der mit Preußen allein verabredeten zweiten polnischen Teilung fest. Durch diese Verhandlungen wurden die Operationen monatelang behindert und bald zum völligen Stillstand gebracht (s. oben): Preußen wollte nicht vorwärts, weil Österreich ihm seine polnische Vergrößerung nicht zubilligte; Österreich aber war hierzu nicht bereit, weil Preußen ihm nicht zu irgendeiner Entschädigung verhalf. Im August hatte sich Thugut zu folgender Kombination verstiegen: Österreich erkennt die preußische Erwerbung in Polen an; dafür hilft ihm Preußen auf Kosten Frankreichs die Sommelinie und Elsaß-Lothringen zu erobern. Österreich wollte dann Belgien behalten und durch die Länder bis zur Somme vergrößern, dagegen Elsaß und Lothringen gegen Bayern vertauschen. Allein Friedrich Wilhelm II. war begreiflicherweise nicht geneigt, Österreich so außerordentliche Vorteile zu bewilligen. Sein Eifer für den Krieg nahm noch mehr ab, während der Einfluß der Friedenspartei — Lucchesini, Haugwitz, der junge Hardenberg — wuchs. Im August und September 1793 verhandelte Lehrbach im preußischen Hauptquartier, allein wiederum vergebens. Erschwerend kam hinzu, daß sich in Polen zeitweise Widerstand gegen Preußen erhob, demgegenüber es rätlich erschien, mit Truppenmacht aufzutreten. Ein polnischer Reichstag in Grodno (17. Juli bis 23. November), der ganz unter russischem Einfluß tagte, hatte nämlich das Preußen in der zweiten polnischen Teilung zugesprochene Stück von Polen erheblich verkleinert. Um so weniger war Friedrich Wilhelm geneigt, sein Heer im Westen der Monarchie energisch einzusetzen. Am 29. September 1793 verließ er die Armee, um sich nach dem Osten zu begeben, zu einer

Zeit übrigens, als in Wirklichkeit fürs erste die Ruhe in Polen hergestellt war. Damit war ein weiterer erheblicher Schritt zur Loslösung Preußens von Österreich getan.

Die preußische Politik, die vom reinen Interessenstandpunkt betrachtet — der aber in den damaligen Zeiten völlig unzureichend war — begreiflich ist, erregte ebenso begreiflicherweise nicht nur den Unwillen Österreichs, sondern auch den Englands, vor allem seit der im vorigen Paragraphen geschilderte Umschwung in den kriegerischen Ereignissen zugunsten Frankreichs die Lage von Grund auf verändert hatte. Vom November 1793 an wirkten England und Österreich gemeinsam besonders energisch zusammen, um Preußen bei der Koalition zu erhalten und zu einer starken Mitwirkung gegen Frankreich zu gewinnen. Am 9. Januar 1794 gab Preußen eine wichtige Erklärung ab, wonach Friedrich Wilhelm II. den größten Teil seiner Truppen zurückziehen würde, wenn er nicht vor Ende des Monats 22 Millionen Taler erhalte. Zugleich wurde man in Berlin mißtrauisch wegen gewisser Gerüchte, wonach Österreich an Frieden mit Frankreich denke und glaubte, übrigens mit Unrecht, nicht mehr an den Ernst des Wiener Kriegseifers. In Wirklichkeit lagen in Österreich wohl gelegentlich Friedensstimmungen, nicht aber die eigentliche Absicht vor, den Frieden in der Tat herbeizuführen. Die Aufnahme eines Vorschlags des englischen Gesandten vom 5. Februar 1794 beleuchtete so recht grell die Verhältnisse der Koalition. Gegen starke Subsidien sollte Preußen ein Heer von 100 000 Mann gegen Frankreich verwenden. Das aber war Österreich zu viel! Thugut fürchtete sich vor einem so starken Bundesgenossen, schon im Hinblick auf eine etwaige Verständigung Preußens mit Frankreich. Schließlich kam, im wesentlichen durch englische Bemühungen, trotz aller Schwierigkeiten noch einmal eine Einigung zustande (März 1794): Preußen versprach, am Mittel- oder Oberrhein die 20 000 Mann, zu denen es Österreich gegenüber verpflichtet war, zu stellen, ferner gegen englisch-niederländische Subsidien 50 000 Mann am Niederrhein; der Vertrag wurde endgültig am 19. April im Haag abgeschlossen, wobei Preußen sogar die letztgenannte Truppenzahl auf 62 000 Mann erhöhte, die einzusetzen waren, wo es den Seemächten gut dünkte. Als nun ferner zur selben Zeit der Kaiser Franz sich persönlich auf den Weg nach den Niederlanden gemacht hatte, konnte es einen Augenblick aussehen, als ob in diesem Jahr 1794 mit ernsterem Wollen gegen Frankreich gekämpft werden sollte als 1792 und 1793. Da aber traten auf einem anderen Schauplatz Ereignisse ein, welche erheblich dazu beitrugen, diese Möglichkeit abermals zunichte zu machen. Dieser Schauplatz ist Polen.

Der ungeduldige Eroberungsdrang der Kaiserin Katharina war, wie sich denken läßt, mit der zweiten Teilung Polens und deren Durchführung im September nicht zufrieden, sondern suchte das noch unabhängige Polen auch seinerseits einstweilen wenigstens de facto zu regieren. Zu dem Zwecke wurde anfangs ein großes russisches Heer in Polen gehalten, das in üblicher Weise hauste, wie überhaupt dem

dem Untergang geweihten Reiche keine Art der Demütigung erspart blieb. Bald aber glaubte Katharina, Polen von russischen Truppen fast ganz entblößen zu können. Die Kaiserin war ihrer Sache so sicher, daß sie, vollkommen beruhigt, einen neuen Eroberungskrieg gegen den Sultan vorbereitete, mit dem sie kaum Frieden geschlossen hatte. Da aber erlebte sie eine unangenehme Überraschung. Es erhob sich noch einmal das polnische Volk in imposanter Weise. Der Führer der Bewegung war ein Angehöriger des niederen Adels, Kosciuszko, wie sich denn die Erhebung überhaupt zumeist aus dem niederen Adel, dem Bürgertum und dem Offizierstand rekrutierte, während nur wenige Mitglieder des hohen Adels, darunter Ignaz Potocki, mitwirkten. Von der französischen Republik im Stich gelassen, schlug Kosciuszko im März 1794 ohne fremde Hilfe los. Am 24. März wurde in Krakau der entscheidende Schritt unternommen: eine provisorische Regierung ward gebildet und darauf Rußland und Preußen der Krieg erklärt. Der Kampf wurde einerseits mit regulären Truppen, andererseits mit Bauernhaufen geführt. Am 4. April gelang die Vernichtung eines russischen Korps, am 19. die Einnahme Warschaus. Hier wie in Krakau kam es zur Ermordung von Russen und von russisch gesinnten Polen. Das Land war für Rußland einstweilen verloren. Katharina II war, da der größte Teil ihrer verfügbaren Truppen an der türkischen Grenze lag, in der peinlichen Lage, nicht nur mit dem Sultan Verhandlungen anknüpfen, sondern auch sich um Hilfe an Preußen und Österreich wenden zu müssen, wodurch sich ihr die unangenehme Aussicht eröffnete, sich in die scheinbar so sichere Beute mit anderen teilen zu müssen. In dieser Lage gedachte sie nun aber Österreich gegenüber dem unbequemeren und im Osten weit stärker gerüsteten Preußen zu bevorzugen. Sie ließ deshalb an das Wiener Kabinett Andeutungen kommen, daß Österreich jetzt bei der bevorstehenden letzten Aufteilung Polens auf seine Kosten kommen solle, worauf dieses freudig einging, in der Hoffnung, bei der bevorstehenden dritten Teilung nun Preußen auszuschalten, wie Österreich bei der zweiten ausgeschaltet worden war. Gerade das aber war es begreiflicherweise, was Friedrich Wilhelm II seinerseits fürchtete. Deswegen entschloß er sich, die Niederwerfung des polnischen Aufstandes mit seinen Truppen energisch durchzuführen, um dann nicht übergangen werden zu können. Dieser Entschluß aber bedeutete naturgemäß eine Gefahr für die Aufgaben der Koalition im Westen und einen Schritt zum Frieden mit Frankreich. So geschah es, daß zur Niederwerfung der Polen Preußen weitaus das meiste tat, während Österreich nur eine kleine Truppenmacht aufstellte, die nichts Erhebliches leistete und Rußland erst spät, dann freilich noch in größeren Aktionen eingriff, nachdem am 26. Juni 1794 der gewaltsam herbeigeführte Zwist mit der Türkei beigelegt worden war. Friedrich Wilhelm II war Anfang Juni in Polen eingerückt, hatte am 15. Juni Krakau genommen und Kosciuszko geschlagen. Dieser warf sich nach Warschau, das dann von Mitte Juli an von Preußen und Russen gemeinsam belagert wurde. Die letzten entscheidenden Waffentaten in Polen wurden

dann nicht von den Preußen, welche vielmehr die Belagerung von Warschau am 5. und 6. September aufgaben sondern den Russen geleistet. Suworow schlug am 10. September 1794 ein Heer der Aufständischen; am 10. Oktober 1794 wies er einen Ausfall Kosciuszkos aus Warschau zurück und nahm ihn gefangen. Schließlich waren es russische Truppen unter Suworow, welche Praga, die Vorstadt von Warschau, in blutigem Straßenkampf eroberten (4. November). Am 8. zog der siegreiche General in Warschau ein. Durch diese russische Kooperation, welche notwendig geworden war, wurde die preußische Rechnung, nun bei der bevorstehenden Teilung ein entscheidendes Wort mitreden zu können, durchkreuzt. Die dritte polnische Teilung wurde in allem wesentlichen zwischen Rußland und Österreich allein verabredet und bedeutete so eine Brüskierung Preußens, wie die zweite eine Brüskierung Österreichs dargestellt hatte. Seit den Waffentaten Suworows drängte Katharina das Wiener Kabinett energisch zum Abschluß der Teilung, um Preußen, mit dem übrigens pro forma von Österreich wie Rußland verhandelt wurde, möglichst rasch vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Nach langen und zähen Verhandlungen, die vor allem vom November an ununterbrochen geführt wurden, kam am 3. Januar 1795 die dritte Teilung Polens zustande. Es wurden an diesem Tage in Petersburg von Österreichern und Russen, unter Ausschaltung der Preußen, und ohne sie zunächst einzuweihen, drei Vertragsurkunden unterzeichnet. In der ersten erkannte nun endlich das Wiener Kabinett die zweite polnische Teilung vom 23. Januar 1793 an. Die zweite Urkunde enthält die eigentliche dritte Teilung Polens. Rußland sollte das Land bis zum Bug, Österreich Krakau und Sendomir, Preußen Warschau erhalten oder nach den Einwohnerzahlen der einzelnen Stücke: Rußland 1,176 Millionen, Österreich 1,037 Millionen, Preußen 0,939 Millionen neuer Untertanen. Die dritte Urkunde, die geheim bleiben sollte, richtete sich gegen die Türkei und Preußen. Es wurde, wie einst 1782, eine Teilung der Türkei verabredet. Ferner wurden in dieser Urkunde nun Österreich die ersehnten Entschädigungen als Ersatz für die preußischen von 1793 zugesagt. Sollten sie auf Kosten von Frankreich nicht zu erlangen sein, so stellte Katharina es dem Wiener Kabinett vollständig anheim, sie in Venedig oder sonstwo zu suchen. Zweifellos war mit letzterer Wendung deutsches Gebiet, zu säkularisierende geistliche Fürstentümer oder Bayern gemeint.

Die Frage war, ob Preußen sich mit dieser vollzogenen Tatsache abfinden würde. Es war eine schwere Zumutung. Einerseits bedeutete der Abschluß unter Ausschaltung von Preußen eine Kränkung, andererseits waren hier Abmachungen getroffen, die dem, was Preußen in den Verhandlungen gefordert, auf das stärkste widersprachen. Im Oktober hatte der preußische Vertreter Tauentzien u. a. Krakau und Sendomir für seinen König gefordert; noch kurz vor dem Abschluß hatte er mit den stärksten Ausdrücken den Erwerb dieser beiden Gebiete durch Österreich abgelehnt. Die Idee weiterer Vergrößerungen Österreichs war ferner der preußischen Politik in hohem Grade unsympathisch.

So war es denn in der Tat für Preußen schwer, dem Vertrag beizutreten. Nachdem die Abmachungen des 3. Januar 1795 lange verborgen geblieben waren und Preußen nur einen Verdacht in dieser Hinsicht hatte, wurden sie endlich im August 1795 von Rußland und Österreich gemeinsam in Berlin mitgeteilt. Es wurde darüber dann bis zum Oktober weiter verhandelt und am 24. Oktober 1795 abgeschlossen. Preußen erkannte — sich im wesentlichen fügend — die dritte Teilung Polens an und vermochte dabei nur einen schmalen Landstrich zur Abrundung seines neuerworbenen polnischen Besitzes von Österreich herauszuschlagen, während der russische Anteil unverändert blieb.

Diese polnischen Verhältnisse waren es, welche, wie gesagt, zum endgültigen Auseinanderfallen der Koalition zwischen Preußen und Österreich das meiste beitrugen. Sogar auf den Entschluß Preußens zum eigentlichen Rücktritt von der Koalition i. J. 1795 scheinen noch jene Vermutungen über die dritte polnische Teilung von Einfluß gewesen zu sein. Auf Krieg und Verhandlungen im Westen ist jetzt der Blick wieder zu richten.

In Frankreich war in den ersten Monaten des Jahres 1794, je mehr Robespierre die Alleinherrschaft erwarb, desto vollständiger jede leitende Idee aus der auswärtigen Politik, die dem Tyrannen immer unheimlich war und blieb, verschwunden. Von allen jenen zum Teil uralten Projekten, die 1792 und 1793 von der französischen Diplomatie wieder aufgenommen oder neu verkündigt wurden, um dann wieder nach dem Sturz Robespierres Europa nahezu 20 Jahre lang zu beunruhigen, wurde unter ihm nur eines energischer verfolgt: die Unterwerfung und Aussaugung Italiens, bei der damals in Genua der General Bonaparte, ein naher Freund des jüngeren Robespierre, verwandt wurde. Sonst wurde die auswärtige Politik so wenig energisch oder auch nur ordnungsmäßig betrieben, daß die diplomatischen Agenten allenthalben vernachlässigt wurden und ohne Instruktion blieben. Eine weitere Gefahr für den Staat war damals die, daß Robespierre die eigenen Siege mehr fürchtete als Niederlagen. Denn konnte ein siegreicher General nicht dem blutigen und doch so verächtlichen Treiben in Paris ein Ende machen? War es ferner denkbar, daß das Land, das zum Teil nur aus Furcht vor dem siegreichen Ausland die Schreckensherrschaft ertrug, sich dieser auch noch beugen würde, wenn keine Gefahr mehr drohte? Zum Glück war die oberste Leitung der militärischen Angelegenheiten in besseren Händen als die des Staates. Carnot entwarf folgenden kühnen Feldzugsplan für 1794. Es operieren drei Armeen: eine Nordarmee unter Pichegru und in Verbindung mit dieser die Moselarmee unter Jourdan, während die äußerst schwache dritte Armee unter Michaud den Rhein decken sollte. Der Feldzugsplan beruhte auf dem Gedanken, die Kraft gegen Österreich zusammenzufassen und auf der Voraussetzung, die sich auch als richtig herausstellte, daß Preußen sich nicht energisch am Feldzug beteiligen würde.

Der Feldzugsplan der Verbündeten, der im April feste Formen annahm, war folgender: die größte Armee, etwa 150 000 Mann, Öster-

reicher, Engländer, Holländer, unter dem Herzog von Koburg, sollte von Belgien aus auf Landrecies und nach dessen Einnahme auf Paris marschieren. Moellendorf, der an Stelle des Herzogs von Braunschweig das Oberkommando über die preußischen Truppen innehatte, hatte die Aufgabe, von der oberen Mosel und der Saar aus zu operieren, während zwei weitere Armeen, eine kleine unter Beaulieu in Luxemburg und eine größere, Reichstruppen und Emigranten, am Rhein in Reserve gehalten werden sollten. Die Einleitung des Feldzuges war ziemlich verworren. Nachdem die Österreicher schon am 20. April 1794 Landrecies glücklich genommen hatten, erfolgte einen Monat lang nichts Erhebliches. Am 18. Mai besiegte ein Unterführer Pichegrus, Souham, die numerisch überlegenen Österreicher bei Tourcoing, ein Sieg, der freilich nicht ausgenutzt wurde. Immerhin war man im Lager der Besiegten der Ansicht, daß Verstärkungen unbedingt erforderlich seien. Bei den Erwägungen darüber, woher diese Verstärkungen gewonnen werden müßten, zeigte sich aber wieder die ganze in der politischen Lage begründete Schwäche der Koalition; österreichische Verstärkungen heranzuziehen, konnte man sich nicht entschließen, weil man alle verfügbaren Truppen gegen das aufständische Polen einsetzen wollte, um dort möglichst gewichtig verhandeln zu können; die Preußen dagegen unter Moellendorf, die am 22. Mai Kaiserslautern genommen hatten, dort aber stehen blieben, nach Belgien zu ziehen, wagte man nicht, da man fürchtete, daß sie in Belgien als die Retter eine entscheidende Rolle spielen würden. Im Zusammenhang mit dieser Erwägung fiel von Thugut die unheilvolle Bemerkung, die freilich nicht ernst gemeint war, sondern einen Druck auf England im Sinne einer Subsidienzahlung ausüben sollte, ob man nicht besser täte, Belgien seinem Schicksal zu überlassen. Die Gerüchte, daß Österreich bereit oder gar im Begriff sei, England im Stich zu lassen, mit Frankreich Frieden zu schließen und seine ganze Energie Polen zuzuwenden, gewannen Boden. Und in der Tat war daran soviel richtig, daß das Hauptinteresse der österreichischen Politik, wenn auch nicht in dem Maße wie bei Preußen, sich vom Westen weg dem Osten zuwandte. Wie der König von Preußen im September 1793 (vgl. oben), so verließ jetzt im Juni 1794 der Kaiser Franz II. den westlichen Kriegsschauplatz, um nach Wien zurückzukehren. Die Räumung Belgiens wurde zwar nicht, wie die Preußen argwöhnten, im geheimen beschlossen, wohl aber, ohne allzuviel Bedauern, als vielleicht notwendig ins Auge gefaßt. Erinnert man sich, daß die Stimmung der Preußen in Kriegführung und Diplomatie noch viel gleichgültiger war als die Österreichs, so wird die Katastrophe des Jahres 1794 auf diesem Kriegsschauplatz leicht verständlich. Nur in dem Lager einer der koalierten Großmächte fand sich der reine und ernste Wille, den Kriegszweck, die Niederwerfung Frankreichs, zu erreichen: in England, dessen Staatsmänner mehr und mehr in Verbitterung gegen ihre kontinentalen Verbündeten, vor allem Preußen, gerieten. Alle Bemühungen, Moellendorf, der sich hinter eine eigenartige Auslegung des Haager Vertrags vom 19. April 1794 verschanzte,

aus seiner Untätigkeit herauszulocken, scheiterten völlig. Auch zwei so hervorragende englische Diplomaten wie Cornwallis und Malmesbury vermochten im Juni bei ihm nichts auszurichten, so daß die Franzosen nach wie vor ihre Kräfte im Norden und Nordosten konzentrieren konnten. Auf dem belgischen Kriegsschauplatz ließ denn auch die Entscheidung nicht lange auf sich warten. Jourdan war Anfang Juni an die Spitze der neu zusammengesetzten Sambre- und Maas-Armee gestellt worden. Mit ihr hatte er nach verschiedenen Rückschlägen Charleroi genommen. In der Nähe dieser Festung stand er in verschanzter Stellung auf den blutgetränkten Höhen von Fleurus, als der Oberführer des Feindes, der Herzog von Koburg, einer der wenigen kriegsfreudigen Generäle der Österreicher, ihn am 26. Juni mit einem etwas schwächeren Heere angriff. Nach blutigem Ringen und nach Entfaltung großer Tapferkeit auf beiden Seiten endigte der Tag mit einem bedeutenden Siege der Franzosen. Nun zeigte sich nach dieser Niederlage abermals die Schwäche der moralischen Widerstandsfähigkeit auf österreichischer Seite. Belgien ward den Franzosen preisgegeben und am 11. Juli konnte Jourdan in Brüssel einziehen. In Paris aber wurde damals der Entschluß gefaßt, nur den südlichen Teil von Belgien zu behalten. — Auf dem östlichen Kriegsschauplatz wurde im September Moellendorf mühelos von Kaiserslautern auf Mainz zurückgeworfen. Auch in den Pyrenäen und den Alpen war Frankreich siegreich und nur zur See und in den Kolonien wurden empfindliche Verluste erlitten. (vgl. unten.)

Die glänzenden Erfolge der Republik trugen nicht wenig dazu bei, die Friedensneigungen Preußens zu verstärken. Da es sich aber fand, daß der König doch nur schwer sich zu Verhandlungen mit den königsmörderischen Republikanern endgültig entschließen konnte, ließ sich Moellendorf zu einem selbständigen Vorgehen hinreissen. Im Juli und August 1794 schon hatte er sich durch den Kreuznacher Kaufmann Schmerz mit Barthélemy, dem französischen Gesandten in der Schweiz, einem der begabtesten Diplomaten der Republik, in Verbindung gesetzt, die auch weiterhin durch den genannten Schmerz und den Major von Meyerinck dauernd aufrechterhalten blieb. Ferner unterhielt er Beziehungen zu dem elsässischen Agenten Bacher. Allmählich wurde dann auch der König für den Gedanken des Friedens gewonnen, der ihm als Wunsch Europas oder zum mindesten des Reiches plausibel gemacht wurde. In der Tat sehnten sich manche Gegner Frankreichs, wie Spanien und Neapel, nach Frieden. Im Dezember bat der Reichstag den Kaiser, den Frieden mit Frankreich anzubahnen. So konnte es bei oberflächlicher Betrachtung als günstig für die Stellung Preußens erscheinen, wenn Friedrich Wilhelm als Pazifikator von Europa, wie einst 1790, eine bedeutende Rolle spiele. Aber abgesehen davon, daß diese Politik nach dem Vorhergegangenen gleich wenig ethischen wie praktischen Wert hatte, konnte sie ihr eigentliches Ziel doch nur erreichen, wenn unter preußischer Anregung auch Österreich für den Frieden gewonnen wurde. Und so wurden denn auch in der Tat im Herbst

in Wien die Ermahnungen, Frieden zu schließen, nicht gespart. Ein ganz anderes Gesicht aber mußte die preußische Friedenspolitik erhalten, wenn es nicht gelang, Österreich in die Pazifikation einzuschließen. Dann bedeutete sie einen odiösen Separatfrieden, den Rückzug nach gemachter Beute. Und diese Wendung hat sie dann in der Tat schließlich genommen.

In Frankreich kam dem Friedensbedürfnis der Feinde mancherlei entgegen. Ein großer Teil des Volkes, das im Elend dahinlebte, verlangte schon damals die Beendigung der Feindseligkeiten. Als günstig für den Frieden konnte es ferner gelten, daß sich seit dem Sturze Robespierres (9 Thermidor, 27. Juli 1794) wieder ein klares Programm für die auswärtige Politik fand, an dem nun festgehalten wurde. Frankreich wollte die natürlichen Grenzen erobern. Vorausgesetzt, daß diese erhältlich waren, also ein höchst glorreicher Friede geschlossen werden konnte, waren die regierenden Männer nicht abgeneigt, in Verhandlungen einzutreten. Die Aussichten für einen derartigen glänzenden Frieden wurden aber im weiteren Verlauf des Jahres 1794 immer besser: zu den übrigen Waffenerfolgen kam von September bis November die Eroberung Hollands bis zum Waalfluß durch Pichegru; im Oktober besetzten die Franzosen Köln, Bonn und Koblenz. (Hier, wie in allen anderen eroberten Gebieten, in Belgien, Savoyen und Spanien, mit der alleinigen Ausnahme Hollands, dem seine Unabhängigkeit versprochen worden war, wurde regelmäßig ein Regiment des Schreckens und der Erpressung eingeführt.)

Dagegen lagen auf französischer Seite doch auch Schwierigkeiten eines Separatfriedens mit Preußen vor und zwar hauptsächlich in zwei Richtungen: gewisse prinzipielle Bedenken gab es trotz aller Hinwendung zur prinzipienlosen Eroberungspolitik doch noch insofern zu überwinden, als man durch einen Frieden mit Preußen Polen seinem Schicksal überließ; einerseits konnte das als ein Verrat an der Freiheit erscheinen, andererseits bedeutete es eine empfindliche Schädigung der Nationalehre: nichts war Ludwig XV. seiner Zeit so sehr verübelt worden, wie sein Imstichlassen dieses traditionellen Schützlings Frankreichs. Das andere Bedenken lag in dem Zweifel an der Ehrlichkeit der preußischen Friedensabsichten. Wurden letztere Bedenken durch Mitteilungen Meyerincks zerstreut, wonach seine Regierung ihn in aller Form zu Waffenstillstandsverhandlungen instruiert hatte (s. unten), so schwand ersteres mehr und mehr infolge der Hoffnungslosigkeit der Lage der Polen und der offenkundigen Unmöglichkeit, etwas für sie zu tun. Anfang Dezember schrieb das Komitee für die auswärtigen Angelegenheiten an Bacher, daß es bereit sei, mit Preußen in Unterhandlungen einzutreten.

Nachdem Moellendorf mit Barthélemy angeknüpft hatte, hielt er es doch für besser, der Regierung darüber Mitteilung zu machen. Die Folge war, daß er Instruktionen erhielt, welche de facto schon dem Kriegszustand zwischen Frankreich und Preußen ein Ende bereiteten; unterbrochen wurde dieses Idyll nur einmal durch den General Hohen-

lohe, der die Franzosen bei Kaiserslautern schlug (18. bis 20. September), wofür sich Moellendorf durch Schmerz in aller Form bei Bacher entschuldigte. Ohne Kampf zogen sich dann die Preußen, denen die französischen Truppen folgten, auf Mainz zurück. Anfang Oktober kündigten darauf die Engländer den Preußen sowohl wie den Österreichern die Subsidien. Der Erfolg war, daß die preußischen Truppen nun auch ihrerseits — die Österreicher standen schon rechtsrheinisch — auf das rechte Rheinufer zurückgingen (22. Oktober), eine Bewegung, die wiederum Moellendorf begonnen hatte, ehe er die ausdrücklichen Befehle des Königs erhielt. Am 25. November wurde Meyerinck von der Regierung beauftragt, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die Genehmigung zu eigentlichen Friedensverhandlungen wurden von Friedrich Wilhelm II. wiederum unter dem unmittelbaren Eindruck der polnischen Ereignisse erteilt. Waren sie es gewesen, die nun schon fast zwei Jahre lang seine Kriegsführung gelähmt hatten, so war es ihre Weiterentwicklung (s. oben), welche ihn den Schritt von dem Projekt einer wirkungsvollen Pazifikation Europas oder wenigstens Deutschlands zum Separatfrieden machen ließ. Zum Unterhändler wählte Friedrich Wilhelm seinen früheren Pariser Botschafter, den Grafen von der Goltz, dessen Instruktion vom 8. Dezember 1794 datiert ist. Diese lautete auf einen Waffenstillstand, zeigte noch wenig Entgegenkommen Frankreich gegenüber und hielt die Idee der Pazifikation Europas und eines Teils von Deutschland fest. Preußen wollte als Friedensvermittler für eine Reihe von auswärtigen Staaten, ferner für mehrere deutsche Reichsstände auftreten. Friedrich Wilhelm war ferner noch nicht geneigt, die Republik in aller Form anzuerkennen, es sei denn, daß für diese Anerkennung die Räumung seiner linksrheinischen Gebiete von seiten der Franzosen bewilligt würde; von dem späteren Frieden meinte er, er solle auf Grund des Status quo ante geschlossen werden. Es schien also noch ein weiter Weg bis zum Abschluß des Friedens zu sein! Als Ort der Verhandlungen setzte Preußen Basel durch, wo die Pariser Regierung sich durch Barthélemy vertreten ließ. Dieser erhielt seine Instruktion am 20. Januar 1795. Der wichtigste Artikel dieser Instruktion enthielt die Forderung der Rheingrenze als eines Teiles der natürlichen Grenzen. Ebensosehr widersprach der bis dahin noch vertretenen preußischen Politik der Wunsch, keinen Waffenstillstand, sondern sofort Frieden zu schließen, ferner die Ablehnung der preußischen Vermittelung den deutschen und außerdeutschen Staaten gegenüber. Als Ersatz für das abzutretende linke Rheinufer stellte Frankreich Säkularisationen auf dem rechten Rheinufer, ferner einen Norddeutschen Bund unter preußischer Leitung in Aussicht. (Polen spielte zwar in den damaligen Gedankengängen der Pariser Regierung durchaus nur die zweite Rolle. Ganz wurde der Gedanke an seine Rettung aber damals dennoch nicht aufgegeben; vielmehr spielte man mit einem kühnen, wiederum an die altfranzösische Politik erinnernden Projekt, man dachte an ein Bündnis mit Preußen, Dänemark, Schweden und der Türkei, das u. a. auch das Dasein Polens

erhalten sollte.) Verzögert wurden die schon begonnenen Verhandlungen dann zunächst durch den Tod Goltzens, der in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar eintrat. Die Verhandlungen waren, wie sich denken läßt, überhaupt sehr schwierig. Doch gelang es bald, sich in manchen Punkten zu einigen. So gab z. B. Friedrich Wilhelm ohne viele Schwierigkeiten den Waffenstillstand zu gunsten des Friedens preis. Bedenklicher war eine zweite Frage: sollte Preußen die von Frankreich unbedingt verlangte Abtretung des linken Rheinufers bewilligen? Haugwitz kam noch zu Lebzeiten Goltzens auf das Auskunftsmittel, diese Abtretung und die Entschädigungen Preußens bis zu dem endgültigen, allgemeinen Frieden offen zu lassen; diese Politik, die auf dem immer wiederkehrenden Grundgedanken »freie Hand in Polen« beruhte, drang nun allenthalben durch und schließlich auch beim König, dem im übrigen der Bruch mit den Koalierten persönlich unsympathisch war. Zunächst freilich mußte es scheinen, als ob Friedrich Wilhelm sich nicht dazu werde entschließen können; zum Nachfolger Goltzens ernannte er den jungen Freiherrn von Hardenberg, der damals folgende Politik für möglich hielt: Frieden mit Frankreich ohne Abtretung des linken Rheinufers; Friedensvermittlung für diejenigen deutschen Staaten, die dafür zu haben sind; Preußen an der Spitze eines neutralisierten Teils von Deutschland (Norddeutschland); und alles dies, ohne die polnische Politik Preußens zu gefährden. Mit diesen Ideen, übrigens aber einer etwas anders lautenden Instruktion versehen, sollte Hardenberg indessen trotz der wachsenden Neigung der Pariser Regierung, mit Preußen Frieden zu schließen, in Basel eine Enttäuschung erleben. Am 19. März 1795 hatte er seine erste Konferenz mit Barthélemy. Hardenberg hoffte auf die Wirkung des Friedensverlangens des französischen Volkes, auf den wachsenden Einfluß der Gemäßigten, an den man damals glaubte, schließlich auf den Eindruck der Gefahr, die der französischen Republik gerade von links, von der roten Revolution, drohte. Allein er mußte bald nachgeben. Bei den Verhandlungen, die schon am 23. März 1795 zu einer Diskussion einzelner Artikel führten, suchte er seine Zuflucht bei allerhand Zweideutigkeiten, denen ein wirklicher Wert nicht innewohnte. So sollte z. B. von einer Besetzung der linksrheinischen Gebiete »durch die Truppen der Republik«, statt »durch die Republik«, die Rede sein. Doch blieb er fest im Punkt der Neutralität Norddeutschlands, die die französische Regierung, damals in äußerster Bedrängnis, im Inneren um ihr Leben kämpfend, auch bewilligte (31. März 1795). Inzwischen (24. März) wurde Hardenberg instruiert, unter der Bedingung der Neutralität Norddeutschlands auch das linke Rheinufer preiszugeben, eine Instruktion, die wiederum unmittelbar auf die polnischen Verhältnisse zurückging. Auf diese Instruktion hin wurde am 5. April 1795 abgeschlossen — noch gerade rechtzeitig für Frankreich, da in Paris wenige Tage vorher eine gefährliche Revolution ausgebrochen war (1. April), von der man in Basel am 5. noch nichts wußte, und die Hardenbergs Stellung bedeutend gekräftigt hätte. Der Friede zu Basel wurde in einer öffentlichen und einer geheimen Urkunde nieder-

gelegt. In ersterer wurde bestimmt, daß die »Truppen der Republik« die linksrheinischen Besitzungen Preußens besetzt halten sollten. Die endgültige Entscheidung über das Schicksal dieser Gebiete wurde bis zum Frieden mit dem Reich verschoben. Es wurde ins Auge gefaßt, den Krieg von Norddeutschland fernzuhalten. Frankreich nahm die Vermittlung Preußens für die deutschen Staaten an. Das geheime Instrument besagte, daß Preußen seine rechtsrheinischen Entschädigungen mit Frankreich verabreden wolle, im Falle dieses beim Reichsfrieden die linksrheinischen Gebiete Preußens behalten sollte. Norddeutschland, durch eine Demarkationslinie abgegrenzt, sollte unter preußischer Garantie neutralisiert werden. Näheres darüber wurde am 17. Mai 1795 bestimmt. Damals wurde u. a. verabredet, daß Hannover nötigenfalls durch preußische Okkupation zur Neutralität gezwungen werden sollte.

Der einst so heftige wissenschaftliche Streit über die Beurteilung der oben dargestellten Politik der deutschen Großmächte ist längst zur Ruhe gekommen. Den Inhalt dieses Streites bildete übrigens im Grunde weit mehr — wenn auch nicht ausschließlich — die Frage nach der moralischen Bewertung der preußischen und österreichischen Politik, als die nach den beiderseitigen tatsächlichen Triebfedern. Die kleindeutschen Historiker Sybel und Häusser führten den Bruch der Koalition nahezu ausschließlich auf die »Ränke« Thuguts zurück, während sie an der preußischen Politik fast nichts zu tadeln fanden. Gegen sie trat von österreichischer Seite vor allem der Ritter von Vivenot, zuerst mit seinem Buch über den Herzog von Sachsen-Teschen (1864, vgl. Bibliographie), auf. Er fand allen Eigennutz bei Preußen, während er erstaunlicherweise in Österreich den Vertreter einer uneigennützigen »deutschen Kaiserpolitik« sah. (Der Titel seiner späteren wertvollen Quellensammlung lautet bezeichnenderweise: »Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Österreichs.« Vgl. die Bibliographie zu Kap. I.) Was die einzelnen Tatsachen angeht, so gingen die Urteile vor allem in zwei Punkten auseinander: nach Sybel hatte in der Tat Österreich Ende 1792 seine Zustimmung zur sofortigen Einheimsung der Entschädigungen durch Preußen, wenn auch nur mündlich, gegeben; ferner nahm er an, daß im Sommer 1794 die Räumung Belgiens durch Österreich freiwillig vorgenommen worden sei, genau wie es die Staatsmänner Friedrich Wilhelms II. argwöhnten. In beiden Punkten stellte sich Vivenot auf den entgegengesetzten Standpunkt; in letzterem sicher mit Recht, wahrscheinlich auch in ersterem. 1868 erschien dann der erste Band von Hüffers »Diplomatischen Verhandlungen«: »Österreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution bis zum Abschluß des Friedens von Campo Formio.« Hierin war zum erstenmal wieder der Versuch gemacht, unparteiisch zu untersuchen wobei allerdings ein apologetischer Ton Thugut gegenüber unverkennbar war. Trotzdem nun freilich Hüffer auf dieses Werk hin von Sybel in maßloser (im wesentlichen ungerechtfertigter) Weise angegriffen wurde, drang doch naturgemäß seine wissenschaftliche Art der Fragestellung durch, was noch dadurch erleichtert wurde, daß der politische Gegensatz zwischen Preußen und Österreich mehr und mehr zurücktrat. Arbeiten von Ranke, Sorel, Bailleu, Zeißberg u. a. verdanken wir dann manche wesentliche Aufhellung. Einiges bleibt dabei freilich dunkel. Unser moralisches und politisches Urteil über die damalige Politik der deutschen Großmächte kann Hand in Hand gehen. Beide Kabinette sind gleichmäßig zu verurteilen. Die nervöse Sucht, Gebietserwerb da oder dort herauszuschlagen, das halbe Einsetzen der staatlichen Kräfte zu diesem Zweck, das Auf und Ab der Entschließungen, das gegenseitige kleinliche Mißtrauen, die falsche Einschätzung der Kräfte Frankreichs, wo man bloß Anarchie sehen wollte, während sich dort in Wirklichkeit eine furchtbar starke Regierung erhob, — alle diese Erscheinungen sind für den heutigen Betrachter ebenso abstoßend,

wie sie in der damaligen Zeit für die beiden Großmächte verhängnisvoll geworden sind.

Auch der Abschluß des Friedens von Basel durch Preußen ist von den verschiedenen Historikern verschieden beurteilt worden. Vor allem Ranke ist energisch für ihn eingetreten, während wohl die Mehrzahl ihn verurteilt. Unzweifelhaft war, daß er Preußen für den Augenblick viele Vorteile bot, und ihm weitere in Aussicht stellte. Seine Stellung in Norddeutschland wurde noch stärker, als sie gewesen. Man konnte von einem »Gegenkaiser« reden. Mit Frankreich verabredet, mußten ferner die Entschädigungen für die linksrheinischen Verluste auch gegen Österreich sehr bedeutend werden. Vielleicht nicht auch gegen England? Es bleibe dahingestellt, ob man nicht schon damals in Berlin an einen dauernden Erwerb von Hannover gedacht hat. Ferner konnte sich Preußen nun auf die polnischen Verhältnisse konzentrieren. Man sparte Geld und Truppen, während der »wahre Feind« Österreich sich im Kriege weiter schwächte. Konnte ferner Preußen nicht, trotz des Baseler Friedens, einem etwa übermächtig werdenden Frankreich rechtzeitig mit den Waffen entgegentreten? Ranke hat schließlich daran erinnert, wie viel unsere Literatur dem mehr als zehnjährigen Frieden Norddeutschlands verdankte. Letztere, an sich vielleicht zutreffende Erwägung, dürfte hier zugunsten von rein politischen Gesichtspunkten auszuschalten sein. Diese aber müssen nach unserer Ansicht zu einer Verurteilung des Friedens von Basel führen. Das Übergewicht in Norddeutschland wurde gegen früher doch nicht wesentlich verstärkt. Der Sicherung des Gewinns an polnischem Land und dem bevorstehenden Gewinn durch Entschädigungen stand eine unverkennbarere Einbuße an moralischem Ansehen im Ausland und in Deutschland gegenüber, die dem Leser der damaligen politischen Korrespondenzen mit erschreckender Deutlichkeit entgegentritt: ging Preußen doch mit diesem Frieden auf der schimpflichen Bahn des revolutionären Länderschachers unter der Protektion Frankreichs dem übrigen Deutschland voran. Die allzu vernünftige Rechnung, Truppen und Geld zu sparen, in Zeiten, in denen andere alles dransetzten, erwies sich als verderblich: gerade d a ß man zehn Jahre lang nicht gekämpft, trug 1806 bedeutend dazu bei, den Zusammenbruch und unermeßliche Opfer auch an den damals so außerordentlich überschätzten materiellen Gütern herbeizuführen. Gewiß blieb die Möglichkeit, wieder in den Krieg einzutreten! Aber der Friede von Basel war doch der erste Schritt auf dem unheilvollen Weg der politischen Sünde, durch schlaue Berechnung, während andere sich schlugen, unblutige Vorteile zu erhandeln und die Politik des folgenden Jahrzehnts war doch nur die logische, wenn auch nicht die notwendige Fortsetzung der des Jahres 1795. Mag man schließlich betonen wollen, daß die Wendung gegen Österreich durch die Vergangenheit und die Zukunft Preußens gerechtfertigt werde, — schließlich hat sich doch Frankreich als der unversöhnlichere Gegner erwiesen. Wir werden urteilen müssen, daß Preußen sich von 1795 an schwer an seinem eigenen Wesen versündigt hat, weit schwerer als in den vorhergehenden Jahren; denn es verleugnete damals weit mehr als etwa Traditionen der auswärtigen Politik es verleugnete die moralischen Grundlagen, auf denen seine erstaunliche Entwickelung beruhte und wieder beruhen sollte: die Gesinnung, welche diesen Staat so oft veranlaßt hat, unter den unglaublichsten Opfern und mit beispiellosem Wagemut alles dranzusetzen für Ruhm, Macht und Ehre.

Zu Preußen gesellte sich in dem Abfall von der Sache der Koalition bald eine zweite Macht: S p a n i e n. Auch den Spaniern gegenüber errangen die Franzosen im Jahre 1794 eine Reihe von Erfolgen, und zwar sowohl im Osten der Pyrenäen, wo vor allem der General Dugommier sich auszeichnete, wie im Westen des Gebirges; letztere führten sogar zu der Eroberung von San Sebastian (Anfang August). Übrigens besudelten hier die Franzosen ihre Siege durch besonders große Grausamkeit und warfen so eine Saat aus, die ihnen noch über ein Jahrzehnt später Verderben bringen sollte. Durch diese Er-

eignisse wurde Spanien ernstlich bedroht. Die natürliche Folge waren im Sommer 1794 immer stärker werdende Friedensgelüste, zu deren Träger sich bald Godoy machte. Aber genau wie Preußen anfangs mit dem Gedanken des Friedens noch weitere Pläne verband, welche geeignet sein sollten, seiner Politik einen großartigen Anstrich zu geben, so spielte man in Spanien mit dem Gedanken, den Rückzug aus der Koalition mit einem idealistischen Motiv zu verbrämen: man wollte bei der Verhandlung für die unglücklichen Bourbonen eintreten; man hoffte vielleicht sogar, eine gemäßigte Monarchie in Frankreich durchsetzen zu können. Im September 1794 fanden die ersten Annäherungen Spaniens an Frankreich statt, die zu äußerst schwierigen Verhandlungen führen sollten. Zum zweitenmal wurde im Januar 1795 ein Anlauf zu Friedensverhandlungen gemacht. Godoy hatte andeuten lassen, daß die Befreiung der Familie Ludwigs XVI. eine Bedingung des Friedens sein müsse. Hierzu war die französische Regierung nun zwar keineswegs geneigt, dagegen begrüßte sie die spanische Eröffnung damals mit Freude und erwartete mit Ungeduld den Fortgang der Verhandlungen. Vor allem eine Erwägung war es, die sie den Frieden wünschen ließ: sollte Österreich niedergeworfen werden, so konnte das nur in Italien gelingen. Dort aber waren entscheidende Schläge nicht ohne die bisher in den Pyrenäen verwandten Truppen zu führen. Hoffnungen auf ein Bündnis und auf die Gewinnung der spanischen Flotte zur Hilfe gegen England spielten weiterhin ihre Rolle. Auf verschiedenen Wegen ließ also die französische Regierung im Januar und Februar 1795 Spanien wissen, daß sie zum Frieden geneigt sei. Anfang März wurde ein Unterhändler, Bourgoing, mit Instruktionen versehen, nach denen Spanien eine Reihe von Abtretungen, vor allem die Guipuzkoas, machen sollte, wogegen Frankreich ihm ein Bündnis und Unterstützung bei der Eroberung Portugals — durch die man England treffen wollte — in Aussicht stellte. Allein auf Grund dieser Vorschläge war eine Einigung nicht zu erzielen. Zur Abtretung von Guipuzkoa war Spanien ebensowenig bereit wie zur Eroberung von Portugal, dessen Kronprinzessin die Tochter Karls IV. war. Im April tauchte dann in Paris die Forderung der Abtretung Louisianas oder des spanischen Teiles von S. Domingo auf. Bei den Gegensätzen der beiden Regierungen brachen Anfang Mai die Feindseligkeiten wieder aus. Fast zu gleicher Zeit aber, am 4. Mai 1795, traf ein spanischer Unterhändler, Yriarte, in Basel ein, um dort weiter über den Frieden zu verhandeln. Barthélemy wurde von seiner Regierung sofort mit Vollmachten versehen, die ihm Spielraum ließen, Spanien sehr weit, und zwar bis zu einem gewissen Grade sogar in bezug auf die Kinder Ludwigs XVI., entgegenzukommen. Zugleich freilich wurde er angewiesen, für den Fall, daß der Friede nicht innerhalb eines Monats unterzeichnet sei, einen drohenden Ton anzuschlagen. Von einem so schnellen Abschluß war aber keine Rede, Barthélemy entsprach seinen Weisungen, und schon ging man daran, den Drohungen Taten folgen zu lassen, als eine gemäßigtere Richtung in Paris die Oberhand gewann. Man

entschloß sich, Spanien im schlimmsten Falle überhaupt keine Gebietsabtretungen zuzumuten. Dann aber machte die Nachricht bedeutender französischer Siege und vor allem der Besetzung von Vittoria (8. Juli) die spanischen Unterhändler nachgiebig. Bedeutend erleichtert wurde der Abschluß auch durch den Tod des unglücklichen Ludwigs XVII. (10. Juni 1795). Am 22. Juli 1795 wurde der Friedensvertrag in Basel unterzeichnet. Frankreich nahm die Friedensvermittlung Spaniens — wie die Preußens für deutsche Staaten — für Portugal, Sardinien, Neapel, Parma und andere italienische Staaten an (Barthélemy hatte die ausdrückliche Nennung des Papstes, die Spanien wünschte, ausgeschaltet). Von Abtretungen erlangte Frankreich schließlich nur die der spanischen Hälfte von S. Domingo. Über die Tochter Ludwigs XVI., Maria Theresia, die spätere Herzogin von Angoulême, wurde verabredet, daß sie Spanien ausgeliefert werden sollte, wenn die damals im Gange befindlichen Verhandlungen mit Österreich über den Austausch der Prinzessin zu nichts führen sollten. So ward ein zweites Mitglied der Koalition von dieser losgelöst und zugleich die Möglichkeit eines Bündnisses mit ihm geschaffen.

Auf andere Weise als Preußen und Spanien verschwand eine dritte Macht aus dem Kreise der gegen Frankreich Verbündeten: H o l l a n d. Die Eroberung der Republik durch die Franzosen bis zum Waalfluß ist oben erwähnt worden. Im Dezember 1794 zogen die englischen Truppen ab. Zugleich trafen Nachrichten ein, welche den bevorstehenden Rücktritt Preußens aus der Koalition meldeten. In dieser Bedrängnis wandte sich der Statthalter (Anfang Januar 1795) an Frankreich um Frieden. Hier aber war man ihm gegenüber zum Frieden nicht geneigt. In den letzten Tagen des Jahres 1794 hatte Pichegru den Befehl erhalten, unter Benutzung der gefrorenen Überschwemmungsgewässer, die ihm Brücken bauten statt ihm Schwierigkeiten entgegenzustellen, ganz Holland zu erobern. Bis gegen Ende Januar 1795 war dieser Befehl, abgesehen von einigen festen Plätzen, wie Breda und Bergen-op-Zoom, ausgeführt; am 18. floh der Statthalter nach England. Das Land wurde daraufhin der revolutionsfreundlichen Partei ausgeliefert und von ihr im besten Einverständnis mit den französischen Truppen und Konventskommissären regiert. Die Generalstaaten schafften Anfang Februar die Statthalterwürde ab, erklärten die »batavische Nation« für souverän und sprachen den Wunsch aus, ein enges Bündnis mit Frankreich zu schließen. Da aber zeigte es sich, daß der Konvent anderen Sinnes war als seine Vertreter an Ort und Stelle. Die Einverleibung Hollands bis zum Waalflusse und zur Maasmündung gehörte zum System der natürlichen Grenzen; überdies wollte man, wie dereinst in Moskau, so jetzt in Amsterdam, London treffen, ferner Geld erpressen und einen Teil der Marine wegnehmen (Mitte Februar 1795). Die nunmehr demokratische Republik sollte weit härter behandelt werden als die Monarchien, mit denen man damals verhandelte. So sehr war jeder Rest von Prinzipientreue aus der französischen Politik verschwunden. Dies alles geschah gegen den Rat

der Kommissäre und den Wunsch Pichegrus, der sich nach wie vor in ziemlich prekärer Lage befand. Am 10. März kamen Gesandte Hollands in Paris an, mit denen hauptsächlich Sieyès verhandelte. Er verlangte die Waalgrenze und insbesondere Vlissingen, 100 Millionen Gulden Kriegsentschädigung, eine ebenso große Anleihe und die Güter des Statthalters. Nach diesen Leistungen, so wurde versichert, würde Frankreich bereit sein, die batavische Republik anzuerkennen. Vergebens erinnerten die holländischen Gesandten an die Versprechungen der Kommissäre und an die Phrasen der Jakobiner, wonach Frankreich nur mit den Tyrannen, nicht aber mit den Völkern Krieg führe. Am 5. April 1795 überreichten die Vertreter der französischen Regierung den Batavern ein Ultimatum, in dem die obigen Forderungen, in der Form etwas gemildert, inhaltlich im wesentlichen unverändert wiederholt waren. Dieses Ultimatum sollte innerhalb von zehn Tagen angenommen werden. Der Abschluß des Friedens von Basel mit Preußen stärkte weiterhin die Position der französischen Regierung. Trotzdem kam der holländische Abgesandte, der mit dem Ultimatum nach Hause gereist war, mit einer Ablehnung und einem Gegenprojekt zurück. Darauf wurden Sieyès und Rewbell mit strengen Weisungen nach Holland entsandt. Sie trafen am 8. Mai im Haag ein und überzeugten sich nun auch ihrerseits, daß allzu große Forderungen gefährlich werden könnten. Sie schlossen daher folgenden Vertrag ab (16. Mai), der mit Bezug auf die Abtretungen und besonders Vlissingen ein gewisses Zurückweichen bedeutete: es wird ein Bündnis zwischen der französischen und der batavischen Republik verabredet, das sich gegen England richtet. Zu dem gemeinsamen Kampf stellt Holland 30 Kriegsschiffe und die Hälfte seiner Truppen, die unter französischem Oberbefehl kämpfen. Frankreich erhält Flandern, Maastricht und Venloo und besetzt die wichtigsten Festungen des Landes, die es zum Kriegszwecke für notwendig erachtet. Vlissingen, dessen Hafen indessen in gemeinsamer Benutzung bleibt, erhält französische Besatzung. Holland soll beim allgemeinen Frieden für seine Verluste entschädigt werden. Die Kriegsentschädigung wird auf 100 Millionen Gulden festgesetzt. Neben dem öffentlichen Vertrag wurde ein geheimer abgeschlossen, der noch weitere sehr bedeutende, vor allem materielle Leistungen Hollands festsetzte, und in dem sich die beiden Staaten ihre Kolonien gegenseitig garantierten. Es war unzweifelhaft, daß diese Haager Konvention die vollständige Unterwerfung der jungen Republik unter Frankreich bedeutete. Man wird diesen Vertrag als von hervorragendster Bedeutung für die weitere Geschichte des Zeitalters bezeichnen müssen: er wurde das Vorbild für eine Reihe ähnlicher Abmachungen, welche Frankreich mit einer Anzahl von abhängigen Republiken (später Monarchien) umgaben. Er bedeutete ferner den ersten Schritt in der Entwicklung, welche aus einem Bündnis fast des ganzen Europa gegen Frankreich schließlich zu einer Zusammenfassung der Kräfte eines sehr großen Teiles von Europa unter Frankreich gegen England führte.

Wie im folgenden Jahre aus dem Frieden mit Preußen ein noch näheres Verhältnis und aus dem mit Spanien ein Bündnis wurde, wird unten zu berichten sein. Schließlich ist zu erwähnen, daß die wieder so rührig gewordene Diplomatie der französischen Republik nach allen Seiten Verhandlungen begonnen hatten: daß sie mit den Mächten des Nordens, Schweden und Dänemark, anknüpfte, daß sie vergeblich wegen des Friedens mit Neapel und Sardinien verhandelte, schließlich, daß tief geheime Unterhandlungen mit Österreich über den Frieden nie ganz aufhörten, bei denen freilich der Ernst der Friedensabsicht auf beiden Seiten mehr als zweifelhaft ist.

§ 4. Vom Baseler Frieden bis zum Frieden von Campoformio.
(Sommer 1795 bis Ende 1797.)

Preußen und Frankreich von 1795—1807. Diplomatische Korrespondenz hgg. v. P. Bailleu. 2 B. Leipzig 1881, 1887 (Publikationen a. d. preuß. Staatsarchiven 8 u. 29). G. Pallain, Le ministère de Talleyrand sous le Directoire. Paris 1891. L. Sciout, Le Directoire. 4 B. Paris 1895 ff. J. du Teil, Rome, Naples et le Directoire 1796—1797. Paris 1902. E. Daudet, La Conjuration de Pichegru et les complots royalistes du Midi et de l'Est. Paris 1901. G. Caudrillier, La Trahison de Pichegru. Paris 1908* (vgl. zu der Kontroverse: Couvreu in Rev. des Études Histor. 1908). M. v. Angeli, Erzherzog Carl von Österreich als Feldherr und Heeresorganisator. 3 B. Wien 1896 f. C. v. Clausewitz, Der Feldzug von 1796 in Italien. Berlin 1833 (Hinterl. Werke 4). F. Bouvier, Bonaparte en Italie. Paris 1899. Kuhl, Bonapartes erster Feldzug 1796. Berlin 1902*. Quellen zur Geschichte des Zeitalters der französischen Revolution, hgg. im Auftrag v. H. Hüffer. II. Teil: Quellen zur Gesch. der diplomatischen Verhandlungen. Bd. I: Der Friede von Campo Formio, hgg. v. Fr. Luckwaldt, Innsbruck 1907.

Im Innern Frankreichs brachte der Herbst 1795 eine neue Verfassung, die Direktorialverfassung, die am 4. November 1795 in Kraft trat. Allein wer etwa gehofft hatte, daß durch sie dauernd gesunde Zustände herbeigeführt würden, wurde bald eines bessern belehrt. Vielmehr beherrschte auch diese Regierung das Land lediglich im eigenen Interesse der Regierenden, unter Mißachtung aller Freiheitsrechte, systemlos, und nur von dem einen Gedanken beseelt, die eigene Herrschaft und die Vorteile, die sie brachte, gegen die sich immer wieder erneuernden Angriffe der alten Blutmänner von links und der Royalisten von rechts, auch um den Preis unsäglicher physischer und moralischer Leiden der Bevölkerung und der tapfern Heere zu verteidigen.

Im Felde traten im Sommer des Jahres 1795 gegen den auswärtigen Feind keine entscheidenden Ereignisse ein, während den Emigranten und sonstigen Empörern gegenüber erhebliche Erfolge errungen wurden. Ein neuer großer Versuch der Royalisten, der auf einer Landung von Emigranten in der Bretagne unter Führung des Grafen Puisaye beruhte, scheiterte; ihre Truppen wurden von Hoche bei Quiberon aufs

Haupt geschlagen (20. Juli 1795). Die Absicht Condés, mit seinem kleinen Heere in die Freigrafschaft einzufallen, konnte nicht ausgeführt werden. Im Herbst belebte sich dann auch wieder der auswärtige Krieg und brachte bald wieder den Heeren der Republik glänzendste, wenn auch nur vorübergehende Siege. Gegen die Italien verteidigenden Sarden und Österreicher wurden allerdings nur geringe Vorteile errungen, wie der Sieg bei Loano im November 1795: die Franzosen standen auf diesem Kriegsschauplatz nach wie vor westlich der Alpen und Apenninen und blieben vor allem in der schmalen Riviera in recht mißlicher Lage. Bedeutend dagegen war der Vorstoß am Rhein. Die Rheinlinie hielten damals etwa 180 000 Österreicher und Reichstruppen besetzt, die in zwei Armeen zerfielen, von denen die nördliche unter Clerfait den Mittel- und Niederrhein bis Düsseldorf, die südliche unter Wurmser den Oberrhein bis Basel decken sollte. Gegen Clerfait operierte Jourdan, gegen Wurmser Pichegru, und zwar beide mit dem größten Erfolg. Auf beiden Kriegsschauplätzen wurde je eine entscheidende Festung genommen: zuerst auf dem nördlichen Düsseldorf (Anfang September), dann auf dem südlichen Mannheim (20. September), das schimpflich kapitulierte. Jourdan war mit seiner Hauptmacht bei Düsseldorf über den Rhein gesetzt, war südlich bis zum Main marschiert und hatte Clerfait vor sich hergetrieben. Durch die Eroberung Mannheims kam dieser österreichische Führer in die Gefahr, von seinen Verbindungen mit Wurmser, dessen Hauptmacht bei Freiburg stand, abgeschnitten zu werden. Allein es gelang ihm, in eiligen Märschen bis nach Heidelberg zu kommen, wodurch diese Gefahr abgewandt war, und die Lage zwar schlimm aber doch nicht verzweifelt blieb. In der Freude über die Erfolge auf diesem Kriegsschauplatz zog endlich der in den letzten Tagen seines Daseins befindliche Konvent die Konsequenzen aus seiner Politik und Kriegführung der letzten Jahre. Indem die Idee der natürlichen Grenzen in den Debatten des 30. September 1795 im Prinzip auf das stärkste betont wurde, ward ein Teil dieser Idee unmittelbar zum Staatsrecht der Republik gemacht. Während man in bezug auf das linke Rheinufer einstweilen den Baseler Frieden achtete, ging man dem »notwendigen Feinde« Österreich gegenüber energisch vor: am 1. Oktober wurden Belgien, Lüttich, Limburg und Luxemburg dem Gebiet der französischen Republik einverleibt.

Die Freude über die Erfolge am Rhein sollte aber von kurzer Dauer sein und mehrere Triumphe des koalierten Feindes standen bevor. Da gelang zunächst ein nicht unerheblicher Erfolg auf dem diplomatischen Gebiet, der einen gründlichen Fortschritt in den Verhältnissen der Verbündeten herbeizuführen schien. Am 18. Februar hatte England seinen Defensivbund mit Rußland erneuert und am 20. Mai auf den Baseler Frieden hin einen neuen Defensivvertrag mit Österreich abgeschlossen. Am 28. September 1795 kam dann innerhalb der Koalition eine regelrechte Tripelallianz zwischen den Kaiserhöfen und England zustande. Das wesentliche daran war, daß Katharina II. es nun endlich für zeitgemäß erachtete, die Stellung eines russischen Hilfskorps zum Kriege

gegen Frankreich, zu dem sie so lebhaft geschürt hatte, und den Österreich energisch weiterführen sollte, bindend zu versprechen, und daß es auch wirklich ihre Absicht war, dieses Versprechen zu halten. Bald wandte sich dann auch das Kriegsglück am Rhein. Nachdem Clerfait sich gerettet hatte, schlug er einen Teil von Pichegrus Truppen am 23. September bei Heidelberg. Entscheidend wurde es aber vor allem, daß die beiden französischen Feldherren ihre Vereinigung nicht vollzogen. Das aber hatte seinen Grund nicht allein in militärischem Ungeschick, sondern in der moralischen Verwirrung, die sich als Folge der Revolution ergeben hatte. Wie einst Lafayette, wie später Dumouriez, so plante jetzt Pichegru einen Staatsstreich mit Hilfe seiner Armee. Er war zu dem Zwecke nachweislich mit Condé und zweifellos durch diesen oder direkt auch mit den Österreichern und Engländern in Verbindung getreten, während Kommissäre der Emigrierten ihm englisches Geld zusteckten und auch seine Soldaten bearbeiteten: er plante, mit seinen Truppen das Direktorium zu stürzen und Ludwig XVIII. zum König zu machen. Dafür wurde er vom Feinde besoldet und erhielt für den Fall des Gelingens eine Reihe großer persönlicher Vorteile zugesagt. Das brachte eine verhängnisvolle Halbheit in seine Maßnahmen. Nicht als ob er allem Anschein nach sich absichtlich hätte schlagen lassen, wie man das zuweilen angenommen hat — denn nur ein siegreicher Feldherr konnte ein so großes Unternehmen wagen —, wohl aber veranlaßten ihn diese Hintergedanken, sein Heer übermäßig zu schonen und andererseits alle Maßregeln zu vermeiden, welche zu einer Beförderung der Leistungen Jourdans beitragen konnten. So blieben denn die Operationen der beiden französischen Feldherren getrennt und beide wurden geworfen. Clerfait wandte sich in der ersten Hälfte des Oktober gegen Jourdan, der sich infolge von Verpflegungsschwierigkeiten und der fanatischen Feindschaft der rechtsrheinischen Bauern, zum Teil auch, weil er durch die Österreicher abgeschnitten zu werden drohte, am 23. Oktober auf das linke Rheinufer zurückbegeben mußte. Ein weiterer großer Erfolg wurde am 29. Oktober errungen: Mainz hatte sich bis dahin gehalten; nun eilte Clerfait zu seinem Entsatz herbei und schlug die französische Belagerungsarmee entscheidend. Inzwischen hatte auch Pichegru sich auf Mannheim zurückgezogen, wo er abermals besiegt wurde; Mannheim wurde am 22. November 1795 wieder genommen. Damit hörten aber die Erfolge keineswegs auf. Die Franzosen wurden noch weiter zurückgeworfen und die Pfalz und große Stücke Landes nordwärts davon von den Österreichern besetzt. In den letzten Wochen des Jahres freilich errangen die Franzosen wieder einige kleinere Vorteile. Da wurde die Welt und beide Regierungen zu Anfang des Jahres 1796 durch die Nachricht überrascht, daß Clerfait und Pichegru am 31. Dezember einen Waffenstillstand auf Grund der Reichsgrenzen abgeschlossen hätten. Weder in Paris noch vor allem in Wien war man mit der Maßnahme einverstanden, hat sich dann aber doch mit ihr abgefunden, so daß auf diesem Kriegsschauplatz nun auf Grund der bedeutenden österreichischen

Erfolge beinahe fünf Monate lang Waffenruhe herrschte. Die Gründe, die die beiden Offiziere zum Abschluß des Stillstands veranlaßten, sind nicht vollständig bekannt; vermutlich spielten rein militärische Erwägungen dabei ihre bedeutende Rolle; indessen ist der Gedanke kaum abzuweisen, daß auch das Einverständnis der Österreicher mit Pichegru dabei von Bedeutung war, dem gerade die Waffenruhe weit mehr als die bisherigen verlustreichen und ruhmlosen Kämpfe als Vorbedingung für das Gelingen seiner verräterischen Pläne erscheinen mußte. Indessen wurde Pichegru im März 1796 durch Moreau ersetzt, und dadurch seinem Treiben einstweilen ein Ende bereitet.

Noch immer wird die Unschuld Pichegrus vertreten; so zuletzt in gelehrter und nachdrücklicher Weise von E. Daudet in seinem umfangreichen Werk: La Conjuration de Pichegru et les complots royalistes du Midi et de l'Est, Paris 1901, dem sich Baumann, General Pichegrus angeblicher Verrat (Mannheimer Geschichtsblätter 1902) u. a. anschlossen. Allein nach der umfassenden, überaus vorsichtigen Untersuchung von G. Caudrillier, La Trahison de Pichegru et les Intrigues royalistes dans l'Est avant Fructidor, Paris 1908, wird man an der Tatsache des Verrats nicht mehr zweifeln können. Dieses Werk enthält auch eine sehr umfangreiche Bibliographie zu der Frage.

Fürs erste fanden größere Entscheidungen nun auf einem anderen Kriegsschauplatze statt. Jetzt kam der General an eine führende Stelle, der nicht in erster Linie durch Verschwörungen, sondern durch seine überwältigende Größe der dem Untergang geweihten revolutionären Republik ihr Ende bereiten sollte.

Napoleon Buonaparte[1]), geboren 15. August 1769 in Ajaccio auf Korsika, als zweiter Sohn von Carlo Buonaparte und Letizia Ramolini, entstammte einer alten Familie florentinischen Ursprungs. Sein Vater war, nachdem er den Widerstand gegen Frankreich als fruchtlos erkannt hatte, einer der franzosenfreundlichen Führer der Insel geworden. Dem Dienste Frankreichs beschloß er seinen Sohn zuzuführen. Infolge dieses für sein Leben entscheidenden Entschlusses besuchte Napoleon von 1779 an die Offizierschule zu Brienne. Er war dort, vor allem in der späteren Zeit, ein guter, wenn auch kein vorzüglicher Schüler, der sich allerdings etwas einseitig für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer interessierte. Seine Leistungen waren ausreichend, um ihm 1784 Aufnahme in die Hauptoffizierschule in Paris, welche eine Auswahl von Zöglingen weiterbildete, zu verschaffen. Schon im folgenden Jahre 1785 wurde er Unterleutnant im Artillerieregiment la Fère, das in Valence stand. Der Garnisondienst ließ ihm viel Zeit zur Lektüre, der er sich mit einem für seine Zeit charakteristischen Eifer hingab. Er zeigte sich auch in der Richtung und der Auswahl dieser Lektüre und in den Eindrücken, die sie auf ihn machte, in vieler Hinsicht durchaus als Kind dieser Zeit. Auch er hat, wie Robespierre, dem 18. Jahrhundert innerlich angehört, und er hat sich nur allmählich im politischen Getriebe der Revolution, dann freilich gründlich (vgl. unten) von ihm losgelöst. Noch 1791 stellte er, wie Voltaire und das ganze Jahrhundert,

[1]) Seit Übernahme des Kommandos i. J. 1796 schrieb er sich Bonaparte.

den Ruhm des Gelehrten über den des Feldherrn. Im Überschwang des Gefühls, in vager Freiheitsliebe, in dumpfem Individualismus unterscheidet er sich ursprünglich in nichts von den Zeitgenossen. Freilich manches macht er nicht mit: Bewegungen des Pöbels, das Entzücken des normalen Franzosen der Zeit, stoßen ihn ab; so verrät sich früh der geborene Offizier und Herrscher; er verachtet von Haus aus nicht das historisch Gewordene; vor allem trägt er anfangs keine Spur des herrschenden Kosmopolitismus an sich: er fühlt umgekehrt leidenschaftlich als Korse; der König von Frankreich ist ihm gerade auch als fremder Bedrücker seiner Heimatinsel verhaßt; die Revolution ist, wie man gesagt hat, für ihn ein korsisches Ereignis. So schien er wie vom Schicksal bestimmt, von dem urwüchsigen, mehr triebhaften Patriotismus eines Bergvölkchens hinüberzuführen zu dem bewußten Nationalismus des 19. Jahrhunderts. Da aber trat ein Bruch der Entwicklung bei ihm ein: in seinen korsischen Bestrebungen ist Napoleon nicht ohne eigene Schuld und nicht ohne Befleckung seiner Ehre gescheitert; in den Wirren der korsischen Revolution stellte er bald die Person und die Familie über die Sache, übte er sicher innerlich und wahrscheinlich auch äußerlich Verrat an dem Helden, der für Korsika die Idee des Freiheitskampfes in Vergangenheit und Gegenwart verkörperte, Paoli, der auch der Held seiner eigenen Jugend gewesen war. Er ward deswegen mit seiner Familie durch Haß und Verachtung der Volksgenossen bestraft. Es ist, als ob mit dieser trüben persönlichen Erfahrung das Verständnis für nationale Ideen in ihm erloschen sei: *gegen* ihn, der, ganz im Stile des 18. Jahrhunderts, eine Politik der Mißachtung alles Nationalen trieb, sind sie zu Kraft und Stärke gelangt.

Als Napoleon im Juni 1793, ein verarmter, verfehmter und gescheiterter korsischer Intrigant in Frankreich landete, blieben ihm noch zwei rettende Eigenschaften. Die eine, die er sich nicht ohne Mühe erhalten hatte, war die als französischer Offizier: als Soldat hat er sich zweimal auf das höchste ausgezeichnet, ehe er das entscheidende Kommando erhielt. Die zweite war die als Anhänger der herrschenden Bergpartei, an die er sich in den korsischen Wirren angeschlossen hatte. Er war mit dem jüngeren Robespierre befreundet, ein Bewunderer Maximilians und ist zeitweilig durchaus den Schreckensmännern zuzuzählen. Infolge dieser beiden Eigenschaften ist er emporgekommen. Zweifellos mit unter Berücksichtigung radikal-jakobinischer Gesinnungstüchtigkeit wurde er zunächst bei der Niederwerfung der Rebellion des Südens verwandt; wie er sich dabei vor Toulon ausgezeichnet, ist in anderem Zusammenhang erzählt worden. Zwei Jahre später wurde er, nachdem er mehrere Krisen, darunter die unmittelbarste Todesgefahr beim Sturz der Robespierre, glücklich überstanden hatte, von dem früheren Blutmenschen und späteren jakobinischen Direktor Barras rechtzeitig zu Hilfe gerufen, um — in der Eigenschaft als zweiter Befehlshaber unter dem militärisch ganz unbrauchbaren Barras — Anfang Oktober (Vendémiaire) 1795 einen äußerst gefährlichen royalistischen Aufstand in Paris in glänzender

Weise niederzuwerfen. Empfohlen durch diese Leistungen und seine jakobinischen Gesinnungen, gelangte er durch seine Verbindungen mit dem Direktorium und zwar vor allem mit Barras im Frühjahr 1796 an die Spitze der italienischen Armee. Dabei spielte vielleicht eine mehr oder weniger unsaubere persönliche Beziehung zu Barras eine Rolle[1]), sicher aber auch und in erster Linie die Übereinstimmung seiner Ideen über den zu führenden Feldzug mit denen der Regierung. Über die in Italien zu befolgende Politik hatte sich Napoleon schon frühzeitig Gedanken gemacht. Im Juli 1795 legte er dem im Kriegsdepartement maßgebenden Doulcet seinen großen italienischen Kriegsplan vor, der übrigens zum erheblichen Teil schon im Vorjahre von ihm koncipiert und dem jüngeren Robespierre gezeigt worden war: Österreich soll in erster Linie in Italien getroffen, d. h. aus Italien verjagt, Piemont zum Bundesgenossen gewonnen werden; dann soll die siegreiche französische Armee Italiens durch Tirol nordwärts marschieren, sich mit der Rheinarmee vereinigen und so Österreich den Frieden diktieren. Diesen herrlichen Kriegsplan eigneten sich die maßgebenden Männer an, zumal im Frühjahr 1796, nach dem Frieden mit Spanien, den man mit im Hinblick auf Italien geschlossen hatte, und nach den Enttäuschungen am Rhein eine energische Offensive in Italien der vornehmste Gedanke der Regierung geworden war: diesen Tatsachen in erster Linie wird Bonaparte seine entscheidende Beförderung zu verdanken haben.

Die Ansicht, wonach Napoleon seinen italienischen Feldzugsplan den Ideen eines französischen Feldherrn zweiten Ranges aus der Zeit des österreichischen Erbfolgekrieges (Marschall Maillebois) entnommen hätte, ist abzulehnen. Am eingehendsten findet sich diese Ansicht begründet bei Pierron, Comment s'est formé Napoléon (Journal des Sciences Militaires 1888, auch separat als Méthodes de guerre. Bd. I, Teil III, vgl. Kuhl, a. a. O., S. 342 ff.)

Bonaparte war durch eine Fülle von Eigenschaften ausgezeichnet, welche ihn, den Italiener, über alle Franzosen der Zeit emporhoben. Von seiner genialen Begabung, vor allem auf dem militärischen Gebiet — unerklärbar wie jede Genialität — darf dabei hier nicht weiter die Rede sein, obgleich sie natürlich das wesentlichste Moment darstellt. Es gilt hier nur, auf andere Bedingungen seiner Erfolge hinzuweisen. Bonaparte gehörte so recht innerlich der Bergpartei an, jener Gruppe von Politikern, welche, geborene Männer der Tat, es verstanden, selbst auf erstaunliche Weise emporzukommen und zugleich Frankreichs Kräfte zusammenzufassen und den schwer darniederliegenden Staat wieder aktionsfähig zu machen. Napoleons parteipolitische Stellungnahme ist n i c h t etwa so aufzufassen, als ob er lediglich aus kluger Berechnung sich der Bergpartei angeschlossen hätte! Vielmehr war er den Bergmännern in seinem ganzen Wesen auf das nächste verwandt, wenn er sie auch an Talenten weit überragte. Er gehörte

[1]) Die Verlobte Napoleons, die Witwe Josephine Beauharnais, war lange Zeit die Geliebte Barras' gewesen.

trotz der oben erwähnten vorrevolutionären Anwandlungen durchaus zu den Männern von 1793, nicht zu denen von 1789; er ist der Mann der Macht, nicht der Freiheit; er ist persönlich in seinem Ehrgeiz, wie jene; er ist ebenso frei in der Wahl der politischen Mittel, wie sie; vor allem: er ist im wesentlichen, wenn auch nicht ganz ausschließlich, Realpolitiker, im Gegensatz zu der Idealpolitik von 1789: d. h. er erstrebt ohne Rücksicht auf die Idee das — in irgendeiner Hinsicht — unmittelbar Vorteilhafte und Nützliche und das mehr oder weniger leicht Erreichbare. Das ward ihm zugleich zu einer Quelle der Kraft und der Schwäche. Aber im Anfang — solange er emporkommen wollte — wogen für ihn die Vorteile dieser Geistesverfassung weit vor. Er wird nicht gehemmt durch Ideen und Ideale, z. B. sittliche Bedenken. So wird er frei im Handeln. Später freilich, als er zum Herrscher geworden war, brachte ihm diese Geistesrichtung auch schweren Schaden; denn machte sie ihn frei im Handeln, so machte sie ihn auch schwach im Sehen: er verkannte fast immer die wirkliche Kraft und Macht der Idee, z. B. der Freiheitsidee. Aber im Anfang zog er, wie gesagt, aus dieser realpolitischen Art fast nur Vorteile. Behält man die eben erwähnten Tatsachen im Auge, daß nämlich damals noch zahlreiche andere Männer seiner Geistesrichtung, eben die Schreckensmänner, in erstaunlicher Weise emporkamen, wenn auch nur auf viel kürzere Zeit als er, nimmt man hinzu, daß er Soldat war und also in der Lage, seine Macht auf weit realeren Grundlagen aufzubauen als jene, und bedenkt man schließlich seine ungeheure fachmännische Begabung, so wird seine wunderbare Laufbahn wesentlich begreiflicher.

Seinen großen Kriegsplan in allem Wesentlichen ausgeführt zu haben, ist die gewaltige Leistung Napoleons in dem nun folgenden Feldzug. Dieser hat für die Kriegsgeschichte eine epochemachende Bedeutung erlangt. Er stellt den Anfang der eigentlich modernen Strategie und den Bruch mit den humanen und ehrbaren, aber schwächlichen Ideen dar, welche in der Kriegsführung des 18. Jahrhunderts nach dem Spanischen Erbfolgekrieg theoretisch durchgedrungen waren und auch die Praxis beherrscht hatten, mit Ausnahme derjenigen Friedrichs des Großen, der als geborener Feldherr gelegentlich von ihnen abwich. Freilich wurde Bonaparte, wenn er also durch diesen Feldzug schöpferisch wirkte, seinerseits durch die Macht der Verhältnisse geradezu auf diese Bahnen gedrängt. Mit dem ehrbaren und kostspieligen Magazinsystem m u ß t e er brechen, weil keine Magazine vorhanden oder zu beschaffen waren. Damit fiel der einzige wirkliche Grund für die Anwendung der Manövrier- oder Ermattungsstrategie der früheren Zeit weg. Dazu kam dann freilich, daß Napoleon mit seinem Feldherrnblick die Nichtigkeit der »strategischen Punkte« erkannte und sah, daß die Vernichtung des feindlichen Heeres die eigentliche Aufgabe sei. Sie durchzuführen wurde ihm dadurch wesentlich erleichtert, daß er auf Feindeskosten lebend so weit in Feindesland eindringen konnte, wie es die Auffindung des gegnerischen Heeres nötig machte, und daß er durch keinerlei humane Gedanken über die

Schonung seiner Truppen gehemmt war, deren Ersatz ja überdies seit 1793 unerschöpflich geworden zu sein schien. Aus diesen Gründen etwa bedeutet der Feldzug von 1796 eine großartige Befreiung von den Fesseln der Theorie und den Anfang der »Vernichtungsstrategie«.

Am 12. März 1796 reiste General Bonaparte zur Rivieraarmee ab, nachdem er wenige Tage vorher die Ehe mit Josephine Beauharnais geschlossen hatte; am 27. übernahm er in Nizza das Kommando. Hier zeigte er als Führer einer zum Teil durch Schuld seiner Vorgänger, vor allem aber durch Schuld der Regierung in jeder Hinsicht auf das ärgste herabgekommenen kleinen Armee von etwa 40 000 Mann seine große Begabung als Organisator und als Erwecker militärischen Geistes. In erstaunlich kurzer Zeit war die Armee, der es unmittelbar vorher noch an Waffen, Munition, Pferden und Geld mangelte, wenigstens mit dem Notwendigsten versehen und wieder marschfähig. Napoleons nächster Operationsplan beruhte auf der Absicht, sich in den Apenninen zwischen die verbündeten Österreicher und Sarden hineinzuschieben, was nach einigen glücklichen Gefechten (darunter die bei Montenotte am 12. April und Dego am 14. April) gegen die Österreicher unter dem alten Beaulieu und seine Unterführer vollkommen gelang. Darauf wandte er sich gegen die Sarden unter Colli, die er zurückdrängte und schließlich auf ihrem Rückzug bei Mondovi (21. April) empfindlich schlug. Die Folge war, daß schon am 28. ein Waffenstillstand mit Sardinien zustande kam. Nun konnte Bonaparte sich gegen die Österreicher allein wenden, die sich in die Ebene zurückgezogen hatten. wobei er den Gedanken ergriff, die Österreicher zu umgehen, um mit verkehrter Front zu kämpfen. Weit im Rücken Beaulieus, bei Piacenza, ging er über den Po. Nun glückte es zwar dem österreichischen Oberführer noch, vor dem Feind über die Adda zu gelangen. Allein der Versuch, diesem den Übergang über den Fluß zu wehren, schlug am 10. Mai bei Lodi vollständig fehl; Beaulieu wurde entscheidend geschlagen und aus der Lombardei verjagt. Am 16. zog Napoleon nach solchen fabelhaften Erfolgen in Mailand ein. Wenige Wochen später (30. Mai) wurden die Österreicher noch einmal bei Borghetto am Mincio besiegt; nur noch etwa 13 000 Mann ihres Heeres hielten das alsbald von den Franzosen eingeschlossene Mantua besetzt, während der Rest ihrer Truppen die italienische Ebene völlig räumte. Um die Belagerung von Mantua drehte sich nun der Kampf Napoleons gegen Österreich, und zwar weit über ein halbes Jahr lang. Denn in demselben Tempo wie bisher sollte der Feldzug nicht zu Ende geführt werden. Diese Verzögerung hatte vornehmlich zwei Gründe: der eine lag darin, daß die Österreicher von nun an doch in weit zäherer Weise Widerstand leisteten als im April und Mai; der andere darin, daß der siegreiche General alsbald von seiner Regierung gezwungen wurde, sein Augenmerk anderen Unternehmungen zuzuwenden. Er erhielt den Auftrag, regelrechte Raubzüge auf Kosten der wehrlosen italienischen Mittel- und Kleinstaaten, einschließlich Neapels, zu unternehmen. Noch ehe er diese Instruktion erhalten, schloß er Waffenstillstand mit Parma

(9. Mai) und Modena (17. Mai) gegen enorme Geldzahlungen und Abgaben aller Art, unter denen die Auslieferung von Kunstgegenständen, in deren Forderung der zivilisierte Vandalismus des Neufranzosentums einen charakteristischen Ausdruck fand, für spätere ähnliche Vorgänge vorbildlich wurde. Am 5. Juni schloß Neapel einen Waffenstillstand, worin diese Macht versprechen mußte, von der Unterstützung Österreichs und Englands zurückzutreten und ihre Häfen den Engländern zu verschließen. In demselben Augenblick wurde von den Venezianern eine größere Summe erpreßt und Verona besetzt. Inzwischen rückte Bonaparte in das Gebiet des Kirchenstaats; von einer Besetzung Roms aber, die man in Paris an vielen Stellen wünschte, sah er, im Einverständnis mit dem französischen Geschäftsträger in Rom, Cacault, — vielleicht schon im Hinblick auf eine künftige Beherrschung Frankreichs — ab; er schloß vielmehr am 23. Juni unter spanischer Vermittelung einen Waffenstillstand mit dem Papst gegen Abtretung der Legationen Bologna und Ferrara und des Hafens von Ancona und Lieferung von vielen Millionen in bar, von Kunstwerken und Handschriften. Nach diesen und andern gewinnreichen Unternehmungen mußte er sich aber bald wieder gegen den eigentlichen Feind, die Österreicher, wenden. Auf deren Seite war an Stelle Beaulieus der fähigere, von der Rheinarmee abberufene Wurmser zum Oberbefehlshaber ernannt worden. Sowohl die Haltung der frischen Truppen, wie auch der Kriegsplan zeigten einen neuen, für die Franzosen äußerst gefährlichen Geist: der Operationsplan beruhte auf dem guten Gedanken, zugleich westlich und östlich von Mantua aus den Alpen hervorzubrechen und so den Feind einzuschließen. Die westliche Abteilung befehligte der General Quosdanowitsch, die östliche der Oberführer Wurmser persönlich. An beiden Stellen errangen die Österreicher vorläufige Erfolge, indem die ihnen entgegentretenden französischen Abteilungen zurückgedrängt wurden. Die Belagerung von Mantua mußte vorübergehend aufgehoben werden. Dann aber wandte sich Napoleon, fast zwischen den zwei feindlichen Heeren stehend, alles aufs Spiel setzend, der Reihe nach gegen die beiden Gegner und warf zuerst am 3. August bei Lonato Quosdanowitsch, dann am 5. August bei Castiglione Wurmser in die Alpen zurück. Ein zweiter Versuch der Österreicher, der Anfang September unternommen wurde und auf einem ähnlichen strategischen Gedanken beruhte, endigte am 8. September bei Bassano mit einer völligen Niederlage Wurmsers, der sich mit den Resten seines Heeres nach Mantua werfen mußte. An seiner Stelle erhielt nun der greise Alvinczy den Oberbefehl über eine neue Feldarmee, die aber derjenigen Wurmsers an innerem Werte nicht mehr zu vergleichen war. Trotzdem errangen diesesmal die Österreicher, die abermals an zwei verschiedenen Stellen, aus Friaul und Tirol, vorrückten, wieder anfängliche Vorteile, bis vom 15. bis 17. November ihre beiden Abteilungen (und kurz darauf Wurmser, der einen Ausfall unternommen hatte), in dreitägigem mörderischem Ringen bei Arcole vollständig besiegt wurden. Allein Österreich wagte noch einen vierten Versuch, Mantua zu retten. Alvinczy marschierte das Etschtal hinab

und traf dort auf dem zwischen diesem Fluß und dem Gardasee gelegenen Plateau von Rivoli auf den Feind (14. Januar 1797), der aber, in erster Linie durch die Kavallerieattacke einer kleinen Abteilung, infolge der schlechten Haltung der österreichischen Rekruten vollständig siegte. Nachdem so vier Entsatzversuche mißglückt waren, mußte Mantua am 2. Februar 1797 kapitulieren, worauf die Franzosen am 3. ihren Einzug hielten: die österreichische Armee war aus Italien hinausgeschlagen.

Nicht ebenso glücklich für die französische Republik, wie auf diesem Kriegsschauplatz, war das Jahr 1796 in anderer Hinsicht verlaufen. Zwar waren auf diplomatischem Gebiete ganz bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Wir finden das Direktorium schon im Sommer mit dem Gedanken befaßt, England als den wahren Feind zu isolieren, übrigens auch gerade damals energisch mit dem Projekt einer Landung in Irland beschäftigt. Schon im Sommer gelangen zwei Verhandlungen, welche diesem Zweck in erster Linie dienen sollten. Der Friede von Basel mit Preußen wurde durch zwei Verträge vom 5. August 1796 ergänzt. In dem ersten wurde abermals (vgl. oben) eine Demarkationslinie für das neutrale Norddeutschland, ferner preußische Friedensvermittlung für das Reich verabredet. In dem zweiten, geheimen, Instrument gab Preußen das linke Rheinufer nun in aller Form preis und ließ sich für seine linksrheinischen Verluste sehr erheblichen Ersatz, hauptsächlich durch Säkularisationen versprechen. Noch größer war der Erfolg der Verhandlungen mit Spanien, zu deren endgültigem Abschluß, wie bei Preußen, die Siege Bonapartes das meiste beitrugen. Hier wurde aus dem Frieden ein Schutz- und Trutzbündnis in aller Form (19. August 1796), das indessen Spanien während des gegenwärtigen Krieges zum bewaffneten Beistand ausschließlich gegen England verpflichtete. Spanien versprach ferner, Portugal zu veranlassen, seine Häfen England zu verschließen.

Waren also die diplomatischen Erfolge dieses Sommers äußerst erfreulich, so mußte dagegen die Republik auf dem zweiten Kriegsschauplatz, dem rheinischen, den Wechsel des Glückes noch empfindlicher erfahren als im Vorjahre. Anfangs verlief freilich alles äußerst günstig. An Stelle Clerfaits hatte hier der Erzherzog Karl den Oberbefehl über die am Mittelrhein stehenden Österreicher übernommen, während Wurmser bis zu seiner Abberufung (s. o.) am Oberrhein das Kommando behalten hatte. Auf Antrieb Thuguts, dem eine schöne Energie und Standhaftigkeit auch im Unglück nicht abgesprochen werden kann, hatte die österreichische Regierung, trotz der Siege Bonapartes, den Waffenstillstand am Rhein am 21. Mai 1796 kündigen lassen. Der größte Teil der beiden österreichischen Armeen stand linksrheinisch. Dem Erzherzog gegenüber und ihn nördlich überflügelnd, kommandierte Jourdan. Wurmser gegenüber der an Stelle Pichegrus zum Oberbefehlshaber ernannte Moreau. Die österreichischen Armeen waren etwas stärker als die französischen und standen sehr günstig; vor allem hatten sich Teile von ihnen von Mannheim und Mainz aus bei Kaiserslautern

keilartig zwischen die beiden französischen Heere hineingeschoben. Allein sie nutzten diese Lage nicht offensiv aus. Freilich gingen auch die Franzosen fürs erste nicht zum Angriff über. Da mußte Wurmser Anfang Juni mit 25 000 Mann zur italienischen Armee abgehen — der Erzherzog erhielt damals das Kommando über die ganze Rheinarmee — und nun wagten die Franzosen die Offensive, und zwar in sehr kühner Weise. Sie überschritten, freilich nicht gleichzeitig, an drei Stellen den Rhein. Zuerst setzte Jourdan bei Düsseldorf über (Ende Mai) und wandte sich, unterstützt durch ein zweites Korps, das den Rhein bei Neuwied überschritten hatte, rechtsrheinisch nach Süden, um den Erzherzog Karl zu veranlassen, das linke Rheinufer zu räumen. Das gelang auch (abgesehen von der Umgebung von Mainz und Ludwigshafen) vollkommen. Der Erzherzog zog sich an die Lahn zurück. Allein hier kam das Vordringen der Franzosen infolge eines für die Österreicher siegreichen Gefechts bei Wetzlar (15. Juni) noch einmal zum Stehen. Kurz darauf aber konnte nun ein großer Teil der südlichen französischen Armee unter Moreau bei Straßburg über den Rhein vorgehen (24. Juni). Ihm entschloß sich nun Erzherzog Karl mit einem Teil seiner Truppen entgegenzutreten, indem er als Oberbefehlshaber gegen Jourdan den General Wartensleben zurückließ. Auf dem südlichen Kriegsschauplatz angelangt, wurde der Erzherzog in Schwaben mehrfach geschlagen und mußte auf die obere Donau zurück, während Wartensleben von dem vorgehenden Jourdan in Franken bedrängt wurde. Die politischen Folgen dieser Siege der Franzosen, die den Rheinbund vorausahnen ließen, waren Waffenstillstände mit Württemberg (17. Juli), Baden (20./25. Juli) und schließlich Bayern (7. September), die gegen Abberufung der Truppen, Durchzugsrecht für die Franzosen und große Lieferungen an Geld und Material gewährt wurden. Auf die Waffenruhe mit Württemberg und Baden folgte bald der Frieden (7. August und 22. August). Beide Länder willigten in die Abtretung ihrer linksrheinischen Besitzungen ein und erhielten dafür die Aussicht auf sehr bedeutende Entschädigungen vornehmlich durch geistliches Gebiet. Die innere Verwandtschaft dieser Abmachungen mit denen, die in denselben Tagen (5. August s. o.) mit Preußen zustande kamen, leuchtet bei aller Verschiedenheit der Motivierungen und der begleitenden Umstände ohne weiteres ein.

Allein die französischen Triumphe sollten nicht von langer Dauer sein. Erzherzog Karl hatte den kühnen Entschluß gefaßt, den ihn verfolgenden Moreau sich mehr oder weniger selbst zu überlassen, nach Bayern zu marschieren, sich dort mit Wartensleben zu vereinigen und so wenigstens den einen der französischen Gegner gründlich zu schlagen. Der Plan gelang vollkommen. Die Vereinigung wurde bei Amberg in der Oberpfalz vollzogen, wo jener Halt gemacht hatte. Hier wurde Jourdan von der feindlichen Übermacht geworfen (24. August) und zum Rückzug nach Westen genötigt. Dieser Rückzug kam bei Würzburg noch einmal zum Stehen; allein die sich hier entspinnende Schlacht — die österreichischen Feldherren vereinigten sich erst auf dem Schlachtfeld — endigte mit einer

völligen Niederlage der Franzosen (3. September), die nun eiligst, zuletzt das Lahntal hinab, das jenseitige Rheinufer gewannen, wo Jourdan bald das Kommando niederlegte. Der Rückzug Jourdans entschied aber auch über das Schicksal der französischen Südarmee unter Moreau. Dieser, von Natur bedächtig und fortwährend durch die unverständigen Befehle seiner Regierung behindert, hatte lange geschwankt, ob er Erzherzog Karl nachrücken oder den viermal schwächeren General Latour, den jener ihm gegenüber hatte stehen lassen, zurückwerfen sollte. Schließlich hatte er sich für letzteres entschlossen, Latour am Lech schwer geschlagen, war aber dann doch nur sehr langsam bis zur Isar vorgerückt. Die Nachricht von dem Rückmarsch Jourdans veranlaßte dann auch ihn, eiligst auf das linke Rheinufer zurückzukehren. Die Hoffnung der Österreicher, ihn im Schwarzwald zu vernichten, schlug fehl. Vielmehr gelang ihm die so hoch (und zwar gewiß allzu hoch!) gefeierte Katabasis, zuletzt durch das Höllental auf das linke Rheinufer zurück, mit Verlusten von nur etwa 2000 Mann (Ende Oktober). Im Januar eroberten die Österreicher Kehl, am 3. Februar, dem Tage des Einmarsches der Franzosen in Mantua, Hüningen; der große französische Vorstoß auf diesem Kriegsschauplatz war gänzlich abgeschlagen.

Neben seinen militärischen Leistungen hatte der General Bonaparte die politischen keineswegs vernachlässigt. Zunächst hatte er im Mai 1796 aus der bisher österreichischen Lombardei eine »lombardische Republik« gemacht. Kurz vor dem dritten Versuch der Österreicher, Mantua zu entsetzen, verjagte er den Herzog von Modena, mit dem er noch vor kurzem jenen Waffenstillstand geschlossen, und verfertigte aus seinem Gebiet zusammen mit den von Rom abgetretenen Legationen Bologna und Ferrara die sogenannte »Cispadanische Republik« (Oktober 1796). Unmittelbar nach dem Falle Mantuas erfolgte eine politische Transaktion anderer Art. Papst Pius VI. hatte den Waffenstillstand vom Juni gebrochen. Veranlaßt wurde er dazu einerseits durch die Friedensforderungen des Direktoriums, das auch Konzessionen auf dem kirchenpolitischen Gebiet verlangte, vor allem die Anerkennung der Zivilkonstitution des Klerus, zu der dieser tapfere Kirchenfürst niemals bereit war; andererseits durch Bewegungen des römischen Volkes, das auf Gerüchte vom Untergang Napoleons, oder auf bestimmte Erwartungen dieses Ereignisses hin, die Regierung zum Widerstand vorwärts drängte. So wurde denn die kleine päpstliche Armee mobil gemacht und die im Waffenstillstand zugestandene Geldzahlung verweigert. Napoleon jagte darauf in den ersten Februartagen 1797 die päpstliche Armee mühelos auseinander, ließ die Romagna und Umbrien besetzen und rückte selbst bis Ancona vor. Hier schloß er, ohne Rom zu nehmen — teils um die gegen Österreich so notwendige Zeit zu sparen, teils aus wohlbegründeter Rücksicht auf die moralische Bedeutung des päpstlichen Ansehens — am 19. Februar 1797 den Frieden zu Tolentino, der übrigens als viel zu milde den Ansichten und Absichten seiner Regierung keineswegs entsprach, mit dem Papst ab; er bedeutete im wesentlichen, daß die vorläufigen Bedingungen des Waffenstill-

stands (s. o.) zu endgültigen gemacht wurden. Der Papst mußte die Legationen Bologna und Ferrara, ferner die Romagna und Ancona abtreten, seine Häfen den englischen Schiffen sperren und erhöhte Zahlungen leisten. Diese relativ große Rücksichtnahme auf den Papst im Gegensatz zu den Wünschen der Mehrheit des Direktoriums ließ die Kirchenpolitik der ersten Jahre Napoleons vorausahnen. Nachdem Bonaparte dann auch Konflikte mit Venedig vorbereitet hatte, sei es, daß er, wie es wahrscheinlich ist, seine Auslieferung an Österreich als Äquivalent für dessen Abtretungen ins Auge faßte, sei es, daß er damit irgendwelche anderen Zwecke verfolgte, begann er die längst geplante entscheidende Bewegung gegen Österreich in den Alpen nach Norden. In zwei Kolonnen, die kleinere unter Joubert, die größere unter ihm selbst, warf er die Österreicher unter dem vom Rhein abberufenen Erzherzog Karl zurück (März 1797); am 31. war er in Klagenfurt, wenige Tagemärsche von Wien, während Erzherzog Karl die Reste seiner Armee in der Richtung auf die Hauptstadt zurückführte. Am 7. April rückte Masséna in Leoben ein. Am 31. März schrieb Bonaparte den berühmt gewordenen gefühlvollen Brief an Erzherzog Karl, in dem er ihm den Vorschlag machte, Frieden zu schließen.

Im ganzen Verlauf des Revolutionskrieges hatten die Verbindungen zwischen Österreich und Frankreich[1]) nie oder doch nur vorübergehend ganz aufgehört. Allein lange Zeit waren diese auf den Frieden gerichteten Bestrebungen in den Händen ganz untergeordneter Agenten gewesen und wohl von keinem der beiden Teile, am wenigsten von Österreich, ernst genommen worden. Man gewinnt den Eindruck, daß man mit diesen im Dunkeln geführten Verhandlungen, abgesehen von kleinen Nebenvorteilen, die sie bringen konnten, nur für alle etwa nicht vorherzusehenden Fälle vorbereitet sein wollte. Anders wird man doch die Friedensbestrebungen zunächst der einen der kriegführenden Mächte, Frankreichs, vom Herbst 1796 an beurteilen müssen. Daß man hier den Gedanken ergriffen hatte, den einen Gegner England zu isolieren, ist schon gesagt worden. Ein weit wichtigerer Faktor aber wurde die außerordentliche Friedenssehnsucht Frankreichs, die das Direktorium bei einer Fortdauer des Krieges mit den ärgsten inneren Gefahren bedrohte. Schon im Oktober ergingen auf Umwegen Friedensandeutungen an Österreich. Im November wurde auf Antrieb der gemäßigten Elemente, wahrscheinlich vornehmlich Carnots, die Entsendung des Generals Clarke als Friedensboten an die Österreicher beschlossen, der freilich wohl noch die zweite Aufgabe hatte, den General Bonaparte zu kontrollieren, der sich manche Eigenmächtigkeit erlaubt hatte und bei der Schwäche der Regierung naturgemäß gefährlich war. Die Mission Clarkes lautete in erster Linie auf Waffenstillstand, in zweiter auf Frieden, und zwar sollte bei diesem Österreich sehr gut fahren. Der General hatte den Auftrag, sich mit Bonaparte in Verbindung zu setzen. Thugut entschloß sich nur schwer, den Gesandten nach Wien

[1]) Wie vornehmlich Luckwaldt in der Einleitung zu der in der Bibliographie verzeichneten Publikation gezeigt hat.

kommen zu lassen. Dann wurde von österreichischer Seite im Dezember 1796 ein Waffenstillstand für den deutschen Kriegsschauplatz in aller Form, für Italien der Sache, wenn auch nicht der Form nach, abgelehnt und in die politischen Verhandlungen, die Thugut nicht einmal selbst führte, nur um des guten Eindrucks willen eingetreten. In Paris ließ man sich nicht abschrecken. Im Januar erhielt Clarke die Erlaubnis, die Präliminarien eines etwaigen Friedens abzuschließen. Innerhalb des Direktoriums stritt man sich lebhaft über die künftigen Friedensbedingungen, wobei sich wieder zwei Gruppen unter den Direktoren zeigten: eine gemäßigte unter Carnot und eine radikale unter Barras. Die Folgen dieser Zwistigkeiten waren nun aber sehr bedeutend: Clarke wurde zu seinem heftigen Ärger angewiesen (18. und 25. Januar 1797), er solle alle seine Verhandlungen nach Rücksprache mit Bonaparte und nur mit dessen Zustimmung unternehmen. Dadurch ward des letzteren Stellung auch in den politischen Fragen noch mehr verstärkt. Bonaparte und Clarke einigten sich darauf im Februar, also vor dem Siegeszug durch die Alpen, auf freilich allgemeine Friedensgrundlagen, die für Österreich nach all seinen Niederlagen äußerst günstig waren. So sollte ihm z. B. die Lombardei wiedergegeben werden. Für Waffenstillstand und Frieden trat nun auch Erzherzog Karl ein, der am 20. Februar wider Willen Thuguts in Wien ankam, um in diesem Sinne zu wirken. Allein Minister und Kaiser blieben auch in der damaligen ernsten Lage fest, und so kam es zu dem schon geschilderten letzten, für Österreich so unglücklichen Waffengang. Der Brief des Generals Bonaparte vom 31. März 1797 an den Erzherzog Karl bedeutete also keineswegs eine unvermittelt auftretende Kundgebung; er gehört, trotz der höchst persönlichen Note, die in ihm anklingt, durchaus in den Zusammenhang der offiziellen Politik der französischen Regierung. Freilich gemahnt gerade diese persönliche Note, nach den persönlichen Motiven zu forschen, die den siegreichen General veranlaßten, vor der Krönung seines militärischen Werkes zum Friedensunterhändler zu werden: denn dieser Mann war immer, oder fast immer, sachlich und persönlich zugleich. Daß diese persönlichen Motive in einer Bevorzugung friedlicher Tätigkeit vor der kriegerischen bestanden hätten, von der er schrieb, wird niemand im Ernst glauben wollen, wenn Napoleon auch, immer die Rolle lebend, die er spielte, im Moment so empfunden haben wird. Wir werden doch in erster Linie an Erwägungen des eigenen Vorteils zu denken haben. Von höchster Wichtigkeit war es für Napoleon, daß *er* den Frieden schloß, daß *er* als der Friedensbringer heimkehrte. Dazu aber, so hoffte er Ende März 1797 mit Recht, reichten seine bisherigen Erfolge endlich aus. Sollte er sie durch ein weiteres Vordringen aufs Spiel setzen? Denn es war keine Frage, daß er militärisch schon in Leoben in gefährdeter Lage war. Die Truppenmacht, die er führte, war klein. Der von ihm selbst entfachte Aufstand in Venetien (s. u.) war ihm für den Augenblick über den Kopf gewachsen und konnte ihm die Rückkehr nach Italien versperren. Die tiroler Bauern regten sich; das ungarische Volksaufgebot war einberufen,

der österreichische Landsturm sollte aufgestellt werden; die Hauptstadt wurde in Verteidigungszustand versetzt. So konnte der bisher Siegreiche jedenfalls manchem Aufschub ausgesetzt werden und in unangenehme Lagen kommen, vielleicht sogar in die unangenehmste von allen, nämlich in die, von der Rheinarmee, die wieder einige, wenn auch bescheidene Fortschritte gemacht hatte — Hoche war im Begriff den Rhein zu überschreiten —, gerettet zu werden! Von besonderem Gewicht aber war zweifellos die Erwägung, daß die Entschlüsse des Direktoriums ganz unberechenbar waren, daß es unmöglich war, vorauszusehen, ob nicht die neuen Siege Napoleons die radikale Partei im Direktorium zu unerreichbaren Ansprüchen Österreich gegenüber aufstacheln, oder ob sie das Mißtrauen gegen ihn nicht so sehr vergrößern würden, daß er aus den Verhandlungen ausgeschaltet wurde. Aus allen diesen Umständen erklärt sich Bonapartes Entschluß vollständig.

Auch auf österreichischer Seite kam eine Reihe von Momenten zusammen, welche die Hofburg endlich zum Frieden geneigt machten. Schon seit längerer Zeit hatte sich die Friedenspartei ganz bedeutend verstärkt, und zwar in allen Schichten der Bevölkerung. Unter dem Eindruck der letzten Siege Napoleons steigerte sich ihr Gebahren zu einem wilden Haß gegen Thugut, der diesen ernstlich bedrohte; schließlich gesellte sich auch die Kaiserin der Friedenspartei zu. Eine allgemeine Panik, eine wilde Flucht der Hofgesellschaft aus Wien, eine schwere Finanzkrisis vermehrten die Verlegenheiten. Während diese Momente mit elementarer Macht und plötzlich wirkten, kamen politische Erwägungen zugunsten des Friedens hinzu, welche zwar schon seit einigen Monaten ihre Gültigkeit hatten, aber doch jetzt erst zu voller Wirksamkeit gelangten. Die Hauptsache war, daß die Koalition und vor allem ihr Kern, der Dreibund Österreich—England—Rußland, sich gelockert hatte. Neapel hatte im September 1796 Frieden mit Frankreich geschlossen. In Rußland war am 17. November 1796 die Kaiserin Katharina gestorben. Das bedeutete fürs erste einen völligen Systemwechsel. Ihr Sohn und Nachfolger Paul, damals, wenn auch nicht für lange, ein Verehrer Preußens, regierte eine Zeitlang mit dem Gedanken, in allem das Umgekehrte von seiner Mutter zu tun. Hatte sie Eroberungen gemacht, so wollte er »seine Völker glücklich machen«. Deswegen löste er das zur Unterstützung Österreichs schon aufgestellte Hilfskorps wieder auf, auch mit der Begründung, daß die Armee infolge der Verwaltung seiner Mutter nicht dienstfähig sei. So war die so lange genährte Hoffnung auf wirksame russische Hilfe schließlich, so nahe vor der Erfüllung, doch noch zuschanden geworden, und auch, als der überaus wankelmütige Zar sich von Preußen abwandte und Österreich näherte, war von ihm in Sachen des Krieges nur der Rat zu erhalten, ihn möglichst bald zu beendigen. Die Beziehungen Österreichs zu England hatten sich aus mehreren Ursachen gelockert. Thugut hatte den Eindruck, daß das bisher so energische Kabinett von S. James in der Sache der Koalition lau geworden sei. Zunächst kamen mehrfache offene Friedensverhandlungen mit Frankreich in Betracht, die

freilich zu gar nichts führten; von der bedeutendsten dieser Verhandlungen, der Malmesburys im Herbst 1796, ist es sogar fraglich, ob sie ernst gemeint war, oder ob sie (was wahrscheinlicher ist) nicht vielmehr nur mit Rücksicht auf die Wünsche der Friedenspartei in England, zum Scheine, geführt wurde. Aber es war dennoch begreiflich, daß man in Wien fürchtete, von England im Stich gelassen zu werden, zumal anderes hinzukam: eine Zeitlang pünktlich in der Zahlung seiner enormen Subsidien, wurde England hauptsächlich infolge einer Krisis der Bank säumig. Erst am 15. März 1797 wurde die zum 1. Januar fällige Rate völlig ausgezahlt; ob weitere Unterstützungen erfolgen würden, war überhaupt fraglich geworden, während doch Thugut in demselben Monat erklärte, bei Einstellung der britischen Zahlungen Frieden schließen zu müssen. Ebenso wurde er auf einem weiteren Gebiet enttäuscht. England hatte auf den Eintritt Spaniens in den Krieg hin seine Mittelmeerflotte abberufen. Österreich aber verlangte die Entsendung zweier Geschwader, eines ins Mittelmeer und eines in die Adria, wozu sich England außerstande erklärte. England hatte zwar seit Beginn des Krieges, zur See hauptsächlich auf drei Kriegsschauplätzen operierend, an der Westküste Frankreichs, im Mittelmeer und gegen feindliche Kolonien, durchaus siegreich gekämpft; 1794 wurde ein größerer Seesieg erfochten, 1795 deren drei, überdies wurde den Franzosen Pondichéry, den Holländern Kapland, Ceylon und die Molukken abgenommen; 1796 erfolgten wieder drei Siege, im Frühjahr 1797 ein großer Sieg gegen die Spanier bei dem Kap St. Vincent, dem in demselben Jahre noch die große siegreiche Schlacht gegen die Holländer bei Kamperduin (Camperdown) folgen sollte. Allein von einer Beherrschung der Meere, wie sie später nach der Schlacht bei Trafalgar eintrat, konnte deswegen damals doch noch nicht die Rede sein. Es kamen gefährliche Meutereien hinzu (die bei Spithead begann im Februar 1797; es folgten die in der Nore und andere kleinere), welche die Flotte zeitweilig ernstlich zu bedrohen schienen. So wird denn der Grund, den Pitt gegen die Entsendung der zwei Geschwader ins Mittelmeer anführte — nämlich ihre Gefährdung durch die in Cadix liegende starke spanische Flotte — durchaus nicht nur vorgeschützt gewesen sein. Vielleicht hielt man diese Entsendung auch für nutzlos. Thugut aber erklärte auch hier wieder, Frieden schließen zu müssen, wenn seine Forderung nicht erfüllt würde. Zu alledem kam die Tatsache, daß Thugut mehrfach Anlaß zu haben glaubte, anzunehmen, das englische Kabinett nähere sich Preußen in verdächtiger Weise. So war also der Grund für ein Auseinanderfallen der Koalition gelegt und der Boden für die Wirksamkeit jener letzten Momente vorbereitet, deren Erzählung oben vorweggenommen wurde.

Thugut entschloß sich also, nachdem Napoleons Brief an den Erzherzog am 3. April 1797 in Wien eingetroffen war, sofort dazu, das Friedensangebot mindestens nicht abzuweisen, wenn auch wohl noch immer in der Hoffnung, einen Umschwung der diplomatischen Lage herbeizuführen, welche den Frieden unnötig machen würde. Am 4. erging ein Schreiben des Kaisers an Erzherzog Karl, in dem dieser aufgefordert

wurde, die Grafen Bellegarde und Merveldt zu Bonaparte zu schicken, allerdings zunächst nur mit dem Auftrag, einen Waffenstillstand von 10 Tagen zu schließen und die Anträge der Franzosen anzuhören. Ob Thugut sich wirklich der Illusion hingab, damit nur Zeit gewinnen zu können, und nicht in verbindliche Friedensverhandlungen eintreten zu müssen, steht dahin, sicher ist, daß ihn nun die Macht der Verhältnisse zum Frieden trieb. Den beiden Offizieren wurde von Bonaparte ein Waffenstillstand von nur sechs Tagen bewilligt. Darauf entschloß sich Thugut, nunmehr zwei Friedensbevollmächtigte zu entsenden: er wählte dazu Merveldt und den neapolitanischen Gesandten Gallo. Gerade der letztere war schon lange ein Vertreter des Friedensgedankens, und seine Wahl — gleichgültig ob Thugut mit ihr innerlich einverstanden war oder nicht — bedeutete den Sieg der Friedenspolitik. Gallo traf am 14. April in Leoben ein. Die Verhandlungen fanden hier und auf dem benachbarten Schlosse zu Göß statt. In manchen Punkten waren sie nicht mehr besonders schwierig. An eine Zurückgewinnung Belgiens dachte man in Wien kaum mehr ernstlich. Dagegen widerstrebte man auf das lebhafteste der Abtretung des linken Rheinufers, ein Zug der antipreußischen Politik mehr als der reichsfreundlichen — die Abmachungen zwischen Preußen und Frankreich über die Entschädigungen der ersteren Macht für linksrheinische Verluste waren in Wien bekannt geworden — und so war denn Bonaparte bald entschlossen, auf das linke Rheinufer zu verzichten. Schwieriger war die Regelung der italienischen Verhältnisse. Napoleon wollte die Abtretung der Lombardei und Modenas, dessen Herzog überdies mit dem Kaiserhaus verwandt war, schon um deswillen unbedingt erzielen, weil durch sie die Verbindung zwischen den österreichischen Landen und Toskana zerstört wurde. Er gedachte aber, Österreich reichlich zu entschädigen. So machte er denn, schon ehe Gallo eintraf, an Merveldt den nach keiner Seite hin mehr überraschenden Vorschlag, der Kaiser möge als Ersatz für Belgien und die Lombardei die festländischen Provinzen Venedigs bis zur Etsch oder weiter annehmen. Der Vorschlag, auf den man in Wien schon lange vorbereitet war, wurde sofort für annehmbar gehalten, nur verlangten die Unterhändler zu wissen, wie Österreich in den Besitz dieser Provinzen gelangen könne. Napoleon versprach das Land dem Kaiser selbst zu übergeben; in den Vertrag wurden dann freilich in dieser Hinsicht für Österreich ungünstigere Abmachungen aufgenommen. Schon am 18. April 1797 wurden, nachdem Österreich auch in Bezug auf Modena nachgegeben hatte, die Friedenspräliminarien im Eggenwaldschen Garten in Leoben unterzeichnet. Sie zerfielen in öffentliche und geheime Artikel. In ersteren wurde bestimmt, daß während eines sechsmonatlichen Waffenstillstands in Bern über den Frieden verhandelt werden sollte. Österreich trat Belgien ab. Die Reichsintegrität (Besitz des linken Rheinufers) wird aufrechterhalten und das Reich in Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einbezogen. In geheimen Artikeln wurde bestimmt, daß Österreich die Lombardei abtreten und dafür den venetianischen Festlandbesitz bis zum Oglio, einschließlich Dalmatiens

und Istriens erhalten sollte, während Venedig durch den Erwerb der drei Legationen Romagna, Bologna und Ferrara zu entschädigen war. Der Herzog von Modena sollte später beim allgemeinen Frieden Ersatz für sein verlorenes Land erhalten. Damit sind die wichtigsten Bestimmungen des Präliminarfriedens von Leoben genannt, der aber noch auf das bedeutendste zuungunsten Österreichs geändert werden sollte, ehe er zu einem definitiven wurde. Die französische Regierung ratifizierte diesen Frieden, der das linke Rheinufer nicht enthielt, nur aus Furcht vor Bonaparte, der mit seiner Rückkehr in das allenthalben unzufriedene Frankreich — als Friedensbringer! — gedroht hatte.

Das erste, was Napoleon nach dem Abschluß der Präliminarien tat, war, daß er dem Kaiser Venedig zu verschaffen unternahm. Infolge der Revolutionierung venetianischer Städte waren unter deren regierungstreuer Bevölkerung vielfache Empörungen gegen die Demagogen und die sie beschützenden französischen Soldaten ausgebrochen. Von letzteren war eine Anzahl verwundet und getötet worden. Vor allem in Verona war es in größerem Umfang zu derartigen Szenen gekommen. Dazu kam ein Konflikt im Hafen von Venedig, wo ein französischer Kutter, der wider das alte Recht der Königin der Meere eingedrungen war, von den Venetianern angegriffen worden war. Napoleon erklärte am 1. Mai der Republik den Krieg, der, mit demagogischer Agitation in der Stadt Venedig verbunden, mit einem leichten Siege endigte. Am 12. Mai trat der große Rat zu seiner letzten Sitzung zusammen und beschloß abzudanken. Unter mancherlei Wirren bildete sich nun eine provisorische demokratische Regierung, der Napoleon sehr bedeutende Abgaben auferlegte, wofür er ihr seinen »Schutz« versprach, den er ihr öffentlich zusagte, während er in Wirklichkeit die Auslieferung auch der Stadt an Österreich gegen andere Konzessionen plante. In Venedig, das eine Zeitlang ein Hauptquartier der Royalisten gewesen, fand Napoleon ein mancherlei Persönlichkeiten, darunter den General Pichegru, belastendes Aktenstück, das dem Direktorium bald gute Dienste leisten sollte. Im Mai 1797 hat dann Napoleon auch die bisher venetianischen Ionischen Inseln besetzt, in denen er einen wichtigen Stützpunkt für die weitausschauende antienglische Politik sah, mit der er sich schon damals beschäftigte. Als Fortsetzer der Politik der Revolution zeigte er sich, indem er nunmehr nach dem Vorbild der batavischen Republik zwei neue demokratische Republiken schuf, die notwendig dem Einfluß Frankreichs anheimfallen mußten. Die eine war die »ligurische«, die im Juni 1797 an die Stelle der aristokratischen Republik Genua trat, deren Regierung er aus Anlaß der Zwistigkeiten, die er mit ihr unterhielt, stürzen ließ. Die andere war die sogenannte »cisalpinische« Republik, die aus der Lombardei, Modena, Romagna, Bologna und Ferrara gebildet wurde (Juli 1797).

Inzwischen wurden weitere Erwägungen wegen des endgültigen Friedens angestellt. Thugut hoffte hauptsächlich aus zwei Gründen, bei dem definitiven Frieden noch bessere Bedingungen herauszuschlagen als in Leoben. Mit dieser Hoffnung ist er gescheitert: er durfte nicht

einen besseren, sondern er mußte einen schlechteren Frieden abschließen. Wenn der Staatsmann nur nach dem Erfolge zu beurteilen wäre, so müßte man für die Zeit nach Leoben (im Gegensatz zu seiner Leitung der kaiserlichen Politik bis dahin) ein vernichtendes Urteil über Thuguts Tätigkeit fällen. Allein auf alle Fälle müßte zugegeben werden, daß er sich nicht leichtsinnig jenen Hoffnungen hingegeben hat. Die eine beruhte auf der Annahme eines bevorstehenden Umschwungs in Frankreich zugunsten gemäßigterer oder gar monarchischer Elemente. Die Wahlen des April 1797 ergaben in den beiden gesetzgebenden Körperschaften eine der von Barras geführten radikalen Partei im Direktorium überaus feindselige gemäßigte Majorität. Diese war in der auswärtigen Politik für einen Frieden auch ohne die natürlichen Grenzen. Die Gefahr für die herrschende Partei im Direktorium war außerordentlich, vor allem auch wegen der allgemeinen und berechtigten Mißstimmung des Landes über die Erbärmlichkeit und Schuftigkeit dieser Regierung. An der Spitze der Gemäßigten stand die Minorität des Direktoriums selbst, nämlich die zwei gemäßigten Direktoren — sachlich die Geschäftsmänner gegenüber den Dilettanten — Carnot und der im März neugewählte Barthélemy. Lange Zeit hörte infolge dieser Verhältnisse jede Regierung im Lande auf. Endlich im September kam die Sache zum Austrag. Beide Parteien stützten sich auf Militär und hohe Offiziere: die gemäßigte auf Pichegru — den Vorsitzenden der Kammer der 500, der einen der beiden gesetzgebenden Körperschaften —, die radikale auf den abwesenden Bonaparte und Augereau. Diese erwies sich als die tatkräftigere. Die jakobinische Majorität des Direktoriums ging am 4. September 1797 unter Verwendung des von Napoleon in Venedig und anderwärts gefundenen Materials sehr energisch vor. Augereau besetzte mit Truppen die Sitzungssäle der gesetzgebenden Körperschaften, und nun wurde der empörendste Staatsstreich gewagt von allen, die diese schamlose Regierung durchgeführt hat. Zwei Direktoren, Carnot und Barthélemy, außer Bonaparte die verdientesten Männer Frankreichs, und eine sehr große Zahl von Mitgliedern der zwei gesetzgebenden Körperschaften, darunter der freilich nicht unschuldige Pichegru, wurden zur Deportation verurteilt; an ihre Stelle traten Gesinnungsgenossen des Barras. Mit diesem Unternehmen des Fructidor 1797 hängt nun der Friede von Campoformio auf das engste zusammen: nicht nur daß er in erster Linie die Hoffnungen Thuguts auf größere Mäßigung der französischen Regierung oder gar auf die Wiedereinführung der Monarchie zerstörte; er beseitigte auch den Zwiespalt in Paris und lieferte die Regierung Frankreichs der radikalen Partei aus, die immer für eine ungünstigere Behandlung Österreichs gewesen war, und er band doch auch den General Bonaparte mehr an seine nunmehr einmütige Regierung und machte ihn unfreier in den Verhandlungen. Eine zweite Hoffnung Thuguts, die ebenfalls nicht als unbegründet bezeichnet werden kann, war die auf Rußland. Der Zar hatte zwar, wie gesagt, eine Unterstützung Österreichs auch noch, nachdem er mit Preußen wieder zerfallen war, abgelehnt; er hatte aber doch vor der

Unterzeichnung der Präliminarien Truppendemonstrationen an seiner Westgrenze anbefohlen. Er war also schon auf dem Wege begriffen, der Suworow auf die Schlachtfelder Italiens führen sollte. Am 12. Juni 1797 erbat Thugut die russische Vermittlung für den Frieden. Allein, auch hier erlebte er eine Enttäuschung; es zeigte sich, daß in Wirklichkeit auf eine tatkräftige russische Unterstützung damals noch nicht zu rechnen sei! England seinerseits verhandelte bis zum Fructidor abermals mit Frankreich wegen des Friedens, bis die siegreichen Radikalen nach dem Staatsstreich den englischen Unterhändler verjagten. Von Preußen berichtete Bonaparte, freilich der Wahrheit nicht gemäß, daß diese Macht im Begriff sei, ein Bündnis mit Frankreich abzuschließen. Unter allen diesen Eindrücken, schließlich infolge der genialen Verhandlungsart Napoleons kam dann der für Österreich gegenüber den Präliminarien so viel schlechtere Frieden zustande. Die Verhandlungen, die übrigens unmittelbar nach dem Leobener Abschluß weitergeführt wurden, waren äußerst verwickelt und schwierig. Gelegentlich schien es zum Wiederausbruch des Krieges zu kommen. Schwierig war auch die persönliche Aufgabe Bonapartes. Zwar war er von vornherein, besonders aber nach dem Ereignis des Fructidor, geneigt, Österreich im endgültigen Frieden mehr abzunehmen als in den Präliminarien. Auf der andern Seite aber war er aus Rücksicht auf die Stimmung des Volkes Frankreichs, und aus militärischen Gründen nicht geneigt, das Wagnis eines neuen Feldzugs auf sich zu nehmen. Auch wollte er dem radikalen Direktorium nach dem Fructidor nicht in seinen wechselnden und zum Teil überaus phantastischen Kombinationen zur Schwächung Österreichs und zur Revolutionierung der Welt folgen. So kämpfte er gewissermaßen mit zwei Fronten.

Die letzten Verhandlungen wurden zwischen Napoleon und dem langjährigen Petersburger Botschafter der Hofburg, dem Grafen Ludwig Cobenzl (dem Vetter des früheren Ministers Philipp Cobenzl, s. oben öfters), geführt, dem die Regierung besonderes Vertrauen schenkte. Cobenzl wurde sehr bald, nachdem die Nachricht von der Revolution des Fructidor in Wien eingetroffen war, zu Napoleon entsandt, bei dem er am 26. September 1797 eintraf. Verhandelt wurde in Udine und dem benachbarten Schlosse Passariano. Auch diese letzten Verhandlungen verliefen äußerst stürmisch, vor allem so oft es sich um das linke Rheinufer handelte. Schwierig war auch die Behandlung des italienischen Gebiets, da Napoleon Österreich zwar, wie er es ja schon lange geplant hatte (s. oben), nun auch die Stadt Venedig zusprach, von dem festländischen Gebiet aber nur noch das Land bis zur Etsch. Schließlich wurde der Frieden in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober in Passariano, dem Aufenthaltsort Napoleons, unterzeichnet. (Offiziell wurde als Ort des Friedensschlusses das Dörfchen Campoformio genannt, das zwischen dem damaligen Wohnort Napoleons und dem Cobenzls, Udine, liegt). Auch dieser Vertrag zerfiel in ein öffentliches und ein geheimes Instrument. In dem ersteren fanden sich die großen Gebietsveränderungen und vornehmlich die Regelung der Verhältnisse

Italiens. Belgien und die Ionischen Inseln wurden Frankreich zugesprochen. Auf dem italienischen Festlande mußte Österreich bis zur Etsch zurückweichen, abgesehen von einem schmalen Landstrich auf ihrem rechten Ufer. Österreich hatte die cisalpinische Republik anzuerkennen. Der vertriebene Herzog von Modena sollte auf Kosten Österreichs, nämlich durch den Breisgau, entschädigt werden. Zum Zwecke der Herbeiführung des Reichsfriedens sollte innerhalb eines Monats ein Friedenskongreß in Rastatt zusammentreten, wo die Vertreter der Reichsfürsten mit Frankreich ohne Vermittelung zu verhandeln hätten. In den geheimen Artikeln wurde Frankreich das linke Rheinufer bis zur Nettemündung bei Andernach zugesprochen; von dort sollte die französische Grenze bis zur Nettequelle zurückweichen und von ihr — die Linie war genau vorgeschrieben — bis einschließlich Venlo gehen. Dadurch blieben die linksrheinischen preußischen Besitzungen beim Reiche, also brauchte Preußen keine Entschädigungen (die ihm die Hofburg nicht gönnte) zu erhalten, ja Frankreich und Österreich sprachen eine gegenseitige Garantie aus, wonach Preußen keinen Gewinn erhalten sollte. Frankreich versprach seine guten Dienste dafür, daß Österreich als Ersatz seiner genannten Verluste und der weiteren Abtretung des Fricktals und Falkensteins das Erzbistum Salzburg und ein Stück Bayerns östlich vom Inn, ferner eine weitere ihm passende Entschädigung in Deutschland erhalte. Österreich und Frankreich verpflichteten sich, dafür zu sorgen, daß die deutschen Fürsten, welche auf dem linken Rheinufer Gebiet einbüßten, auf dem rechten Ufer nach Verabredung mit Frankreich entschädigt würden.

Der Frieden wurde durch unendlichen Jubel der kriegs- und opfermüden Völker Österreichs und Frankreichs begrüßt. Anders war doch die Stimmung mancher maßgebenden Persönlichkeit. In Österreich war vor allem Thugut, seinen richtigen staatsmännischen Blick auch hierin beweisend, durchaus unzufrieden und tief erschüttert. In Frankreich fand man in Regierungskreisen den Frieden vielfach ungenügend, durch den man nicht einmal die natürlichen Grenzen erhalten hatte. In Wirklichkeit kann kein berechtigter Zweifel darüber aufkommen, daß die Unzufriedenheit auf österreichischer Seite weit begründeter war. Österreich büßte, trotz des hohen Wertes des Ersatzes, im ganzen sehr viel an Land und politischem Gewicht ein. Der entscheidende Einfluß in Italien war verloren. Schwerer aber wog noch ein zweites, nämlich die moralische Schädigung, die der Hofburg zugefügt wurde. Sie hatte in die Abtretung so großer Gebiete auf dem linken Rheinufer einwilligen müssen, der sie noch bei den Verhandlungen von Leoben energisch widerstrebt hatte. Es widersprach ihrer eigenen Vergangenheit, die Hand auf geistliches Gebiet zu legen. Ferner hatte sich das Wiener Kabinett bereit finden müssen, einen niedrigen Schacher auch der übrigen deutschen Fürsten unter der Leitung Frankreichs vorzubereiten. Für all das Verlorene konnte selbstverständlich die gemeinsam — von Frankreich so perfide! — verabredete Schädigung des Rivalen Preußen keinen Ersatz bieten. Zu dem eigenen schweren Verlust kam der große Gewinn

des Gegners: Frankreich hatte vor allem maßgebenden Einfluß in Italien errungen und durch den Erwerb der Ionischen Inseln eine kräftige Förderung seiner auf die Herrschaft im Mittelmeer abzielenden Pläne durchgesetzt.

Der Frieden barg im übrigen so viele Keime des Konflikts, daß er sich deutlich nur als Waffenstillstand charakterisierte. Schon jener in Rastatt bevorstehende Ländertausch mußte zu einer ganzen Reihe von Streitigkeiten führen. England ferner kämpfte weiter: war es wahrscheinlich, daß es ihm auf die Dauer mißlingen würde, abermals eine festländische Koalition gegen Frankreich zustande zu bringen? Der wichtigste Grund aber, warum der Friede dem politisch geschulten Blick nur als Waffenstillstand erscheinen mußte, war doch in dem oben hervorgehobenen Moment zu sehen: er bedeutete eine allzu große Demütigung des Hauses Habsburg, das ja damals noch lange nicht am Ende seiner Mittel angelangt war. War es wahrscheinlich, ja war es möglich, daß Österreich, mit den stolzen Traditionen seiner Politik und Kriegführung, sich dabei dauernd beruhigte? Das zu erreichen, dazu hätte doch ein anderes Geschick und ein energischerer Friedenswille von seiten Frankreichs gehört. Diese Tatsache verkannt zu haben, war der schwere Fehler des Direktoriums vor allem, aber doch auch Bonapartes. Es ist, wie öfters, so auch hier, allerdings schwer zu entscheiden, ob es bei ihm nur der auf Selbstüberschätzung beruhende Dilettantismus des alten Schreckensmannes oder auch eine ihm selbst vielleicht nicht klar bewußte Absicht war, was ihn veranlaßte, seine Friedensschlüsse so einzurichten, daß sie die unmittelbaren Keime zu neuem Kriege bargen. Vermutlich beides zugleich! Daß bei diesem Friedensschluß, dessen Einzelheiten den alten Konventsideen oder dem Hirne Bonapartes entsprangen, Dilettantismus mit im Spiele war, wer könnte das verkennen! Gewiß wurde er nach den Methoden auch der zünftigen Diplomatie des achtzehnten Jahrhunderts geschlossen. Allein die Verirrungen dieser Methoden wurden hier doch ins Groteske und Unsinnige gesteigert! — Jene selbe Überschätzung des Geleisteten und jenes falsche Augenmaß in bezug auf das Mögliche, das die Regierung, wie Napoleon damals und noch öfters bewiesen, zeigten sich noch deutlicher als beim Abschluß des Friedens, in einer jener Eroberungen im tiefen Frieden, nämlich in dem gleichzeitigen, in anderem Zusammenhang zu erzählenden Unternehmen gegen die Schweiz, wo gewaltsam eine für Frankreich günstige Verfassungsbewegung mit einer Rücksichtslosigkeit herbeigeführt wurde, als sei Frankreich die einzige Großmacht in Europa.

Napoleon kehrte als der Friedensbringer zurück — gewiß als solcher schon damals weitaus der populärste Mann in ganz Frankreich. Aber dieser Ruhm genügte, wie er sich bald überzeugen mußte, für seine persönlichen Zwecke nicht. Daraus zog er sehr schnell die Konsequenzen; trotz aller bürgerlichen, gelehrten und friedfertigen Allüren wird Bonaparte der vornehmste Träger von Plänen, welche Krieg in sich bargen oder sogar Krieg waren: des Unternehmens gegen die Schweiz und der Expedition nach Ägypten.

Kapitel II.

Emporkommen Bonapartes. Der zweite Koalitionskrieg und der allgemeine Frieden (1798—1802).

A. Vandal, L'avènement de Bonaparte. 2 B. Paris 1903, 1907. Quellen zur Geschichte des Zeitalters der französischen Revolution, hgg. von H. Hüffer. I. Teil: Quellen zur Geschichte der Kriege von 1799 u. 1800. 2 B. Leipzig 1900 f. R. Graf du Moulin-Eckart, Bayern unter dem Ministerium Montgelas I (1799—1800). München 1895. W. Oechsli, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. B. I: Die Schweiz unter französischem Protektorat 1798—1813. Leipzig 1903. Dunant, Relations Diplomatiques de la France et de la République helvétique 1798—1803. Bern 1902 (Quellen zur Schweizer Geschichte XIX). A. Frhr. v. Helfert, Fabrizio Ruffo. Wien 1882. Croce, Relazioni dei Patrioti Napoletani 1799—1801. Napoli 1902.

§ 1. Der Wiederausbruch des festländischen Krieges und der Feldzug von 1799.

H. Frhr. Münch v. Bellinghausen, Protokoll der Reichsfriedensdeputation zu Rastatt. 6 B. Rastatt 1800. Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen. 7 B. Germanien 1799 (Verf. ist K. L. v. Haller). A. Frhr. v. Helfert, Der Rastadter Gesandtenmord. Wien 1874*. Ders., Zur Lösung der Rastadter Gesandtenmordfrage. Stuttgart 1900. H. Hüffer, Der Rastadter Gesandtenmord. Bonn 1896. O. Criste, 2 Arbeiten mit dem Titel: Beiträge zur Geschichte des Rastadter Gesandtenmordes, in Mitteil. d. K. u. K. Kriegsarch. N. F. 11 u. 3. Folge 2. Erstere Arbeit auch als Buch. Wien 1899. M. Spahn, Österreich und der Rastadter Gesandtenmord in Deutsche Rundschau 1909; für weitere Literatur vgl. Dahlmann-Waitz[7] Nr. 7908 und Fournier, Napoleon I[2], 307. H. Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition. 2 B. Gotha 1904 f. C. v. Clausewitz, Die Feldzüge von 1799 in Italien und in der Schweiz. 2 B. Berlin 1833 f. (Hinterl. Werke 5 u. 6). Erzherzog Karl v. Österreich, Geschichte des Feldzugs von 1799 in Deutschland und der Schweiz. 2 B. Wien 1819. (Auch in seinen ausgewählten militärischen Schriften, s. Allg. Bibliographie). D. A. Miljutin, Geschichte des Krieges von Rußland mit Frankreich 1799. Petersburg 1852 (deutsche Übersetzung von F. v. Smitt vorhanden).

Eine der wichtigsten Gründe für den Wiederausbruch des europäischen Krieges lag, wie schon einmal angedeutet wurde, in den Eroberungen im tiefen Frieden, die die französische Republik ohne Rücksicht auf die übrigen Mächte unternahm. Vor allem in Italien sah man ein willkommenes Feld der Ausdehnung. So fiel Rom, im Gegensatz zu der persönlichen Politik Bonapartes, die im Frieden von Tolentino ihren Ausdruck gefunden hatte, nun ganz dem Einfluß Frankreichs anheim. Im Laufe des Jahres 1797 nahm die demokratische Agitation hier immer zu, und zwar unter starker Beteiligung des ältesten Bruders Napoleons, Joseph, die jener lebhaft mißbilligte. Im Dezember 1797 ergab sich auch der erwünschte Zwischenfall. Es kam zwischen dem französischen General Duphot, einer Hauptstütze der Demokraten, und

einer ihrer Scharen einerseits, päpstlichen Dragonern andererseits zu einem regelrechten Straßenkampf, in dessen Verlauf die geschlagenen Aufrührer in die französische Gesandtschaft flohen; von dort aus insultierten sie die Truppen, die sich endlich hinreißen ließen, in den Hof der Gesandtschaft zu feuern. Duphot machte darauf einen Ausfall, bei dem er getötet wurde. Dieses Ereignis gab den erwünschten Anlaß zur Einmischung. Berthier wurde zum Befehlshaber gegen Rom ernannt; Ende Januar 1798 begann er die Operationen und nahm ohne Mühe Kirchenstaat und Hauptstadt. Am 15. Februar 1798 wurde durch die demokratische Partei die römische Republik ausgerufen, der greise Papst unter Insulten abgesetzt und bald nach Siena und dann nach Frankreich geschleppt, wo er in Valence 1799 starb. Die wahre Macht in Rom hatte von da an der Führer der französischen Besatzung, und die Bevölkerung mußte bald erfahren, was diese Tatsache bedeute, seitdem nämlich der in den Augen seiner Regierung viel zu gemäßigte und vornehme Berthier durch Masséna und dieser durch Gouvion St. Cyr ersetzt worden war, die in Rom auf das furchtbarste hausten. Bald darauf entschied sich das Schicksal der S c h w e i z. Hier boten schon lange sich vorbereitende innere Zwistigkeiten den Anlaß zur französischen Einmischung. Es kämpfte eine zentralistisch-demokratische Richtung gegen eine kantonal-aristokratische. Der Führer der ersteren, der Baseler Ochs, der übrigens selbst der Aristokratie seiner Vaterstadt angehörte, war in reger Verbindung mit Frankreich, zuletzt mit Napoleon selbst. Der bedeutendste und zugleich charakterloseste deutsche Historiker der Zeit, Johannes von Müller, wirkte im französischen Sinne und machte selbst den Entwurf einer neuen Verfassung. Es kamen alte Beschwerden der Freiburger und Waadtländer, unter denen die beiden Laharpe agitierten, gegen den führenden Kanton Bern hinzu, Beschwerden, welche aber damals nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung ernstlich interessiert zu haben scheinen. Während seiner Dienstzeit als Gesandter in der Schweiz hatte der staatsmännisch gemäßigte Barthélemy den Ausbruch der Zwistigkeiten unterdrückt. Nachdem er aber die Schweiz verlassen hatte und dann durch den Staatsstreich des Fructidor beseitigt worden war, gelang es der demokratisch gesinnten Partei, die ihre besonderen Bestrebungen über die Selbständigkeit des Landes setzte, eine Bewegung hervorzurufen. Sie war dabei in enger Fühlung mit dem General Bonaparte, der im November 1797 in der Schweiz weilte und sich für dieses Unternehmen, im Gegensatz zu dem römischen, lebhaft interessierte. Diese Bewegungen boten dem Direktorium Gelegenheit, schon im Dezember 1797 einzugreifen. Noch in diesem Monat ließ Bonaparte Truppen an das Südufer des Genfer Sees rücken. Im Januar 1798 setzten sie auf das Nordufer über. Ferner marschierten einige Truppen vom Elsaß her über die Jurapässe, die man frühzeitig besetzt hatte, ein. Der General Brune, ein früherer Blutmensch und Freund Dantons, übernahm den Oberbefehl. Der Widerstand der Schweizer war im ganzen äußerst schwach und wurde fast ausschließlich von Bern geleistet. Es war

doch nur eine Episode, daß an der Sense der Berner Oberst Graffenried in heldenhaftem Angriff gegen eine starke französische Übermacht siegte und 18 Kanonen erbeutete (5. März). Von den übrigen Kantonen kamen statt 27 000 nur 5000 Mann zusammen. Am 6. März 1798 rückte der siegreiche Brune in das schon tags zuvor besetzte Bern ein, wo er alsbald mit den üblichen Räubereien begann. Der Widerstand der drei alten Kantone Schwyz, Uri und Unterwalden dauerte noch bis in den September fort und mußte nach mancherlei kleineren Schlappen, die die Franzosen erlitten, in Strömen von Blut erstickt werden. Längst vorher aber war die helvetische Republik mit zentralistischer Direktorialverfassung nach französischem Muster eingerichtet worden. Ferner mußte die »indivisible« Republik wichtige Gebiete, vor allem Genf, an Frankreich abtreten und im August ein Bündnis mit Frankreich schließen. Daß hier wie in Rom von den französischen Führern enorme Summen für sich wie für ihre Regierung erpreßt wurden, war selbstverständlich, wie es ja ein Hauptzweck dieser Unternehmungen war. So waren also in kurzer Zeit, und zwar in tiefem Frieden mit Europa, wieder zwei Vasallenrepubliken Frankreichs entstanden. Wie streng aber die Herrschaft über diese abhängigen Staaten gehandhabt wurde, zeigten gerade in den damaligen Zeiten, im Frühjahr 1798, Vorgänge in den zwei ältesten dieser Gebilde, in der batavischen und in der cisalpinischen Republik. Hier regten sich in den beiden legislativen Versammlungen, die nach französischem Muster eingerichtet worden waren, bescheidene Selbständigkeitsgelüste Frankreich gegenüber und Bestrebungen, welche der herrschenden schrankenlosen Demokratie ein gewisses Maß auferlegen wollten. In Mailand war der Vorgang im einzelnen folgender. Die Enttäuschung über die Resultate der »Freiheit«, welche die Franzosen den Italienern gebracht, der Zorn über die Räubereien, welche sie allenthalben verübten, und überhaupt der Gegensatz gegen die fremden Unterdrücker begannen auf der Halbinsel ein Nationalgefühl zu erzeugen, welches auch in Mailand wirksam wurde und, verquickt mit antidemokratischen Tendenzen, die legislativen Körperschaften zu einem mutigen Schritt veranlaßte. Dem Vertreter der cisalpinischen Republik in Paris war im Februar 1798 ein Vertrag abgenötigt worden, wonach die Unterwerfung unter Frankreich noch vollständiger und die societas leonina mit dieser Macht noch einseitiger werden sollten: eine selbständige auswärtige Politik sollte der Republik in Zukunft auch der Form nach unmöglich sein; ihr Vertreter hatte sie ferner zur Leistung enormer Beiträge zur gemeinsamen Kriegsrüstung und zu einer hohen Anleihe verpflichtet und kommerzielle Abmachungen unterschrieben, deren ganzer Vorteil auf französischer Seite lag. Da schwang sich die Legislative Mailands dazu auf, diesen Vertrag nicht zu ratifizieren. Frankreich antwortete nach den Methoden des Fructidor mit brutaler Gewalt. Mit den Waffen wurden die beiden Häuser von den »antipatriotischen«, d. h. den nationalen Elementen gesäubert, so daß die »Patrioten«, d. h. die Anhänger Frankreichs, wieder unter sich waren.

Diese ratifizierten dann den schimpflichen und schädlichen Vertrag am 20. März 1798. Dieser Staatsstreich blieb übrigens in Mailand keineswegs vereinzelt. — Ähnlich war der Verlauf in Holland.

Nach Rom und der Schweiz ereilte Neapel sein Schicksal. Hier war freilich der Anlaß ein anderer. In Neapel hatte die Nachricht von Nelsons großem Siege bei Abukir (s. unten) im höchsten Grade aufregend gewirkt und vor allem in der temperamentvollen Königin Marie-Karoline die Hoffnung geweckt, aus der Umklammerung durch Frankreich, dessen Truppen in Rom standen und dessen Flotte Malta genommen hatte und unbehindert nach Ägypten gesegelt war, zu entrinnen und für alle erlittenen Demütigungen sich zu rächen. Mit der Königin fühlte aber damals die Mehrzahl der neapolitanischen Bevölkerung. Derartige Stimmungen nutzte Nelson, der am 22. September 1798 frisch von seinem Siege her angelangt war, zwar noch krank an der Wunde, die er bei Abukir erhalten, aber in überaus gehobener Stimmung — die man als eine Mischung von Sieges- und Liebesrausch bezeichnen kann, den er der Gunst der Lady Hamilton verdankte — auf das erfolgreichste aus. Es war das einzige Mal in seinem Leben, daß der gewaltige Seemann einer mächtigen, sinnlichen Leidenschaft die Zügel schießen ließ. Wie das aber bei großen Männern der Tat auch sonst zu beobachten ist, verstand er es, ohne daß darum in diese Leidenschaft selbst, der er sich vielmehr mit fast kindlicher Naivität hingab, sich auch nur eine Spur von Berechnung mischte, sie dennoch seinen politischen Aufgaben dienstbar zu machen: seine Geliebte, deren Reize er sogar in seinen amtlichen Depeschen an die Lords der Admiralität streifte, die frühere Chansonette und damalige Gattin des britischen Gesandten in Neapel, war eine intime Freundin der Königin und als solche Nelson bei dem Versuch, das Königreich zum Kriege mit Frankreich hinzureißen, äußerst wertvoll. Seine Bemühungen, die übrigens mit den Ideen seiner Regierung keineswegs übereinstimmten, waren von überraschend schnellem Erfolg gekrönt. Neapel wandte sich an Österreich mit der Bitte um einen General, der imstande wäre, die neapolitanische Armee kriegstüchtig zu machen und sie anzuführen. Das Wiener Kabinett, das freilich, ebenso wie das von S. James, entschieden gegen ein einseitiges Losschlagen Neapels war, sandte den vielfach überschätzten General Mack, der indessen seiner überaus schwierigen Aufgabe keineswegs gewachsen war. Er erklärte erstaunlicherweise seine Bewunderung für die Armee des Königreichs beider Sizilien und trug wesentlich zu dem leichtfertigen Entschluß bei, in den Kirchenstaat einzurücken. Am 24. November 1798 wurde dieser Plan ausgeführt, während gleichzeitig Nelson 5000 Mann auf seinen Schiffen nach Livorno führte, die von dort aus im Bunde mit dem Großherzog von Toskana gegen die Franzosen zu wirken hatten. Die Armee Neapels hatte zunächst vollkommenen Erfolg. Die überraschten französischen Truppen wurden unter Preisgabe von Rom im Norden des Kirchenstaates zusammengezogen. Schon am 29. November wurde Rom von den Neapolitanern besetzt, die sich

hier in wenigen Tagen ebenso verhaßt machten, wie es die Franzosen gewesen waren. Bei dem Versuch, den Rest des Kirchenstaates zu erobern, sind sie dann vollständig gescheitert. Der französische General Championnet schlug die einzelnen Abteilungen von Macks Heere in einzelnen Treffen, besetzte Rom am 9. Dezember wieder, jagte die Reste des haltlosen Feindes aus dem Kirchenstaat hinaus und besetzte mühelos bedeutende Teile des Königreichs Sizilien. Die königliche Familie floh auf Nelsons Schiffen nach Palermo (21. Dezember 1798). Ernstlicheren Widerstand fanden die Franzosen dagegen bei den niederen Schichten der Bevölkerung, vor allem der Hauptstadt Neapel, das schließlich erst nach verzweifeltem Straßenkampf genommen wurde. Unmittelbar darauf, am 23. Januar 1799, wurde aus dem festländischen Gebiet Neapels die sogenannte parthenopeische Republik verfertigt und auch ihrerseits mit einer Direktorialversammlung nach französischem Muster beschenkt. Es fehlten auch hier nicht die üblichen Begleiterscheinungen: Plünderung und Raub, Erpressung von Geld und Kunstgegenständen, vor allem nachdem der rechtliche Championnet als zu milde den Oberbefehl an Macdonald hatte abgeben müssen, so daß auch hier der Boden bald für einen neuen gründlichen Umschwung der Dinge geebnet war. — Schließlich war schon vor dem Ende des Feldzugs gegen Neapel ein weiteres erhebliches Stück Italiens der französischen Machtsphäre einverleibt worden, Piemont, und zwar hauptsächlich wegen seiner überragenden militärischen Bedeutung. Der Vorwand war leicht gefunden. Die erwünschten inneren Wirren wurden von im Solde Frankreichs stehenden Demagogen hervorgerufen, worauf französische Truppen einmarschierten und der König zur Abdankung gezwungen wurde (9. Dezember 1798).

In so gewaltiger Weise waren die Macht und der Einfluß Frankreichs, vor allem in Italien, in etwas über einem Jahre nach dem Frieden von Campoformio ausgedehnt worden. In dieser Tatsache lag, abgesehen von den für Österreich so ungünstigen Bedingungen des Friedens, der Hauptgrund für den Wiederausbruch des festländischen Krieges. Es kam aber noch eine Reihe von Reizungen von seiten der französischen Diplomatie hinzu, deren damalige Vertreter, meist brutale Emporkömmlinge, in rücksichtslosen Beleidigungen vor allem der deutschen Mächte und gerade auch Österreichs, sich nicht genug tun konnten. Schon im April 1798 wäre der Krieg zwischen Frankreich und Österreich wegen des überaus herausfordernden Benehmens des Wiener Gesandten Frankreichs — es war Bernadotte, der spätere König von Schweden — beinahe wieder ausgebrochen. Fortwährend dauerten aber die Reizungen an auf dem Kongreß, der nach den Abmachungen von Campoformio eigentlich dem Frieden zwischen den Reichsständen und Frankreich dienen sollte, der aber eben wegen der genannten Verhältnisse und wegen des Inhalts und der Vergeblichkeit der Verhandlungen in Wirklichkeit sein gutes Teil zum Wiederausbruch des Krieges beitrug. Der Rastatter Kongreß tagte vom Dezember 1797 bis zum April 1799.

Es vereinigten sich auf ihm Vertreter Frankreichs, unter denen sich anfangs auf kurze Zeit Napoleon befand, mit solchen Österreichs, Preußens und der Reichsstände. Hier feierten nun der Übermut und die Brutalität der Franzosen in der Form wie in der Sache ihre größten Triumphe gegen die deutschen Staaten und auch gerade das anfangs allzu nachgiebige Österreich. Aus dem Gewirr der Verhandlungen können nur die Hauptzüge hervorgehoben werden. Infolge der Schwäche Österreichs und der Begehrlichkeit der übrigen in Frage kommenden Staaten erreichte es Frankreich ziemlich mühelos, daß das linke Rheinufer nun nicht nur bis zur Nette, sondern ganz abgetreten wurde (März 1798). Die auf dem linken Rheinufer begüterten Fürsten hatten ein feines Gefühl dafür, daß sie, wenn sie sich mit Frankreich gut stellten, für die linksrheinischen Verluste überreich entschädigt werden könnten. So wurde denn hier in Rastatt ein häßliches Wettkriechen vor Frankreich veranstaltet, das alles, was von deutschen Fürsten in dieser Hinsicht bisher geleistet worden war, doch noch weit überbot. Bei dieser Politik stießen aber die deutschen Fürsten auf heftige Opposition. Denn es war klar, daß jene Entschädigungen für linksrheinische Verluste in erster Linie in geistlichem Gebiet bestehen sollten. Gegen Säkularisationen in größerem Stile war aber Österreich, dessen Machtstellung im Reiche in so weitgehender Weise auf der Unterstützung der geistlichen Staaten beruht hatte, nach wie vor auf das stärkste eingenommen. Machten schon diese Verhältnisse eine geschlossene deutsche Politik Frankreich gegenüber unmöglich, die Verhandlungen unfruchtbar und die französischen Gesandten übermütiger, so kam noch ein Gegensatz hinzu, welcher in diesen beiden Richtungen von noch weit größerer Bedeutung war: der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich. Die Lage war die, daß Preußen sich in seinen Verträgen mit Frankreich Entschädigungen für linksrheinische Abtretungen hatte zusichern lassen (s. oben), daß dann aber in Campoformio Österreich zugesagt worden war, daß Preußen sein linksrheinisches Gebiet nicht verlieren solle, wodurch ihm die Möglichkeit genommen worden wäre, sich Entschädigungen zu verschaffen. Nun aber war dennoch die Abtretung des ganzen linken Rheinufers erfolgt, und zwar unter lebhafter Beteiligung der preußischen Diplomatie, welche wie die der übrigen deutschen Staaten voraussah, daß diese Entschädigungen überreich ausfallen würden, und die überdies damals noch auf die westlichen, fern vom Mittelpunkt des Staates gelegenen Gebiete im allgemeinen weniger Wert legte. In dieser Lage nun war die Mehrzahl der Gesandten der deutschen Staaten, schon weil sie in derselben Lage waren wie Preußen, und um ein Präjudiz für eigene bedeutende Entschädigungen zu schaffen, auf preußischer Seite. Österreich aber widerstrebte auf das heftigste, und bald ging das Wiener Kabinett so weit, zu erklären, es wolle auf jede Vergrößerung in Deutschland, also auch auf die in Campoformio in den geheimen Artikeln ausbedungene, verzichten, wenn Preußen ebenfalls dazu bereit sei. Das war nun aber keineswegs der Fall. In dieser Situation, die ein

eigentliches Vorrücken der Arbeiten des Kongresses unmöglich machte — wenn man diese auch als Vorbereitung der Einzelbestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses nicht unterschätzen darf — und ein vollkommenes Überwiegen des französischen Einflusses bedeutete, hatte Kaiser Franz sich schon im März 1798 an den Zaren gewandt, der in seiner außerordentlichen Machtstellung die Früchte der Leistungen seiner Mutter genoß, mit der Bitte, die Vermittlung zwischen den drei Großmächten in der deutschen Frage zu übernehmen. Paul war zwar dazu bereit, der österreichische Plan schlug aber dennoch insofern fehl, als der Zar, der früher zeitweilig durch den Gedanken an preußische Vergrößerungen in heftige Empörung geraten war, sich diesen gegenüber jetzt keineswegs mehr so ablehnend verhielt, wie die Hofburg gehofft hatte. Immerhin war durch diesen Schritt eine wichtige Anknüpfung an Rußland gegeben und die hauptsächlich durch Pitts Bemühungen sich bildende Koalition (s. unten) erleichtert. Die Hoffnung auf Verhinderung der preußischen Entschädigungen aber war gescheitert und nun ergriff Österreich notgedrungen den Gedanken, möglichst viel für sich herauszuschlagen. Diesem Versuch diente hauptsächlich die Konferenz von Selz, wo Ludwig Cobenzl im Sommer 1798 mit François de Neufchâteau verhandelte. Er suchte eine bedeutende Vermehrung des österreichischen Besitzes in Italien und größeren Gewinn in Deutschland auf Kosten von Bayern durchzusetzen. Indessen war Frankreich weit entfernt, auch nur das eine zu bewilligen; man vertröstete vielmehr das Wiener Kabinett im Zusammenhang mit dem ägyptischen Unternehmen (s. unten) auf eine Aufteilung der Türkei unter Frankreich, Österreich und Rußland. Hierzu war nun aber Österreich seinerseits nicht geneigt, und die Konferenz endigte Anfang Juli 1798 mit einem vollen Mißerfolg. Das bedeutete eigentlich schon den Krieg und die Auflösung des Rastatter Kongresses. Dieser Friedenskongreß tagte indessen — ein häßliches Spottgebilde, das lediglich den Interessen Frankreichs diente — noch viele Monate weiter, während Frankreich schon lange Ehrenbreitstein belagerte; er tagte auch noch weiter, als der eigentliche Krieg schon erklärt und ausgebrochen war. (Ermöglicht wurde Frankreich dieses Spiel nur dadurch, daß es den deutschen Fürsten in ihrem Interesse zu liegen schien, trotz allem über ihre Entschädigungen weiter zu verhandeln.) Ja, auch noch als das Herannahen der siegreichen österreichischen Armee die Gesandten der deutschen Fürsten auseinandergesprengt hatte (April 1799), verweilten die drei Vertreter des Direktoriums Bonnier, Roberjot und Jean de Bry noch immer unter dem Schutze ihrer völkerrechtlichen Stellung in Rastatt und sie blieben sogar noch, als die Stadt schon von österreichischen Truppen umgeben war. Erst auf die zweite kategorische Aufforderung des Kommandeurs des ungarischen Szekler Husarenregiments hin verließen sie Rastatt in der Nacht des 28. April 1799. Und nun ereilte sie ihr Schicksal. Unmittelbar außerhalb der Tore der Festung wurden sie von Männern in der Uniform der Szekler Husaren überfallen und zwei von ihnen erschlagen, während der dritte,

Jean de Bry, verwundet entkam. Die Gesandtschaftspapiere wurden von den Tätern fortgeführt. So in Kürze der Vorgang, der in so außergewöhnlicher Weise und gewiß über Gebühr das Interesse der Historiker geweckt hat. Über Gebühr — denn, wenn auch die Untat die Leidenschaftlichkeit des Streites zweifellos erhöht hat, kann doch kaum behauptet werden, daß sie in irgend erheblicher Weise die Geschicke der Welt beeinflußt hätte: war der neue Krieg doch schon ausgebrochen ehe der Gesandtenmord begangen wurde!

In der schier unübersehbaren Literatur über den Gesandtenmord finden sich die verschiedensten Hypothesen vor allem über seine Urheber und seine Zwecke. Im folgenden kann nur auf einiges Wenige hingewiesen werden. Es ist zunächst versucht worden, die Frage zu beantworten, wer die Täter waren. Daß sie die Uniform des genannten Husarenregiments trugen, ist sicher. Aber die Frage ist, ob die Täter wirkliche oder verkleidete Husaren waren? Wenn es verkleidete waren, sind wieder mehrere Möglichkeiten vorhanden. Man hat an »schwäbische Räuber« gedacht — und, in der Tat, es wurden nicht nur die Papiere, sondern auch die Kostbarkeiten der Gesandten geraubt. Mehr für sich hat freilich n. u. A. unter der Voraussetzung der Verkleidung die Annahme, daß es sich um Emigranten handelte — solche waren nachweislich in der Nähe —, die, wie es ja in den damaligen Jahren in Frankreich selbst vielfach geschah, sich durch Ermordung von Beamten der Republik für die Hinschlachtung, Mißhandlung und Beraubung ihrer Verwandten rächten. — Unter der Voraussetzung, daß wirkliche Szekler Husaren die Tat vollbrachten, kann angenommen werden, entweder, daß die Wiener Regierung sie ganz oder zum Teil zu verantworten hat, oder aber, daß irgendeine weniger hohe Instanz, sei es der Brigade- oder Regimentskommandeur, oder der betreffende Schwadronschef das Unternehmen ganz oder zum Teil (d. h. etwa lediglich die Erbeutung der Papiere) befohlen hat. Zu diesen Hypothesen tritt noch eine ganze Reihe anderer, zum Teil recht abenteuerlicher. Man hat an die Königin Karoline von Neapel als die Schuldige gedacht. Böhtlingk hat die seltsame Ansicht vertreten, Bonaparte, der doch damals fast ein Jahr von Europa abwesend und in Ägypten und Syrien von der Verbindung mit der Heimat nahezu ganz abgeschnitten war, sei der Urheber des Rastatter Gesandtenmords! Weit verbreitet war in der damaligen Zeit selbst, auch gerade in Frankreich, wo man der eigenen schurkischen Regierung jede Untat zutraute, die Ansicht, daß das Direktorium den Mord zu verantworten habe, da es dadurch in dem friedensbedürftigen Frankreich für den Krieg habe Stimmung machen wollen, wobei man wieder (unter der Voraussetzung der Verkleidung) an direkte Anstiftung denken oder aber annehmen konnte, das Direktorium habe eine Tat der Rache gegen die verhaßten und brutalen Gesandten von seiten des österreichischen Militärs bestimmt vorausgesehen und sie deswegen so lang in Rastatt gelassen.

Es wird kaum je, wenn nicht unerwarteterweise neues Material zutage tritt, vollständige Sicherheit über den Rastatter Gesandtenmord zu erzielen sein. Indessen kann doch wohl folgendes festgestellt werden: von den beiden Annahmen, wirkliche oder verkleidete Husaren, hat nach der in den Quellen zu findenden Schilderung der Vorgänge die erstere mehr für sich. Entschließt man sich für sie, so wird man weiterhin den Gedanken, daß die österreichische Regierung den Mord in aller Form befohlen habe, wohl ausschalten dürfen. Abgesehen davon, daß wir keinen Grund haben, ihr eine derartige verbrecherische Tat zuzutrauen, muß berücksichtigt werden, daß sie durch sie allzuviel aufs Spiel gesetzt hätte. Mancherlei spricht dagegen dafür, daß die österreichische Regierung sich in den Besitz der Gesandtschaftspapiere habe setzen wollen. Es gibt zu denken, daß drei Tage vor dem Mord ein französischer Kurier seiner Papiere beraubt wurde. Auch die Art und Weise, wie von der Regierung die Untersuchung geführt wurde, macht eine gewisse Beziehung zu der Tat eigentlich wahrscheinlich. Es bliebe dann die Möglichkeit, daß der Mord — im Gegensatz zu dem Raub der Papiere — aus-

schließlich den ausführenden Mannschaften des Husarenregiments zuzuschreiben sei. Das freilich dürfte nach der offenbar planmäßigen Art der Ausführung immerhin unwahrscheinlich sein, und man möchte doch eher geneigt sein, den Befehl irgendeines Offiziers anzunehmen. Das führt dann hinüber zu einer weiteren Möglichkeit, die ernstlich in Betracht kommt. Trotz der die Regierung im obigen Sinne belastenden Momente muß es doch noch als durchaus möglich bezeichnet werden, daß sie unbeteiligt ist. Dann wäre, unter obiger Voraussetzung, für die ganze Tat ein österreichischer Offizier verantwortlich, der entweder, sich zum Organ einer weitverbreiteten Stimmung machend, aus Haß und Rachsucht gegen die brutalen Vertreter Frankreichs, oder aber auch aus Berechnung gehandelt hätte, in dem Glauben nämlich, seiner Regierung einen Gefallen zu tun, und wohl auch in dem bei der damaligen Situation für den einfachen Verstand durchaus begreiflichen Irrtum, die drei Gesandten könnten, da der Kongreß zu Ende und der Krieg erklärt war, nur noch als Spione des Feindes aufgefaßt werden.

Zu der Zeit, als der Friedenskongreß mit einer Tat des Schreckens endigte, war längst der Krieg einer neuen großen Koalition gegen Frankreich ausgebrochen. Diese Koalition zusammengebracht zu haben, war in letzter Linie das Verdienst Pitts. Verhältnismäßig leicht war das entscheidende und neue Eingreifen Rußlands in den Krieg zu erreichen, das eine völlige Abkehr des Zaren von der Politik bedeutete, die er in der ersten Zeit seiner Regierung befolgte (vgl. oben). Eine Vorbedingung dieses Umschwungs war es, daß unter den zahlreichen, zum Teil so unglücklichen Reformen, in die sich der wenig temperierte Eifer des Zaren gestürzt hatte, sich doch einige fanden, welche die russische Politik aktionsfähiger machten. Es ist unverkennbar, daß Paul die Finanzen von der Unordnung befreite, in die sie unter der Regierung seiner Mutter geraten waren; er stellte das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ab, verringerte die Masse des kursierenden Papiergeldes und konnte dennoch Staatsschulden abtragen und den Sold der Truppen erhöhen. Er reinigte die Verwaltung des Heeres von einer Reihe von Mißbräuchen und brachte Heer und Flotte auch sonst, vor allem numerisch, zweifellos in die Höhe. Damit waren die Vorbedingungen gegeben für jenen Umschwung in der Politik des Zaren, der seinerseits selbst auf die auswärtigen Verhältnisse zurückzuführen ist. Schon das Jahr 1797 mit den großen Erfolgen der Franzosen, schon die Paul bekannt werdenden Hoffnungen Preußens auf so starke Vergrößerungen im Bunde mit Frankreich stellten den Zaren auf eine harte Probe. Sehr viel lebhafter noch wurde er durch die Ereignisse des Jahres 1798 erregt, nämlich durch die geschilderten Eroberungen Frankreichs im Frieden, vor allem aber durch die Meldung, daß Frankreich unter die abhängigen Republiken, die es allenthalben errichtete, auch Polen aufzunehmen gedenke. Dieser Plan versetzte Paul in solche Wallung, daß er, mit einer jener schroffen Maßregeln, zu denen er sich öfters hinreißen ließ, allen Franzosen verbot, Rußland überhaupt nur zu betreten, ein Verbot, das er bald auf alle Fremden ausdehnte — denn konnten sich nicht unerkannt Franzosen darunter befinden? Es trafen dann bald die Nachrichten von der Ausrüstung einer großen Flotte in Toulon ein — es war die ägyptische Flotte Napoleons, — über deren Bestimmung man nichts Sicheres

erfahren konnte. Aber, lag es nicht nahe, daß diese Flotte sich dem Balkan zuwenden und so Rußland in seinen vornehmsten Interessen bedrohen werde? Auch dieser Gedanke erregte den Zaren Paul auf das höchste. Besonders nahe ging ihm dann die Eroberung Maltas (s. unten), da ihm diese eine dauernde Festsetzung Frankreichs im Mittelmeer zu bedeuten schien, da der Zar ferner eine alte Vorliebe für den Malteserorden hegte, dessen Protektorat er überdies kürzlich übernommen hatte. Dann zeigte es sich durch die Eroberung Ägyptens, welches das Ziel der Expedition gewesen war. Die Franzosen hatten zwar nicht einen Angriff auf den Balkan unternommen, wohl aber hatten sie mit der Aufteilung der Türkei begonnen, also sich auf ein Gebiet gewagt, das Paul nun einmal für eine Domäne der russischen Politik hielt. Eifrig schürte er den Widerstand der Türkei gegen Frankreich, ja er schickte eine Flotte ins Mittelmeer, um mit den Türken zu kooperieren. So wurde dieser überaus wichtige Bundesgenosse reif für die Koalition. Nachdem er schon vorher im allgemeinen Österreich Hilfe zugesagt hatte, schloß er im Juli 1798 eine Militärkonvention in aller Form ab, wonach er ein Hilfskorps von 60 000 Mann stellen wollte; die Ausrüstung dieser Armee ging freilich langsam vonstatten. Aber die Franzosen sorgten ja zur Genüge dafür, daß der Eifer des Zaren nicht erkalte. Die Angebote der französischen Regierung, welche gemäß den oben dargelegten Plänen dem Zaren die Teilung der Türkei vorschlug, lehnte er gegen den Rat einiger seiner Minister im August 1798 ab. Viele Malteserritter wurden in Rußland aufgenommen und nicht ungeschickt ernannte jetzt der zersprengte Orden den Zaren zu seinem Großmeister, welche Würde Paul gegen Ende Oktober 1798 auch annahm. Zu diesen Einflüssen gesellten sich selbstverständlich die Englands, das mit Unermüdlichkeit an dem Zustandekommen einer Koalition zwischen Österreich, Rußland und England arbeitete, die den Kern des Widerstands gegen Frankreich bilden sollte. Bald war der Zar so weit, sogar einem regelrechten Kriegsplan zuzustimmen, wonach ein englisch-russisches Korps gegen Holland operieren sollte. Das förmliche Bündnis zwischen Rußland und England kam am 28. Dezember 1798 zustande. Als sein Zweck wurde es hingestellt, Frankreich auf die Grenzen zu beschränken, die es vor der Revolution innegehabt. Rußland sollte gegen englische Subsidien ein Heer von 45 000 Mann aufstellen. Unbedingt verpflichtet zur Einsetzung dieser Truppen hatte sich der Zar allerdings nur unter der Bedingung, daß Preußen für den Kampf gegen den gemeinsamen Feind gewonnen würde. In diesem Punkt aber erwartete die Verbündeten eine Enttäuschung.

Denn, war der Erfolg der englischen und österreichischen Verhandlungen in Petersburg sehr erfreulich gewesen, so trog dagegen die Hoffnung, Preußen für die werdende Koalition zu gewinnen. Der neue König F r i e d r i c h W i l h e l m III. (1797—1840) war zwar in seiner persönlichen Art, nüchtern, temperamentlos, von musterhafter Sittlichkeit, wie er war, von seinem Vater überaus verschieden; allein

mit der letzten Wendung, die dessen Politik genommen hatte, war er durchaus einverstanden. Ja, die Friedens- und Neutralitätspolitik entsprach seinem Wesen, seinen Ansichten und Stimmungen, die sich nicht über die des Durchschnittsbürgers der Zeit erhoben, auf das vollkommenste. So fanden denn die Vorschläge Thuguts, der nach kurzer Pause die Leitung der Regierung wieder übernommen und sich vor allem im Juli 1798 an Preußen gewandt hatte, in Berlin nur Ablehnung. Auch durch alle englischen Bemühungen war Friedrich Wilhelm III. nicht zu bewegen, in den Krieg einzutreten. Ebensowenig ging er allerdings auf Anträge der französischen Regierung ein, welche ihm ein Bündnis vorgeschlagen hatte.

Lange Zeit schließlich schien es, als ob auch ein englisch-österreichisches Bündnis nicht zustandekommen sollte. Wir erinnern uns der Mißstimmungen zwischen England und Österreich, welche mit dazu beigetragen hatten, letztere Macht zum Frieden mit Frankreich zu bewegen. Es handelte sich dabei um die Subsidienzahlung und die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer. Es war seit dem Mai 1797 die Frage der Zurückzahlung der britischen Subsidien durch Österreich hinzugekommen, über die in äußerst gereizter Weise hin und her korrespondiert wurde. Der eine Konflikt wurde nun zwar behoben, indem Nelsons Flotte im Frühjahr 1798 im Mittelmeer erschien. Damit war aber doch nur e i n Hindernis für einen neuen Bund beseitigt. Den britischen Diplomaten kam die österreichische Politik lange Zeit erbärmlich, zweideutig und rätselhaft vor. Und zweifellos ist, daß sie, mehr als vorsichtig, die hauptsächliche Schuld daran trug, daß Frankreich nicht in einem noch ernsteren Moment der Schwäche und mangelnden Kriegsbereitschaft angegriffen wurde, als es dann Anfang 1799 geschah. Auch als Österreich der russischen Hilfe versichert war (s. oben), ließ sich das Wiener Kabinett nicht zu größerer Entschlossenheit vorwärts treiben. Nun wollte man, übrigens mit nicht ganz unberechtigter Vorsicht, erst Taten sehen. Das russische Hilfskorps kam sehr langsam heran, erst im Dezember erreichte es österreichisches Gebiet; dazu kam, daß es kaum halb so stark war, wie ausbedungen. Über das vorzeitige Losschlagen Neapels war die Hofburg äußerst aufgebracht und sie erfüllte keineswegs die Hoffnungen, die Nelson im Gegensatz zu seiner Regierung hegte, daß sie sich durch das kleine Reich zu energischen Schritten hinreißen lassen würde. Im November 1798 schlug England dem Wiener Kabinett vor, daß die Unabhängigkeit der Schweiz und Hollands, das mit Belgien zu vereinigen sei, Vorbedingung des definitiven Friedens sein solle. Österreich wurde als Entschädigung für die im Kriege gegen Frankreich zu bringenden Opfer der Wiedererwerb Mailands in Aussicht gestellt. Aber gegenseitiges Mißtrauen und andauernder widerlicher Zwist über die Zurückzahlung der englischen Kriegsanleihen durch Österreich verhinderten noch lange den Abschluß eines Bündnisvertrages, der erst, als der Krieg schon seinem Ende zuneigte, am 20. Juni 1800 zustande kam. So bildeten denn die Bündnisse zwischen England und Rußland und

zwischen Österreich und Rußland den Kern der zweiten Koalition, der im Lauf der Zeit noch Portugal, die Türkei, einige deutsche Staaten (vornehmlich Bayern und Württemberg) und eine Anzahl ganz oder teilweise depossedierter Fürsten, vor allem Italiens, wie Neapel, der König von Sardinien und der Papst, dazu der Oranier, beitraten. Frankreich war dieser überaus gefährlichen Koalition gegenüber, was das Soldatenmaterial und — trotz der Erpressungen auf Kosten der italienischen Staaten — auch was die finanziellen Mittel anging, außerordentlich schlecht gerüstet. Dementsprechend waren auch die anfänglichen Resultate der Kriegführung.

Wenn man von dem Seekrieg absieht, wurde im Jahre 1799 hauptsächlich auf vier Kriegsschauplätzen gekämpft: in Holland, am Oberrhein, in der Schweiz und in Oberitalien. Von diesen vier Kriegsschauplätzen waren die zwei südlichsten entschieden die wichtigsten. Der holländische kam erst vom September an vorübergehend in Betracht. Hier landeten, nach einem Vertrag zwischen England und Rußland vom Juni 1799 Ende August Engländer und im September etwa 15 000 Russen im äußersten Norden des Landes, um dieses von dort aus dem Feind zu entreißen. Den Oberbefehl führte der Herzog von York. Umgekehrt spielte der rheinische Kriegsschauplatz nur im Frühjahr vorübergehend eine größere Rolle. Hier waren — Ehrenbreitstein war längst noch im tiefen Frieden genommen worden (Ende Januar) — noch vor der Kriegserklärung vom 12. März 1799 zwei französische Heere über den Rhein gegangen und durch den Schwarzwald vorgedrungen. Das eine von ihnen gelangte bis an den Inn. Da aber wurde das andere, das Jourdans, am 25. März 1799 vom Erzherzog Carl bei Stockach entscheidend geschlagen, worauf beide, von den Siegern matt verfolgt, sich über den Rhein zurückretteten.

Weit vernichtender fielen die Schläge auf die Franzosen auf den zwei wichtigsten Kriegsschauplätzen des Jahres, in der Schweiz und in Italien. Auf beiden kämpften Österreicher und Russen, in der Schweiz unter österreichischem Oberbefehl, nämlich dem des von Deutschland hierher gerufenen Erzherzog Karl, in Italien unter dem des russischen Feldmarschalls Suworow. Dieser im Dienste ergraute Soldat, der sich besonders bei der Niederwerfung der Polen 1794 ausgezeichnet hatte, ein Freund rücksichtsloser Offensive mit dem Bajonett, und als solcher unvergänglichen Ruhmes sicher, brachte doch in seiner schroffen, eifersüchtigen, etwas verrückten Art, »halb Kind, halb Wilder«, wie er war, schon durch seine Persönlichkeit ein Element des Zerfalles in die Koalition. Zunächst aber wurde auf diesen Kriegsschauplätzen nacheinander eine Reihe glänzendster Erfolge gegen die Franzosen errungen. Zuerst besiegte in Italien am 27. April 1799 Suworow die Franzosen unter Moreau bei Casano. Etwa einen Monat später, am 25. Mai, erlitt auf schweizerischem Boden Masséna eine schwere Niederlage von seiten der Verbündeten unter Erzherzog Karl bei Zürich. Bald folgte der dritte Schlag: Macdonald war von Neapel herbeigeeilt, um in Oberitalien das Kriegsglück wieder herzustellen. Er wurde

aber auch seinerseits von Suworow an der Trebbia am 17./19. Juni nach tapferer Gegenwehr vernichtend geschlagen. Darauf machte das Direktorium bedeutende Anstrengungen. Es schickte den sieggewohnten General Joubert mit einem großen, freilich ganz ungenügend gerüsteten Heer nach Italien. Dieser Schritt hatte auch eine besondere innerpolitische Bedeutung. Kürzlich war der frühere Abbé Sieyès, der einst durch seine Flugschrift über den dritten Stand billigen Ruhm erworben hatte, in das Direktorium eingetreten; zum zweiten Male sollte er nun eine seine Fähigkeiten weit übersteigende Rolle übernehmen. Er plante von vornherein, aus sachlichen wie persönlichen Gründen, angeekelt durch die Mißwirtschaft der Regierung und hoffend, selbst an die leitende Stelle kommen zu können, eine Verfassungsänderung mit Hilfe eines siegreichen Generals. Hierzu hatte er zuerst Joubert ausersehen, von dem er hoffte, daß er auf den italienischen Schlachtfeldern sich den dafür nötigen frischen Ruhm holen würde. Da aber erlebte das französische Volk und insbesondere Sieyès eine furchtbare Enttäuschung. Joubert wurde am 15. August von Suworow und dem Österreicher Melas bei Novi nach blutigem Ringen entscheidend geschlagen, wobei der französische Führer den Heldentod fand. Die strategischen Folgen waren außerordentlich. Die Franzosen waren aus dem eigentlichen Italien hinausgeschlagen und standen wieder wie 1792—1796 hinter den Apenninen in der Riviera und hinter den Alpen. Jeder dieser vier großen Siege hatte nun auch bedeutende politische Folgen gehabt: nach jedem nämlich brach eines der von den Franzosen hergestellten, künstlichen Staatsgebilde zusammen: nach dem Sieg bei Casano die cisalpinische Republik, nach dem bei Zürich die helvetische; räumlich weit größere Wirkungen hatte die Schlacht an der Trebbia: die parthenopeische Republik fand ihr Ende und das Königshaus kehrte nach Neapel zurück. Nach dem Untergang Jouberts schließlich löste sich die Regierung der ligurischen Republik auf. Vor allem in Neapel vergingen sich dabei die siegreich zurückkehrenden Gewalten schwer durch Grausamkeit und Blutvergießen. Hier hat auch Nelson seinen Ruhm befleckt, indem er die Kapitulationen, welche Ruffo und der britische Kapitän Foote den demokratischen Besatzungen der Kastelle Nuovo und dell'Uovo gewährt hatten, die freilich wohl noch nicht rechtskräftig gewesen sind, mißachtete und auch sonst Härte und Blutdurst zeigte.

Zu den vier genannten Hiobsposten kam als fünfte, Anfang September, die Nachricht von der schon erzählten, gelungenen Landung der Engländer und Russen in Holland und der Wegnahme der batavischen Flotte bei Texel. Die Lage der französischen Republik mußte als ernst im höchsten Grade erscheinen. Da aber hat sich das Blatt vollkommen gewandt. Und zwar im Felde zuerst auf dem zuletzt genannten nördlichsten Kriegsschauplatz. Bei ihrem weiteren Vormarsch wurden die Verbündeten von General Brune bei Bergen mit empfindlichen Verlusten abgewiesen (19. September). Als dann noch dazu Krankheiten ausbrachen, schloß der Herzog von York am 18. Ok-

tober 1799 in Alkmaar eine Konvention mit General Brune ab, durch die er die Reste des Heeres der Verbündeten rettete und auch die eroberte holländische Flotte behalten durfte. Trotzdem mußte dieser Versuch als vollständig gescheitert gelten. Sehr viel wesentlicher als das Mißlingen dieses Unternehmens, das doch mehr eine Episode darstellte, war aber die Tatsache, daß, trotz ihrer glänzenden Erfolge, auch diese Koalition auseinanderzufallen begann. Ein Grund für diese bedauerliche Tatsache lag in den Reibereien zwischen den italienischen Heeren beider Mächte. Suworows Hochmut und wechselnde Laune und das vielfach barbarische Verhalten seiner Truppen reizten berechtigterweise die österreichischen Offiziere. Auf der anderen Seite zeigten diese oft und unzweifelhaft auch in kleinlicher Weise ihre Eifersucht auf die siegreichen Russen: es war kar, daß der Held dieses Feldzuges, trotz der zwei bedeutenden Siege des Erzherzogs, Suworow war; er war es, der die Franzosen aus Italien, das die Österreicher nicht zu halten vermocht hatten, wieder hinausgeworfen hatte. Statt sich nun mit dieser Tatsache abzufinden, ließen sich die Österreicher zu einer Reihe von Unfreundlichkeiten gegen die beneideten Russen hinreißen. Suworow seinerseits war erzürnt über die fortwährenden Bevormundungsversuche von seiten des Wiener Hofkriegsrats. Bedeutender aber als diese Zwistigkeiten in den Armeen waren die der Kabinette. Der Streit um die Beute begann. Als Turin besetzt worden war, wollte der legitimistisch gesinnte und jeder Vergrößerung seines Verbündeten sehr abholde Zar so rasch wie möglich den vertriebenen Karl Emanuel in Piemont wieder einsetzen. Das Wiener Kabinett aber betrachtete dieses Gebiet als erobertes Feindesland und gedachte es, wenn möglich, dauernd zu behalten. Ferner wurden jetzt die Gegensätze wegen der künftigen französischen Verfassung lebendig, welche von vornherein latent vorhanden gewesen waren, indem Rußland für eine energische Reaktion eintrat, während Österreich in diesem Punkte opportunistisch zu handeln geneigt war. Ein weiterer Grund des Zwistes war der, daß Österreich beim Abschluß der Koalition, wie sich herausstellte, vergebens gehofft hatte, von Rußland die Garantie seines solange ersehnten bayerischen Tauschprojektes zu erhalten. Mehr und mehr zeigte es sich vielmehr, daß Paul I. nicht geneigt war, diesen Plänen Vorschub zu leisten. Ja, am 1. Oktober 1799 machte er mit dem neuen Kurfürsten von Pfalz-Bayern, dem der Zweibrücker Linie des pfälzischen Zweiges des Hauses Wittelsbach entstammenden Max Joseph (1799—1825, seit 1806 König) einen Vertrag, in dem er ihm umgekehrt seinen ganzen Besitz garantierte. Das untergrub das Verhältnis der zwei Mächte völlig. Lange vorher aber schon war die Entscheidung gefallen. Rußland und England hatten im Juli einen völlig neuen Kriegsplan verabredet, wonach erstere Macht auf Kosten der letzteren ein neues Korps unter Korsakow nach der Schweiz schicken sollte. Aber nicht genug hiermit: Suworow sollte seine Truppen von Italien ebenfalls nach der Schweiz werfen und dann im Verein mit Erzherzog Karl Masséna endgültig aus

der Schweiz verjagen und von dort aus durch die Freigrafschaft vorgehend den Grafen von der Provence (Ludwig XVIII.) nach Frankreich zurückführen. Der Plan war vornehmlich gegen die österreichische Politik gerichtet und deswegen, als neues Moment der Zwietracht innerhalb der Koalition, verwerflich: das Wiener Kabinett wünschte nicht die Zurückführung des Grafen von der Provence. Vor allem war die Hofburg mit der Entfernung Suworows aus Italien begreiflicherweise keineswegs einverstanden, da man befürchtete, dadurch die dortigen Eroberungen wieder einzubüßen. Wenn so also eine gewisse Schuld auch der englischen Politik an dem Auseinanderfallen der Koalition unverkennbar ist, so lag doch weitaus der größere Teil auf österreichischer Seite. Denn es wurde zwar der neue Plan in Wien keineswegs ausdrücklich bekämpft, wohl aber Anfang August ohne weiteres Erzherzog Karl mit ebensoviel Mann, wie Korsakow herangeführt hatte, aus der Schweiz auf den deutschen Kriegsschauplatz gesandt, wo doch nur matt gekämpft wurde. Der verhängnisvolle Schritt wurde nun freilich nicht allein aus Ranküne gegen Rußland unternommen, wenn eine solche auch zweifellos dabei im Spiele war, sondern er hatte noch einen zweiten, auch seinerseits wenig erfreulichen, aber wenigstens in politischen Erwägungen ruhenden Grund. Die verbündeten Engländer und Russen dachten damals daran, Preußen für eine eventuelle Unterstützung ihres holländischen Unternehmens durch niederrheinische Gebiete zu belohnen. Das sollte nun Erzherzog Karl, wenn er auch offiziell den Auftrag erhielt, Philippsburg und Mainz zu belagern, in der Stellung sein, zu verhindern. So wirkte abermals die alte Rivalität zwischen Österreich und Preußen verhängnisvoll auf eine Koalition gegen Frankreich ein — in diesem Falle sogar auf eine Koalition, der Preußen nicht einmal angehörte.

In der Schweiz stand nun nur noch ein österreichisches Heer unter Hotze und das russische unter Korsakow. Ehe Suworow herankam, ereilte beide gleichzeitig ihr Schicksal. Der Russe wurde am 25./26. September bei Zürich von Masséna, Hotze an der Linth von Soult schwer geschlagen. Dadurch ging bald die Schweiz den Verbündeten verloren. Einen noch bedenklicheren Verlust aber bedeutete der Ausgang des Unternehmens Suworows, der von Italien nach der Schweiz marschierte, während es freilich den Österreichern gelang, Italien unter weiteren Erfolgen auch ohne ihn zu halten. Suworow hatte beschlossen, mit seinem kleinen Heere die Straße über den Gotthard zu benutzen, war aber zu spät aufgebrochen und hatte sich den Weg erkämpfen müssen. Auf der Nordseite des Gotthard, in Hospenthal, angelangt, fand er dann den schmalen Abstieg zum Vierwaldstätter See, von wo aus er den Franzosen in den Rücken hatte fallen wollen, besetzt und so entschloß er sich, in östlicher Richtung auf schlechten Wegen und Pässen das Oberrheintal zu gewinnen. Nach furchtbaren Verlusten kam er mit noch etwa 6000 ermüdeten und erschöpften Kombattanten am 8. Oktober — einen Tag ehe Napoleon in Fréjus landete (s. u.) — in Chur an. Er weigerte sich, den Österreichern Hilfe zu leisten — ob er dazu in der Lage war,

ist übrigens fraglich — und bezog bald Winterquartiere. Die Schweiz blieb verloren; die Folge war, daß auch der Erzherzog vom Rhein zurück mußte.

So war denn die strategische Lage im Herbst 1799, in den Tagen von Napoleons Landung und den Wochen, die auf sie folgten, diese: zwar blieb Italien in den Händen der Österreicher; allein die Frankreich selbst bedrohenden Angriffe waren abgewiesen; der Feind aus Holland zum Abzug genötigt, vom Rhein zurückgedrängt, und vor allem die Schweiz, von wo aus der entscheidende Einmarsch in die Freigrafschaft hatte erfolgen sollen, wieder in der Hand der Franzosen. Das Vaterland war also gerettet, ehe sein fähigster General von seinem orientalischen Abenteuer heimkehrte.

§ 2. Unternehmungen Bonapartes 1798/1799. Die ägyptische Expedition. Der Staatsstreich des Brumaire.

C. de la Jonquière, L'expédition d'Égypte 1798—1801. 5 B. Paris 1899 ff. Boulay de la Meurthe, Le directoire et l'expédition d'Égypte. Paris 1885. Ch. Waas, Bonaparte in Jaffa in Histor. Vierteljahrschr. 1903. Dispatches and Letters of Vice-Admiral Lord Nelson ed. N. H. Nicolas. 7 B. London 1844 ff. A. T. Mahan, Life of Nelson. 2 B. 2. Aufl. London 1899.

Der eine Grund, der Bonaparte veranlaßte, die ägyptische Expedition zu betreiben, ist am Schluß des vorigen Kapitels angedeutet worden. Während er, nach Paris zurückgekehrt, meist Zivil trug und das Schicksal des Gelehrten zu preisen pflegte, dachte er in Wirklichkeit in erster Linie daran, »seinen Ruhm warm zu halten«, um auf ihn die Herrschaft über Frankreich gründen zu können. Hatte er ihn im Kampfe gegen den größten Feind zu Lande erworben, so gedachte er ihn durch Niederwerfung des größten Gegners überhaupt zu mehren. Das war der eine Grund, der ihn eine Expedition nach Ägypten betreiben ließ. Freilich zeigte er sich auch gerade bei dem ägyptischen Plane von mehreren Seiten seines Wesens: nicht nur als der kluge und nüchterne Rechner, sondern auch als der Dichter in Taten, der er war. Der Orient reizte seine Phantasie, der Gedanke, einen gigantischen Schlag gegen die Machtstellung Englands zu führen, seinen Willen. Und schließlich war Napoleon bei diesem Unternehmen sachlich doch auch wieder der Ausführer alter Gedanken der französischen Politik, die darauf abzielten, eine Alleinherrschaft Frankreichs im Mittelmeer zu errichten, und zwar einerseits um ihrer selbst und der Handelsvorteile willen, die sie bot, andererseits aber auch, um Englands Verbindung mit Indien zu stören, wozu gerade die Eroberung Ägyptens dienen sollte, die überdies nach den Ideen mehrerer hervorragender Politiker des 18. Jahrhunderts zum Bau des Suezkanals zu benutzen war. Der ägyptische Plan, der vernichtend für England sein sollte, hatte aber noch eine andere Seite. Ägypten war zwar faktisch im Besitz der Mamelukken, rechtlich aber war das Land eine türkische Provinz. Wie würde der Sultan sich zu

ihrer Eroberung durch Frankreich stellen? Es wurden zwei Möglichkeiten ins Auge gefaßt. War der alte Bundesgenosse freundlich, so konnte er von Ägypten aus gegen seine Bedrohung durch Rußland und Österreich gestützt werden. Zeigte er sich feindselig, so konnte an eine Teilung der Türkei gegangen werden, wobei Frankreich das wertvolle Ägypten in Händen hatte! Schon Monate vor dem Frieden von Campoformio regte Bonaparte bei seiner Regierung derartige Gedanken an. Sie fanden bei Talleyrand, dem nunmehrigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, eine sehr freundliche Aufnahme und in ihm den entscheidenden Befürworter beim Direktorium. Vor allem in einer Denkschrift vom 14. Februar 1798 trat er energisch für den Plan ein. So wurde dieser denn von der französischen Regierung in der Tat angenommen.

Es galt aber für Bonaparte, zunächst noch mehrere Schwierigkeiten zu beseitigen. Er wirkte energisch dabei mit, den vom Direktorium ergriffenen Plan einer Landung in England — ursprünglich eine Idee der Regierung Ludwigs XVI. aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege —, der alle Kräfte in Anspruch genommen hätte, auszuschalten. Im letzten Augenblick hätte beinahe eine neue Verwickelung mit Österreich (s. o. S. 97) das ägyptische Projekt zerstört. Nach umfangreichen Rüstungen stach am 19. Mai 1798 die Flotte Napoleons von Toulon aus in See. Das Expeditionskorps umfaßte gegen 40 000 Mann. Unter seinen höheren Offizieren fanden sich alle Vertrauten des Führers und eine große Zahl der später berühmt gewordenen Generäle. Eine ganze Schar von Gelehrten begleitete die Expedition. Die erste Frucht des Unternehmens war die ebenfalls schon lange geplante Eroberung der Insel M a l t a, die bisher dem souveränen Johanniterorden gehörte; denn wie die Besetzung der Ionischen Inseln, bildete die Maltas einen wesentlichen Punkt in dem Programm der französischen Mittelmeerpolitik. Auch auf dieser Insel war eine von französischem Gelde genährte revolutionäre Propaganda zustande gekommen, ja einige der Ritter selbst waren durch französisches Geld gewonnen worden. Am 9. Juni 1798 kam Napoleons Flotte vor Malta an; unter einem dürftigen Vorwand gingen die Franzosen zum Kampfe über; bei der Verteidigung zeigten sich allenthalben Kopflosigkeit und Verrat; als ganz unfähig erwies sich der Großmeister Hompesch; am 13. schon wurde die Insel durch eine sogenannte »Konvention«, die in Wirklichkeit eine Kapitulation war, der Republik ausgeliefert, während für den Großmeister eine fürstliche Pension und Entschädigung, für die Ritter aber sehr dürftige Ruhegehälter ausbedungen waren. Napoleon ließ eine Besatzung auf Malta zurück und segelte weiter nach Ägypten; schon am 1. Juli kam er auf der Reede von Alexandrien an, wo schleunigst und glücklich die Landung der Truppen vollzogen wurde. Am 2. Juli war er in Alexandrien, von wo er eine der üblichen revolutionären Proklamationen, die für den gegenwärtigen Fall mit Rücksicht auf die religiösen Überzeugungen der Mohammedaner verändert war, freilich ohne jede Wirkung, erließ. Die militärische Aufgabe, die der Franzosen harrte, war nicht sehr schwierig. Die Truppen der Mamelukken,

hauptsächlich regellos attackierende Reiterei, dazu etwas Infanterie und wenig Artillerie, leisteten keinen ernstlichen Widerstand. Auch der Kampf gegen den besten Führer der Mamelukken, Murad, der auf dem Marsch von Alexandrien nach Kairo bei den Pyramiden zu bestehen war (21. Juli), war nichts weiter als ein mühelos gewonnenes Treffen. Am Tag darauf wurde Kairo besetzt. Trotz dieser leicht errungenen Erfolge war aber die Lage der Armee keineswegs günstig und vor allem ihre Stimmung sehr schlecht. Die Streifzüge der mamelukkischen Reiter waren doch sehr lästig und die Versuche, sie zu vernichten, mißlangen. Nach der langen Seefahrt hatte Alexandrien, nach dem überaus anstrengenden Marsch durch die Wüste Kairo die französischen Truppen auf das schwerste enttäuscht. Man hatte gehofft, hier die Fülle orientalischer Genüsse und orientalischer Pracht zu finden: in Wirklichkeit sah man sich in herabgekommenen, armen und schmutzigen Ansiedelungen, deren Bewohner äußerst feindselig, ja gefährlich waren, und denen gegenüber Bonaparte vergebens ein Schreckensregiment eröffnete. Die üble Stimmung der Armee machte sich in lauten Klagen Luft. Eines ihrer unheimlichsten Symptome waren sich mehrende Selbstmorde unter Soldaten und Offizieren. Ihren Höhepunkt erreichte diese bedenkliche Mißstimmung, als gegen Mitte August die Nachricht von einer vernichtenden Niederlage nach Kairo kam, welche die Flotte, auf der die Rückkehr in die Heimat beruhte, in der Nacht vom 1. zum 2. August erlitten hatte. Es war die erste Großtat Nelsons (1758 bis 1805), des einzigen ebenbürtigen militärischen Gegners, den Napoleon überhaupt fand, der auch auf seinem Gebiet, dem des Seekriegs, ebenso schöpferisch und vorbildlich war, wie jener auf dem seinen, und in derselben Weise — *not victory but annihilation!* — dessen positive Leistungen aber, die in eine so kurze Spanne von Jahren fallen, einen weit tieferen und dauernderen Einfluß auf die Geschicke der Welt ausgeübt haben als die Napoleons. Die Engländer hatten, wie berichtet wurde, nach dem Eintritt Spaniens in den Krieg das Mittelmeer geräumt und über ihre Flotte auch im Hinblick auf einen eventuellen Landungsversuch disponiert. Nachdem aber dieser einstweilen aufgegeben zu sein schien und Nachrichten von der Ausrüstung einer großen Flotte in Toulon nach England drangen, wurde Nelson — es war sein erstes selbständiges Kommando — in das Mittelmeer entsandt. Durch mehrere merkwürdige Zufälligkeiten war es aber Napoleon, der übrigens erst unterwegs, an Kreta vorbeisegelnd, von der drohenden Gefahr Kenntnis erhielt, gelungen, ungesehen von Nelson in Ägypten zu landen. Dieser, der kurz vor den Franzosen schon einmal vor der Reede von Alexandrien gewesen, von da aber nach Syrien und wieder nach Sizilien gesegelt war, erhielt dort endlich sichere Kunde von dem Aufenthalt der Franzosen und stürzte sich nun kampfbegierig auf sie. Der französische Admiral Brueys hatte nach Ausschiffung der Truppen bei Alexandrien drei Möglichkeiten für sein weiteres Verhalten gehabt und auch alle mit Napoleon erwogen, ohne aber von letzterem eine unzweideutige Instruktion zu erhalten. Entweder konnte er seine Schiffe im Hafen von

Alexandrien in Sicherheit bringen — das erwies sich aber wegen der Tiefenverhältnisse als untunlich; oder er konnte auf der Reede von Abukir bleiben; schließlich konnte er überhaupt Ägypten verlassen und in einem sicheren Hafen anderwärts — man hatte an Korfu gedacht — Schutz suchen. Letzteres scheint fürs erste deswegen unausführbar gewesen zu sein, da er nicht Wasser und Lebensmittel genug an Bord hatte; sicher hat Brueys diesen Plan nicht energisch genug betrieben. So ereilte ihn auf der Reede sein Schicksal. Obgleich Nelson gegen die 18 Linienschiffe und 5 Fregatten der Franzosen in der Minderzahl war, ließ er mit außerordentlicher Kühnheit einen Teil seiner Fahrzeuge sich zwischen die in Linie verankerten Franzosen und die Landbatterien hineinschieben. Darauf wurde in mörderischem nächtlichem Gefechte die zwischen zwei Feuer genommene französische Flotte bis auf zwei Fregatten und zwei Linienschiffe, die Villeneuve rettete, vernichtet oder erobert. Die Franzosen verloren von 11 000 Mann 8200, darunter den Admiral, die Engländer 900.

Bei der furchtbaren Nachricht von dieser Niederlage, die ihn von der Heimat, ja fast von jeder Verbindung mit der Heimat abschnitt, auch den zweifellos in seinem Innern feststehenden Plan gefährdete, wenigstens für seine Person bald heimzukehren, zeigte sich Napoleon nach einem kurzen Moment der Erschütterung in der ganzen Energie des geborenen Mannes der Tat. Seine Tätigkeit verdoppelte sich; er verstand es, die Stimmung seiner Truppen zu heben; er knüpfte Verhandlungen mit dem Sultan von Mysore in Indien, Tippu Saib, einem gefährlichen Feind Englands (Januar 1799), und mit dem Schah von Persien an, — man sieht, wie Indien ihn beschäftigte; auch die wissenschaftlichen Aufgaben der Expedition wurden eifrig gepflegt; im Oktober wurde eine gefährliche Empörung der Kairioten gegen die französische Schreckensherrschaft in Blut erstickt. Bald eröffnete sich Napoleon dann die erwünschte Aussicht auf ernste, eigentlich kriegerische Tätigkeit. Unter dem Einfluß Rußlands, dessen Zar damals gerade von lebhaftem Haß gegen Frankreich erfüllt war (vgl. o. S. 101 f.) und unter dem Eindruck der Nachricht von Abukir hatte sich der Sultan im September 1798 entschlossen, die Eroberung Ägyptens unfreundlich aufzufassen, und den Statthalter von Syrien gegen Bonaparte gesandt. Dieser hatte sich auch in der Tat gegen Ende des Jahres einiger Grenzgebiete Ägyptens, vor allem des Forts El Arisch bemächtigt. So beschloß denn Napoleon, ihn zurückzuwerfen, zugleich aber auch, in Ägypten ja am Ende seiner Weisheit angelangt, Syrien zu erobern; vielleicht glaubte er sogar ernstlich, auf dem Landwege Konstantinopel erreichen zu können; jedenfalls redete er davon. Mit 13 000 Mann brach er im Februar 1799 auf, verjagte den Feind aus Ägypten — die Garnison von El Arisch kapitulierte — marschierte unter entsetzlichen Entbehrungen seiner Truppen in Syrien ein und nahm dort mühelos Gaza und am 7. März nach etwas energischerer Gegenwehr Jaffa. Hier verging sich Bonaparte schwer dadurch, daß er etwa 2000 Kriegsgefangene ermorden ließ — was er damit entschuldigte, daß die Garnison von El

Arisch bei Jaffa wieder mitgekämpft habe, was aber nur für einen kleinen Teil dieser Gefangenen überhaupt möglich ist. Der wirkliche Grund scheint aber nicht dieser gewesen zu sein, auch nicht die Unmöglichkeit, die Gefangenen zu ernähren, sondern der Wunsch Schrecken zu verbreiten. War er in der Tat von diesem politischen Gedanken beseelt, so hat er seinen Wert hier, wie sonst, überschätzt. Denn der Widerstand des Feindes wurde durch die Tötung der Gefangenen nicht gebrochen, sondern verstärkt. Das sollte Napoleon vor der nächsten Festung erfahren, an deren Eroberung er ging. Es war Akkon (St. Jean d'Acre). Vor dieser Festung, die in Verbindung mit dem englischen Admiral Sidney Smith war, mußte Napoleon viele erfolglose Wochen zubringen. Mehrere äußerst verlustreiche Versuche, die Stadt zu stürmen, schlugen fehl, zuletzt einer am 16. Mai, nach fast genau achtwöchentlicher Belagerung. Wenige Tage darauf wurde die Belagerung aufgehoben und der überaus entbehrungs- und verlustreiche Rückmarsch angetreten, der über drei Wochen dauern sollte. Von der Armee kehrten nur etwa 8000 Mann nach Ägypten zurück. So war auch dieser syrische Teil des Unternehmens völlig gescheitert. Da aber wurde Bonaparte noch einmal die Gelegenheit gegeben, einen zwar fruchtlosen, aber glänzenden Sieg zu erringen. Zu seinem Glück trat ihm noch einmal ein Feind entgegen, der eine Schlacht wagte. Der genannte energische englische Admiral Sidney Smith hatte türkische Transportschiffe nach Ägypten geleitet, die eine starke Armee des Sultans bei Alexandrien landeten. Sie besetzten die Halbinsel von Abukir und verschanzten sich. Napoleon griff sie, wie es scheint mit einer Minderzahl an, und vernichtete sie am 25. Juli 1799 vollständig. Er konnte diesem, einem seiner glänzendsten Siege, denselben Namen geben, der mit der Vernichtung seiner Flotte für immer verbunden war. So ward ihm der Sieg geschenkt, den er brauchte, um in seinen Berichten das Augenmerk von dem Fehlschlagen des Zuges nach Syrien abzulenken. Prinzipiell wurde freilich auch durch diesen Sieg an seiner Lage in Ägypten nichts geändert. Es war Bonaparte längst klar, daß die Expedition im wesentlichen gescheitert, ja, daß die Rückkehr seines Heeres mehr als fraglich geworden sei. Es waren ferner mehrere Nachrichten zu ihm gedrungen, welche ihm die Gewißheit verschafften, zuerst daß Neapel, dann daß Österreich und Rußland in den Krieg eingetreten seien, und daß der Krieg mit den Großmächten für Frankreich unglücklich verlaufe. Bei dem Gedanken an die Möglichkeiten, die sich in dieser Lage für ihn eröffneten, drängte es ihn, Ägypten so bald wie möglich zu verlassen. Das aber bedeutete, da ein Rücktransport des Heeres damals ohne Flotte absolut unmöglich war, daß er sein Heer im Stich lassen müsse. In Ägypten konnte ferner mit den reduzierten Truppen ein offensiver Stoß in größerem Stil doch nicht mehr gewagt werden; schon die Schlacht bei Abukir war eine strategisch defensive gewesen. Daß das Ende dieser Defensive aber voraussichtlich nur eine Frage der Zeit sein werde, wird dem Scharfblick Napoleons für das Reale schwerlich entgangen sein. Der Form nach war er ferner zum Verlassen der Armee zweifellos

berechtigt[1]). Die Regierung hatte ihm weitgehende Vollmachten gegeben, ja, die Erlaubnis, ohne sein ganzes Heer heimzukehren, war ihm in aller Form erteilt worden. Freilich hatte ihn das betreffende Schreiben nicht erreicht. Daß er Frankreich in Europa damals besser dienen konnte als in Ägypten, wo die Lage, auch wenn er blieb, hoffnungslos war, ist sicher. Auch daran mag er neben seinen persönlichen Plänen gedacht haben. Dabei bleibt natürlich bestehen, daß er durch seine heimliche Rückkehr die Pflichten des loyalen Kameraden und Gentleman auf das schwerste verletzte. Die Abreise wurde auf das tiefste geheim gehalten; auch Kléber, den er zu seinem Nachfolger als Oberbefehlshaber ernannte, erfuhr die Übertragung seines Amtes erst, nachdem Napoleon abgesegelt war: in der Nacht vom 21. zum 22. August hatte er mit zwei Fregatten unter Mitnahme seiner getreuesten Offiziere, darunter Murat, Lannes, Berthier, Bessières und Marmont, Alexandrien verlassen. Wiederum entkam er auf fast wunderbare Weise der englischen Flotte. Am 9. Oktober 1799 landete er in Fréjus. In ganz Frankreich wurde er, der ruhmreichste General der Republik, der doch den Frieden gebracht, der Eroberer, der durch seine ägyptischen Meldungen die Phantasie des französischen Volkes in so mächtiger Weise angeregt hatte, mit unbeschreiblichem Jubel empfangen, trotzdem er in Ägypten in Wirklichkeit völlig gescheitert, und trotzdem er damals zur Rettung des Vaterlandes vor dem auswärtigen Feinde nicht mehr unentbehrlich war.

Napoleon gedachte die ihm so freundliche Stimmung des französischen Volkes, die dem Sieger von 1796, dem Leiter der ägyptischen Expedition, vor allem aber dem Friedensbringer von 1797 galt, für sich auszunutzen. Er trat zu diesem Zweck bald in Verbindung mit Sieyès, der seinerseits schon eine regelrechte Verschwörung zum Zwecke des Sturzes der Direktorialverfassung vorbereitet hatte (vgl. oben S. 105). Dieser glaubte nun in Bonaparte den General gefunden zu haben, dessen er zu seinen Zwecken bedurfte. Anfang November waren die Verschwörer so weit, daß sie neben Sieyès noch einen der Direktoren, die Majorität des Rates der Alten, und eine Minorität des Rates der 500 für sich hatten. Für die Ausführung war dann ein zweitägiges Programm ausgedacht worden. Am ersten Tag sollten die drei feindlichen Direktoren unschädlich gemacht und die gesetzgebenden Versammlungen aus dem gefährlichen Paris hinaus verlegt werden; am zweiten sollten sie auf irgendeine Weise zur Zustimmung zu der geplanten Verfassungsänderung bewogen oder aber mit Gewalt auseinandergejagt werden. Die Ausführung erfolgte am 9. und 10. November 1799. Am ersten Tag ging alles gut. Unter der Vorspiegelung einer großen gefährlichen jakobinischen Verschwörung wurde der Rat der Alten veranlaßt, beide gesetzgebenden Körperschaften nach St. Cloud einzuberufen, wozu er gesetzlich befugt war, und dem General Bonaparte das Kommando

[1]) Die Auffassung Aulards, der Napoleon wegen seiner Abreise »déserteur« nennt, ist abzuweisen.

über alle Truppen von Paris zu übertragen, wozu er gesetzlich **nicht** befugt war. Der gefährlichste der Direktoren, Barras, wurde überrumpelt und zur Abdankung genötigt, die beiden anderen Gegner im Direktorium durch Wachen festgehalten. Weniger glatt verlief das Unternehmen des zweiten Tages, des 10. November, in St. Cloud. Napoleon hat an diesem Tag geistig und moralisch versagt — es war eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen er uns die Grenzen doch auch seiner Größe als Mann der Tat deutlich erkennen läßt — und er wurde nur durch andere, vornehmlich seinen Bruder Lucian, gerettet. In beide gesetzgebenden Körperschaften drang er nacheinander, von Soldaten umgeben, ein, hielt dort höchst unglückliche und ungeschickte Reden und verließ den Saal der 500, den er zuletzt besucht hatte, vor dem dort sich erhebenden tosenden Widerspruch erschüttert, bleich und zitternd. Auch draußen vermochte er nicht, die dort stehenden Truppen zum Eingreifen zu bewegen. Nur eine zündende Ansprache seines Bruders Lucian half Napoleon über diesen gefährlichen Moment, einen der kritischsten seines Lebens, hinweg. Erst auf diese Ansprache hin setzten sich die Truppen in Bewegung und jagten den Rat der 500 auseinander. Darauf wurde zuerst eine provisorische, dann eine definitive Konsulatsverfassung erlassen, welche den Einfluß des betrogenen Sieyès vollkommen beseitigte und alle Gewalt in die Hand des auf zehn Jahre gewählten ersten Konsuls Bonaparte legte. Dieser begann alsdann eine eifrige, äußerst erfolgreiche Tätigkeit, zum Zwecke der inneren Gesundung des Landes, die hier nur erwähnt werden kann. Sie trug sehr viel dazu bei, Frankreich in die Lage zu versetzen, den auswärtigen Kampf erfolgreich weiter zu führen. Sogar die Finanzen wurden mit lautern und unlautern Mitteln erheblich verbessert, ohne freilich auf die Dauer auf so gesunde Grundlagen gestellt zu werden, daß nicht auch noch weiterhin die Versuchung sehr groß geblieben wäre, wie es unter dem Direktorium so oft geschehen, die auswärtige Politik mit nach dem Geldbedürfnis einzurichten, d. h. Eroberungen im Krieg und Frieden zu versuchen, um Geld zu erbeuten. Wie weit dieses Moment in der Zukunft auf die Politik Napoleons eingewirkt hat, ist freilich unbestimmbar.

§ 3. Der Feldzug von 1800 und der Allgemeine Frieden (1801/2).

Lettres inédites de **Talleyrand** à Napoléon 1800—1809 p. p. P. **Bertrand**. Paris 1889. E. **Driault**, Napoléon et l'Europe. La politique extérieure du Premier Consul 1800—1803. Paris 1909. E. **Wertheimer**, Geschichte Österreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. 2 B. Leipzig 1884, 1890. A. **Beer**, Zehn Jahre österreichischer Politik 1801 bis 1810. Leipzig 1877. Procès-Verbal des séances du **Corps Législatif** de l'an VIII à l'an XII. 25 B. Paris o. D. ... du **Tribunat** ... 59 B. Paris o. D. A. **Herrmann**, Marengo. Münster 1903. **de Cugnac**, Campagne de l'armée de réserve en 1800. 2 B. Paris 1900. **Ders.**, La campagne de Marengo. Paris 1904 (letzteres Werk populärer gehalten). A. **Fournier**, Die Mission des Grafen St. Julien i. J. 1800, in Histor. Studien u. Skizzen, erste Reihe.

Leipzig 1885. du Casse, Histoire des négociations diplomatiques relatives aux traités de Mortfontaine, de Lunéville et Amiens. Paris 1855. Collection of Public Acts and Papers relating to the principles of Armed Neutrality. London 1801. Diplomatische Verhandlungen Rußlands mit Frankreich in der Epoche Napoleons I., hgg. von A. Tratchevsky. 4 B. (1800—1808). Petersburg 1890 ff. (in russischer Sprache). Th. Schiemann, Die Ermordung Pauls und die Thronbesteigung Nikolaus I. Berlin 1902. Ders., Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus' I. B. I (umfaßt die Ermordung Pauls und die ganze Regierung Alexanders I.). Berlin 1904. S. Tatistcheff, Alexandre I et Napoléon d'aprés leur correspondance inédite de 1801 à 1812. Paris 1891. A. Vandal, Napoléon et Alexandre I. 3 B. Paris 1891 ff. Boulay de la Meurthe, Documents sur la négociation du Concordat et sur les autres rapports de la France avec le Saint-Siège en 1800 et 1801. 5 B. Paris 1891 ff. Cardinal Mathieu, Le Concordat. Paris 1903. L. v. Ranke, Cardinal Consalvi und seine Staatsverwaltung unter dem Pontifikate Pius' VII. (S. W. 40/1.) Leipzig 1877. Pellew, Life and Correspondence of H. Addington, Viscount of Sidmouth. 3 B. London 1847.

Die große Frage, die Schicksalsfrage für Napoleon war es, ob er, dem sein Volk in erster Linie als dem Friedensbringer zugejubelt hatte, die in ihn gesetzten Hoffnungen wirklich erfüllen, d. h. ob er Frankreich den Frieden wirklich bringen und erhalten würde. Dem entsprechend ist es auch für den Historiker von äußerster Wichtigkeit zu untersuchen, ob Napoleon wirklich dauernd den Frieden gewollt hat oder nicht. Wie man aber auch diese Frage beantworten möge (s. unten), sicher dürfte es sein, daß er im Jahre 1800 noch einmal um einen ehrenvollen Frieden kämpfen mußte, den Österreich ihm nach den Resultaten des Feldzugs von 1799 nicht gewährt hätte, und ohne den seine Stellung auch in Frankreich allzu unsicher geblieben wäre. Zwar hat Napoleon sehr bald nach der Gründung seiner Alleinherrschaft, schon am 26. Dezember 1799, sich an seine beiden hauptsächlichsten Feinde, England und Österreich, mit ganz allgemein gehaltenen Friedensanerbietungen gewandt. Allein das geschah zweifellos lediglich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich, und der Mißerfolg war vorauszusehen, wie denn in der Tat die englische Regierung schroff ablehnend antwortete, während freilich mit Österreich gegen ein halbes Jahr lang verhandelt wurde, aber ohne jede Hoffnung auf Erfolg, da Österreich den Verzicht auf die französische Eroberungspolitik verlangte, Frankreich aber nur auf Grund des Friedens von Campoformio vorgehen wollte. Die Erfolglosigkeit dieser Friedensbemühungen war zweifellos von Napoleon vorausgesehen und beabsichtigt.

Die Aufgabe Bonapartes im Feldzuge von 1800 war im Vergleich zu der seiner Vorgänger insofern erheblich leichter, als der gefährlichste Feind im Landkrieg inzwischen ausgeschieden war. Im Herbst 1799 hatte der Zar, teils auf die wütenden Beschwerden Suworows hin, teils erzürnt über die Absichten der Österreicher, Piemont zu behalten, seine beiden Hilfskorps, das Suworows und das Korsakows, abberufen. Es wurde in diesem Jahr 1800 in der Hauptsache auf zwei Kriegsschauplätzen gekämpft: dem deutschen und dem italienischen. Auf dem

ersteren befehligte Moreau, anfangs in der Schweiz stehend, auf dem letzteren Masséna. Zu diesen zwei Armeen ließ nun der erste Konsul eine dritte treten, die sich in der Bourgogne versammelte, der er den Namen Reservearmee erteilte, und deren Kommando er sich vorbehielt. Die genannte Versammlungsgegend war gewählt worden, weil von dort aus diese Armee sowohl am Rhein wie in Italien eingesetzt werden konnte. Ursprünglich war Napoleon für erstere Verwendung, gab sie aber, wie es scheint, mit aus Rücksicht auf die Eifersucht Moreaus auf, da er diesen beliebten und einflußreichen General damals noch nicht gegen sich aufbringen durfte. Entscheidend für seinen Entschluß, mit der Reservearmee auf dem kürzesten Wege nach Italien zu marschieren, wurden dann aber die bedeutenden Vorteile, die dort Melas gegen Masséna errungen hatte. Zwar hatte der bedächtige greise Feldherr der Österreicher es durch seine Langsamkeit und übergroße Vorsicht verschuldet, daß nicht, gemäß einem gut gedachten Feldzugsplan, die in der Riviera stehenden zerstreuten Abteilungen der Franzosen durch einen Winterfeldzug über die Apenninen von der starken Übermacht der Österreicher erdrückt wurden. Erst im April vielmehr war Melas aufgebrochen, als die Franzosen wieder versammelt waren. So hatte er sie denn nicht mehr vernichten können, wohl aber zurückgedrängt, den Oberfeldherrn mit dem Rest des Heeres nach Genua geworfen und nach Besiegung eines Hilfskorps die Riviera bis Nizza besetzt. Diese kritische Lage also war es, welche den ersten Konsul veranlaßte, die Reservearmee schleunigst in Italien einzusetzen. Dabei verwarf er den Gedanken, Masséna in der Riviera selbst unmittelbar zu Hilfe zu eilen und ergriff den strategisch sehr viel größeren Plan, sich mit seiner Armee auf dem kürzesten Weg nach Oberitalien zu begeben, sich also zwischen das feindliche Heer und das feindliche Land hineinzuschieben, und so Melas zur Rückkehr zu zwingen. Er marschierte um die Mitte des Mai 1800 über den großen St. Bernhard, vom Feinde unbelästigt, außer beim Hinabsteigen in das Tal von Aosta, wo die Besatzung des kleinen Forts Bard heldenmütig große Teile der Armee eine ganze Reihe von Tagen aufhielt, bis sie am 2. Juni ruhmreich kapitulierte. Indessen war Napoleon mit einem Teil der Truppen an demselben Tage schon in Mailand eingezogen. Zwei Tage darauf kapitulierte Genua. Aber der tapfere Widerstand Massénas, trotz grauenvoller Leiden seiner Armee und vor allem der Bevölkerung, war nicht vergebens gewesen. Es war nun für Melas zu spät geworden, um vor den Franzosen durch die Lombardei sich seiner Operationsbasis zu nähern. Er mußte vielmehr für seine Verbindung mit der Heimat kämpfen. Es geschah bei M a r e n g o (bei Alessandria). Napoleon hatte vor der Schlacht, die er hier keineswegs erwartete, sein Heer durch starke Detachierungen geschwächt, da er annahm, Melas wolle entweder nach Süden oder aber nach Norden ausweichen, um ihm den Rückweg nach Frankreich zu versperren. So kam den Franzosen der Angriff am 14. Juni 1800 unerwartet; die Österreicher nahmen nach hartem Kampfe Marengo und warfen das Heer Napoleons auf der ganzen Linie; stunden-

lang war dieses auf dem Rückzug begriffen. Der alte Melas, leicht verwundet und des Sieges sicher, gab das Kommando ab. Da aber erfolgte am Abend, infolge des Zusammentreffens zweier Umstände der Umschwung. Die Österreicher waren ihrer Sache allzu sicher und marschierten auf der Verfolgung in ungeordneten und aufgelösten Verbänden. Das andere Moment war, daß die Franzosen nun Verstärkungen erhielten. Der nach Süden detachierte General Desaix kam, von Napoleon herbeigerufen, noch rechtzeitig an und griff mit seinen frischen Truppen ein, wobei er selbst den Heldentod fand. Vor allem wirkte nun ein an sich nicht übermäßig bedeutender Erfolg eines seiner Unterführer, des jüngeren Kellermann, außerordentlich stark. Er warf mit ein paar Schwadronen eine österreichische Kavalleriebrigade, die sich schlecht hielt und, unendliche Verwirrung anrichtend, in die eigene Infanterie hinein floh. So wurde, nachdem eine erste Schlacht von Napoleon verloren worden war, eine zweite von Desaix gewonnen, den freilich Napoleon, was übrigens mehr als selbstverständlich war, herbeigerufen hatte. Durch diese Schlacht wurde nicht nur der italienische Feldzug entschieden, sondern auch die Herrschaft Napoleons über Frankreich erst befestigt.

Daß freilich diese Entscheidung durch eine Schlacht herbeigeführt wurde, lag an jener schon einmal erwähnten Tatsache, die sich während dieses Zeitabschnitts öfters zeigte, daß nämlich die moralische Widerstandsfähigkeit der österreichischen Truppen auffallend gering war. Während Napoleon für den Morgen des 15. einen neuen Angriff des Feindes erwartete, beschloß dieser, einen Waffenstillstand nachzusuchen. Napoleon ging begierig darauf ein; aus der inneren Gebrochenheit der Österreicher und dem Geschick Napoleons ergab sich dann die für ihn so wichtige und vorteilhafte Konvention von Alessandria vom 15. Juni, die erst die rechtliche Entscheidung des Feldzugs bedeutete. Der Waffenstillstand wurde Melas gewährt unter der Bedingung, daß Italien bis zum Mincio Napoleon eingeräumt werde!

Nach diesen Erfolgen glaubte Napoleon den Widerstand Österreichs so völlig gebrochen zu haben, daß man in Wien bereit sein würde, einen Frieden zu schließen, wie er ihn wünschte. Ganz kurz nach Abschluß der Konvention richtete er von Mailand aus ein Schreiben an den Kaiser, in dem er ihm die Bedingungen von Campoformio bot. Franz II. antwortete im wesentlichen ablehnend; er sandte diese Antwort durch den Grafen St. Julien, der aber Napoleon in Mailand vergeblich suchte und ihn erst in Paris traf. Dort ließ sich aber der im Diplomatischen unerfahrene Offizier, neben dem übrigens auch der Graf Adam Adalbert Neipperg verhandelte, gegen seine Instruktion dafür gewinnen, Friedenspräliminarien auf Grund der Abmachungen von Campoformio zu unterzeichnen. Diese wurden nun aber von seiner Regierung nicht ratifiziert, die vielmehr, überdies mit England endlich durch ein eigentliches Bündnis (20. Juni 1800, vgl. oben S. 103) vereint, auf den Wunsch Thuguts die Entscheidung auf dem zweiten Kriegsschauplatz, dem deutschen, abwarten wollte.

Hier hatten zwar die Franzosen im allgemeinen siegreich gekämpft, allein sie hatten doch nur langsame Fortschritte gemacht und ein entscheidender Schlag war ihnen nicht gelungen. Moreau hatte, nachdem er den Übergang über den Oberrhein bewerkstelligt hatte, im Mai 1800 mehrere Gefechte bei Stockach und Engen gewonnen. Doch blieben einige nicht eroberte Festungen in seinem Rücken. Auch ging er dann langsam vorwärts, und zwar zunächst nur bis zur Isar. Dann wurde im Juli ein Waffenstillstand geschlossen, der im September verlängert wurde. Friedensverhandlungen, die inzwischen in Paris durch Ph. Cobenzl angeknüpft worden waren, zerschlugen sich, da Österreich auch damals viel mehr forderte, als Napoleon zu bewilligen bereit war. So entschloß sich dieser dazu, noch einmal die Entscheidung der Waffen herbeizuführen, und kündigte im November den Waffenstillstand. Inzwischen war im österreichischen Heer ein verhängnisvoller Wechsel im höchsten Kommando eingetreten. An die Stelle des tüchtigen Kray wurde als Oberführer der noch gänzlich unerfahrene, junge Bruder des Kaisers, Johann, gesetzt und ihm noch dazu ein leichtfertiger Generalstabschef beigegeben. Unter dieser Führung erfolgte die Katastrophe. Nach Beendigung des Waffenstillstandes gingen beide Heere vor, Moreau über die Isar, Erzherzog Johann über den Inn. Nachdem bei einem Zusammentreffen der Avantgarde die Österreicher einige kleinere Vorteile errungen hatten (1. und 2. Dezember), erwartete sie Moreau bei Hohenlinden. Hier ereilte die vorzeitig siegesgewisse österreichische Armee am 3. Dezember ihr Verderben. Die Straße nach Hohenlinden, wo das französische Heer stand, war auf beiden Seiten von Wald begrenzt, der von feindlichen Truppen besetzt war, ohne daß dies den Österreichern bekannt geworden wäre. Auf dieser Straße marschierten sie kilometerweit mitten in den Feind hinein. Als dann ihre Spitze bei Hohenlinden auf Moreau stieß und der Kampf begann, war dieser nicht nur von vornherein für die Angreifer verloren, sondern es gelang auch naturgemäß nur einem kleinen Teil der von drei Seiten umschlossenen Armee, sich auf jener einen Straße zu retten. So wurde aus dieser Aktion eine überaus schwere und verlustreiche Niederlage. Die einzige Feldarmee, die Österreich dem Feinde entgegensetzen konnte, war mit einem Schlage vernichtet. Moreau rückte nun zwar wieder nur langsam vorwärts. Aber der Widerstand der Donaumonarchie war völlig gebrochen, zumal auch in Italien von den Franzosen weitere Vorteile errungen wurden. Am 25. Dezember bewilligte Moreau einen Waffenstillstand. Inzwischen war dauernd weiter verhandelt worden und zwar zwischen Ph. Cobenzl und Joseph Bonaparte in Lunéville in Lothringen. Naturgemäß wurden diese Verhandlungen auf das Stärkste durch den für Österreich so ungünstigen Gang der kriegerischen Dinge beeinflußt, und Cobenzl konnte nach der Schlacht von Hohenlinden gar nicht mehr daran denken, das zu erreichen, was er noch während des Waffenstillstands als unumgängliche Bedingung verlangt hatte, und ebensowenig mehr an dem Wunsche festhalten, die Heranziehung des verbündeten England zu den Verhandlungen zur Vorbe-

dingung zu machen. Der Friede kam am 9. Februar 1801 in Lunéville zustande. Man kann ihn als eine verstärkte Wiederholung des Friedens von Campoformio auffassen, von dem er nicht prinzipiell abwich. Im einzelnen waren seine Bestimmungen etwa folgende: Österreich schloß, durch die Rastatter Erfahrungen belehrt, diesen Frieden auch im Namen des Reiches ab, ohne dieses zu befragen. Belgien wurde Frankreich wiederum ganz zugesprochen, ferner jetzt das ganze linke Ufer des Rheines, der nun von Basel bis Holland die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bildete. Es wurde bestimmt, daß das Reich die Pflicht habe, für die Entschädigung der Fürsten zu sorgen, die linksrheinisches Gebiet verloren hatten. Eine besonders demütigende und schädliche Bedingung war die Schleifung einer ganzen Reihe der wichtigsten, rechtsrheinischen Festungen, auf denen die Verteidigung der Rheinlinie zum guten Teil beruhte: nämlich Altbreisachs, Philippsburgs, Kehls, Kastels, Ehrenbreitsteins und Düsseldorfs, während die Befestigung von Mannheim erhalten blieb. In Italien waren zwei der neugegründeten Republiken, die cisalpinische und die ligurische, wiederhergestellt worden. Diese mußte Österreich jetzt anerkennen. Ferner blieb zwar Venetien ihm erhalten. Dagegen wurde dem Hause Habsburg dadurch ein schwerer Schlag versetzt, daß der habsburgische Herzog von Toskana sein Land verlor, für das er deutsches Gebiet erhalten sollte. Aus Toskana wurde ein Königreich Etrurien unter dem Herzog-Infanten von Parma gebildet. Bald nach dem Frieden wurde die Herrschaft des neuen Papstes, Pius VII., im Kirchenstaat mit den Grenzen von Tolentino anerkannt. Ferner wurde wenige Wochen nach dem Frieden von Lunéville durch den von Florenz zwischen Frankreich und Neapel vom 28. März 1801 die parthenopeische Republik dem bourbonischen Königshaus wiedergegeben, aber nur unter zwei demütigenden Bedingungen: die Aufnahme und Ernährung einer französischen Besatzung, die in Wirklichkeit der reale Machtfaktor im Königreich war, und die Schließung der Häfen gegen England. Alle diese Abmachungen bedeuteten, daß aus Italien alle wirklich selbständigen Regierungen verschwunden waren, auf die das Wiener Kabinett sich hatte verlassen können. Der Frieden von Lunéville stellte in dieser Hinsicht ein noch weit konsequenteres Ersetzen des früher allein maßgebenden österreichischen Einflusses in Italien durch den französischen dar als der von Campoformio. Was Deutschland anging, so war es für die Hofburg vor allem schmerzlich, daß sich in dem Frieden mancherlei nicht fand, worauf sie nach Campoformio rechnen zu können glaubte: von einer Vergrößerung auf Kosten Bayerns war nun nicht mehr die Rede. Aus alledem ergibt sich, daß der Frieden in der Tat eine Verstärkung der Tendenzen von Campoformio bedeutete: ein weiteres Zurückdrängen Österreichs, eine weitere moralische Einbuße durch Preisgabe größerer Teile des Reiches, durch die Wiederholung der Idee der Säkularisation und überdies durch eine Bestimmung, wonach Napoleon sich in die Frage der Entschädigung der deutschen Fürsten einmischen durfte. Auf der anderen Seite konnte freilich von Frankreich, das an seinem

revolutionären Ausdehnungssystem festhielt, noch nicht der Versuch gemacht werden, Österreich so sehr zu schwächen, daß es aus der Reihe der Großmächte ausschied, und daß ihm materiell der Widerstand fast unmöglich gemacht wurde. Der Frieden hatte noch eine persönliche Folge. Thugut, der ja freilich zahlreiche Fehler begangen hatte, und vor allem allzuoft durch seine unzweifelhaft subjektiv beeinflußte Politik gegen Preußen verblendet worden war, der aber doch stark und konsequent eine großartige österreichische Machtpolitik getrieben hatte, mußte nun auf Wunsch Napoleons, also in für ihn ehrenvoller Weise, endgültig zurücktreten. Sein Nachfolger wurde Ludwig Cobenzl.

Die Beurteilung der Politik Thuguts von Seiten der Geschichtsschreibung ist vorwiegend ungünstig. Eine Ausnahme macht vor allem Hüffer (vgl. oben). Es ist meistens eine von zwei Ursachen, oder beide zugleich, welche das absprechende Urteil der überwiegenden Mehrzahl der Historiker bestimmen. Bei den meisten deutschen Autoren ist es der preußische Standpunkt, der begreiflicherweise zu einer ungünstigen Beurteilung des Preußenfeindes Thugut führt. Bei vielen anderen wirken die Äußerungen der zahlreichen Feinde des ja persönlich gewiß unerfreulichen Ministers nach, die in Memoiren und vor allem Gesandtenberichten erhalten sind. Gerade durch sie wird z. B. das allzu ungünstige Urteil Luckwaldts (in der Einleitung zu seiner in der Bibliographie zu Kap. I § 4 zitierten Publikation) bestimmt. Man kann aber die persönliche Art des machthungrigen Parvenus mit der dunklen Vergangenheit mißbilligen, und seine Fehler im einzelnen zugeben (vgl. oben) und dennoch anerkennen, daß er lange Zeit fast allein an einem weichlichen Hof, in einem weichlichen Staat und — neben Pitt — in einem weichlichen Europa der Vertreter eines großartigen und zähen Widerstandes gegen das erobernde Frankreich gewesen ist.

Nachdem der deutsche Reichstag am 6. März 1801 dem Frieden, wie ihn der Kaiser geschlossen, beigetreten war, wurde zum Zweck der erforderlichen Entschädigungen, die nicht vom Reichstag als Ganzem behandelt werden sollten, im Oktober des Jahres ein Ausschuß, eine sogenannte Reichsdeputation eingesetzt, welche dann in gegen $1\frac{1}{2}$ Jahren ihre Aufgabe bewältigt hat. Der Ausschuß bestand aus vier Kurfürsten und vier Fürsten; nämlich den vier Kurfürsten von Mainz, Böhmen, Brandenburg und Sachsen, dem Kurfürsten von Pfalz-Bayern (in seiner Eigenschaft als Mitglied des Fürstenkollegiums), dem Herzog von Württemberg, dem Landgrafen von Hessen-Kassel und dem Hoch- und Deutschmeister. Von den acht Mitgliedern waren vier katholisch und vier evangelisch. Der geistliche Kurfürst und der geistliche Fürst retteten durch die Wahl in diese Kommission auf einige Jahre ihre Existenz.

So hatte denn Napoleon sein Friedensprogramm nach einer der zwei wichtigsten Seiten hin ausgeführt. Der Frieden auf dem Festland war hergestellt. Damit erschöpften sich aber seine Erfolge in dieser Richtung keineswegs. Schon lange vor diesem Frieden hatte er einen vom Direktorium ererbten Krieg mit den Vereinigten Staaten durch einen mit einer bedeutenden Konzession erkauften Frieden beendigt (30. September 1800). Sehr viel wichtiger war ein Frieden, der seine hauptsächliche Bedeutung auf dem Gebiet der inneren

Geschichte Frankreichs hatte: der Frieden mit der Kirche, der durch das Konkordat vom 15. Juli 1801 hergestellt wurde. Sofort nach der Schlacht bei Marengo hatte Bonaparte dem Papst den Kirchenstaat in der Ausdehnung von Tolentino angeboten und ihn aufgefordert, behufs Regelung der kirchenpolitischen Verhältnisse einen Abgesandten nach Paris zu schicken. Der in der Verbannung, in Venedig, gewählte neue Papst Pius VII. aus dem Hause Chiaramonti ging freudig auf diese Anregung ein. Nach überaus schwierigen und wechselvollen Verhandlungen kam daraufhin der kirchliche Frieden zustande. Er beruhte auf der Preisgabe der Zivilkonstitution. Von den revolutionären Neuerungen auf dem Gebiet der Kirchenpolitik blieb nur die neue Diözeseneinteilung und die Besoldung der Geistlichen durch den Staat erhalten — da das Kirchengut und die Zehnten unwiederbringlich dahin waren; auch wurden einige Bischöfe der Zivilkirche übernommen. Im übrigen wurden im wesentlichen die kirchenrechtlichen Verhältnisse, wie sie vor der Revolution geherrscht hatten, wieder eingeführt. Die Verbindung mit Rom wurde in dem alten Umfang wieder hergestellt, während der Herrscher von Frankreich die Bischöfe, wie vor 1790, ernannte. Der kirchliche Frieden ermöglichte es Napoleon, so lange er dauerte, auf die Neigung und Parteinahme der sehr großen Zahl seiner streng kirchlichen Untertanen seine Herrschaft am sichersten zu begründen. Daß er diesen Frieden, den das französische Volk vielleicht am leidenschaftlichsten forderte, nicht dauernd aufrechtzuerhalten vermochte, war für den Fortbestand seiner Herrschaft von verhängnisvoller Bedeutung. Auch hier erkennt man leicht die Grenzen seiner Staatskunst, die infolge der wilden Leidenschaftlichkeit seines Wesens einerseits und der revolutionären Traditionen der Umgebung, der er entstammte, andererseits häufig versagte. Auch die rechtlichen Verhältnisse der Protestanten wurden neu geregelt und ihnen durch die sogenannten organischen Artikel vom 8. April 1802 die ersehnte staatliche Anerkennung ihrer Existenz, freilich unter Einführung strenger Beaufsichtigung, gewährt.

Während der Frieden des Festlands und der Frieden mit der Kirche geschlossen wurde, ging der welthistorisch größte Kampf, der Kampf mit England um die Herrschaft der Meere und die Herrschaft der Welt, noch seinen Gang weiter. Die Frage war, ob der erste Konsul auch ihn durch einen vorteilhaften und ehrenvollen Frieden würde abschließen können. Lange Zeit konnte es scheinen, als ob ihm dies in der Tat über Hoffen und Erwarten gelingen werde. Die Machtstellung Frankreichs war nach dem Frieden von Lunéville schon an sich außerordentlich. Dazu kam England gegenüber noch ein zweites, wesentlicheres: aus der großen Koalition für England war in jähem Umschwung eine solche gegen England geworden. Den Antrieb dazu gab der wiederum in einem plötzlichen Wechsel seiner Politik begriffene Zar Paul. Nach einem ersten vergeblichen Annäherungsversuch, den Friedrich Wilhelm III. vermittelt hatte, der sich freundlich zu dem ersten Konsul stellte, ohne doch selbst ein Bündnis mit ihm eingehen zu wollen, hatte

es Napoleon verstanden, unter Benutzung eines Lieblingsgegenstandes von Pauls politischem Denken, diesen ihm in der Tat geneigter zu machen. Es ist oben erwähnt worden, daß der Zar durch jene geschickte Ernennung von seiten des zersprengten Malteserordens von noch lebhafterem Interesse für diesen und Malta erfüllt wurde, als er es schon von jeher gehegt hatte. Der erste Konsul nun erhielt in dem Zaren im Laufe des Jahres 1800 die Hoffnung aufrecht, daß er die Insel dem Orden zurückgeben werde, eine Vertröstung, die besonders deshalb nicht schwer fallen konnte, weil es immer klarer wurde, daß die von den Engländern belagerte Insel sich nicht mehr lang werde halten können. Ein geschicktes Anerbieten Napoleons, etwa 6000 russische Kriegsgefangene ohne weiteres freizulassen, tat weiterhin das Seinige. Die bedeutenden Erfolge in Italien gaben dem Zaren zu denken; die Annäherung an das monarchische Prinzip, die die Konsulatsverfassung darstellte, machte wohl Eindruck auf ihn, wenn sie auch die Hoffnung auf eine Restauration der Bourbonen hinausschob. Das Entscheidende aber blieb Malta. Nach einer Belagerung, bei der auf beiden Seiten große Tapferkeit bewiesen wurde, kam im September 1800 die Insel infolge von Kapitulation der Besatzung in die Hände der Engländer. Durch diese Nachricht, verbunden mit der Gewißheit, daß die neuen Besitzer ihrerseits nicht die Absicht hatten, den Orden wieder in den Besitz Maltas zu setzen, geriet der leicht erregbare Zar in Zorn und ließ sich zu einer jener schroffen Maßregeln hinreißen, an denen seine kurze Regierung so reich ist. Er ließ sofort alle englischen Schiffe, die sich in russischen Häfen fanden, mit Beschlag belegen, eines verbrennen und eine große Zahl britischer Matrosen gefangen setzen und in harter Haft halten. Bald aber ging er weiter. Er entsandte im Oktober 1800 einen General nach Paris, mit dem Napoleon vom Dezember an verhandelte. Schon im Januar 1801 bemerkte der erste Konsul im Laufe dieser Verhandlungen, er betrachte den Frieden zwischen Frankreich und Rußland als hergestellt. Dazu aber kam ein weiterer wichtiger, für England äußerst bedrohlicher Schritt des Zaren. Paul knüpfte dabei an jenes von seiner Mutter 1780 geschlossene bewaffnete Bündnis zum Schutz der Seefahrt der Neutralen und die damals aufgestellten Grundsätze an[1]). Diese Bestrebungen waren nicht mehr ganz zur Ruhe gekommen. 1795 hatte Frankreich den Wunsch gehabt, ein gemeinsames Vorgehen zum Schutz gegen die englische Seekriegführung herbeizuführen. Gerade gegen England war auch der Plan des Zaren Paul gerichtet. Die einzelnen seerechtlichen Bestimmungen, für die er sich einsetzte, gingen über die von 1780 hinaus. Sie enthielten im wesentlichen folgende Forderungen: freie Fahrt aller neutralen Schiffe, auch nach Häfen der Kriegführenden; freie Beförderung aller Güter der Kriegführenden, außer Konterbande, auf neutralen Schiffen; Erklärung der Blockade nur bei wirksamer Durchführung derselben; Einschränkung des Rechtes der Visitation neutraler Schiffe auf Kriegskonterbande hin und voll-

[1]) Vgl. Immich a. a. O. S. 118 ff.

kommenes Verbot der Visitation für den Fall, daß der Führer des eine Anzahl von Handelsschiffen begleitenden Kriegsschiffes erklärte, auf jenen befinde sich keine Konterbande. Diese Bestimmungen hätten — mochte die Forderung mehrerer von ihnen noch so berechtigt sein —, wenn sie wirklich durchgeführt worden wären, einen schweren Schlag gegen die englische Seekriegführung, eine mächtige Förderung des Handels der Neutralen, und eine Schädigung des englischen Handels, bedeutet. Für dieses Programm suchte Paul Schweden, Dänemark und Preußen zu gewinnen, und zwar schon Ende August 1800, also vor der Eroberung Maltas. Von diesen Mächten waren, außer Rußland selbst, Schweden und Dänemark durch das englische Verhalten dem Handel der Neutralen gegenüber am schwersten geschädigt. Letztere Macht aber legte gerade zur selben Zeit, in der der Schritt des Zaren erfolgte, am 29. August, einen Streitfall über ein derartiges Vorgehen der Briten auf Grund gegenseitigen Nachgebens gütlich bei. Das war ungünstig für die russischen Bestrebungen. Kurz darauf aber wirkte der Fall Maltas anspornend auf den Zaren und er verdoppelte seine Bemühungen. Nun war ihm Erfolg beschieden: Schweden erklärte sich freudig zum Beitritt bereit, ja der König begab sich zum Zwecke des Abschlusses der Neutralität persönlich nach Petersburg. Dänemark freilich, das sich erst so kürzlich mit England geeinigt, mußte durch ein russisches Ultimatum zum Beitritt gezwungen werden. Preußen neigte nach den Triumphen des ersten Konsuls in Italien mehr zu einem Beitritt zu dem werdenden russisch-französischen System hin und ergriff damals mit erneuter Kraft die Idee, für den Schutz der Neutralität Norddeutschlands zu sorgen. Dabei schien Friedrich Wilhelm für einen Augenblick aus der eigenen konsequenten Neutralität heraustreten zu wollen. Im November 1800 ließ die preußische Regierung Kuxhaven, wo ein britischer Kreuzer vor dem Sturm Schutz gesucht hatte, besetzen, mit der Begründung, daß das Schiff die norddeutsche Neutralität verletzt habe. In diesen politischen Gedankengängen begriffen, ging der König auf die russischen Anregungen, freilich nicht ohne Hintergedanken, ein. So verbanden sich denn diese vier Mächte in Verträgen vom 16. bis 18. Dezember 1800 miteinander zum Zwecke der Durchsetzung der genannten Grundsätze des Seekriegsrechts gegen England; nötigenfalls waren kriegerische Maßnahmen in Aussicht genommen. Schon dadurch schien die Machtstellung Napoleons England gegenüber auf das furchtbarste verstärkt zu werden. Doch die auf die Vernichtung Englands gerichtete Politik des Zaren steckte sich noch weitere Ziele. Er wollte Portugal und Spanien für die Neutralität gewinnen, suchte Napoleon zu einer Landung in England zu bewegen und entwarf einen großen Plan für eine durch Rußland und Frankreich gemeinsam vorzunehmende Eroberung Indiens.

Damit ist aber noch nicht alles erschöpft, was die Lage Englands im höchsten Grade bedrohlich machte. Auch Spanien wandte sich jetzt von seiner bisherigen Haltung ab und Napoleon zu. Hier war zwar Godoy, der Friedensfürst, durch seine persönlichen Beziehungen

immer ein einflußreicher Mann geblieben. Allein offiziell war gegen ihn die Politik der Monarchie mehr im englischen Sinne geleitet worden, wenn sich auch die Regierung nicht entschlossen hatte, der zweiten Koalition in aller Form beizutreten. Nun aber gelang es dem ersten Konsul, einen Umschwung herbeizuführen. Unter dem Eindruck des Sieges von Marengo stürzte Godoy das Ministerium und drang wieder mit seiner Politik der Anlehnung an Frankreich siegreich durch. Der Erfolg war, daß schon am 1. Oktober 1800 der Präliminarvertrag von S. Ildefonso unterzeichnet wurde, in dem Spanien Louisiana abzutreten versprach, während Napoleon dem Schwiegersohn des Königs von Spanien, dem Erbprinzen von Parma, ein Königreich in Italien in Aussicht stellte. Spanien geriet nunmehr durchaus unter französische Oberleitung. Es sperrte seine Häfen dem englischen Handel, versprach im Januar 1801 Portugal, den treuesten aller Verbündeten Englands, zu zwingen, das gleiche zu tun, und besetzte in der Tat auf dieses Versprechen hin einen Teil des Landes. Durch die Bestimmungen des Friedens von Lunéville (s. oben) erfüllte Napoleon das Versprechen, das er in dem Präliminarvertrag gegeben hatte, indem der Prinz von Parma jetzt das Land des vertriebenen Großherzogs von Toskana als Königreich Etrurien erhielt, wogegen Spanien Louisiana abtrat (Vertrag von Aranjuez vom 21. März 1801.)

In wahrhaft furchtbarer Machtstellung stand also vom Spätjahr 1800 an Frankreich England gegenüber da. War sonst das Übergewicht der Bundesgenossen durchaus auf Englands Seite, so ist jetzt die Lage die umgekehrte. England ist nahezu isoliert, Frankreich, wenn auch nicht der Form, so doch der Tatsache nach, das Haupt einer übermächtigen Koalition, die weitaus die größten Teile von Europa umfaßte. Und schon schien die Hoffnung vorhanden zu sein, daß England, an dessen militärischer Bezwingung man im stillen wohl nach wie vor berechtigte Zweifel hegen mochte, durch Vernichtung seines Handels mit Europa niedergezwungen werden könne. Nach dem Frieden mit Neapel (28. März 1801) war die Lage eine kurze Zeit lang die, daß von dem Osten der Ostsee an um ganz Europa herum bis zur Südspitze Italiens und Siziliens, außer in Portugal, fast alle Häfen Europas den englischen Schiffen gesperrt waren. Um aber auch die portugiesischen Häfen schließen lassen zu können, ermutigte Napoleon den König von Spanien zur Eroberung und Annexion des Landes. Zu all dem Unheil für England kam hinzu, daß sein großer Minister, William Pitt, der bisher die Leitung der Geschicke des Landes in Händen gehabt hatte, am 5. Februar 1801 aus Gründen der inneren Politik (wegen der irischen Frage) abging.

Der Ausgang war aber dann doch für England über Erwarten günstig. Was die bewaffnete Neutralität wirklich erreichte, war recht bescheiden. Nach langem Zögern entschloß sich Preußen, Hannover zu besetzen (April 1801). Diese Maßregel sah indessen energischer aus als sie war, und sie konnte sogar als ein Dienst aufgefaßt werden, den Friedrich Wilhelm dem König-Kurfürsten erwies: daß Hannover

überhaupt besetzt werden sollte, war zwischen Frankreich und Rußland verabredet worden; England konnte in keiner Weise daran denken, diese Besetzung zu verhindern. In dieser Lage konnte es Georg III. nur angenehm sein, daß sein deutsches Land von den wohldisziplinierten und human geführten deutschen Truppen Preußens besetzt ward und nicht von Franzosen oder Russen. Preußen sperrte allerdings ferner unter Besetzung Bremens die Mündung der Weser und die Ems den englischen Schiffen. Dänemark, das ja nur ungern der Neutralität beigetreten war, versuchte unter der milden Leitung des aufgeklärten Ministers Peter Andreas Bernstorff, den Frieden mit England zu erhalten, erklärte seine Politik für durchaus defensiv und versicherte ausdrücklich, an der am 29. August 1800 abgeschlossenen Konvention mit England festhalten zu wollen. Allein England hatte nicht die Absicht, die Entscheidung in der Schwebe zu lassen, sondern ging von dem Gedanken aus, die Neutralität möglichst rasch unschädlich zu machen. Mitte Januar 1801 wurden alle dänischen, schwedischen und russischen Schiffe in englischen Häfen konfisziert und eine Flotte gegen Dänemark ausgerüstet. Daraufhin erst ratifizierte Dänemark endgültig den Vertrag vom 18. Dezember mit Rußland (Ende Februar 1801) und legte Beschlag auf die englischen Schiffe in dänischen Häfen (Ende März). In derselben Zeit schickte das Kopenhagener Kabinett Truppen nach Hamburg, welche die Elbmündung den Briten verschließen sollten.

England entsandte gemäß den genannten Entschlüssen eine mächtige Flotte, 18 Linienschiffe und zahlreiche Fregatten und Kreuzer nach der Ostsee, die ganz folgerichtig mit der Niederzwingung Dänemarks anfangen sollte. War dieser Entschluß selbst von der notwendigen Energie eingegeben, so war dagegen die Wahl des Führers sehr unglücklich. Gegen den Wunsch des größten Teiles des englischen Volkes wurde wegen einer Insubordination, die er begangen haben sollte, nicht Nelson, sondern der alte Sir Hyde Parker zum Führer dieser Flotte bestimmt, während sich der Sieger von Abukir mit der zweiten Stelle im Kommando begnügen mußte. Sir Hyde, ein Mann der alten Schule, ging mit ungeheurer Langsamkeit vor und verhandelte überdies, statt zu schlagen. Lange hatte er gezögert, ob er durch den Belt oder den Sund fahren sollte. Die so verlorene Zeit hatten die Dänen auf das beste benützt, um die Stellung vor Kopenhagen in Verteidigungszustand zu versetzen. Nelson, der übrigens persönlich für einen Angriff auf die russische, nicht die dänische Flotte gewesen war, setzte es schließlich durch, daß er mit 12 Linienschiffen zum Angriff übergehen durfte, während Parker in Reservestellung verharrte. Nach zweitägigem Studium der Tiefenverhältnisse, am 2. April 1801, griff Nelson an. Es entwickelte sich ein mörderischer Kampf, der eine Zeitlang für die Engländer bedenklich aussah. Der alte Parker gab das Signal zum Rückzug[1]), das aber Nelson nicht befolgte. Es gelang ihm schließlich, den Widerstand

[1]) Das zweifellos als Befehl aufzufassen ist und nicht, wie man versucht hat nachzuweisen, als verabredetes Zeichen für die Erlaubnis zum Angriff.

der Dänen zu brechen, und einen vollständigen Sieg zu erringen. Hierauf schloß er einen äußerst günstigen Waffenstillstand ab, der ihn in Besitz der dänischen Flotte brachte, und bei dessen endgültiger Festsetzung (9. April 1801) die Dänen sich verpflichteten, 14 Wochen nicht mehr zu kämpfen; in dieser Zeit hoffte Nelson, die russische Flotte zu vernichten. Inzwischen war aber eine Nachricht eingetroffen, welche dieses Unternehmen unnötig machte und, von sehr viel größerer Tragweite als selbst Nelsons Sieg bei Kopenhagen, die politische Lage Europas abermals von Grund auf veränderte. In der Nacht vom 23. zum 24. März 1801 war der Zar Paul, das Haupt der nordischen Neutralität, ermordet worden, worauf abermals, wie 1796, wie 1798 und wie 1800, ein vollkommener Umschwung der russischen Politik erfolgte.

Die Gründe der Ermordung des Zaren waren mannigfaltiger Natur. Seine zügellose Reformtätigkeit hatte an vielen Stellen, auch im Volke, beunruhigt; der Kaufmannsstand war durch die Feindschaft mit England auf das schwerste bedroht. Dagegen gab es allerdings doch auch weite Kreise des Volkes, welche von dem Reformkaiser eine Besserung ihrer Lage erhofften. Fast allgemein dagegen war der mit Furcht gemischte Zorn der höchsten Schichten der russischen Gesellschaft gegen den Kaiser. Es mag nur wenige vornehme Familien gegeben haben, die nicht ein Opfer seiner ungebändigten Leidenschaftlichkeit zählte, die in Wahnsinn überzugehen drohte, und die selbst den ruhmbedeckten Suworow nicht verschonte. Tätliche Mißhandlungen seiner Offiziere und seiner Umgebung waren an der Tagesordnung. Im Wechsel seiner Laune entzog der Zar oft ohne greifbaren Grund seine Gunst und verhängte harte Strafen, Kerker und Verbannung über bisherige Vertraute. Gerade die bevorzugten Günstlinge Pauls fühlten sich am meisten bedroht, da in der letzten Zeit sein Wohlwollen nur allzu oft in bedrohliche Ungnade umschlug. Diejenigen Kreise des Adels, welche sich für die auswärtige Politik interessierten, erschraken ferner über die abenteuerlichen Projekte, durch welche die Leidenschaft des Zaren die Lage des Reiches zu gefährden drohte; da war z. B. neben dem Plan, nach Indien zu marschieren, der Gedanke aufgetaucht, Preußen mit einem großen Heer zu überziehen, weil ihm diese Macht zu lau in der Sache der Koalition gegen England war. Zu alledem kam die Stimmung der eigenen Familie des Zaren, die auch ihrerseits von ihrem Haupte beleidigt und bedroht wurde. Die Kaiserin wurde durch die anderweitigen Verbindungen des Zaren gekränkt; weit mehr noch litt die weiche Natur des Thronfolgers Alexander unter der unmenschlichen Härte des Vaters. Die Stimmung des Sohnes machte sich eine Gruppe von Männern zunutze, welche beschlossen hatten, dem Regiment Pauls um jeden Preis, auch um den eines Verbrechens, ein Ziel zu setzen, die aber dennoch nicht wagten, ohne die Zustimmung des künftigen Zaren vorzugehen. Es handelte sich vornehmlich um Männer in den höchsten Stellungen, zumeist Hofstellungen, von denen einige zur schnellen Tat bereit waren, weil sie für ihre Laufbahn, ja ihr Leben fürchteten. Zusammengehalten wurden sie ferner durch ihre Anschauungen über die

auswärtige Politik, indem sie alle für ein Zusammengehen mit England waren. Der Führer der Verschwörung war der Vizekanzler Graf Panin. Vielleicht der energischste Teilnehmer, Graf Pahlen, damals Günstling des Kaisers und Kommandant von Petersburg, wurde seinerseits durch die Furcht gewonnen, die Gunst des Zaren zu verlieren. Zu den hervorragendsten Verschworenen gehörten ferner die drei Brüder Subow. Unter den zahlreichen Offizieren fand sich außer den genannten der General Bennigsen, der schon durch seine hannoveranische Abstammung ein energischer Vertreter des Anschlusses an England war. Die Verschworenen setzten sich mit Alexander in Verbindung und schlugen ihm im Interesse des Reiches und seinem eigenen Interesse vor, Paul zur Abdankung oder wenigstens zur Ernennung seines Sohnes zum Mitregenten zu zwingen. Wenn auch zweifellos schon damals wenigstens ein Teil der Verschworenen im geheimen die Absicht hatte, weiter zu gehen, wagte man doch nicht, Alexander in diese Gedanken einzuweihen. Allein dieser war zunächst noch nicht einmal ohne weiteres bereit, zu jenem ihm vorgeschlagenen Schritt seine Zustimmung zu geben. Bald trat aber ein Ereignis ein, das ihn vorwärts trieb. Ein jugendlicher Neffe der Kaiserin, der damals 13 jährige Prinz Eugen von Württemberg. kam am 6. Februar 1801 an den kaiserlichen Hof. Diesem wandte Paul sofort seine ganze Neigung in höchst auffallender Weise zu. Sein Verhalten gegen Alexander wurde immer wilder; er verstieg sich zu äußerst drohenden Reden; es wurde dem Thronfolger vorgestellt, der Kaiser beabsichtige, Eugen zum Nachfolger zu ernennen, dagegen ihn, seinen Bruder und seine Mutter einzukerkern. Schließlich kam, als letzter Antrieb zur Tat, die Verbannung Panins hinzu. Alexander gab seine Zustimmung dazu, daß sein Vater gewaltsam zur Abdankung genötigt werde unter der Bedingung, daß ihm an seinem Leben nichts geschehe. Die Verschworenen gaben dieses Versprechen, höchst wahrscheinlich von vornherein mit der Absicht, es nicht zu halten. Nach einem Gelage bei Pahlen drang in der genannten Nacht um 2 Uhr eine Reihe von Offizieren, halb oder ganz betrunken, unter Führung von Bennigsen und Subow in das Schlafgemach des Zaren, der nach einem heftigen Wortwechsel, in Abwesenheit von Bennigsen, von einem Offizier mit seiner Schärpe erdrosselt wurde. Alexander war bei der Nachricht zuerst fassungslos, nahm aber dann die Huldigung inmitten der Mörder seines Vaters entgegen.

Napoleon soll bei der Nachricht vom Tode Pauls einen Wutanfall gehabt haben, und sicher war in diesem Falle die Größe des Ereignisses einem derartigen Gefühlsausbruch angemessen. Denn es war von vornherein anzunehmen, daß der Regierungsantritt Alexanders I. das Ende der Koalition des Nordens gegen England bedeuten werde, schon weil die Verschwörer in der auswärtigen Politik die englische Richtung vertraten. Die Besetzung Ägyptens durch Frankreich schien dieser Gruppe von Politikern durchaus unerträglich. Ganz dementsprechend waren denn auch in der Tat die ersten Regierungshandlungen des neuen Herrn. Alexander machte die Beschlagnahme der englischen Schiffe

wieder rückgängig und verzichtete auf die Stellung als Großmeister des Johanniterordens, d. h. er bekundete, den englischen, auf dauernden Erwerb Maltas gerichteten Plänen nicht entgegentreten zu wollen. England kam seinerseits dem Zaren entgegen, indem Nelson Instruktionen erhielt, gegen Rußland nichts Ernstes zu unternehmen. Diese Maßnahmen waren aber nur die Vorläufer für eine vollständige Verständigung. Eine Sendung Durocs an Alexander, die den Zaren veranlassen sollte, auf Frankreichs Seite auszuharren, verlief vollständig ergebnislos. Dagegen wurden die Verhandlungen des Lord St. Helens mit Panin von vollem Erfolge gekrönt, indem sie zum Abschluß einer Petersburger Konvention vom 17. Juni 1801 führten. Diese Konvention beruhte in Sachen des Seerechtes auf einem Kompromiß. England gestand zu, den Begriff der Kriegskonterbande in Zukunft auf Waffen, Munition und Kriegsgeräte beschränken zu wollen. In der Blockadefrage willigte England in die Forderung ein, nur dann die Blockade zu erklären, wenn sie tatsächlich wirksam durchgeführt, d. h. wenn der in Frage kommende Hafen wirklich gesperrt sei. Allein — und nun gelangen wir zu den Punkten, in denen Rußland nachgab —, eine Bewachung des Hafens durch Kreuzer sollte zu diesem Zwecke als genügend gelten. Rußland verzichtete ferner auf die übertriebene Forderung, daß die neutrale Flagge unter allen Umständen auch die dem Feind gehörende Ladung »frei machen« solle, — was de facto auch die Konfiszierung von Kriegskonterbande unmöglich gemacht hätte. Ferner gestand das Petersburger Kabinett zu, daß englische Kriegsschiffe russische Handelsschiffe auch dann durchsuchen dürften, wenn sie in Begleitung russischer Kriegsschiffe segelten. Mit dieser Konvention war die nordische Neutralität von Rußland auch offiziell aufgegeben. Damit aber war die für Napoleon so überaus günstige Konstellation, die fast plötzlich eingetreten war, wieder vorüber, und die zahlreichen Bundesgenossen, die ihn eine Zeitlang umgaben, für ihn verloren. Auch Preußen war keineswegs gewillt, aus seiner Neutralität zugunsten Frankreichs herauszutreten. Unter diesen Umständen war an eine Niederwerfung Englands fürs erste nicht zu denken. Das Friedensbedürfnis des französischen Volkes dagegen dauerte an, ja es wuchs und wurde zu einem fast unwiderstehlichen Faktor, vor allem, als es bekannt wurde, daß England mit Friedensanerbietungen an Frankreich herangetreten sei. Die Annäherung des ehrgeizigen jungen Zaren an England konnte im höchsten Grade bedrohlich erscheinen, wenn auch nach den Berichten von Napoleons Gesandten fürs erste ein aktives Eingreifen gegen Frankreich nicht zu befürchten war. Der erste Konsul war ferner damals damit beschäftigt, die Herrschaft Frankreichs über die umliegenden Vasallenstaaten zu befestigen und auszudehnen. Auch dazu brauchte er Frieden. Aus allen diesen Gründen wurde Napoleon sehr rasch auch zu einem weniger glänzenden Frieden bereit, als er ihn noch kurz vorher gehofft hatte, erzielen zu können.

Auch in England war ein starkes Friedensbedürfnis in weiteren Kreisen, vor allem denen des Handels und der sich damals mächtig

entfaltenden Industrie vorhanden, das als das primäre Moment angesehen werden kann. Erleichtert wurde England eine friedliche Politik auch durch den Ministerwechsel. Zwar lag die Sache keineswegs so, daß Pitt in jener Zeit ein unbedingter Befürworter der Fortsetzung des Krieges, Addington und sein Minister des Auswärtigen Hawkesbury dagegen die Häupter eines eigentlichen Friedensministeriums gewesen wären. Vielmehr trat Pitt nach seinem Sturz auch seinerseits für den Frieden ein und Addington und Hawkesbury haben später bald wieder den Wiederausbruch des Krieges herbeigeführt. Auch war ja Pitt gar nicht über die Friedensfrage, sondern die irische Frage gestürzt. Dagegen ist es sicher, daß weite Kreise in England und außerhalb den Ministerwechsel in diesem Sinne deuteten, daß sie in Pitt die Verkörperung des Kriegsgedankens sahen, von Addington dagegen die Herbeiführung des Friedens erhofften und erwarteten, und daß auch in der Tat letzterer leichter Verhandlungen anknüpfen konnte als sein Vorgänger. Das neue Ministerium handelte schon sehr bald nach der Übernahme der Geschäfte dementsprechend und wandte sich, in der überaus bedrohten Lage Englands vor der Schlacht im Sunde und vor der Ermordung Pauls, an Napoleons Londoner Geschäftsträger Otto mit der Anregung von Friedensverhandlungen, worin in dieser Lage unzweifelhaft ein würdeloses Entgegenkommen zu sehen war. Dann aber erfolgten Schlag auf Schlag drei Ereignisse, von denen zwei schon erzählt worden sind, welche die Lage Englands auf das vorteilhafteste veränderten, so daß das Inselreich in dem Moment, da man mit Ernst in die Verhandlungen eintrat, sogar durchaus in der stärkeren Position war. Das erste dieser Ereignisse war die Ermordung des Zaren, das zweite der Sieg Nelsons im Sunde, das dritte aber eine schwere Schlappe des französischen Heeres in Ägypten. Das vom General Bonaparte im Jahre 1799 in nahezu hoffnungsloser Lage in Ägypten zurückgelassene Heer hatte zunächst seinen Führer Kléber durch Mord von seiten eines Eingeborenen verloren, dann aber unter dem Kommando M e n o u s noch viele Monate lang unter schweren Leiden mit großer Standhaftigkeit ausgehalten. Am 27. Juni 1801 aber eroberten die Briten Kairo und damit war die Kapitulation Alexandriens mit den Resten des französischen Expeditionskorps nahezu zur Gewißheit geworden — sie erfolgte freilich erst nach Abschluß der Friedenspräliminarien — und somit also die Engländer im Begriff, das letzte, was noch von den orientalischen Eroberungen Napoleons übrig blieb, sich anzueignen. Dennoch mußte England im Laufe der Verhandlungen eine ganze Reihe von Ideen, für die es gekämpft hatte, aufgeben; unter diesen waren die vornehmsten der alte Gedanke, daß Frankreich niemals in den Besitz Belgiens gelangen dürfe und die Idee des Prinzipienkrieges gegen die Republik. Zwar wurde die ausdrückliche Anerkennung der französischen Republik vermieden, allein von einer Rückkehr der Bourbons und der Einrichtung einer gemäßigten Monarchie war doch keine Rede.

Was die Einzelheiten der Verhandlungen angeht, die den Sommer 1801 hindurch in London geführt wurden, so suchte England zuerst

den gegenseitigen, augenblicklichen Besitzstand als Grundlage des Friedens durchzusetzen. Dadurch wären Malta und die zahlreichen kolonialen Eroberungen auf Kosten Frankreichs, Spaniens und Hollands dem siegreichen England geblieben. Schließlich aber gelang es Napoleon, der wieder mit seiner eigenartigen Mischung von Geschick und Brutalität vorging, das Prinzip »gegenseitiger Entschädigungen« für die Verluste zur Anerkennung zu bringen. Über diese Entschädigungen wurde lange und zäh verhandelt. Die Lage Englands wurde dadurch erschwert, daß seine Regierung zugleich für seine Verbündeten, die Türkei, Portugal und Neapel zu sorgen hatte. Schließlich wurden folgende Abmachungen getroffen: Napoleon versprach seine Truppen, die er gemäß dem Friedensvertrag mit Neapel vom 28. März dort unterhielt (s. o.), zurückzuziehen, wodurch es dem König erst wieder ermöglicht worden wäre, wirklich die Regierung seines Landes zu führen. Malta und Ägypten sollten von England an ihre früheren Besitzer, den Orden und die Türkei, zurückgegeben werden, und zwar Malta unter Garantie einer neutralen Macht; ein besonderer Vertrag sollte bestimmen, welche Macht damit zu betrauen wäre. England mußte ferner die meisten seiner Eroberungen in den übrigen Weltteilen preisgeben und den früheren Besitzern, Frankreich, Holland und Spanien wieder ausliefern. Zur Dokumentierung seiner Siege behielt es nur von früheren holländischen Kolonien Ceylon, und von den spanischen Trinidad. Frankreich erhielt Elba, mußte aber auf die Jonischen Inseln verzichten, die selbständig gemacht wurden. Die Integrität Portugals wurde garantiert, also dieser Staat vor den französisch-spanischen Eroberungsgelüsten beschützt. Auf Grund dieser Abmachungen wurden am 1. Oktober 1801 in London die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Die Nachricht rief in England wie in Frankreich unbeschreiblichen Jubel hervor. In letzterem Lande mit mehr Recht als in ersterem, das für so viele Siege so kargen Lohn davongetragen hatte. Noch freilich konnte das englische Kabinett hoffen, im definitiven Frieden bessere Bedingungen zu erhalten; vor allem wünschte man, bestimmte Abmachungen über Napoleons Beziehungen zur Schweiz, zu Holland und zu Italien zu treffen, die in den Präliminarien ganz fehlten; die Welt des Handels und der Industrie in England verlangte einen Handelsvertrag mit Frankreich. Alle diese Wünsche aber blieben unerfüllt. Napoleon instruierte seinen Bruder Joseph, der in Amiens über den endgültigen Frieden mit Lord Cornwallis verhandelte, dahin, daß seine Beziehungen zu Holland, der Schweiz und Italien aus der Diskussion ganz und gar ausscheiden sollten. Was den Handel anging, so blieben englische Waren mit unbedeutenden Ausnahmen, die man gewährte, in Frankreich nach wie vor verboten. So war denn nach den beinahe halbjährigen Verhandlungen des Winters 1801/02 das Resultat, daß in dem am 27. März 1802 in Amiens abgeschlossenen endgültigen Frieden zwischen England einerseits, Frankreich, Holland und Spanien andererseits, im wesentlichen nur die Bestimmungen der Londoner Friedenspräliminarien wiederholt wurden. Doch wurden einige Abmachungen der Präliminarien genauer präzisiert:

so sollte England z. B. Malta innerhalb dreier Monate räumen, während Frankreich ohne Zeitangabe versprach, seine Truppen aus dem Kirchenstaat und Neapel zurückzuziehen. Ferner wurde bestimmt, daß der Oranier eine Entschädigung erhalten sollte.

Wenn auch der Friede wie die Präliminarien nach allen Leistungen Englands als außerordentlich ungünstig gerade für diese Macht betrachtet werden muß, so ist doch unverkennbar, daß der Friede von Amiens auf einem beiderseitigen Verzicht auf die größten und grundlegendsten politischen Positionen und Aspirationen beruhte. Daß England den Prinzipienkampf gegen die Revolution aufgab, daß es Belgien Frankreich preisgab, darauf ist schon hingewiesen worden. Allein der englische Verzicht kann noch viel prinzipieller und allgemeiner ausgedrückt werden: man gab einen großen Teil mindestens des Einflusses auf den Kontinent und seine Politik preis. Wieviel dieser Verzicht bedeuten würde, war noch nicht abzusehen; sicher aber war, daß er gegenüber den Zeiten vor 1792 sehr erheblich sein würde. Auf der anderen Seite verzichtete Frankreich mit dem Friedensschluß für den Augenblick auf den Versuch, von dem im 18. Jahrhundert verlorenen Kolonialbesitz wieder etwas zurückzuerwerben oder ein großes Kolonialreich neu zu gründen und fand sich sogar in eine maritime Stellung, die gegenüber der von 1789 sehr bedeutend geschwächt war. Die Frage war nun, als wie groß und als wie dauernd sich der beiderseitige Verzicht herausstellen würde; ob England mit seinem Zurücktreten in Europa zufrieden sein, ferner ob es einen wenigstens einigermaßen bedeutenden Einfluß auf den Kontinent, also eine den Ehrgeiz und die Interessen dieser Macht wenigstens leidlich befriedigende Stellung würde erhalten können, und ob Napoleon auf koloniale Pläne in großem Stil auf die Dauer verzichten würde. Nach der Vergangenheit der Republik und Napoleons, nach der schon erwähnten französischen Überschätzung der eigenen Kraft und nach den Traditionen der englischen Politik war es nun unwahrscheinlich im höchsten Grade, daß jene beiderseitigen Verzichte wirklich dauernde sein würden, und so stellte sich denn der Friede von Amiens von vornherein mehr als Waffenstillstand denn als Frieden dar. Eine andere Frage freilich ist es, ob er von den beiden, ihn abschließenden Parteien mit voller Klarheit als bloßer Waffenstillstand aufgefaßt wurde und wieder eine andere, welche von den beiden Mächten tatsächlich zu dem Zeitpunkt, an dem es geschah, den Wiederausbruch des Krieges herbeigeführt hat.

Kapitel III.

Das Emporsteigen Napoleons zur höchsten Macht in Europa 1802—1807.

Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise mit Kaiser Alexander I., hgg. v. P. Bailleu. Leipzig 1900 (Publikat. a. d. Preuß. Staatsarchiven 75). P. Bailleu, Königin Luise. Ein Lebensbild. Berlin u. Leipzig 1908. Fr. M. Kircheisen, Die Königin Luise in der Geschichte und Literatur (eine Bibliographie). Jena 1906. Ch. Auriol, La France, l'Angleterre et Naples 1803—1806. 2 B. 1904/5. H. Ulmann, Russisch-preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806. Leipzig 1899. A. Wassiltchikow, Les Razoumowski. Franz. Ausg. v. A. Brückner 3 B. (B. 2 in 4 Teilen). Halle 1893 f. (B. 2 Abt. 2 kommt hier in Betracht.) Th. Bitterauf, Geschichte des Rheinbundes. B. I München 1905. C. Th. Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft. 2 B. Gotha 1862—1869: I. Das südliche und westliche Deutschland. II. Die deutschen Länder des Hauses Österreich. G. Servières, L'Allemagne française sous Napoléon I. Paris 1904. H. A. L. Fisher, Studies in Napoleonic Statesmanship in Germany. Oxford 1903. (A. du Casse), Mémoires et correspondance politique et militaire du roi Joseph. 10 B. Paris 1853/4. Ders., Mémoires et correspondance du roi Jérôme et de la Reine Cathérine. 7 B. 1861—1865. Ders., Mémoires et correspondance . . . du prince Eugène. 10 B. Paris 1858/60. Ders., Les rois frères de Napoléon. Paris 1883. F. Rocquain, Napoléon I et le roi Louis. Paris 1875. Lettres et documents pour servir à l'histoire de Joachim Murat 1767—1815, p. p. le prince Murat, avec introduction etc. p. P. Le Brethon, bisher 4 B. Paris 1908 ff. F. Chavanon et G. Saint-Yves, Joachim Murat (1767 à 1815). Paris 1905. Correspondance du maréchal Davout 1801—1815 p. p. Ch. de Mazade. 4 B. Paris 1885. Correspondance inédite du maréchal Davout 1790—1815 p. p. la Marquise de Blocqueville. Paris 1887. J. O. B. Comte d'Haussonville, L'Église romaine et le premier empire 1800—1814. 5 B. Paris 1868 ff. H. Welschinger, Le pape et l'empereur. Paris 1905.

§ 1. Der Wiederausbruch des Krieges mit England 1803.

Reiche Literaturangaben über den Bruch des Friedens von Amiens finden sich in Fourniers Napoleon II² 332/33. England and Napoleon in 1803, being the despatches of Lord Whitworth and others ed. by Oscar Browning. London 1887. G. Roloff, Die Kolonialpolitik Napoleons I. München 1899. (Histor. Bibl. X.) A. C. Gaspari, Der Deputations-Rezeß mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen. 2 B. Hamburg 1803. E. Desbrière, Projets et tentatives de Débarquement aux Iles Britanniques 1793—1805 (französ. Generalstabswerk). 5 B. Paris 1900 ff.

Es sollte sich sehr bald zeigen, daß der Erste Konsul nach dem Friedensschluß sich nicht nur mit seiner glorreichen Energie der inneren Gesundung und Bereicherung des Landes zuwenden, sondern daß er mit seiner ganzen Kraft und Leidenschaft daran gehen wollte, den alten Kampf Frankreichs um die Vorherrschaft in Europa und zugleich den mit England um die Herrschaft der Welt in großartiger Weise auch im Frieden fortzuführen: die Unterwerfung des an Frankreich grenzenden Europa wurde mit aller Konsequenz fortgesetzt; die Schöpfung einer neuen Flotte und eines neuen Kolonialreichs und die Gewinnung der Herrschaft über das Mittelmeer auf das kräftigste betrieben. In ersterem

Punkte, der seine Bedeutung natürlich nicht nur England, sondern auch dem übrigen unabhängigen Europa, vornehmlich Österreich gegenüber hatte, war Napoleon schon vor dem Friedensschluß so energisch und unzweideutig vorgegangen, daß es eine große Schwäche der englischen Politik war, diese Unternehmungen während der Verhandlungen auf Wunsch Napoleons zu ignorieren. Die Besetzung Piemonts ist schon erwähnt worden. Daß sie nur die Vorstufe der Einverleibung sei, war kaum irgendwo bezweifelt worden. Von den beiden Schritten, welche diese dann tatsächlich herbeiführten, fiel der eine fast ein Jahr vor den Frieden von Amiens. Es war die am 21. April 1801 verkündete Organisation des Landes als französische »Militärdivision« mit sechs Präfekturen. Erst nach dem Frieden freilich, im September 1802, wurde die französische Zivilverwaltung mit sechs Departements eingeführt und damit die Einverleibung vollendet. Die Verfassung der ligurischen Republik wurde kurz nach dem Friedensschluß im Juni 1802 im monarchischen Sinne reformiert, wobei Napoleon das Recht erhielt, den Dogen zu ernennen. In Lucca gebot der Vertreter Frankreichs, in dem neugebildeten Königreich Etrurien Napoleons Offiziere. Weit wichtiger war die Beherrschung des größten politischen Gebildes in Norditalien. Auch in der cisalpinischen Republik sollte eine Verfassungsänderung vorgenommen werden, welche den Zweck hatte, die Verfassung im monarchischen Sinne fortzubilden, sie derjenigen Frankreichs ähnlich zu machen und dem ersten Konsul persönlich den entscheidenden Einfluß in der Republik zu verschaffen. Nachdem beschlossen worden war, die Direktorialverfassung abzuschaffen und an deren Stelle eine Verfassung einzuführen, in der, wie in Frankreich, eine höchst komplizierte Legislative neben einer monarchisch gestalteten Exekutive ein bloßes Scheindasein führte, schob Napoleon sehr geschickt die Initiative für die Ausführung des Gedankens den Lombarden zu; dann versammelte er 500 Notable aus ihrer Mitte in Lyon um sich (Januar 1802) und ließ von ihnen die wichtigsten Stellen in dem reformierten Staatswesen besetzen. Schwierigkeiten gab es nur bei der weitaus wichtigsten Wahl, der des Präsidenten. Diese fiel zunächst auf den Grafen Melzi, einen der hervorragendsten Liberalen der Republik. Auf sehr deutliche Winke hin wurde aber schließlich Napoleon selbst die erste Präsidentenstelle angeboten, während Melzi zweiter Präsident wurde. Da dieser der Verfassung nach durchaus machtlos war, wurde der erste Konsul Frankreichs auch in der nunmehr zur Freude ihrer Bürger neu getauften »italienischen Republik« durchaus der entscheidende Mann. Alle diese Maßnahmen, die teils vor, teils nach dem Frieden mit England ergriffen wurden, bedeuteten eine völlige Beherrschung Oberitaliens, soweit es nicht österreichisch war, durch Frankreich.

Wurde so das französische Machtgebiet im Süden befestigt, so erging es dem Norden ähnlich, wenn auch hier der Erfolg kein so vollkommener war. Auch in der batavischen Republik sollte 1801 die Direktorialverfassung durch eine zeitgemäßere ersetzt werden.

An der Spitze des Staates sollte hier ein zwölfköpfiger Rat mit einem dreimonatlich wechselnden Vorsitzenden stehen, dem die wirkliche Macht im Staate zugedacht war, während auch hier die Legislative geschwächt werden sollte. In Holland aber erhob sich gegen diesen Plan unerwarteter Widerspruch, sowohl in den Kammern, wie nach deren Auflösung (September 1801) im Volke: der Erfolg eines Plebiszits war, daß nur gegen 17 000 Stimmen für die napoleonische Verfassung, aber mehr als 52 000 dagegen abgegeben wurden. Allein Napoleon wußte sich zu helfen: etwa 347 000 Bürger hatten überhaupt nicht abgestimmt; deren Schweigen wurde für Zustimmung erklärt und die neue Verfassung eingeführt (6. Oktober 1801). Zu einer noch vollkommeneren verfassungsmäßigen Unterwerfung wagte Napoleon damals bei der allgemeinen Mißstimmung noch nicht überzugehen. Auch genügte es ja für die tatsächliche Beherrschung Hollands, daß die auf Kosten der Batavер lebende französische Besatzung des Landes, freilich von 25 000 Mann auf 10 000 reduziert, dablieb und zwar auch noch nach dem Friedensschluß mit England. Napoleon nahm keinen Anstoß daran, daß er hierdurch einen doppelten Vertragsbruch beging: in Wirklichkeit war er durch den Frieden von Lunéville und eine Haager Konvention vom 29. August 1801 verpflichtet, seine Truppen nach dem allgemeinen Frieden aus Holland zurückzuziehen. Durch diese vertragswidrige Besetzung blieb das Land der Machtsphäre Frankreichs hilflos einverleibt.

Noch rücksichtsloser war das Vorgehen des ersten Konsuls in der Schweiz. Hier bewegten sich seine Unternehmungen in zwei Richtungen; es galt einerseits einen Teil des Landes, das Wallis, aus militärischen Gründen ganz in die Hand zu bekommen, andererseits die fortwährenden Verfassungswirren des Landes überhaupt zu einer festen Begründung französischer Vorherrschaft zu benutzen. Nachdem der Versuch, das um seiner Pässe willen wichtige Wallis einzuverleiben, am Widerstand der Bevölkerung zunächst gescheitert war, gelang es, das Land von der Schweiz loszutrennen und zu einer nominell unabhängigen, in Wirklichkeit von Frankreich gänzlich abhängigen Republik mit einer Art von Konsulatsverfassung zu machen (30. August 1802). Dabei ward für die Erreichung der militärischen Zwecke Frankreichs durch die Auslieferung der Pässe genügend Sorge getragen. Der zweite Zweck wurde auf folgendem Wege erreicht. Die schon erwähnten Zwistigkeiten zwischen der aristokratisch-föderalistischen und der demokratisch-unitarischen Partei dauerten nach dem oben erwähnten Eingreifen Frankreichs fort und führten zu einer Reihe von Verfassungsänderungen und Staatsstreichen. Die bekannteste der in jenem Abschnitt der schweizerischen Geschichte eingeführten Verfassungen war die durch Napoleon aufgezwungene »Verfassung von Malmaison« vom Mai 1801, welche im Gegensatz zu den revolutionären Verfassungen der »einen und unteilbaren Republik« schon auf einem Kompromiß zwischen den unitarischen und den föderalistischen Tendenzen beruhte. Die Einführung dieser Verfassung stieß aber auf Schwierigkeiten und hatte

ein Wiederaufleben des Bürgerkrieges im Gefolge. Die Föderalisten stützten sich dabei auf Österreich und den Vertreter Englands. Da aber griff Napoleon in großem Stile ein. Auf eine von ihm selbst hervorgerufene Aufforderung hin ließ er, im offenen Gegensatz zu einer Bestimmung des Friedens von Lunéville, im September 1802 den General Ney mit 30 000 Mann in die Schweiz marschieren und erklärte sich zum Vermittler zwischen den schweizerischen Parteien. Dadurch war der österreichisch-englische Einfluß in der Schweiz mit einem Schlage beseitigt. Im Januar 1803 berief er die Mitglieder der letzten schweizerischen Regierungen und die Inhaber der wichtigsten Ämter nach Paris. Es erschienen etwa 60 Männer, mit denen nun die neue Verfassung beraten wurde. Diese kam unter dem Namen Mediationsakte am 19. Februar 1803 zustande und ist eines der mit Recht viel bewunderten Meisterwerke Napoleons. Auch sie beruhte auf einem Kompromiß zwischen Unitarismus und Föderalismus, kam aber nunmehr dem letzteren weiter entgegen. Die Schweiz wurde durch sie ein Bundesstaat, jedoch mit sehr starken Befugnissen der einzelnen 19 Kantone und schwacher Zentralgewalt. Die früher »untertänigen« Gebiete wurden zu selbständigen Kantonen erhoben; dies war die bedeutendste Konzession, welche die demokratisch-unitarische Partei erzielte. Die Verfassungen der einzelnen Kantone waren übrigens je nach deren historischem Charakter verschieden. Die Leitung des Bundes lag jährlich abwechselnd bei den sechs bedeutendsten Kantonen Basel, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn, Zürich. Die Zentralgewalt bestand aus einem Landammann und einem Reichstag (Tagsatzung), der indessen nur einen Monat im Jahr tagte. Sie hatte keine eigenen Einnahmen, kein eigenes stehendes Heer, und, als unter allen Umständen neutral, keine Diplomatie zur Verfügung. Diese Verfassung ist bemerkenswert vor allem, weil sie zeigt, wie viel beweglicher und geistvoller Napoleon war als seine Vorgänger in der Regierung Frankreichs: ahmte er sonst, in Holland, Cisalpinien, Genua usw. lediglich deren Methoden nach, indem er die Verfassungen der abhängigen Staaten mehr oder weniger nach der gerade in Frankreich herrschenden einrichtete, so tat er in der Schweiz das Gegenteil, indem er aus der zentralisierten Republik einen Staat mit überaus schwacher Zentralgewalt machte, weil diese seinem besonderen Zwecke, der unbedingten Beherrschung der Schweiz, allein entsprach; er hat diesen vollkommen erreicht: bis zu seinem Sturz blieb die Schweiz ihm unbedingt untergeordnet, ja sie war aus der Zahl der Staaten mit eigener Politik verschwunden. Aber auch die Schweiz selbst hatte, wie ja häufig die Napoleon unterworfenen Staaten, auf dem einen oder anderen Gebiet auch Vorteile von dem neuen Zustand der Dinge. Vor allem wurde der ewige Zwist zwischen Föderalisten und Unitariern durch das geschickte Kompromiß für die Zeiten Napoleons zur Ruhe gebracht, was einen gewissen, wenn auch nur schwachen Ersatz für die verlorene nationale Ehre und Selbständigkeit bieten konnte.

Zu der nahezu unbeschränkten Herrschaft des ersten Konsuls über Oberitalien, die Schweiz und Holland gesellte sich die über die

deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Die Gelegenheit einzugreifen boten die schon erwähnten Verhandlungen der Reichsdeputation über die Entschädigung der Fürsten, die auf dem linken Rheinufer Gebiet verloren hatten. Bei diesen Verhandlungen nun ergriff die französische Regierung zum Zorn Österreichs durchaus die Initiative. Ihr Grundgedanke dabei war möglichste Stärkung gerade der größeren deutschen Staaten, auch Preußens, außer Österreich und gegen Österreich. Diese sollten dann möglichst vollzählig und unbedingt dem französischen System einverleibt werden. Das hauptsächlichste Mittel, um diese Vergrößerungen der deutschen Staaten herbeizuführen, sollten Säkularisationen sein. Das hatte wieder zwei Gründe: der eine, zweifellos weniger wirksame, war der, daß die Säkularisation aus »philosophischen« Gründen ein Gedanke der Revolution war, der andere wichtigere liegt wieder in der antiösterreichischen Politik Frankreichs: die geistlichen Staaten waren die festeste Stütze des Kaisers in der Reichsverfassung gewesen. Es kam dazu, daß man die geistlichen Staaten, die ja nicht im erblichen Besitz von Dynastien waren, nicht so leicht wie die weltlichen unter Vermittelung des dynastischen Ehrgeizes an Frankreich ketten zu können glaubte. Außer dem geistlichen Besitz sollte der der kleinen und kleinsten Fürsten und Grafen, ferner Reichsstädte zur Vergrößerung der Mittelstaaten dienen. Diese sollten dann, verfassungsmäßig möglichst unabhängig von Österreich und Preußen gemacht, dem französischen Einfluß anheimfallen, wenn auch der Gedanke an eine gewisse Selbständigkeit dieser Staaten aufrecht erhalten wurde. Im Laufe der Verhandlungen band Frankreich die wichtigsten deutschen Staaten durch besondere Verträge über die Entschädigungsfrage an sich: so Bayern durch drei Verträge vom August 1801, 24. Mai und 25. September 1802, Preußen am 23. Mai und 25. September 1802, Württemberg am 20. Mai 1802, Baden am 3. Juni 1802. Diese Verträge fielen zum Teil mit Rücksicht auf Rußland, dessen Zar unter den genannten Fürsten nahe Verwandte zählte, sehr günstig für letztere aus. Im übrigen wurde die Einigung Frankreichs mit dem Zaren natürlich auch in diesem Punkte durch den neuen Kurs der russischen Politik bedeutend erschwert; sie kam aber dann dennoch durch zwei Verträge, einen vom 10. Oktober 1801, vor allem aber den vom 3. Juni 1802 zustande. Hierin wurden genügende Entschädigungen für Bayern, Württemberg und Baden verabredet. Auch Preußen stellte ein enges Einvernehmen mit Rußland her, das durch eine persönliche Begegnung Friedrich Wilhelms III. mit dem Zaren in Memel (Juni 1802) bekräftigt wurde. Einzelheiten über die wechselnden Projekte können hier nicht gegeben werden. Genug, daß, sobald die Verhandlungen in Fluß kamen, eine fast allgemeine Wallfahrt deutscher Diplomaten nach Paris begann und dort ein würdeloses Feilschen und Betteln um Erhaltung oder Vergrößerung des Gebietes, unter Bestechung Talleyrands und anderer französischer Beamten, einsetzte. Österreich war bei allen diesen Vorgängen als wirklicher Machtfaktor nahezu ausgeschaltet, ja das Wiener Kabinett wurde über den Verlauf der Verhandlungen in überaus demütigender Weise im

Dunkeln gelassen. Seine eigenen Entschädigungen wurden ihm in Verträgen vom Dezember 1802 förmlich zudiktiert. Die Reichsdeputation nahm dann schließlich den zwischen Frankreich, Rußland, Preußen und den genannten deutschen Mittelstaaten verabredeten Entschädigungsplan an. Der Reichsdeputationshauptschluß, auf dem die Gebietsverhältnisse der deutschen Staaten noch heutzutage zu einem guten Teil beruhen, ist vom 25. Februar 1803. Der Reichstag genehmigte ihn am 24. März, der Kaiser, mit einigen Vorbehalten, wieder einen Monat später, am 27. April. Infolge des Reichsdeputationshauptschlusses verschwanden 112 Reichsstände, nämlich in der Hauptsache folgende Gruppen: 1. alle geistlichen Fürsten, außer den beiden, die in der Deputation vertreten waren, nämlich dem Kurfürsten von Mainz, der aber notwendigerweise verpflanzt werden mußte und dessen Sitz in Zukunft Regensburg sein sollte[1]) und dem Hoch- und Deutschmeister; 2. eine Reihe von kleinen und kleinsten weltlichen Ständen, vor allem von im 17. und 18. Jahrhundert durch den Kaiser im Interesse Österreichs gefürsteten Grafen; 3. alle Reichsstädte außer sechsen: Augsburg, Bremen, Frankfurt, Hamburg, Lübeck, Nürnberg. Österreich mußte sich für den Verlust des Breisgaus und der Ortenau, die der Herzog von Modena erhalten sollte, mit den Bistümern Brixen und Trient begnügen, der Großherzog von Toscana, für den man zur Zeit des Friedens von Lunéville noch ganz Bayern als Ersatz erhofft hatte, erhielt Salzburg mit Berchtesgaden und einen Teil des Bistums Eichstätt. Im übrigen waren die Erwerbungen der weiterbestehenden deutschen Staaten, die hier in keiner Weise im einzelnen aufgeführt werden können, je nach ihrer Bedeutung, dem Verhalten ihrer Gesandten in Paris und dem Interesse des Zaren sehr verschieden. Zu den reichgesegneten gehörten Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt. Von diesen Staaten erhielt, um zwei Beispiele zu nennen, Preußen für etwa 48 linksrheinische Quadratmeilen, die es verloren hatte, ungefähr 235 Quadratmeilen, also nahezu das Fünffache; nämlich von bisher geistlichem Gebiet die Bistümer Hildesheim und Paderborn ganz, große Teile von Münster und Kurmainz (vornehmlich das Eichsfeld), ferner von Reichsabteien Herford und Quedlinburg und andere Klöster; von Reichsstädten u. a. Goslar, Mülhausen in Thüringen, Nordhausen; dagegen nur wenig von bisher weltlich - fürstlichem Gebiet. Preußen gewann aber durch diesen Prozeß nicht nur an Umfang, sondern sein Gebiet wurde überdies weit geschlossener als es vorher gewesen war. Baden hatte zerstückelte linksrheinische Gebiete, im ganzen etwa 8 Quadratmeilen verloren; es erhielt dafür das $7\frac{1}{2}$ fache, etwa 60 Quadratmeilen; nämlich von früherem geistlichem Besitz alle rechtsrheinischen Gebiete der vier Bistümer Konstanz, Basel, Straßburg,

---

[1]) Der kleine Staat des Kurerzkanzlers wurde durch die Rheinbundakte (s. u.) im Juli 1806 bedeutend vergrößert, u. a. durch Frankfurt. Damals erhielt der Staat den Namen Primatialstaat. Am 16. Februar 1810 wurde durch einen Vertrag mit Frankreich Regensburg gegen reichen Ersatz abgetreten und Frankfurt wurde die Hauptstadt des nunmehrigen »Großherzogtums Frankfurt«.

und Speier; ferner wurden Abteien in großer Zahl gewonnen, darunter die Reichenau, Ettenheimmünster, Lichtental, Allerheiligen; von Reichsstädten Offenburg, Überlingen, Pfullendorf, Wimpfen; schließlich von weltlich-fürstlichem Gebiet neben der Herrschaft Lahr ein überaus wertvoller Zuwachs nach Norden: die rechtsrheinischen kurpfälzischen Gebiete mit Heidelberg und Mannheim. Erst durch diese Erwerbungen wurde aus den bisher in hauptsächlich vier Stücken getrennt liegenden badischen Landen ein mehr oder weniger zusammenhängendes Ganzes. Schließlich mag erwähnt werden, daß eine Reihe von deutschen Fürsten Standeserhöhungen erzielten; Württemberg, Baden, Hessen-Kassel und Salzburg wurden Kurfürstentümer. — Der Reichsdeputationshauptschluß bedeutete übrigens nur vorübergehend einen Abschluß in den Gebietsverschiebungen zwischen den deutschen Staaten, und bald setzten die Bemühungen und Verhandlungen in dieser Richtung unter französischer Leitung wieder kräftig ein.

Die Vorgänge, die zum Reichsdeputationshauptschluß führten, wie dieser selbst, hatten zweifellos die Vorherrschaft Napoleons über das »dritte Deutschland« zur Folge, wenn man sich die Sachlage auch nicht etwa so vorstellen darf, als ob schon damals die größeren deutschen Mittelstaaten, von denen mehrere einen starken Rückhalt an Rußland hatten, durchaus willenlose Vasallen Frankreichs gewesen wären. Vielmehr zeigten sich vor allem in Bayern, in Württemberg und in Hessen-Kassel gelegentlich kräftige Regungen der Selbständigkeit. Allein diese Tatsache kann an dem Gesamturteil nichts ändern, daß Napoleon entscheidenden Einfluß auf große Teile Deutschlands, wenn auch nicht in dem Grade wie auf Holland, die Schweiz und Oberitalien, ausübte. Diesen Einfluß dehnte er mitten im Frieden mit Österreich, und worauf es hier vor allem ankommt, mit England auf das energischste aus.

Wenn also etwa das englische Kabinett beim Friedensschlusse erwartet haben sollte, daß Napoleon sich mäßigen und England in jenen Ländern einen den alten Traditionen auch nur einigermaßen entsprechenden Einfluß einräumen würde, so ist diese Hoffnung bald zuschanden geworden.

Aber auch auf jenem zweiten Gebiete möglichen Gegensatzes zwischen Frankreich und England ging Napoleon mit der ihm eigenen rücksichtslosen Energie vor: in dem Streit um die Herrschaft der Meere und der Kolonien. Er warf sich mit größter Tatkraft auf den Bau einer neuen Flotte und die Instandsetzung der Schiffe, die noch vorhanden waren. Sodann wurde in wahrhaft großem Stil der Plan verfolgt, ein neues Kolonialreich an die Stelle des verlorenen zu setzen. Und zwar bewegten sich die Pläne Napoleons hauptsächlich in drei Richtungen: die eine war der Versuch, eine französische Vorherrschaft im Mittelmeer einzurichten durch Gewinnung oder Unterwerfung der Länder Nordafrikas, die die Südküste dieses Meeres bilden. Vor allem wurde, auch im Hinblick auf den Weg nach Indien, das Augenmerk wieder auf Ägypten gerichtet. Indessen kam es auf diesem Gebiet nicht über Präliminarien, die Absendung von Botschaftern und Kundschaftern

hauptsächlich an den Bey von Tunis und nach Ägypten, hinaus. Eine zweite Richtung war Ostindien: auch an die Wiedergewinnung des dort Verlorenen wurde gedacht und diese Pläne verdichteten sich zur Tat. Im März 1803 wurde eine Expedition nach Ostindien unter Decrès abgesandt, die zunächst zur Beförderung des französischen Handels dienen sollte. Sie hatte aber noch andere Zwecke. Es sollten wieder Verbindungen mit indischen Fürsten angeknüpft werden und die Expedition war wohl als Vorbereitung für einen größeren Schlag gegen die englische Herrschaft in Vorderindien gedacht. Die dritte Richtung — es war die, in der sich Napoleon am energischsten betätigte — war Westindien. Hier galt es vor allem, zwei neuerworbene Gebiete für Frankreich nutzbar zu machen: Louisiana und St. Domingo. Dabei aber gab es sehr erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. In St. Domingo hatte sich ein Neger, der sich durch Verstand, Tatkraft und Tapferkeit über den Durchschnitt seiner Landsleute sehr bedeutend erhob, Toussaint l'Ouverture mit Namen, unter dem Titel Präsident zum Alleinherrscher gemacht und er war geneigt, die französische Herrschaft nur dem Namen, nicht der Sache nach anzuerkennen. Seine im übrigen aufgeklärte Despotie ruhte durchaus auf der in der Revolutionszeit erworbenen persönlichen Freiheit der Neger. Mit diesem ganzen Verlauf aber war der erste Konsul begreiflicherweise wenig einverstanden. Nicht nur, daß er die politische Selbständigkeit der Insel nicht zugestehen wollte, er war auch nicht geneigt zu dulden, daß sie mit ihrer sich erfreulich entfaltenden Wirtschaft ihre eigenen Wege gehe; vielmehr sollte sie, gemäß den kolonialpolitischen Ideen des 18. Jahrhunderts, durchaus der Wirtschaft Frankreich dienstbar sein. Um die Insel zu unterwerfen, entsandte Napoleon im Herbst 1801 seinen Schwager Leclerc mit nicht weniger als 25 000 Mann nach St. Domingo. Dieser geriet denn auch bald mit dem schwarzen Präsidenten in Konflikt — und zwar wegen der Frage der Sklaverei, die Bonaparte seinen Ideen gemäß wieder einführen wollte —, in dessen Verlauf er sich durch Hinterlist der Person Toussaints bemächtigte. Der alte Neger wurde nach Frankreich gebracht, wo er bald starb. Trotzdem so der bedeutende Führer der Schwarzen verschwunden war, endigte die Expedition völlig unglücklich, und zwar infolge des schlechten Klimas, welches nicht nur den Führer selbst, sondern auch sein ursprüngliches Korps fast ganz und viele Tausende von nachgeschobenen Truppen dahinraffte. Im Jahre 1803 wurde die Insel von den Franzosen verlassen. Nach Louisiana sollte ebenfalls eine Expedition entsandt werden; allein dem widersetzten sich aus naheliegenden Gründen die Vereinigten Staaten auf das heftigste. Dieser Konflikt endigte damit, daß Napoleon, nicht geneigt die Feindschaft Nordamerikas auf sich zu nehmen, das Land der Union für 80 Millionen Livres verkaufte (April 1803). Trotz dieser zuletzt genannten Mißerfolge nun, die erst im Laufe des Jahres 1803 völlig zutage traten, war es aber klar, daß hier ein mächtiger Wille im Begriff war, ein neues Reich jenseits der Meere zu gründen.

So zeigte es sich also schon sehr bald nach dem Frieden von Amiens, soweit es nicht schon vor seinem Abschluß zu erkennen gewesen war, daß Napoleon die vorteilhafte Lage, in der er sich befand, auf das rücksichtsloseste zum Zwecke der Ausdehnung seiner Macht in Europa, wie in der Welt auszunutzen gewillt sei, daß also diejenigen Folgen des Friedens eingetreten waren (s. o.), welche ihn äußerst prekär machten. Alle diese Vorgänge beobachtete das englische Ministerium natürlich mit dem äußersten Mißtrauen, und es erhob bald gereizte Beschwerden über Frankreichs friedliche Eroberungen in Europa, wobei die Ereignisse in Piemont, in der Schweiz und in Holland die größte Rolle spielten. Es ist zu vermuten, daß sich die englische Regierung schon bald nach dem Friedensschluß mit dem Gedanken an den Wiederausbruch des Krieges vertraut gemacht hat. Aber auch ein Teil des englischen Volkes, wenn auch nur ein kleiner, mag diesem Gedanken schon in jener Zeit nicht ablehnend gegenüber gestanden haben: nämlich ein Teil der Fabrikanten und Handelsherren, die durch die französische Handelspolitik enttäuscht waren.

Den englischen Beschwerden standen französische gegenüber. Die eine gründete sich auf die sehr gute Behandlung, welche den bourbonischen Prinzen von seiten der Engländer und zwar auch gerade der Monarchie und der Regierung zuteil wurde. Eine zweite richtete sich gegen den Ton der meisten englischen Zeitungen, die sich in der Tat in Angriffen auf die Person und die Politik des ersten Konsuls alles nur Denkbare leisteten, und die damit zweifellos, bei allen englischen Versicherungen, daß die britische Presse frei sei, im Einvernehmen mit der Regierung handelten. Ein dritter Beschwerdepunkt war folgender: als die drei Monate, innerhalb deren die Engländer Malta räumen sollten, verflossen waren, weigerten sie sich, gegen den Buchstaben des Rechts, aber politisch mit gutem Grunde, dieser Verpflichtung nachzukommen; die englische Regierung meinte und erklärte, in der Insel ein Äquivalent zu besitzen, das England für die friedlichen Eroberungen Napoleons entschädigen könnte. Aus allen diesen Anlässen ergaben sich äußerst gereizte beiderseitige Beschwerden und Auseinandersetzungen, die schon sehr bald zum Bruch führen zu sollen schienen. Ende Oktober 1802 spitzte sich der Konflikt so zu, daß Frankreich die Formel gebrauchte: »den ganzen Vertrag von Amiens und nur diesen«; während England antwortete: »den Zustand Europas zur Zeit des Friedensschlusses und nur diesen«. Noch einmal aber ergab sich eine Annäherung, als nämlich im November 1802 die bisherigen bloßen Geschäftsträger der beiden Mächte durch regelrechte Botschafter, den General Andréossy in London, Lord Whitworth (früher in Petersburg) in Paris, ersetzt wurden. Allein sehr bald hatten auch diese ordentlichen Vertreter nichts weiter zu tun, als jene gereizten Debatten ihrer Vorgänger fortzusetzen. Dann aber gaben zwei Schritte Napoleons den Antrieb zu einer Verstärkung der englischen Kriegsstimmung. Er hatte seinen korsischen Landsmann, den damaligen Obersten Sebastiani, nach Ägypten gesandt, um dort zu kundschaften.

Dieser hatte über seine Mission einen schriftlichen Bericht erstattet; dieser Bericht wurde nun aber vom ersten Konsul in bedeutend verschärfter Form im Moniteur vom 30. Januar 1803 veröffentlicht. So wie er jetzt lautete, bewies er nicht nur die Tatsache, daß man in Frankreich nach wie vor an dem Gedanken der Eroberung Ägyptens festhielt, sondern er war auch nicht frei von Schmähungen gegen das dortige englische Heer und seinen Führer. Diese Publikation erweckte einen Sturm der Entrüstung in der englischen öffentlichen Meinung und erleichterte dem Ministerium die Erreichung seiner kriegerischen Zwecke nicht unerheblich. Ein zweiter besonders wichtiger provokatorischer Schritt Napoleons lag darin, daß er am 20. Februar 1803 in einer Botschaft an die Kammern in einer Erörterung über die Möglichkeit von Krieg und Frieden erklärte, wahrscheinlich werde der Frieden erhalten bleiben, da England keinen Bundesgenossen finden werde und ohne Bundesgenossen Frankreich nicht gewachsen sei. Diese Kränkung des ja besonders empfindlichen Nationalstolzes der Engländer, welche lebhafteste Entrüstung bis in die Reihen der Friedens- und Franzosenfreunde hinein erweckte, hatte zur unmittelbaren Folge, daß die britische Regierung zur entscheidenden Tat schritt: am 8. März 1803 wandte sich Georg III. an das Parlament, mit dem Antrag, Rüstungen zu bewilligen; das Parlament votierte daraufhin am 10. in patriotisch-erregter Stimmung die Mobilmachung der Milizen und 10 000 Mann Verstärkungen für die Marine. Damit war der Krieg im wesentlichen entschieden und die noch folgenden Verhandlungen, die sich hauptsächlich um die Räumung Maltas drehten, und bei denen die englische Regierung der französischen recht weit entgegenkam, hatten zweifellos von beiden Seiten nur noch den Zweck, Zeit zu gewinnen und dem Gegner die Schuld an dem Wiederausbruch des Krieges zuzuschieben. Am 12. Mai verließ Lord Whitworth Paris; am 16. teilte Georg III. dem Parlamente mit, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Die ungeheure Entscheidung war gefallen.

Eine der wichtigsten der noch ungelösten Fragen der napoleonischen Geschichte ist die: wer hat die Schuld an dem Wiederausbruch des welthistorischen Kampfes getragen? Die richtige Beantwortung dieser Frage ist deswegen so besonders wesentlich, weil kein anderes Stück seiner Geschichte so tief in das Wesen von Napoleons Politik hineinführt wie die Geschichte des Bruches des Friedens von Amiens. Mit der richtigen Erklärung dieses Abschnittes seiner Politik nämlich und vielleicht nur mit ihr, kann man zur zutreffenden Beantwortung einer viel allgemeineren Frage vordringen. Es ist bekanntlich seit einer Reihe von Jahren kontrovers, ob die Politik Napoleons eine »Eroberungspolitik« oder eine »Friedenspolitik« gewesen sei. Die erstere Ansicht, erwachsen aus dem Haß der unterdrückten Völker, zum Teil auch aus chauvinistischen Stimmungen der Franzosen heraus, welche eine französische Vorherrschaft in der Welt für heilsam und innerlich berechtigt halten, hat sich in der Tat die Erklärung der napoleonischen Politik leicht gemacht. Seine Taten, so besagt sie in der Hauptsache, ent-

springen seinem Wesen; er ist die Eroberer- und Heldennatur, welche ihrem Drange folgte. Dem gegenüber behauptet eine heute sich gerade auch in Deutschland verbreitende Ansicht, daß Napoleon umgekehrt immer den Frieden gewollt habe, den sein Volk auch gewollt hat. Ihren stärksten Ausdruck fand diese Ansicht in dem Buche Arthur Lévys, Napoléon et la Paix, Paris 1902. Die Ansicht wird etwa folgendermaßen begründet. Der hauptsächlichste Gegner in Napoleons Leben ist England. Alle seine anderen Konflikte entstammen diesem einen; er erobert und unterwirft so große Teile von Europa nur, um England in seinen Bundesgenossen zu treffen; er macht den spanischen Gewaltstreich nur, weil in die Pyrenäenhalbinsel die englischen Waren, die er vom Kontinent fernhalten will, einströmen und durch sie in das übrige Europa durchströmen; er unternimmt schließlich den für sein Schicksal entscheidenden Feldzug nach Rußland, um »London in Moskau zu erobern«. Also alles ein großes Unternehmen gegen England! In diesen Kampf gegen England aber hat sich Napoleon nicht seinerseits gestürzt, sondern er hat ihn geerbt von früheren Regierungen. Und nun gehen manche Anhänger der Ansicht, daß Napoleon den Frieden gewollt, noch einen Schritt weiter; sie erklären: bei jenem mächtigen Ringen mit England ist Napoleon noch dazu in der Verteidigung; er verteidigt den Besitz Belgiens und der Rheingrenze, die ja nicht er, sondern die schon seine Vorgänger für Frankreich erobert, die aber England, das 1793 um Belgiens Willen den Kampf gegen die Revolution aufgenommen, um keinen Preis Frankreich lassen will. Alle jene gewaltigen Taten sind in der Verteidigung Belgiens und der Rheingrenze getan worden! Von diesen Behauptungen ist unbedingt zuzugeben, daß der Kampf gegen England der hauptsächlichste in Napoleons Leben gewesen ist, daß eine ganze Reihe der kontinentalen Kriege diesem Kampf entsprang, daß England Napoleons festländische Gegner aufstachelte, koalierte, bezahlte. Damit ist aber noch nichts für die Beantwortung der Frage geleistet, wer denn in diesem Kampf zwischen England und Frankreich der Angreifer sei. Daß in den Zeiten vor Napoleon das revolutionäre Frankreich im wesentlichen der Angreifer war, ist ebenfalls sicher, aber für unsere Frage nicht entscheidend. Aus der Betrachtung des Bruches des Friedens von Amiens kann man nun aber eine befriedigende Antwort gewinnen, die hier vorweggenommen werden mag: Napoleon will zwar theoretisch den Frieden, wenigstens für einige Zeit, aber einen Frieden mit unbedingter Vorherrschaft über Europa, wie sie das unbesiegte England nicht zu dulden gewillt war und nicht dulden konnte. In letzter Linie ist also seine Politik für den Wiederausbruch des Krieges verantwortlich. (Ähnliches gilt für den Wiederausbruch des Krieges gegen Österreich unter dem Direktorium 1799 und wieder 1805 und 1809.) Es ist die Aufgabe der folgenden Zeilen, die Richtigkeit der obigen Behauptung über den Bruch des Friedens von Amiens in Kürze zuerweisen.

Früher pflegte man ziemlich allgemein Napoleon, neuerdings neigt die Mehrzahl der Historiker — eine Ausnahme macht unter den hervorragendsten Autoren Holland Rose — dazu, England für den Wiederausbruch des Krieges verantwortlich zu machen. Fournier hat in seinem Napoleon II², S. 332 in nützlicher Weise die wichtigeren Schriften auf beiden Seiten zusammengestellt. Er selbst möchte der Ansicht zum Siege verhelfen, daß die Schuld auf beiden Seiten lag. Ähnlich ist die Auffassung Sorels und die Guillants in der Cambridge Modern History. Die folgenden Bemerkungen nähern sich stark den Ansichten dieser Autoren, weichen aber in einigem von ihnen ab. Auch bei diesem Problem dürfte zwischen zwei ganz verschiedenen Fragen, die meist nicht streng genug auseinandergehalten werden, zu scheiden sein: einerseits der Frage, wessen Handlungen haben den Grund zum Ausbruch des Krieges gegeben? andererseits der Frage, wessen Willen hat ihn damals herbeigeführt? Es ist an sich sehr gut möglich, daß derjenige, dessen Handlungen den Grund zum Ausbruch des Krieges gaben, in falscher Berechnung diese Folgen durchaus nicht vorausgesehen hat. Genau das dürfte nun beim Bruch des Friedens von Amiens zutreffen. Es ist kein Zweifel (vgl. oben), daß es in Napoleons Hand lag, sich nach dem Friedensschluß in Europa und der Welt so gemäßigt zu verhalten, daß keine englische Regierung damals den Krieg gewünscht hätte, oder auch nur in der Lage gewesen wäre, ihn ihrem Parlament gegenüber herbeizuführen. Es waren die Übergriffe Napoleons in Europa, es waren vor allem seine großartigen Pläne und Unternehmungen in der maritimen und Kolonialpolitik, welche in England den Willen zum Kriege hervorbrachten. Diese sind es zweifellos gewesen, die den Krieg herbeiführten. Insofern ist unzweifelhaft Napoleon für den Krieg verantwortlich. Es gilt hierfür ungefähr dasselbe, was schon einmal über ihn gesagt worden ist: er ist in diesem Punkte — man darf vor einer Kritik der Politik des großen Mannes nicht zurückschrecken — zu sehr der Nachfolger der Revolution geblieben: er überschätzt zu sehr die eigene Kraft, er unterschätzt die Widerstandskraft der alten Staaten, in diesem Falle Englands, wie damals Österreichs. Er glaubt, sich ihnen gegenüber alles erlauben, ihre Ehre mit Füßen treten und doch den Frieden erhalten zu können. Dieser jakobinische Einschlag ward zum Verhängnis seines Lebens.

Auf der andern Seite dürfte endgültig feststehen, daß damals der Wille zum Krieg nicht bei Napoleon, sondern bei England war; dabei ist freilich vorauszuschicken, daß Napoleon an einen späteren Krieg mit England gewiß gedacht hat, und daß es diesem Mann seinem Wesen nach unmöglich war, etwa jahrzehntelang eine konsequente, friedliche Politik zu betreiben. Aber, daß er damals den Krieg nicht wollte, ist sicher und geht unter anderem daraus hervor, daß er von zehn Jahren redete, die er zur Herstellung seiner in kläglichem Zustand befindlichen Flotte brauche, daß er vor dem Wiederausbruch des Krieges gar keine Maßnahmen ergriffen hatte, die zersplitterte Flotte zu sammeln, vor allem, daß er im Begriff war, seine nord-

afrikanischen Pläne zu fördern, und daß er am 6. März 1803 jene ostindische Expedition segeln ließ, die im Kriegsfalle ja nach menschlichem Ermessen eine Beute der Engländer werden mußte. Der erste Konsul hat damals sehr schwere politische Fehler begangen; die alte Auffassung, wonach Napoleon es gewesen, der damals mit bewußter Absicht den Krieg wieder herbeigeführt habe, wird sogar scheinbar gestützt durch seine brutale Verhandlungsart, vor allem jene zwei Schritte, welche tatsächlich die öffentliche Meinung in England so sehr erregten. Aber in Wirklichkeit hat er sich damals einfach geirrt und falsche Methoden befolgt. Hier, wie sonst, hat er als alter Schreckensmann Einschüchterungsversuche unternommen, die dann fehlschlugen. Er hat, auch durch Andréossys Depeschen irregeleitet, das Friedensbedürfnis des englischen Volkes überschätzt, wie er überhaupt, wie so viele Feinde Englands, die materiellen Motive dieses Volkes zu hoch, sein Gefühl für nationale Ehre zu niedrig anschlug. Durch diese Schritte gerade lieferte er dem englischen Ministerium die Möglichkeit, den Krieg herbeizuführen. Denn auf den Willen des englischen Ministeriums und nicht auf den der öffentlichen Meinung möchte der Entschluß zum Krieg in letzter Linie zurückzuführen sein. Gewiß war ein Teil der Handelswelt, schwer enttäuscht über den Frieden und das Ausbleiben günstiger wirtschaftlicher Abmachungen, dem Wiederausbruch des Krieges wohl nicht abgeneigt. Auf der anderen Seite dauerte das große Friedensbedürfnis eines großen Teiles des englischen Volkes noch an. Andréossy hat gewiß nicht nur irrtümlicherweise in diesem Sinne berichtet. Die Tatsache seines enthusiastischen Empfangs gerade in dem Herzen des englischen Wirtschaftslebens, in London, ist in dieser Hinsicht sehr beredt: die Herstellung regelrechter diplomatischer Beziehungen wurde als Friedensbürgschaft so leidenschaftlich begrüßt. Daß der wilde englische Preßfeldzug gegen Napoleon von der englischen Regierung geleitet oder zum mindesten gern gesehen wurde, hat letzterer unzweifelhaft mit Recht angenommen. Ausschlaggebend für die obige Auffassung, daß nämlich England den Krieg wollte einerseits, und daß dabei in England das Ministerium die treibende Kraft war andererseits, scheint eine Stelle aus einer der ersten Pariser Meldungen Whitworths zu sein (20. November 1802). Hierin führt der eben eingetroffene Botschafter aus, daß es jetzt zwei Wege für den ersten Konsul gebe; entweder könne er in seinem Plan fortfahren, ein Kolonialreich wieder zu gründen, oder er könne, wie andere ihm rieten, sich auf die Ausdehnung seines Besitzes und Einflusses in Europa beschränken. Ersteres nennt Whitworth »heiß herbeizuwünschen«; von letzterem sagt er: »das ist, was wir zu fürchten haben«. Er entschuldigt sich dann dafür, daß er diese, dem Minister nicht neuen Betrachtungen anstelle. Sinn können diese Sätze nur haben, wenn Whitworth meint: solange Napoleon sich auf festländische Politik beschränke, könne die Regierung das Parlament nicht zum Kriege hinreißen, bedrohe er dagegen Englands Kolonialherrschaft, so könne dies gelingen. Aus

dieser Stelle dürfte sich auch unmittelbar ergeben, daß es der Wunsch des englischen Ministeriums war, den Krieg wieder herbeizuführen, schon zu einer Zeit, als das Volk der ersten Handelsstadt des Landes noch den französischen Gesandten mit stürmischem Jubel begrüßte. Napoleon hat dann durch seine übermütigen Reizungen des britischen Volkes (vgl. ob. S. 141) der englischen Regierung die Erreichung ihres Zweckes dem Parlamente gegenüber bedeutend erleichtert.

Man wird urteilen, daß die englische Regierung mit der baldigen Herbeiführung des Krieges sowohl der nationalen Ehre wie dem nationalen Nutzen gut gedient hat. Napoleon aber hat, indem er den richtigen Gedanken, England erst besser gerüstet entgegenzutreten, nicht energisch und geschickt genug festhielt, den schwersten Fehler seines Lebens begangen. Und zwar wird dieser Fehler um so härter zu verurteilen sein, als Napoleon durch die Erfahrungen Österreich gegenüber nach Campoformio doch gewarnt war. Genau wie damals war Europa nicht bereit, mehr als ein gewisses Maß von französischem Übergewicht und Übermut zu dulden. Bald erhob sich dieses Land, bald jenes dagegen. Die revolutionäre Schrankenlosigkeit des französischen Herrschaftsbedürfnisses — Eroberungssucht wäre ein schiefer Ausdruck! — die Napoleon verkörperte und steigerte, führte zu einer aussichtslosen und darum schlechten, ja zu einer geistlosen und verblendeten Politik, welche selbst in ihren größten Momenten den Keim des sicheren Untergangs in sich trug.

§ 2. Die dritte Koalition und der Feldzug von 1805.

A. Fournier, Gentz und Cobenzl, Geschichte der österreichischen Diplomatie i. d. J. 1801—1805. Wien 1880. Politische und militärische Korrespondenz König Friedrichs I. von Württemberg mit Kaiser Napoleon I. 1805 bis 1813. Hrsg. von A. v. Schloßberger. Stuttgart 1889. Briefwechsel der Königin Katharina und des Königs Jérôme von Westfalen sowie des Kaisers Napoleon I. mit dem Könige Friedrich von Württemberg. Hrsg. von demselben, 3 B. Stuttgart 1886. A. Pfister, König Friedrich von Württemberg und seine Zeit. Stuttgart 1888. E. Schneider, Württemberg und der Preßburger Friede, in Württemb. Vierteljahrshefte XV, 2. Correspondance du Duc d'Enghien 1801—1804 et documents sur son enlèvement et sa mort p. p. le Cte. Boulay de la Meurthe, 3 B. Paris 1904—1910. Ders., Les dernières années du Duc d'Enghien, Paris 1886. Über den Prozeß gegen Moreau und Pichegru s. Rigault de Rochefort in Revue de Paris 1906 (Nr. vom 15. Sept.). J. Morvan, Le Soldat Impérial. 2 B. Paris 1904. Stutterheim, La bataille d'Austerlitz par un militaire témoin de la journée du 2 décembre 1805. Hamburg 1806. M. v. Angeli, Ulm und Austerlitz in Streffleurs Österr. Militär-Zeitung 1877—1879. P. C. Alombert et J. Colin, La campagne de 1805 en Allemagne. 3 B. Paris 1902 ff. H. Newolt, The Year of Trafalgar. London 1905. E. Desbrière, La campagne maritime de 1805. Trafalgar. Paris 1907.

Der Krieg zwischen England und Frankreich führte mehrere Jahre lang zu keiner einzigen größeren Aktion auf dem Meere, schon weil keine französische Flotte da war, welche der englischen entgegengestellt werden konnte. Diese mußte sich vielmehr mit Kaperei und der Blockade

der französischen Häfen begnügen. Napoleon seinerseits traf zur Bekämpfung des Gegners eine ganze Reihe von Vorbereitungen und Maßnahmen: die eine bestand in der Besetzung des der englischen Dynastie teuren Hannover (Mai 1803). Dazu kam die Verhaftung aller in Frankreich reisenden Engländer. Vor allem aber wurde auf zwei ältere Pläne zurückgegriffen: der eine, der sich bald zur Kontinentalsperre verdichten sollte, beruhte auf dem Gedanken, möglichst alle Häfen des Kontinents den englischen Schiffen und Waren zu verschließen. Der zweite, für Napoleon lange Zeit wichtigste, war der dem Ancien Régime entstammende Plan einer Landung in England. Beiden Gedanken diente wieder ein großes System von Bündnissen und militärischen Maßnahmen. Nach der Eroberung Hannovers wurde abermals die Elbe und Weser den Engländern gesperrt; Holland wurde zu einem Vertrag genötigt (25. Juni 1803), nach dem die batavische Republik u. a. Kriegs- und Transportschiffe stellen mußte. Die Schweiz mußte Truppen aufbringen und sich verpflichten, Durchmärsche zu verhüten. Neapel wurde in tiefem Frieden und gegen den genannten Vertrag mit dieser Macht noch im Juni 1803 wieder besetzt, wobei es in erster Linie auf seine wichtigsten Häfen abgesehen war. Von Spanien verlangte Napoleon außerordentlich hohe pekuniäre, militärische und maritime Unterstützungen. In Madrid, wo man wegen des Verkaufs Louisianas und der Mißachtung des spanischen Vorkaufsrechtes auf Napoleon erzürnt war, wurde nun zwar zuerst Widerstand versucht, allein durch Truppendemonstrationen unterstützte Drohungen zwangen auch dieses Land zur Unterwerfung (19. Oktober 1803); Spanien wurde daraufhin von England sofort als Feindesland behandelt. Am 4. Januar 1804 kam dann ein Kriegsbündnis zwischen Frankreich und Spanien zustande. Auch Portugal mußte Geld und Genua Matrosen beisteuern.

Mit dem lebhaftesten Interesse betrieb Napoleon jenen zweiten Plan, den einer Landung in England, die eine vollkommen vernichtende Wirkung ausüben sollte[1]). Das Landungsprojekt blieb im übrigen vom Wiederausbruch des Krieges bis zu seiner Preisgabe nicht etwa unverändert, sondern es wurde, ein Symptom für seine Schwierigkeit, öfters modifiziert. Zuerst sollten 100 000 Mann auf Fischerbooten übergesetzt, und von nur 310 bewaffneten kleinen Fahrzeugen eskortiert werden (Mai 1803). Der Gedanke war dabei, daß die Expedition den Feind überraschen sollte. Schon im Juli 1803 aber berechnete man die Zahl der notwendigen bewaffneten Fahrzeuge auf 1410, im August gar auf 2008. Damals hoffte Napoleon noch, den großen Plan im November ausführen zu können. Inzwischen drang der erste Konsul zu der Einsicht durch, daß eine starke Mitwirkung der Schlachtflotte notwendig sei. Im Juni meinte er, im November 20 Schlachtschiffe in Brest zur Verfügung haben zu können, was aber bei der damaligen Verfassung und Zersplitterung der französischen Marine ganz un-

[1]) Die früher verbreitete Ansicht, daß der Landungsplan nur Vorwand gewesen, um unauffällig ein Heer gegen Österreich aufstellen zu können, ist heuzutage mit Recht völlig aufgegeben.

ausführbar war. Schon im September wurde das Projekt auf 1804, dann immer weiter auf September 1804 und später vertagt. Bei dem Bau, der Ausrüstung und Probemanövern in Boulogne zeigte es sich aber, daß die Flottille viel zu schwer beweglich und vom Wetter abhängig sei, um durch Überraschung in zwei Tagen die kühne Tat auszuführen. Es wurde nunmehr beschlossen, durch die Flotte, die geschickte Täuschungen des Feindes vornehmen sollte, die Herrschaft über den Kanal auf kurze Zeit erringen zu lassen. Das Brester Geschwader sollte die englische Kanalflotte beschäftigen, Schiffe aus Toulon und Westindien sich im Atlantischen Ozean vereinigen, unvermutet im Kanal erscheinen und den Transport decken. Aber auch dieser Plan war völlig unzureichend. Bei der Schwäche der französischen Marine war er überkühn und nur etwa bei einer Verkettung von glücklichen Umständen und völlig ungeschicktem Verhalten des Gegners ausführbar. Infolge der Maßnahmen der französischen Admiräle ist er dann überhaupt nicht ernstlich versucht worden. Immerhin trug das hoffnungslose Landungsprojekt dazu bei, daß die französische Marine an allen Stellen so schnell und bedeutend wie möglich verstärkt wurde. Ferner wurde im Zusammenhang mit diesem Landungsprojekt in Boulogne ein Kriegslager errichtet, in dem die französische Armee einer höchst heilsamen Weiterausbildung unterzogen wurde, durch die sie erst die Vollendung erreichte, die sie in den nächsten Feldzügen beweisen sollte.

Brachte das Jahr 1804 der Kriegsführung Napoleons keine Erfolge, so war das Resultat seiner Regierung im Innern Frankreichs für ihn äußerst glänzend. Schon im August des Jahres 1802 war, damals aus Dank für die Friedenspolitik Bonapartes, eine Verfassungsänderung im Sinne des Ersten Konsuls vorgenommen worden. Durch ein Plebiszit mit überwältigender Majorität gutgeheißen, trat an Stelle des Konsu'ats auf zehn Jahre der auf Lebenszeit. 1804 folgte eine weitere Fortbildung im monarchischen Sinne. Den Anlaß dazu bot eine der vielen gefährlichen Verschwörungen, die Napoleon fortwährend bedrohten. Ihre Leiter waren Pichegru, der alte Gegner Bonapartes, der aus der im Fruktidor verhängten Deportation zurückgekehrt war und Georges Cadoudal, einer der tapferen Aufständischen des Westens. Der letzte Zweck der Verschwörung war wohl die Zurückführung der Bourbons; das Mittel, das ihm dienen sollte, die Ergreifung oder Ermordung des ersten Konsuls. Moreau, der unterlegene Rivale Napoleons, war von seinem alten Waffengefährten Pichegru wenigstens in einen Teil dieser Pläne eingeweiht worden, hatte sich aber vorsichtig zurückgehalten. Die Polizei Napoleons, unter der glänzenden Leitung des früheren Schreckensmannes und Mitrailleurs von Lyon, Fouché, von allem informiert, griff rechtzeitig zu. Cadoudal wurde füsiliert, Pichegru beging Selbstmord im Gefängnis[1]), Moreau wurde von einem Sonder-

[1]) Die immer noch mögliche Annahme, daß er ermordet wurde, wird durch die Publikation Rigault de Rocheforts (s. Bibliograhpie) unwahrscheinlich im höchsten Grade.

gericht unter stärkstem Eingreifen Napoleons zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, dann aber zur Verbannung begnadigt, worauf er sich nach Amerika begab. Bonaparte ergriff nach der Erstickung der Verschwörung den Gedanken, unter den bourbonischen Prinzen, die er für die Anstifter hielt, Schrecken zu verbreiten und ein Exempel zu statuieren. Auf falsche Nachrichten hin war er der Ansicht, daß der jugendliche Prinz von Enghien, der Enkel des Prinzen von Condé, in die Verschwörung verwickelt sei. Enghien wohnte damals in Ettenheim im Badischen. Dort ließ ihn Napoleon durch einen flagranten Bruch des Völkerrechts im tiefen Frieden mit dem Reich von Dragonern verhaften und nach Paris bringen. Darauf wurde der Prinz, obgleich nachweislich an jeder Teilnahme an der Verschwörung unschuldig, auf Wunsch Napoleons von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und sofort in Vincennes füsiliert (20. März 1804). Auch die die Hinrichtung begleitenden Nebenhandlungen waren selbst für das damalige Frankreich außergewöhnlich gemein; es wurde dem Prinzen die Begleitung eines Priesters verweigert und seine letzte Bitte um Überbringung eines Ringes und einer Haarlocke an seine Geliebte nicht erfüllt. Dieser Justizmord ist zweifellos eine der folgenschwersten Taten von allen, die Napoleon je getan! Zum Abfall der Besten im eigenen Volke, zur Vorbereitung der Erhebung der übrigen Völker hat gewiß kaum etwas so viel beigetragen wie diese Handlung der Unrechtlichkeit und Unritterlichkeit, welche, wie mit einem Schlage, den Völkern, und zwar gerade auch den Deutschen, Napoleon zeigte, wie er war, und so den Nimbus, der ihn umgab, zu zerstören half. Die deutschen Regierungen freilich unterwarfen sich fürs erste dem Herrn in Paris in schimpflicher Weise. Gegen den Bruch des Völkerrechts, den die Verhaftung Enghiens auf deutschem Gebiet bedeutete, protestierte zunächst weder der Reichstag noch Baden. Vielmehr ging neben ausländischen Staaten, vornehmlich Rußland, zuerst allein Hannover in doppelter Richtung vor, indem dieser von England geleitete Staat einerseits selbst protestierte, andererseits den Reichstag zum Handeln zu veranlassen suchte. Darauf schwang sich in der Tat eine Reihe von deutschen Staaten zu Protesten auf: die beiden Großmächte, Preußen und Österreich, verfaßten äußerst schwächliche Erklärungen, die im Reichstag verlesen wurden, Baden verabredete die seine sogar mit Talleyrand; der Reichstag selber aber beschloß bei dem weiteren Drängen Hannovers plötzlich, in die Ferien zu gehen.

Von der Entrüstung über Napoleons Bluttat waren aber nicht nur die offiziellen Vertreter Deutschlands, sondern auch die Organe der eigenen Regierung frei. In Paris brachte die Entdeckung der Verschwörung und ihre Folgen eine Zunahme der Unterwürfigkeit und des feigen Entgegenkommens hervor. Sechs Tage nach der Ermordung Enghiens bat der Senat den großen Mann, »sein Werk zu vollenden, indem er es unsterblich mache, wie seinen Ruhm«. Der Begriff »Kaisertum« war noch nicht ausgesprochen, aber gemeint. Die Verfassungsänderung wurde dann tatsächlich durch das sogenannte Sénatusconsulte organique vom 18. Mai 1804 eingeführt, in Wirklichkeit eine neue Ver-

fassung, die sechste seit 1789. Die Regierung der »Republik« wurde dem bisherigen ersten Konsul als erblichem »Kaiser der Franzosen« übertragen. Am 2. Dezember 1804 wurde er unter persönlicher Mitwirkung des Papstes Pius VII. in Notre-Dame gekrönt. Der Schritt hatte eine große Bedeutung auch in der auswärtigen Politik. Ganz abgesehen von der Rangerhöhung, ferner von der weiteren Konsolidierung Frankreichs, die er brachte, bot der Kaisertitel mit seinen alten Ansprüchen und historischen Reminiszenzen eine ganze Reihe von Handhaben und Möglichkeiten für die Ausdehnung oder festere Begründung einer Herrschaft über Europa.

Kaiser Franz beantwortete die Rangerhöhung Napoleons, indem er am 11. August 1804 sich den Titel eines Kaisers von Österreich beilegte, der auf die Beherrschung der habsburgischen Lande, mit Ausnahme der Königreiche Ungarn und Böhmen, gegründet wurde.

Gegen Ende des Jahres 1804 trat in der auswärtigen Politik ein Ereignis ein, das Napoleon freudig begrüßte: Spanien erklärte am 12. Dezember 1804 England in aller Form den Krieg. Allein, da die spanischen pekuniären und maritimen Hilfsmittel vorher schon Frankreich dienstbar gemacht worden waren, stellte es sich bald heraus, daß der offene Krieg für England eher ein Vorteil war. Auch sonst verlief damals der Krieg äußerst günstig für England, wo Pitt, von der öffentlichen Meinung stürmisch gefordert, wieder die Regierung führte. Ende 1804 und Anfang 1805 (Schreiben vom 2. Januar 1805) hat Napoleon sich Georg III. abermals mit Friedensanerbietungen genähert, deren einzelne Vorschläge freilich, als ganz ungenügend, von dem englischen Kabinett abgelehnt wurden. Pitt war damals im Begriff, sein letztes großes politisches Meisterwerk, die dritte Koalition, zustande zu bringen. Diese vereinigte England mit Österreich, Rußland und Schweden. Es hatte vor allem in Österreich erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gegolten. Hier hatte Thuguts Nachfolger, Ludwig Cobenzl, die Parole ausgegeben: »Sparsamkeit und Sammlung der Kräfte«, und für diese Politik trat auch der damals sehr einflußreiche, an der Spitze des Hofkriegsrats stehende Erzherzog Karl ein. In dieser Lage war das Wiener Kabinett, wie aus den oben dargestellten Vorgängen ja hervorgeht, außerordentlich entgegenkommend gegen Napoleon. Doch erleichterten Napoleons schon erzählte Übergriffe, zu denen sich weitere gesellten, Pitts Aufgabe ganz bedeutend. Vor allem sah sich auch der Zar bald durch eine ganze Reihe dieser Maßnahmen bedroht: dahin gehörten das Wiederaufleben der ägyptischen Pläne, die Mittelmeerprojekte, die Wiederholung der Besetzung Neapels, der Einmarsch in Hannover. Bei einer Friedensvermittelung zwischen Frankreich und England im August 1803 schon stellte sich Alexander so sehr auf die Seite der letzteren Macht, daß Napoleon die Annahme der russischen Vorschläge ablehnte, worauf der Zar seinen Gesandten abberief. Von sehr viel größerem Eindruck, und nun gerade auf Österreich, waren weitere friedliche Eroberungen, die Napoleon anbahnte. Es handelte sich dabei abermals um Italien. Auf die Nachricht hin,

daß eine engere Verbindung der italienischen Republik mit Frankreich geplant sei, fand sich die Hofburg zu einem Defensivbündnis mit Rußland (6. November 1804) bereit, in dem für den Fall weiterer Übergriffe Napoleons im Frieden, die als Angriff gelten sollten, die Aufstellung einer großen Truppenmacht, mindestens 350 000 Mann, beschlossen wurde, von denen Rußland rund ein Drittel, Österreich zwei Drittel aufbringen sollte. Britische Subsidien wurden ins Auge gefaßt. Im Frieden sollte nach etwaigen »großen Erfolgen« der österreichische Besitz in Italien wieder bedeutend ausgedehnt werden. Zugleich verstärkte Österreich, um gegen Angriffe von Italien her sicher zu sein, seine Truppen in Tirol. Bis zum Kriegsentschluß war freilich noch ein weiter Weg. Zu diesem Defensivbund gesellte sich bald ein Offensivbund zwischen Rußland und England (April 1805), wonach auf dem Kontinent — abgesehen von etwaigen britischen Truppen — 500 000 Mann zum Zwecke der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts aufgestellt werden sollten. Enorme englische Subsidien wurden ins Auge gefaßt. Als Zweck des Bündnisses wurde es hingestellt, Napoleon zu veranlassen, alle Truppen aus Italien, ferner aus Hannover und Norddeutschland überhaupt zurückzuziehen, Piemont zu restituieren und Holland und die Schweiz sich selbst zu überlassen. Dagegen wurde auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs ausdrücklich verzichtet. Pitt wollte damals zwar Vergrößerungen Frankreichs gegenüber 1789 dulden, er gab den Gedanken auf, die Verfassung Frankreichs zu beeinflussen, er versuchte aber zugleich in großartigster Weise der Beherrschung Westeuropas durch Napoleon ein Ziel zu setzen. Damit aber war die Koalition noch nicht geschlossen. Noch fehlte der Beitritt Österreichs zu dem Offensivbund zwischen England und Rußland. In diesem war die Mitwirkung Preußens und Österreichs vorgesehen. Die Gewinnung der ersteren Macht, die in ihrem Neutralitätsspiel damals wieder etwas mehr zu Frankreich neigte, mißlang. Dagegen wurde nun Österreich durch Napoleons Vorgehen in Italien fast gewaltsam zum Eintritt in die werdende Koalition getrieben. Am 26. Mai 1805 krönte sich der Kaiser der Franzosen zum König von Italien. Im Juni 1805 vereinigte er die ligurische Republik mit Frankreich, im Juli Parma und Piacenza mit dem Königreich Italien. Das alles — und besonders die Einverleibung Genuas — war zu viel für die Geduld des Kaiserstaats, selbst bei den zerrütteten Verhältnissen seiner Armee und Finanzen. So entschloß sich denn das Wiener Kabinett unter sehr starkem Druck Rußlands und Englands zum Beitritt zur Koalition (9. August 1805). Schweden hatte sich schon im Dezember 1804 mit England, im Januar 1805 mit Rußland verbündet.

Napoleon war auf das trefflichste gerüstet, nur stand der beste Teil seines Heeres im Lager von Boulogne, also sehr weit von dem künftigen Kriegsschauplatz entfernt. In welchem Moment er sich endgültig entschloß, dieses Heer nicht nach England, sondern gegen Österreich zu führen, ist ungewiß. Sicher ist, daß er vom Juli 1805 an in der Verfol-

gung des hoffnungslosen Landungsprojekts lau wurde, dagegen in den Verhandlungen mit Österreich so schroff, daß an seiner Absicht, den Kontinentalkrieg auf sich zu nehmen, nicht mehr gezweifelt werden konnte. Nachdem das Landungsprojekt dann infolge des Ausbleibens der Flotte unter Villeneuve durchaus unausführbar geworden war, wurde Ende August das Lager von Boulogne aufgelöst und die dortigen Truppen, ebenso wie die in anderen Teilen Frankreichs und die in Hannover stehenden nach dem Rhein oder Süddeutschland dirigiert. Auch diplomatisch hatte sich Napoleon gerüstet. Zwar erzielte auch er bei Preußen einen Mißerfolg, trotzdem er Friedrich Wilhelm Hannover gegen Wesel als Preis für ein Eingreifen auf seiner Seite bot. Der König aber mobilisierte zwar seine Armee, vornehmlich gegen Rußland, fand aber den Entschluß nicht, auf französischer Seite in den Kampf einzutreten. Vielmehr gewann ihn der Zar, nachdem Bernadotte am 3. Oktober 1805 durch Ansbach'sches Gebiet marschiert war, ohne auch nur vorher in Berlin anzufragen, zu einem Abkommen (vom 5. November 1805), das eine Halbheit darstellte: Preußen sollte eine bewaffnete Vermittlung versuchen und wenn sie, wie vorauszusehen war, scheitere, der Koalition beitreten. Aus diesem Plan wurde aber (vgl. unten) wegen der überaus raschen Siege Napoleons nichts. War dieser also Preußen gegenüber nicht erfolgreich gewesen, so gelang ihm dagegen alles in Süddeutschland. Am 24. August 1805 wurde nach langem Zögern des Kurfürsten Max Joseph ein Bündnis mit Bayern geschlossen, nach dem diese Macht 20 000 Mann stellen mußte. Bald darauf schlossen Baden (5. September) und nach starkem Druck und nach Besetzung des Landes durch französische Truppen auch das widerstrebende Württemberg (5. Oktober) einen ähnlichen Vertrag ab. Baden stellte 3000, Württemberg 8 bis 10 000 Mann. So kämpften in diesem Feldzug zum erstenmal in der damaligen Zeit Deutsche gegen Deutsche. Die Reichsverfassung war durch diese Vorgänge aufgelöst.

Der Kaiser von Österreich hatte den Erzherzog Ferdinand zum Oberbefehlshaber seiner deutschen Armee ernannt, während der eigentliche Führer auf diesem Kriegsschauplatz der in hohem Grade unfähige General Mack war. Der beste österreichische Feldherr, Erzherzog Karl, kommandierte in Italien, da man irrtümlicherweise auf dem dortigen Kriegsschauplatz die wichtigsten Entscheidungen erwartete. Mack rückte Anfang September in Bayern ein, in der vergeblichen Hoffnung, den Kurfürsten vom Bunde mit Frankreich abhalten und um Ulm als »Stützpunkt« gewinnen zu können. In merkwürdiger Unterschätzung des Gegners und Verkennung seiner Absichten wähnte er, in Frankreich einfallen zu können. Und auch dann noch marschierte Mack westwärts, von den herannahenden russischen Alliierten weg, statt auf sie zu warten, als er bestimmte Kunde von dem Anmarsch Napoleons hatte. Dieser hatte den herrlichen Plan gefaßt, mit dem Gros seines Heeres, das nach überaus glänzenden Marschleistungen und einer mit Recht viel bewunderten Konzentration im Vormarsch im Elsaß angelangt war, den Schwarzwald nördlich zu umgehen und dann von

Norden kommend dem Heere Macks in den Rücken zu fallen und ihm, wie einst Melas i. J. 1800, die Verbindung mit der Heimat abzuschneiden. Nur Murat sollte, mit der Kavallerie durch die Täler des Schwarzwalds marschierend, Mack von vorn angreifen. In vollkommener Verblendung, die übrigens der Erzherzog Ferdinand, der sich mit ein paar tausend Mann rettete, nicht teilte, tat Mack nichts, um die vernichtende Einschließung zu verhindern. Nach einem glänzenden Sieg Napoleons bei Elchingen (14. Oktober) und mehreren kleinen Waffenstreckungen mußte Mack am 17./20. Oktober in Ulm mit 25 000 Mann kapitulieren. Damit war der ganze österreichische Vorstoß zunichte gemacht, denn auch der Erzherzog Karl, der in Italien glücklich gekämpft hatte, mußte den Versuch machen, die in Tirol stehenden Truppen aufnehmend, zum Schutze der Monarchie zurückzukehren[1]).

Napoleon beschloß nach der Kapitulation von Ulm, sofort auf Wien zu marschieren. Zwischen ihm und der österreichischen Hauptstadt stand außer wenigen österreichischen Truppen nur das eine der russischen Hilfskorps, etwa 50 000 Mann unter Kutusow, der bis zum Inn vorgedrungen war. Dieser vorsichtige Führer zog sich aber, indem er öfters kleinere Abteilungen schlug, vor dem vormarschierenden Gegner fortwährend zurück, um sich mit dem heranrückenden zweiten russischen Korps zu vereinigen. Schließlich gab er sogar Wien preis und rückte nach Mähren, wo er in der Tat jenes Korps aufnahm. Er vereinigte jetzt, einschließlich der Österreicher, die ihm unterstellt waren, etwa 90 000 Mann unter seinem Befehl. Napoleon war am 13. November in Wien eingezogen; allein die Einnahme der feindlichen Hauptstadt genügte keineswegs zur Herbeiführung des Friedens, vielmehr mußte er, ehe er an einen Abschluß des Feldzugs denken konnte, die feindliche Feldarmee vernichten. Er konnte zu dem Zweck von seinem großen Heere nur noch etwa 75 000 Mann nach Mähren mitnehmen, da er den Rest zur Behauptung Wiens, zur Besetzung Tirols und zur Sicherung seiner rückwärtigen Verbindungen brauchte. Also in der Minderzahl befindlich, war er, trotz der bisherigen glänzenden Erfolge, schon an sich in keineswegs vorteilhafter Lage. Es kam aber noch mehr Bedenkliches hinzu; der Feind hatte noch zweierlei Verstärkungen in bestimmter Aussicht. Einerseits war ein drittes russisches Korps im Anmarsch; andererseits war Erzherzog Karl im Begriff, das italienische Heer Österreichs, das er infolge der französischen Besetzung Tirols nicht durch dieses Land marschieren lassen konnte, gemäß einem großartigen Marschplane durch Ungarn zur Hilfe heranzuführen. Ferner machte Preußens Haltung Napoleon Sorge. Friedrich Wilhelm III. hatte, um die mit Rußland verabredete bewaffnete Neutralität geltend zu machen, seine Armee mobil gemacht und den Grafen Haugwitz zu demselben Zwecke in Napoleons Hauptquartier gesandt. In dieser Lage verhandelte Napoleon mit Österreich und Rußland und kam ersterer

---

[1]) Außer auf diesen Kriegsschauplätzen und dem maritimen (s. u.) wurde noch in Hannover gekämpft, wo ein englisch-russisch-schwedisches Korps operierte.

Macht sogar weit entgegen; allein diese Verhandlungen führten zum Unheil der Verbündeten zu nichts. Der preußischen Sorge wurde Napoleon dann am schnellsten ledig. Haugwitz machte seinen Standpunkt gar nicht energisch genug in der oben dargelegten Weise geltend, indem er etwa kategorisch erklärt hätte, wenn Napoleon die Vermittlung nicht annehme, werde Preußen auf seiten der Koalition in den Krieg eintreten; er schwächte vielmehr, die Entscheidung der Waffen abwartend, die eigene Position hoffnungslos dadurch, daß er andeutete, Preußen werde unter allen Umständen Frieden halten[1]). Aus der strategisch gefährlichen Lage Napoleons retteten ihn die Koalierten selbst durch vorzeitiges Losschlagen. Die Verantwortung dafür trug im wesentlichen der Zar, der in kleinlicher Ruhmgier siegen wollte, ehe Erzherzog Karl ankam, wodurch das Zahlenverhältnis zugunsten der Österreicher verschoben worden wäre, während sich jetzt unter den 90 000 Verbündeten nur etwa 15 000 Österreicher befanden. So griffen die Russen und Österreicher Napoleon an, der, trotzdem er stark in der Minderzahl war, am 2. Dezember 1805 durch die Taktik des Durchstoßens des feindlichen Zentrums den überaus glänzenden und durchaus vernichtenden Sieg von Austerlitz errang. Die unmittelbaren Folgen dieses Sieges waren nach einer persönlichen Begegnung Napoleons und Franz' II. (4. Dezember 1805) Waffenstillstand und bald Frieden mit Österreich.

Hatte so ein großer Schlag den Krieg mit Österreich in für Frankreich günstiger Weise beendigt, so war wenige Wochen vorher eine Entscheidung im entgegengesetzten Sinne gefallen, welcher eine sehr viel größere Bedeutung für die Weltgeschichte innewohnte — zur See. Der Admiral Villeneuve, der die Überfahrt der französischen Truppen nach England hatte decken sollen, war nach Cadix gesegelt und hatte dort das Kommando über die vereinigte französisch-spanische Flotte übernommen. Nachdem ihm schon durch den mit seinen Leistungen unzufriedenen Kaiser ein Nachfolger ernannt worden war, beschloß er auf Napoleons Befehl eine Schlacht gegen Nelson, der draußen auf ihn wartete, zu wagen. Am 19. Oktober 1805 segelte er mit 33 Linienschiffen aus dem schützenden Hafen. Nelson hatte deren nur 27. Aber seine Flotte war der französischen und vor allem der spanischen an Manövrierfähigkeit und Qualität der Offiziere und Mannschaften weit überlegen. Nach zweitägiger Beobachtung, am 21. Oktober, einem Ruhmestag seiner Familie, lieferte er bei Trafalgar seine letzte und größte Schlacht. Nelsons Plan war, die feindliche Flotte, die in einer langen nicht ganz geraden Linie parallel der Küste lag, an zwei Stellen zu durchbrechen und dann von dem rettenden Hafen abzuschneiden. Zu dem Zweck hatte er seine Flotte in zwei Geschwader geteilt, von denen er das eine selbst auf seinem Flaggschiff, der Victory, befehligte, während Collingwood das zweite führte. Das Manöver gelang bei beispielloser Tapferkeit und ergreifender Begeisterung von Führern und Mannschaften, trotz

---

[1]) Es ist kontrovers, ob auf Befehl des Königs oder auf eigene Verantwortung. S. Fournier II², S. 106 Note. Wahrscheinlicher ist letzteres.

braver, wenn auch ungeschickter Gegenwehr der Franzosen und Spanier vollkommen. Ein gewaltiger Sieg wurde erfochten. Siebzehn feindliche Schiffe wurden von den Engländern erobert; eines flog in die Luft. Aber auch von den geretteten Schiffen wurde in den folgenden Tagen eine ganze Reihe erbeutet oder aber vom Sturm zerstört. Die Engländer hatten kein Schiff verloren. Dagegen traf sie der unersetzliche Verlust ihres größten Seemanns. Nelson wurde im Lauf der Schlacht tötlich verwundet und starb noch vor ihrem Ende. Solange ihm das Bewußtsein blieb, kommandierte er weiter. Er erlebte noch die Meldung des großen Sieges. Wohl mit Recht wird von englischen Historikern angenommen, daß das Entkommen des Restes der feindlichen Flotte auf Nelsons Tod zurückzuführen ist.

Die Schlacht bei Trafalgar ist die wichtigste und entscheidendste Schlacht des ganzen Zeitalters. Nicht freilich, wie es wohl gelegentlich aufgefaßt wird, als ob sie zu dem militärischen Untergang Napoleons etwa mehr beigetragen habe als die von Leipzig, oder daß sie gar den Siegeszug gegen die dritte Koalition auch nur einen Augenblick gehemmt habe! Aber sie steht in größerem Zusammenhang als nur mit der glänzenden Episode der napoleonischen Kriege. Sie ist die eigentliche militärische Entscheidung des über 100 Jahre alten Kampfes zwischen Frankreich und England um die Herrschaft der Meere oder, wenn man will, die Herrschaft der Welt. Wenn im 19. Jahrhundert England tatsächlich »die Wogen regierte«, nach jenem Programm Thompsons von 1739, so geht diese Herrschaft auf den Sieg von Trafalgar in erster Linie zurück. Wenn der Kontinent von Nordamerika zu so großen Teilen der germanischen Rasse und Kultur gehört, wenn Indien von Angelsachsen regiert wird, wenn seit 1805 niemand mehr ernstlich daran gedacht hat, England zu erobern, so hat diese Resultate Nelsons größte Tat hervorgebracht. Vor 1805 war das alles anders. England hat vor 1805 noch nicht unbedingt zur See geherrscht. Daß noch unter Ludwig XVI. die vereinigten französischen und spanischen Flotten der englischen erfolgreich die Spitze boten, ist bekannt. Beide haben sich, auch relativnumerisch, von dem Schlage des 21. Oktober 1805 nicht mehr erholt. Daß Frankreich ferner vor 1805 an die Wiedererrichtung des 1763 verlorenen Kolonialreichs, an die Herrschaft in Ost- und Westindien dachte, ist ebenso sicher, wie daß diese Pläne bei Trafalgar ihr Ende fanden. Aber auch wenn man von diesen größeren Zusammenhängen absieht, und lediglich die Geschichte Napoleons ins Auge faßt, wird man die Bedeutung dieser Schlacht sehr hoch einschätzen. Da man, wie er selbst es tat, England als den bedeutendsten Gegner Napoleons ansehen muß, wird man die Entscheidungsschlacht gegen diesen ohne weiteres als die wichtigste Schlacht des Zeitalters bezeichnen müssen. Und schließlich noch eines: wenn der Historiker sich auch hüten wird, zu behaupten, daß Trafalgar mehr als spätere große Schlachten dazu beigetragen habe, Napoleon militärisch zu überwinden, so darf er doch nicht den inneren Zusammenhang zwischen ihr und den späteren militärischen Katastrophen Napoleons verkennen. Durch sie wurde die Möglichkeit, Eng-

land mit den Waffen zu besiegen, endgültig beseitigt. So blieb als einzige Kampfesart der Versuch der wirtschaftlichen Vernichtung Englands, in den sich Napoleon nun mehr und mehr verrannte. Wie viel dieses System aber dazu beitrug, Napoleon die gefährlichsten Feinde im Felde zu erwecken, wird unten in einem besonderen Abschnitt darzustellen sein.

Napoleon forderte am 4. Dezember 1805 von dem Kaiser von Österreich als Bedingung des Waffenstillstands, daß die russischen Truppen den deutschen Boden sofort verlassen sollten. Was den Frieden betraf, so wollte er ihn Österreich ohne Landabtretung gewähren, wenn der Zar ebenfalls sofort Frieden mache und zugleich sich verpflichte, Rußland dem englischen Handel zu verschließen. Franz teilte diese Eröffnungen Alexander mit, indem er darauf hinwies, daß er bereit sei, an der Seite Rußlands weiterzukämpfen. Von den drei Möglichkeiten — Weiterkämpfen, gemeinsamer Friede, Abzug ohne Friedensschluß — wählte aber der Zar, der gleich gefährlich als Verbündeter wie als Gegner war, die für Österreich unheilvollste, die dritte. Er zog sich eiligst nach Rußland zurück. So kam am 6. Dezember der Waffenstillstand zwischen Napoleon und Franz zum Abschluß, wobei Napoleon noch die gegen etwaige preußische Hilfeleistung gerichtete Bedingung durchsetzte, daß während desselben keine fremden Truppen auf österreichischem Boden erscheinen dürften. Die Frage für Napoleon war, ob er aus dem Waffenstillstand den Frieden hervorgehen lassen wollte und unter welcherlei Bedingungen. Mit dreierlei erwägenswerten Möglichkeiten hatte er sich auseinanderzusetzen: die eine war, Österreich durch vernichtende Kriegführung noch weiter zu schädigen. Es war dies der natürliche Wunsch vieler seiner Generäle, den aber Napoleon kaum ernstlich erwogen haben dürfte. Die zweite war ein sofortiger Frieden, unter außerordentlicher Schwächung und Demütigung Österreichs, ohne weitere und tiefere Erwägungen darüber, ob auf diese Weise eine dauernde Befriedung des Festlands von Europa möglich sei: die eigentlich revolutionär-napoleonische Lösung. Die dritte war die von Talleyrand, in einer bedeutenden Straßburger Denkschrift noch vor der Entscheidung vorgeschlagene: zwar solle Österreich aus Italien und Süddeutschland verdrängt werden, dafür aber reichen Ersatz in Balkanländern erhalten und seinen Schwerpunkt nach dem Osten verlegen, dort Befriedigung für seinen Ehrgeiz finden und zugleich ein Gegengewicht gegen Rußland bilden. Der Plan war groß gedacht; freilich hatte er eine schwache Seite: trotz aller Entschädigungen hätte Österreich nie dauernd auf die Wiedergewinnung des Verlorenen verzichtet. Napoleon entschied sich für die zweite Lösung. Erleichtert wurde sie ihm dadurch, daß es ihm gelang, vor dem Abschluß die letzte Schwierigkeit zu beseitigen. Noch war nämlich Preußens Haltung nicht entschieden und die Möglichkeit eines Eingreifens dieser voll gerüsteten, eventuell durch zwei russische Korps zu verstärkenden Macht auf österreichischer Seite nicht ausgeschlossen. Aber diese Möglichkeit war bei der kleinmütigen Art Friedrich Wilhelms III. an sich schon gering, und sie wurde ganz be-

seitigt durch die Mitteilung eines unvorsichtigen Gedankens, den die Österreicher in den Verhandlungen mit Napoleon hingeworfen hatten, und den dieser nun Haugwitz verriet. Jene hatten nämlich angeregt, daß der frühere Großherzog von Toskana, der sein neuerworbenes Salzburg an Bayern abtreten sollte, dafür durch das von Preußen heiß begehrte Hannover entschädigt werden sollte. So gelang es denn Napoleon, Haugwitz am 15. Dezember 1805 zu dem Schönbrunner Bündnis zu veranlassen. Es war ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Frankreich. Preußen billigte darin alle Eroberungen Frankreichs in Italien, wie es überhaupt seinen ganzen Besitz garantierte; ferner gab Haugwitz die Zustimmung Preußens zur Erhebung Bayerns zum Königreich und seiner Vergrößerung durch österreichisches Land. Friedrich Wilhelm sollte Ansbach an Bayern, Neufchâtel an Frankreich und das rechtsrheinische Cleve an einen von Napoleon zu bezeichnenden deutschen Fürsten abtreten. Für alle diese Zugeständnisse sollte Preußen neben einer Grenzberichtigung in Bayreuth einen freilich bedeutenden Lohn erhalten: Hannover.

Der Abschluß des Schönbrunner Vertrags durch Haugwitz wird von fast allen namhaften Historikern auf das stärkste verurteilt und zweifellos mit Recht. Zunächst ist vom Standpunkt der reinen Gewinnpolitik aus gesehen der Vertrag deswegen zu verwerfen, weil Preußen in ihm zu viel für zu wenig gab. Bei der schwachen Position Napoleons, seiner geringen Truppenzahl und der Entfernung von seiner Operationsbasis, bei der Tatsache, daß Erzherzog Karl noch über ein ungeschlagenes Heer verfügte, mußte das waffenstarrende Land sich für sein Nichteingreifen ganz anders bezahlen lassen. Überdies war durch das Bündnis der ja allerdings wertvolle Erwerb doch noch nicht wirklich eingeheimst. Wichtiger aber bleibt die Erwägung, daß die Schönbrunner Abmachungen sich mit der Ehre des preußischen Staates nicht vertrugen. Daß durch das Bündnis in Wirklichkeit ein Vasallenverhältnis begründet wurde, daß Preußen sich ins Schlepptau Napoleons begab und von seiner Gnade abhängig wurde, liegt auf der Hand. Der jähe Umschwung von der mit Rußland vor wenigen Wochen verabredeten bewaffneten Vermittlung zugunsten der Koalierten bis zu diesem Grad der Preisgabe mußte das Ansehen der preußischen Politik in Europa noch weiter schwer schädigen. Das Bündnis bedeutete die Krönung und zugleich die Karikatur der seit Basel befolgten Neutralitätspolitik mit ihrem unsittlichen Bestreben, ohne Einsatz von Gut und Blut Vergrößerungen herauszuschlagen.

Obgleich nun dieses Bündnis vom König von Preußen nicht ratifiziert wurde, konnte Napoleon für den Augenblick dennoch der Hofburg gegenüber mit ihm operieren. Und so mußte denn Österreich — der Gedanke, noch einmal allein zu den Waffen zu greifen, wurde bald wieder aufgegeben — sich zu einem höchst unvorteilhaften und demütigenden Frieden entschließen. Voraus ging ein Ministerwechsel, der an Stelle Ludwig Cobenzls den Grafen Stadion an die Spitze des Staates führte. Der Friede, der zu Preßburg am 26. Dezember 1805 abgeschlossen wurde, war der schädlichste und schimpflichste, den österreichische Staatsmänner jemals unterzeichnet hatten. Es mußte an das Königreich Italien alles italienische Land, das der Kaiser zu Campoformio und Lunéville erhalten hatte, abgetreten werden: Venedig, Stadt und Festland, ferner Istrien und Dalmatien. Aber

mehr noch: auch die Gebiete, welche die Verbindung zwischen Österreich und Italien herstellen, Tirol mit Vorarlberg, ferner die Bistümer Brixen und Trient mußten preisgegeben werden. Diese Länder kamen an Bayern, das überdies noch durch weitere Bistümer, nämlich Eichstädt und Passau, und Herrschaften vergrößert wurde. Für so viel Gewinn sollte Bayern Würzburg an den Kurfürsten von Salzburg, Erzherzog Ferdinand, abtreten, während Salzburg nebst Berchtesgaden seinerseits an Österreich kam. Ebenso erhielt Württemberg eine Reihe von Herrschaften, darunter einen Teil des Breisgaus und wertvolle Städte, Baden den Rest des Breisgaus, Konstanz (die Stadt), die Ortenau, eine Reihe von Abteien und anderes. Die Kurfürsten von Bayern, Württemberg und Baden sollten in Zukunft vollkommen souverän sein; die Erhebung der beiden ersteren zu Königen wurde von Österreich anerkannt. Österreich billigte alle Neuerungen Napoleons in Italien und zahlte 40 Millionen Franken Kriegsentschädigung. Der Frieden kostete Österreich 1100 Quadratmeilen und mehr als $2^1/_2$ Millionen Einwohner. Aber in Zahlen läßt sich der Verlust gar nicht ausdrücken. Der Kaiserstaat wurde damals aus den zwei wichtigsten Positionen, auf denen seine Macht vornehmlich beruhte, und für die er jahrhundertelang gekämpft hatte, verdrängt und zwar nahezu ohne Entschädigung: aus Italien und aus Süddeutschland.

§ 3. Der Rheinbund. Die Auflösung des Reiches. Die Niederwerfung Preußens. Der Friede von Tilsit und seine unmittelbaren Folgen. (1806/7.)

Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung. 1806. Neuabdruck mit Einleitung von Graf du Moulin-Eckart, Leipzig 1905. R. Goecke, Das Großherzogtum Berg 1806—1813, Köln 1877. Ders., Das Königreich Westfalen, vollendet und hgg. von Th. Ilgen. Düsseldorf 1888. Ch. Schmidt, Le Grand-Duché de Berg 1806—1813. Paris 1905*. F. Thimme, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover 1806—1813. 2 B. Hannover 1893 ff S. Riezler, Das glücklichste Jahrhundert bayerischer Geschichte 1806—1906. München 1906. Th. Bitterauf, Bayern als Königreich 1806—1906. München 1906. A. Wohlwill, Die Hansestädte beim Untergang des alten Reiches. Hannover 1886 (in Histor. Aufsätze dem Andenken an Georg Waitz gewidmet). K. Frhr. v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg und seine Zeit. 2 B. Weimar 1879. (J. W. Lombard), Matériaux pour servir à l'histoire des années 1805, 1806 et 1807. Francfort et Leipzig (Berlin) 1808. E. Heymann, Napoleon und die großen Mächte 1806. Berlin 1910*. Authentische Aktenstücke zur Geschichte des Bruches zwischen Großbritannien und Preußen, 1806. Memorials and Correspondence of C. J. Fox, ed. by Lord J. Russell 4 B. London 1893 ff. Lord J. Russell, Life and times of C. J. Fox. 3 B. London 1859 ff. R. Adair, Historical memoir of a mission to the court of Vienna in 1806. London 1844 (deutsche Übersetzung 1846). Mémoires du prince Adam Czartoryski et correspondance avec l'empereur Alexandre I, p. p. Ch. de Mazade. 2 B. Paris 1887 (vgl. H. Ulmann in Greifswalder Vorlesungsverzeichnis 1898. Die englische Ausgabe des Werkes, 2. Aufl., London 1888, ist erheblich reichhaltiger als die französische). Grand-Duc Nicolas Mikhailovitch de Russie, Le comte Paul Stroganow. Franz. Übers. von F. Billecocq, 3 B.

Paris 1805. H. v. Zwiedinek-Südenhorst, Deutsche Geschichte von der Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreichs 1806—1871. 3 B. Stuttgart 1897 ff. (Bibliothek Deutscher Geschichte) Bd. I kommt hier in Frage. Über Jena-Auerstedt zahlreiche Literaturangaben bei Fournier, Napoléon II², 339. C. Frhr. v. d. Goltz, Von Roßbach bis Jena und Auerstädt. 2. Aufl. Berlin 1906. Ders., Von Jena bis Pr.-Eylau. Berlin 1906. Ders., Kriegsgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Bd. I. Berlin 1909 (beginnt mit dem Kriege von 1806/07). O. v. Lettow-Vorbeck, Der Krieg von 1806/07. 4 B. Berlin 1891 ff. Bd. I in 2. Aufl. 1899. Mayerhoffer von Vedropolje, 1806, Der Feldzug von Jena und Auerstädt. Wien 1909. (Knapper guter Überblick.) A. Bonnefons, Un allié de Napoléon. Frédéric-Auguste, premier roi de Saxe et grand duc de Varsovie 1763—1827. Paris 1902. G. Sommerfeldt, Die preußisch-österreichische Politik des Jahres 1807 bis zur Entsendung Stutterheims nach Tilsit, in Forsch. zur brandenb. etc. Gesch 18, 2. E. Driault, La politique orientale de Napoléon I 1806 à 1808. Paris 1904*. E. Joachim, Napoleon in Finkenstein. Leipzig 1906. Burggr. u. Gr. Hannibal zu Dohna, Napoleon im Frühjahr 1807. Leipzig 1907. H. Delbrück, Die Frage der polnischen Krone und der Vernichtung Preußens in Tilsit, in der Lenzfestschrift. Berlin 1910. M. Handelsman, Napoléon et la Pologne 1806—1807. Paris 1909. Official Correspondence of G. Canning, ed. by E. J. Stapleton, 2 B. London 1887. Speeches of G. Canning with a memoir of his life by R. Therry. 6 B. London 1828 ff. H. W. V. Temperley, Life of G. Canning. London 1905. J. Holland Rose, Canning and the secret intelligence from Tilsit, 16—23. July 1807, in Transactions of the Royal Hist. Society N. S. XX (1906).

In unmittelbarem Anschluß an den Frieden von Preßburg ergriff Napoleon eine doppelte Reihe von Maßnahmen: einerseits erhob und beförderte er eine erhebliche Zahl seiner Verwandten und vornehmen Diener, andererseits versorgte er einige von ihnen mit Land und Leuten, ein Vorgang, der zugleich auch einen Ausbau des napoleonischen Systems in großem Stil bedeutete. In die erstere Reihe von Maßnahmen gehören mehrere Ehebündnisse, die nunmehr verabredet wurden: der Stiefsohn Napoleons, Eugen Beauharnais, erhielt eine bayerische Prinzessin zur Gemahlin, wie übrigens auch der Generalstabschef Berthier, der zum Fürsten von Neufchâtel gemacht wurde; die Nichte Josephinens, Stephanie Beauharnais, wurde, nachdem Napoleon sie adoptiert hatte, mit dem badischen Thronfolger, dem Kurprinzen Karl, vermählt, während der jüngste der Brüder Bonaparte, Jérôme, etwas später eine württembergische Prinzessin zur Gemahlin erhielt. Talleyrand wurde Fürst von Benevent; eine große Reihe hervorragender Offiziere und Beamten erhielt Titularherzogtümer. Politisch noch wichtiger war jene zweite Reihe von Maßnahmen. Joseph Bonaparte, der älteste der Brüder, wurde König von Neapel. Dort hatte die in Wirklichkeit regierende temperamentvolle Tochter Maria Theresias, Marie-Karoline, sich dazu hinreißen lassen, die Neutralität zu brechen und englische und russische Truppen aufzunehmen. Als diese dann auf die Nachricht von Austerlitz hin wieder abzogen, wurde bald Masséna Herr des Festlands von Neapel (März 1806). Schon vorher, am 27. Dezember 1805, hatte der Kaiser der Franzosen in einem Armeebefehl verkündigt: »das Haus Bourbon in Neapel hat aufgehört, zu regieren«. Im März noch wurde dann die Absicht kundgetan, Joseph zum König von Neapel

zu machen. Bei diesen Maßnahmen war nun zwar immer auch von Sizilien die Rede; allein dieses Land blieb als Insel — so vollkommen war die Seeherrschaft Englands — den Franzosen dauernd unzugänglich und im Besitz der bourbonischen Königsfamilie. Die Erteilung Neapels an seinen Bruder faßte Napoleon, wie es für ihn ja eigentlich selbstverständlich war und wie auch spätere Konflikte bewiesen, so auf, daß dieses Königreich mit seiner Politik und allen seinen Hilfsmitteln Frankreich unbedingt dienen müsse. Der vierte der Brüder Bonaparte, Ludwig, erhielt Holland als Königreich. Dieser Schritt Napoleons bedeutete eine logische Weiterbildung der Verfassung des abhängigen Landes in der Richtung der Verfassungsänderungen, die Frankreich selbst durchgemacht hatte, wie ja in den Vasallenstaaten auch schon die Abwandlung zur Direktorial- und zur Konsulatsverfassung oder zu etwas ähnlichem mitgemacht worden war (s. oben). Der Kaiser hatte bei dem holländischen Unternehmen zweierlei Widerstand zu überwinden; den Ludwigs selbst, der keine Lust zu der ihm zugedachten Würde hatte, und den der Holländer, die, nachdem die Absicht Napoleons verlautet war, im März 1806 eine Gesandtschaft nach Paris abgehen ließen, um die Gefahr abzuwenden. Beiderlei Widerstand überwand aber der Kaiser mit leichter Mühe. Durch einen Vertrag vom 24. Mai 1806 zwischen Holland und Frankreich wurde Ludwig erblicher König von Holland. — Mit einem neugebildeten Staatsgebiet wurde schließlich ein weiterer Verwandter Napoleons, sein Schwager, der Gatte seiner Schwester Karoline, Joachim Murat, einer seiner besten Kavallerieführer, bedacht. Für diesen wurde am 15. März 1806 aus dem von Preußen abgetretenen rechtsrheinischen Cleve und dem von Bayern abgetretenen Herzogtum Berg ein niederrheinisches Herzogtum, bald Großherzogtum Berg gebildet, das übrigens später bedeutend vergrößert und dann wieder eingeschränkt werden sollte.

Während ihm so viel glückte, geriet Napoleon damals in einen seiner zukunftschwersten Konflikte: in den mit dem Papst. Napoleon vermochte es nicht — es ist einer seiner schwersten Fehler —, den großen Gedanken, den er doch so klar erkannt hatte, festzuhalten, daß er nämlich mit Rücksicht auf seine katholischen Untertanen Frieden mit dem Papst halten müsse. Noch während des langen Pariser Aufenthalts Pius' VII. aus Anlaß der Krönung kam es zu unliebsamen Erörterungen, da der Papst Forderungen stellte, welche Napoleon nicht geneigt war zu bewilligen. Einerseits wünschte der Papst die Abschaffung einer Reihe der sogenannten »organischen Artikel«, durch die Napoleon unmittelbar nach dem Konkordat eigenmächtig eine Reihe von schwerwiegenden Änderungen an dem Vertrag zwischen Staat und Kirche getroffen hatte. Andererseits verlangte Pius VII., der sehr viel mehr Sinn für Gebietsfragen hatte als sein größerer Vorgänger, daß Napoleon dem Kirchenstaat wiedergebe, was jener an das revolutionäre Frankreich verloren hatte (s. oben). Die Weigerung Napoleons in beiden Fällen machte die Beziehungen schon sehr bald nach der Krönung recht gespannt und schon im Jahre 1805 wurde der Konflikt akut.

Den Anlaß dazu bot ein eigentümlicher Zwischenfall. Im Jahre 1803 hatte Napoleons jüngster Bruder Jérôme, damals 19 Jahre alt, auf einer Reise nach den Vereinigten Staaten in Baltimore die Tochter eines dortigen Kaufmanns kennen gelernt, Elisabeth Patterson, sich in sie verliebt und sie geheiratet. Der erste Gedanke Napoleons bei der Nachricht war, daß diese Ehe wieder geschieden werden müsse. Die junge Amerikanerin war Protestantin und das Paar protestantisch getraut worden. Diese Tatsache suchte nun Napoleon in geschickter Weise auszunutzen. Der Papst wurde 1805 aufgefordert, die Ehe zu scheiden, und ihm dabei vorgestellt, wie bedenklich es sei, wenn Jérômes Beispiel nachgeahmt werde und die Mitglieder anderer katholischer Häuser Protestantinnen heirateten. Aber der Papst stellte sich durchaus nur auf den Rechtsstandpunkt. Er ließ die Frage mit großer Gewissenhaftigkeit prüfen und kam zu dem Resultat, daß durchaus kein Grund vorliege, der ihn berechtige, die Ehe zu scheiden. Das hat er dann in unmißverständlicher Weise dem Kaiser mitgeteilt. Napoleon ließ daraufhin die Ehe in Paris scheiden (1806), wo er Geistliche genug fand, welche ihm zu Willen waren! Gerade diese Ablehnung des Papstes nun hat das meiste dazu beigetragen, ihn persönlich zu reizen. Er fuhr fort, in schmähender Weise auf diese Weigerung zurückzukommen. Einmal schrieb er z. B. seinem Oheim, dem Kardinal Fesch, nach Rom: »wenn diese Dummköpfe (ces imbéciles) es nicht unpassend finden, daß eine protestantische Prinzessin den französischen Thron einnehme, werde ich Ihnen eines schönen Tages einen Protestanten als Botschafter schicken.« Es war ein eigentümlicher Ausgang der Sache, daß Napoleon es bald darauf für gut fand, denselben Jérôme, aus Politik, nun abermals mit einer Protestantin, der Tochter des Königs von Württemberg, Katharina, zu vermählen (vgl. oben). Gleich in demselben Jahre 1805 noch, das den Zank zwischen Papst und Kaiser wegen der Ehescheidung hervorgebracht, während übrigens die kirchenpolitischen Streitereien fortdauerten, ging Napoleon schon zu Angriffen auf päpstliches Gebiet über. Er ließ die Stadt Ancona, die zum Kirchenstaat gehörte, besetzen. Er begründete diesen Schritt damit, daß er die Stadt brauche, um gegen die Engländer zu operieren, die auf der andern Seite der Adria Korfu innehatten. Jetzt hörten die Proteste von seiten des Papstes nicht mehr auf. Bald stellte dann Napoleon die Forderung, daß Pius VII. seine Häfen — es waren die letzten in Italien — den Engländern und Russen und deren Verbündeten schließen solle, eine Forderung, die der Papst keineswegs zu bewilligen geneigt war. So hatte sich schon reichlicher Stoff zu Konflikten gesammelt, die bald zur Vernichtung des Kirchenstaates führen sollten.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1806 gelang dann Napoleon die Verwirklichung einer bedeutsamen Idee, deren Durchführung schon die Politik der letzten Jahre voraussehen ließ, und die auf Deutschland Bezug hatte: der Idee nämlich, ein »drittes Deutschland«, d. h. das Land, das keiner der deutschen Großmächte Preußen oder Österreich gehörte, zu organisieren und in Abhängigkeit von Frankreich zu bringen. Der

Gedanke war alt. Ansätze dazu finden sich schon im Mittelalter; dann hatte Mazarin einen derartigen »Rheinbund« wenigstens teilweise vorübergehend gegründet; während der Revolution waren ähnliche Pläne öfters aufgetaucht; Napoleon sollte sie verwirklichen. Dabei kam ihm wenigstens ein Teil der deutschen Fürsten stark entgegen, zumal der Vorgang mit weiterem Gewinn für sie verbunden war: etwa 70 weitere kleine Fürsten, Städte und Reichsgrafen wurden mediatisiert und ihr Land den größeren Staaten übergeben. Indessen gingen doch diese Verhandlungen keineswegs ohne ernsteste Schwierigkeiten vor sich[1]). Diese gingen hauptsächlich von Bayern und Württemberg aus. Als man in München und Stuttgart Näheres über Napoleons Plan erfuhr, und erkannte, daß man durch die geschickt ausgedachte Verfassung des Bundes in vollkommene Abhängigkeit von Napoleon geraten werde, der, ganz abgesehen von seiner Protektorstellung und seiner Übermacht in der Lage sein würde, die kleinen Staaten verfassungsmäßig gegen die Königreiche auszuspielen, verständigten sich in letzter Stunde, im Juli 1806, die zwei Königreiche, um gemeinsam energische Proteste an Napoleon kommen zu lassen, auch auf die Gefahr hin, daß der schon verabredete Gewinn ihnen entgehen könnte; allein es war zu spät. Ehe diese Botschaft nach Paris gelangte, hatte infolge einer Überrumpelung der dortige bayerische Gesandte und alle übrigen Vertreter deutscher Staaten bis auf zwei am 12. Juli die Rheinbundakte unterzeichnet. Württemberg sträubte sich noch einige Tage, um dann auch seinerseits den Widerstand aufzugeben. Die Rheinbundakte enthielt auch die genannten Mediatisierungen, denen sich eine Reihe von Tauschen zwischen den Mitgliedern des neuen Bundes anschlossen. Bayern erhielt als wichtigsten Erwerb Stadt und Gebiet von Nürnberg, dazu eine ganze Reihe von Fürstentümern, Grafschaften und Herrschaften. Dalberg, der frühere Koadjutor von Mainz, der 1803 nach Regensburg verpflanzt worden war, wurde »Fürstprimas«, und sein Staat, der »Primatialstaat« wurde, u. a. durch die Reichsstadt Frankfurt, erheblich vergrößert (vgl. oben S. 137 Anm.). Baden und Hessen-Darmstadt wurden Großherzogtümer. Das Wesentliche an dem Vorgang aber war der Abschluß des Bundes selbst. Es traten ihm zunächst 16 Staaten bei, denen bald eine ganze Reihe weiterer folgen sollte, während Kurhessen und Braunschweig ihm dauernd fern blieben. Es waren Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Berg, der Fürstprimas, die beiden Nassau, die beiden Hohenzollern und einige ganz kleine Fürstentümer (Salm, Liechtenstein, v. d. Leyen u. a.), deren Vertreter in Paris geschickt zu verhandeln und zu bestechen verstanden hatten, und die deswegen dem Los der übrigen kleinsten staatlichen Gebilde im Reiche entgingen. Diese Fürsten schlossen einen Bund, trennten sich vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und erklärten sich für souverän. Der Bund hatte eine

[1]) In die vor allem Bitteraufs Geschichte des Rheinbundes, B. I (s. Bibliographie) einen Einblick gewährt.

Verfassung, die in manchem an die des Reiches erinnerte, mit einem in Frankfurt tagenden Reichstag, der in ein Königshaus und ein Fürstenhaus zerfiel. Aber diese Verfassung war nur Schein, ebenso wie die Souveränität der Rheinbundfürsten. Das wahre Wesen des Bundes ging aus dem ominösen Artikel XII der Akte hervor: »der Kaiser wird zum Protektor des Bundes proklamiert werden«. Als solcher hatte er u. a. über die Neuaufnahme von Mitgliedern zu entscheiden und die Mobilmachung der Bundesarmee zu verfügen. Der Bund wurde verpflichtet, jeden Krieg Frankreichs mitzumachen. Sein Heer umfaßte 63 000 Mann, zu denen jeder Verbündete ein bestimmtes Kontigent stellte, und zwar z. B. Bayern allein fast die Hälfte, 30 000 Mann, Württemberg 12 000 Mann. Diese Lage, wonach ein Bund »souveräner« Staaten innerhalb des Reiches bestand, widersprach allzusehr dem Begriff eines »Reiches« und einer »Reichsverfassung«, als daß diese hätte weiter dauern können. Und wieder war es Napoleons energisch zufahrende Art, welche eine rasche Lösung herbeiführte. Er veranlaßte die Rheinbundstaaten, am 1. August 1806 eine Erklärung am Regensburger Reichstag verlesen zu lassen, wonach sie das Reich nicht mehr anerkannten. Er selbst erklärte an demselben Tage dasselbe und verband diese Erklärung mit militärischen Drohungen durch seine in Süddeutschland stehenden Truppen gegen den nahezu wehrlosen Kaiserstaat. Zugleich forderte er kategorisch, daß der Kaiser Franz abdanke. Dieser hatte bisher, als schon die Verfassung des Reiches in Wirklichkeit aufgehört hatte zu existieren und auch noch, nachdem er selbst im Preßburger Frieden diese Tatsache anerkannt hatte, gezögert, die Krone niederzulegen. Jetzt, am 6. August 1806, tat er diesen letzten Schritt in einer Mitteilung an den Reichstag zu Regensburg. Daß er für diesen Fall vorgesorgt und sich die kaiserliche Würde, auf die österreichischen Lande gegründet, gesichert hatte, ist oben schon mitgeteilt worden. Das deutsche Volk sah dem Untergang des 1000 jährigen Reiches mit merkwürdigem Gleichmut zu. Nur an wenigen Stellen, damals vornehmlich, aber nicht ausschließlich im Süden, fand sich ein bitteres Urteil über die demütigende Lage Deutschlands. Napoleon war in dieser Hinsicht sehr empfindlich. Im Juli 1806 erschien ein an sich wenig bedeutendes, anonymes Schriftchen, das höchst wahrscheinlich den emeritierten gräflich Rechternschen Konsistorialrat Yelin zum Verfasser hatte[1]), unter dem Titel »Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung«. Den Hauptinhalt bildeten Beschwerden über die Ausschreitungen der Truppen, die Napoleon wider alles Recht noch in Süddeutschland stehen ließ, und ein Appell an Preußen. Verleger war der Buchhändler Johann Philipp Palm (geb. zu Schorndorf). Dieser wurde gemäß einer bestimmten Instruktion Napoleons an Berthier, die Verleger feindseliger Schriften erschießen zu lassen, am 25. August 1806 in Braunau füsiliert. Daß diese Untat vom Rechtsstandpunkt unent-

---

[1]) Doch wird auch die Verfasserschaft des Grafen Julius Soden (1754—1831) vertreten.

schuldbar ist, leuchtet ein. Aber sie war auch politisch falsch. Wie nach der Eroberung von Jaffa, wie bei der Erschießung Enghiens, so hatte auch bei der Hinrichtung Palms der alte Schreckensmann und Freund der Robespierre irrtümlicherweise angenommen, er könne durch Verbreitung von Schrecken gewinnen — und wiederum greift man mit Händen die Grenzen seines politischen Könnens: die Folge der Tat war in Wirklichkeit ein für Napoleon bedenkliches Erwachen oder Aufflammen des Nationalhasses in Deutschland.

Das früher oft so herbe Urteil über die Politik der Rheinbundfürsten hat wohl endgültig eine Wendung zum Besseren durchgemacht, wenn man auch dieser Politik dauernd jeden Anklang an das Heroische absprechen wird. Vor allem wird man zweierlei nicht wieder vergessen dürfen: erstens, daß die Politik dieser Mittelstaaten die logische Konsequenz derjenigen der deutschen Großstaaten war, von denen der eine zwar in heldenmütiger Weise immer wieder gegen Franreich zu den Waffen griff, aber auch andauernd den größten Rheinbundstaat bedrohte oder sein Gebiet begehrte, während der andere, Preußen, Deutschland seinem Schicksal überließ; zweitens[1]), daß wenigstens die größeren Rheinbundstaaten, bei aller Freude an der territorialen Expansion, die ihnen der Bund mit Frankreich verschaffte, sich doch keineswegs ohne kräftigen Widerstand und würdelos für die Gefolgschaft Napoleons gewinnen ließen.

Das Jahr 1806 brachte in seinem weiteren Verlauf den Zusammenbruch des letzten großen deutschen Staates, der noch aufrecht stand. Der König von Preußen ratifizierte den Haugwitzschen Schönbrunner Vertrag vom 15. Dezember 1805 nicht bedingungslos, sondern er schickte, auf den Rat Hardenbergs und anderer hin, Haugwitz nach Paris, um hauptsächlich zwei Modifikationen durchzusetzen: erstens wünschte er, daß an Stelle eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Frankreich ein einfaches Bündnis trete (um die Demütigung des Vasallentums zu vermeiden und um gute und enge Beziehungen zu dem ja noch im Kriege mit Frankreich befindlichen Rußland unterhalten zu können), zweitens wollte Friedrich Wilhelm III. ganz gemäß der Neutralitätsidee jede Verwickelung mit England Hannovers wegen vermeiden und wünschte also, daß in dem Vertrag mit Frankreich verabredet werde, Preußen solle Hannover zwar dauernd besetzen, aber erst nach dem Frieden zwischen Frankreich und England eigentlich übernehmen. Allein diese schönen Ideen konnte Haugwitz in Paris in keiner Weise durchsetzen, zumal man in unglaublicher Verblendung Ende Januar die preußische Armee demobilisiert hatte. Der Vertrag wurde zwar modifiziert, aber in ganz anderer Art, als die preußische Politik es gewünscht hatte. Napoleon verstand es, in dem neuen Vertrag Preußen ganz in die Gruppe der gegen England kämpfenden Mächte einzureihen, in dem damaligen Augenblick mit dem besonderen taktischen Zweck, einen Druck im Sinne des Friedens auf England auszuüben, mit dem er verhandelte. So

[1]) Darauf weist vor allem Bitteraufs Werk nachdrücklich hin.

fanden sich denn zwar in dem neuen Pariser Vertrag vom 15. Februar 1806 zwischen Preußen und Frankreich die Worte: »Schutz- und Trutzbündnis« nicht mehr, wohl aber mußte Preußen, abgesehen von anderen Nachteilen, Hannover sofort[1]) in Besitz nehmen (»pour le posséder en toute souveraineté«), und sich zur Schließung der Nordseehäfen und Lübecks gegen die Engländer verpflichten. Bedeutete das den Konflikt mit England, so wurde die Beibehaltung einer andern Bedingung des Schönbrunner Vertrages für das Verhältnis zu Rußland gefährlich. Preußen garantierte abermals die Integrität der Türkei. Im ganzen war an die Stelle einer demütigenden und schädlichen Abmachung eine noch schlimmere getreten, und diese mußte ratifiziert werden. Kaum waren die Häfen gesperrt, so begann von englischer Seite die Konfiszierung aller preußischen Schiffe, deren man habhaft werden konnte, Repressalien, die dem preußischen Handel ungeheuren Schaden zufügten, und denen sich solche von seiten Schwedens anschlossen. Bald erfolgte auch die englische Kriegserklärung. Und alle diese Schädigungen trafen einen Staat, der den dafür in Aussicht gestellten Gewinn noch nicht einmal sicher in Händen hatte! Die größte Energie wurde von preußischer Seite in dieser beschämenden Lage darauf verwandt, gute Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten. Es hatte sich in den letzten Jahren allmählich eine Gruppe von Patrioten gebildet, zunächst in den höchsten Schichten der Gesellschaft — Prinzen, Gelehrte, Generäle, Minister —, zu der in gewissem Sinne auch die Königin Luise zu rechnen war, wenn sie auch die Patrioten durch mangelnde tätige Mitwirkung mehrfach enttäuscht hat, und wenn sie auch immer zu jenen edelsten Naturen gehört hat, die nach einem Worte Schillers nicht dadurch was sie tun, sondern dadurch was sie sind, wirksam werden. Diese Gruppe war für Reformen im Innern, für eine würdigere Haltung nach Außen und damals im besonderen für den Krieg gegen Napoleon im Bunde mit Rußland, für dessen Zaren die Königin auch persönlich eine schwärmerische Verehrung empfand. Der Diplomat dieser Gruppe war Hardenberg, der es — übrigens lagen russische Anregungen vor — unmittelbar nach der Ratifikation des Pariser Abkommens dahin brachte, daß in tiefstem Geheimnis ein Vertragsentwurf mit dem Zaren verabredet wurde, wonach dieser Preußen bei einem Angriff Napoleons unterstützen wollte, während Preußen sich verpflichtete, keinen Krieg gegen Rußland mitzumachen und Napoleon zu veranlassen, seine noch in Süddeutschland stehenden Truppen innerhalb von drei Monaten zurückzuziehen. Hardenberg blieb einflußreich, auch noch als er im April 1806, bei Napoleon mißliebig, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten an Haugwitz abgetreten hatte. Am 1. Juli 1806 kam es zum Abschluß eines Vertrags, in dem der Zar u. a. versprach, für Preußens Unverletzlichkeit zu kämpfen, während Friedrich Wilhelm sich verpflichtete, in keinem Kriege, der

[1]) Genauer: 5 Tage nach der Ratifizierung des Vertrags, die ihrerseits 3 Wochen nach der Unterzeichnung erfolgen sollte.

Österreichs oder der Türkei wegen ausbrechen könnte, auf seiten Frankreichs die Waffen zu ergreifen.

Inzwischen waren Verhandlungen in Gang gekommen, welche dem Krieg ein Ende bereiten zu sollen schienen, und zwar solche zwischen Frankreich und England einerseits, Frankreich und Rußland andererseits. Die Friedensverhandlungen mit England entsprangen hauptsächlich einem Personenwechsel. Am 23. Januar 1806 starb William Pitt, erst 45 jährig, trotz Trafalgar wegen des Sieges von Austerlitz und seiner Folgen in düsterster Stimmung. Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten im neuen Ministerium wurde Pitts alter liberaler und franzosenfreundlicher Gegner C. J. Fox. Dieser knüpfte im Februar 1806 mit Napoleon an. Die Verhandlungen führten aber, zum Teil wieder, weil sich Napoleon nicht zu genügenden Opfern entschließen konnte, zu keinem Ergebnis. Vor allem wurde für sie eine enge Verflechtung mit den französisch-russischen Verhandlungen von Bedeutung, welche Alexander wohl hauptsächlich deswegen angeknüpft hatte, weil er einen englischen Separatfrieden befürchtete. Napoleon seinerseits erstrebte damals wieder energisch das russische Bündnis, das der Tod Pauls vereitelt hatte, und das erst in Tilsit gelingen sollte. Am 20. Juli 1806 unterzeichnete ein ungeschickter russischer Unterhändler in Paris, Oubril, einen für Napoleon sehr günstigen Vertrag, der u. a. den fast völligen Verzicht Rußlands auf das Mittelmeer, die Garantie der Türkei und die Zustimmung des Zaren zur Ausdehnung der Herrschaft Josephs auf die Insel Sizilien unter Entschädigung Ferdinands enthielt. Mit diesem ausgerüstet wurde nun der Kaiser charakteristischerweise England gegenüber anspruchsvoller. Die Entstehung des Rheinbundes tat dann das ihrige und Fox' Tod (13. Sept.) das letzte dazu, die englisch-französischen Verhandlungen — endgültig im Oktober — zum Scheitern zu bringen. Alexander I. seinerseits ratifizierte, so weit wir wissen hauptsächlich, weil er inzwischen jenes Abkommen vom 1. Juli mit Preußen getroffen hatte, und weil damals kein Separatfrieden zwischen Frankreich und England mehr drohte, den Oubrilschen Vertrag nicht (August 1806), so daß sich auch diese Friedensverhandlung zerschlug.

In den Verhandlungen mit England hatte Napoleon Hannover, das er Preußen versprochen hatte, und das von preußischen Truppen besetzt war, England wieder angeboten, dabei freilich an eine Entschädigung Preußens gedacht. Dieses Angebot an England wurde nun Ende Juli 1806 — die Meldung traf am 6. August ein — dem König Friedrich Wilhelm III. durch seinen Pariser Vertreter Lucchesini mitgeteilt, und zwar ohne daß in dieser Meldung von einer Entschädigung Preußens die Rede gewesen wäre. Wie schwer man diese Wendung der Politik Napoleons empfand, läßt sich denken. Diese Herausforderung war aber keineswegs die einzige, deren sich Napoleon Preußen gegenüber schuldig machte. Murat trat ganz offen mit dem Plane hervor, das Großherzogtum Berg auf Kosten preußischen Gebiets zu vergrößern; er hatte sogar, allerdings vergeblich, versucht, sich die Abteien Essen, Elten und Werden ohne weiteres anzueignen. Sollte Berg also einerseits

vergrößert werden, so erhielt es andererseits nicht, wie mit Preußen verabredet worden war, die wichtige, bisher preußische Festung Wesel, die vielmehr — eine offenbare Gefahr — in Händen Frankreichs blieb. Dazu kam die dauernde Bedrohung durch die in verschiedenen Teilen Deutschlands stehende große Armee Frankreichs, die in Preußen allgemein Besorgnisse oder aber patriotische Entrüstung erweckte, welch letztere nach der Erschießung Palms sogar sehr lebhaft wurde. Auch eine weitere Hoffnung, die Friedrich Wilhelm III. an das französische Bündnis geknüpft hatte, schien zuschanden werden zu sollen: nämlich der Gedanke, daß Preußen einen Norddeutschen Bund als Gegengewicht gegen den Rheinbund gründen könne. Man wußte in Berlin nicht recht, was so viele fast höhnische Rücksichtslosigkeit bedeute, ob sie nämlich nicht etwa auf die bestimmte Absicht hindeute, Preußen durch einen Krieg zu vernichten. Das war nun fast sicher noch keineswegs von Napoleon beabsichtigt, seine Handlungsweise vielmehr lediglich der Ausfluß des üblichen revolutionären Übermuts, zu dem freilich die Jämmerlichkeit der preußischen Politik herausforderte. — Von allen den genannten Täuschungen und Bedrohungen wirkte auf Preußen am stärksten das Angebot Hannovers an England. Drei Tage, nachdem die Nachricht eingetroffen war, wurde die Mobilmachung eines Teiles der Armee befohlen (9. August) und Rußland davon Mitteilung gemacht. Napoleon blieb bei dieser Nachricht zunächst ganz ruhig, ja er traf ernstliche Anstalten, seine Armee aus Süddeutschland zurückzuziehen, erstens weil er sich in jenem Oubrilschen Vertrage mit Rußland vom 20. Juli 1806 dazu verpflichtet hatte, zweitens weil Österreich sich der Rheinbundpolitik so unbedingt gefügt hatte, daß eine Verwendung der Truppen in dieser Richtung fürs erste nicht mehr nötig war. Auch verhandelte er mit Berlin noch Ende August in verbindlicher Form. Eine plötzliche Wendung in Napoleons Auffassung der Lage trat Anfang September ein; am 3. erfuhr er, daß der Zar sich geweigert habe, den Oubrilschen Vertrag vom 20. Juli zu ratifizieren (vgl. oben) und nun kombinierte er, viel zu weit gehend, daß die preußischen Rüstungen und die Verwerfung des Vertrages durch Alexander zusammengehörten und auf Verabredung beruhten; ja, er meinte, auch England, das etwa zur selben Zeit den Willen zeigte, die Friedensverhandlungen endgültig abzubrechen, sei mit im Spiele. Napoleon hielt sich für hintergangen und von einer Koalition zwischen England, Rußland, Preußen und Schweden überlistet. Sofort faßte er nun den preußischen Krieg als Möglichkeit ins Auge und gab seiner süddeutschen Armee entsprechende Instruktionen. Ganz kurz darauf verlangte er, immer noch verbindlich genug, von Preußen die Abrüstung, für die er eine Verminderung seiner Truppen in Westfalen bot, während er an der Besetzung Süddeutschlands festhalten zu müssen erklärte. In Preußen aber ging man auf seine Forderung nicht ein. Seit der Verwerfung des Oubrilschen Vertrags durch Alexander ohne Hoffnung auf dauernde Erhaltung des Friedens, unter dem Eindruck der patriotischen Erregung, die der Erschießung Palms folgte, auf den Wunsch der Patrioten und auf das Drängen der Armee hin wurde beschlossen, an

der befohlenen Versammlung des preußischen Heeres in Thüringen festzuhalten und Napoleon nach Verlauf einiger Wochen, in denen man Zeit gewinnen wollte, ein Ultimatum zu überreichen. Dieses sollte bis zum 8. Oktober eine kategorische Erklärung über die Zurückziehung der französischen Truppen aus Süddeutschland fordern. Dieses Ultimatum, das am 26. September in der Tat abging, bedeutete den Krieg. Am 20. September hatte der König Berlin verlassen und sich zur Armee begeben. Der Krieg, in den Preußen in den letzten Jahren so oft unter günstigen Aussichten hätte eintreten können und müssen, wurde so teils aus Furcht, teils in patriotischer Wallung[1]), zum Teil auch auf die Haltung Rußlands hin zu einem überaus ungünstigen Zeitpunkt herbeigeführt, als von einer Mitwirkung russischer Truppen noch keine Rede sein konnte und wirkliche Hilfe nur von Sachsen zu erwarten war, mit dem man sich geeinigt hatte. Napoleon aber, der diesen Krieg damals keineswegs mit bewußter Absicht herbeigeführt hat, wenn er ihn auch freudig auf sich nahm, ist dennoch in letzter Linie für ihn verantwortlich, da er abermals einer Großmacht mehr geboten hatte, als selbst die größte Geduld und Friedensliebe ertragen konnten.

An die Spitze des preußischen Heeres war wieder der nunmehr 71 jährige Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig gestellt worden. Der alte Herr war damals naturgemäß noch weniger geneigt zu handeln als i. J. 1792; er hielt noch häufiger Kriegsrat ab und vermochte sich durchaus nicht mehr durchzusetzen. Vor allem wurde es verhängnisvoll, daß die Preußen, z. T. übrigens wegen der Langsamkeit der verbündeten Sachsen, nicht energisch und schnell genug die beschlossene Offensive von Naumburg aus ergriffen. So wurden sie von Napoleon, der auf das Ultimatum hin etwa 160 000 Mann gegen etwa 120 000 Preußen und Sachsen von Bamberg aus heranführte, in ungünstiger, zu weit ausgedehnter Stellung in die Defensive gedrängt. Am 9./10. Oktober trafen die Spitzen zusammen, an letzterem Tage bei Saalfeld, wo der Prinz Louis Ferdinand von Preußen, einer der Führer der Patrioten, den Tod fand. Napoleon zwang dann an den folgenden Tagen, nach seinem öfters, z. B. im Feldzug von Marengo und 1805 geübten Verfahren, indem er sich zwischen den Feind und dessen Hauptstadt hineinschob, die verbündeten Preußen und Sachsen, mit verkehrter Front zu kämpfen. Diese, die zwischen Jena und Erfurt standen, suchten, schlecht aufgeklärt und noch immer langsam, zu spät nach Norden auszuweichen. Am 14. wurden sie angegriffen, und zwar an zwei getrennten Stellen. Davout, den Napoleon detachiert hatte, traf bei A u e r s t e d t auf die Hauptarmee unter Braunschweig, die schon auf dem Marsche war, während Napoleon selbst bei J e n a das Korps des Fürsten Hohenlohe, das bei dem Marsche nach Norden die Arrièregarde bilden sollte, angriff. Er hatte eine starke Übermacht, 78 000 gegen 53 000, brauchte aber nur etwa dreiviertel davon einzusetzen. Davout dagegen war bedeutend in der Minderzahl (27 000 gegen 50 000). In bei-

[1]) An der aber der König selbst unbeteiligt blieb.

den Fällen endigte das Zusammentreffen trotz größter Tapferkeit einzelner preußischer Truppenteile und Persönlichkeiten, bei völlig ungenügender Führung mit einer vernichtenden Niederlage der Deutschen. Bei Auerstedt trug dazu bei, daß der Herzog tötlich verwundet wurde († 10. November 1806 zu Ottensen), und so jede Führung verloren ging. Weit schlimmeres als diese Niederlagen, die gewiß bedeutend genug waren, jedoch nicht den gänzlichen Zusammenbruch mit sich bringen mußten, der tatsächlich auf sie folgte, ereignete sich in den folgenden Tagen und Wochen. Am 17. Oktober wurde die preußische Reservearmee unter dem Prinzen Eugen von Württemberg d. Ä. zersprengt. Am 28. Oktober kapitulierte Hohenlohe bei Prenzlau mit den Resten der Armee von Jena vor Murat, dem er in die Falle gegangen war. Zugleich heldenmütigen und geschickten Widerstand leistete nur Blücher, bis auch er mit noch 7000 Mann bei Ratkau in Mecklenburg, von vielfacher Übermacht umstellt, nur noch ungenügend mit Nahrungsmitteln und Munition versehen, die Waffen strecken mußte (7. November). Das bedenklichste aber waren die z. T. durchaus schimpflichen Kapitulationen von preußischen Festungen. Am 16. Oktober kapitulierte Erfurt mit 10 000 Mann vor einer kleinen Truppenzahl; am 30. Oktober General Romberg in Stettin; am 1. November Jnnersleben in Küstrin; am 8. November General Kleist mit nicht weniger als 24 000 Mann in der großen Festung Magdeburg, und ähnlich erging es einer Reihe von anderen Plätzen. Waren diese Festungen auch gewiß nicht für lange Belagerungen genügend gerüstet, so bewies doch das heldenmütige Beispiel von Danzig, Kolberg, Graudenz und Kosel, was unter denselben Bedingungen bei größerer moralischer Widerstandskraft geleistet werden konnte. Die klägliche Gesinnung der preußischen B e a m t e n s c h a f t und des preußischen V o l k e s zeigte sich vor allem beim Einzug Napoleons in Berlin (27. Oktober 1806) und in den folgenden Tagen.

Die Ansichten der Historiker über die Gründe des Zusammenbruchs Preußens gehen weit auseinander. Näher darauf einzugehen ist hier nicht der Ort. Nur soviel ist sicher, daß die mit der Kabinettsregierung eng zusammenhängende Neutralitätspolitik der Regierung in mancherlei Richtung die Hauptschuld trägt. Sie versäumte zuletzt die gute Gelegenheit, im Jahre 1805 loszuschlagen und stellte sich dann in ungünstiger Lage mit dem im Frieden verweichlichten Heere den kriegsgewohnten Truppen eines der größten Feldherrn aller Zeiten entgegen. Nicht etwa weil die Monarchie in Preußen allzu starr an der friderizianischen Tradition festgehalten hätte, wie man meist liest, erfolgte die furchtbare Katastrophe, sondern weil sie das wertvollste Element dieser Tradition, das moralische, n i c h t festzuhalten vermochte. Dabei ist freilich die Monarchie nur mitschuldig an den Verirrungen einer weichlichen Zeit. Durch ihr schlechtes Beispiel trug sie aber ihrerseits wieder viel zur Steigerung dieser Verweichlichung der Charaktere bei Beamten, Offizieren und Untertanen bei. In dieser Verweichlichung dürfte der tiefste Grund dafür zu sehen sein, daß die Niederlage eines Tages einen völligen Zusammenbruch herbeiführen konnte.

Bei dem fast allgemeinen Zusammenbruch hielt der König sich bis zu einem gewissen Grade aufrecht. In den nun einsetzenden Verhandlungen mit Napoleon, die als Friedensverhandlungen gedacht waren, verlangte dieser alles Land links von der Elbe, außer der Altmark und

Magdeburg, 100 Millionen Kriegsentschädigung und die Zustimmung dazu, daß Sachsen und andere norddeutsche Länder in den Rheinbund eintreten sollten. Die beiden preußischen Abgesandten — es waren Lucchesini und Zastrow — die ursprünglich sehr viel weniger zu bieten hatten, waren schließlich, wie der König selbst, auch zu dem, was hier gefordert wurde, bereit (30. Oktober 1806). Aber, wie so oft, steigerte Napoleon dann wieder seine Forderungen, was ja freilich insofern begründet war, als die Lage Preußens sich infolge jener Kapitulationen täglich verschlimmerte; er bewilligte nur noch einen Waffenstillstand, der ihm acht noch nicht übergebene Festungen ausliefern sollte und nach dem die heranrückenden Russen den preußischen Boden wieder zu verlassen hatten. Auch darauf gingen die preußischen Unterhändler ein (16. November 1806). Der König aber blieb, höchst wahrscheinlich mit unter dem Einfluß seiner Gemahlin, nach anfänglichem Schwanken fest und lehnte in Osterode am 21. November den Waffenstillstand ab.

Napoleon entwickelte damals eine äußerst vielseitige Tätigkeit. Gegen England erließ er von Berlin aus das folgenschwere Blockade-Dekret (s. unten). Er schürte mit Erfolg einen Aufstand in den polnischen Teilen Preußens und Rußlands. Den okkupierten Gegenden der Monarchie wurden sehr hohe Kontributionen auferlegt. Dennoch war seine Lage keineswegs glänzend oder auch nur günstig. Zwar gelang es Rußland ebensowenig, Österreich zu einem Eingreifen auf seiner Seite zu bewegen, wie Napoleon. Allein dieser war mit einer verhältnismäßig kleinen Truppenzahl sehr weit von seiner Basis entfernt. Die Verpflegung und die Ergänzung der Equipierungen mußten bei einer Fortdauer des Krieges große Schwierigkeiten bereiten. Ihm gegenüber standen die frischen russischen Truppen; die Stimmung seiner eigenen Leute war nicht übermäßig erfreulich. In Paris befanden sich, wie jedesmal bei längerer Abwesenheit des Kaisers, gewisse Persönlichkeiten und Kreise in eifriger Vorbereitung, um etwaige größere Verlegenheiten ihres Herrn schnell und gründlich ausnutzen zu können. Aber Napoleon ging, unbeirrt durch alle diese Schwierigkeiten, mit gewohnter Tatkraft an die Niederwerfung der Gegner. Indem er sich selbst noch im November nach Polen verfügte, vermehrte er die Zahl seiner Truppen, die den großen Schlag gegen Rußland führen sollten, sehr bedeutend. Das von Bennigsen geführte russische Heer war durch ein preußisches Korps unter l'Estocq verstärkt worden. Das erste Zusammentreffen bei Pultusk (26. Dezember) endigte zwar mit einer Zurückweisung dieses Gegners; aber die Verbündeten konnten sich mit ganz geringen Verlusten zurückziehen. Bei der äußerst schwierigen Lage und Stimmung seiner hungernden Truppen nutzte der Kaiser den Sieg nicht aus, gab den Gedanken an eine Verfolgung auf und ließ seine Truppen Winterquartiere beziehen. Er selbst residierte in Warschau. Auf die Nachricht offensiver Bewegungen des Feindes hin aber brach Napoleon noch im Januar 1807 wieder auf und bei Preußisch-Eylau kam es zu einer zweitägigen Schlacht (7./8. Februar 1807) zwischen den Russen und ein paar Tausend Preußen von l'Estocqs Korps unter Scharnhorst einerseits

und Napoleon andererseits, der etwas in der Minderzahl war. Die überaus blutige Schlacht endigte unentschieden, und wohl nur Bennigsens geringe Energie hat es verschuldet, daß nicht eine Niederlage der Franzosen daraus wurde. Der Eindruck der Tatsache, daß Bonaparte zum erstenmal in seiner Laufbahn in einer größeren Schlacht nicht gesiegt hatte, war, vor allem auch in Paris, ungeheuer. Die Lage seiner Truppen war äußerst peinlich. Unter diesen Umständen versuchte Napoleon sofort nach der Schlacht bei Eylau, Preußen durch einen Separatfrieden von Rußland zu trennen, bot Friedrich Wilhelm in gewinnender Form die Bedingungen vom 30. Oktober 1806 (s. oben) und ließ sogar andeuten, daß er Preußisch-Polen zurückgeben würde. Allein Friedrich Wilhelm III. lehnte den Friedensvorschlag und darauf sogar einen Waffenstillstand ab; er verband sich vielmehr durch das Bündnis von Bartenstein vom 26. April 1807 noch enger mit Rußland. Hierin verpflichteten sich beide Mächte, keinen Separatfrieden zu schließen und faßten die Bildung einer großen Koalition mit England, Österreich, Schweden und Dänemark zum Zwecke der Vertreibung Napoleons aus Italien und Deutschland ins Auge. Allein Österreich, in dessen Hand es damals zu liegen schien, Napoleon zu vernichten, ließ sich von Preußen und Russen nicht zum Eingreifen veranlassen.

Die unfähige Strategie der Russen schwang sich nicht dazu auf, eine der preußischen Festungen, die sich noch hielten, zu entsetzen — nur ein schwacher Versuch mit Danzig wurde gemacht, — dagegen ermöglichte sie es Napoleon, der sein erschüttertes Heer weit zurückführen mußte, sich sehr bedeutend zu verstärken. Von dieser Schlaffheit stach Napoleons Tätigkeit auf das glänzendste ab. Er hat in den Monaten nach Eylau, lange Zeit in dem Dohnaischen Schlosse Finkenstein residierend, das Unglaublichste geleistet, und zwar nicht nur in der genannten Richtung. Er hat die Regierung Frankreichs in allen Einzelheiten fortgeführt; vor allem hat er sich damals in das orientalische Problem vertieft und mit der Pforte und Persien Beziehungen angeknüpft mit dem unmittelbaren Zweck, die beiden ewig streitenden Höfe zum Zweck einer gemeinsamen Aktion gegen Rußland zu versöhnen, aber doch auch mit noch weiteren und größeren Gedanken: so suchte er z. B. Verabredungen mit dem Schah zu treffen, die einen großen Zug durch Persien nach Indien ermöglichen sollten, an den er damals — es steht freilich dahin mit welchem Grade von Ernst — dachte. Seine wichtigste Betätigung blieb aber die Vermehrung der Truppen, die nach dem Falle Danzigs etwa 300 000 Mann umfaßten; etwa zwei Drittel von diesen konnten zum entscheidenden Schlag gegen Russen und Preußen, die nun in der Minderzahl blieben, herangeführt werden. Die erste Begegnung zwischen einem Teil der französischen Truppen und den Russen bei Heilsberg am 10. Juni 1807 endigte mit einer empfindlichen Abweisung der Franzosen. Der Sieg wurde aber von den Russen wieder nicht ausgenutzt; Bennigsen beging in den nächsten Tagen Fehler über Fehler; er vereinigte sich nicht mit den Preußen, hielt seine Truppen nicht zusammen und mußte schließlich am 14. Juni

1807 bei Friedland in sehr bedeutender Minderzahl gegen Napoleon kämpfen. Nach tapferer Gegenwehr wurden die Russen entscheidend geschlagen. An demselben Tage wurde auch das preußische Korps l'Estocq bei Königsberg unter sehr schweren Verlusten geworfen.

Der Tag von Friedland hat bis in das Jahr 1812 nachgewirkt. Er hatte auch in der inneren Politik Frankreichs seine Bedeutung: die Herrschaft Napoleons über Frankreich war wieder befestigt, und die Hoffnungen derer, die auf weitere Niederlagen des Kaisers gelauert hatten, fürs erste zerstört. Vor allem groß aber waren doch die Wirkungen der Schlacht auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Es erfolgte jetzt wieder einer jener jähen Wechsel der russischen Politik, wie sie im verflossenen Jahrzehnt eine so große Rolle gespielt hatten. Freilich nicht ganz unvermittelt! In der russischen Armee herrschte damals die nationalrussische Richtung, welche den Krieg außerhalb Rußlands verpönte, weil man, naiv genug, wähnte, dort nur für fremde Interessen zu kämpfen. Die eigenen Interessen suchte man nach wie vor in erster Linie in Eroberungen auf Kosten der Türkei, mit der Rußland seit Dezember 1806 wieder im Kriege war. Diese Stimmung verstieg sich bis zu Drohungen gegen den Zaren. Dieser war seinerseits mit England unzufrieden, weil das britische Kabinett lau in der Subsidienzahlung geworden war und vor allem, weil es ihm in seiner Orientpolitik nicht entgegenkam. Ferner dachte der Zar damals daran, Schweden Finnland abzunehmen. So wandte sich also die russische Politik wieder energisch zwei von den drei Expansionstendenzen zu, die wir schon zu Beginn unseres Zeitabschnittes wirksam fanden (vgl. S. 11). Die Nachricht von der Niederlage bei Friedland bestimmte unter diesen Umständen Alexander I., ohne weiteres dem Willen des Heeres nachzugeben. Schon am 21. Juni 1807 kam ein Waffenstillstand zustande, in dem auch die Anbahnung von baldigen Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und Rußland verabredet wurde. Sofort faßte Napoleon aber auch die alte Idee eines Bündnisses und eines Zusammengehens mit Rußland ins Auge. Das russische Vorgehen verstieß unzweifelhaft gegen die Abmachungen mit Preußen und traf den König wie ein unerwarteter schwerer Schlag. Allein Alexander machte in den nun beginnenden Verhandlungen doch energische und erfolgreiche Versuche, im Geiste des Vertrages von Bartenstein, dessen Wortlaut er verletzte, so viel für Preußen herauszuschlagen wie möglich. Was die eigene Sache anging, so war der Zar nicht ohne weiteres geneigt, gleich ein Bündnis mit dem Sieger einzugehen; allein die Hoffnungen, die Napoleon seinem Abgesandten machte — sie scheinen vor allem die Türkei betroffen zu haben — vor allem aber dann eine persönliche Begegnung mit Napoleon, brachte ihm bald auch diese Idee näher. Die berühmt gewordene Unterredung fand am 25. Juni 1807 auf einem Floß im Niemen bei Tilsit statt. Über ihre Einzelheiten kann Bestimmtes nicht angegeben werden, doch bildete unzweifelhaft der Gegensatz gegen England einen hauptsächlichen Gegenstand der Unterhaltung. Der persönliche Verkehr dauerte dann noch bis zum

Abschluß des Friedens fort. Der König von Preußen wurde auf Verwendung des Zaren von Napoleon nur ungern und nicht auf gleichem Fuße zu den Verhandlungen zugelassen. Am 6. Juli unterwarf sich die Königin Luise der Demütigung — doppelt schwer nach den gemeinen Beschimpfungen, mit denen Napoleon sie in der Öffentlichkeit hatte bedenken lassen —, in einer persönlichen Begegnung mit dem Sieger um bessere Friedensbedingungen, besonders um Magdeburg, zu bitten. Es war durchaus vergebens; Napoleon wies sie höflich aber bestimmt ab. Am 7. Juli 1807 wurde eine Friedens- und eine Bündnisurkunde zwischen Frankreich und Rußland, am 9. eine Friedensurkunde zwischen Frankreich und Preußen unterzeichnet. In dem ersteren Instrument erkannte Alexander Joseph Bonaparte als König von Neapel, Ludwig als König von Holland, ferner Jérôme als König eines hauptsächlich aus preußischem Land, Kurhessen und Braunschweig, zu bildenden Königreichs Westfalen an, das in der Tat kurz darauf auch ins Leben trat. Sollte dieses neu gebildete Reich später Hannover erhalten, hieß es weiter, so war Preußen durch westfälisches Land mit 3 bis 400 000 Einwohnern zu entschädigen. Frankreich vermittelte zwischen Rußland und der Pforte, Rußland zwischen England und Frankreich. Vor allem aber enthielt dieses Instrument die Abmachungen über Preußen (s. unten), das Napoleon in der Tat nur aus Rücksicht auf den Zaren weiterbestehen ließ. Aus dem größten Teil des abzutretenden polnischen Besitzes Preußens ward ein selbständiges Herzogtum Warschau gebildet, dessen Herzog der König von Sachsen wurde. Danzig sollte mit einem entsprechenden Gebiet freie Stadt werden. Der Bündnisvertrag war geheim und setzte zunächst ein Schutz- und Trutzbündnis fest. Ferner wurde bestimmt, daß, wenn England nicht bis zum 1. November 1807 die russische Friedensvermittlung unter der Bedingung der Rückgabe der seit 1805 auf Kosten Frankreichs gemachten Eroberungen annehme, Rußland am 1. Dezember mit dem Inselreich brechen, ferner Dänemark, Schweden und Portugal auffordern werde, dasselbe zu tun und widrigenfalls auch sie als Feinde zu behandeln. Was die Pforte anging, so lauteten die entsprechenden Bestimmungen, besonders in bezug auf das Zeitmaß, erheblich vager: nehme die Pforte die französische Vermittlung nicht an, oder führten die Verhandlungen drei Monate nach ihrem Beginn zu keinem »befriedigenden« Resultat, so sollten Frankreich und Rußland gemeinsam die europäischen Besitzungen der Türkei, außer der Hauptstadt und Rumelien, erobern. Preußen trat in dem Frieden vom 9. Juli 1807 alle Besitzungen links von der Elbe, und zwar nun auch die Altmark und Magdeburg, ab; ferner den Kottbuser Kreis an Sachsen, das längst, zum Königreich erhoben, Frieden mit Napoleon geschlossen hatte und in den Rheinbund eingetreten war (11. Dez. 1806); ferner Danzig und seine polnischen Erwerbungen, von denen ein kleiner Teil (der Bialystoker Kreis) an Rußland, der Rest an das Herzogtum Warschau kam. Über die enorme Kriegsentschädigung wird unten näheres anzugeben sein. Preußens Häfen wurden gegen England verschlossen und Friedrich Wilhelm

mußte sich verpflichten, den Krieg gegen England mitzumachen, wenn Rußland in ihn eintrete. Bei den Verhandlungen mit Preußen hatte Napoleon Hardenberg, der wieder die auswärtige Politik Preußens leitete, als Unterhändler abgelehnt; hieraus zog Hardenberg durch seinen Rücktritt die Konsequenzen.

Die Bedeutung des Bündnisses von Tilsit war außerordentlich. Der Kontinent von Westeuropa war durch Napoleon unterworfen. Jetzt einigte er sich mit der zwar besiegten, aber noch nicht niedergeworfenen gewaltigen Macht des Ostens. Mußte es nicht scheinen, daß nun der Riesenkampf gegen England für Frankreich unendlich viel bessere Aussichten habe? Allein es muß gleich hier darauf hingewiesen werden, daß der Bund zwischen Rußland und Frankreich von vornherein Keime des Zwistes in sich trug, und zwar hauptsächlich aus drei Gründen: Alexander hatte die Wendung von England zu Frankreich zum Teil deswegen gemacht, weil erstere Macht seine Orientpolitik nicht genügend förderte. Nun aber kam er, wie sich bald zeigen sollte, auch bei Napoleon keineswegs auf seine Rechnung. Ganz abgesehen davon, daß die Bestimmungen über die Türkei (s. oben) recht vage gehalten waren, und daß die Eroberung Konstantinopels ausdrücklich ausgeschlossen wurde, war doch nur ein gemeinsames Vorgehen verabredet. Alexander hatte nicht was er wollte: freie Hand. Wenn er später behauptete, Napoleon habe ihm mündlich freie Hand zugesichert, so mochte das wahr sein oder nicht — Wert hatte eine derartige mündliche Zusicherung nicht. Eine zweite Gefahr für den neuen Bund war die Entstehung des selbständigen polnischen Staatswesens Warschau. Lag die Möglichkeit nicht außerordentlich nahe, daß dieses Gebilde für die russischen Teile des früheren Polen eine außerordentliche Anziehungskraft ausübte, ja zu einem dauernden Herd von Umtrieben und Verschwörungen würde? Ein drittes Moment des Zwistes lag in der damaligen Art der Kriegsführung gegen England: wenn Rußland in den Krieg mit England eintrat, mußte es, nach den Ansichten der Franzosen, auch die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen das Inselreich mitmachen, zu denen Napoleon sich damals entschlossen hatte. Es war aber nicht wahrscheinlich, daß Rußland das in loyaler Weise tun werde, wenn, wie vorauszusehen war, diese Maßnahmen sich als ruinös für die russische Volkswirtschaft erweisen würden.

Die Lage Preußens wurde unmittelbar nach dem Tilsiter Frieden durch Ausführungsbestimmungen zu diesem Vertrag noch bedeutend verschlechtert. Die Räumung des ostelbischen Preußen wurde in einem neuen Vertrag vom 12. Juli auf das genaueste verabredet, aber von der Zahlung einer enormen Kriegsentschädigung abhängig gemacht, deren Höhe infolge der Unfähigkeit des preußischen Unterhändlers, des Grafen Kalckreuth, nicht einmal festgelegt wurde. Dieser Vertrag bot die Handhabe zu einer dauernden Bedrückung und Aussaugung Preußens.

Eine persönliche Folge des Friedens von Tilsit war die, daß Talleyrand, der gegen das russische System war, das Ministerium des Auswärtigen an Champagny abgab, ohne freilich fürs erste viel von seinem Einfluß einzubüßen.

Eine für die Geschicke Europas entscheidende Frage, welche durch den Frieden von Tilsit gestellt wurde, war die, ob England die russische Friedensvermittlung annehmen würde oder nicht. Diese Frage fand eine höchst überraschende Antwort. England war durch die Versuche Napoleons, ein »Kontinentalsystem« durchzuführen, d. h. gemäß alten politischen Ideen England durch Vernichtung seines Handels zu treffen, schwer gereizt. Auf die in dem Pariser Februarvertrag verabredete Schließung der preußischen Häfen (vgl. oben) hatte selbst das sonst wenig tatkräftige Ministerium Fox energisch geantwortet. Einen sehr bedeutenden weiteren Schritt auf dem Wege zum Kontinentalsystem bedeutete aber das schon kurz erwähnte Berliner Dekret Napoleons vom 21. November 1806. Durch dieses wurde jeder Handel und jede Korrespondenz mit Großbritannien verboten, das ganze Land in Blockadezustand erklärt und alle Engländer, die in Frankreich oder den befreundeten Ländern angetroffen wurden, für Kriegsgefangene und ihre Güter für anheimgefallen erklärt. Für die alliierten Nationen sollte das Dekret sofort verbindlich sein, während diejenigen, die später mit Napoleon Frieden machen würden, sich ihm so bald wie möglich anschließen sollten. Auf die immerhin großartige, überaus schroffe Maßregel antwortete ein neues englisches Ministerium in kaum weniger rücksichtsloser Weise, indem am 7. Januar 1807 verfügt wurde, daß kein Schiff irgendeiner Nation zwischen zwei Häfen Handel treiben dürfte, von denen englische Schiffe durch das Berliner Dekret ausgeschlossen waren. Und nun ging Napoleon seinerseits einen Schritt weiter, indem er von Warschau aus am 25. Januar 1807 verfügte, daß alle in den Hansestädten befindlichen englischen Waren und Kolonialwaren konfisziert würden. Diese Vorgänge verschärften beträchtlich die an sich schon leidenschaftliche Stimmung der Engländer gegen Napoleon. Im April 1807 kam dann das erste tatkräftige Ministerium seit Pitts Tod, das C a n n i n g s , ans Ruder und dieses hatte sich bald mit dem ungeheuren Umschwung der Dinge zu befassen, den die Vorgänge von Tilsit bedeuteten. Verschärft wurde die Lage dadurch, daß England endlich eine Expedition von 10 000 Mann Rußland und Schweden zu Hilfe in die Ostsee entsandt hatte, die gerade bei Rügen ankam, als der Friede von Tilsit geschlossen wurde. Die Rückkehr dieser Truppen war höchst unwahrscheinlich, wenn dem Tilsiter Programme gemäß D ä n e m a r k in den Krieg eintrat. Dieses Ereignis wurde von Napoleon besonders heiß ersehnt: im Laufe der Verhandlungen von 1806 war er wieder und wieder auf den Gedanken zurückgekommen, durch Dänemark den Engländern den Zugang zur Ostsee sperren zu lassen; so drohte also England eine neue große Gefahr. In dieser Lage entschloß sich Canning, mit den Einzelheiten der Tilsiter Abmachungen übrigens noch nicht bekannt, zu einem äußerst energischen Vorgehen gegen die Macht, welche die Schlüssel zur Ostsee in Händen hatte. Die Voraussetzung für seine Handlungsweise war, daß Dänemark sich dem Willen der beiden Kaiser ohne weiteres fügen würde. Zu dieser Annahme hatte nun zwar Canning

in der bisherigen Haltung der Dänen keinen eigentlich sicheren Anhaltspunkt. Allein in der mächtigen Erregung, in die er mit den Seinen durch den ungeheuren Umschwung in der europäischen Politik versetzt wurde, glaubte er sie zu haben. Verschiedene ungenaue Berichte seiner Agenten in Kopenhagen, Kiel, Altona und Tilsit, worin es u. a. hieß, der Beitritt Dänemarks zu dem großen antienglischen maritimen Bündnis sei so gut wie sicher, scheinen bestimmend auf ihn eingewirkt zu haben. Etwa von Mitte Juli an ließ er eine große Flotte gegen Dänemark ausrüsten, die am 26. Juli von Yarmouth auslief. Zugleich (28. Juli) entsandte er einen Diplomaten zum dänischen Prinzregenten, der damals in Kiel residierte, mit der drohenden Forderung, sich für England zu entscheiden. Es wurde ihm ferner ein Bündnisentwurf vorgelegt, in dem sich u. a. die Bedingung fand, Dänemark solle seine Flotte England als Pfand ausliefern. Der Prinzregent lehnte das Ansinnen sofort ab und reiste eiligst nach Kopenhagen. Darauf forderte der britische Admiral Gambier, der am 3. August mit seiner starken Flotte von 25 Linienschiffen und einer Armee von 27 000 Mann vor Helsingör angekommen war, die Dänen auf, ihre Flotte auszuliefern. Als das nicht geschah, begannen die Operationen auf Seeland; Kopenhagen wurde von der englischen Armee eingeschlossen. Am 2. September 1807, etwa einen Monat nach dem Erscheinen der Engländer, begann das überaus wirksame Bombardement Kopenhagens; am 5. fing die Stadt an zu verhandeln; am 7. entschloß sich die Regierung, ihre Flotte auszuliefern. 18 Linienschiffe, 10 Fregatten und 42 kleinere Fahrzeuge wurden von den Engländern zum größeren Teil weggeführt, zum kleineren zerstört. Im Zusammenhang mit diesem Unternehmen wurde damals auch Helgoland von den Engländern den Dänen weggenommen.

Das Vorgehen der Engländer war zwar formell durchaus völkerrechtswidrig, läßt sich aber in keiner Weise mit einigen entsprechenden Unternehmungen Napoleons auf eine Linie stellen. Es lag doch nur ein Präveniresspielen, ein Kriegsbeginnen ohne Kriegserklärung vor, wie es vorher und vor allem nachher ja so oft geübt worden ist. Es bleibt auch zu bedenken, daß den kriegerischen Maßregeln eine Art von Ultimatum vorangegangen war. Besonders aber dient die Tatsache zur Entlastung des britischen Ministeriums, daß es in einer Lebensfrage der Nation auf ungenügende Informationen hin handeln mußte. Canning wußte nicht, daß der große Bund gegen England nur eventuelle Bedeutung hätte, und daß er keineswegs sofort, sondern erst nach dem Scheitern der russischen Friedensvermittlung ins Leben treten sollte; er erwartete ihn vielmehr nachweislich[1]) sofort. Überdies war die Voraussicht, daß Dänemark dem Bunde wahrscheinlich beitreten würde, an sich richtig. Es ist ferner an die für England so überaus gefährliche Lage von 1800/01, an die nordische Neutralität, zu erinnern, die sich wiederholen zu sollen schien. So ergibt sich, daß der taktisch so offen-

[1]) Die in der Bibliographie zitierte Arbeit von H. Rose erst hat diese Tatsachen nachgewiesen.

sive Schritt strategisch eigentlich defensiv war. Trotzdem hat sich England auf dem Kontinent durch diesen Schritt sehr geschadet, da er unter dem Einfluß der napoleonischen Presse lediglich als ein im tiefen Frieden unternommener räuberischer Überfall des Großen auf den Kleinen aufgefaßt wurde.

Nach diesem britischen Vorgehen war an ein Gelingen der russischen Friedensvermittelung kaum mehr zu denken. Zwar nahm die englische Regierung diese Vermittelung freundlich auf, aber im September fand in Rußland ein Ministerwechsel statt, der den Grafen Romanzow, den vornehmsten Anhänger des französischen Bündnisses, zum Leiter der auswärtigen Politik Rußlands machte; das verschärfte die Lage noch. Napoleon verlangte die Kriegserklärung. Eine gegen den Zaren gerichtete Taktlosigkeit des britischen Generals Sir Robert Wilson in Petersburg tat das ihrige dazu. Am 8. November 1807 brach der Zar mit England. Dänemark hatte schon Ende Oktober ein Bündnis mit Frankreich geschlossen.

Im Jahre 1807, mit dem Bündnis von Tilsit und seinen soeben dargestellten unmittelbaren Folgen, hat Napoleon seine höchste Machthöhe erreicht. Zwar wird auch die Ansicht vertreten, daß diese Machthöhe in spätere Zeiten, nämlich in die Jahre 1810 und 1811, zu setzen sei. Dafür kann die Tatsache angeführt werden, daß damals Frankreich eine erheblich größere Ausdehnung gewonnen hatte als 1807, daß Österreich, abermals überwunden, in das französische System eingetreten war, daß das neue Bündnis Napoleon die Ehe mit der Kaisertochter gebracht hatte, daß er persönlich dadurch vornehmer geworden war, und daß er überdies durch die Geburt des Königs von Rom in seiner Herrschaft befestigt und zum Gründer einer Dynastie geworden zu sein schien. Allein gewichtigere Gründe sprechen für die Ansetzung der eigentlichen Machthöhe in das Jahr 1807. Der entscheidend wichtige Bund mit Rußland kam schon bald nach 1807 wieder ins Wanken. Die eigentlichen Machtmittel des Staates — Heer und Finanzen — waren 1811 in sehr viel schlechterer Verfassung als 1807. Vor allem eines: seit 1808 waren die Gegner Napoleons sehr viel furchtbarer geworden. Zu den wenigen Regierungen, welche bisher heldenmütig immer wieder zu den Waffen gegriffen hatten, gesellte sich ein zweiter Machtfaktor: die so lange geduldigen Völker, schließlich sogar das eigene Volk, erhoben sich gegen den Bedrücker. Der Gegensatz gegen den vorigen Zeitabschnitt, der mit dem Jahre 1807 zu Ende geht, ist nun zwar in dieser Hinsicht kein absoluter. Auch noch nach 1807 erwirbt sich die eine oder andere Regierung entscheidende Verdienste um die Niederwerfung Napoleons, so vor allem, und zwar dauernd, die britische, später die österreichische, die russische. Allein die Antriebe, die von den Völkern ausgehen, sind so bedeutend, daß es nicht unzutreffend ist, die Jahre von 1808 bis 1815 als die der »Erhebung der Völker gegen Napoleon« zu bezeichnen und die Darstellung nach entsprechenden Gesichtspunkten — Erhebung der Völker und ihre Ursachen — zu disponieren.

Kapitel IV.

Die Erhebung der Völker gegen Napoleon 1808—1815.

The despatches of field marshal the duke of Wellington during his various campaigns ed. by Colonel Gurwood. Enlarged edition, London 1844 ff. Supplementary despatches and memoranda of the duke of W. ed. by his son, the duke of Wellington. 15 B. London 1858 ff. Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, hgg. von seinem Sohne Fürsten Richard Metternich-Winneburg, geordnet von A. v. Klinkowström. 8 B. Wien 1879—1884. (B 1 u. 2 bis 1815 einschließlich.) F. Strobl v. Ravelsberg, Metternich und seine Zeit 2 B. Wien 1907. A. Fournier, Gentz und Wessenberg, Briefe des Ersten an den Zweiten (1809/10 und 1813—1819). Wien 1907. P. Hassel, Geschichte der preußischen Politik 1807—1815. I. Teil (1807/08). Leipzig 1881. (Publik. a. d. preuß. Staatsarchiven B. 6.) L. Madelin, La Rome de Napoléon (1809—1814). Paris 1906. P. Gautier, Madame de Staël et Napoléon. Paris 1903. G. Swederus, Schwedens Politik und Kriege 1808—1814, vornehmlich unter der Leitung des Kronprinzen Carl Johann. Aus dem Schwedischen von K. F. Frisch. 2 B. Leipzig 1866. Correspondance de Bernadotte, prince royal de Suède, avec Napoléon 1810—1814. Paris 1819. L. Pingaud, Bernadotte, Napoléon et les Bourbons. Paris 1901. Grand-Duc Nicolas Mikhailovitch, Les relations diplomatiques de la Russie et de la France d'après les rapports des ambassadeurs d'Alexandre et de Napoléon. 5 B. Petersburg 1905 ff. Napoleons I. Politik und Diplomatie in der Schweiz, während der Gesandtschaft des Grafen Auguste de Talleyrand (1808—1813) von G. Steiner. Bd. 1 bis zum Wiener Frieden 1809. Zürich 1907. J. G. Fichte, Reden an die deutsche Nation. Berlin 1808. E. M. Arndt, Geist der Zeit I (Altona) 1806. II London 1809. 2. Aufl. 1813. III Berlin 1813. IV ebd. 1818. Ders., Erinnerungen aus dem äußeren Leben. Leipzig 1840. (Werke 1.) Ders., Meine Wanderungen und Wandelungen mit dem Reichsfreiherrn H. K. F. vom Stein. Berlin 1858. (Werke 2.) E. M. Arndt, Ein Lebensbild in Briefen, hgg. v. H. Meisner und R. Geerds, Berlin 1898. A. Stern, Abhandlungen und Aktenstücke zur Geschichte der preußischen Reformzeit. Leipzig 1885. Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III., vorzugsweise aus dem Nachlasse von F. A. Stägemann, hgg. von F. Rühl. 3 B. Leipzig 1899 ff. Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Th. v. Schön. 7 B. Halle u. Berlin 1877 ff. (Zur Kritik vornehmlich M. Lehmann, Knesebeck u. Schön, Leipzig 1815. Wesentlich günstiger für Schön: M. Baumann, Th. v. Schön, seine Geschichtsschreibung und seine Glaubwürdigkeit. Berlin 1910.) E. Meier, Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg. Leipzig 1881. Ders. (inzwischen geadelt), Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert. 2 B. Leipzig 1907/08. G. H. Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein. 7 B. Berlin 1849 ff. J. R. Seeley, Life and times of Stein. 3 B. London 1880 (deutsche Übers. vorhanden). M. Lehmann, Freiherr vom Stein. 3. B. Leipzig 1902 bis 1905. Ders., Scharnhorst. 2 B. Leipzig 1886 f. G. H. Pertz, Das Leben des Feldmarschalls Grafen Neithardt v. Gneisenau. 3 B. Berlin 1864 ff. B. 4 u. 5 von H. Delbrück ebd. 1879 f. H. Delbrück, Das Leben des Feldm. Grafen N. v. Gneisenau. 2 B. 3. Aufl. Berlin 1908. F. Meinecke, Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen. 2 B. Stuttgart 1896 bis 1899. Ders., Das Zeitalter der deutschen Erhebung 1795—1815. Bielefeld 1906. (Monogr. zur Weltgeschichte ed. E. Heyck). Ders., Die deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund. Stuttgart 1892. Ders., Weltbürgertum und Nationalstaat. München 1908. 2. Aufl. 1911. W. v. Unger,

Blücher. 2 B. Berlin 1907/08. K. Schwartz, Leben des Generals Karl von Clausewitz. 2 B. Berlin 1878. R. v. Caemmerer, Clausewitz. Berlin 1905.

§ 1. Die Erhebung der Spanier. Der Erfurter Kongreß. (1808.)

Correspondance du comte de LaForest, ambassadeur de France en Espagne 1808—1813, p. p. Geoffroy de Grandmaison, bisher 2 B. Paris 1905. 1908 (führen bis Sept. 1809). C. Oman, History of the Peninsular War. 3 B. Oxford 1902 ff. Balagny, La Campagne de Napoléon en Espagne. 2 B. Paris 1902. Clerc, Capitulation de Baylen. Paris 1903. Titeux, Le Général Dupont. Paris 1904.

Noch im Jahre 1807 setzt eine Wendung der Politik Napoleons ein, welche viel dazu beitragen sollte, seinen Untergang herbeizuführen. Es handelte sich dabei um die Pyrenäische Halbinsel. Napoleon war mit der Haltung Spaniens im Jahre 1806 unzufrieden. Verhaßt, wie die Politik des Anschlusses an Frankreich war, die Spanien seine Flotte und seine Kolonien gekostet, hatte die Regierung im Geheimen gegen Napoleon zu rüsten begonnen, als dieser gegen Preußen marschierte. Die Schlacht bei Jena setzte dann allerdings diesen Emanzipationsgelüsten ein Ziel. Napoleon aber erfuhr von der Sache und beschloß, im gegebenen Augenblick Rache zu nehmen. Zunächst wurde unbedingte Gefolgschaft Portugal gegenüber verlangt. In Tilsit war beschlossen worden, daß dieses Land, das besonders viel von englischen Waren aufnahm, gezwungen werden sollte, England den Krieg zu erklären, seine Häfen gegen England zu schließen und die englischen Waren zu konfiszieren. Dazu sollte nun Spanien behilflich sein. Da Portugal nur einen Teil dieser Forderungen zu erfüllen bereit war, wurde im Oktober 1807 der Marschall Junot mit 20 000 Mann entsandt, um das Land zu erobern. Am 27. Oktober 1807 wurden in Fontainebleau zwei Verträge zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossen, wonach Portugal in drei Teile zerfallen sollte, einen nördlichen, den der König von Etrurien statt Toskanas erhalten sollte — Toskana war auf eine Weigerung der Königin-Regentin hin, englische Waren unter neutraler Flagge auszuschließen, im August 1807 von Napoleon besetzt worden, im Mai 1808 wurde das Land Frankreich einverleibt —, einen größeren südlichen, der dem spanischen Minister Godoy zufallen, und einen mittleren, den Frankreich einstweilen behalten sollte. Außerdem wurden militärische Abmachungen getroffen. Dem portugiesischen Prinzregenten wurde durch den Moniteur mitgeteilt, daß er seinen Thron verloren habe (13. November 1807); am 29. November reiste die königliche Familie unter starkem Druck des englischen Admirals Sidney Smith und des englischen Gesandten mit der portugiesischen Flotte in Begleitung englischer Schiffe nach Brasilien ab. Kurz darauf besetzte Junot Lissabon, fand aber nun weder die portugiesische Flotte noch die Königsfamilie mehr vor.

Ein Hauptzweck Napoleons beim Abschluß der Konventionen von Fontainebleau war der gewesen, die spanische Armee nach der

Westgrenze wegführen zu lassen, um dann das Reich in seiner Gewalt zu haben. Ein für seine Pläne äußerst günstiges Zusammentreffen war es nun, daß der ewige Zwist im spanischen Königshause gerade damals einen Höhepunkt erreichte. Der im Volke merkwürdigerweise sehr beliebte Thronfolger Ferdinand versuchte durch eine Verschwörung Anteil an der Regierung oder aber die ganze Regierung mit Gewalt zu erringen. Der Versuch mißlang und nun wandte sich Karl IV., d. h. in Wirklichkeit die ehebrecherische Königin und Godoy, an Napoleon mit der Bitte um Schlichtung der Zwistigkeiten, ein Beispiel, dem Ferdinand folgte (Oktober und November 1807). Der Kaiser der Franzosen hielt, verschiedene Projekte erwägend, die spanische Königsfamilie lange Zeit hin, schob aber inzwischen bis zum Januar 1808 unter dem Vorwande der Gefahr einer englischen Landung etwa 50 000 Mann nach Nordspanien; das Kommando dieser Truppenmacht erhielt im Februar Murat mit dem Auftrag, Madrid zu besetzen. Napoleon hoffte, daß die bourbonische Königsfamilie vor seinem Heer flüchten würde, wie das Haus Braganza es getan, und daß er dann freie Hand haben würde. Allein es kam anders. Das spanische Volk glaubte, die französische Armee habe den Auftrag, Ferdinand zum König zu machen und zog aus dieser Überzeugung durch eine eigene Tat, welche noch mitbedingt war durch das Gerücht, daß der König und die Königin auf Veranlassung des Friedensfürsten entfliehen wollten, die Konsequenzen: durch die Revolution von Aranjuez (17./18. März 1808) wurde der König zur Abdankung zugunsten seines Sohnes gezwungen. Fast gleichzeitig langten Murat und der junge König Ferdinand in Madrid an. Es schien durchaus, als ob Napoleons eigenste Wünsche erfüllt worden seien. Allein das war keineswegs der Fall. Napoleon erstrebte vielmehr seit einiger Zeit — der Plan war weder seit dem Vorjahre von langer Hand vorbereitet, noch aber, wie man gemeint hat, eine Eingebung des letzten Augenblicks — eine viel radikalere Lösung. Diese aber schien durch die letzten Ereignisse zugunsten Ferdinands unmöglich geworden zu sein. In dieser fatalen Lage entschloß er sich zu dem gröbsten Rechtsbruch und einem der größten politischen Fehler seines Lebens. Er lockte den jungen König unter dem Vorwand einer Besprechung über seine Thronbesteigung zuerst nach Nordspanien und dann auf französisches Gebiet nach Bayonne; als Köder war ihm die früher von ihm selbst angeregte Heirat mit einer Dame aus dem Hause Bonaparte hingehalten worden (Schreiben vom 16. April). Trotzdem er gewarnt wurde, ging Ferdinand, der übrigens schon in Nordspanien von französischen Truppen umgeben war, in die plump gestellte Falle. In Bayonne, wo sich Napoleon selbst befand, erschienen dann bald auch Karl IV., seine Gemahlin und der Friedensfürst. Hier waren Karl IV. und Ferdinand wehrlos dem Kaiser der Franzosen ausgeliefert. Die Zustimmung des alten Königs zu Napoleons Vorhaben war leicht zu erhalten. Ferdinand dagegen mußte durch Drohungen gezwungen werden, sich dem Willen des Kaisers zu fügen (5. Mai 1808). Er fand sich schließlich bereit, seine eigene Herrschaft zugunsten seines

Vaters als unberechtigt anzuerkennen und Karl IV. beeilte sich darauf, die Krone niederzulegen. Am 6. Juni erhielt sie Joseph Bonaparte, bisher König von Neapel. Murat, der Großherzog von Berg, hatte sich seinerseits die größten Hoffnungen auf den spanischen Thron gemacht und vergoß Thränen der Wut darüber, daß er nun von Berg nicht nach Spanien, sondern nur auf den von Joseph verlassenen Thron Neapels versetzt wurde. Die beiden spanischen Fürsten erhielten Pensionen und Wohnsitze in Frankreich.

Das plumpe und zynische Vorgehen Napoleons gegen seine spanischen Bundesgenossen, das nicht einmal durch Anwendung von Geist oder Tapferkeit geadelt wurde und für das schlechterdings nur ein schwacher Milderungsgrund angeführt werden kann, daß nämlich die übertölpelten Gegner wirklich äußerst unwürdige Persönlichkeiten waren, sollte sich auf das furchtbarste rächen. Einen Faktor hatte Napoleon nämlich bei seiner allzu einfachen Rechnung vergessen: das spanische Volk. Für Volksbewegungen, für das Gewicht von Volksstimmungen aller Art hatte er seit den Tagen der Revolution, die ihn mit so viel Verachtung für »das Volk« erfüllt hatte, wenig Sinn; seine Erfahrungen in eroberten Ländern, vor allem in Italien und in Preußen, hatten diese Eindrücke nur verstärkt. So unterschätzte er also die politische Bedeutung der Anhänglichkeit des spanischen Volkes an Ferdinand sehr stark. War er hierbei einem Irrtum verfallen, der mit seiner Vergangenheit und seinem Wesen untrennbar zusammenhing, so rächte sich nun aber auch ein Zweites an ihm, nämlich ein Widerspruch gegen eigene bessere Erkenntnis, eine Verleugnung eines der besten politischen Gedanken der eigenen Vergangenheit, des Gedankens nämlich, daß er, im Gegensatz zu der religiösen Politik der Revolution, Frieden mit der Kirche und vor allem mit deren Haupte, dem Papste, halten müsse. Es fand sich, daß allenthalben in Spanien Priester und Mönche die Führer der Erhebung gegen Napoleon waren. Das, was diese entflammte und was es ihnen ermöglichte, dem gläubigen Volke der Spanier die Franzosen als Feinde der Religion und Napoleon als Antichristen darzustellen, war in erster Linie die Art und Weise, wie dieser mit dem heiligen Vater verfuhr. An die Stelle der guten Beziehungen zwischen Papst und Kaiser waren längst wieder äußerst gespannte getreten (vgl. oben). Zum vollkommenen Bruch kam es, wie damals mit so vielen Staatswesen, im Zusammenhang mit Napoleons Kontinentalsystem (vgl. unten § 3). Sollte Italien den englischen Waren verschlossen bleiben, so mußte der letzte Rest von noch unabhängigem Gebiet, d. h. außer dem Königreich Etrurien (vgl. oben) auch der Kirchenstaat sich diesem System anschließen. Pius VII. aber weigerte sich dessen dauernd. Kurz nach dem Frieden von Tilsit ging darauf Napoleon zu Drohungen über, indem er die Einziehung der Legationen Ancona, Macerata und Urbino in Aussicht stellte. Daraufhin war dieser Papst, der weit mehr als Pius VI. auf die Wahrung seines Gebietes bedacht war, geneigt nachzugeben; er entsandte einen französischen Kardinal nach Paris, der dem Kaiser in einem

Vertrage in allem nachgab. Napoleon hatte aber inzwischen trotzdem die drei Legationen besetzt (Ende Dezember 1807). Daraufhin verweigerte Pius VII. die Ratifikation des Pariser Vertrages, worauf Napoleon am 2. Februar 1808 Rom besetzen und den Kirchenstaat in französische Verwaltung nehmen ließ. Der Vorgang ist für die Beurteilung der napoleonischen Politik, trotzdem es sich um ein verhältnismäßig kleines Gebiet handelt, besonders lehrreich. Zwar hängt auch dieses Vorgehen gegen den Papst mit dem gewaltigen antienglischen System, mit dem großen Lebenskampf Napoleons zusammen. Allein es zeigt sich deutlich, daß die Einreihung des Kirchenstaats in dieses System auch ohne seine Besetzung und spätere Einverleibung gelungen wäre. Diese letztere wird man also doch zum Teil aus anderen Motiven erklären müssen und schwerlich wird man fehlgehen, wenn man sie auf die Freude an der Expansion im einfacheren oder komplizierteren Sinne zurückführt. Ähnlich liegen die Dinge in manchem anderen Falle.

Der Konflikt mit dem Papst entfremdete Napoleon zahllose Untertanen und Angehörige abhängiger Völker. Zunächst nun bekam er diese Tatsache in Spanien zu fühlen. Unter Führung der Geistlichkeit erhob sich allenthalben das Volk für Religion und Dynastie. Es bildeten sich zahlreiche Junten, d. h. freie Organisationen, die die Regierung übernahmen und sich, freilich unter zahlreichen Reibereien und Eifersüchteleien, miteinander in Verbindung setzten. Auch mit England wurde Fühlung gesucht und gefunden. Anfangs ablehnend entschloß sich Canning doch bald dazu, ein Heer nach Portugal zu entsenden. Napoleon und König Joseph unterschätzten die Bewegung bedeutend. Ersterer entsandte infolgedessen nicht genügende Truppen nach Spanien. Der Guerillakrieg, eine den Franzosen ungewohnte Erscheinung, erwies sich als sehr gefährlich. Besonders bedenklich aber waren zwei größere Schlappen, die auf die ganze Welt den stärksten Eindruck machten. Am 23. Juli 1808 mußte ein Heer von 17000 Mann unter General Dupont bei Baylen in Andalusien vor den Aufständischen unter Castaños kapitulieren, worauf König Joseph sich in eiliger und würdeloser Flucht bis über den Ebro zurückzog. Im August traf die britische Hilfsarmee unter dem in Indien rasch berühmt gewordenen General Sir Arthur Wellesley in Portugal ein und zwang schon am 30. bei Cintra den Marschall Junot mit 9000 Mann zur Kapitulation. Damit war nicht nur der Versuch, den Absatzmarkt Englands auf der Pyrenäischen Halbinsel zu zerstören, gescheitert, sondern auch das Ansehen von Napoleons Armee, auf das er dem eigenen Volke wie dem Ausland gegenüber angewiesen war, auf das schwerste erschüttert. Es war seine dringendste Aufgabe, dieses Ansehen wieder herzustellen, indem er Spanien eroberte und unterwarf. Das Heer nun, mit dem allein er diese Aufgabe zu lösen vermochte, stand in Deutschland. Die Weltlage aber war für ihn so ungünstig, daß er dieses Heer nicht ohne sehr bedeutende diplomatische Vorbereitungen aus Deutschland herausziehen konnte. Diesen

diplomatischen Vorbereitungen sollte der Kongreß zu Erfurt dienen.

Man war in Wien schwierig geworden. Unter dem Eindruck der Eroberung des Kirchenstaates und der Absetzung der spanischen Königsfamilie, Maßnahmen, mit denen dem Hause Habsburg wieder einmal zu viel geboten worden war, wurde gerüstet. Napoleon nahm daraufhin eine drohende Haltung an, und nur jene Schlappen in Spanien verhinderten, soweit man urteilen kann, den Krieg. Aber auch Preußen machte Napoleon Sorgen. Inmitten der großartigen Reorganisation des Staates dachten einige Patrioten unter dem Eindruck der spanischen Ereignisse an eine Erhebung. Mit England, mit Österreich, mit Rußland wurde Fühlung gesucht. Im August 1808 wurde ein Brief des Ministers Freiherrn vom Stein an den Fürsten Wittgenstein aufgefangen, aus dem derartige Pläne sich entnehmen ließen. Daraufhin zwang Napoleon den in Paris weilenden Prinzen Wilhelm von Preußen zu einem Vertrage vom 8. September 1808, wonach Preußen unter ungünstigen Bedingungen 140 Millionen Taler Kriegsschulden zahlen mußte und in dem ferner u. a. der Staat Friedrichs des Großen verpflichtet wurde, seine Heeresstärke auf höchstens 42 000 Mann zu beschränken. Dafür stellte Napoleon die Räumung des Landes — eine Notwendigkeit für ihn selbst — in Aussicht. Friedrich Wilhelm III. ratifizierte den Vertrag bedingungslos am 29. September 1808. Schlimmer noch als derartige Stimmungen der beiden deutschen Mächte war aber die Tatsache, daß auf den großen Bundesgenossen von Tilsit kein Verlaß mehr war. Nicht nur, daß er die österreichischen und preußischen Erhebungsgelüste nicht zügelte — seine eigene Haltung schien äußerst zweideutig zu sein! Alexander I., scheinbar geistig ebenso schwammig wie körperlich, voll von Widersprüchen, unbeständig, von seinen jedesmaligen Ratgebern abhängig, war dennoch ein rechter Enkel Katharinas II., insofern er inmitten aller Wandlungen an der Idee der russischen Expansion unerschütterlich festhielt. Stieß Napoleon sonst nur auf erhaltende Mächte, hier traf er mit einer ausgreifenden Großmacht zusammen. Der Zar hatte nun sehr bald nach Tilsit gemerkt, daß er das, wonach er am sehnlichsten verlangte, freie Hand in der Türkei, ja die Erlaubnis zur Einverleibung wenigstens der Wallachei und Moldau, nicht erhalten habe. Die englische Partei am russischen Hofe wuchs wieder mächtig an Einfluß, vor allem auch wegen des wirtschaftlich verderblichen Anschlusses des Reiches an das französische Kontinentalsystem. England wurde also schon bald nach der russischen Kriegserklärung in bedeutendem Maße beruhigt, so daß Friedensgedanken, welche dort aufgetaucht waren, sehr bald, nämlich im Januar 1808, schon wieder aufgegeben wurden. Einen deutlichen Ausdruck fand diese Haltung Rußlands ferner darin, daß der Zar fortfuhr, entgegen den Bestimmungen des Friedens von Tilsit, die Donaufürstentümer besetzt zu halten. Ein weiterer Konfliktspunkt zwischen Frankreich und Rußland beruhte darauf, daß Alexander sich durch die in Deutschland stehenden Truppen Napoleons — nicht

mit Unrecht — bedroht fühlte. Napoleon unternahm nun mehrere Schritte, um Alexander zu besänftigen, ohne ihm jedoch das, was er wollte, nämlich freie Hand in der Türkei, zu gewähren. Zunächst schlug er ihm vor, die Donaufürstentümer zu behalten, ihm aber als Kompensation dafür zu gestatten, Schlesien dem preußischen Staate abzunehmen. Der Zar lehnte aber diesen Gedanken, der seine Bedrohung durch Frankreich verewigt hätte, wie vorauszusehen gewesen war, ab. Darauf beschloß Napoleon (Februar 1808), ihn von der Türkei abzulenken, indem er ihm vorschlug, Finnland auf Kosten Schwedens, das auf Englands Seite ausgeharrt hatte, zu erobern. Er stellte ihm dabei die Hilfe eines französischen Korps unter Bernadotte, das in Holstein stand, in Aussicht. Alexander ging auf diesen willkommenen Vorschlag eifrig ein (vgl. oben S. 171). Ende Februar begann er das brutale und illoyale Eroberungsunternehmen gegen den ihm so nahe verwandten König von Schweden (beide Fürsten waren mit badischen Prinzessinnen, Töchtern des früh verstorbenen ältesten Sohnes Karl Friedrichs vermählt). Allein Alexander sollte zunächst keine Freude daran erleben. England kam den Schweden zu Hilfe. Die Unterstützung durch Bernadotte blieb dagegen aus — denn Napoleon wollte gerade, daß Rußland in Schweden recht lange engagiert bleibe; der Zar mußte sein Expeditionskorps bedeutend verstärken, zuletzt auch durch die Truppen, die in den Donaufürstentümern standen, so daß also Napoleon seinen Zweck, die Ablenkung Rußlands von der Türkei, gründlich erreicht hatte. Alles das aber und im besonderen das Ausbleiben der Bernadotteschen Unterstützung brachte es mit sich, daß das Übelwollen der Russen gegen Napoleon kräftig anwuchs. Ganz ähnliches gilt von einem dritten Versuch Napoleons, Alexander zu beruhigen, ohne ihm türkisches Land zuzugestehen. In demselben Schreiben, in dem er ihm den Rat gab, Finnland zu erobern — es ist vom 2. Februar 1808, wohl das großartigste und charakteristischste politische Schreiben, das Napoleon je verfaßte, voll gewaltiger politischer Konzeptionen und reich an Auskünften, sie durchzuführen, geadelt durch tiefe und schwungvolle allgemeine Betrachtungen, wie sie dem Bewunderer Rousseaus geläufig waren und doch voll Berechnung im Hohen wie im Niedrigen und ganz persönlich auf diesen Empfänger abgestimmt —, hatte er dem Zaren eine gemeinsame Expedition nach Indien, zu der freilich »vielleicht« auch Österreich hinzuzuziehen wäre, vorgeschlagen, um Englands Machtstellung vernichtend zu treffen. Dabei sollten sich nun die Heere am B o s p o r u s versammeln. Dieser Vorschlag aber legte den Gedanken an eine Teilung der Türkei nahe, und wirklich fanden sich in dem Schreiben auch dahin zielende Andeutungen. Nähere Abmachungen wurden jedoch entweder einer persönlichen Begegnung oder aber baldigen Besprechungen von Vertretern der beiden Kaiser in Petersburg und Paris vorbehalten. Es kann wohl kaum ein Zweifel sein, daß Napoleon die Expedition nach Indien, an die er ja schon in Finkenstein gedacht hatte (s. oben), nicht nur dem Zaren vorgespiegelt, sondern daß er wirklich von ihr geträumt

hat. In seiner überreichen Phantasie drängten sich förmlich die herrlichsten Vorstellungen und Projekte. Ob freilich der indische Gedanke von Napoleon jemals aus dem Stadium der politischen Träumerei in das eines fest umrissenen und ins Auge gefaßten Planes hinübergeführt worden ist, dürfte, trotzdem mancherlei dafür spricht, füglich bezweifelt werden. Sicher ist, daß er sich in dem Schreiben in Bezug auf die Türkei zu nichts verpflichtete, und daß er keinen Augenblick daran dachte, Alexander dort freie Hand zu lassen. Sollte die Türkei vernichtet werden — eine Möglichkeit! —, so sollte Frankreich, aber auch Österreich sein Teil daran haben. Wegen der Teilnahme Österreichs an dem Unternehmen hatte Napoleon schon in Wien verhandelt. Entsprechend diesen, mit Bezug auf Rußlands Wünsche im wesentlichen negativen Absichten, war dann auch der Verlauf der Unterredungen, die sich an das Schreiben vom 2. Februar 1808 anknüpften: Caulaincourt, der in Petersburg verhandelte, hatte den Zaren im wesentlichen hinzuhalten und auf die persönliche Begegnung der Herrscher zu vertrösten. Das ganze großartige indische Projekt wurde dann infolge der geschilderten spanischen Ereignisse auf alle Fälle für absehbare Zeit unmöglich. Auch hieraus war dem Zaren also bestimmter Vorteil nicht erwachsen, und so blieb seine Stimmung für Napoleon durchaus unerfreulich.

Aus allen diesen Gründen war es nach den spanischen Katastrophen die notwendigste Aufgabe für Napoleon, den Zaren fester an sich zu ketten. Diesem Zweck sollte die schon vor längerer Zeit (s. oben) von ihm angeregte persönliche Begegnung und Aussprache dienen. Die Frage war, ob der Zar sich zu dieser Zusammenkunft bereit finden werde. Erleichtert mußte ihm seine Zustimmung dadurch werden, daß sofort nach der ersten Hiobspost aus Spanien ein Teil der französischen Truppen aus Deutschland zurückgezogen wurde. Aber, würde das zur Beseitigung der russischen Mißstimmung genügen? Es war eine bange Zeit für Napoleon, bis er wußte, daß der Zar seiner Einladung zu der persönlichen Zusammenkunft, die Mitte August erging, folgen und nicht den Wiener, Berliner und Londoner kriegerischen Andeutungen und Aufforderungen nachgeben wollte. Alexander entschied sich, wie kaum zu bezweifeln ist, deswegen für das französische System, weil er darauf rechnete, so am leichtesten zu seinem türkischen Gewinn zu gelangen: denn er nahm an, daß der in Verlegenheit befindliche Napoleon ihm diesen nun sicher bewilligen werde. So beschloß er unter Friedensmahnungen an Preußen und Österreich, die Einladung Napoleons anzunehmen. Die Zusammenkunft fand in den letzten Septembertagen und in der ersten Hälfte des Oktober 1808 zu Erfurt statt. Diese Stadt war damals eine französische Enklave, und Napoleon bewirtete also Alexander auf eigenem Gebiete. Aber nicht nur ihn! Vielmehr sammelten sich um ihn, seiner Einladung folgend, auch die deutschen Fürsten, die hier zumeist eine überaus demütigende Rolle übernahmen und zum Teil sogar schwere Kränkungen von dem früheren souslieutenant d'artillerie über sich ergehen lassen

mußten. Der Kaiser von Österreich erschien zum großen Ärger Napoleons nicht, und auch der König von Preußen, der sich durch seinen Bruder Wilhelm vertreten ließ, blieb fern. Die Verhandlungen zwischen den beiden Kaisern waren schwierig und nur die Nichteingeweihten wurden durch den Glanz der Erfurter Feste über diese Tatsache hinweggetäuscht. Eine Forderung setzte Napoleon überhaupt nicht durch, daß nämlich Alexander Österreich, das noch immer nicht abgerüstet hatte, durch Demonstrationen dazu zwingen möge. Mit Bezug auf die Türkei mußte er ein wichtiges Zugeständnis machen. Als er eine Frage besonders delikater Natur anregte, ob er nämlich nach einer Scheidung von Josephine, an die er schon damals dachte, die Hand einer russischen Prinzessin erhalten könne, erhielt er eine zweideutige Antwort. Schließlich kam am 12. Oktober 1808 ein neues geheimes Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zustande. Seine wichtigste Bestimmung war, daß Napoleon dem Zaren neben Finnland nun auch die ersehnte Eroberung der Wallachei und Moldau auf Kosten der Türkei, d. h. die Donaugrenzen, zugestand. Napoleon versprach, jedoch außerhalb des Bündnisvertrages, seine Truppen aus Deutschland und Warschau zurückzuziehen. Frankreich wollte ferner Rußland unterstützen, falls die Hofburg mit der Pforte gemeinsame Sache gegen Rußland machen sollte. Alexander dagegen versprach Napoleon seine Hilfe für den Fall eines österreichischen Angriffs. Letztere beiden Zusagen scheinen von vornherein nicht ernst genommen worden zu sein: die erstere Eventualität war in äußerstem Grade unwahrscheinlich und in Wien war man von Alexander auf das energischste beruhigt worden. Weiterhin wurden mehrere Tilsiter Bestimmungen wiederholt, ferner Joseph von Alexander als König von Spanien anerkannt. Mehr pro forma wurde beschlossen, gemeinsame Friedensverhandlungen mit England anzuknüpfen. Preußen erhielt auf die Verwendung des Zaren hin etwas leichtere Bedingungen: die Kontribution wurde um 20 Millionen, auf 120 Millionen Taler herabgesetzt und mit der Räumung des Landes durch die französischen Truppen begonnen. Dagegen wurde Preußen durch die Erfurter Abmachungen die Aussicht auf jene Entschädigung in linkselbischem Gebiet genommen, die ihm in Tilsit für den Fall, daß Hannover an Westfalen käme, zugesagt worden war.

In Preußen war man mit diesen Abmachungen einigermaßen zufrieden; der König gab den Gedanken an eine kriegerische Erhebung im Bunde mit England und Österreich auf und schloß sich auch innerlich dem französisch-russischen System an. Die Folge war, daß der Freiherr vom Stein, der nicht gewillt war, sich zu fügen, und der nach wie vor den Freiheitskrieg vorbereitete, entlassen wurde (24. November 1808). Zu diesem Ereignis wirkten noch andere Ursachen persönlicher und sachlicher Art mit: die entscheidende war die Wendung zu einem freundschaftlicheren Verhältnis zu Frankreich.

Es ist vielfach darüber gestritten worden, ob der Kaiser oder der Zar Erfurt als Sieger verlassen habe. Es kann aber kaum zweifelhaft

sein, daß es Alexander war, der am meisten gewann. Napoleon erlangte zwar für den Augenblick die Möglichkeit, seine in Deutschland stehenden Truppen gegen Spanien zu verwenden, aber selbst diesen vorübergehenden Vorteil konnte er wegen der Haltung Österreichs nicht einmal in voller Ruhe ausnutzen. Hinter dem spanischen Krieg drohte ein österreichischer. Sonst gewann er nichts; wohl aber mußte er ein schweres Opfer bringen. Alexander seinerseits erhielt zwar nicht alles, was er hoffen konnte; von freier Hand in der Türkei, von Konstantinopel war keine Rede; wohl aber konnte er neben Finnland, dessen Eroberung jetzt gute Fortschritte machte, wenigstens einen großen Teil der türkischen Beute einzuheimsen hoffen. Dieses Zugeständnis aber mußte die Pforte Frankreich entfremden und England in die Arme treiben und so dessen Handel, dem Kontinentalsystem direkt entgegen, mächtig fördern. Im Januar 1809 kam der Dardanellenfrieden zwischen der Türkei und England in der Tat zustande, der für den französischen Levantehandel eine schwere Schädigung bedeutete.

Mit der herrlichen Energie, die ihn vor fast allen Menschen auszeichnete, ging nun Napoleon an das kriegerische Unternehmen, um dessentwillen er die Zugeständnisse von Erfurt gemacht hatte, nämlich an die Herstellung der französischen Waffenehre und die Befestigung der Herrschaft seines Bruders in Spanien. Er führte persönlich ein großes Heer, über 200 000 Mann, seine besten Truppen, über die Pyrenäen. Hier gelangen ihm nun leichte Siege gegen die Spanier, die infolge ihrer Eifersüchteleien und der Überschätzung ihrer bisherigen Siege ihre Kräfte nicht zusammenhielten und auch sonst Fehler auf Fehler häuften. Im Laufe des November erfolgte eine Katastrophe der Spanier nach der andern. Am 2. Dezember, dem Jahrestag der Kaiserkrönung und der Schlacht von Austerlitz, stand Napoleon auf den Madrid beherrschenden Höhen. Am 4. konnte er in die Stadt einziehen. Joseph, der sich freilich nur schwer bereden ließ, die Regierung abermals zu übernehmen, wurde wieder eingesetzt. In Madrid war es auch, wo Napoleon den Freiherrn vom Stein, »le nommé Stein«, ächtete. Noch aber war die militärische Aufgabe, auch so wie Napoleon sie damals sah, nicht gelöst. Zwar waren die Spanier scheinbar niedergeworfen, nicht aber das englische Heer auf der Pyrenäenhalbinsel. Dieses war damals unter dem Befehl des Generals Sir John Moore gemäß einem strategisch vorzüglichen Plan nach dem Nordwesten der Halbinsel gerückt, um gegen Napoleons rückwärtige Verbindungen zu wirken. Nach dem Zusammenbruch der Spanier hatte Moore eine Zeitlang an Rückzug nach Portugal gedacht, war dann aber stehen geblieben. Gegen ihn brach Napoleon, sobald er Näheres über seine Armee erfahren hatte, mit starker Truppenmacht von Madrid auf (19./20. Dezember), um nun seinerseits den Engländern in den Rücken zu fallen. Moore suchte jetzt Portugal wieder zu gewinnen. Auf dem eiligen Marsche dorthin wurde sein Heer, trotz einer Reihe zum Teil glänzender Rückzugsgefechte, stark mitgenommen. Doch gelang es den Engländern, bis Coruña zu kommen und dort nach einer unent-

schiedenen Schlacht gegen Soult (16. Januar 1809), in der Moore die Todeswunde empfing, die Reste ihres Heeres auf die rettenden Schiffe in Sicherheit zu bringen.

Von der Verfolgung Moores weg war Napoleon abgereist und hatte am 17. Januar 1809 Spanien verlassen. Wenn er glaubte, das Land dauernd beruhigt zu haben, so war er in schwerem Irrtum befangen. Spanien sollte das Grab seiner besten Truppen werden, seine Erhebung ein Beispiel für andere Völker und ein Ansporn für ihre Regierungen bleiben. Mit welcher leidenschaftlichen Ausdauer dieses Volk zu kämpfen und zu leiden vermochte, zeigte sich in zugleich erhebender und grauenvoller Weise bei der Belagerung von Saragossa, das zwar im Februar 1809 den Franzosen übergeben werden mußte, aber erst nach wunderbaren Leistungen der Tapferkeit und Ausdauer. Der Krieg gegen Spanier und Engländer, auf den unten zurückzukommen sein wird, dauerte bis zum Ende der Herrschaft Napoleons fort — denn auch die Hoffnung, daß mit Moores Armee die Engländer endgültig vertrieben seien, erwies sich als durchaus trügerisch.

§ 2. Die Erhebung Österreichs im Jahre 1809 und ihre unmittelbaren Folgen.

H. v. Moltke, Der Feldzug des Jahres 1809 in Bayern in Militär. Werke III: Kriegsgesch. Arbeiten II. Berlin 1899. Das Kriegsjahr 1809 in Einzeldarstellungen, hgg. von einem Kreise von Offizieren der kriegsgesch. Abteil. des Generalstabes der k. k. Armee, redig. von A. Veltzé. 9 B. Wien 1905—1909. Krieg 1809. Bearbeitet in der kriegsgesch. Abteil. des k. u. k. Kriegsarchivs, von Mayerhoffer v. Vedropolje, Ritter v. Hoen und H. Kerchnawe. 4 B. Wien 1907 bis 1910 (führt einstw. bis Aspern einschließlich). C. Frhr. Binder v. Krieglstein, Der Krieg Napoleons gegen Österreich 1809. 2 B. Berlin 1906. Saski, Campagne de 1809 en Allemagne et en Autriche. 3 B. Paris 1899—1902. Joseph Hirn, Tirols Erhebung im Jahre 1809. Innsbruck 1909. (Ergänzungen dazu bietet der Verf. unter dem Titel »Zu Hormayrs Tätigkeit in Tirol 1809« im Histor. Jahrb. 1909; 30, 3). H. v. Voltelini, Forschungen und Beiträge zur Geschichte des Tiroler Aufstandes im Jahre 1809. Gotha 1909. Ferdinand Hirn, Vorarlbergs Erhebung im Jahre 1809. Bregenz 1909. K. Th. v. Heigel, Andreas Hofer, in Neue hist. Vorträge und Aufsätze, München 1883. C. Frhr. Binder v. Krieglstein, Ferdinand von Schill. Berlin 1902. A. Frhr. v. Helfert, Marie Louise. Wien 1873. A. Fournier, Zur Heirat Napoleons I. mit Marie Louise, nach neuen Dokumenten, in Deutsche Revue 1910 (November).

Der Krieg des Jahres 1809 entsprang im wesentlichen einem Entschluß Österreichs und kam Napoleon ungelegen.

Die Voraussetzung der Kriegsmöglichkeit war, daß dem Ministerium des Grafen Stadion, eines der hervorragendsten österreichischen Staatsmänner des Zeitalters, endlich eine Reihe von Reformen gelungen war. Er hatte auf zahlreiche wichtige Stellen in der Staatsverwaltung tüchtige Persönlichkeiten gebracht. Auch hatte Erzherzog Karl einige Verbesserungen in der Armee eingeführt, so z. B. in der Armeeeinteilung; es wurden damals nach französischem Vorbild selbständige Armeekorps geschaffen; ferner ward eine Landwehr errichtet. Dagegen

waren auf dem Gebiet der Finanzen die geplanten Reformen völlig mißlungen; aber auch aus dieser Tatsache vermochten die Anhänger der Kriegspartei Argumente für den Krieg zu schöpfen; denn sie meinten, bei der wachsenden Zerrüttung der Finanzen sei es besser, bald loszuschlagen als später. Das Hauptargument aber für den Krieg gründete sich auf das spanische Unternehmen Napoleons und seine Folgen: auf das Vorgehen Napoleons selbst, weil das Kaiserhaus sich durch dieses in der eigenen Existenz bedroht glaubte, auf seine Folgen, weil jetzt endlich der Nimbus der Unbesiegbarkeit der französischen Heere geschwunden war und Hoffnung auf weitere Siege vorhanden zu sein schien. So wurden denn, übrigens unter einem durchsichtigen Vorwande, jene schon erwähnten Rüstungen unternommen. Allein auf einen Krieg der österreichischen Regierung wollte man sich nach Stadions Plänen vom November und Dezember 1808 nicht beschränken. Einerseits sollten die Regierungen von Preußen, Rußland und England zur Hilfe und die letztere zur Zahlung von Subsidien aufgefordert, andererseits — und daran läßt sich besonders gut die Wirkung des spanischen Beispiels, der Anbruch einer neuen Zeit, erkennen — auch an die Völker appelliert werden. Die Tiroler, die unter bayerischer Herrschaft seufzten, die Italiener, die schwer mißhandelten Preußen und die Bewohner anderer von Napoleon unterworfener deutscher Gebiete, wie das Königreich Westfalen, sollten sich nach dem Beispiel der Spanier erheben. Bei der Darlegung seiner kriegerischen Absichten hatte Stadion einen sehr brauchbaren Bundesgenossen in dem Pariser Botschafter Österreichs, dem jugendlichen Grafen Metternich. Dieser wurde während Napoleons Abwesenheit in Spanien nach Wien gerufen und dort suchte er zu beweisen, wie gründlich sich seit 1805 die Verhältnisse zu Österreichs Gunsten gewandelt hätten. Vor allem wies er dabei auf die Lage in Spanien hin. Waren die sich auf diese stützenden Argumente begründet, so galt das sehr viel weniger von einer zweiten Reihe von Gedanken, die Metternich vortrug. Es ist oben schon mehrfach erwähnt worden, auf wie schwachen Füßen in Frankreich selbst die Herrschaft Napoleons immer stand. Durch sein Vorgehen dem Papste gegenüber war seine Lage in dieser Hinsicht noch verschlimmert worden, da er sich die Gemüter sehr zahlreicher Untertanen dadurch entfremdet hatte. Die gefährlichsten Gegner waren dabei immer die hervorragendsten Geister, die ihm dienten. Vor allem Talleyrand und Fouché trafen bei jeder ungünstigen Nachricht ihre Maßnahmen für den Fall des Untergangs des Kaisers. Im Jahre 1808 nun dachten sie an eine Nachfolge Murats. Sie führten überdies äußerst kritische Reden gegen den Kaiser. Nun waren zwar diese Pläne durchaus ernst zu nehmen — Napoleon scheint mit ihretwegen vorzeitig aus Spanien zurückgekehrt zu sein —, aber es war doch ein Trugschluß, wenn Metternich meinte, daß im Falle eines Krieges Österreich ohne weiteres in Frankreich selbst Bundesgenossen finden würde, während dies doch erst nach ganz entscheidenden Siegen über Napoleon der Fall gewesen wäre. Jedenfalls drangen, während

Erzherzog Karl entschieden für den Frieden war, Stadion und Metternich durch. Schon im Dezember 1808 scheint der Kriegsentschluß im wesentlichen gefaßt worden zu sein, wenn auch erst Anfang Februar in aller Form. Als Kriegszweck war die Auflösung des napoleonischen Systems von abhängigen Reichen und die Wiedereinsetzung der vertriebenen Fürsten ins Auge gefaßt.

Es erwarteten dann freilich die österreichische Politik viele schwere Enttäuschungen. Alexander war keineswegs dazu zu bewegen, die Sache Frankreichs zu verlassen; ja, von Napoleon durch das Versprechen von polnischem Land Österreichs gewonnen, erklärte er eine Zeitlang, in einem österreichisch-französischen Konflikt, dem Erfurter Vertrag gemäß, Frankreich unterstützen zu wollen. Dann freilich, Mitte April 1809, ließ er in Wien im Geheimen mitteilen, er werde nichts Ernstliches unternehmen. Aber auch den König von Preußen, der übrigens vor dem Kriegsausbruch kaum ernstlich an einen Abfall von dem französisch-russischen System gedacht zu haben scheint, bestärkte er in der Neigung, Österreichs kriegerische Mahnungen abzuweisen und friedliche Ratschläge zu erteilen (Februar 1809). Englische Subsidien wurden zwar erreicht, sie sollten aber erst nach dem Kriegsausbruch bezahlt werden. Mit einer großen Enttäuschung endigte aber auch die Hoffnung auf Volksbewegungen. In Italien blieben sie ganz aus; in Norddeutschland, bei aller Gärung und aller Begeisterung für das Vorgehen Österreichs, nahezu ganz. Freilich boten hier Unternehmungen einzelner Offiziere einen gewissen Ersatz. Nur das Volk von T i r o l erhob sich in großartiger Weise.

Der napoleonisch-bayerische aufgeklärte Absolutismus Montgelas' war sehr verschieden von dem Maria-Theresias und Josephs II., nämlich weit brutaler und unhistorischer. So wirkten denn neben der dynastischen Anhänglichkeit der Tiroler an ihr Kaiserhaus zur Erhebung hauptsächlich die bayerischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Verfassung (Abschaffung der alten ständischen Verfassung) und Verwaltung (Neueinteilung des Landes in drei Kreise ohne Rücksicht auf historische Zusammengehörigkeit), vor allem aber auf dem der Kirchenpolitik und des Kultus entscheidend mit. Die tiroler Erhebung ist zum großen Teil kirchlich-religiös, wie denn auch gerade bei Andreas Hofer die religiösen Antriebe die entscheidenden gewesen sind. Auf dem Gebiet des Kultus kam z. B. das Verbot der altehrwürdigen Christmette in Frage. Bei dem kirchenpolitischen Zwist der bayerischen Regierung mit den drei Bischöfen des Landes handelte es sich zwar um Ideen, die durchaus auch dem Josephinismus angehörten, die aber nun schroff und brutal durchgeführt wurden: um das staatliche Verordnungsrecht, die Vorbildung der Priester auf der Universität und die Ernennung der Priester durch den Staat. Es kam zur Verhaftung und Wegführung von widerspenstigen Geistlichen und zur Verjagung von Mönchen. Dazu traten verfehlte, wenn auch gut gemeinte, wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie die plötzliche Abschaffung des österreichischen Papiergeldes. An einer andern verhängnisvollen wirt-

schaftlichen Revolution war Bayern unschuldig, nämlich an der Vernichtung des tiroler Durchgangshandels, welche im Zusammenhang mit Napoleons Kontinentalsystem erfolgte. Die bayerischen Beamten waren im übrigen zum größten Teil tüchtig und wohlmeinend. Schon im Dezember 1808 erschienen unter Vermittelung des Barons Hormayr drei tiroler Bauern, darunter Andreas Hofer, Wirt am Sand im Passeyertal, beim Erzherzog Johann in Wien. Hofer war seitdem der hervorragendste Organisator der Erhebung.

Napoleon scheint schon lange, sicher aber sofort nach seiner allzu frühen Rückkehr aus Spanien, die mit Nachrichten über Österreichs Haltung zusammenhing, von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt gewesen zu sein. Damals gab er Truppen, die schon nach Spanien marschierten, Gegenbefehle. Er scheint sich auch gar keine ernstliche Mühe gegeben zu haben, den Krieg zu vermeiden, wenn er auch mit Rücksicht auf etwaige russische Hilfe Wert darauf legte, als der Angegriffene zu erscheinen. Er erwartete den Ausbruch für Mitte April. Da aber wurde er überrascht. Tirol begann schon im März sich zu erheben. Die Hauptmacht der Österreicher, die sich in Böhmen gesammelt hatte, stand nach Ablauf der ersten Aprilwoche am Inn. Erzherzog Karl, der den Oberbefehl nur ungern übernommen hatte, veröffentlichte am 6. April 1809 zwei zum Teil herrlich formulierte Kundgebungen, einen Tagesbefehl an sein Heer und einen Aufruf an die deutsche Nation, die einen mächtigen Widerhall in ganz Deutschland fanden und viel zur Erweckung des nationalen Sinnes beitrugen. Am 9. wurde der Krieg erklärt. Leider aber erwiesen sich die Taten des Erzherzogs als weniger schwungvoll denn seine Worte. Ihm gegenüber stand noch nicht der durch den Kriegsausbruch überraschte Kaiser, sondern dessen Generalstabschef Berthier, der sich als solcher immer bewährt hat, aber als Führer völlig versagte. Berthier beging damals den überaus schweren Fehler, seine aus Franzosen und Rheinbündlern zusammengesetzten Truppen nicht zusammenzuhalten, wie es sich für einen Schüler Bonapartes ziemte; er stellte sie vielmehr mit einer überaus breiten Front, die von Augsburg bis Regensburg reichte, auf. Es wäre einem energischen Gegner ein leichtes gewesen, seine Korps einzeln zu schlagen. Und rasche Siege allein konnten die erhofften Volkserhebungen in Norddeutschland hervorrufen. Aber der Erzherzog ging mit unbegreiflicher Langsamkeit vor. Am 10. April brach er vom Inn auf, am 16. erst langte er an der Isar an. Nun aber war es zu spät. Denn tags darauf traf Napoleon, der auf telegraphische Nachricht hin mit seiner üblichen Energie sofort, am 13. früh, aufgebrochen und mit unglaublicher Schnelligkeit gereist war, bei dem Heere ein. Er ergriff sofort die rettenden Maßnahmen. So erfolgten bald auf diesem Hauptkriegsschauplatz mehrere für Österreich ungünstige Entscheidungen. An drei anderen Stellen waren die österreichischen Waffen siegreich. Erzherzog Ferdinand nahm Warschau (20. April); die tiroler Bauern eroberten, mit Unterstützung des Generals Chasteler, zum erstenmal Innsbruck; Erzherzog Johann schließlich besiegte in der zweiten April-

hälfte den Vizekönig Eugen Beauharnais in der Nordostecke Italiens zweimal.

Allein das alles bedeutete wenig gegenüber den von Napoleon persönlich herbeigeführten Entscheidungen. Erzherzog Karl war, nachdem er sein Heer durch westliche Detachierung des Generals Hiller und des Erzherzogs Ludwig geteilt hatte, gegen den bei Regensburg stehenden Davout von der Isar nach Norden aufgebrochen. Allein, Napoleon holte, während er seinen rechten Flügel eiligst vorschob, den linken unter Davout zurück. Dieser mußte freilich bei der Ausführung der ihm befohlenen Bewegung — eine große Gefahr, für die Napoleon neuerdings getadelt zu werden pflegt! — dem Erzherzog seine Flanke bieten. Trotzdem wurde Karl, der krank war, am 19. und 20. bei Hausen und Abensberg empfindlich geschlagen. So gelang die Vereinigung Davouts mit Lefèbvres Bayern, während die österreichische Armee nach wie vor in zwei getrennte Korps zerfiel. Am 21. besiegte Napoleon das südliche unter General Hiller bei Landshut. Am 22. erfolgte dann nach tapferer Gegenwehr des Erzherzogs der entscheidende Sieg Napoleons, der noch gerade rechtzeitig zur Unterstützung Davouts eintraf, bei Eckmühl, am 23. die Einnahme Regensburgs. Der Feldzug hatte fünf Tage gedauert. Er hatte die Österreicher etwa 40 000 Mann gekostet. Der Erzherzog ging nach Böhmen zurück, während Napoleon hinter Hiller her auf Wien zog, vor dem er am 10. eintraf, um drei Tage später abermals einen Einzug in die Kaiserstadt zu halten. Napoleon hat damals, nach eigenen späteren Äußerungen mit Unrecht, den einen seiner so oft hervorgehobenen Programmpunkte, die Eroberung der feindlichen Hauptstadt, über den andern, die Vernichtung der Hauptarmee des Feindes, gestellt, und den Erzherzog Karl ruhig nach Böhmen entkommen lassen. Von dort erschien dieser, nachdem er Tage schwerster Depression überwunden hatte, sehr bald wieder, um sich in unmittelbarer Nähe von Wien, auf dem Marchfelde, links von der Donau, mit dem General Hiller zu vereinigen. Dieser Armee suchte Napoleon, durch seine leichten Triumphe über die Österreicher überkühn geworden, die vernichtende Niederlage, die er brauchte, beizubringen, trotzdem er dabei zugleich den Donauübergang bewerkstelligen mußte. Aus diesem Unternehmen ging die zweitägige Schlacht von Aspern (Eßling) vom 21./22. Mai 1809 hervor. Der Erzherzog ergriff sehr glückliche, freilich auch naheliegende Gedanken. Nachdem ein Teil der Franzosen östlich von Wien unter Benutzung der Flußinsel Lobau über die Donau gekommen war, und schon die beiden Dörfer Aspern und Eßling besetzt hatte, gelang es ihm, hinter ihnen die Brücken zerstören zu lassen. Nun griff er am Nachmittag des 21. an. Um die Dörfer wurde an beiden Tagen auf beiden Seiten mit äußerster Tapferkeit gekämpft. Es gelang dem Erzherzog am 21. nicht, den Feind entscheidend zu schlagen. Während der Nacht zum 22. verstärkte Napoleon nach Wiederherstellung der Brücken seine Armee ganz bedeutend. Nach einem heftigen Kampf, währenddessen die Brücken abermals zerstört wurden, und der vom

frühen Morgen bis zum Abend des 22. tobte, war Aspern in der Hand des Erzherzogs, Eßling in der der Franzosen. In der Nacht aber stellten diese die Brücken wieder her, räumten das Schlachtfeld und zogen sich auf die Lobau zurück, wo sie der Erzherzog, dessen siegreiches Heer schwer erschüttert war, an den folgenden Tagen fast ganz unbehelligt ließ. Aber daran konnte kein Zweifel sein: hier war gegen den Kaiser der Franzosen ein, wenn auch nicht entscheidender Sieg errungen worden. Die erste Schlacht, die Napoleon selbst verloren hatte, machte zwar auf die Welt einen ungeheuren Eindruck, bewog aber doch keine der Mächte, auf die man in Wien gerechnet hatte, zur Teilnahme am Kampf. Vor allem hatte man, und nicht ohne Grund, auf Preußen gehofft. Nach dem Kriegsausbruch hatte Friedrich Wilhelm, zum Teil unter dem Eindruck der nationalen Erregung, sich Österreich genähert. Mitte Mai konnte sein Eingreifen in den Krieg als nahezu gesichert erscheinen. Schon waren Rüstungen befohlen worden. Allein der Zar riet ab und entsprechend der Entschlußunfähigkeit des Königs, der überdies den patriotischen Regungen des eigenen Volkes mißtraute, war trotz eifriger preußisch-österreichischer Verhandlungen der Ausgang der, daß Preußen nicht in den Krieg eintrat. Nach sechswöchiger Kampfespause, in der beide Heere sich beobachteten und Verstärkungen heranzogen, wiederholte Napoleon den Versuch von Aspern und zwar etwas oberhalb, bei Wagram, am 5./6. Juli. Er hatte jetzt eine Mehrzahl von Truppen, wurde zwar am 5. noch abgewiesen, siegte aber am 6., hauptsächlich weil Erzherzog Johann, der sein Heer über Ungarn heranführte, nicht rechtzeitig eintraf. Doch zogen die Österreicher geordnet ab und von einer militärischen Entscheidung des Feldzuges war noch keine Rede. Da aber zeigte es sich, daß Erzherzog Karl, der den Feldzug unlustig begonnen hatte, moralisch überwunden war. Er bot Napoleon Waffenstillstand an, der am 12. Juli zu Znaym zustande kam, und der zunächst auf vier Wochen abgeschlossen, dann aber wiederholt verlängert wurde. Ein Drittel etwa der österreichischen Monarchie, einschließlich Tirols, wurde Napoleon durch diesen Vertrag eingeräumt. Kaiser Franz ratifizierte den bei der Lage der Dinge überaus ungünstigen Waffenstillstand nach langem Sträuben erst am 17. in heftigem Zorn gegen seinen Bruder, der das Kommando niederlegte.

In eben diesen Tagen, die über ihr Schicksal entschieden, erfochten die Tiroler schöne Siege. Nach der ersten Eroberung von Innsbruck (s. oben) waren sie Mitte Mai vom Marschall Lefèbvre wieder zurückgeworfen worden. Allein dieser zog auf Befehl Napoleons, der hier abermals eine Volkserhebung unterschätzte, zu früh ab. Und nun wurde am 12. Juli unter Führung Andreas Hofers Innsbruck abermals genommen. Am 13. streckte eine Truppenmacht von 4000 Mann (Bayern und Franzosen) vor Speckbacher die Waffen. Ganz Tirol war wieder frei. Aber der Waffenstillstand gab Napoleon den Aufständischen gegenüber freie Hand und entschied im Grunde auch über das tapfere Volk. Lefèbvre kehrte siegreich wieder. Aber noch einmal rafften sich die Tiroler auf und nun zu ihren größten Taten. Gegen ein be-

deutendes Heer blieben sie siegreich und besetzten nach den glänzenden Gefechten am Iselberg Innsbruck zum dritten Mal (15. August). Allein auf die Dauer war seit dem Waffenstillstand ihre Stellung unhaltbar geworden und der Herbst brachte die endgültige Unterwerfung des Landes.

Die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und Österreich, die im August begannen, waren überaus schwierig. Zuerst verlangte Napoleon viel zu viel, nämlich alles von ihm besetzte Land und dazu Galizien! Dann aber ermäßigte er aus mehreren Gründen seine Bedingungen: Kaiser Franz, an dessen Hof Stadion für die Weiterführung des Krieges war, Metternich dagegen, wohl um jenen zu verdrängen, den Frieden befürwortete, machte mit der Fortführung des Kampfes ernst; die inneren Gegner Napoleons rührten sich wieder, zum Teil noch unter dem Eindruck von Aspern, zum Teil wegen der erfolgreichen Unternehmungen der Engländer: Wellesley hatte die Franzosen aus Portugal hinausgeworfen und dann am 27./28. Juli 1809 den glänzenden Sieg von Talavera erfochten; zweitens schien die »Walcheren-Expedition« zu glücken: die Engländer hatten Ende Juli die seeländische Insel Walcheren besetzt und am 16. August Vlissingen, den wichtigsten Hafen auf dieser Insel, erobert. (Die Expedition scheiterte später allerdings, zum Teil infolge von Krankheiten.) Im letzten Augenblick machte das Attentat des Naumburger Pastorensohnes Staps (12. Oktober 1809), als Symptom der wilden, sich gegen Napoleon erhebenden Leidenschaft, Eindruck auf den Kaiser. Vor dem Abschluß des Friedens fand in Wien ein Ministerwechsel statt, der Metternich in der Tat an Stelle Stadions an die Spitze des Ministeriums des Auswärtigen führte (8. Oktober). Der Friede kam zu Schönbrunn am 14. Oktober zustande. Die Bedingungen waren nun freilich noch immer überaus hart. Österreich trat im ganzen etwa 2150 Quadratmeilen mit 3½ Millionen Einwohnern ab: von deutschen Landen Salzburg, Berchtesgaden und das Innviertel an Bayern; Krain, Teile Kärnthens, Görz, Friaul, Triest u. a. an Frankreich, das daraus ein »Gouvernement Illyrien« bildete. Von polnischen Landen kam an Rußland ein Teil von Ostgalizien mit 400 000 Einwohnern; Westgalizien und andere polnische Landstriche erhielt das nunmehrige Großherzogtum[1]) Warschau. Die Kriegsentschädigung betrug 85 Millionen Gulden. Ferner hatte Österreich nach geheimen Bestimmungen sein Heer auf 150 000 Mann zu reduzieren. Wien wurde geschleift. Über Tirol wurden später besondere Abmachungen hauptsächlich mit Bayern (28. Februar 1810) getroffen. Das Land, das sich den Franzosen als so gefährlich erwiesen, wurde in vier Teile zerschlagen. Südtirol kam an das Königreich Italien; das Pustertal an das neugebildete Illyrien; der Rest blieb bayerisch mit Vorarlberg, das aber von Tirol getrennt wurde. Andreas Hofer, der glaubensstarke Held und Führer der tiroler Erhebung, vermochte sich lange verborgen zu halten, wurde aber dann von einem verräterischen Landsmann den Franzosen ausgeliefert und am 20. Februar 1810 in

[1]) Seit 1808

Mantua erschossen. Er hat, trotz aller seit Hormayr gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und aller Versuche, ihn herabzusetzen, das Hauptverdienst an der Erhebung seines Volkes und gehört also, bei aller Enge des Gesichtskreises, die er mit so vielen Männern der Tat teilt, zu den welthistorisch bedeutenden Persönlichkeiten.

Der Friede von Schönbrunn schwächte Österreich, das auch finanziell vor dem Ruin stand, so sehr, daß von einer habsburgischen Großmachtspolitik kaum mehr die Rede sein konnte, und daß der leitende Minister Metternich den Gedanken des Anschlusses an Frankreich ergriff, der bald in einer Familienverbindung seinen Ausdruck finden sollte.

Die erhofften Volkserhebungen in Norddeutschland waren ausgeblieben, doch traten an ihre Stelle Unternehmungen einiger Offiziere, die jene zwar durchaus nicht ganz ersetzen konnten, aber doch als Vorbilder von höchster historischer Bedeutung geworden sind. Im April 1809 versuchte der frühere kurhessische Oberst Freiherr von Dörnberg mit wenigen Truppen und Bauernhaufen aus den Dörfern der Umgegend von Kassel einen Handstreich auf die Hauptstadt Jérômes, mit der Absicht, diesen gefangen zu nehmen. Der Versuch mißlang, da vor den treu gebliebenen Truppen des Königs die Bauernhaufen auseinanderliefen und die regulären Truppen auf Dörnbergs Seite numerisch zu schwach waren. Doch entkam der Führer. Ihm hatte der preußische Husarenkommandeur Major von Schill zu Hilfe kommen wollen, der sich schon 1806/07, vor allem bei der Belagerung von Kolberg, hervorgetan hatte. Am 28. April zog dieser tapfere und von wildem Ehrgeiz erfüllte Offizier mit seinem Regiment, das bald durch etwas Infanterie und Artillerie verstärkt wurde, von Berlin aus gegen Westfalen. Nach mehreren kleinen Erfolgen mußte er aber zurück; er wandte sich nach Mecklenburg, wo er u. a. Dömitz nahm, und dann nach Pommern: dort fand er bei der Verteidigung von Stralsund mit dem größten Teil seiner Leute den Tod (31. Mai). Napoleon ließ dem toten Schill das Haupt abschlagen und elf seiner Offiziere, die gefangen worden waren, am 16. September 1809 in Wesel erschießen. Wenn in diesem Fall auch die Formen des Rechts nicht verletzt worden waren, so zeigte doch bald die ungeheure Aufregung, die sich erhob, daß er, indem er abermals Schrecken zu verbreiten suchte, wiederum einen schweren Fehler begangen habe. — Glücklicher ging das Unternehmen des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Öls aus, wenn auch sein eigentlicher Zweck, die Befreiung Braunschweigs von der Herrschaft Jérômes, nicht erreicht wurde. Der Herzog sammelte in Böhmen ein Freikorps, das nach der Farbe der Uniformen »die schwarze Schar« genannt wurde; auch wurden ihm zeitweilig einige österreichische Truppen unterstellt. Er besetzte Dresden (11. Juni), schlug König Jérôme und seine Truppen öfters und nahm schließlich sogar in der Tat Braunschweig (30. Juli). Allein er konnte sich vor der feindlichen Übermacht nicht halten und schlug sich nach der Wesermündung durch, von wo ihn britische Schiffe nach England hinüberretteten. Seine schwarze Schar

wurde der Grundstock für die »deutsche Legion« des Königs Georg, die sich später in hohem Grade auszeichnete.

Wenn der Friede von Schönbrunn für Napoleon das erfreuliche Resultat hatte, daß der eine mächtige Gegner, der bisher, getreu den großen Traditionen seiner Politik, immer wieder zu den Waffen gegriffen hatte, nun wirklich niedergezwungen zu sein schien, so hatte er auf der anderen Seite auch eine äußerst unangenehme Folge: der so wie so schon unzuverlässige russische Bundesgenosse Frankreichs wurde durch mehrere Bestimmungen dieses Friedens heftig aufgebracht und Napoleon noch mehr entfremdet. Der Zar Alexander war inzwischen wieder zum Einvernehmen mit Schweden gelangt. Es ist erzählt worden, daß der Krieg, der den Zweck hatte, Finnland zu erobern, nach ursprünglichen, schlechten Anfängen schließlich, noch vor dem Abschluß der Erfurter Konvention zwischen Rußland und Frankreich, eine für Alexander günstigere Wendung genommen hatte. Vor allem aber machte er im Winter 1808/09 bedeutende Fortschritte; sogar Stockholm war damals bedroht. Unter diesen Umständen wurden die revolutionären Stimmungen gegen Gustav IV., die sich ursprünglich auf den Adel beschränkt hatten, dem König verhängnisvoll. Sie ergriffen rasch den Bürgerstand und die Armee und diese schritt zur Tat. General Adlersparre marschierte auf Stockholm und zwang den König am 29. März 1809 zur Abdankung. Die Stände schlossen sich kurz darauf diesem Vorgehen an und beriefen zum Throne den Bruder Gustavs, Karl XIII., bisher Herzog von Sudermanland. Karl war kinderlos und die wieder an Bedeutung mächtig emporsteigenden Stände erkannten als seinen Nachfolger den Prinzen Christian von Augustenburg an. Der Regierungswechsel führte einen vollständigen Systemwechsel herbei. Zunächst erleichterte er den Friedensschluß zwischen Rußland und Schweden, der am 17. September 1809 in Frederikshamn auf Grund der Abtretung Finnlands zustande kam. Im Dezember desselben Jahres folgte der Friede zwischen Schweden und Dänemark und am 6. Januar 1810 ein Pariser Vertrag mit Frankreich, wonach diese Macht Schwedisch-Pommern und Rügen, die zusammen mit Preußen besetzt worden waren, zurückgab, während Schweden dem Kontinentalsystem beitrat. Der kürzlich ernannte Thronerbe starb kurz darauf und nun waren die Schweden wegen der Nachfolge ihres Königs in größter Verlegenheit. Sie wandten sich an Napoleon, der ihnen den mit dem Hause Wasa verwandten König von Dänemark vorschlug. Auf eine Personalunion mit Dänemark wollten aber die Schweden nicht eingehen. So kamen sie schließlich auf einen eigentümlichen Ausweg. Mehrere vornehme Schweden hatten bei Verhandlungen mit dem in Holstein stehenden Marschall Bernadotte einen bedeutenden Eindruck von ihm empfangen; an diesen dachten sie nun als Thronfolger. Der Gedanke wurde rasch populär und am 18. August 1810 einigten sich König und Reichstag, den gaskonischen General zum Kronprinzen zu erklären. Napoleon, dessen Beziehungen zu Bernadotte von jeher durchaus unerfreulich gewesen waren, gab seine Zustimmung in sehr unfreundlicher Weise.

Von der schwedischen Sorge befreit und um Finnland bereichert, das er freilich einem Zugeständnis Napoleons verdankte, konnte Alexander noch mehr als bisher darüber wachen, daß niemand, auch Frankreich nicht, irgendetwas unternehme, was geeignet wäre, seine außerordentliche Machtstellung in Europa zu erschüttern. Der Friede von Schönbrunn nun enthielt Bestimmungen, welche ihm äußerst bedrohlich schienen. Es handelte sich dabei um die Ausdehnung des Großherzogtums Warschau (s. oben), die auch durch die Erteilung von galizischem Lande an Rußland keineswegs wett gemacht wurde. Einerseits war dem Zaren die Stärkung des selbständigen polnischen Staates an sich schon unangenehm; andererseits schloß er aus ihr, daß Napoleon die Wiedererrichtung eines Königreichs Polen plane, ein Gedanke, dessen Ausführung er unter allen Umständen hindern wollte. Wegen dieser Frage trat er nun bald mit Napoleon in Verhandlungen ein, die sich aber als sehr schwierig erwiesen. Das alles hatte einen außerordentlichen Aufschwung der antifranzösischen Partei am russischen Hofe zur Folge, und Napoleon sollte diese Tatsache sehr bald bei einer Verhandlung anderer Art in unliebsamer Weise empfinden, die sich mit jener auf das innigste verquickte.

Napoleon hatte von seiner Gemahlin Josephine keine Kinder. Er glaubte aber, daß er durch nichts seine Herrschaft so sicher befestigen könne als durch die Gründung einer Dynastie. Daß sein Thron einer solchen Stütze bedürfe, konnte ihm nicht zweifelhaft sein. Wie wenig befestigt seine Herrschaft schon von jeher gewesen war, konnte ihm nicht entgehen. Inzwischen aber war etwas Neues hinzugekommen: er mußte beobachten, daß ungezählte Tausende seiner Untertanen, die seine Herrschaft einst mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt hatten, sich von ihm abwandten. Die zwei wichtigsten Gründe dieses Umschwungs waren einerseits die ewigen Kriege — gerade dem Friedensbringer hatte man zugejubelt! — und die Opfer an Gut und Blut, die sie erforderten, andererseits, wie schon erwähnt worden ist, die Trübung des Verhältnisses zum Papste, das jüngst wieder eine Verschärfung erfahren hatte (vgl. oben). Im Mai 1809 war der Kirchenstaat in aller Form Frankreich einverleibt worden; der Papst, der im Juni mit dem Bannstrahl antwortete, wurde aus Rom hinausgeführt, zuerst lange in Savona interniert, schließlich 1812 nach Frankreich gebracht und in Fontainebleau in strenger Bewachung gehalten, ja sogar zuletzt von seinen vornehmsten Ratgebern getrennt. Welche politischen Gedanken Napoleon mit diesem Vorgehen verband, ja ob er überhaupt nicht mehr unter dem Einfluß der Leidenschaft, als mit politischer Berechnung handelte, ist unsicher. Vielleicht dachte er daran, die Universalkirche mit einem in Paris residierenden Papste in äußerlich höchstem Glanz, aber innerlich in strenger Abhängigkeit von ihm selbst, wieder aufzurichten und dann erst recht seine Völker mit Hilfe ihrer kirchlichen Gefühle zu beherrschen. Sicher ist, daß sein Vorgehen gegen den Papst damals (1809) ihm wieder zahlreiche Gemüter seiner Untertanen entfremdete. Später gesellten sich zu den genannten

Ursachen seiner wachsenden Unbeliebtheit die verderblichen Folgen des Kontinentalsystemes (s. unten). So wurde denn der Gedanke an die Scheidung von Josephine, der schon seit Jahren erwogen wurde und 1808 festere Formen angenommen hatte, jetzt ernstlich ins Auge gefaßt. Der Widerstand der Kaiserin wurde schließlich überwunden. Am 16. Dezember 1809 wurde durch ein Senatskonsult die Ehe für gelöst erklärt. Die Frage war, welchen Kreisen und welchem Hause die neue Gemahlin zu entnehmen sei. Die erste war leicht zu beantworten. Es verstand sich für Napoleon von selbst, daß er sich mit einem vornehmen Herrscherhaus verbinden würde. Wurde dann weiterhin nach rein politischen Rücksichten verfahren, so lag eine Ehe mit einer Fürstin aus einer der mächtigsten kontinentalen Dynastien, also mit einer russischen oder österreichischen Prinzessin, am nächsten; und in der Tat wurde diesen Erwägungen entsprechend verfahren. In erster Linie dachte Napoleon an die Verbindung mit einer russischen Großfürstin, über die ja schon bei der Erfurter Begegnung zwischen Napoleon und dem Zaren gesprochen worden war (s. oben S. 185). Inzwischen war die eine der beiden damals in Frage kommenden Schwestern Alexanders verheiratet worden und nur noch eine, Anna, die in überaus jugendlichem Alter stand, übrig. Schon ehe die Scheidung von Josephine vollzogen war, im November 1809, wurde der französische Botschafter in Petersburg, Caulaincourt, beauftragt, anzufragen, ob Napoleon die Prinzessin Anna zur Gemahlin erhalten könne. Diese Verhandlung nun sollte sich auf das engste mit der Frage der Wiederherstellung Polens verquicken. Alexander hatte gerade damals das bindende Versprechen Napoleons verlangt, das Königreich Polen niemals wiederherzustellen. In diesem Punkte sollte nun Caulaincourt günstige Versicherungen abgeben, aber nur in ganz allgemeinen Wendungen. Allein diese befriedigten den Zaren nicht völlig; es kamen noch andere schon genannte politische Verstimmungen Alexanders I. hinzu und neuerdings der Ärger über die Tatsache, daß er der Türkei gegenüber nur sehr langsam vorwärts kam. Dies alles war der Werbung Napoleons ungünstig, die überdies erbitterte Gegnerinnen in der Mutter des Zaren und der von Napoleon erwählten Braut selbst hatte. Auf alle Fälle aber wollte der Zar eine definitive Zusicherung abwarten, daß das Königreich Polen nicht wieder hergestellt werden würde. Am 4. Januar 1810 wurde nun von Caulaincourt ein Vertrag unterzeichnet, in dem Napoleon in der Tat diese Verpflichtung übernahm. Die Frage war, ob der Kaiser diesen Vertrag ratifizieren würde. Diese Entscheidung wollte Alexander offenbar abwarten, ehe er zu dem Eheprojekt in irgendeiner Form endgültig Stellung nähme. So wurde denn zunächst die Antwort an Napoleon außerordentlich lange hinausgeschoben, so lange, daß dieser ungeduldig wurde und sich schon ehe die ihn enttäuschende Mitteilung Caulaincourts eintraf, einem zweiten Projekt innerlich zugewandt zu haben scheint. Es ist bei einem Politiker von der Art Napoleons fast selbstverständlich, daß er nicht nur das eine doch sehr unsichere Eheprojekt betrieb, schon um einer öffentlichen

Ablehnung weniger ausgesetzt zu sein. So war denn in der Tat fast ebenso früh, wie mit Rußland — abgesehen von der Erfurter Besprechung—, mit Österreich wegen einer etwaigen Vermählung des Kaisers mit der Tochter des Kaisers Franz, Marie Louise, angeknüpft worden, von der übrigens schon kurz vorher, aus Anlaß der jüngsten Friedensunterhandlungen, die Rede gewesen war. Freilich geschah dies zuerst nur in äußerst vorsichtigen Andeutungen, ja es steht dahin, von welcher Seite die erste Anregung ausging. Sicher ist, daß man in Wien sehr für dieses Eheprojekt eingenommen war, das der damals in der Hofburg herrschenden Idee des Anschlusses an Frankreich so sehr entsprach. Gerade auch Metternich ist unzweifelhaft ein eifriger Förderer dieses Gedankens gewesen, wenn er nicht gar sein Anreger war. Vom Januar 1810 an wurde in Wien, wenn auch noch nicht durchaus offiziell, wegen des Planes verhandelt. Ende Januar scheint Napoleon angefangen zu haben, sich innerlich dieser Alternative zuzuneigen und in einem Ministerrat vom 28. Januar 1810, der sich mit der Frage befaßte, die neue Vorliebe für die österreichische Verbindung deutlich genug zu verstehen gegeben zu haben. Für Marie Louise sprachen der Großfürstin gegenüber auch ihr etwas höheres Alter und ihre katholische Religion. Allein der Hauptgrund für die Wendung dürfte zweifellos in der Tatsache zu suchen sein, daß eine deutliche Antwort des Zaren so lange auf sich warten ließ, und daß Napoleon schon daraus schloß, er könne einer Ablehnung von dieser Seite ausgesetzt werden. Die Entscheidung brachte dann ein Petersburger Bericht Caulaincourts, der am 6. Februar eintraf, aus dem — er las sich stellenweise fast wie eine Verhöhnung Napoleons — sich mit vollkommener Deutlichkeit die Absicht der Russen ergab, Napoleon mindestens hinzuhalten. Es wurde darin unter anderm darauf hingewiesen, daß die Zarin-Mutter, deren Gesinnungen natürlich bekannt waren, in diesen Dingen eine entscheidende Stimme habe und ferner die Mannbarkeit der 15 jährigen Prinzessin als zweifelhaft hingestellt. Dieser Bericht gab unmittelbar noch am Tage seiner Ankunft den Ausschlag. Es liegt hier wieder einer der zahlreichen Fälle vor, in denen Napoleon durchaus zum eigenen Nachteil unter dem Einfluß der Leidenschaft handelte. Höflich nur in der Form, der Sache nach beleidigend, wurde die Verhandlung sofort abgebrochen und wenige Tage darauf auch die Mitteilung nach Petersburg gesandt, daß der Kaiser der Franzosen jenen Vertrag vom 4. Januar 1810 über Polen nicht ratifiziere. Kränkte der jähe Abbruch der Werbungsverhandlungen den Zaren persönlich, so fühlte er sich durch diese Weigerung sachlich bedroht. Ebenfalls noch an demselben 6. Februar setzte es Napoleon mit gewohnter Energie durch, daß der österreichische Botschafter in Paris, Schwarzenberg, sich bereit erklärte, gleich am Tage darauf, am 7., ohne von seiner Regierung dazu ermächtigt zu sein, den Ehevertrag zu unterschreiben. Am 11. März 1810 fand in Wien die kirchliche Trauung durch Vertretung statt, am 27. folgte in Compiègne die Vollziehung der Ehe, am 2. April eine zweite kirchliche Trauung in Paris. Der wichtigste Zweck

der zweiten Ehe des Kaisers wurde bald erreicht: am 20. März 1811 wurde ihm ein Sohn und Erbe geboren, dem er den Namen »König von Rom« verlieh.

A. Fournier hat eine von der obigen insofern abweichende, übrigens, wie sich bei diesem Forscher von selbst versteht, sehr wohl erwogene Darstellung gegeben, als er annehmen möchte, daß Napoleon von vornherein der österreichischen Heirat zugeneigt habe, und daß die Werbung in Rußland mehr oder weniger unaufrichtig gewesen und nur unternommen worden sei, einerseits um Rußland einen Beweis seiner Bündnistreue zu geben, andererseits um auf Österreich einen Druck auszuüben. Die erstere Erwägung dürfte indessen kaum als möglich angenommen werden, da eine nicht ehrlich gemeinte Werbung weit eher zu einer weiteren Lockerung des Bündnisses führen, als zum Beweis der Bundestreue dienen konnte. Wenn man nach den möglichen Vorteilen des einen oder andern Eheprojekts fragt, wird man zweifellos zu dem Ergebnis gelangen, daß mehr für die russische Verbindung sprach. Napoleon mußte an seinen Beziehungen zu Rußland, auf denen sein System seit 1807 beruhte, an sich weitaus das meiste liegen. Auf der andern Seite waren diese Beziehungen damals noch nicht so schlecht, daß Napoleon hätte sicher sein können, es müsse trotz einer Familienverbindung zum Bruche kommen. In dem niedergeworfenen Österreich dagegen war der Wunsch einer Anlehnung an Frankreich ohnehin schon vorhanden. Noch entscheidender als diese Erwägungen dürfte eine unbestreitbare Tatsache für die Auffassung sprechen, daß die Petersburger Werbung ernst gemeint war, nämlich der ehrliche und heftige Zorn, der Napoleon am 6. Februar bei Empfang der Meldung Caulaincourts ergriff, der sofort die Entscheidung herbeiführte und der ihn zu bewußter Kränkung des Verbündeten hinriß. Wäre ihm am 6. Februar nicht ein ernstlich gehegter Plan zerstört worden, so wäre dieser Ausbruch von Leidenschaft schlechterdings nicht zu erklären.

Die sehr bedeutende Folge dieser Eheverhandlungen war eine weitere Lockerung des Bündnisses mit Rußland. Es tritt zu allem andern ein Moment gegenseitiger persönlicher Kränkung der beiden Herrscher hinzu und auch der politische Gegensatz der beiden Kaiser geriet, nachdem sich nun, durchaus im Zusammenhang mit der Werbungsfrage, Napoleon geweigert hatte, auf den polnischen Wunsch Alexanders einzugehen, in ein akuteres Stadium. Kaum ein politisches Unternehmen ist so charakteristisch für Napoleon wie dieses. Zwar war die Wiederverheiratung taktisch glänzend eingefädelt; Napoleon brauchte keine für sein Ansehen schädliche öffentliche Ablehnung seiner Werbung auf sich zu nehmen; und dennoch war der Ausgang der Verhandlungen in hohem Grade bedenklich für ihn, weil er im entscheidenden Moment, wie so oft, nicht Herr seiner ungezügelten Leidenschaft war, sondern sich durch sie dazu hinreißen ließ, in ganz müßiger Weise selbst zur Zerstörung seines so mühsam errichteten politischen Baues beizutragen. Die enge Verbindung mit Österreich konnte wegen der durch Napoleon selbst herbeigeführten Schwäche dieses Reiches in keiner Weise für die russische Freundschaft Ersatz bieten.

§ 3. Das Kontinentalsystem. Die Jahre 1810 und 1811.

F. d'Ivernois, Effet du Blocus continental sur le commerce . . . des Iles Britanniques. 2. Aufl. London 1809. A. Lumbroso, Napoleone e l'Inghilterra. Rom 1897*. P. Coquelle, Napoléon et l'Angleterre 1803—1813. Paris

1904. P. Darmstädter, Studien zur Napoleonischen Wirtschaftspolitik in Vierteljahrsschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1904 und 1905. W. Kiesselbach, Die Kontinentalsperre in ihrer ökonomisch-politischen Bedeutung. Stuttgart 1850. H. Hitzigrat, Hamburg und die Kontinentalsperre. Progr. Hamburg 1900. A. Schmitter, Die Wirkungen der Kontinentalsperre auf Frankfurt a. M. Gießener Dissert. 1910*.

Die Jahre 1810 und 1811 sind die friedlichsten Jahre des Kaiserreichs gewesen. Da in diesen Jahren gewaltige Einverleibungen in Frankreich zum großen Teil ohne Blutvergießen gelangen und das Reich eine Ausdehnung gewann, die es vorher nicht annähernd besessen hatte, da Napoleon mehr als sonst friedlich, gefürchtet und scheinbar gesichert in Paris residierte und da sein zäher Gegner Österreich endlich auch innerlich unterworfen war, sind vielfach diese Jahre für den Höhepunkt seiner Macht gehalten worden (vgl. oben). Und doch war zweifellos dieser Höhepunkt, den man etwa in das halbe Jahr nach Tilsit verlegen dürfte, schon überschritten, und die Machtstellung Napoleons unterwühlt. Für diese in Wirklichkeit schon bedenkliche Lage Napoleons waren vornehmlich zwei Ursachen vorhanden: die erste, daß die Opposition der Völker, sowohl der von Napoleon selbst regierten, und zwar voran der Franzosen, wie der der Vasallenstaaten, immer gefährlicher wurde; die zweite, daß das Bündnis mit Rußland, der Eckstein des napoleonischen Systems, immer mehr ins Wanken geriet. Zu beiden Ursachen trug Napoleons Kontinentalsystem sehr erheblich bei, das nunmehr im Zusammenhang zu schildern ist.

Der Grundgedanke dieses Systems stammt aus den Zeiten der Revolution, ohne daß diese freilich auch nur annähernd in der Lage gewesen wären, ihn in die Wirklichkeit hinüberzuführen. Jetzt schien dieser Gedanke durch die Beherrschung Europas ausführbar geworden zu sein, wie er denn seit Trafalgar die einzige Hoffnung bot, England niederzuwerfen. Er lautete: England, das mit den Waffen nicht besiegt werden kann, soll dadurch vernichtet werden, daß sein Handel und seine Industrie zerstört werden; von ganz Europa soll der englische Handel ferngehalten werden, damit er selbst vernichtet und zugleich die Kolonien und die Industrie ihrer Absatzmärkte beraubt werden. Allein diese Worte bezeichnen doch nur die eine Seite des Kontinentalsystems. Wieder läßt sich nämlich bei seiner Betrachtung die kurzsichtige Unehrlichkeit der Politik Napoleons beobachten. Mit diesem ersten Gedanken verband sich ein zweiter, der mit England direkt nichts mehr zu tun hat. Wenn Napoleon die unterworfenen Völker, Italiener und Deutsche, Holländer und Schweizer zwang, mit ihm gegen England gemeinsame Sache zu machen, vor allem wenn er seinen russischen Bundesgenossen veranlaßte, dasselbe zu tun, so war das doch für diese nur erträglich, wenn nun aus dem ganzen Europa ein Wirtschaftsgebiet gemacht wurde, in dem alle Teilnehmer mehr oder weniger gleiche Rechte und Vorteile hatten. Die Abschließung gegen England brachte eine solche Fülle von Entbehrungen und Nachteilen,

daß damit das Maß eigentlich schon voll war. Napoleon aber ging nun noch weiter. Er richtete das ganze Wirtschaftssystem noch dazu so ein, daß innerhalb des gegen England zusammengefaßten Gebietes Frankreich besonders begünstigt wurde: Frankreich wird durch eine besonders kräftige Zollinie geschützt; es wird mit Gewalt dafür gesorgt, daß die Produkte seiner Industrie von den fremden Völkern bevorzugt werden und schließlich werden die Entbehrungen und Nachteile der Kontinentalsperre gerade in Frankreich besonders häufig gemildert, u. a. durch Lizenzen, kraft deren die Sperre durchbrochen werden durfte. So wurde also das übrige Europa auf zwei Weisen, nicht nur auf eine geschädigt. Das aber war zuviel und brachte Napoleon selbst schließlich nur Nachteile.

Die Kontinentalsperre beginnt nicht eigentlich mit dem berühmten Berliner Dekret vom 21. November 1806 (vgl. oben S. 169), sondern dieses hat schon eine ganze Reihe von Vorläufern. So wurden z. B. schon am 27. Juli 1805 alle englischen Erzeugnisse im Königreich Italien verboten. Das Verbot wurde am 10. Juni 1806 erneuert und damals schon Frankreich begünstigt, indem auch »sogenannte« englische Waren, z. B. Baumwollwaren, aus allen andern Ländern außer Frankreich verboten wurden. Am 22. Februar 1806 wurde ferner z. B. die Einfuhr aller baumwollenen Gewebe nach Frankreich verboten. Immerhin bedeutet das Berliner Dekret eine erste Maßnahme größten Stils in dieser Richtung. Eine zweite stellt das Mailänder Dekret vom 17. Dezember 1807 dar, wonach jedes Schiff irgendeiner neutralen Macht, das aus England oder irgendeinem Lande käme, das mit England verbündet oder von ihm besetzt sei, wie z. B. Portugal, einfach konfisziert werden durfte. Diese Maßregeln der Jahre 1806 und 1807 haben zwar in England gewiß schädigend im höchsten Grade gewirkt und mancherorts eine verzweifelte Stimmung hervorgerufen, aber sie genügten keineswegs, um den britischen Staat dem Frieden geneigt zu machen. Auch fanden sich Mittel und Wege genug, trotz allem ungeheure Massen von englischen Waren auf den von Napoleon beherrschten Kontinent zu werfen. Ein Weg dazu war der: man sandte die Waren unter der Flagge von Mächten, die mit Napoleon im Bunde waren, vornehmlich unter amerikanischer oder türkischer Flagge auf den Kontinent, wobei über die Herkunft der Waren falsche Atteste ausgestellt wurden, oder die Waren wurden auf hoher See aus englischen Schiffen auf die Schiffe der mit Napoleon befreundeten Nationen umgeladen. Die größte Rolle aber spielte der einfache Schmuggel, der an der ganzen deutschen Nordseeküste und besonders lebhaft in den Hansestädten betrieben wurde. Die Könige von Westfalen und Holland, Brüder Napoleons, haben ihn im Interesse ihrer Länder geradezu begünstigt. Der Bekämpfung dieses Schmuggels diente die dritte der großen Maßregeln, die die Kontinentalsperre verwirklichen sollten: das Edikt von Trianon vom 5. August 1810. Hierin wurde verfügt, daß alle Baumwollwaren und alle Kolonialwaren mit einem Wertzoll von 50% beim Verkauf belegt werden sollten, gleichviel welcher Herkunft sie seien:

sie sollten also so teuer werden, daß die Massen sie auf alle Fälle nicht mehr kaufen könnten. Ferner war in dem Edikt geboten, daß alle Dépôts dieser Waren, die sich innerhalb einer bestimmten Entfernung von der Grenze des Reiches fänden, konfisziert und verbrannt werden sollten. Noch bedeutend verschärft wurden alle diese Maßnahmen in geradezu grotesker Weise durch zwei weitere Maßnahmen desselben Jahres 1810, nämlich die Dekrete von Fontainebleau vom 18. und 25. Oktober 1810. Das erstere der beiden befahl, daß alle britischen Waren, die in Napoleons Reich oder seinem Machtbereiche gefunden würden, einfach verbrannt werden sollten. Und in der Tat wurden jetzt an vielen Stellen in Frankreich und außerhalb Scheiterhaufen angezündet und die kostbaren ketzerischen Waren verbrannt; vor allem in großen Handelsstädten, vornehmlich in Frankfurt und Hamburg, fanden derartige Exekutionen statt. Das zweite Dekret errichtete eine ganze Anzahl — nicht weniger als 41! — besonderer Gerichtshöfe, welche sich nur mit dem Schmuggel befassen sollten: sie hatten, unter Belohnung von Sykophanten, die Schmuggler und ebenso alle die, welche sie begünstigten oder verbargen, zu bestrafen. Diese Dekrete waren die letzten größeren Maßnahmen, welche der Sperre dienen sollten.

Der zweite wirtschaftliche Hauptgedanke Napoleons, die Begünstigung Frankreichs vor dem übrigen Europa, sollte durch eine Fülle von Einzelmaßnahmen erreicht werden, von denen hier nur wenige genannt werden können. Neben der Zollinie, welche die französische Industrie schützte, kamen Handelsverträge, welche Frankreich begünstigten, vor allem der mit Italien, in erster Linie in Betracht, ferner alle möglichen besonderen Abmachungen und Verbote, wie z. B. das schon erwähnte Verbot des tiroler Durchgangshandels, der Zwang, Rohstoffe an Frankreich billig zu liefern u. a. m. — So also in Kürze die Fülle der wirtschaftlichen Maßnahmen Napoleons, die sich auch ihrerseits durch eine gewisse Großartigkeit auszeichnen und die, wie alles, was der große Mann der Tat erfaßte, mit Leidenschaft und Konsequenz betrieben wurden.

Es erheben sich nun die Fragen nach den Folgen und Erfolgen dieser Politik, zunächst auf dem wirtschaftlichen Gebiet selbst! Hat Napoleon erreicht was er wollte, hat er England wirklich ruiniert? Und weiter, war die wirtschaftliche Lage der unterworfenen und verbündeten Völker, der Italiener, der Deutschen und der Russen eine erträgliche? d. h. konnte er ihnen die oben angedeuteten Opfer zumuten? drittens, hat er seine Idee durchführen können, Frankreich bei alledem noch mächtig zu bereichern? Die erste Frage ist rasch beantwortet! Zwar hat die Kontinentalsperre in England eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Existenzen vernichtet, also zahlreiche Einzelpersönlichkeiten auf das tiefste geschädigt. Allein das hat n i c h t genügt, um England als Staat zu einem nicht ehrenvollen und vorteilhaften Frieden zu veranlassen, vielmehr ihn nur zu gewaltigen und für Frankreich höchst schädlichen Repressalien veranlaßt. Insofern ist die Kontinental-

sperre vollkommen gescheitert. Auf der andern Seite waren die Leiden, die sie den sogenannten verbündeten Völkern auferlegte, fast nicht zu tragen. Da war vielleicht noch das Kleinste, daß Millionen sich des lieb gewordenen Genusses von Kaffee und Zucker enthalten mußten, weil diese Waren durch die Fülle der napoleonischen Maßregeln um ein Vielfaches im Preise gestiegen waren, daß ferner die Baumwollstoffe für viele unerschwinglich teuer geworden waren. Viel schlimmer war der Ruin, der die Wirtschaft eines großen Teils der Welt bedrohte oder ereilte. Vornehmlich litten agrarische Länder und Völker, also solche, die keine Industrie hatten und keine Mittel, eine solche zu erzeugen, z. B. große Teile von Deutschland und vor allem Rußland. Die Russen exportierten landwirtschaftliche Produkte, Fette, Flachs, Holz, nach England; sie kauften von England außer Kolonialwaren fast alles zur Kleidung Notwendige, sowohl wollene, wie baumwollene Kleidungsstücke und Stoffe. Solange nun die Kontinentalsperre durchgeführt wurde und so weit sie es wurde, waren die Folgen für das russische Volk fast unerträgliche wirtschaftliche Leiden: ihre landwirtschaftlichen Produkte konnten sie überhaupt nicht mehr nach England schicken und Kleidungsstücke kamen nur wenige von England an, d. h. sie wurden entsetzlich teuer. Und diese Leiden wären g a n z unerträglich gewesen, wenn die Kontinentalsperre wirklich ohne Übertretung und ohne Schmuggel durchgeführt worden wäre! In Wirklichkeit führte allerdings niemand sie ganz durch, am wenigsten Napoleon selbst. An zweiter Stelle litten diejenigen Staaten und Städte, wie die Hansestädte, welche im wesentlichen vom Handel und gerade vom Handel mit England lebten. Die Leiden, welche die Kontinentalsperre z. B. über Hamburg verhängte, waren außerordentlich. Auch sie wurden allerdings durch einen sehr lebhaften Schmuggel gemildert. Frankfurt verstand es sogar, durch Umgehung der Sperre und andere weitsichtige handelspolitische Schritte mehr Vorteile als Nachteile aus ihr zu ziehen. Verhältnismäßig am günstigsten schnitten industrielle Gebiete ab oder solche, wo die Vorbedingungen für die Schaffung einer Industrie, Kapital, Rohprodukte und Arbeiter, vorhanden waren. Freilich kam dabei alles auf die Lage dieser Gebiete an: sie mußten entweder in Frankreich einverleibt sein oder recht weit von den französischen Grenzen liegen. So hat unzweifelhaft das Königreich Sachsen in hohem Maße von der Kontinentalsperre profitiert; ein großer Teil seiner Industrie verdankt ihr seine Entstehung; die Beseitigung der englischen Konkurrenz war die Grundbedingung dafür, Kapital und Unternehmungslust waren vorhanden, und die gefährliche französische Konkurrenz war fern genug. Ebenso profitierte zunächst die Industrie im französischen Staatsgebiet, natürlich auch da wo in Wirklichkeit Deutsche wohnten, wie am linken Niederrhein und im Elsaß. Dagegen waren Napoleons Maßnahmen überaus verderblich für viele andere Industriegegenden, nämlich diejenigen, welche sich nicht weit von den Grenzen Frankreichs fanden. So verarmten z. B. die industriellen Teile Norditaliens, das in jeder Hinsicht zugunsten von Frankreich benachteiligt wurde.

Am rechten Niederrhein, im Herzogtum Berg, in der Grafschaft Mark, vornehmlich im Wuppertal blühte vor den Zeiten Napoleons eine reiche Industrie; es handelte sich hier um eines der ältesten deutschen Industriezentren überhaupt. Obgleich nun doch das Großherzogtum Berg von Franzosen regiert wurde, ließ man die dortige Industrie zugrunde gehen: nicht eigentlich durch die Kontinentalsperre, sondern durch jene Maßregeln zugunsten Frankreichs. Bisher exportierte die Wuppertäler Industrie besonders auf die linke Rheinseite und nach Italien. Ersteres Gebiet war nun sogar zum Konkurrenten geworden und durch hohen Zoll geschützt, während Italien infolge der Maßregeln zugunsten der französischen Industrie verschlossen blieb. — So darf man sich also auch die industriellen Vorteile, die das nichtfranzösische Europa von dem Kontinentalsystem hatte, als nicht allzugroß vorstellen und vor allem nicht vergessen, daß sie örtlich streng begrenzt waren. Weit überwogen die Nachteile: an zahlreichen Stellen hat es wirtschaftliche Krisen, Armut und Elend im Gefolge gehabt, wo vorher Aufschwung und Blüte zu beobachten war, und infolgedessen Wut und Haß gegen den rücksichtslosen Ausbeuter hervorgerufen, den man vielfach in vollkommener Verkennung seiner Art jubelnd begrüßt hatte! — Hat sich aber das System wenigstens in Frankreich selbst bewährt? Ist Frankreich, das doppelt bevorzugte und doppelt, gegen England und gegen seine eigenen Verbündeten, geschützte, wirklich reicher und mächtiger geworden? Lange Zeit hatte es in der Tat den Anschein, als ob diese doppelte Begünstigung Frankreich von größtem Vorteil sei. Eine ganze Reihe von Industriezweigen blühte auf. Diese günstige Entwicklung setzte übrigens zum Teil schon vor der Kontinentalsperre ein. Zwar war von Anfang an die Freude Napoleons an Frankreichs Nationalwirtschaft nicht ungetrübt. An vielen Stellen konnte er nur hilflos den furchtbaren Verfall konstatieren, den die Revolution gebracht hatte: besonders galt das von den vor der Revolution so reichen und blühenden Seestädten, die im wesentlichen mit den französischen Kolonien Handel trieben, Brest, L'Orient, La Rochelle, Bordeaux u. a. Jetzt waren die Kolonien dahin, der Seehandel zerstört, die Häfen dieser Städte verwaist und ihre prächtigen Straßen verödet. Dagegen war die Lage der Industrie, wie gesagt, lange Zeit sehr günstig. Die Seidenindustrie Lyons, welche in den Zeiten der Revolution ganz herabgekommen war, erlebte ein paar Jahre der Blüte. Und ebenso ging es mit der Eisenindustrie, der Baumwoll- Woll- und Leinenindustrie. Alle diese letzteren Industrien nun blühten auf, vornehmlich weil die übermächtige Konkurrenz der Engländer beseitigt war, zum Teil aber auch, weil die der sogenannten Verbündeten, der Deutschen, Schweizer und Italiener ferngehalten wurde. So wurden denn Gegenden von blühender Industrie erobert, wo bisher nur Landwirtschaft getrieben wurde; so z. B. am linken Rheinufer in jenen deutschen Landen, die aber mit Frankreich vereinigt waren. Eine tote Stadt, wie das belgische Gent, erfüllte sich mit gewerblichem Leben und wurde der Sitz blühender Baumwollfabriken; vor allem profitierte

Mülhausen im Elsaß. Ein deutscher Reisender schreibt darüber, wer Mülhausen vor zehn Jahren gesehen habe und es in diesem Augenblick wieder sehe, glaube sich in einer ganz andern Gegend zu finden, so sehr habe die Stadt und ihre Umgebung an Menschenzahl, neuen Häusern, großen Fabrikanlagen, Lebhaftigkeit, Reichtum und Luxus zugenommen. Aber was fehlte, war der d a u e r n d e Erfolg: es trat der Moment ein, an dem dieses ganze Wirtschaftssystem auch in Frankreich vollkommen zusammenbrach, um sich in den Zeiten Napoleons überhaupt nicht mehr zu erholen. Die ganze Blüte war doch eine ungesunde gewesen. Es handelte sich um richtige »Gründerjahre«. Das Entscheidende daran war, daß viel zu viel mit geliehenem Gelde gearbeitet wurde. Da trat 1810 auf einige wenige Bankrotte in Lübeck und Amsterdam hin eine Panik ein. Die Banken kündigten erschreckt ihre der Industrie geliehenen Kapitalien. Diese aber konnte sie nicht wiedergeben und eben hier nun offenbarte sich das Verderbliche des ganzen napoleonischen Wirtschaftssystems, das auf der allgemeinen Aussaugung der Völker rings um Frankreich beruhte. Eben von dem Jahre 1810 an zeigte es sich, daß die Nachbarvölker, die bisher die Abnehmer Frankreichs gewesen waren, die Italiener, die Schweizer und vor allem die Deutschen, zu sehr verarmt waren, um noch viel von Frankreich zu kaufen. Daß der spanische Markt verloren war, versteht sich von selbst. Auch die Russen kauften von 1811 an nichts mehr von Frankreich. So flog der Pfeil auf den Schützen zurück. Das Jahr 1811 brachte Frankreich eine unglaubliche Krise. Allenthalben verkrachten die industriellen Unternehmungen und Handelshäuser. Alles Vertrauen schwand, alles stand still, allenthalben herrschte furchtbare Arbeitslosigkeit. Eine sehr schlechte Ernte vollendete das Elend. In dieser Lage hat Napoleon wieder seine großartige Energie bewiesen; er beschloß zu helfen; er gewährte von der Regierung aus einigen besonders großen Firmen, die ins Wanken geraten waren, enorme Darlehen; er ließ Riesenbestellungen ergehen; berühmt sind seine Maßnahmen zugunsten der Seidenindustrie: man durfte in Zukunft nur in seidenem Gewande bei Hofe erscheinen. Die Arbeitslosigkeit suchte er durch Notstandsarbeiten zu beseitigen. Aber derartige Palliative können in einer großen Wirtschaftskrise nur wenig ausmachen. Und für alles Elend machte man den Kaiser persönlich verantwortlich, gewiß nur zum Teil mit Recht, aber zum Teil gewiß mit Recht. Und so war doch auch in Frankreich, dem zuliebe alle andern Staaten ausgesaugt werden sollten und worden waren, die Folge des großen Systems viel innerer Abfall von Napoleon. Wieviel hier und im übrigen Europa das Kontinentalsystem dazu beigetragen hat, den Haß gegen den Tyrannen zu erhöhen, ist natürlich im einzelnen nicht abzuschätzen. Sicher ist nur, daß es sehr viel gewesen ist. Zu diesen Folgen kamen sehr fühlbare Unannehmlichkeiten, welche die französische Krise der Jahre 1810 und 1811 auf dem Gebiete der Finanzen hatte: der Ertrag der Steuern ging sehr erheblich zurück, der der indirekten Steuern z. B. um mehr als die Hälfte.

Längst aber hatte die Kontinentalsperre, auch abgesehen von dem Haß der Völker gegen Napoleon politische Folgen gehabt, mit denen der Zusammenbruch seiner Macht aufs engste zusammenhängt. Eine Tatsache von entscheidender Bedeutung ist schon erwähnt. Wenn Napoleon die Eroberung Portugals unternahm, wenn er mit jenem ungewöhnlich groben Rechtsbruch die spanische Dynastie vom Throne stieß, so war das zum großen Teil deswegen, weil in die Pyrenäenhalbinsel die englischen Waren einströmten. Wie verderblich aber ihm dieses Unternehmen wurde, ist schon gesagt worden. Gerade in den Jahren 1810 und 1811 zeigte es sich, wie zäh und gefährlich trotz aller momentanen Erfolge der Widerstand der Engländer und Spanier war. Er kostete den Kaiser zahlreiche seiner besten, unersetzlichen, weil kriegsgeübten Truppen, neben Tausenden tapferer und wertvoller Rheinbundsoldaten. Fast ist es dabei ein fremder Zug an ihm, daß er nie mehr persönlich die Leitung der Operationen in Spanien in die Hand genommen hat. Nach der Schlacht bei Talavera, die schon ihrerseits die siegreichen Engländer außerordentlich geschwächt hatte, war es nun zwar den Franzosen eine Zeitlang gut gegangen. Der Marquess of Wellington — so hieß jetzt der bald nach Talavera zum Peer erhobene Sir Arthur Wellesley — hatte den Plan ergriffen, im Verein mit den übrigens strategisch überaus ungeschickt handelnden Spaniern, Madrid zu besetzen. Da aber hörte er Ende Juli 1809, daß Soult seine Verbindungen mit Portugal bedrohe, und er zog sich infolgedessen dorthin zurück. Am 10. Dezember 1809 fiel Gerona in Katalonien nach heldenmütiger siebenmonatlicher Verteidigung gegen den Marschall Gouvion Saint-Cyr. Immerhin hatten die Spanier bei dieser Verteidigung glänzendes geleistet. Traurig war dagegen der Ausgang ihrer damaligen letzten Feldarmeen gewesen. Von diesen wurde die eine am 28. November 1809 bei Alma de Torres bei Salamanca, die andere bei Ocaña im Süden am 29. November entscheidend geschlagen und zersprengt. Es blieben nur noch die freilich überaus gefährlichen Guerillabanden im Felde. Auf seine Erfolge hin verleibte Napoleon im Februar 1810 alles Land nördlich vom Ebro — die alte spanische Mark — Frankreich ein; er entfachte dadurch noch wilderen Haß und entzog seinem Bruder, dem König Joseph, den letzten Rest der Neigung seiner ohnehin nicht zahlreichen spanischen Anhänger. Kurz vorher hatte er beschlossen, unter bedeutender Verstärkung der französischen Streitkräfte in Spanien, Masséna mit dem Oberbefehl zu betrauen und ihm den Auftrag gegeben, die Engländer auch aus Portugal zu verjagen, wobei ihm Soult, der im Anfang des Jahres 1810 Andalusien erobert hatte und mit der Belagerung von Cadix beschäftigt war, von dort zu Hilfe kommen sollte. In dieser strategischen Lage schien, auch nach Ansicht vieler Engländer, ein den Franzosen günstiges Ende des spanischen Krieges heranzunahen. Masséna übernahm den Oberbefehl über seine sich noch stetig, schließlich auf 130 000 Mann verstärkende Armee, von der er aber nur etwa die Hälfte nach Portugal führte, im Mai in Valladolid. Wellington kommandierte nur etwa 30 000 Engländer

und ebensoviele Portugiesen. Zum Glück für ihn brach Masséna, von einigen Festungen aufgehalten, erst im August auf und marschierte erst Mitte September nach Portugal hinein. Wellington hatte inzwischen das ganze Land, abgesehen von unzugänglichen Stellen, von seinen Einwohnern unter Zerstörung aller Lebensmittel räumen und bei Torres Vedras, an dem Eingang der Halbinsel, auf der Lissabon liegt, sehr starke Schanzen aufwerfen lassen. Er selbst wich vor Masséna zurück und begab sich nach einer Schlacht bei Busaco am 27. September 1810, trotzdem er weit geringere Verluste erlitten hatte als der Gegner, am 11. Oktober hinter diese Schanzen von Torres Vedras, zahlreiche Portugiesen, die ihre Heimstätten verlassen hatten, mitnehmend. An diesen Schanzen brach sich die Kraft von Massénas Heer, das infolge jener Maßregeln Wellingtons nicht wie sonst von Requisitionen leben konnte und schweren Mangel litt. Von Soult zu spät unterstützt, begann Masséna am 5. März 1811 nach starken Verlusten seinen Rückzug aus Portugal. Wellington folgte dem Feinde und wies ihn am 3. und 5. Mai 1811 in einer zweitägigen Schlacht bei Fuentes d'Oñoro ab; wenige Tage darauf übernahm Massénas Nachfolger, Marmont, das Kommando. Am 16. Mai 1811 schlug Wellington Soult bei Albuera. Durch diese Siege war, trotz mancher Teilerfolge der Franzosen, doch die letzte endgültige Wendung zugunsten der Engländer und Spanier eingetreten, und das Jahr 1812 sollte noch weit glänzendere Triumphe sehen, nämlich die schon 1809 erhoffte Besetzung von Madrid. — Die für Napoleon verhängnisvollen Folgen der Vernichtung des Kirchenstaates, die ebenfalls mit dem Kontinentalsystem zusammenhing, wurden oben schon erwähnt. Auf das Kontinentalsystem aber ging auch ein anderes großes Unternehmen zurück, das Napoleon Schaden bringen sollte: die Einverleibung Hollands, der deutschen Nordseeküste und Lübecks. Das Verhältnis zwischen den Brüdern Napoleon und Ludwig Bonaparte war sehr schlecht. Ludwig verstand seine Herrschaft in Holland ganz anders als sein größerer Bruder: er verstieg sich zu der in Napoleons Augen unsinnigen Auffassung, daß die Holländer um der Holländer willen da seien und nicht um der Franzosen willen, und daß er dazu da sei, die Holländer gut zu regieren und glücklich zu machen und nicht, sie im Dienste Frankreichs auszupressen. Diese Auffassung aber war Napoleon im höchsten Grade unsympathisch. So stritten die Brüder fortwährend über die Ernährung französischer Truppen, über die Zollinie, die Holland von Frankreich trennte, vor allem aber über die Kontinentalsperre und ihre Handhabung; daß Ludwig den Schmuggel geradezu begünstigte, ist oben schon gesagt worden. In dieser Lage dachte Napoleon schon 1809 an die Einverleibung Hollands. Die Ausführung wurde aber dann infolge der Neuvermählung Napoleons vertagt, die eine Aera friedlicher Regierung einleiten sollte, und vor allem weil Napoleon damals bei einem — übrigens völlig ergebnislosen — Annäherungsversuch an England in der Lage bleiben wollte, mit der Annexion Hollands drohen zu können. Jetzt, im Juli 1810, kam es in überraschender Weise zu der Einverleibung. Mehrfach

von Napoleon durch nicht gehaltene Versprechungen betrogen und immer mehr bedrängt, beschloß Ludwig, in einer für Napoleon schimpflichen Weise ein Ende zu machen. Er legte am 1. Juli 1810 die Krone nieder und verließ sein Land in fluchtartiger Reise. Und nun verfügte Napoleon in äußersterErregung die sofortige Einverleibung Hollands in Frankreich (10. Juli). Bald ging er in dieser Richtung weiter: im Dezember 1810 wurde zum Zweck der Unterdrückung des englischen Schmuggelhandels die ganze deutsche Nordseeküste, d. h. die Staaten Oldenburg, Bremen, Hamburg, dazu Stücke des Großherzogtums Berg und des Königreichs Westfalen, ferner an der Ostsee Lübeck mit Frankreich vereinigt. Kurz vorher (November 1810) hatte das Wallis, ebenfalls aus handelspolitischen Gründen, wegen der dort befindlichen Alpenpässe, dasselbe Schicksal ereilt. Damit hat das französische Reich seine größte Ausdehnung erreicht; es umfaßte 130 Departements (heute 80) und erstreckte sich in riesigem Bogen von Triest und Rom über Frankreich, Nordspanien, Belgien, Holland und Hamburg bis Lübeck. Aber diese Gebietserweiterung bedeutete nicht mehr einen Zuwachs an Macht, sondern sie machte das Reich nur schwerer zu verteidigen, zumal die neuen Untertanen haßerfüllte Feinde des Kaisers waren.

Die allerverhängnisvollste Folge des »Systems« aber war die, daß es sehr viel dazu beitrug, den gewaltigen Kampf mit Rußland herbeizuführen, in dem Napoleon scheitern, und der den Anlaß zu seinem Sturz werden sollte. Besonders lebhaft wurden die Konflikte seit 1810. Ein Streitgrund war der, daß einer der Fürsten, die Napoleon im Dezember 1810 absetzte, der Regent von Oldenburg, ein naher Verwandter Alexanders war; beide stammten aus dem Hause Holstein-Gottorp; überdies war der Sohn des Regenten mit einer Schwester des Zaren vermählt. Es kam als erschwerend hinzu, daß Napoleon im Tilsiter Bundesvertrag dem Zaren die Integrität Oldenburgs garantiert hatte. Alexander, der dynastischen Erwägungen besonders zugänglich war, protestierte in sehr lebhafter Form. Zweitens aber bestand fortwährender Streit über die Durchführung des Kontinentalsystems in Rußland. Von Anfang an hatte der Zar sie nur lau betrieben, wobei das ganze Volk leidenschaftlich hinter seinem Herrscher stand. Die Folge waren unaufhörliche Beschwerden Napoleons. Akut wurde der Konflikt in zwei Fällen: im Oktober 1810 verlangte Napoleon, daß Alexander alle neutralen Schiffe in russischen Häfen, »da sie ja doch nur englische Waren führten«, konfiszieren sollte. Alexander lehnte höflich aber bestimmt ab. Aber es kam für Napoleon sehr bald schlimmer. Am 30. Dezember 1810 erschien ein großer Ukas von doppelter Bedeutung: erstens erleichterte er den Handel der Neutralen mit Rußland, zweitens verbot oder erschwerte er die Einfuhr einiger besonders wichtiger französischer Artikel: Luxusartikel, Seide, Wein. Es war die wirtschaftliche Kriegserklärung, die die politische voraussehen ließ. Von dem Moment an rüstete Napoleon gegen Rußland, während Alexander schon das ganze Jahr 1810 sich zum Kriege vorbereitet hatte. Es war aber auch das tatsächliche

Ende des Kontinentalsystems, das allenthalben versagt hatte und über seinen Urheber, nicht aber sein Objekt, das Verderben hereinzuführen half.

§ 4. 1812.

L. P. Liprandi, Essai de catalogue de toutes les publications isolées sur la Guerre Patriotique, in Lectures de la Soc. Mosc. d'histoire 1874 u. 1875. Markgraf Wilhelm v. Baden, Denkwürdigkeiten, hgg. v. K. Obser, bisher B. 1 (1792—1818). Heidelberg 1906. Herzog Eugen v. Württemberg, Memoiren. 3 B. Frankfurt a. O. 1862. Graf F. W. v. Bismarck (württemb. Offizier), Aufzeichnungen. 2. Aufl. Karlsruhe 1850. Tagebuch eines Offiziers im Generalstabe der bayerischen Armee [Major Fürst Thurn u. Taxis] während des Feldzuges in Rußland 1812, in Mitteilungen des K. u. K. Kriegsarchivs, N. F. Bd. 7. Th. v. Bernhardi, Denkwürdigkeiten des K. russischen Generals Grafen v. Toll. 4 B. 2. Aufl. Leipzig 1865 f. C. v. Clausewitz, Der Feldzug von 1812 in Rußland, der Feldzug von 1813 bis zum Waffenstillstand und der Feldzug von 1814 in Frankreich. Berlin 1835 (Hinterl. W. 7). le Marquis de Chambray, Histoire de l'expédition de Russie. 3 B. u. Kartenband. Paris 1823 u. öfters (deutsche Übersetzungen vorhanden). Bogdanowitsch, Geschichte des Feldzugs i. J. 1812, deutsch von G. Baumgarten. 3 B. Leipzig 1861—1863. L. Margueron, Campagne de Russie. Bisher 4 B. Paris 1897—1906. L. G. F. [abry], Campagne de Russie. 1812. 6 B. Paris 1900 ff. Russisches Generalstabswerk: La guerre nationale de 1812. Französisch v. E. Cazalas. Bisher 5 B. Paris 1903 ff. O. Frhr. v. d. Osten-Sacken, Der Feldzug 1812. Berlin 1901. Hans Schmidt, Die Urheber des Brandes von Moskau i. J. 1812. Greifswalder Inaug.-Dissertation 1904*. Comte Rostoptchine, La vérité sur l'incendie de Moscou. Paris 1823. Ders., Oeuvres Inédites p. p. la comtesse Lydia Rostoptchine. Paris o. D. v. Seydlitz, Tagebuch des Yorckschen Korps. 2 B. Berlin 1823. J. G. Droysen, Das Leben des Feldmarschalls Grafen Yorck v. Wartenburg. 10. Aufl. in 2 B. Berlin 1897 (ursprünglich in 3 B. 1851 f.). Zur Konvention von Tauroggen die zahlreichen Arbeiten von Fr. Thimme in den Forschungen zur Brandenburg. etc. Geschichte. B. 13, 15, 18, 20, 21; in der Histor. Ztschr. B. 100 (2 Rezensionen) u. 103 (Notiz); schließlich i. d. Jahrb. f. d. deutsche Armee u. Marine 1908. W. Voß, Die Konvention von Tauroggen. Königsberger Inaug.-Dissertation 1910*.

Um den Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Rußland zu erklären, wird man eine Reihe von Momenten heranziehen müssen. Die persönliche Art der beiden Kaiser, die beide von Machtideen und Machtinstinkten erfüllt waren, ist dabei von hervorragender Bedeutung gewesen. Die oben schon mehrfach erwähnten Konfliktspunkte und ihre fortwährende Diskussion haben dann weiterhin das meiste zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen. Der letzte Grund, warum das Bündnis auseinanderfiel, kann auch so formuliert werden, daß beide Verbündete nicht das erreicht hatten, was sie mit ihm erstrebt hatten. Diese Tatsache brauchte an und für sich natürlich noch nicht zum Krieg zu führen, hat es aber in Verbindung mit den oben genannten Momenten getan. Man wird dabei zu unterscheiden haben zwischen der Haltung Napoleons und der Alexanders. Letzterer hatte von Frankreich im wesentlichen Duldung seiner Eroberungen auf Kosten Schwedens und der Türkei und eine für ihn erträgliche polnische Politik erhofft. Napoleon da-

gegen hatte von Alexander positive Mitwirkung in seinem Lebenskampf gegen England erwartet. Er war aber, wie oben geschildert wurde, enttäuscht worden. In dem Gedanken Napoleons, Rußland zu dieser Mitwirkung zu zwingen, »London in Moskau zu erobern«, wird man die vornehmste Ursache des gewaltigen Ringens sehen, das sich so im wesentlichen als einen Teil des Zweikampfes zwischen Frankreich und England charakterisiert. Auf der anderen Seite werden auch die russischen Beschwerden in bezug auf die Türkei und Polen als Kriegsursache nicht gering bewertet werden dürfen. Napoleon tat nichts Ernstliches, um sie abzustellen. Er gab seine Unterstützung der Polen und seine polnischen Pläne nicht auf und fuhr fort, türkische Erwerbungen des jetzt siegreichen Rußland zu hintertreiben, indem er den Türken den Rücken stärkte, ja Österreich auf dem Balkan gegen Rußland vorzuschicken sich bemühte.

Schon seit dem Scheitern des Eheprojekts und der Weigerung Napoleons, jenen Vertrag über Polen zu ratifizieren, also seit Anfang 1810, hatte der Zar gerüstet, während Napoleon seinerseits nach dem Bekanntwerden des russischen Ukas vom Ende des Jahres 1810 (s. oben) mit seinen militärischen Vorbereitungen begonnen hatte. So war das Jahr 1811, äußerlich eines der ereignisärmsten der Regierung Napoleons, erfüllt von großartigen militärischen Vorbereitungen. Aber noch auf einem zweiten Gebiet, dem diplomatischen, wurde auf beiden Seiten lebhaft gerüstet; beide Kaiser haben um die Unterstützung einer ganzen Reihe von Staaten gerungen. Da war zunächst ein merkwürdiger, nicht sonderlich aussichtsreicher Plan Alexanders, die Polen zu gewinnen, der indessen fehlschlug, da diese bei Napoleon ausharrten. Dagegen war der Zar einem andern Nachbarn gegenüber trotz aller Bemühungen Napoleons erfolgreich. Schweden, wo der Thronfolger Bernadotte, persönlich ein eifriger Gegner Napoleons, die führende Rolle spielte, war infolge der gemeinsamen Drangsalierung in Sachen der Kontinentalsperre Rußland trotz des Verlustes Finnlands näher gerückt: auch das, wesentlich agrarische, Schweden war nicht gewillt, das Kontinentalsystem wirklich durchzuführen und selbst ein englisch-schwedischer Krieg, der 1810 bis 1812 von beiden Seiten matt geführt wurde, änderte an dieser Haltung nichts. Entscheidend aber für die Haltung Bernadottes war damals eine große Expansionsidee: der Plan nämlich, Norwegen dem König von Dänemark abzunehmen. Diesem Projekt aber war Napoleon, zu dem Dänemark als zuverlässiger Bundesgenosse hielt, abgeneigt. Er suchte den schwedischen Ehrgeiz zu befriedigen, indem er ihm die Zurückeroberung Finnlands vorschlug. Aber er verlangte zugleich mehr Ernst in der Kriegsführung gegen England und fuhr fort, die schwedische Regierung in Sachen der Sperre zu brüskieren. Rußland dagegen stellte den Gewinn Norwegens in Aussicht. So trat Schweden schließlich auf die russische Seite, entsprechend auch den persönlichen Neigungen Bernadottes und in der Erwägung, daß der Kampf gegen Frankreich an Rußlands Seite weniger bedenklich sei als der gegen Rußland und England zugleich. So kam

am 5. April 1812 ein russisch-schwedisches Bündnis zustande. Schweden versprach, ein Hilfskorps nach Deutschland zu schicken, Rußland ein solches zur Eroberung von Norwegen zu stellen. Dänemark sollte für Norwegen durch deutsches Gebiet entschädigt werden. Das Bündnis wurde im August 1812, also mitten im Kriege, durch eine persönliche Begegnung des Zaren mit Bernadotte zu Åbo in Finnland bekräftigt (s. unten).

Auf diese Weise gewann Alexander seinen e i n z i g e n eigentlichen Bundesgenossen. Doch wurde mit England endlich am 18. Juli 1812 der Friede in aller Form geschlossen, in dem sich auch eine Bestimmung fand, welche einem Defensivbund ähnlich sah, ohne freilich irgendwelche ausführende Einzelheiten zu enthalten. Sonst war es überall Napoleon, der diplomatisch erfolgreich war; so vor allem in Preußen und Österreich.

P r e u ß e n war inzwischen innerlich erstarkt, nicht so sehr infolge der gelungenen Reformen, welche ihre segensreichen Wirkungen erst im Laufe der Jahre zeitigen konnten, als infolge des Erwachens staatlicher Gesinnung, zu dem bei den Führern eine Fülle von Momenten ideeller und realer Natur, bei den Massen des Volkes aber die Leiden der letzten Jahre — die Folgen staat l o s e r Gesinnung — das meiste beitrugen. Die Reformen sind nicht die Ursache der Erhebung; beide Erscheinungen — Reformen und Erhebung — stehen vielmehr nebeneinander; sie sind beide derselben Wurzel entsprossen. Allerdings gilt dieser Satz nur mit einer Einschränkung. Von den Reformen war e i n e für die Geschicke des Staates in der Tat unmittelbar von überragender Bedeutung: nämlich die Beseitigung des Kabinettsregiments, welche die Leitung des Staates durch eine beherrschende Intelligenz erst ermöglichte. Diese war damals, seit 1810, der Staatskanzler Hardenberg.

Die preußische Patriotenpartei war bei dem Herannahen des Kampfes zwischen Rußland und Frankreich für den Anschluß nach der russischen Seite hin und für die energische Benützung der bevorstehenden Gelegenheit, sich von dem Joch Frankreichs freizumachen. Und diese Ideen blieben keineswegs ohne Einfluß auf die den Kräfteverhältnissen entsprechende, verschlagene und listige Politik Hardenbergs. In der überaus gefährdeten Lage des Staates — Gerüchte gingen um, daß Napoleon an eine Aufteilung Preußens denke, die freilich kaum einem festen Plane des Kaisers entsprochen haben werden —, der zwischen den zwei sich bedrohenden Riesenreichen lag, hatte Hardenberg zunächst im Mai 1811 Anlehnung an Frankreich gesucht; er hatte, allerdings ohne die Absicht, dadurch unter allen Umständen die preußische Politik an die französische zu ketten, bei Napoleon durch Krusemarck ein Bündnis angeregt unter Bedingungen, welche für den preußischen Staat annehmbar erscheinen konnten. Napoleon aber hüllte sich auf diese Vorschläge hin in Stillschweigen, was eine Bestätigung der schlimmsten Befürchtungen zu sein schien. Deswegen begann nun Preußen im Geheimen zu rüsten, und die preußische Diplomatie setzte sich zur

Freude der Patrioten mit den Napoleon feindlichen Mächten Rußland und England, dann auch mit dem Wiener Kabinett in Verbindung; freilich ohne durchschlagenden Erfolg. Es gelang zwar Scharnhorst, in Petersburg eine Militärkonvention abzuschließen (17. Oktober 1811); diese war aber in so allgemeinen Wendungen abgefaßt, daß sie eigentlichen praktischen Wert nicht beanspruchen konnte. Von England erhielt Preußen dann zwar das Versprechen von Subsidien. Eine vollkommene Enttäuschung aber erlebten die Patrioten in Österreich, wo derselbe Scharnhorst im Dezember 1811 ein Bündnis anregte. Er erfuhr eine völlige Ablehnung von seiten des Wiener Kabinetts. So entschloß sich denn Friedrich Wilhelm III., dem der große, aber gewagte Gedanke einer Wendung seiner Politik gegen Frankreich auch seiner persönlichen Veranlagung und seiner Überzeugung von der Unüberwindlichkeit Napoleons gemäß unsympathisch war, sich unter Verwerfung der Oktoberkonvention durchaus Napoleon in die Arme zu werfen, mit dem er schon während der Verhandlungen mit Rußland, England und Österreich seit dem August 1811 wieder in Verbindung war. Nachdem Napoleon, dessen militärische Stellung in Norddeutschland inzwischen bedeutend verstärkt worden war, zunächst unter Drohungen die preußischen Rüstungen hatte einstellen lassen, setzte er vier Pariser Verträge vom 24. Februar 1812 durch, die, ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Frankreich darstellend, die unbedingte Unterwerfung der preußischen Politik bedeuteten. Preußen mußte ein Korps von 20 000 Mann zur Großen Armee stellen, die unter französischem Oberkommando kämpfen sollten und die überall, außer in Italien, Spanien und der Türkei, verwendbar waren. Ferner mußten Frankreich ein fast unbeschränktes Durchzugsrecht und sehr bedeutende Lieferungen zugesagt werden. Schließlich hatte Preußen drei Kriegsschiffe gegen England zu stellen und — selbstverständlich — die Kontinentalsperre wirksam durchzuführen.

Sehr viel glimpflicher wurde mit dem Schwiegervater Napoleons, dem Kaiser Franz, verfahren, dessen Reich ja auch noch eine größere Macht darstellte als Preußen. Österreich gab unter Metternichs Leitung Frankreich in den damaligen Monaten wenig Grund zur Klage. Der Gedanke, sich Frankreich anzuschließen, behielt seine volle Gültigkeit, während die schlimmen Erfahrungen mit der russischen Bundesgenossenschaft nachwirkten. Die Politik der Hofburg war überdies damals von der falschen Voraussicht beherrscht, daß Napoleon sicher auch den russischen Gegner niederwerfen werde. Bei der Bedeutung des Donaustaats mußte aber dennoch Napoleon seine Unterstützung erkaufen. Das Wiener Kabinett verlangte für seine Heeresfolge Gewinn an Land und Leuten. Napoleon ging auf diesen Wunsch ein und stellte in erster Linie Schlesien in Aussicht. Am 14. März 1812 kam der Pariser Vertrag zwischen Frankreich und Österreich zustande. Die Hofburg versprach ein Hilfskorps von 30 000 Mann gegen Rußland zu stellen, das jedoch unter österreichischem Oberbefehl stehen sollte, und dessen Führer nur von Napoleon direkte Befehle anzunehmen brauchte. Die

Wiederherstellung des Königreichs Polen wurde ins Auge gefaßt. Dabei sollte aber Österreich zwischen zwei Alternativen wählen dürfen, ob es nämlich Galizien behalten oder aber für die Abtretung von Teilen davon Illyrien gewinnen wollte. Für den Fall eines Sieges wurde Österreich Gewinn an Land in Aussicht gestellt, der mehr als eine Entschädigung seiner Kriegskosten bedeuten sollte. In Wien dachte man dabei zweifellos an Preußisch-Schlesien, das indessen in dem Vertrage nicht ausdrücklich genannt war. Sehr wichtig war der Hofburg eine weitere Bestimmung, nämlich die Garantie des türkischen Gebietes, wodurch den russischen Hoffnungen in dieser Richtung ein Riegel vorgeschoben wurde. Wie sich versteht, fehlten auch in diesem Vertrage die Bestimmungen nicht, welche der Durchführung der Kontinentalsperre dienen sollten. In die für Napoleon scheinbar so erfreuliche und klare Haltung Österreichs kam nun aber doch sehr bald ein Moment der Zweideutigkeit, die an das preußische Schwanken erinnert und ähnlichen Quellen entsprang, freilich andere Formen annahm. Im April 1812 ließ Metternich Rußland wissen, daß Österreich den Krieg ohne sonderlichen Nachdruck führen werde, was schon zur Schonung des eigenen kleinen Heeres auch in der Tat beabsichtigt wurde. Zugleich wurde das Märzbündnis mit Napoleon mitgeteilt, aber ohne die für Rußland unangenehmen Bestimmungen (Wiederherstellung Polens, Integrität der Türkei). Der Zar antwortete durch beruhigende Versicherungen für den Fall eines russischen Sieges, so daß die Hofburg in der Tat für beide Fälle leidlich gedeckt war.

Wurde auf diese Weise mit den noch einigermaßen selbständigen deutschen Staaten abgeschlossen, so war mit den Rheinbundfürsten kurzer Prozeß gemacht worden. Unter weiteren Gebietsverschiebungen wurden ihnen die schwersten Rüstungen ohne jede Rücksicht auf Staatskasse und Wirtschaftslage aufgebürdet. Besonders schwer wurde das inzwischen verkleinerte und verarmte Königreich Westfalen, wo Napoleons eigener Bruder Jérôme regierte, belastet. Am eifrigsten unter den Rheinbundstaaten war das Königreich Sachsen. Mißerfolge hatte Napoleon — wenn man von der Fortdauer des unglücklichen Krieges in Spanien absieht — nur in Schweden (s. oben) und in der Türkei, die sich, erschöpft und finanziell ruiniert, wie sie war, auf britische Drohungen und günstige Friedensangebote Rußlands hin unbedingt weigerte, auf Frankreichs Seite in den Krieg zu treten. Vielmehr schloß die Pforte im Mai 1812 in der Tat Frieden mit Rußland, das unter dem Zwang der Notwendigkeit alle Eroberungen jenseits des Pruth herausgab.

Nachdem die diplomatischen Rüstungen, denen, wie gesagt, außerordentliche militärische entsprachen, beendet waren, blieb es nur noch Napoleons Sorge, den Gegner für den Ausbruch des Krieges verantwortlich zu machen und etwas Zeit zu gewinnen. Der Entschluß, 1812 zum Schwerte zu greifen, stand im ganzen fest und nur gelegentliche — sachlich allzu berechtigte — Zweifel traten auf, ob die Rüstungen und vor allem die Verpflegungsvorbereitungen für das ungeheure Unter-

nehmen wirklich genügten. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wurde durch ein russisches Ultimatum vom 8. April 1812 angebahnt, in dem als Vorbedingung des weiteren Verhandelns die Räumung Preußens durch Napoleon gefordert war. Auf die Überreichung dieses Ultimatums hin (30. April) brach aber Napoleon, um hauptsächlich aus Verpflegungsrücksichten Zeit zu gewinnen, noch immer nicht endgültig mit Rußland, sondern er suchte den Gegner hinzuhalten; aber er verließ Paris am 9. Mai und begab sich nach Deutschland, wo er in Dresden eine große Fürstenversammlung abhielt, vielleicht um, trotz allem, durch diese Demonstration einen Druck auf Rußland im Sinne des Friedens auszuüben. Jedenfalls glaubte noch der eine oder andere Teilnehmer an dieser Versammlung an die Erhaltung des Friedens. Am 29. verließ Napoleon Dresden.

Man könnte nicht sagen, daß Napoleon sich leichtfertig in den russischen Krieg gestürzt habe. Er hat sich ernsten Gedanken darüber hingegeben, ja er ist Zweifeln über den Erfolg zeitweilig zugänglich gewesen. Er hat seine Rüstungen in bewundernswerter Weise betrieben und so, trotz des fortdauernden spanischen Krieges über eine halbe Million Krieger, mit den letzten Nachschüben sogar über 600 000 Mann, unter denen übrigens die Nichtfranzosen vorwogen, nach Rußland geführt. Auch für die Verpflegung waren die großartigsten Vorkehrungen getroffen worden. Allein trotzdem genügten damals weder seine eigentlich geistigen Leistungen noch die Resultate seiner organisatorischen Tätigkeit. Bei seinem Kriegsplan verließ ihn der Blick für das Reale: er vergaß die Erfahrungen Karls XII. und gedachte nicht des ungeheuren Unterschieds zwischen diesem Lande, Boden, Klima und diesem Volke gegenüber einem Österreich oder Italien. So war er von der Wahnvorstellung ergriffen, daß nach ein paar gewonnenen Schlachten oder nach der Eroberung einer Hauptstadt — das alte Rezept von 1796! — Rußland zum Frieden bereit sein werde. Was die Große Armee ihrerseits betraf, so war sie doch nur noch zum Teil auf der Höhe seiner früheren Heere: der Untergang oder die Abwesenheit zahlloser seiner Veteranen in Spanien machte sich in den französischen Teilen der Armee schmerzlich fühlbar. Viele der Truppen der »Verbündeten« waren durchaus nicht von kriegerischem Geiste beseelt. Schließlich waren, wie sich herausstellen sollte, die Vorbereitungen im Verpflegungswesen bei aller Großartigkeit dennoch durchaus ungenügend. Weit mehr blieben freilich die Russen hinter dem Wünschenswerten zurück, indem ein sehr großer Teil ihrer Truppen sich lediglich auf dem Papier fand und höchstens etwa 300 000 Mann wirklich kämpften.

Abgesehen von den Österreichern, die unter Schwarzenberg in Galizien standen, war die Große Armee in drei Armeen unter Napoleon selbst, Eugen Beauharnais und dem König von Westfalen (später Davout) eingeteilt und mit riesiger Front von Königsberg bis Nowo Alexandra aufgestellt. In R u ß l a n d war man längst von dem Plan eines offensiven Krieges abgekommen; bei der Defensive aber dachte man nach den maßgebenden Ideen des Generals Phull von vorneherein nicht an

eine Verteidigung der riesigen Grenze, sondern an eine solche im Innern des Reiches und zwar in einem befestigten Lager bei Drissa an der Düna, etwa zehn Tagemärsche von der Grenze. Dagegen ist die Auffassung unhaltbar, daß in dem russischen Kriegsplan der — übrigens in der Luft liegende— richtige und große Gedanke enthalten gewesen sei, Napoleon in die Fernen des russischen Reiches zu locken und ihn ohne Einsetzen des eigenen Heeres zugrundegehen zu lassen. Die Unsicherheit, wo Napoleon mit seiner Hauptmacht angreifen werde, dazu Erwägungen einer gekünstelten Strategie, hatten zunächst zur Bildung von zwei Armeen geführt, der ersten Westarmee von etwas über 100000 Mann unter Barclay de Tolly und der zweiten Westarmee von 60 bis 70000 Mann unter dem Fürsten Bagration. Dazu kam, außer einer in der Wallachei abwesenden Truppenmacht, bald eine Südarmee (Reservearmee) in Polen, die die Österreicher beobachten sollte und eine Nordarmee unter Wittgenstein, die in den Ostseeprovinzen gegen das dort vordringende Korps Macdonald operierte, bei dem die Preußen unter dem General Grawert sich befanden. Napoleon entschloß sich, nachdem der wohl bessere Plan, mit der Hauptmacht durch die Ostseeprovinzen auf Petersburg zu marschieren, aufgegeben war, diese in der Richtung Wilna-Smolensk vorzuführen und damit zwischen Barclay und Bagration hineinzuschieben. Am 24. Juni 1812 begann ohne Kriegserklärung der Übergang über den Niemen. Am 28. zog der Kaiser in Wilna ein. Schon hier zeigten sich höchst bedenkliche Erscheinungen. Einerseits stellte sich kein Feind; so kam es nicht zu der ersehnten Schlacht. Die beiden russischen Westarmeen wichen vielmehr immer weiter zurück: dabei folgten wiederum die russischen Generäle nicht etwa dem guten Gedanken, den Feind möglichst weit in das Innere zu locken, sondern sie gehorchten nur der Not und bezweckten lediglich, sich vor der gewaltigen, vorrückenden Übermacht Napoleons, die sie trennte, zu vereinigen. Zweitens zeigten sich sofort ernste Verpflegungsschwierigkeiten, welche sehr bald Leiden und Verluste mit sich brachten und ein weitgehendes Marodieren und Plündern zur Folge hatten, wodurch schon die Bevölkerung Lithauens, auf deren Freundschaft man gerechnet hatte, in äußerst feindselige Stimmung geriet. Die Truppenzahl schmolz in überaus beängstigender Weise zusammen. Barclay ging in das befestigte Lager bei Drissa zurück und hoffte dort auf das Eintreffen Bagrations, der indessen von Napoleons dritter Armee festgehalten wurde und nur mit Mühe entkam. Infolgedessen ließ zu seinem Glück Barclay das schlecht ausgestattete, befestigte Lager im Stich und Napoleons Hoffnung auf Schlacht und Sieg wurde abermals zunichte. Dabei vollzog sich der Vormarsch unter den furchtbarsten immer wachsenden Verlusten. Und abermals bei Witebsk, wo Barclay, hier auf Vereinigung mit Bagration bestimmt hoffend, wiederum Halt gemacht hatte, entging den Franzosen die ersehnte Schlacht. Nach Vorpostengefechten am 25. Juli begann Napoleon hier, da er sich noch verstärken wollte, die Schlacht nicht rechtzeitig, d. h. am 26. oder 27. Inzwischen traf die Nachricht bei Barclay

ein, daß Bagration, abermals von Davout festgehalten, nicht komme. Er zog daher in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli in aller Stille ab und so fanden die Franzosen am 28. keinen Feind mehr vor sich. Napoleon gönnte seinem mißgestimmten und zusammenschmelzenden Heere einige Ruhetage, während deren er sich abermals die Frage des weiteren Vormarsches in das eigentliche Rußland hinein, das man nunmehr betreten hatte, ernstlich stellte. Da ein annehmbarer Friedensschluß ohne siegreiche Schlacht von Rußland nicht zu erreichen war, hatte er freilich nur zu wählen zwischen einer schleunigen Fortsetzung des Krieges oder seiner Wiederaufnahme im kommenden Jahre. Inzwischen hätte er freilich das nunmehr ganz in seiner Hand befindliche Polen als Königreich neu erstehen lassen können. Allein dieser Vorteil erschien ihm selbst fürs erste als zu gering, und so entschloß er sich schließlich, auf Moskau weiter zu marschieren und auf dem Wege dahin die große siegreiche Schlacht zu suchen. Dieser Entschluß aber brachte ihm das Verderben. Am 10. August brach er in der Richtung auf Smolensk auf. Hier stellte sich der mit Bagration jetzt endlich vereinigte Barclay auf Wunsch des Heeres und Volkes, um den heiligen Boden Altrußlands zu verteidigen. In der zweitägigen Schlacht vom 16. und 17. August nahm Napoleon zwar unter schweren Verlusten Smolensk, aber die erhoffte Vernichtung des feindlichen Heeres mißlang völlig, da Barclay sich glücklich rettete. Noch etwa 160 000 Mann führte der Kaiser nach abermaligem Schwanken auf der Straße Smolensk—Moskau weiter. Auf russischer Seite wurde der Balte Barclay, als Deutscher vielen Kreisen verdächtig, wegen seines dauernden Zurückgehens — das zwar nicht auf jenem großen Grundgedanken beruhte, aber dennoch tatsächlich die richtige Kriegsführung gegen Napoleon darstellte — und weil er Smolensk nicht genügend verteidigt habe, unverständigerweise des Oberkommandos beraubt. An seine Stelle trat am 29. August der bei der Armee überaus beliebte Kutusow. Dieser 67 jährige schwerkranke Mann mußte, so sehr er von Natur zur Vorsicht neigte, schon um dem Heere den Willen zu tun, eine Schlacht liefern. Er ging noch einige Tage zurück und stellte sich dann dem von Smolensk möglichst direkt auf Moskau marschierenden Napoleon in einer gut gewählten und befestigten Stellung bei Borodino an der Moskwa. Hier fand am 7. September eine überaus blutige Schlacht statt, in der unter ungeheuren beiderseitigen Verlusten — größer als die der Franzosen waren die des Gegners — Napoleon zwar das Schlachtfeld eroberte, aber zur Verfolgung des Gegners zu erschöpft war, also auf dessen Vernichtung abermals verzichten mußte. Kutusow, der auf Moskau zurückging, beschloß, nunmehr genau wie Barclay handelnd, seinen Rückzug durch Moskau fortzusetzen, ohne die Stadt zu verteidigen, so wie er einst im Jahre 1805 Wien preisgegeben hatte. Am 14. September 1812 zog er durch Moskau durch. Alle noch in der Stadt befindlichen russischen Einwohner, deren Gesundheit und Vermögen es gestatteten, schlossen sich ihm an. Weitaus der größte Teil der Bewohner verließ die Stadt. Am Nachmittag desselben Tages schon rückten die Reiter Murats in die

alte Hauptstadt ein; am 15. hielt Napoleon durch menschenleere Straßen seinen Einzug. Es war ein Einmarsch, wie ihn Napoleon und seine Heere noch nicht erlebt hatten — selbst in Kairo nicht — und der einen unheimlichen und niederschlagenden Eindruck auf die Truppen machte, die in der alten Hauptstadt Leben und Reichtum zu finden gehofft hatten. Noch an demselben Abend aber wurde die Lage weit unheimlicher. Es stellte sich heraus, daß die Stadt an verschiedenen Punkten brenne, und daß das Feuer nicht zu löschen sei. Der Brand wuchs in den nächsten Tagen ungeheuerlich an; auch der Kaiser mußte die Stadt zeitweilig verlassen. Am 20. war das Schlimmste vorüber, wenn auch einzelne Stellen noch lange weiterbrannten. Das Resultat war furchtbar. Von etwa 12000 Häusern blieben nur 600 stehen. Zahllose Menschen, vor allem viele Tausende verwundeter Soldaten, kamen um.

Über die Urheberschaft des Brandes, der die überaus schwierige Lage der Franzosen noch bedeutend verschlimmerte, ist viel gestritten worden. Man kann hauptsächlich folgende Ansichten unterscheiden: 1. Der Brand ist planmäßig von seiten der russischen Behörde (des Gouverneurs Grafen Rostoptchin) hervorgerufen worden. 2. Er ist zufällig infolge Plünderns der französischen Armee entstanden. 3. Die zurückgebliebenen Einwohner haben ohne Leitung der Behörden die Stadt angesteckt. Eine weitere Ansicht, wonach Napoleon die Stadt absichtlich verbrannt habe, ist näherer Berücksichtigung nicht wert[1]). Nach der Lage der Quellen muß die Entscheidung zugunsten der an erster Stelle genannten Ansicht fallen: mögen auf Plünderung zurückzuführende zufällige Brände und absichtliches, aber planloses Anzünden der Häuser durch die Einwohner auch ihre Rolle gespielt haben, so ist doch die Vernichtung der Stadt in erster Linie auf ein planmäßiges Vorgehen des Gouverneurs zurückzuführen. Die Entfernung der Feuerspritzen und der gleichzeitige Beginn des Brandes an verschiedenen Stellen der Stadt sprechen ebensosehr dafür wie Äußerungen des Grafen vor und zum Teil auch nach dem Ereignis.

Weit verhängnisvoller freilich als der Brand der Stadt wurde den Franzosen die russische Politik. Jetzt rächte sich die falsche Anschauung Napoleons, der der Eroberung großer Teile des Landes und einer Hauptstadt allzu hohen Wert beimaß. Es zeigte sich, daß Alexander trotz mancher bedenklichen Einwirkung seiner Umgebung keineswegs zum Frieden bereit sei.

Die Gründe, die den Zaren, der sonst so leicht verzagte, zur Ausdauer bewogen, scheinen mannigfaltiger Natur gewesen zu sein. Manche Elemente aus seiner Umgebung haben zweifellos in diesem Sinne gewirkt. Ohne einen bündigen Beweis erbringen zu können, möchte man geneigt sein, dabei in erster Linie an den Freiherrn vom Stein zu denken, der bei ihm weilte. Die schon erwähnte Zusammenkunft in Åbo mit Bernadotte, Ende August, hat vielleicht auch ihrerseits in diesem Sinne auf den Zaren gewirkt, da sie ihn militärisch bedeutend stärkte. Bernadotte verzichtete damals auf das ihm zur Eroberung Norwegens in Aussicht gestellte russische Hilfskorps von 20 000 Mann. In erster Linie aber dürfte für Alexanders Entschluß einerseits der Zorn gegen

[1]) Hauptvertreter dieser Ansicht ist Tzenoff. S. seine Schrift: Wer hat Moskau i. J. 1812 in Brand gesteckt? Berlin 1900.

den Eroberer maßgebend gewesen sein, dem man überdies die absichtliche Verbrennung Moskaus vorwarf, andererseits aber die Überzeugung, daß Napoleons Grande Armée, die sich zu weit vorgewagt hatte, ohne weiteres dem Untergange geweiht sei.

Sicher ist, daß der Zar den Gedanken an Frieden weit von sich wies. Das aber bedeutete schon Napoleons Scheitern. Am 20. September 1812 wandte er sich direkt an den in Petersburg befindlichen Zaren, da dieser nicht, wie er erwartete, mit der Bitte um Frieden seinerseits an ihn herantrat. Er erhielt aber keine Antwort. Schon dadurch geriet Napoleon ohne weiteres in eine kritische Lage. Es kam hinzu, daß die russische Armee in die Nähe von Moskau zurückgekehrt war und, sich verstärkend, die Gegend unsicher machte. Nach 14 tägigem Warten entschloß sich Napoleon zu einem zweiten Schritt. Er wandte sich mit dem Vorschlag, in Friedensverhandlungen einzutreten, an den General Kutusow; dieser aber lehnte unbedingt ab, und auch als ihm ein Waffenstillstand angeboten wurde, übermittelte er zwar diesen Vorschlag dem Zaren, wurde aber dafür von Alexander lediglich heftig getadelt. In Petersburg hatte man inzwischen einen neuen strategischen Gedanken ergriffen, wonach das Korps Wittgenstein, nachdem es die Franzosen im Norden zurückgedrängt, nach Süden marschieren und sich dort mit dem größten Teile der Südarmee, die gegen Schwarzenberg operierte, vereinigen sollte, wodurch den Franzosen der Rückweg verlegt werden konnte.

Wie gelähmt in seiner sonst so wunderbaren Entschlußfähigkeit, zögerte Napoleon noch immer sich einzugestehen, daß der opferreiche Marsch nach Moskau vergeblich gewesen sei, und den Rückzug anzutreten, der freilich auch erhebliche Vorbereitungen nötig machte. Am 18. Oktober 1812 ergriff Kutusow gegen den Kavallerieführer Murat, der ihm entgegengerückt war, die Offensive. Es war hohe Zeit, die Reste des Heeres zu retten. Am 19. Oktober begann der Rückzug der mit Beute übermäßig beladenen, nur noch etwa 100 000 Mann umfassenden Grande Armée. Den Versuch, auf einer südlicheren Straße als die war, auf der er gekommen, Smolensk zu erreichen, gab Napoleon — es ist nicht sicher aus welchen Gründen — nach einer siegreichen Schlacht gegen einen Teil von Kutusows Armee bei Malojaroslawetz am 24. Oktober auf und marschierte von da an auf demselben Wege zurück, den er zum Einmarsch benutzt hatte.

Der Rückzug der Großen Armee wurde durch eine Reihe von Momenten zu einem der verlustreichsten Märsche der ganzen Kriegsgeschichte. Die Wege waren zuerst noch allzu weich, der Marsch erschwert durch die Beute, von der sich mancher nicht trennen mochte, die Pferde in schlechter Verfassung, die Verpflegung mangelhaft, das Land, durch welches die Armee zog, schon durch den Hinmarsch ausgesogen. Bald kam die Kälte des in diesem Jahre zwar spät aber hart einsetzenden Winters hinzu — nicht das entscheidende Moment, aber doch e i n e weitere Quelle des Verderbens. Die Bevölkerung war von fanatischer Feindseligkeit. Die Kosaken drängten nach, wenn auch im ganzen die

Verfolgung von seiten des selbst schon leidenden russischen Heeres durchaus unzulänglich betrieben wurde, wie sich bei den Gefechten von Wjäsma, Tarutino und Krasnoi (3. bis 18. November) immer wieder zeigte. Infolge aller der genannten Momente schmolz Napoleons Heer bald auf das Furchtbarste zusammen. Schon in Smolensk war nur noch etwa die Hälfte der Streiter übrig, die Moskau verlassen hatten. Es war die Absicht aufgetaucht, in Smolensk zu überwintern. Allein, abgesehen davon, daß die Stadt dazu wenig einlud und lange nicht so viele Vorräte sich in ihr fanden, wie Napoleon gehofft hatte, wurde dieser Gedanke durch die beginnende Ausführung jenes russischen Planes unmöglich gemacht, wonach Wittgenstein, nach Süden marschierend, dem Feind die Rückkehr abschneiden sollte. Er hatte bei diesem Versuch die ihm entgegentretenden französischen Korps geschlagen und wurde so eine ernste Gefahr für Napoleons Verbindung mit der Heimat. Auch ein großer Teil der russischen Südarmee war gemäß demselben Plan im Anmarsch nach Norden begriffen. Schon nach wenigen Tagen verließ Napoleon aus allen diesen Gründen Smolensk wieder (14. November). Abermals stark zusammengeschmolzen, nahte das Heer der Beresina, wo die Brücke bei Borissow frühzeitig von einer französischen Abteilung besetzt worden war. Trotzdem schien sich hier das Schicksal Napoleons vollziehen zu sollen. Zwar verfolgte Kutusow nach wie vor ohne Nachdruck. Aber inzwischen war die russische Südarmee unter Tchitchagow bei Borissow angekommen und hatte jener kleinen französischen Abteilung die Brücke wieder abgenommen. Wittgenstein marschierte von Norden heran, um sich mit jener zu vereinigen. Daß Napoleon aus dieser furchtbaren Gefahr sich selbst und den größten Teil des noch vorhandenen Heeres rettete, ist eine der größten Waffentaten der Weltgeschichte. Freilich wurde ihr Gelingen nur möglich infolge der Zaghaftigkeit und Langsamkeit des Gegners, und zwar sowohl Kutusows wie Wittgensteins. Napoleon ließ den Russen die Brücke bei Borissow wieder abnehmen, fand sie aber zerstört. Hierauf befahl er, den Feind durch einen vorgetäuschten Brückenschlag bei Borissow, südlich von der Stadt, festzuhalten, während er in Wirklichkeit etwa 20 km stromabwärts in aller Stille zwei Brücken bauen ließ. Unter den größten Anstrengungen wurden diese am 25. und 26. November hergestellt. Am 26. noch begann der Übergang, der sich auf vier Tage verteilte, da die Armee seit Smolensk nicht mehr geschlossen marschierte. Am 26. und 27. ging der Übergang erstaunlicherweise ungestört durch den Feind vonstatten, während freilich die Brücken mehrfach brachen. Am 28. endlich griffen beide russische Führer auf je einer Seite des Flusses mit Übermacht an, wurden aber abgewiesen. Dennoch verlor Napoleon durch diesen Angriff Tausende von Gefallenen und Gefangenen. Am Vormittag des 29. setzten die letzten Franzosen über den Fluß. Noch über 30 000 Mann mag Napoleon über die Beresina gerettet haben. Unmittelbar darauf aber schmolz mit der Lockerung jeder Marschdisziplin dieses Heer in wenigen Tagen auf das Furchtbarste zusammen. Schreckliche Kälte trat ein; fast alle noch übrigen Pferde gingen zugrunde.

In der ersten Hälfte des Dezember überschritten nur noch kümmerliche Reste der Großen Armee den Niemen, ungeordnet, meist unbewaffnete Soldaten der verschiedensten Waffengattungen und Truppenteile wirr durcheinander; doch fanden sich unter ihnen — wertvoll für die Zukunft — zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere. Als die letzten Reste der Grande Armée in Deutschland einmarschierten, befand sich Napoleon nicht mehr bei ihr. Er hatte sie, Murat die Führerschaft übergebend, am 5. Dezember verlassen; am 19. traf er in Paris ein. Er tat damit das unter den gegebenen Umständen allein Richtige und Pflichtgemäße, da seine Anwesenheit den Trümmern seiner Armee nichts mehr nutzen und seine Abwesenheit voraussichtlich nichts schaden konnte, da er dagegen in Paris zur Vorbereitung neuer unerläßlicher Aushebungen — das Land war sozusagen ohne Heer — und zur Beruhigung der in bedenklicher Weise gärenden Gemüter sehr notwendig war. Der vielfach ausgesprochene Tadel Napoleons wegen dieser Abreise ist durchaus unberechtigt. Völlig unhaltbar ist aber auch die Behauptung Napoleons, er habe dem König von Neapel noch eine Armee hinterlassen, und dieser erst habe sie infolge seiner Unfähigkeit zugrunde gerichtet.

Der Untergang der Großen Armee in Rußland ist das für die politischen Verhältnisse des Kontinents entscheidendste Ereignis des ganzen Zeitalters.

Die russische Armee verfolgte den Feind zunächst nicht, nachdem er den Boden Rußlands verlassen hatte. Der Grund war einerseits die überaus große Erschöpfung auch der russischen Armee, andererseits aber die im Heere weit verbreitete national-russische Stimmung, der auch Kutusow unterworfen war, wonach die Aufgabe der Russen mit der Vertreibung des Feindes aus ihrem Lande erledigt war und sie nicht für die Interessen anderer, wie man sich ausdrückte, zu kämpfen hatten. Da erfolgte eine Entscheidung von anderer Seite, welche von der weittragendsten Bedeutung wurde. Es handelte sich um das in den Ostseeprovinzen operierende preußische Korps. Dieses bildete, geschlossen, außer drei Kavallerieregimentern, die man verteilt hatte, die 27. Division der Großen Armee und den größeren Teil des X. Armeekorps, das der Marschall Macdonald befehligte. Zum Führer des preußischen Kontingents war auf Wunsch Napoleons der alte General Grawert, ein unbedingter Bewunderer des Kaisers der Franzosen, ernannt worden. Ihm war aber ein Mann ganz anderer Gesinnung und anderen Schlages zur Seite gestellt worden: der General Hans David Ludwig von Yorck. Im Jahre 1759 aus pommerschem Geschlecht geboren, war Yorck in jungen Jahren Offizier geworden, hatte aber bald seinen Abschied nehmen müssen. Er trat in holländische Dienste und zeichnete sich am Kap und in Indien aus. Unter Friedrich Wilhelm II. wurde er wieder in der preußischen Armee angestellt; 1806 führte er unter Blücher in hervorragender Weise ein Jägerregiment. In den Jahren nach dem Frieden von Tilsit arbeitete er eifrig an der Reform der taktischen und sonstigen Ausbildung der preußischen Armee, ohne

indessen der Reformpartei näherzutreten, die er vielmehr mit lebhafter Abneigung betrachtete. Napoleon beurteilte er in durchaus gesunder Weise vom rein preußischen Machtstandpunkt aus und sah in ihm den unter allen Umständen zu bekämpfenden Feind. Yorck hatte von Anfang an die eigentliche militärische Leitung der 27. Division der Grande Armée, bei der er hervorragendes leistete. Im August erkrankte Grawert, so daß Yorck nun auch der Form nach Führer der Division wurde. Wenige Tage darauf traf bei dem Korps in Kurland ein Flügeladjutant des Königs, Ludwig von Wrangel, ein, der dem Führer folgende mündliche Instruktion Friedrich Wilhelms III. bringen sollte: würde es zu einem allgemeinen Rückzug kommen, so solle er sein Korps von der französischen Armee trennen, die Festung Graudenz besetzen und weder die Franzosen noch die Russen hineinlassen. Damit hatte Yorck einen Fingerzeig, daß es nicht des Königs Wille sei, unter allen Umständen an Frankreichs Seite weiter zu kämpfen. Mit seinem Korpskommandeur Macdonald stand Yorck aus mehreren Gründen schlecht. Ersterer scheint sogar beabsichtigt zu haben, ihn durch öffentliche Kränkungen zu veranlassen, sein Kommando niederzulegen. Der Anfang dieser Konflikte fiel in das Ende des November. Schon vorher aber waren die Russen mit Meldungen über das Schicksal der Großen Armee, die durch einen nach Wilna entsandten Boten Yorcks bestätigt wurden, und mit der Aufforderung, von den Franzosen abzufallen, an Yorck herangetreten. Diese Vorschläge der Russen wies er zurück. Von Berlin, wohin er nach einander zwei Offiziere mit der Bitte um Instruktionen entsandte, erhielt er keine Antwort. Erst gegen Weihnachten entschloß sich Macdonald, auf bestimmte Kunde vom Untergang der Grande Armée hin, zum Rückzug aus Kurland. Er marschierte an erster, Yorck mit den Preußen an zweiter Stelle. Infolge von Marschschwierigkeiten wurden aber die beiden Divisionen völlig getrennt, und es gelang dem russischen General Diebitsch eine Abteilung zwischen sie hineinzuschieben. Am Weihnachtstag kam Yorck dem Vorschlage einer Unterredung mit Diebitsch nach, ging aber noch nicht auf die Wünsche der Russen ein. Dann aber wurde ihm vom Grafen Dohna, Scharnhorsts Schwiegersohn, ein Schreiben des Zaren überbracht. Er begann zu wanken. Er marschierte aber weiter und kam am 28. Dezember 1812 in Tauroggen an. Am 29. traf der Befehl Macdonalds ein — der erste seit fünf Tagen —, sofort nach Tilsit weiterzumarschieren und am selben Tage weitere Anregungen der Russen. Yorck mußte sich entscheiden und zwar sofort. Er tat es im Sinne einer Trennung seiner Sache von der der Franzosen, vielleicht auch unter Berücksichtigung der keineswegs günstigen militärischen Lage seiner Division. Noch an demselben Tage teilte er diesen Entschluß seinen Offizieren mit, in deren Reihen er begeisterte Zustimmung erweckte. Am 30. fand in der Poscheruner Mühle bei Tauroggen die entscheidende Unterredung zwischen Yorck und Diebitsch statt, bei der auch Clausewitz und Dohna zugegen waren, und die zum Abschluß der berühmten Konvention führte. Der Inhalt der Konvention von Tauroggen ist in der Hauptsache folgender: das preußische Korps be-

setzt den Landstrich zwischen Memel, Tilsit und dem Haff. Dieser wird für neutral erklärt. Der König wird von der Konvention benachrichtigt. Wenn er sie nicht billigt, gewähren die Russen dem Korps freien Abzug mit allen Waffen, das sich seinerseits verpflichtet, bis zum 1. März 1813 nicht mehr gegen Rußland zu kämpfen. Die Einzelheiten dieser Konvention erinnern überhaupt nicht an die geheime Instruktion, die Wrangel im August Yorck gebracht hatte. Yorcks großer und kühner Entschluß kann nur insofern durch sie mit herbeigeführt worden sein, als er sich nach Wrangels Mission nicht mehr verpflichtet zu halten glaubte, unter allen Umständen auf französischer Seite auszuharren. Die ungeheure Bedeutung der Konvention von Tauroggen liegt natürlich in der Trennung des preußischen Korps von der Sache Frankreichs. Daraus ergab sich einerseits eine nicht zu unterschätzende Änderung der militärischen Lage; das ziemlich intakte preußische Korps bedeutete damals sehr viel. Weit größer aber waren doch die politischen Folgen. Die Konvention von Tauroggen erweckte in allen deutschen Ländern, vornehmlich aber in Preußen, einen unbeschreiblichen Widerhall und belebte unermeßlich das vielfach noch latente nationale Gefühl. Sie hat von äußeren Ereignissen neben dem Untergang der Großen Armee das meiste zur Herbeiführung der Erhebung beigetragen.

Die im Text vorgetragene Erzählung von der Mission Wrangels beruht auf den Untersuchungen Thimmes, der das Tagebuch Wrangels gefunden hat. Mehrere Forscher, wie Delbrück und Lehmann, messen dagegen diesem Tagebuch keine Bedeutung bei und halten also an der Auffassung fest daß Yorck ohne jede Instruktion sich zu der Konvention von Tauroggen entschlossen habe. Indessen sind ihre Gründe für die Ablehnung des Tagebuchs unzureichend und an sich die Annahme, daß Friedrich Wilhelm III. Yorck für den Fall von Napoleons Niederlage ohne jede Instruktion gelassen habe, im höchsten Grade unwahrscheinlich.

§ 5. Die Freiheitskriege der Jahre 1813 und 1814.

J. G. Rist, Lebenserinnerungen, hgg. von G. Poel. 3 B. Gotha 1889 ff. H. Steffens, Was ich erlebte. 10 B. Breslau 1840 ff. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Gen. Oldwig v. Natzmer. Aus der Zeit Friedr. Wilhelms III. 2 B. Gotha 1887 f. Erinnerungen aus dem Leben des Feldmarschalls Gr. Radetzky. Eine Selbstbiographie (bis 1813) in Mitteil. d. K. u. K. Kriegsarchivs, N. F. 1. General Heller, der K. K. Feldmarschall Gr. Radetzky. Stuttgart 1858. Tagebuch eines Offiziers im Generalstabe der bayerischen Armee [Major Fürsten Thurn u. Taxis] im Feldzuge 1813, in Mitteil. d. K. u. K. Kriegsarchivs. 3. Folge B. 7. H. v. Petersdorff, General Joh. Ad. v. Thielmann. Leipzig 1894. K. A. Varnhagen v. Ense, Leben des Generals Grafen Bülow v. Dennewitz. Berlin 1854. Vte Jean d'Ussel, La défection de la Prusse (Déc. 1812—Mars 1813). Paris 1907. W. Oncken, Österreich und Preußen im Befreiungskriege. 2 B. Berlin 1876/9. F. Luckwaldt, Österreich und die Anfänge des Befreiungskrieges 1813. Berlin 1898. Metternich-Klinckowström, Österreichs Teilnahme an den Befreiungskriegen. Wien 1887. R. v. Caemmerer, Die Befreiungskriege 1813—1815, ein strategischer Überblick. Berlin 1907. Geschichte der Befreiungskriege 1813—1815 in vier Einzelwerken: v. Holleben, Frühjahrsfeldzug 1813. B. 1. Berlin 1904; 2. B. v. R. v. Caem-

merer, ebd. 1906; Friederich, Herbstfeldzug 1813. 3 B. 1902 ff.; v. Janson, Geschichte des Feldzugs 1814 in Frankreich. 2 B. 1903 ff.; O. v. Lettow-Vorbeck, Napoleons Untergang 1815. B. 1. 1904. 2. B. von v. Voß 1906. Friederich, Die Befreiungskriege 1813—1815. Bisher 2 B. (bis Herbstfeldzug 1813 einschließlich). Berlin 1910/1. A. Wohlwill, Die Befreiung Hamburgs am 18. März 1813. Hamburg 1888. Ders., Zur Geschichte Hamburgs i. J. 1813 in Mitteil. d. Vereins f. Hamburg. Geschichte 1888. E. Wiehr, Napoleon und Bernadotte im Herbstfeldzuge 1813. Berlin 1893. B. v. Quistorp, Geschichte der Nordarmee i. J. 1813. 3 B. Berlin 1894. (Zu beiden Meinecke in Hist. Ztschr. 73, 498 ff.) H. Kerchnawe, Kavallerieverwendung, Aufklärung und Armeeführung bei der Hauptarmee in den entscheidenden Tagen vor Leipzig. Wien 1904. Ders., Von Leipzig bis Erfurt. Verfolgung der französischen Armee in Mitteil d. K. u. K. Kriegsarchivs. 3. Folge B. 4; auch separat. Wien 1906. M. Doeberl, Bayern und die deutsche Erhebung wider Napoleon I. München 1907 (ursprünglich i. d. Abh. d. K. Bayerischen Akad. der Wissenschaften III. Kl. 24, 2). W. Windelband, Badens Austritt aus dem Rheinbund 1813, in Ztschr. f. Gesch. des Oberrheins, N. F. 25, 1. J. A. F. Eichhorn, Die Zentralverwaltung der Verbündeten unter dem Freiherrn vom Stein. Deutschland 1814. H. Weil, Le prince Eugène et Murat 1813—1814. 5 B. Paris 1902. Ders., La campagne de 1814 . . . La cavallerie des armées alliées. 4 B. Paris 1891 ff. H. Houssaye, 1814. Paris 1888; sehr zahlreiche Auflagen. A. Fournier, Der Kongreß von Châtillon. Leipzig 1900. G. Roloff, Politik und Kriegführung während des Feldzuges 1814. Berlin 1891. Niels Edén, Die schwedisch-norwegische Union und der Kieler Frieden. Aus dem Schwedischen übers. von F. Arnheim. Leipzig 1895.

Ehe die obengenannten nationalen Ideen auf den Schlachtfeldern wirksam werden konnten, waren noch manche Schwierigkeiten zu überwinden. Diese fanden sich einerseits auf russischer, andererseits auf preußischer Seite. Die ersteren sind schon erwähnt worden. Sie lagen in den national-russischen Anschauungen. Diese gewannen nun aber nicht die Oberhand im Gemüte des Zaren; vielmehr drangen Männer durch, welche die Fortsetzung des Krieges in Deutschland und die Vernichtung Napoleons mit Leidenschaft befürworteten: von Russen vornehmlich Nesselrode, von Deutschen der Freiherr vom Stein, der damit wohl seine folgenschwerste welthistorische Tat vollbrachte. Sie rieten, daß das russische Heer möglichst rasch bis an die Elbe vorrücken, ja den Krieg zwischen Rhein und Elbe tragen und dadurch Preußen und Österreich mitreißen solle. Hierzu entschloß sich der Zar, der ja bei allem Schwanken großen Entschlüssen nicht abgeneigt war, wie es scheint, schon Ende November 1812. Seine Anordnungen in diesem Sinne, und zwar zunächst die Mitte Dezember erteilten Befehle, in Preußen einzumarschieren, wurden nun aber von dem kranken Kutusow, der anderer Ansicht, und dessen Heer überdies auf das äußerste erschöpft war, zuerst gar nicht, dann nur teilweise und mit größter Langsamkeit ausgeführt. — In äußerst schwieriger Lage befand sich der König von Preußen. Da war eine fatale Tatsache die, daß der größte Teil seines Landes, daß seine Hauptstadt, daß er persönlich in der Hand der Franzosen war. Ein zweites schwieriges und hemmendes Moment lag in der außerordentlich großen Gefahr, daß an die Stelle der französischen Vorherrschaft nun die russische trete, sei es, daß der Zar als Feind komme, sei es, daß man sich bei einem Bunde mit ihm nicht genügend

sicherstelle. In dieser überaus schwierigen Lage hat Hardenberg die Politik des preußischen Staates mit glänzendem Geschick, freilich auch mit äußerster Verschlagenheit und zunächst ohne eine Spur von Heroismus geleitet. Die starke Doppelzüngigkeit der preußischen Politik zeigte sich gleich bei der Aufnahme der Konvention von Tauroggen. Yorck wurde abgesetzt, aber da der General von Kleist, der zu seinem Nachfolger ernannt worden war, sich weigerte, an seine Stelle zu treten, nicht darauf bestanden, daß Yorck tatsächlich das Kommando niederlege. Es geschah ihm nichts. Der französische Gesandte in Berlin, St. Marsan, wurde auf alle mögliche Weise getäuscht, so daß er an die unbedingte Bundestreue Preußens glaubte. Als die Regierung von Napoleon aufgefordert worden war, das preußische Hilfskorps zu verstärken, wurde dieser durch einen besonderen Gesandten über die Konvention von Tauroggen beruhigt — der König stehe ihr fern — aber eine bündige Zusage wurde ihm nicht erteilt. Das was Hardenberg zunächst tatsächlich erstrebte, war ein Abkommen mit Österreich, das in gleicher Lage wie Preußen, auch seinerseits ein drohendes russisches Vorwiegen in Europa fürchten mußte. Beide Mächte sollten, um nach der einen Seite ihre Unabhängigkeit zu erlangen, nach der anderen sie zu bewahren, eine bewaffnete Vermittlung unternehmen. Diese Vorschläge brachte Knesebeck im Januar[1]) 1813 nach Wien. Allein er drang damit keineswegs durch. In Wien herrschte zwar naturgemäß das von Preußen vorausgesetzte Bestreben und die Hofburg verhielt sich auch demgemäß. Das Verlangen Napoleons, das österreichische Hilfskorps zu verdoppeln, wurde abgelehnt und zugleich Friedensvorschläge in Paris und in London gemacht, die indessen keinen Erfolg hatten und zwar bei Napoleon deswegen nicht, weil er noch nicht bereit war, ein Wesentliches von seiner Machtstellung ohne neuen Krieg preiszugeben. Mit Rußland aber wurde am 30. Januar 1813 von Metternich ein Waffenstillstand auf unbestimmte Dauer abgeschlossen. Damit schien ihm fürs erste die erwünschte Mittelstellung in genügender Weise gesichert. Eine bewaffnete Vermittelung aber, wie Knesebeck sie vorzuschlagen hatte, erschien ihm damals noch als allzu gefährlich. An ein Zusammengehen mit Preußen dachte er also nicht. So mußte Friedrich Wilhelm sich allein entscheiden. Trotz der Besetzung der Monarchie durch die Franzosen drängten das Schwergewicht der allgemeinen militärischen Lage, die Leiden der Vergangenheit, der immer stürmischer werdende Wunsch seines Volkes, die Halsstarrigkeit Napoleons immer mächtiger zu einer für Alexander günstigen Entscheidung. Allein, ehe sie getroffen wurde, galt es sich wenigstens leidlich gegen etwaige russische Pläne sicherzustellen. Mit Bernadotte hatte Alexander die Erwerbung der Weichselgrenze für Rußland verabredet. Für den Fall, daß Preußen bei Napoleon verharre, hatte er mit Zerstückelung der Monarchie gedroht. Vor allem erwog er damals den Plan, das ganze alte Polen wieder erstehen

[1]) Seine Instruktionen sind vom 2. und 4. Januar 1813, sein Paß zur Abreise von Wien vom 29. Januar.

zu lassen, um es selbst zu beherrschen. Gegen derartiges mußte sich Preußen sicherstellen, als der König — begreiflicherweise schweren Herzens, denn war es nicht geradezu wahrscheinlich, daß der größte Feldherr der Zeit alle vereinigten Feinde niederwerfe und Rußland Preußen dann wieder im Stiche lasse wie 1807? — mit Rußland im Geheimen in Verhandlung trat. Es geschah durch Natzmer, denselben Offizier, der Yorck seine Absetzung meldete. Am 13. Januar traf er im russischen Hauptquartier ein. Als Bedingung eines Bündnisses wurde von ihm der Verzicht Alexanders auf sein polnisches Projekt gefordert, soweit früher oder damals noch preußische Gebiete in Betracht kamen, was implizite den Wiedergewinn von Danzig und Teilen von Preußisch-Polen für Preußen bedeutete. Als hierauf eine zustimmende Antwort erfolgte, entschloß sich die preußische Politik zu einer ersten überaus wichtigen, wenn auch noch keineswegs entscheidenden Tat. In der Nacht auf den 22. Januar 1813 reiste der König von Potsdam ab und begab sich nach Breslau. Der Schritt wurde Napoleon gegenüber durch die Gefahr motiviert, die von den heranrückenden Russen drohe, ferner durch unbegründete Gerüchte, daß bei der französischen Besatzung von Berlin der Plan bestehe, den König in Potsdam aufzuheben. In Wirklichkeit bedeutete der Schritt, daß Friedrich Wilhelm III. sich aus der Bewachung durch die Franzosen und aus der darin liegenden Unfreiheit in die Freiheit begab und auch örtlich Alexander näherrückte. Freilich begleitete ihn der französische Gesandte und eine Proklamation vom 22. Januar forderte die Berliner auf, die Franzosen weiterhin als Verbündete zu behandeln. Auch wurde in der Tat mit Napoleon weiterverhandelt, wobei er, übrigens vor der Abreise des Königs, zu einer großen Zahlung, die er schuldete, oder zu bindenden Versprechungen über territoriale Vergrößerungen Preußens aufgefordert wurde. Hardenberg wird allerdings kaum angenommen haben, daß Napoleon, der im großen Stile rüstete, hierauf eingehen würde, was auch in der Tat keineswegs geschah. Seine Antwort erleichterte den Patrioten, an deren Spitze Scharnhorst stand, und die in leidenschaftlicher Weise den Krieg gegen den Unterdrücker herbeisehnten, ihr Werk außerordentlich. Gegenüber der noch nicht überwundenen Vorsicht der preußischen Diplomatie, die damals an die Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Rußland und Frankreich dachte, begann nun die patriotische Glut des preußischen Volkes ihre welthistorische Rolle zu spielen: sie riß allmählich die Regierung, die bei längerem Zögern in eine geradezu bedrohliche Lage gekommen wäre, mit sich fort. Knesebeck verhandelte mit Alexander in dessen Hauptquartier Kalisch. Es gab hier aber noch Schwierigkeiten genug. Der Unterhändler verlangte, über seine Instruktion noch hinausgehend, unbedingt die Rückerstattung des gesamten früher preußisch-polnischen Gebietes. Dazu war aber Alexander nicht bereit. Diese polnische Forderung nun war den preußischen Patrioten in Heer und Volk, welche von jüngst errungenen deutschnationalen Idealen erfüllt waren, weit gleichgültiger als der Regierung. Um diese Gesinnungen für sich auszunutzen, wandte sich der Zar unter

Umgehung Knesebecks an den König. Dieser schloß denn auch unter dem Eindruck der Stimmungen seines Volkes am 27. Februar 1813 in Breslau das Bündnis von Kalisch — es wurde in der Tat dann auch in Kalisch am 28. unterzeichnet — ab. Als Zweck des Bündnisses war die Unabhängigkeit Europas angegeben; um ihn zu erreichen, wollte Rußland 150000 Mann, Preußen 80000 Mann (Feldarmee) oder, wenn möglich, mehr stellen. Preußen, so hieß es dem Sinne nach weiter, erhält das Gebiet, das es vor dem Kriege von 1806 innegehabt, wieder, mit Ausnahme fast seines gesamten polnischen Landes. Dafür aber sollte Preußen in Norddeutschland entschädigt werden; doch wurde der Erwerb Hannovers, natürlich mit Rücksicht auf England, ausgeschlossen. Die Gewinnung Österreichs und englischer Subsidien für Preußen ward ins Auge gefaßt. Das Bündnis muß, so notwendig und heilsam sein Abschluß war, in seinen Einzelheiten bei der schlechten Verfassung der russischen Armee und bei dem Vielen, das Preußen militärisch zu bieten hatte, vor allem deswegen als für letztere Macht recht ungünstig bezeichnet werden, weil sie sich keine bestimmte Entschädigung für das polnische Gebiet ausbedang, was sich später rächen sollte. Am 15. März zog der Zar, jubelnd begrüßt, in Breslau ein. Am 27. März erklärte Preußen Napoleon den Krieg.

Kurz nach dem Abschluß der Verhandlungen von Kalisch verbündeten sich England und Schweden (3. März 1813). England willigte in die Eroberung Norwegens ein und zahlte Subsidien. Bernadotte verpflichtete sich dafür, mit 30 000 Mann in Deutschland gegen Napoleon zu kämpfen. Eine Verhandlung zwischen Frankreich und Schweden war, abgesehen von der persönlichen Abneigung Bernadottes, hauptsächlich daran gescheitert, daß Napoleon, wie gewöhnlich, zu wenig bot. Am 23. März erklärte ihm Bernadotte den Krieg. Die Bemühungen der Verbündeten, Österreich zu gewinnen, scheiterten dagegen vollkommen; immerhin ging Österreich jetzt, auf den Abschluß des preußisch-russischen Bündnisses hin und dadurch auf alle Fälle gegen Napoleon gestärkt, von der einfachen zur bewaffneten Neutralität über. Dagegen wurden von Preußen trotz des nominell noch immer bestehenden Kriegszustands freundschaftliche Beziehungen zu England erfolgreich angebahnt, welche schon im April zu Waffen- und Pulverlieferungen von Seiten Englands führten. Zum Abschluß eines Subsidienvertrags kam es allerdings erst am 14. Juni 1813, da England sehr zurückhaltend war, bis sich Hardenberg dazu verstand, in dem genannten Vertrage die gewünschte Vergrößerung Hannovers auf Kosten preußischen Gebiets zuzugestehen.

Inzwischen hatten, längst ehe die politische Entscheidung gefallen war, großartige Rüstungen begonnen. Die Tätigkeit einer in Breslau schon am 28. Januar 1813 eingesetzten Rüstungskommission, der Scharnhorst und Gneisenau angehörten, entfesselte den herrlichsten kriegerischen Enthusiasmus der Preußen. Am 3. Februar 1813 erschien die Verordnung, welche die Bildung freiwilliger Jägerkorps verfügte. Diese Korps sollten dazu dienen, die wohlhabenderen Elemente der preußischen Jugend aufzunehmen, welche in der Lage waren, sich selbst

auszurüsten und, so weit es sich um reitende Jäger handelte, beritten zu machen. Am 9. folgte eine zweite Verordnung, welche für die Dauer des Krieges alle Exemtionen von der Kantonspflicht aufhob und dementsprechend alle Jünglinge zwischen dem 17. und 24. Jahre, welche sich nicht zum Eintritt in die freiwilligen Jägerabteilungen meldeten, der Aushebung unterwarf. Am 17. März erfolgte ein dritter Schritt: die Bildung der Landwehr. Zu diesem hatte der Opfermut der Stände einer Provinz, Ostpreußen, die Anregung gegeben. Unter persönlichster Anteilnahme des Freiherrn vom Stein und Yorcks bewilligten die Königsberger Stände am 7. Februar 1813 die Aufstellung einer Landwehr von nicht weniger als 20 000 Mann zu Fuß. Diese Maßregel wurde jetzt, am 17. März, auf die ganze Monarchie ausgedehnt. Auch die Landwehr — es wurde Landwehr-Infanterie und -Kavallerie eingerichtet — sollte in erster Linie aus Freiwilligen im Alter von 17 bis 40 Jahren bestehen. Meldete sich keine genügende Zahl, so sollten die Lücken durch Auslosung ausgefüllt werden. In d r e i verschiedenen Truppengattungen, Linie, freiwillige Jäger und Landwehr, zu denen sich von Anfang an noch Freikorps gesellten, sollte also das preußische Volk in den Krieg ziehen. Der Erfolg dieser Verordnungen war glänzend über alle Erwartungen hinaus. Bald mußte im Interesse der Zivilregierung und der Volkswirtschaft abgewiegelt werden. Auch strömten materielle Gaben des verarmten und ausgesaugten Volkes in erstaunlichem Umfange zusammen. Im übrigen liegt über den finanziellen Rüstungen des preußischen Staates noch viel Dunkel. An demselben Tage, an dem die Einrichtung der Landwehr befohlen wurde, am 17. März, erschien ein Aufruf »an mein Kriegsheer« und der herrliche, von dem Staatsrat Theodor Gottlieb von Hippel verfaßte Aufruf »an mein Volk«. »Keinen anderen Ausweg gibt es, so lautete einer seiner Sätze, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang.« In dieser Stimmung zog das preußische Volk in den Krieg.

Napoleon, der nicht daran dachte, einen Frieden zu schließen, auf den die Gegner eingehen konnten, setzte seine ganze wunderbare Energie daran, in möglichst kurzer Zeit ein neues gewaltiges Heer zusammenzubringen. Die Aufgabe war schwer. Seine besten Soldaten kämpften entweder — unglücklich — in Spanien oder sie waren in Rußland zugrunde gegangen. Am leichtesten gelang die Gewinnung der Streitkräfte der »Bundesgenossen« und bald standen ihm die Truppen ganz Italiens, des Rheinbunds (nach einigen Schwierigkeiten mit Bayern, Sachsen und Westfalen) und Dänemarks zur Verfügung. Schwerer war es, dem eigenen, an Männern armen und verstimmten Lande Soldaten in genügender Zahl zu entnehmen. Um einen wichtigen Grund seiner wachsenden Unbeliebtheit zu beseitigen, machte Napoleon jetzt durch das sogenannte Konkordat von Fontainebleau vom 25. Januar 1813 Frieden mit dem Papst, in dem freilich dem wehrlosen Pius VII. sehr viel zugemutet wurde, und das er einige Zeit darauf widerrief. Dann brachte Napoleon durch eine Reihe großartiger, aber gewaltsamer und z. T. widerrechtlicher Maßregeln Geld und Mannschaften auf: er gab

Assignate auf die zu verkaufenden Gemeindegüter aus; er behielt einen Teil der Beamtengehälter zurück; die Marine-Artillerie, die Gensdarmerie, ja ein Teil der Nationalgarde wurden in die Feldarmee eingestellt; bei der Rekrutenaushebung griff er, wie schon öfters, vor, und zwar dieses Mal gleich um zwei Jahre. So brachte er bis zum Juni ein Heer von im Ganzen einer halben Million Streitern zusammen, in dem allerdings die Rekruten viel zu stark vorwogen und vor allem ein bedenklicher Mangel an Pferden und demgemäß an Kavallerie sich zeigte. Auf der andern Seite wurde die neue Armee von einer Fülle bewährter Offiziere geführt. Inzwischen waren längst die Feindseligkeiten eröffnet worden.

Zunächst hatte Eugen Beauharnais, der Vizekönig von Italien, den Verbündeten entgegenzutreten. Er stand auf Befehl Napoleons seit dem 2. April, von Magdeburg aus vorstoßend, mit über 40 000 Mann, rechts von der Mittelelbe. Damit gab er die Niederelbe preis, wo Hamburg von dem Anfang März besetzten Berlin aus, durch einen Handstreich des russischen Reiterführers Tettenborn, eines geborenen Rheinländers, Mitte März erobert worden war. Mit außerordentlicher Langsamkeit hatte der sterbende Kutusow sein zusammengeschmolzenes Heer herangeführt. Am 5. April kam es bei Möckern zur Schlacht, in der Wittgenstein Russen und Preußen, bei denen Yorck war, gegen Eugen führte, der stark in der Überzahl war. Trotzdem siegten die Verbündeten, hauptsächlich infolge einiger glänzender Waffentaten der Preußen. Eugen zog sich in den Schutz Magdeburgs zurück und die Affäre hatte, vornehmlich infolge der unter den Umständen begreiflichen Mängel der russischen Oberleitung, keine weiteren strategischen Folgen; um so größer war der moralische Eindruck des glänzenden Gefechts. Da aber erschien Napoleon selbst. Er hatte sich entschlossen, früher als ursprünglich beabsichtigt und mit noch unfertiger Rüstung loszuschlagen. Am 17. April war er in Mainz und führte dann von da ein großes Heer, das eine bedeutende Übermacht gegenüber den Verbündeten darstellte, den Main hinauf gegen diese heran. Seinen ursprünglichen Plan, auf Pommern zu marschieren, um dann die in Danzig eingeschlossene größere französische Armee mit der seinigen zu vereinigen, gab er zugunsten des richtigeren auf, sich sofort auf den nur halb gerüsteten Feind zu werfen. Über Eisenach auf Leipzig marschierend, wollte er Eugen bei Leipzig an sich ziehen. Die Verbündeten beschlossen, ihn noch auf dem Marsche und noch vor der Vereinigung mit Eugen anzugreifen, und zwar, ihm in die rechte Flanke zu fallen. Daraus wurde die Schlacht bei Großgörschen (Lützen), bei der indessen Eugen dennoch schon mitwirkte (2. Mai). Es wurde um vier Dörfer acht Stunden lang gekämpft. Auf der Seite der Verbündeten war die Leitung ganz mangelhaft. Zwar war nach dem Tode Kutusows Ende April der sehr viel frischere Wittgenstein zu seinem Nachfolger ernannt worden. Allein er vermochte aus mehreren Gründen nicht, sich in der Schlacht durchzusetzen. Der sehr blutige Tag endigte mit einem Siege Napoleons. Einen unersetzlichen Verlust für die Verbündeten bedeutete die töt-

liche Verwundung Scharnhorsts. Aber die Leistungen der preußischen Truppen ließen weder die eigenen Führer, noch den großen Gegner darüber im Dunkeln, wie sehr sich die Bedingungen seiner Siege verschoben hatten. Die Verbündeten einigten sich über die Richtung des Rückzugs und traten ihn, mit aus politischer Rücksicht auf Österreich, in der Richtung auf die obere Spree an. Später beschlossen sie, in Bautzen noch einmal Halt zu machen und hier in günstiger und verschanzter Stellung dem Feind den Flußübergang zu verwehren. Daraus wurde die Schlacht bei Bautzen (20. und 21. Mai), in der Napoleon zwar die Verbündeten besiegte, aber infolge des Versagens des Marschalls Ney und des rechtzeitigen Entschlusses der Verbündeten, die Schlacht abzubrechen, ihr Heer entkommen lassen mußte. Die Verbündeten wichen nach Schlesien zurück, wohin Napoleon ihnen folgte. Die Stimmung und Gemütsverfassung in ihrem Heere war inzwischen sehr bedenklich geworden. Die Russen strebten in die Heimat, die Preußen wollten in Fühlung mit Österreich bleiben; Wittgenstein war des Oberbefehls gründlich überdrüssig und erzwang die Ernennung eines Nachfolgers, den er auch am 26. Mai in der Person Barclay de Tollys erhielt. Die Hoffnung, durch erfolgreiche Waffentaten Österreich zum Anschluß an die Koalition zu veranlassen, war dahin. In dieser bedenklichen Lage bot Napoleon einen Waffenstillstand an, der dann auch am 4. Juni 1813 zu Pläswitz [1]) auf über sechs Wochen abgeschlossen wurde. Die Erschöpfung der eigenen, meist allzu jugendlichen Truppen, die schweren Verluste in seinen siegreichen Schlachten, die Nichtkenntnis der Zerrüttung des feindlichen Heeres und die Unterschätzung des Wertes der Kampfpause für die Rüstungen der Gegner, vielleicht auch die Rücksicht auf die Friedenssehnsucht des französischen Volkes, vor allem aber die politische Rücksicht auf Österreich und die Hoffnung, Rußland zum Separatfrieden zu vermögen, veranlaßten Napoleon zu diesem Schritt, einem der schwersten Fehler seines Lebens. Während des Waffenstillstands gedachte Napoleon hauptsächlich zwei Reihen von Verhandlungen zu führen: mit Österreich und mit Rußland. Bei beiden aber erlebte er schwere Enttäuschungen.

Das für die Zukunft maßgebende Ereignis, das während des Waffenstillstands eintrat, war die Entscheidung Österreichs für die Verbündeten. Die Hofburg hatte sich durch Napoleons so teuer erkaufte Siege keineswegs aus ihrer neutralen Stellung herausreißen lassen. Infolge der beiderseitigen schweren Verluste stieg der Donaustaat mit seinem intakten Heere ohne weiteres in eine nahezu entscheidende Stellung empor. Immerhin lag vor allem e i n e Gefahr außerordentlich nahe, daß nämlich Rußland sich durch einen Separatfrieden zurückziehe. Dann wäre voraussichtlich wieder ein unbedingtes Übergewicht Napoleons, wenn auch kaum in dem Maße, wie vor 1812, eingetreten. Das aber war Österreich, das seit dem Untergang der Grande Armée sich des erwähnten frischen Aufschwungs seiner Macht erfreute, von einem gewissen Zeit-

[1]) Über den Namen vgl. v. Pflugk-Harttung in Forschungen XVII. S. 246 ff.

punkt an, der sich nur leider nicht genau bestimmen läßt, nicht mehr gewillt zu dulden. Es blieben also nur zwei Möglichkeiten: entweder der Eintritt in den Krieg an der Seite der Verbündeten, oder aber die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens, der Napoleons Einfluß stark eingedämmt hätte. Letztere Alternative erwies sich dann aber, wie hier gleich vorgreifend bemerkt werden mag, im weiteren Verlauf infolge von Napoleons Verhalten als undurchführbar und so blieb nur die erstere. So fand denn der russische Unterhändler Nesselrode, der kurz nach dem Beginn des Waffenstillstands mit Franz I. in Gitschin verhandelte, wohin dieser — schon das eine Vorbedeutung für seine Entscheidung — sich begeben hatte, ein nicht geringes Entgegenkommen. Die Verhandlung Nesselrodes hatte eine Vorgeschichte. Unmittelbar nach der Schlacht bei Großgörschen, aber ehe man ihre Bedeutung übersah, hatte das Wiener Kabinett den früheren Minister Grafen Stadion an die Verbündeten gesandt, der die bewaffnete Vermittlung ankündigte — Österreich war also von der bewaffneten Neutralität wiederum einen Schritt weiter gegangen — und zugleich die Bedingungen mitteilte, deren Erfüllung Österreich von Napoleon verlangen wollte. Es waren hauptsächlich folgende: Verzicht auf die deutschen Annexionen von 1810, auf das Großherzogtum Warschau, auf den Rheinbund, Vergrößerung Preußens bis zu seinem früheren Umfang und Österreichs, das Illyrien und bayerisches Gebiet zu erhalten wünschte. Infolge der militärischen Erfolge Napoleons aber wurde man bald viel bescheidener, und auch Nesselrode, auf dessen Mission wir jetzt zurückkommen, konnte bei den Österreichern nicht mehr so viele und gewichtige Forderungen an Napoleon durchsetzen, wie Stadion sie selbst vorgeschlagen hatte. Immerhin ließ sich Kaiser Franz, wenn auch nur zögernd, zu folgendem bereit finden: es sollten Napoleon vier Friedensbedingungen vorgeschlagen werden; lehne er sie ab, so trete Österreich in den Krieg ein mit dem Zwecke, Frankreich auf seine natürlichen Grenzen zu beschränken. Die Bedingungen, die übrigens nur das damalige Minimum der Wünsche Metternichs darstellten, waren folgende: 1. Auflösung von Warschau; 2. Rückgabe seines früheren polnischen Besitzes an Preußen; 3. Rückgabe Illyriens an Österreich; 4. Rückgabe der Hansestädte. Man sieht ohne weiteres, wie viel bescheidener Metternich seit der Verhandlung Stadions geworden war. Immerhin fügte er noch zwei Bedingungen hinzu, deren Nichterfüllung von Seiten Napoleons aber nicht als casus belli bezeichnet werden sollte: die Auflösung des Rheinbunds und die Herstellung Preußens in seinem alten Umfang. Darauf wurde zu Reichenbach am 27. Juni 1813 ein Vertrag zwischen Preußen, Österreich und Rußland geschlossen, in dem Österreich sich verpflichtete, in den Krieg einzutreten, wenn Napoleon jene vier Bedingungen bis zum 20. Juli nicht annehme, und der ferner Preußen und Rußland verpflichtete, keinen Separatfrieden mit Frankreich zu schließen; hierdurch war die eine große Hoffnung Napoleons, Rußland zu einem solchen zu vermögen, zunichte gemacht. Daß der siegreiche Kaiser die vier Bedin-

gungen annehmen werde, hat wohl keiner der beteiligten Diplomaten erwartet[1]).

Es galt jetzt für Metternich, Napoleon zu veranlassen, die bewaffnete Vermittlung Österreichs anzunehmen. Er machte diesen Versuch persönlich. Auch diese Verhandlung hatte ihre Vorgeschichte. Nach der Schlacht bei Großgörschen war der Graf Bubna an Napoleon entsandt worden mit dem Vorschlag der Friedensvermittlung unter Bedingungen, welche Napoleons Vormachtstellung nicht ganz unerheblich gemindert hätten. Diese Bedingungen schienen Napoleon unannehmbar, wenn er auch den Gedanken an einen Friedenskongreß nicht von der Hand wies. Jetzt versuchte, wie gesagt, Metternich persönlich sein Glück. In einer viele Stunden dauernden Unterredung Metternichs mit Napoleon in Dresden, am 20. Juni, in der dieser jenem furchtbare Szenen machte, erklärte der Kaiser sich schließlich bereit, die bewaffnete Vermittlung Österreichs anzunehmen. Auf einem Kongreß in Prag sollte unter österreichischem Vorsitz über den Frieden verhandelt, der Waffenstillstand aber bis zum 16. August verlängert werden — eine Maßnahme, die beiden Parteien zur Fortsetzung ihrer Rüstungen höchst willkommen war, auf die aber gerade Napoleon besonders stark gedrungen hatte. Der Prager Kongreß trat erst Ende Juli zusammen. Es zeigte sich, daß Napoleon zwar bereit war, einen für Rußland sehr vorteilhaften Separatfrieden zu schließen, (wobei er aber, wie bei seinen früheren Versuchen, kein Entgegenkommen fand), nicht aber einen allgemeinen Kontinentalfrieden auf die Reichenbacher Bedingungen hin. Erst in letzter Stunde zeigte er mit Bezug auf sie, nach vorheriger schroffer Ablehnung, einiges Entgegenkommen. Abermals war ihm die richtige Voraussicht — er glaubte nicht, daß sein Schwiegervater die Waffen gegen ihn ergreifen würde — zu spät gekommen! Inzwischen rüstete Österreich weiter und, mit unter dem Eindruck der Volksstimmung vornehmlich in Prag selbst, wurde allmählich der Kaiser Franz auch persönlich für den Krieg gewonnen. Am 8. August überreichte Metternich dem einen der französischen Unterhändler, Caulaincourt, ein Ultimatum, das nicht nur jene vier Bedingungen enthielt, sondern auch die fünfte und sechste (Auflösung des Rheinbundes, Herstellung der alten Grenzen Preußens). Bis Mitternacht des 10. August sollte dieses Ultimatum angenommen werden. Über die Antwort Napoleons war man so wenig zweifelhaft, daß die Kriegserklärung abgefaßt wurde, ehe jene einlief. Am 11. August wurde sie überreicht. Am 8. September erst trat Kaiser Franz in ein eigentliches Bundesverhältnis zu Rußland und Preußen, am 3. Oktober auch zu England.

Schon etwa einen Monat vor dem Ultimatum, vom 10. bis 12. Juli, hatten in Trachenberg der Zar und der König von Preußen den Kriegsplan entworfen, dem nachträglich Kaiser Franz seine Zustimmung

---

[1]) Doch ist es kontrovers, ob Metternich damals schon den Krieg unter allen Umständen gewollt hat. Kaiser Franz neigte zweifellos zum Frieden. S. die Note bei Fournier III², S. 194.

gab. Es sollten von Seiten der Verbündeten drei Armeen aufgestellt werden: eine südliche Hauptarmee in Böhmen, Österreicher, Preußen und Russen, etwa 250 000 Mann, unter dem Oberbefehl des Österreichers Schwarzenberg; bei ihr sollten sich die verbündeten Monarchen befinden; eine mittlere Armee in Schlesien, Preußen und Russen, unter Blücher, — die kleinste, etwa 100000 Mann; schließlich eine Nordarmee, Preußen, Russen und Schweden, etwa 130 000 Mann, unter Bernadotte, der im Mai in Pommern gelandet war. Die Armeen sollten in konzentrischer Weise auf das Lager des Feindes operieren. In Reichenbach wurde später der Kriegsplan auf österreichischen Wunsch durch neue Grundgedanken erheblich modifiziert: greife Napoleon eine der Armeen mit starken Kräften an, so solle diese zurückgezogen werden, die beiden andern dagegen um so energischer vorgehen. Der offensive Grundgedanke des Trachenberger Plans wurde in Reichenbach auch sonst noch abgeschwächt, indem besonders Operationen auf Napoleons rückwärtige Verbindungen statt auf seine Hauptmacht ins Auge gefaßt wurden. Napoleon seinerseits, der auf diesem Kriegsschauplatz etwa 450000 Mann führte, verfiel zum erstenmal in seinem Leben in strategische Künstelei. Er stützte sich bei seinem ganzen Kriegsplan auf das mächtig befestigte Dresden und beabsichtigte von hier, unter Benutzung der sogenannten inneren Linie, nach Belieben gegen die eine oder die andere der feindlichen Armeen vorzustoßen. War das zwar an sich ein guter Gedanke, so lag dagegen ein Fehler darin, daß er seine Dresdner Stellung infolge von allerhand komplizierten Erwägungen überschätzte und zu lange festhielt. Bei der Wahl dieses Operationsplans wurde er übrigens auf das stärkste durch die militärisch-politische Rücksicht auf Sachsen beeinflußt.

Eine erste große Entscheidung erfolgte im Kampfe gegen die Nordarmee; bei einem Vorstoß gegen sie, der Oudinots Führung anvertraut wurde, sollte Davout, der Hamburg wiedergenommen und dort schwere Vergeltung geübt hatte — die freilich hinter den von Napoleon anfänglich befohlenen Racheakten weit zurückblieb —, von dort aus mitwirken. Allein der Vorstoß mißlang völlig. Am 23. August wurde bei Großbeeren, drei Stunden südlich von Berlin, im wesentlichen infolge der Verdienste des preußischen Generals von Bülow, trotzdem sein Oberführer, der entschlußunfähige Kronprinz von Schweden, Bernadotte, ihn nicht unterstützte, ein Korps Oudinots aufgerieben und der Tag gewonnen. Vier Tage darauf wurde von General Hirschfeld mit einer Landwehrdivision ein feindliches Korps, das von Magdeburg aus auf die rechte Flanke der Nordarmee operieren sollte, bei Hagelberg unter schwersten Verlusten geschlagen. Schließlich wich auch Davout, dem im Mecklenburgischen der Hannoveraner Wallmoden einige glückliche Treffen lieferte, auf die Nachrichten von Großbeeren und Hagelberg hin zurück. In einem dieser Gefechte, bei Gadebusch, fiel Theodor Körner durch die Kugel eines Rheinbündlers.

Einen Vorstoß gegen die schlesische Armee, der gegenüber anfangs Macdonald kommandierte, unternahm Napoleon selbst. Am

21. und 23. August errang er ansehnliche Erfolge, indem er Blücher bei Plagwitz und Goldberg an der Katzbach warf, dessen Heer überdies durch anstrengende Märsche viele Tausende verlor. Auch war die schlesische Armee infolge von Disziplinwidrigkeiten der Unterführer Yorck und Langeron — eines französischen Emigranten, der die Russen in Blüchers Armee kommandierte —, in äußerst bedenklicher Verfassung. Trotzdem errang Blücher nach wenigen Tagen einen glänzenden Erfolg. Napoleon mußte in der Nacht des 23. August eiligst nach Dresden zurück, dessen Bedrohung durch die Hauptarmee Schwarzenbergs gemeldet wurde. Er überließ das Kommando Macdonald. Dieser stieß an der Katzbach auf Blücher, der wieder vorwärts gegen den Feind marschierte und wurde von ihm hier unter ungeheuern Verlusten vernichtend geschlagen (26. August). In Dresden war Napoleon infolge der Langsamkeit Schwarzenbergs noch gerade rechtzeitig angekommen, um die Verteidigung selbst zu übernehmen. In einer überaus glänzenden Schlacht vom 26./27. August wies er den Angriff der Verbündeten ab und zwang sie unter schweren Verlusten zum Rückzug in die Berge[1]). Dort aber gelang es ihnen, infolge der Leistungen des russischen Generals Herzog Eugen von Württemberg und des preußischen Generals von Kleist, ein großes Korps unter Vandamme, das ihnen den Weg verlegen sollte, zur Kapitulation zu zwingen (bei Kulm und Nollendorf 29./30. August 1813). »Wo ich nicht bin, geht es schlecht«, bemerkte damals Napoleon treffend. Auf das furchtbarste wurde dieser düstere Ausspruch durch eine weitere Niederlage bestätigt. Ney sollte Anfang September einen weiteren Versuch gegen die Nordarmee machen, die inzwischen nur wenig vorgerückt war. Allein bei Dennewitz wurde er, hauptsächlich wieder durch Bülows Verdienste[2]) mit Verlust von 30 000 Mann geschlagen (6. September). Im Ganzen hatte Napoleon von seinen gegen 450 000 Mann in wenigen Wochen etwa 150 000 verloren. — Bei diesen Stärkeverhältnissen war eine Vereinigung der feindlichen Armeen, wenn sie ernstlich den Vormarsch antraten, oder aber ein Versuch der böhmischen Armee,

---

[1]) Lüdtke (die strategische Bedeutung der Schlacht bei Dresden. Berliner Dissert. 1904) und Stein (die strategische Bedeutung der Schlacht bei Dresden. Berliner Dissert. 1911) haben die Ansicht vertreten, daß es nicht der Zweck Schwarzenbergs gewesen sei, Dresden zu erobern. Allein sie haben keine genügenden Gründe für diese Auffassung beigebracht. Doch ist Steins Bestreben, Schwarzenberg und seinem Generalstabschef Radetzky gerecht zu werden, entschieden fruchtbar.

[2]) Die Kontroverse, ob Bülow oder Bernadotte das Hauptverdienst an den Siegen bei Großbeeren und Dennewitz zukomme (vgl. darüber Meinecke in den Forschungen VII, S. 459—477), dürfte endgültig zugunsten Bülows entschieden sein; ebenso ist es sicher, daß der Kronprinz von Schweden bei seinem Verhalten durch politische Gedanken — Schonung seines Heeres zum Zwecke der Eroberung Norwegens — mitbestimmt wurde. Dagegen steht dahin, inwieweit ein weiterer politischer Gedanke — möglichstes Vermeiden von Kämpfen gegen die Franzosen mit Rücksicht auf die Hoffnung, vielleicht Nachfolger Napoleons zu werden — ihn beeinflußt hat. Doch ist die Auffassung, wonach dieses Motiv überhaupt nicht mitgewirkt habe, entschieden abzuweisen (vgl. unten).

durch Franken marschierend Napoleons Verbindungen zu stören, schwer zu verhindern. Napoleon fand aber den Entschluß nicht rechtzeitig, die Stellung bei Dresden aufzugeben. Er machte vielmehr weitere Vorstöße, teils gegen Blücher, teils gegen Schwarzenberg, die zu nichts Erheblichem führten. Tief verstimmt kehrte er von dem letzten zurück. Erst auf die Nachricht hin, daß Bernadotte endlich den Elbübergang plane, und daß Blücher, der ihm gegenüberstand, nach Norden abmarschiere, gab er nun das rechte Elbufer preis (24. September) und zog auf das linke zurück, aber ohne noch Dresden zu räumen. Er erwartete den Übergang Blüchers an einer falschen Stelle und so konnte dessen Unterführer Yorck am 3. Oktober bei Wartenburg den Übergang erzwingen, während Bernadotte am 4. und 5. bei Dessau den Fluß überschritt. Hierauf vereinigten sich die beiden Heere. Damit war die Gefahr gegeben, daß alle drei feindlichen Armeen sich in Napoleons Rücken zusammenschlossen. Es war hohe Zeit, daß er zurückging. Er teilte aber sein Heer, schickte Murat vor Leipzig gegen Schwarzenberg, während er selbst die schlesische und die Nordarmee aufzusuchen und zu schlagen beabsichtigte. Diese beiden Armeen aber wichen Napoleon aus, so daß er die ersehnte Schlacht nicht fand. So beschloß er denn am 13. Oktober, auf die Nachricht hin, daß Schwarzenberg sich Leipzig energisch nähere, dorthin zurückzugehen und die Hauptarmee zu schlagen, ehe Blücher und Bernadotte zur Stelle sein könnten. Dabei überschätzte er die Entfernung der beiden letzteren von Leipzig. Am 14. zog er in Leipzig ein. Am 15. traf Schwarzenberg südlich von Leipzig ein, wie kaum zu bezweifeln ist[1]) mit der Absicht, eine große Schlacht zu liefern. Am 16. begann die dreitägige Schlacht (16., 18. und 19. Oktober). Am ersten Tage wurde hauptsächlich an zwei verschiedenen Stellen gekämpft: einerseits südlich und südöstlich von Leipzig, bei Wachau, Markkleeberg und Kulmberg. Hier wurde der Angriff der Verbündeten abgeschlagen. Doch konnte Napoleon seinen Sieg nicht ausnutzen, weil er sich nicht, wie er hoffte, durch Truppen verstärken konnte, die nördlich von Leipzig standen, da wider Erwarten Blücher im Norden der Stadt erschien. Hier kämpfte Marmont bei Möckern mit einer Minderzahl heldenmütig gegen Blücher, wurde aber zurückgedrängt. Das Resultat der Kämpfe des 16. war, daß die Vereinigung der drei feindlichen Armeen nun nicht mehr zu hindern war. Napoleon benutzte aber den 17. nicht zum Abzug, sondern zu einem letzten Versuch, durch Verhandlungen zum Ziele zu gelangen. Er schickte den Grafen Merveldt, mit dem er vor 16 Jahren die Präliminarien von Leoben abgeschlossen hatte, und der jetzt von ihm gefangen genommen worden war, zu seinem Schwiegervater und schlug einen Waffenstillstand vor; er bot Rückzug über die Saale, Rückgabe Hannovers und der deutschen Nordseeküste, teilweisen Verzicht auf den Rheinbund, Verzicht auf Warschau, Spanien und vielleicht Holland. Diese Bedingungen hätten wohl in

[1]) Doch s. Caemmerer a. a. O., S. 75 ff.

Prag genügt, Österreich friedlich zu stimmen. Jetzt wurde Napoleon zunächst überhaupt keiner Antwort gewürdigt; freilich hatte er unter seinen Bedingungen auch ein einiges Italien, d. h. ein Italien frei von österreichischem Einfluß, genannt! Am 17. vollzogen inzwischen die Verbündeten ihre Vereinigung. Napoleon ließ am 18. früh durch Bertrand die Rückzugsstraße nach Weißenfels offenhalten. Er selbst stand in großem Bogen im Osten und Süden von Leipzig mit nur etwa 145 000 Mann gegen ungefähr die doppelte Übermacht der Verbündeten. Er kämpfte am 18. um seine Rettung, seinen Rückzug; dennoch dürfte die Bezeichnung der Schlacht als eines riesenhaften Rückzugsgefechtes verfehlt oder wenigstens einseitig sein, da Napoleon bei einem großen Sieg den Gedanken an Rückzug zweifellos aufgegeben hätte. Am stärksten tobte der Kampf am rechten Flügel der französischen Aufstellung bei Dölitz und Probstheida, wo Napoleon glücklich führte — hier hat sich der Pole Poniatowsky besonders ausgezeichnet —, während Regnier und Marmont bei Paunsdorf von Bennigsen völlig geschlagen wurden, und Bernadotte im Osten der Stadt Ney zurückwarf. Aber infolge des Sieges bei Dölitz konnte Napoleon am Abend des Tages nicht weniger als 100 000 Mann unbemerkt auf die Straße nach Weißenfels retten. Am 19. erfolgte die Erstürmung Leipzigs, das von wenigen Truppen heldenhaft verteidigt wurde. Die große Entscheidung war gefallen.

Napoleon marschierte eilig auf den Main und Mainz. Die Verfolgung von Seiten der Verbündeten war ungenügend, trotzdem waren seine Marschverluste ungeheuer; bei Hanau suchte am 30. Oktober ein neuer Feind ihm den Weg zu verlegen: der bayerische General Wrede. B a y e r n hatte sich, nachdem schon vorher Westfalen durch vorübergehende Eroberung vom Rheinbund losgelöst war, nach zähen und langen Verhandlungen (10. September bis 8. Oktober) zwischen Wrede und dem österreichischen Feldzeugmeister Fürsten Reuß endlich von Napoleon losgesagt. Max Joseph war schwer zu dem Schritt zu bewegen gewesen, während die Umgebung des Königs und der Adel des Landes zum guten Teil leidenschaftlich für den Eintritt in den Kampf auf der Seite der Verbündeten war. In dem für Bayern sehr günstigen Vertrag von R i e d vom 8. Oktober versprach König Max Joseph 36 000 Mann, unter eigenem Oberbefehl, zu stellen, ferner an Österreich so viel Land abzutreten, daß eine gute militärische Grenze entstehen könne; bestimmteres war darüber nicht gesagt; doch war u. a. die Abtretung Tirols damit gemeint, das die Österreicher auch sofort besetzten. Dafür verpflichtete sich Österreich, wenn nötig mit den Waffen, für ausreichenden Ersatz an Land, das mit dem bayerischen Staatsgebiet zusammenhängen mußte, zu sorgen. Der Vertrag war für Bayern auch besonders deshalb sehr wichtig, weil er fürs erste die österreichischen Eroberungspläne Bayern gegenüber unmöglich machte. Durch den Vertrag von Ried war der Rheinbund gesprengt und der Austritt Württembergs und Badens nun nur noch eine Frage der Zeit. Wrede hatte dann nach der Schlacht bei Leipzig zunächst Württemberg zum Beitritt zur Sache der

Koalierten und zur Stellung von 4 bis 5000 Mann gewonnen[1]). Dann machte er den schon genannten Versuch, Napoleon den Weg zu verlegen. Hierbei wurde er nun aber, nach ausdauernder Gegenwehr, persönlich schwer verwundet, empfindlich abgewiesen. Am 2. November kam Napoleon mit noch etwa 90 000 Mann seiner von Seuchen heimgesuchten Armee in Mainz an, wo er, von den Verbündeten unbehelligt, noch bis zum 7. bleiben und eine Fülle von Anordnungen treffen konnte. Am 9. war er wieder in St. Cloud. Hier wurde er sehr bald abermals vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt: es trat die Frage an ihn heran, ob er versuchen sollte, um das Ganze, oder wenigstens das Prinzip seiner Herrschaft weiter zu kämpfen, oder ob er einen, nach seinen Begriffen bescheidenen und gewiß für ihn persönlich demütigenden Frieden schließen sollte. Von Frankfurt aus schickten nämlich die Verbündeten einen gefangenen französischen Diplomaten, Saint-Aignan, zu ihm, der eine Woche nach Napoleon in Paris eintraf. Dieser brachte die Antwort auf die durch Merveldt vor der Entscheidungsschlacht gemachten Vorschläge Napoleons. Österreich schlug durch Saint-Aignan im Namen der Verbündeten — freilich war Preußen nicht wirklich gefragt worden —, und zwar auch Englands, einen Friedenskongreß vor, auf der Grundlage der natürlichen Grenzen, »Rhein, Alpen, Pyrenäen«, und unter Rückgabe der meisten eroberten französischen Kolonien durch England. Hinzugefügt war freilich, daß der Krieg während der Verhandlungen weitergehen müsse. Allein diese gegen einen Napoleon erwünschte Vorsichtsmaßregel bedeutete bei den Verhältnissen im Lager der Verbündeten — der Zar vor allem war damals energisch gegen den Einmarsch in Frankreich — für den Augenblick kaum eine ernstliche Gefährdung Napoleons. Wie der Vorschlag von Österreich ausging, so entsprach er auch durchaus den Wünschen dieser Macht, die dem drohenden Übergewicht Rußlands durch ein starkes Frankreich entgegentreten wollte. Für das Land Frankreich bedeutete der Vorschlag neben dem heiß ersehnten Frieden gegenüber den Grenzen von 1789 einen außerordentlichen Machtzuwachs. Trotzdem nahm Napoleon die Friedensbasis nicht an, sondern er ging in seiner Antwort vom 16. November lediglich auf den Kongreß an sich ein und schlug Mannheim als Ort vor, ohne die Vorschläge, die Saint-Aignan überbracht hatte, im einzelnen zu erwähnen. Man konnte sie als, mit Rücksicht auf die friedliche Stimmung Frankreichs in milder Form, abgelehnt betrachten. Man wird in diesem Schritt, der bekundete, daß er für das Prinzip seiner Herrschaft auch unter ungünstigen Bedingungen zu kämpfen geneigt sei, einen schweren Fehler Napoleons sehen, auch wenn man zugibt, daß er wahrscheinlich bei einem Frieden nicht die ganzen natürlichen Grenzen, wie Frankreich sie verstand, erhalten hätte.

Eine von der oben vorgetragenen abweichende Meinung wird von mehreren namhaften Forschern vertreten und vor allem von Sorel begründet: es sei nämlich

---

[1]) Am 2. November 1813 kam ein Vertrag zwischen Österreich und Württemberg zustande, wonach letztere Macht 12 000 Mann stellte.

Metternich mit dem Vorschlag gar nicht ernst gewesen; er habe Napoleon nur eine Falle stellen wollen; die natürlichen Grenzen hätte dieser nicht erhalten, auch wenn er die Bedingungen Saint-Aignans angenommen hatte, und er habe dementsprechend mit seiner Ablehnung klug gehandelt. Demgegenüber ist aber der oben angegebene Grund für Metternichs Verhalten durchschlagend. Schwieriger liegt die Sache allerdings mit Bezug auf die Verbündeten Österreichs. Zwar war der Zar damals für die natürlichen Grenzen zu haben; dagegen nannte Hardenberg die Bedingungen Saint-Aignans »tolles Zeug« und Castlereagh desavouierte seinen Gesandten und ließ ihn am 27. November einen Protest gegen Metternichs Friedensbasis einreichen. Allein waren diese Widerstände nicht durch die beiden Kaiser zu überwinden? Es ist ferner zuzugeben, daß der Begriff »natürliche Grenzen« dehnbar war. Gehörte Belgien dazu? Und angesichts des englisch-preußischen Widerstandes war es gewiß anzunehmen, daß man ihm eine für Frankreich ungünstige Definition geben, daß man von den natürlichen Grenzen nach der französischen Auffassung des Begriffs etwas abhandeln würde. Allein, trotz alledem, wäre es von Napoleon klüger gewesen, die Friedensbasis anzunehmen, als in einem nahezu hoffnungslosen Kampf alles gegen alles einzusetzen.

Napoleon hatte längst begonnen, abermals in großem Stil unter den äußersten Schwierigkeiten zu rüsten. Der gesetzgebende Körper, der eine Adresse eingereicht hatte, in der der Wunsch nach Frieden und verfassungsmäßiger Regierung einen starken Ausdruck fand, wurde am 1. Januar 1814 vorzeitig geschlossen. Die Aushebung verursachte unendliche, großenteils vergebliche Mühe. Die Stimmung im Lande war überaus schlecht. Dazu kam, daß die Außenposten seiner Stellung fast sämtliche verloren waren: Holland fiel ab. Der Rheinbund war dahin. Auch Baden war durch einen Vertrag vom 20. November 1813 der Koalition beigetreten. Spanien war verloren. Hier hatte Wellington weiterhin im Ganzen siegreich gekämpft und 1812 einen großen Sieg bei Vittoria erfochten. Jetzt im Frühjahr 1814 wurden die letzten französischen Truppen aus der Halbinsel hinausgedrängt. Die Haltung des eigenen Schwagers, des Königs von Neapel, Murat, der in der Hoffnung, sein Reich vielleicht auch nach dem Sturz Napoleons behalten zu können, eine Annäherung an Österreich erstrebte, war mehr als zweideutig. Am 11. Januar 1814 trat er tatsächlich der Koalition bei, wogegen Österreich ihm sein Gebiet garantierte, das sogar bedeutend vergrößert werden sollte.

Die Verbündeten hatten schließlich dennoch beschlossen, den Krieg nach Frankreich hinein fortzusetzen. Ende November wurde ein Manifest erlassen, das auf die Stimmungen der Franzosen berechnet war und vom Kaiser an das Volk appellierte. Nach langem und peinlichem Schwanken kam dann schließlich folgender Operationsplan zustande: die Nordarmee unter Bernadotte erobert Holland und bedroht die linke Flanke des Feindes; die Blüchersche Armee überschreitet den Mittelrhein; die Hauptarmee aber marschiert durch die Schweiz nach Frankreich hinein und besetzt das Plateau von Langres. Diese Abweichung von dem geraden Wege beruhte auf einer ganzen Reihe von Erwägungen militärischer und politischer Natur. Da wirkte mit die Rücksicht auf die Schweiz; der Gedanke, sich weiter südlich leichter mit der italienischen Armee Österreichs vereinigen zu können und Wellington näher zu sein; ferner die nicht unrichtige Erwägung, daß

durch ein dortiges Vorrücken Napoleon die Aushebung und Rüstung im ganzen Süden seines Reiches unmöglich gemacht werden könne. Die wohl entscheidendste, und zwar falsche, Erwägung aber war militärischer Natur: das Plateau, so meinte man, habe hohen Wert als »Schlüsselpunkt«; es liegt in der Tat hoch (1626 Fuß) und vor allem entspringen hier die vier wichtigen Flüsse Aube, Maas, Marne, Seine. Wer ihre Quellen habe, so argumentierte man nun, könne verhindern, daß der Feind sich hinter ihnen verteidige, d. h. Nordfrankreich, einschließlich von Paris, sei den Verbündeten preisgegeben, wenn sie sich auf dem Plateau festgesetzt hätten. Hierzu kam eine spezifisch-österreichische politische Erwägung: finde sich Napoleon, den Kaiser Franz und Metternich damals keineswegs stürzen wollten, dieser militärischen Lage gegenüber, so würde er zu erwünschten Bedingungen Frieden schließen. Beruhte der letztere Gedanke zu allem übrigen noch auf falscher psychologischer Einschätzung, so entsprang der ganze Plan militärisch den veralteten Anschauungen der Strategie des 18. Jahrhunderts. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß er auch seine Vorteile hatte, und daß ein energisch unternommener Vernichtungsfeldzug den politischen Intentionen des Wiener Kabinetts gar nicht entsprach.

In der Neujahrsnacht 1813 auf 1814 begann das Blüchersche Heer in einzelnen Abteilungen zwischen Mannheim und Koblenz über den Rhein zu gehen. Die Nordarmee trat am 13. Januar 1814 bei Düsseldorf den Vormarsch über den Rhein an. Bernadotte war nicht mehr bei ihr, sondern er verfolgte seine persönliche Politik. Gern sich der Beteiligung an dem Feldzug gegen Frankreich enthaltend, dessen Herrscher er zu werden hoffte, zog er mit einem Teile der Truppen gegen Dänemark, das er am 14. Januar 1814 im Frieden zu Kiel zwang, Norwegen an Schweden abzutreten. Die Hauptarmee war zum größten Teil schon in der zweiten Dezemberhälfte zwischen Basel und Schaffhausen übergesetzt, um dann rechts zu schwenken und in langsamen Märschen durch die Schweiz und über den Jura Langres zu erreichen. Bald aber wurden die Verhältnisse innerhalb der Koalition höchst kritisch. Es fand im Gemüt des Zaren ein Umschwung statt. Er hatte sich in den letzten Wochen ganz den Ideen Metternichs angeschlossen. Jetzt wurde er, erzürnt über die Besetzung der Schweiz, höchst feindselig gegen ihn; er wandte sich wieder den Ideen Steins zu und verlangte energisch die Absetzung Napoleons, an dessen Stelle sein Verbündeter von Åbo, Bernadotte, treten mochte, dessen bewegliche Nachbarschaft ihm unbequem war, den er dagegen gern als dankbaren Freund auf dem französischen Throne gesehen hätte. Als Metternich Kenntnis von diesen Gedankengängen zuteil wurde, ließ Kaiser Franz sofort Schwarzenberg Halt machen und die Friedensidee wurde nun energischer verfolgt. Metternich gewann den englischen Minister des Auswärtigen, der nunmehr persönlich im Lager der Verbündeten zugegen war, für die Belassung Napoleons auf dem Throne, mußte dafür freilich die Idee der natürlichen Grenzen Frankreichs fallen und an ihre Stelle die Grenzen von

1792 treten lassen. Friedrich Wilhelm III. erhielt die Zusage, daß Österreich nicht gegen die Erwerbung Sachsens durch Preußen sein werde und wurde so für die österreichische Politik gewonnen. Durch diese diplomatisch meisterhafte Haltung Metternichs sah sich der Zar sehr bald isoliert, und er mußte zugeben, daß Friedensverhandlungen mit Napoleon angeknüpft wurden, wobei er freilich durchsetzte, daß während dieser weitergekämpft werden sollte. In Langres wurden Ende Januar Konferenzen abgehalten, in denen in aller Form der Entschluß gefaßt wurde, auf einem Kongreß zu Châtillon mit Napoleon wegen des Friedens zu verhandeln.

Napoleon hatte mit geringen Truppen den Feldzug gegen einen Teil der schlesischen Armee eröffnet, den Blücher vom Mittelrhein her in südwestlicher Richtung nach Frankreich hineinführte, um womöglich durch einen Vormarsch von da aus die Hauptarmee zum schnelleren Vorrücken auf Paris zu veranlassen. Am 29. Januar 1814 wurde er aber von Napoleon bei Brienne geschlagen. Er marschierte dann auf die Hauptarmee zu, die ihn von Bar-sur-Aube aus bedeutend verstärkte. Sehr stark in der Überzahl, schlugen die Verbündeten nun Napoleon bei La Rothière (1. Februar). Doch war die Verfolgung mangelhaft, und das französische Heer entkam nach Troyes. Die Niederlage hatte die politische Folge, daß Napoleon auf den Wunsch der Verbündeten einging und in der Tat Caulaincourt in Châtillon mit ihnen verhandeln ließ. Es zeigte sich nun in der Folge die engste Wechselwirkung zwischen der militärischen Lage und Napoleons Haltung in den Verhandlungen, wobei er mehrfach in merkwürdiger Kurzsichtigkeit sich durch einzelne Siege über das Verzweifelte seiner Gesamtlage hinwegtäuschen ließ. Nach der Schlacht bei La Rothière war er vorübergehend zu allen notwendigen Opfern bereit, wenn auch halb unsicher, ob es nicht größer sei, unterzugehen, als einen demütigenden Frieden zu schließen. Allein diese Stimmungen wurden abgelöst durch die größte Zuversicht, als dem Kaiser wiederum einige glänzende Siege gelangen. Blücher und Schwarzenberg marschierten getrennt auf Paris. Auf ersteren warf sich nun Napoleon und schlug ihn oder einzelne seiner Korps vom 10. bis 14. Februar in einer Reihe glänzender Gefechte in der Gegend von Montmirail. Diese hat er freilich insofern überschätzt, als er meinte, den Widerstand Blüchers auf lange Zeit gebrochen und wohl auch dem Vormarsch Schwarzenbergs dauernd Halt geboten zu haben. Die kriegerischen Ereignisse nun hatten naturgemäß den größten Einfluß auch auf die Haltung der Verbündeten in Châtillon. Sie hatten die Schlacht bei La Rothière überschätzt, ja als Entscheidungsschlacht des Krieges aufgefaßt und daraufhin Caulaincourt erklärt, nicht bestimmt versprechen zu können, daß sie Frieden schließen würden. Am 9. Februar brach der Zar die Verhandlungen seinerseits ganz ab. An demselben Tage aber begannen seine Verbündeten auf die Nachricht von neuen Rüstungen, die Feindseligkeit der Bevölkerung und andere Momente hin, schon wieder kleinmütiger zu werden. Als daher Caulaincourt am 9. Waffenstillstand und die Grenzen von 1792 bot,

neigten drei der verbündeten Mächte zum Frieden mit Napoleon, während der Zar auf Paris marschieren wollte und wieder an die Beseitigung Napoleons, und zwar nunmehr unter Zurückführung der Bourbonen dachte. Auf die Nachrichten von den ersten jener oben genannten Siege Napoleons über Blücher hin trat er aber seinen Verbündeten bei. Nun aber drängten sich die einzelnen Berichte über alle jene fünftägigen Niederlagen Blüchers. Schwarzenberg bat daraufhin, völlig entmutigt, in einem Schreiben an Berthier vom 17. Februar um Waffenstillstand. Als er keine Antwort erhielt, begann er den Rückmarsch und zog bis Troyes. Die Verhandlungen von Châtillon begannen nun von neuem. Am 17. verlangten die Mächte von Caulaincourt als Bedingungen eines Präliminarfriedens die Grenzen von 1792 und fürs erste die Räumung aller Festungen, die Napoleon noch außerhalb Frankreichs, vornehmlich in Deutschland, besetzt hielt, aber auch von Hüningen, Belfort und Besançon. Diesen Vorschlag wies Napoleon, gehoben durch seine Siege, durch die Bitte des Feindes um Waffenstillstand und den beginnenden Rückzug der feindlichen Hauptarmee, entrüstet ab. Zum Glück gestatteten die Verbündeten Blücher auf seinen Wunsch hin am 25. Februar 1814, den Rückzug nicht mitzumachen, sondern sich nach Norden zu wenden, wo er sich, etwa bei Meaux, mit Teilen der Nordarmee zu vereinigen gedachte. Schwarzenberg dagegen setzte, in der Meinung, daß Napoleon mit seinem ganzen Heer hinter ihm her marschiere, den Rückzug fort. Napoleon aber war in Wirklichkeit hinter Blücher hergezogen, während er Schwarzenberg nur durch die beiden Marschälle Oudinot und Macdonald mit je einem Korps verfolgen ließ. Sobald der Führer der Hauptarmee diesen Sachverhalt merkte, machte er auf seinem Rückzug Halt, schlug die beiden Gegner bei Bar-sur-Aube (27. Februar) und marschierte wieder vorwärts. War hier die eine Hoffnung Napoleons enttäuscht worden, so scheiterte auch die zweite. Blücher entkam der Erdrückung durch Napoleon, indem er auf Soissons auswich, und er bewerkstelligte überdies in der Tat seine Vereinigung mit Teilen der Nordarmee unter Wintzingerode und Bülow. Ein Angriff auf den also bedeutend verstärkten Blücher bei Laon am 9. März, der in äußerst ungünstiger Stellung unternommen worden war, scheiterte und Napoleon erlitt sehr schwere Verluste. Allein infolge einer Erkrankung Blüchers und anderer widriger Verhältnisse in seiner Armee wurde auch dieser Sieg nicht ausgenutzt.

Inzwischen hatte sich die Lage endlich politisch geklärt. Auf die Ablehnung der Präliminarfriedensbedingungen der Verbündeten war ein Brief Napoleons an seinen Schwiegervater gefolgt (21. Februar), in dem er die Frankfurter Bedingungen, d. h. die natürlichen Grenzen, als Ultimatum bezeichnete. Allein die Verbündeten dachten trotz aller Depression nicht daran, darauf einzugehen. Vielmehr wurde Caulaincourt in Châtillon am 28. aufgefordert, er möge bis zum 10. März 1814 Vorschläge übergeben, die denen von ihm am 9. Februar gemachten — Grenzen von 1792! — ähnlich seien. Als die Verbündeten dann die

Gewißheit erlangt hatten, daß solche Vorschläge nicht erfolgen würden, gingen sie weiter. Am 9. März wurde zu Chaumont ein weiterer wichtiger Subsidienvertrag zwischen England und den drei Verbündeten geschlossen mit dem Zweck, unter allen Umständen die Grenzen von 1792 und die Freiheit Deutschlands, Hollands, der Schweiz, Italiens und Spaniens durchzusetzen. Jede der vier Mächte versprach zu dem Zweck 150000 Mann zu stellen.

Die Vorschläge, die dann Caulaincourt auf Befehl Napoleons einreichen mußte, — der, entweder in vollkommener Verkennung der Machtverhältnisse oder aber in der heroischen Stimmung, lieber alles zu wagen, als einen allzu demütigenden Frieden zu schließen, von unglaublicher Halsstarrigkeit war, — erreichten nicht einmal die Frankfurter Bedingungen: denn nicht nur die natürlichen Grenzen fanden sich darin, sondern auch die Forderung Italiens für Eugen Beauharnais. Das war trotz aller Friedensstimmung Metternichs unannehmbar. Am 19. März ging der Kongreß auseinander. Napoleons letzte Aussicht auf Fortführung seiner Herrschaft war dahin.

Auf die Nachricht von Laon hin entschloß sich endlich Schwarzenberg, der längst wieder stehen geblieben war, zu energischem Vormarsch. Napoleon, der in Rheims war, versuchte nun durch ein überaus kühnes Unternehmen das Vorrücken des Feindes aufzuhalten: er warf sich in den Rücken, auf die rückwärtigen Verbindungen der Verbündeten. Bei diesem Versuch wurde er am 20./21. März bei Arcis-sur-Aube von der Hauptarmee empfindlich geschlagen. Trotzdem setzte er, an jenem Gedanken festhaltend, den Marsch nach Osten fort. Aber das Glück verließ ihn; es wurden Briefe aufgefangen, die die trostlose Lage, auch der Hauptstadt, dartaten. Es kam die Nachricht, daß die siegreichen Engländer von Spanien aus Bordeaux genommen hatten. So ließ sich die Hauptarmee nicht verlocken, Napoleon zu verfolgen, sondern sie marschierte weiter auf Paris. Endlich am 28. März, entschloß sich Napoleon umzukehren, um die Hauptstadt zu retten. Er eilte, zuletzt ganz ohne Truppen, nach Westen. Am Abend des 30. war er in Fontainebleau. Die Verbündeten hatten aber schon vor ihm Paris erreicht, das zur Verteidigung ganz ungenügend vorbereitet war. Am 30. kam es vor der Stadt zu einer letzten Schlacht, an der hauptsächlich Preußen beteiligt waren; sie endigte mit einem Siege der Angreifer. Schon vorher war die Kaiserin mit dem König von Rom, zuletzt auch Joseph Bonaparte, geflohen. Am Abend desselben Tages überlieferte der Marschall Marmont durch eine Kapitulation Paris den Verbündeten. Am 31. zogen der Zar und Friedrich Wilhelm III. in die Stadt ein, während Kaiser Franz sich fernhielt. Nun wußte vor allem Talleyrand den Zaren, der die Kandidatur Bernadotte noch nicht ganz hatte fallen lassen, endgültig für die Bourbonen zu gewinnen. In Paris ließen die gesetzgebenden Körperschaften und der größte Teil der Beamten und Offiziere des Empire ihren Herrn im Stich. Der Senat setzte ihn am 2. April ab. Napoleon seinerseits hatte noch am 31. März Frieden mit den in Châtillon gewünschten Bedingungen vorgeschlagen — er bot regel-

mäßig das, was er wenige Wochen vorher hätte erlangen können und annehmen sollen, zu spät an —, die aber natürlich abgelehnt wurden. Ein zweiter Gedanke war die Abdankung zugunsten des Königs von Rom und der Regentschaft Marie Louises. Dieser Vorschlag kam am 4. April an Alexander mit der Mitteilung, die Armee werde nie für einen Bourbonen zu haben sein. In der folgenden Nacht aber griff Marmont, im Einvernehmen mit Talleyrand, durch Verrat an der Sache des Kaisers entscheidend ein: er ließ seine Truppen zu den Österreichern hinüberführen. Daraufhin forderte Alexander die bedingungslose Abdankung. Napoleon aber glaubte noch immer, sich halten zu können; er gedachte den Widerstand im Süden Frankreichs fortzusetzen. Allein nun weigerten sich seine Generäle mitzumachen. So von allen Seiten im Stich gelassen, dankte er am 6. April bedingungslos ab. Am 11. und 13. wurde der Vertrag von Fontainebleau von Napoleon und den Verbündeten unterzeichnet, worin der Thronverzicht wiederholt war und wonach der Kaiser souveräner Fürst von Elba wurde, wohin er sich eine Woche darauf begab.

Es war inzwischen bald klar geworden, daß nur Ludwig XVIII. für die Krone in Frage käme. Am 6. April hatte der Senat in einer neuen Verfassungsurkunde ihn »durch freien Entschluß« des französischen Volkes auf den Thron Frankreichs berufen. Die verbündeten Monarchen waren ebenfalls für ihn gewonnen. Am 12. April hielt der Graf von Artois an Stelle des erkrankten Königs unter unbeschreiblichem Jubel seinen Einzug. Am 3. Mai folgte Ludwig XVIII. selbst.

Mit ihm war inzwischen schon am 30. April der erste Pariser Frieden von den Verbündeten geschlossen worden. Am 4. Juni wurde er veröffentlicht. Das Prinzip dieses Friedens war, daß Frankreich weder in Europa noch in den Kolonien wieder ein Übergewicht erlangen dürfe. Doch erhielt das Land für seine verzweifelte Lage noch recht günstige Bedingungen, und zwar im allgemeinen die Grenzen von 1792, einschließlich der früher päpstlichen Gebiete Avignon und Venaissin; dazu kamen aber auf Kosten Deutschlands und Savoyens noch einige Landstriche, wie Mömpelgard, Saarlouis, Landau und Chambéry. Von den eroberten Kolonien Frankreichs behielt England nur die wertvollen Inseln Ile de France, Tabago und Santa Lucia. Frankreich brauchte keine Kriegsentschädigung zu bezahlen und behielt die erbeuteten Kunstgegenstände. Trotzdem war im Lande die Beurteilung dieses Friedens naturgemäß äußerst ungünstig, wie auch die neue Regierung sich anfangs in der Illusion befunden hatte, viel mehr — nämlich Luxemburg oder einen Gürtel belgischer Festungen — zu erhalten. Die Mißstimmung über den vermeintlich ungünstigen Frieden ward eines der Momente, welche die Regierung des klugen Ludwigs XVIII. von vornherein erschwerten. Demütigend war in der Tat auch die Bestimmung, daß, während die Verhältnisse des französischen Gebiets von den siegreichen Verbündeten in Paris festgelegt wurden, die Ordnung und Neukonstituierung des übrigen Europa einem Kongreß vorbehalten blieb, der in Wien zusammentreten sollte.

§ 6. Die Neuregelung der Verhältnisse Europas. Der Wiener Kongreß. Der Feldzug von Waterloo. Rückblick und Ausblick.

J. L. Klüber, Akten des Wiener Kongresses i. d. J. 1814 u. 1815. 9 B. Erlangen 1815—1835. Ders., Übersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses und insonderheit über wichtige Angelegenheiten des Teutschen Bundes. Frankfurt a. M. 1816. G. de Flassan, Histoire du congrès de Vienne. 3 B. Paris 1829 (deutsche Übers. vorhanden). Cte d'Angeberg, Le congrès de Vienne et les traités de 1815. 4 B. Paris 1864. Correspondance inédite du prince de Talleyrand et du roi Louis XVIII pendant le congrès de Vienne, p. p. G. Pallain. Paris 1881 (deutsche Übers. v. P. Bailleu vorhanden). Correspondance du comte de Jaucourt avec le prince de Talleyrand pendant le congrès de Vienne, p. p. son petit-fils. Paris 1905. Correspondance diplomatique du comte Pozzo di Borgo, ambassadeur de Russie en France, et du comte de Nesselrode 1814—1818, p. p. le comte Ph. Pozzo di Borgo. 2 B. Paris 1890. 97. A. Schmidt, Geschichte der deutschen Verfassungsfrage während der Befreiungskriege und des Wiener Kongresses 1812—1815. A. d. Nachlasse hgg. von A. Stern, Stuttgart 1890. A. v. Arneth, Joh. Frhr. v. Wessenberg. 2 B. Wien 1897. Hans Frhr. v. Gagern, Mein Anteil an der Politik. 5 B. Stuttgart und Leipzig 1823—1845 (B. 2 u. 5 kommen für den vorliegenden Abschnitt in Betracht). A. Duncker, Der Freiherr vom Stein und die deutsche Frage auf dem Wiener Kongresse. Hanau 1873. F. Troska, Die Publizistik zur sächsischen Frage auf dem Wiener Kongresse. Halle 1891. C. v. Clausewitz, Der Feldzug von 1815 in Frankreich. Berlin 1835 (H. W. 8). F. C. F. Frhr. von Müffling, gen. Weiß, Aus meinem Leben. Berlin 1851. Auszug a. d. hinterlassenen Papieren des Generalfeldmarschalls Frhrn. v. Müffling, gen. Weiß, im Militär-Wochenblatt 1865, Beiheft. Die Rechtfertigungsschriften Grouchys bei Fournier, Napoleon I, III², 413. H. Houssaye, 1815. In drei Teilen: I. La première restauration. Le retour de l'île d'Elbe. Les cent jours. Paris 1893. II. Waterloo. Paris 1898. III. La seconde abdication. La terreur blanche. Paris 1905. Alle drei Teile haben überaus zahlreiche, mehrfach verbesserte Auflagen erlebt. Deutsche Übers. vorhanden. J. v. Pflugk-Harttung, Vorgeschichte der Schlacht bei Belle-Alliance. Berlin 1903. F. de Bas, Prins Frederik der Nederlanden. 3 B. 1896 ff. F. de Bas u. J. de Tserclaes de Wommerson, Campagne de 1815 aux Pays-Bas d'après les rapports officiels néerlandais. 3 B. Paris 1908. A. F. H. Schaumann, Geschichte des zweiten Pariser Friedens. Aus Aktenstücken. Göttingen 1844. R. Pauli, Geschichte Englands seit den Friedensschlüssen von 1814 und 1815. 3 B. Leipzig 1864—1875. (Nur B. I kommt hier in Frage.) Zur Frage des Erwerbes des Elsaß und von Teilen Lothringens vgl. die Literatur bei K. Jacob, Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens. Straßburg 1905. S. 3*—5*. Über Napoleon auf S. Helena s. die Literatur bei Fournier, Napoleon I., III², 415—417. R. C. Seaton, Napoleons Captivity in relation to Sir Hudson Lowe. London 1903.

Die noch immer weit verbreiteten abfälligen Urteile über die Leistungen der Diplomaten auf dem Wiener Kongreß tragen den ungeheuren Schwierigkeiten nicht Rechnung, mit denen sie zu kämpfen hatten. Die Aufgaben des Kongresses waren an sich schon sehr groß, es kam aber bei den zwei wichtigsten von ihnen noch eine Fülle besonderer Verhältnisse hinzu, welche ihre Lösung erschwerten. Diese beiden wichtigsten Aufgaben waren einerseits die Regelung der Gebietsverhältnisse, andererseits die Herstellung einer Verfassung für Deutschland. Auf dem ersteren Gebiete galt es nach der unglaublichen

Verwirrung, welche die Napoleonische Zeit auch in diesen Dingen gebracht hatte, wieder normale Zustände zu schaffen. In den Gebietsfragen fanden aber doch noch höhere politische Gedanken ihren Ausdruck, nämlich die Ideen der einzelnen Mächte über das europäische Gleichgewicht, oder die Machtfülle, die den anderen Reichen einzuräumen war. Gerade hierdurch aber ergaben sich ganz von selbst zahlreiche Konflikte. Da kamen z. B. die Bemühungen Englands und Österreichs in Betracht, den russischen Einfluß, der drohte, an die Stelle des französischen zu treten, zurückzudämmen. Bei Österreich kam der Wunsch hinzu, seinem alten preußischen Rivalen nicht allzuviel Zuwachs zu gönnen. Hieraus ergab sich ganz von selbst eine langdauernde Gruppierung von Mächten, welche sowohl dem Frieden wie dem Fortschreiten der Kongreßarbeiten höchst bedrohlich wurde. Erschwert wurde die Regelung der Gebietsfragen auch noch dadurch, daß die Mächte nicht frei waren. Es lagen vorhergehende, zum Teil geheime Abmachungen vor. Geheime Artikel des Vertrages von Chaumont und des ersten Pariser Friedens konnten deswegen freilich eher als förderlich angesehen werden, weil die vier verbündeten Großmächte sämtlich durch sie verpflichtet waren, und in letzterem Falle auch Frankreich seine Zustimmung erteilt hatte. Anders aber lag die Sache mit Bezug auf besondere Abmachungen zweier Mächte, wie z. B. den Vertrag von Ried zwischen Österreich und Bayern, oder vor allem das Bündnis von Kalisch zwischen Preußen und Rußland. Neben diesen allgemeinen Schwierigkeiten ergaben sich dann naturgemäß im einzelnen die mannigfaltigsten Reibungen, so daß auf diesem Gebiet die Arbeit des Kongresses überaus dornenvoll war.

Die drei schwierigsten Gebietsfragen waren die polnische, die sächsische und die neapolitanische. Der Zar wünschte fast ganz P o l e n, d. h. zu Russisch-Polen noch den größten Teil des Großherzogtums Warschau zu erhalten, damit Rußland »endlich eine europäische Macht werde«. England und Österreich aber wollten gerade diesen Vorstoß Rußlands nach Westen nicht dulden. Preußen wünschte ganz S a c h s e n zu erwerben, das allzu lange bei Napoleon ausgeharrt hatte, und dessen König von den Verbündeten gefangen genommen worden war. Der Zar war dafür ohne weiteres zu haben, denn eben durch Sachsen sollte Preußen für seinen früheren polnischen Besitz entschädigt werden; auch England war anfangs nicht dagegen, ebensowenig Metternich. Allein der Vertreter Frankreichs, dessen König der Sohn einer sächsischen Prinzessin war, verstand es, den Plan zu hintertreiben. Schließlich gelang es, sogar England auf diese Seite herüberzuziehen. Der König Joachim Murat von N e a p e l war, wie oben dargelegt wurde, von Napoleon abgefallen und hatte sich durch einen Vertrag mit Österreich verbündet. Österreich war nun ganz loyal bestrebt, ihm seinen Thron zu erhalten, England dagegen wünschte, die legitime Dynastie, die auf der Insel Sizilien weiterregiert hatte, auch nach Neapel zurückzuführen.

Sehr schwierig war auch die Lösung jener zweiten Frage, die scheinbar nur ein Land betraf und doch die Großmächte Europas auf das

intensivste interessierte. Es war die deutsche Verfassungsfrage. Daß der augenblicklich bestehende Zustand nicht dauern könne, wonach die zum Teil so schwachen deutschen Staaten unverbunden nebeneinander standen, war sozusagen allgemein zugestanden. Die Erinnerung an den Rheinbund wirkte abschreckend. Was aber sollte an die Stelle des 1806 untergegangenen alten Reiches treten? Das siegreiche deutsche Volk erhob stürmisch die Forderung der Einheit und einer starken Zentralgewalt, am liebsten einer starken kaiserlichen Gewalt. Allein der Ausführung dieser Forderungen standen so viele und große Schwierigkeiten im Wege, daß sie vielmehr, man darf sagen, damals unerfüllbar waren. Zunächst waren es Schwierigkeiten innerer Natur; diese lagen in der Forderung selbst und der Unklarheit derjenigen, die sie vertraten. Wir sehen hier ab von der Unklarheit über die Grenzen, die man dem neuen Reiche zudachte. Aber auch darüber, wie man sich die Herstellung eines starken, deutschen Reiches im einzelnen denken sollte, erfuhr man in den stürmisch geäußerten Wünschen recht wenig. Vor allem waren zwei Schwierigkeiten sehr viel größer als es das deutsche Volk ahnte. Die meisten Deutschen beantworteten die Frage, wer denn das zu schaffende geeinte Vaterland regieren sollte, indem sie eine Erneuerung der alten Kaiserherrlichkeit verlangten und wieder war die Mehrzahl für ein habsburgisches Kaisertum. Allein weder waren die Dynastien im allgemeinen mit diesem Gedanken einverstanden, noch vor allem Preußen, noch legte das Haus Habsburg, das im Begriff war, noch mehr nichtdeutsches Land zu gewinnen, als es früher schon besessen, sonderlichen Wert auf den Erwerb der Kaiserkrone. Metternich hatte vielmehr den großen Plan ergriffen, aus allen österreichischen Ländern mittelst des Absolutismus einen Einheitsstaat zu machen — wobei er freilich scheitern sollte —, und dieser Plan konnte durch ein allzu starkes Betonen der deutschen Stellung Österreichs, wie es in der Übernahme der Kaiserkrone gelegen hätte, nur gefährdet werden. Gegen ein preußisches Kaisertum sprachen diese Erwägungen natürlich nicht; aber es war gegenüber mannigfachem Widerspruch von vornherein aussichtslos. Vor allem dachte das Haus Habsburg gar nicht daran, sich einem preußischen Kaiser unterzuordnen.

Nicht geringer waren die Schwierigkeiten in einer zweiten Richtung. Wie waren die Dynastien, wie vor allem die zweite Großmacht dazu zu bringen, die nötigen Verzichte zu leisten, um die starke Zentralgewalt zu ermöglichen? Ja, war es nicht sicher, daß die deutschen Völker selbst in ihrer überwältigenden Mehrzahl, sich im entscheidenden Augenblick geweigert hätten, ihren Dynastien die nötigen Opfer zuzumuten? Hat es sich doch im weiteren Verlauf der deutschen Entwicklung herausgestellt, daß die Völker im Grunde partikularistischer waren als die Dynastien! Die Schwierigkeiten also, welche im Gegensatz der deutschen Großmächte und in den Selbständigkeitsbestrebungen auch der übrigen deutschen Staaten lagen, Schwierigkeiten, mit denen die Jahre 1848 und 49 vergeblich gerungen haben, und welche im Jahre

1866 durch Blut und Eisen überwunden werden mußten, sie waren es, welche auch im Jahre 1815 die Herstellung eines starken Deutschlands verhinderten. Wer diese Tatsache im Auge behält, wird sich vor einem oberflächlichen Aburteilen über die Leistungen der Wiener Diplomaten zu hüten wissen.

Zu diesen in Deutschland selbst wurzelnden Schwierigkeiten kamen aber nahezu ebenso gewichtige, die ihren Ursprung im Ausland hatten. An mehreren Stellen im Ausland war der Widerstand gegen ein geeintes Deutschland mit starker Zentralgewalt sehr groß. Vor allem galt das von Frankreich, wo ja ein uneiniges und deswegen schwaches und zum Teil von Frankreich abhängiges Deutschland zu den teuersten Traditionen und Erinnerungen der auswärtigen Politik gehörte. War es doch mindestens seit dem 14. Jahrhundert eine Kernidee der französischen Politik, sich auf die (werdenden) deutschen Mittelstaaten zu stützen. Ein starker Einheitsstaat mußte natürlich dieser Politik ihr Ende bereiten. Unter solchen Gesichtspunkten etwa sind die Resultate und Leistungen des Wiener Kongresses zu beurteilen.

Zwei große Diplomaten haben auf dem Kongresse die größten Erfolge errungen: Metternich und Talleyrand. Letzterer hat hauptsächlich durch zwei Mittel gewirkt: mit frecher Stirn hat der alte Revolutionär sich als Vertreter des Legitimismus aufgespielt und dadurch in der revolutions- und kriegsmüden Zeit große Erfolge erzielt; ferner hat er das alte Mittel französischer Politik wieder angewandt, die Mittel- und Kleinstaaten zu organisieren und gegen die Großstaaten auszuspielen. Auch Rußland und England waren gut vertreten. Zuungunsten Preußens, das freilich auch seinerseits einen bedeutenden Diplomaten, Hardenberg, entsandt hatte, wirkte die Uneinigkeit seiner Vertreter; neben jenem war noch Wilhelm von Humboldt als solcher tätig, der bei aller Größe diplomatisch weniger begabt war. Der Freiherr vom Stein, der als Gast des Zaren in Wien weilte, und mit dem Hardenberg und Humboldt des öftern konferierten, trug auch seinerseits nicht dazu bei, die Einigkeit der zwei preußischen Vertreter zu fördern. Auch die persönliche Art Friedrich Wilhelms III. wirkte hinderlich.

Der Wiener Kongreß hatte ursprünglich Anfang August 1814 zusammentreten sollen. In der Tat wurde er aber erst im Oktober mit einer Reihe von Festlichkeiten eröffnet, die auch im weiteren Verlauf neben den Verhandlungen hergingen. Seit dem September waren aber schon vorbereitende Maßnahmen getroffen worden, welche zum Teil zu stürmischen Szenen führten und so für die Zukunft Schlimmes voraussehen ließen. Ursprünglich hatten die vier verbündeten Großmächte sich selbst als Ausschuß des Kongresses konstituiert, welcher die Gebietsverhältnisse von Polen, Italien und Deutschland regeln sollte. Allein Talleyrand, der am 24. September in Wien eintraf, setzte es sehr rasch durch, daß an die Stelle dieses Ausschusses ein solcher von acht Mächten trat, der außer den genannten noch Frankreich, Spanien, Schweden und Portugal umfaßte; dieser Ausschuß tat die eigentliche Arbeit; gelegentlich kamen auch die fünf Großmächte ohne die drei

übrigen zusammen. Eine Reihe von Gebietsveränderungen und vor allem Rückbildungen ergab sich verhältnismäßig leicht[1]). Frankreich gelang es nicht, den Pariser Frieden in Frage stellen zu lassen und also mehr herauszuschlagen. Dagegen wurde der Gedanke der Abtretung des Elsaß, die von deutscher Seite vielfach erstrebt wurde und an die auch die österreichische Regierung schon 1813 gedacht hatte, beseitigt. England behielt einen Teil der kolonialen Eroberungen, die es auf Kosten Frankreichs (vgl. oben), Spaniens und Hollands gemacht hatte, und seine Positionen im Mittelmeer, vornehmlich Malta und die Ionischen Inseln, über die ihm schließlich das Protektorat zugesprochen wurde, zeigte aber in Bezug auf Gebietserwerbungen eine — charakteristischerweise von Napoleon getadelte — Mäßigung. Die schon erwähnte Rückgabe der französischen Kolonien, außer einigen Inseln, begründete das britische Ministerium damit, daß es unklug sei, das ehrgeizige und gefährliche Volk von den Gebieten des Handels und der Kolonialwirtschaft gewaltsam abzudrängen. Sehr viel mehr behielt England auf Kosten Hollands: Kapland, Ceylon und Malakka. Dafür sollte aber Holland in Europa Ersatz erhalten. Nun gab Österreich die früher spanischen Niederlande dauernd verloren. Der Gedanke lag also nahe, den Oranier durch Belgien zu entschädigen; er entsprach auch durchaus den Interessen und Wünschen Englands, das die Scheldemündung und Antwerpen im Besitz eines kleinen Staates zu sehen wünschte. So wurde denn auch dieser Gedanke bald allgemein angenommen und die Gründung des Königreichs der Niederlande beschlossen, während freilich die Festsetzung seiner Grenzen gegen Frankreich noch manche Schwierigkeit bereitete. Mit Holland und Belgien vereinigte Wilhelm I. Luxemburg, dessen Hauptstadt Bundesfestung wurde. Außer auf Belgien war Österreich auch bereit auf die vorderösterreichischen Besitzungen zu verzichten. Damit sind wir bei der Frage der Entschädigungen der Großmächte angelangt. Österreich hatte im Vertrag von Ried die Rückerwerbung seines übrigen deutschen Besitzes, in Reichenbach die Dalmatiens angebahnt. Weiterhin dachte nun die Hofburg an eine Ausdehnung in Polen und womöglich auch in Süddeutschland; ganz bestimmt hatte sie aber vor, nicht nur Mailand, sondern auch Venetien, also ihre vorrevolutionäre Position in Italien bedeutend verstärkt, zurückzuerhalten. Preußen sollte, wie oben schon kurz erwähnt wurde, nach den Intentionen des Zaren nur einen Teil seiner früheren polnischen Besitzungen zurückerhalten. Für den Rest war es zu entschädigen. Seine Entschädigung aber wurde zusammen mit der polnischen die schwierigste und gefährlichste der Fragen, die den Kongreß beschäftigten. Zunächst war sie sehr kompliziert. Verhältnismäßig leicht gelang die Wiedererwerbung der nieder-

[1]) Im folgenden und auch unten (S. 254 ff.) kann natürlich nur ein kleiner Teil der Gebietsveränderungen mitgeteilt werden. Für Näheres s. außer den Wiener Verträgen selbst unter anderem: Cambridge Modern History Band IX, Kap. 19 und 21, woselbst sich gute knappe Überblicke über die einschlägigen Abmachungen finden.

rheinischen Besitzungen links und rechts vom Rhein, sowie der Erwerb großer Teile des Großherzogtums Berg mit Düsseldorf. Der Gedanke an den Gewinn Hannovers, und zwar auch der, ein Stück von Südhannover mit Göttingen als »Brücke« zwischen den östlichen und westlichen Besitzungen des Staates zu erlangen, mußte dagegen fallen gelassen werden, ja Ostfriesland wurde an Hannover abgetreten. Dafür erhielt Preußen schließlich das schwedische Pommern. Auch für die fränkischen Herzogtümer, die an Bayern fielen, mußte in Norddeutschland Ersatz gefunden werden. Der Gedanke an den Erwerb Sachsens drängte sich also förmlich auf. Dieser schien im Oktober und November 1814 ohne besondere Schwierigkeiten zu gelingen; England und Rußland waren einverstanden, Metternich stellte seine Zustimmung in Aussicht; die Verwaltung des Landes sollte sogleich Preußen übergeben, Prinz Wilhelm sofort Gouverneur des Landes werden. Auf diese Idee ging nun der König nicht rasch genug ein. Weit verhängnisvoller aber als diese Verzögerung wurde für Preußen Talleyrands Einmischung (s. oben), der sich hinter die meisten kleinen Fürsten steckte, und dann der Ausbruch des wettinischen Patriotismus der sächsischen Bevölkerung. Dieser wirkte auf die englische öffentliche Meinung und trug dazu bei, auch die Politik des britischen Kabinetts in diesem Punkte zum Umschwung zu veranlassen. Wichtiger aber war hierfür folgendes: einer der Grundgedanken der englischen Politik war (s. oben) die Eindämmung des russischen Einflusses, und zwar gerade der Wunsch, daß Alexander nicht zu viel von Polen erhalte. Der Zar umgekehrt begehrte nicht weniger als drei Viertel des bisherigen Großherzogtums Warschau, einschließlich Thorns und Krakaus. Preußen, das anfangs in Fühlung mit England und Österreich sogar an eine Wiederherstellung Polens gedacht hatte, trat nun auf den persönlichsten Wunsch des Königs in enge Fühlung mit Rußland und widerstand dem genannten Gedanken des Zaren nicht energisch genug. Seitdem mochten die Mächte eine Stärkung Preußens auch deswegen befürchten, weil sie seine Politik so eng mit der russischen verbündet sahen. So kam es nach wirrsten, intriguenreichen, noch nicht ganz durchschauten Verhandlungen zu einer geradezu kritischen Lage: am 3. Januar 1815 wurde die sogenannte defensive Tripelallianz zwischen England, Frankreich und Österreich abgeschlossen, der mehrere Mittelstaaten beitraten. Europa stand vor einem neuen großen Kriege. Vor diesem mußten im Grunde aber alle Mächte zurückschrecken. Von Ende Januar an wurden die Verhandlungen friedlicher, und am 8. und 11. Februar 1815 einigten sich die fünf Großmächte nach weitgehendem Nachgeben Rußlands und Preußens auf folgender Basis: Österreich erhält all sein polnisches Land zurück, nur Krakau wird freie Stadt, »Republik«[1]; Preußen nimmt den größten Teil seiner polnischen Lande, einschließlich Thorns, zurück und erhält nur die kleinere Hälfte, etwa zwei Fünftel Sachsens, mit Torgau, ohne Leipzig.

[1]) Dieser letzte Rest des unabhängigen Polen, Krakau, wurde 1831 tatsächlich, 1846 in aller Form Österreich einverleibt.

Der König von Sachsen gab hierzu endgültig am 18. Mai seine Zustimmung. Auch sonst schritten die Arbeiten des Kongresses, außer der deutschen Verfassungsfrage, im Februar rüstig vorwärts. Da aber traf am 4. März eine Nachricht ein, welche zwar die Arbeiten des Kongresses nicht unterbrach, wohl aber der Aufmerksamkeit auch der Wiener Diplomaten eine neue Richtung gab.

Napoleon hatte sich auf Elba mit der ihm eigenen Energie der Regierung seines kleinen Fürstentums gewidmet und, auch im Hinblick auf eine eventuelle Verteidigung, vor allem die militärische Seite seiner Aufgabe beachtet. Dabei vergaß er aber selbstverständlich nicht, mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer Rückkehr zur Herrschaft die Lage Europas eifrig zu beobachten. Und er konnte bald, gut informiert, wie er war, recht erfreuliche Tatsachen feststellen. Die Bewachung Elbas durch die englische Flotte war ganz ungenügend. Ferner wurde ihm von weitverbreiteter Unzufriedenheit in Frankreich berichtet. Ludwig XVIII. fand sich der vollkommen unlösbaren Aufgabe gegenüber, nach so viel Wechsel, Unrecht und Verrat, nach so vielen Leiden und nach einem ruhmlosen Frieden, an dem er völlig unschuldig war, das Land zu seiner Zufriedenheit zu regieren. Von der Mehrzahl seiner Maßnahmen wird man nur sagen können, daß sie gerecht, maßvoll und vernünftig waren. Nur der Armee gegenüber, die wirklich zu gewinnen freilich für den Augenblick unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich war, machte er schwere Fehler, u. a. indem er alte, verlebte Edelleute des Ancien Régime, meist frühere Emigranten, den ruhmbedeckten Marschällen Napoleons vorzog. Jedenfalls war im Lande wie im Heere die Mißstimmung groß. — Schließlich hörte Napoleon von den Zwistigkeiten der Mächte in Wien, die in besonders hohem Maße dazu beitragen mußten, ihm die Aussichten für eine Rückkehr zur Macht als gut erscheinen zu lassen. Zur Eile wurde er durch beunruhigende Meldungen angetrieben, wonach man auf dem Kongreß daran denke, ihn auf eine entfernte Insel, etwa nach den Azoren, zu verpflanzen. Und in der Tat war in Wien dieser Gedanke mehrfach energisch vertreten worden. Alle diese Berichte bewogen den Fürsten von Elba, die Eroberung des Thrones von Frankreich zu wagen. Ursprünglich hatte Napoleon die Absicht gehabt, etwa am 1. April 1815 Elba zu verlassen; schließlich stach er aber schon am 26. Februar in See, insofern schon zu spät, als der schlimmste Zwist der Mächte damals schon beigelegt war. Am 1. März 1815 landete er mit etwa 1100 Mann bei Cannes. Wie das erste ihm entgegengesandte Bataillon gingen alle Truppen, auf die er stieß, mit verschwindenden Ausnahmen, jubelnd zu ihm über. Am 20. war er in den Tuilerien, die Ludwig XVIII. am 19. in eiliger Flucht verlassen hatte. Von der Begeisterung der Truppen war nun aber die Bevölkerung Frankreichs weit entfernt; sie war vielmehr kalt, gleichgültig oder feindselig. Damit ist die erste der beiden unermeßlichen Schwierigkeiten genannt, mit denen er zu kämpfen hatte. Ihr zu begegnen hatte er schon auf dem Wege nach Paris, vornehmlich in Grenoble und Lyon, unter ausdrück-

licher Verurteilung seiner bisherigen Regierungsweise nach Außen wie nach Innen, das Programm aufgestellt: Freiheit (konstitutionelle Regierung) und Frieden. Mancher hat ihm geglaubt. Die Mehrzahl dagegen war skeptisch, und zwar zweifellos mit Recht. Allein es war Napoleon gar nicht möglich, ernstlich einen Versuch mit dem neuen Programm zu machen, da das zweite Versprechen — Frieden zu halten — sich als an sich undurchführbar erwies: die Mächte ließen sich nicht einmal von einem sofortigen Angriff abhalten.

Napoleon hatte seine Hoffnungen auf England und vornehmlich auf das verwandte Österreich gesetzt. Allein von schlimmer Vorbedeutung war es schon, daß Marie Louise sich ihm nicht zugesellte. In Wirklichkeit hatte die Nachricht von Napoleons Rückkehr die Mächte, deren schärfste Konflikte überdies schon beigelegt waren (vgl. oben), zu sofortiger vollkommener Einmütigkeit veranlaßt. Sie beschlossen ohne weiteres, den alten gefährlichen Feind niederzuwerfen. Am 13. März 1815 schon erfolgte von seiten des Kongresses eine auffallende, wenn auch unter den außerordentlichen Verhältnissen durchaus berechtigte Maßregel: die Ächtung Napoleons. Am 25. wurde der Bund von Chaumont erneuert (s. oben), wobei jede der vier Großmächte sich verpflichtete, 150 000 Mann — England eventuell Äquivalente in Geld — zu stellen, mit dem Endzweck, Napoleon für immer unschädlich zu machen. Alle Versuche, die dieser unternahm, durch beruhigende Erklärungen den Frieden zu erhalten, blieben unter diesen Umständen vollkommen erfolglos. Er mußte, wenn er seine Herrschaft behaupten wollte, zu den Waffen greifen. Bei der ihm ungünstigen Stimmung der öffentlichen Meinung, welche durch eine liberale Verfassungsänderung, den Erlaß des Acte Additionnel à la Constitution de l'Empire vom 22. April 1815, nur zum kleinen Teil gewonnen wurde, gelangen seine Rüstungen nur unvollkommen. Royalistische Erhebungen, vor allem im Westen, erforderten Detachierungen. So brachte er schließlich nur 180 000 Mann Feldtruppen auf. Am 12. Juni reiste er zur Armee ab, die sich an der belgischen Grenze versammelte. Er beabsichtigte, auf dem dortigen Kriegsschauplatze zwei Verbündete zu vernichten, ehe die Truppen der beiden andern herannahten.

Von den Verbündeten waren die Preußen und die Engländer zuerst, und zwar in Belgien zur Stelle, das den natürlichen Vereinigungspunkt ihrer Armeen bildete; die ersteren mit etwa 120 000 Mann unter Blücher, dessen Generalstabschef Gneisenau war, die letzteren mit etwas über 90 000 unter Wellington, Deutsche, Engländer, Holländer, nach den Worten des Feldherrn die schlechteste Armee, die er je geführt habe. Trotzdem diese beiden Armeen schon sehr viel früher dazu in der Lage gewesen wären, einigten sich die beiden Feldherrn dahin, erst am 1. Juli die Offensive nach Frankreich hinein zu ergreifen. Es geschah das, weil die russischen und österreichischen Heere, von denen die Preußen und Engländer einen konzentrischen Einmarsch von Süddeutschland her erwarteten, sehr langsam heranrückten. Diese Langsamkeit hatte mehrere Gründe. Zu den Schwierigkeiten der Rüstung kam der Wunsch

der beiden Kaiser hinzu, womöglich nach der Entscheidung mit frischen Truppen politisch stärker dazustehen. Die Österreicher hatten überdies gegen Murat zu kämpfen. Dieser hatte, vorzeitig verstimmt durch den Gang der Wiener Verhandlungen, beschlossen, sich wieder auf Napoleons Seite zu stellen. Gedankenlos, wie er war, schlug er aber zu früh los, dadurch die Friedensaussichten seines Schwagers noch verschlechternd. Er rief Italien, das er als König zu beherrschen hoffte, zur Einheit und Freiheit auf — übrigens ohne nennenswerten Widerhall zu finden — und begann den Feldzug. Er besetzte Rom und Florenz und konnte in der ersten Hälfte des April bis zum Po vordringen. Als aber endlich die Österreicher herannahten, mußte er zurück und wurde nach mehreren kleineren Treffen am 3. Mai 1815 bei Tolentino vernichtend geschlagen. Wenige Wochen darauf mußte er auch auf die Verteidigung Neapels verzichten und heimlich entfliehen.

Jene Absicht der Hofburg und des Zaren, nach der Entscheidung mit möglichst intakten Heeren dazustehen, wollten die Preußen und Engländer naturgemäß vereiteln. Das mag der Hauptgrund gewesen sein, warum sie nicht früher angriffen. Es kam aber die falsche militärische Voraussicht hinzu, daß Napoleon ihnen mit einem Angriff vor dem 1. Juli nicht zuvorkommen könne. Napoleon aber hatte, wie so oft, das Unwahrscheinliche möglich gemacht und er ergriff sehr richtigerweise sobald wie möglich die Offensive. Am 15. Juni schon marschierte er nach Belgien hinein. Die Verbündeten hatten — die Preußen östlich von Wellington —, schon wegen der Verpflegung nicht völlig vereint, eine überaus breite Front eingenommen, Wellington auch mit deshalb, weil er zugleich Brüssel, seine Rückzugslinie, und Gent, den Aufenthaltsort Ludwigs XVIII., decken wollte. Napoleon beabsichtigte, sie zu trennen und einzeln zu schlagen. Das ergab die großen Schlachten des 16. und 18. Juni. Die Aussichten für die Durchführung seines Planes konnten vorzüglich zu sein scheinen. Doch führte er die Trennung der Verbündeten am 15. ungenügend durch. Entscheidend für das Verhalten Blüchers, auf den Napoleon sich zuerst warf, scheint der Umstand geworden zu sein, daß er durch einen hohen französischen Offizier, der am Abend des 14. zu ihm überlief, rechtzeitig den Anmarsch des Hauptheeres unter dem Kaiser erfuhr. So konzentrierten sich die Preußen rechtzeitig, soweit es ging, bei Sombreffe; von ihren vier Korps war nur das Bülows zum 16. noch nicht zur Stelle. Aber auch ohne ihn war Blücher 88 000 Mann stark und die Stellung günstig. Viel sprach dafür, hier die Schlacht anzunehmen. Zu allem andern kam hinzu, daß Wellington am 15. versprochen hatte, wenn er selbst nicht angegriffen würde, mit seinem ganzen Heere Blücher von Anfang an zu unterstützen oder, wenn der Kampf schon im Gange sei, dem Feind in Flanke oder Rücken zu fallen.[1]) In der Hoffnung

[1]) Die Annahme einer bedingungslosen Zusage läßt sich mit den Quellen nicht vereinigen. Auch sie hätte übrigens, wie es Blücher ebenso klar war, wie es uns sein müßte, die stillschweigende Einschränkung gehabt, »wenn der Feind mir dazu die Möglichkeit läßt«.

auf Wellingtons Unterstützung wurde Blücher durch eine Unterredung am Mittag des 16. bestärkt. Allein sie sollte dennoch ausbleiben. Dazu wirkten zwei Umstände zusammen. Einerseits griff Ney, den Napoleon detachiert hatte, Wellington tatsächlich an und hielt ihn fest, andererseits freilich wäre dieser auf keinen Fall in der Lage gewesen, mit seinem g a n z e n Heere am 16. einzugreifen, da dieses noch keineswegs konzentriert war. Hieran war eine Reihe von Momenten schuld, u. a. auch die Tatsache, daß Wellington nicht sofort von den Preußen über den Heranmarsch der Hauptarmee aufgeklärt worden war. So hatte er erst am Nachmittag des 15. die Konzentration seiner weit zerstreuten Truppen befohlen. Ob Wellington sich der Tatsache bewußt war, daß er am 16. im besten Falle nur mit einem Teil seiner Armee eingreifen könne, ob er also Blücher über seine Konzentration getäuscht hat, um ihn zum Kämpfen zu bewegen, oder ob er in der Erregung jener Stunden die Konzentrationsfähigkeit überschätzte, kann nicht mit absoluter Sicherheit entschieden werden. Weitaus wahrscheinlicher ist letztere Annahme.

Man hat eine »moralische« und eine »militärische« Schuld Wellingtons konstruiert. An erstere zu glauben, liegt kein genügender Anlaß vor. Jedenfalls hat — und das dürfte entscheidend sein — Blücher nicht daran geglaubt. Nie hat er in wärmeren Ausdrücken von seinem »Freund und Bruder« Wellington gesprochen, als in den Tagen nach Ligny. Dagegen ist sicher, daß Wellington die Konzentration zu spät befohlen hat; allein er beging diesen Fehler mindestens zum Teil deshalb, weil er durch Schuld der preußischen Leitung sehr viel zu spät die Tatsache erfuhr, daß Napoleon unzweifelhaft herannahe.

Napoleon griff am 16. spät an. Er glaubte die Verbündeten im Rückzug begriffen. Ney war abgesandt, um die englische Arrièregarde bei Quatre-Bras zu schlagen und dann die Vernichtung der Preußen mit herbeizuführen. Sowohl Ney wie der Kaiser selbst fanden indessen einen feststehenden Feind und starken Widerstand. Napoleon selbst besiegte die Preußen bei L i g n y, während Ney von einem Teil des englischen Heeres bei Q u a t r e - B r a s abgewiesen wurde. Blücher war mit dem Pferde gestürzt und verletzt worden. An seiner Stelle gab sein Generalstabschef Gneisenau die Rückzugslinie an: die Armee sollte auf Tilly, nordwestlich von Ligny und 6 km östlich von Quatre-Bras, wo Wellington gesiegt hatte, zurückgehen. Später wurde der Rückzug in derselben Richtung auf Wavre fortgesetzt. Diese Richtung bedeutete die Festhaltung der Verbindung mit Wellington. Ob Gneisenau schon mit dem ersten Befehl diese Absicht bewußt verband oder ob nicht der Rückzug nach Tilly die Möglichkeit einer Fortsetzung des Rückzugs nach Osten, also nach Deutschland hin und von Wellington weg, offen ließ, ist nicht ganz sicher. Sicher aber ist, daß die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Wellington den Feldzug entschied. Am 17. übernahm Blücher, trotz seiner schmerzhaften Verletzungen, ungebrochenen Muts wieder das Kommando: er konzentrierte sein Heer und zog auch das Korps Bülows heran.

Napoleon ließ Blücher, den er auf dem Marsch nach Preußen zurück wähnte, nicht nachdrücklich genug verfolgen. Am 17. schickte er

dann allerdings das Korps Grouchy hinter ihm her. Er überschätzte seinen Sieg und hielt seinen Einmarsch in Brüssel, für den die Proklamationen schon gedruckt waren, für sicher bevorstehend. Von Wellington erwartete er keinen entschiedenen Widerstand. Dieser war auf die Nachricht von der verlorenen Schlacht hin am 17. von Quatre-Bras auf die Höhen von Waterloo, 15 km südlich von Brüssel, zurückgegangen. Hier beschloß er in guter Stellung den Kampf gegen den auf Brüssel marschierenden Napoleon anzunehmen. Ein volles Fünftel seines Heeres hatte er infolge falscher strategischer Anschauungen detachiert und so weniger als 70 000 Mann zur Schlacht zur Stelle. Napoleon seinerseits mußte in der Schlacht das hinter Blücher hergesandte Korps Grouchy entbehren. Blücher hatte Wellington auf seine Frage, ob er ihn am 18. unterstützen könne, mit Bestimmtheit das Eingreifen zweier Korps, vielleicht aber seines ganzen Heeres zugesagt. Er befand sich bei dieser Zusage im Widerspruch mit seinem Generalstabschef, der wahrscheinlich befürchtete, Wellington werde weiter zurückgehen und dann werde sich Napoleon vielleicht abermals auf die Preußen werfen und sie vernichten. So kam in die preußischen Maßnahmen eine gewisse Halbheit. Es wurde z. B. nur ein Korps bis auf 5 km an Wellingtons linken Flügel herangeschoben. »Man legte sichtlich keinen Wert auf ein sehr frühes Eintreffen auf dem Schlachtfeld.«[1]) Blücher, der sich allerdings gegen Gneisenau nicht genügend durchsetzte, hat sich bei dieser Gelegenheit entschieden als der größere Feldherr erwiesen. Die Schlacht von Belle-Alliance oder Waterloo begann am 18. mittags. Napoleon versuchte auf alle mögliche Weise den Durchbruch des Zentrums der britischen Armee. Allein infolge der guten Haltung vor allem der Engländer und der Deutschen in Wellingtons Heer, trotz ihrer furchtbaren Verluste, vergebens! Immerhin konnte das englische Heer am Abend des 18. als schwer erschüttert gelten, als die Preußen, die infolge der oben dargelegten Verhältnisse, ferner fehlerhafter Aufbruchs- und Marschdispositionen und der durchweichten Wege viel später eingriffen als Blücher beabsichtigt hatte, in der rechten Flanke Napoleons erschienen. Auf der anderen Seite gelang es Napoleon nicht, Grouchy, der nur ein preußisches Korps gefunden hatte und dieses festhielt, heranzuziehen. Unter diesen Umständen entschied das Eingreifen der Preußen die Schlacht, die durch eine energische Verfolgung, um die Gneisenau sich das Hauptverdienst erwarb, zu einer vernichtenden Niederlage der Franzosen wurde.

Napoleon hat einen Augenblick noch die Hoffnung gehabt, ein neues Heer aufzubringen. Allein, am 21. wieder in Paris angelangt, mußte er sich bald von der Unmöglichkeit weiteren Widerstandes überzeugen. Die Kammer verlangte seine Abdankung; am 22. rieten ihm die eigenen Brüder dazu; am Nachmittag desselben Tages vollzog er sie zugunsten seines Sohnes. Als die Verbündeten, voran die Preußen,

[1]) v. Unger, Blücher II, S. 295.

nahten, begab er sich von Malmaison nach Rochefort. Die Gelegenheit, nach Amerika zu entfliehen, ließ er, unschlüssig, vorübergehen. Am 15. Juli 1815 begab er sich auf das englische Kriegsschiff Bellerophon, in der Hoffnung, dort vielleicht als »Gastfreund«, nicht als Gefangener, behandelt zu werden. Allein diese Hoffnung erwies sich begreiflicherweise als trügerisch. Am 2. August erklärten ihn die vier verbündeten Mächte zum Gefangenen: England erhielt das Mandat, ihn zu bewachen und die Befugnis, seinen Aufenthaltsort zu bestimmen. Er wurde alsbald nach St. Helena gebracht, wo er, in dem Landhause Longwood lebend, keinen Augenblick die Hoffnung auf Wiederkehr vergaß und unablässig den Versuch machte, auf einen Umschwung der öffentlichen Meinung in Frankreich und England hinzuwirken. Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß diese völlig ergebnislose »Politik von Longwood« die letzte politische Betätigung des gewaltigen Herrschers gewesen ist. Er starb am Magenkrebs am 5. Mai 1821 im 52. Lebensjahre. Seine Gebeine wurden zuerst auf St. Helena bestattet, dann aber im Jahre 1840 unter der Regierung Louis Philippes nach Frankreich überführt und im Invalidendom beigesetzt.

Am 7. Juli 1815 rückten die Preußen in Paris ein. Am 8. folgte Ludwig XVIII.

Der Wiener Kongreß hatte inzwischen eifrig weitergearbeitet und das bisher Erreichte endgültig redigiert. Von Fragen von höchster Bedeutung blieben zwei zunächst noch ungelöst. Die eine war die Regelung der Verhältnisse Neapels. Diese war indessen durch Murats Schilderhebung sehr wesentlich einfacher geworden. Denn Österreich, das durch den Vertrag vom 11. Januar 1814 gebunden gewesen und demgemäß dem Wunsch der andern Mächte, vornehmlich Englands, auf Restauration der Bourbonen entgegengetreten war — Murat freilich glaubte sich von der Hofburg verraten — fühlte sich jetzt jeder Verpflichtung ledig. Anfang Mai schloß Österreich einen Vertrag mit dem bourbonischen König von Neapel ab. So war die Rückkehr Ferdinands IV. gesichert und für Murat höchstens eine Kompensation in Aussicht, die ihm aber sein eigenes unüberlegtes Handeln zerstörte.

Noch weit größere Bedeutung hatte die zweite Frage: die deutsche Verfassungsfrage. In erster Linie beschäftigte sich mit ihrer Lösung das sogenannte deutsche Komitee, bestehend aus Vertretern von Österreich, Preußen, Hannover, Bayern und Württemberg. Die Schwierigkeiten, die oben angedeutet wurden, fanden ihren Ausdruck darin, daß eine ganze Fülle von Entwürfen vorgelegt wurde. Im Mai 1815 wurde, nachdem man sich geeinigt, auch mit der Erledigung dieser Frage nicht bis zum Ende des Krieges zu warten, der neunte Entwurf, der von Metternich und Hardenberg herrührte, den deutschen Regierungen vorgelegt. Er beruhte auf einem Projekt, das schon im Dezember 1814 der liberale österreichische Staatsmann Johann von Wessenberg niedergeschrieben hatte. Vom 23. Mai bis zum 10. Juni wurde darüber (in Abwesenheit von Württemberg und zum Teil auch

Baden) beraten. Es mußte dabei zu dem traurigen Notbehelf gegriffen werden, eine ganze Reihe wichtigster Verfassungsbestimmungen künftigen Verhandlungen vorzubehalten. Schließlich einigte man sich auf 20 Artikel. Dabei zeigte sich aber wieder der Unterschied der österreichischen und der preußischen Methoden und Ziele. Metternich erklärte, mit der richtigen Berechnung, daß eine große Zahl der Mittel- und Kleinstaaten in Zukunft wichtige Bundesgenossen Österreichs sein würden, auf keinen deutschen Staat in Bezug auf Annahme der einzelnen Artikel der neuen Verfassung einen Druck ausüben zu wollen, während Preußen den deutschen Staaten nur die Wahl lassen wollte, die Akte als Ganzes anzunehmen oder abzulehnen. Die Akte wurde unter den Schutz Europas gestellt. Darauf wurden dann die 20 Artikel der Akte von Preußen, unter dem Gesichtspunkte, daß es besser sei, einen unvollkommenen Bund zu schließen als gar keinen, Hannover und einer Reihe von weiteren Staaten angenommen. Vor allem Sachsen und Bayern machten noch Schwierigkeiten. Die letztere Macht mußte in letzter Stunde durch Konzessionen gewonnen werden, welche ein weiteres Zurücktreten des Zentralismus bedeuteten. Am 8. Juni 1815 unterzeichneten dann 36 deutsche Staaten die Bundesakte. Württemberg trat erst am 26. Juli, Baden am 1. September bei. Am 9. Juni, einen Tag nach der Unterzeichnung der Bundesakte, erging die Wiener Schlußakte, welche die völkerrechtlichen Resultate des Kongresses enthielt. In sie wurden noch 11 Artikel der Bundesakte aufgenommen, während auch die übrigen (ebenso wie die neue schweizerische Verfassung, welche nach äußerst schwierigen Verhandlungen zustandekam und welche nunmehr 22 Kantone zu einem losen Bunde vereinigte) unter europäischer Garantie stehen sollten.

Die Darlegung der Einzelbestimmungen der Bundesakte, die erst nach 1815 wirksam wurden, gehört nicht zu unserer Aufgabe. Hier nur soviel, daß sie sowohl vom Standpunkt der Einheit wie von dem der Freiheit völlig ungenügend waren. Zwar stellten sie im zentralistischen Sinne eine gewisse Verbesserung gegenüber der Verfassung des alten Reiches dar; die Verfassung und ihre Bestimmungen wurden in weit höherem Grade wirklich ausgeführt als im heiligen römischen Reich. Die Kriegsverfassung des Bundes war ferner bei aller Kläglichkeit etwas besser als die des Reiches. Trotzdem bleibt das oben ausgesprochene Urteil vollauf bestehen. Es war kein Staat hergestellt worden, sondern ein Staatenbund, dessen Zweck die Aufrechterhaltung der Souveränität der Einzelstaaten war. Die Zentralgewalt war äußerst schwach; sie wurde ausschließlich durch den, von Österreich als »Präsidium« geleiteten Bundestag in Frankfurt vertreten; sie hatte keine Finanzen und nur ein ungenügendes Heer. Was die Freiheitsfrage betraf, so war von einer Beteiligung des Volkes an der Bundesleitung keine Rede. Dagegen fand sich allerdings ein § 13, wonach in den deutschen Einzelstaaten landständische Verfassungen eingeführt werden sollten; dieser wurde in einigen Staaten sofort, in anderen nach 1830 ausgeführt, während Preußen und Österreich über ein Menschen-

alter ohne Verfassung blieben. Verschlimmert wurde die Sachlage in Bezug auf die Freiheit und nicht verbessert in Bezug auf die Einheit durch die notwendige Ergänzung (s. oben) der Wiener Bundesakte, nämlich die von der Bundesversammlung im Plenum am 8. Juni 1820 angenommene, also genau fünf Jahre nach jener datierte Wiener Schlußakte. Bei alledem darf nicht vergessen werden, daß alle diese Mängel weit mehr auf die Wucht der Verhältnisse als auf menschliche Schuld zurückzuführen sind (vgl. oben).

Die wichtigsten endgültigen Bestimmungen der Wiener Verträge über die Gebietsverhältnisse waren folgende: Österreich erhielt zurück die oberösterreichischen Gebiete Bayerns, Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Krain, Istrien, Triest, das Trentino, Dalmatien, ferner die russischen Teile von Galizien; in Italien wurde ein neues »Lombardo-Venetianisches« Königreich gebildet, das dem Kaiser zufiel. Im ganzen ging die Donaumonarchie immerhin bedeutend vergrößert aus dem jahrzehntelangen Ringen hervor. Freilich auch in bedeutend veränderter Lage! Ihr Schwerpunkt war von Deutschland weg noch weit stärker in ihre nichtdeutschen, vor allem italienischen Länder verlegt als bisher. Preußen erhielt außer dem schon genannten Erwerb von etwa zwei Fünfteln von Sachsen und dem Rückerwerb eines großen Teiles seines polnischen Besitzes von Dänemark Schwedisch-Pommern und Rügen. Vor allem aber wurde für Preußen wertvoll und zukunftsreich der Gewinn der gewerbereichen Rheinlande. Mit den neuen Aufgaben, die ihm hier gestellt wurden, wuchs der Staat. Wenn auch Friedrich Wilhelm III. 1815 gegen 1806 nur 500 000 Einwohner mehr erhielt und an Umfang des Gebietes sogar etwas verlor, so wurde doch durch die Wiener Abmachungen der preußische Staat mehr rein-deutsch. Hannover wurde Königreich und erwarb Ostfriesland, Hildesheim und Goslar. Bayern erhielt außer Ansbach und Bayreuth Würzburg, Aschaffenburg und eine Vergrößerung der Pfalz auf Kosten Frankreichs. Sehr schlecht kam Dänemark weg. Es blieb bei der Abtretung Norwegens an Schweden; dafür war im Frieden von Kiel (s. oben S. 238) Dänemark Schwedisch-Pommern und Rügen zugesprochen worden. Auf dem Wiener Kongreß wurde nun aber die Kopenhagener Regierung gezwungen, diese Erwerbungen gegen einen Teil von Lauenburg und zwei Millionen Taler an Preußen abzutreten (s. oben).

Über das nicht österreichische Italien wurden folgende Bestimmungen getroffen: Ferdinand IV. erhielt Neapel zurück. Der Kirchenstaat wurde wieder hergestellt, freilich verkleinert — einer der Gründe, warum Pius VII. gegen die Wiener Schlußakte protestierte, während sonst alle Mächte außer Spanien ihr ihre Zustimmung erteilten. Parma, Piacenza und Guastalla kamen an die Kaisertochter Marie Louise, die Gemahlin Napoleons, für Lebenszeit, während über die Thronfolge in diesen Fürstentümern spätere Abmachungen entscheiden sollten. Sardinien erhielt Genua und ging, trotz einiger Abtretungen an Genf, im ganzen vergrößert aus dem Kriege

hervor. Toskana kam, etwas vergrößert, wieder an den Erzherzog Ferdinand (III.). Ebenso fiel Modena an einen österreichischen Erzherzog, Franz (IV.). — Der König von Spanien, Ferdinand VII., erhielt seinen europäischen Besitz zurück, war aber äußerst ungehalten wegen der Nichtberücksichtigung der Ansprüche auf italienische Länder, nämlich Parma, Piacenza und »Etrurien«, als Ersatz für welche nur Lucca der früheren Königin von Etrurien, Marie Louise, und ihrem Sohne Carlos zufiel.

Manche Gebietsfragen wurden vom Wiener Kongreß offen gelassen und späterer Regelung vorbehalten. Der Kongreß beschäftigte sich übrigens noch mit anderen Materien. So erwarb er sich in seiner Schlußakte erhebliche Verdienste um die Befreiung der Schiffahrt auf Flüssen, welche durch die Gebiete mehrerer Staaten strömten. Wenig Bedeutung erlangte dagegen eine Erklärung zugunsten der Abschaffung der Sklaverei (8. Februar 1815). Schließlich wurden in einem Anhang zur Schlußakte die bisherigen überaus wirren Rangverhältnisse der Diplomatie in bis heute entscheidender Weise geregelt.

Nach dem Abschluß der Wiener Verträge blieb der Diplomatie der Großmächte noch eine sehr wichtige Aufgabe zu lösen: den Frieden mit Frankreich herbeizuführen. Auch diese Aufgabe war sehr schwierig. Ludwig XVIII. hatte sich der Koalition gegen Napoleon angeschlossen und nun, zurückgekehrt, protestierte er logischerweise gegen den Gedanken, Frieden mit seinen eigenen Verbündeten schließen zu müssen. Allein diese stellten sich auf den Standpunkt, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Europa stattgefunden habe und ein Frieden nötig sei. Talleyrand machte abermals Versuche, für Frankreich in Belgien mehr herauszuschlagen, während Preußen Elsaß für Deutschland, Französisch-Flandern für Belgien, ferner die Abtretung von einigen Festungen an Preußen, die Schweiz und Piemont, alles wesentlich unter militärischen Gesichtspunkten, verlangte. Allein beide Forderungen hatten keinen Erfolg. Einerseits war England jede Ausdehnung Frankreichs nach der belgischen Seite hin im äußersten Grade unerwünscht, andererseits war diese Macht mit Rußland darin einig, daß Frankreich nicht allzusehr geschwächt werden dürfe. So wurde der preußische Plan, den Metternich im wesentlichen und einige deutsche Mittelstaaten, wie Bayern und Württemberg, energisch unterstützt hatten, fast ganz zunichte.

Ehe der Frieden geschlossen wurde, kam es zu einer eigenartigen Aktion des Zaren, die nicht ohne inneren Zusammenhang mit den Verhandlungen mit Frankreich war. Am 20. September 1815 unterzeichneten auf Antrieb des Zaren die Herrscher von Preußen und Österreich mit ihm einen neuartigen Vertrag, die sogenannte Heilige Allianz, der alle christlichen Staaten Europas, einschließlich Frankreichs, beitreten sollten. In diesem merkwürdigen Aktenstück war die Absicht ausgesprochen, die Regierung der Staaten nach Innen und nach Außen nach den Prinzipien der christlichen Religion zu führen. Im besonderen bedeutete es einen starken Ausdruck der Ideen des

Legitimismus. Friedrich Wilhelm III. und Franz I. haben das Dokument nur ungern unterschrieben. Die übrigen christlichen Staaten Europas sind schließlich sämtlich, außer England und dem Kirchenstaat, beigetreten. Die praktische Bedeutung der Heiligen Allianz an sich — nicht die der ihr zugrunde liegenden Ideen! — war trotzdem fast gleich Null und ihre Rolle bestand in Zukunft im wesentlichen darin, den Liberalen einen Stein des Anstoßes und eine Zielscheibe für ihre Angriffe zu bilden.

Gemäß derartigen legitimistischen Ideen, natürlich aber auch aus politischer Berechnung — Frankreich sollte England im Schach halten, während Alexander seine Balkanpolitik verfolgte — begünstigte der Zar Frankreich bei den Friedensverhandlungen, soweit es nur immer ging. So verschaffte er ihm einen Nachlaß bei der Kontribution. Ganz verhindern konnte er es aber nicht, daß das Land etwas schlechter abschnitt als im Jahre 1814. Ehe es zum Frieden kam, mußte noch ein letztes persönliches Hindernis beseitigt werden. Talleyrand, der die Verschlechterung der Bedingungen nicht mitmachen wollte, erhielt am 26. September 1815 seine Entlassung. Der zweite Pariser Frieden wurde am 20. November 1815 abgeschlossen. Frankreich mußte von den Grenzen von 1814 das Herzogtum Bouillon und einen Teil des Departements der Ardennen an Belgien, Saarlouis und Landau an Preußen und Bayern und das Fort Joux an die Schweiz abtreten; es erhielt also fast genau die Grenzen von 1790 (mit Avignon und Venaissin); ferner mußte es eine große Kriegsentschädigung zahlen und die Kunstgegenstände, die Napoleon von allen Seiten nach Paris geschleppt hatte, wieder herausgeben. Die ungeheuerlichen Opfer an Gut und Blut, die das Land 24 Jahre lang gebracht, hatten zu keinem dauernden Gewinn geführt! Der Frieden wurde in Frankreich als überaus demütigend empfunden, zumal eine Besetzung des Landes durch die Verbündeten bis zur Zahlung der Kontribution hinzukam, und er stellte eine der hauptsächlichsten Ursachen dar, welche die Regierung Ludwigs XVIII. erschwerten und in weiten Kreisen unbeliebt machten.

Der große Kampf im Reiche der Ideen, wie er vor der französischen Revolution und vornehmlich durch sie entfacht worden war, war durch den allgemeinen Krieg mit den Waffen, den Napoleon geführt hatte, in den Hintergrund gedrängt worden. Jetzt, nach der Herstellung des allgemeinen Friedens, brach er von neuem los, und die absolute Monarchie wurde angefochten vom konservativ-historischen und vor allem vom liberalen Standpunkte aus. Damit ist eine der beiden Hauptströmungen genannt, welche das innere Leben der Staaten in den folgenden Jahrzehnten bestimmen sollten. Die zweite ist die nationale. Zuerst im Reich der Ideen die kosmopolitische Richtung des 18. Jahrhunderts mit mannigfaltigen und feinen Übergängen ablösend, gewann sie manchen führenden Geist und die Massen erst infolge der furchtbaren Erfahrungen, welche die Völker mit ihren bis-

herigen weltbürgerlichen Ideen, der Revolution und vor allem dem Eroberer und Tyrannen des kontinentalen Westeuropa gegenüber gemacht hatten. Auf die Staaten wirkte die nationale Idee, die im besonderen den Drang hat, die Bluts- oder Kulturnation zur Staatsnation zu machen, teils auflösend, wie im Königreich der Niederlande, teils einigend, wie in Deutschland und Italien. — Von den beiden Strömungen hat die erstere, die freiheitliche, in den führenden Ländern West- und Mitteleuropas ihr Ziel in allem wesentlichen erreicht, während die zweite, die nationale, bei allen glänzenden Erfolgen in Deutschland und Italien, an vielen Stellen, wie z. B. in Österreich-Ungarn, zu einem vollständigen Siege keineswegs durchzudringen vermochte.

In der auswärtigen Politik der Jahre nach dem Wiener Kongreß ist eine starke Solidarität der Mächte zu beobachten, die sich aus den Ereignissen des letzten Menschenalters wie von selbst ergab. Es wäre ein Irrtum, sie auf die Heilige Allianz an sich zurückzuführen; sie wäre vielmehr auch ohne diese in die Erscheinung getreten. Sie beruhte einerseits auf der gemeinsamen Abwehr gegen die revolutionären Strömungen, andererseits, in engem Zusammenhang damit, auf der starken Furcht vor allgemeinen kriegerischen Erschütterungen, wie sie die letzten 24 Jahre erfüllt hatten. Im übrigen war die Lage der wichtigsten Mächte nach dem Abschluß der Wiener Verträge etwa folgende: Frankreich, dessen Vorstoß in letzter Linie die ungeheuren Kriege herbeigeführt hatte, ging im ganzen mit etwas geminderter Stellung, verglichen mit der unter Ludwig XVI. vor dem Zusammenbruch von 1787, aus dem 24 jährigen Ringen hervor. In Deutschland hatte sich eine unverkennbare Verschiebung der Machtstellung der beiden Großmächte vollzogen. Österreich war gegenüber seiner Stellung in den letzten Jahren vor der Revolution mächtig emporgewachsen; Preußen trat dem Kaiserstaat gegenüber zurück, zwar wohl nicht was die realen Machtmittel anging, wohl aber an Einfluß und Ansehen in Deutschland und in der europäischen Politik. Zur Anwendung der realen Machtmittel war in Preußen nach 1815 zwar eine kleine Zahl von Feuerköpfen bereit, aber sie vermochten bei der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und Revolutionsfurcht die Regierung nicht mitzureißen, und sie hätten auch schwerlich bei den Massen des preußischen und deutschen Volkes mit einer kriegerischen Politik Verständnis gefunden. Erst 50 Jahre später hat die Anwendung dieser Machtmittel das Verhältnis der zwei deutschen Großmächte zueinander wieder zugunsten Preußens gewaltig verschoben. Noch erheblich mehr als Österreich hatte das schon vor der Revolution mächtig emporstrebende Rußland gewonnen. In allen drei oben genannten Richtungen seiner Expansion (s. S. 11), gegen Schweden, gegen Polen und gegen die Türkei war das Zarenreich erfolgreich gewesen, und zwar gegen Schweden und Polen in hohem Maße, während der Gewinn auf Kosten der Türkei einstweilen allerdings sehr bescheiden geblieben war. Die Expansion nach dem Balkan und die Beherrschung seiner

Staaten wurde nunmehr auf lange Zeit der Hauptinhalt der russischen auswärtigen Politik, die überdies in Mittel- und Westeuropa und vor allem in Preußen von vielfach entscheidendem Einfluß wurde.

Dem historischen Betrachter, der seine Blicke über die Grenzen Europas hinausrichtet, ergibt sich aber schließlich ein Ergebnis der Kämpfe der Revolution und Napoleons, das noch weit beträchtlicher ist als alle die bisher genannten. Die Schlacht bei Waterloo bedeutet das Ende eines neuzeitlichen 100 jährigen Krieges zwischen England und Frankreich, der mit der Thronbesteigung Wilhelms von Oranien eingesetzt hatte. England hat in ihm gesiegt. Es handelte sich in diesem Kriege um die Herrschaft auf den Meeren, in Nordamerika und Indien. Nachdem im 7 jährigen Kriege England schon einmal den Sieg errungen hatte, hat Frankreich noch zweimal den heroischen Versuch gemacht, das Verlorene wieder zu gewinnen: unter Ludwig XVI. im nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege und unter Napoleon. Der erste Versuch endigte mit einem freilich unzureichenden Siege Frankreichs, der zweite mit der schwersten Niederlage. Nicht nur, daß England kleine aber wertvolle Teile des zusammengeschmolzenen französischen Kolonialreichs behielt — unter Napoleon wurde auch die Grundlage jeder Kolonialpolitik, die Flotte, zerstört. Gewiß ist es Frankreich möglich gewesen, seit 1830 an die Stelle des alten ein gewaltiges neues Kolonialreich zu setzen; England hat es zugelassen, zum Teil unter dem oben erwähnten Gesichtspunkt, daß es klug sei, dem ehrgeizigen Volk eine gewisse koloniale Expansion zu gestatten, um es von einer gefährlichen kriegerischen Politik abzuhalten, zum Teil unter dem Einfluß des kolonienfeindlichen liberalen Dogmas; aber keinen Augenblick hat es sich dabei mehr, wie vor 1815, um einen Wettkampf um die erste Stelle in der See- und Kolonialherrschaft gehandelt, welche England seit 1815 unbestritten geblieben ist. Nimmt man hinzu, daß der Einfluß Englands auf die kontinentale Politik nach 1815 wieder ebenso groß war wie vor 1789, so wird man deutlich erkennen, daß aus dem gewaltigen Ringen, das in diesem Buche geschildert wurde, England als der vornehmste Sieger hervorgegangen ist.

Register der Eigen- und Ortsnamen.

